

Eulenburg, Franz (Ed.)

Book

Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte. Untersuchungen über Preisbildung. Abteilung C: Kosten der Lebenshaltung. Vierter Teil

Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 145/IV

Provided in Cooperation with:

Verein für Socialpolitik / German Economic Association

Suggested Citation: Eulenburg, Franz (Ed.) (1915) : Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte. Untersuchungen über Preisbildung. Abteilung C: Kosten der Lebenshaltung. Vierter Teil, Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 145/IV, ISBN 978-3-428-57449-0, Duncker & Humblot, Berlin,
<https://doi.org/10.3790/978-3-428-57449-0>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/286029>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten

I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte
Untersuchungen über Preisbildung. Abteilung C:
Kosten der Lebenshaltung
Vierter Teil

Herausgegeben von
Franz Eulenburg



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften
des
Vereins für Sozialpolitik.

Untersuchungen über Preisbildung.
Abteilung C. Kosten der Lebenshaltung.
Herausgegeben von Franz Eulenburg.

145. Band.

Vierter Teil.

Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten.
I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1915.

Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten.

I. Ost- und Norddeutschland. Zweite Hälfte.

Mit Beiträgen von
E. Meyer-Pollack, H. Sennig, R. Fischer,
R. E. May und R. Herbst.

Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik
herausgegeben von
Franz Eulenburg.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1915.

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg
Pfeiffer'sche Hofbuchdruckerei
Stephan Weibel & Co.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Der Haushalt eines höheren Beamten in den Jahren 1880 bis 1906. Von Dr. Erna Meyer-Pollack	1—92
Die Entwicklung der Preise in der Stadt Chemnitz. Von Dr. Hermann Hennig	93—234
Lebensmittelpreise in Danzig, Stettin, Bromberg und Görlitz. Von Dr. Rudolf Fischer, Dresden	235—258
Kosten der Lebenshaltung und Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890. Von R. E. May	259—524
Nachtrag: Die Preissteigerung in Magdeburg unter besonderer Berücksichtigung der veränderten Erhebungsmethode seit 1909. Von Dr. Richard Herbst, Leipzig . .	525—538

Der Haushalt eines höheren Beamten in den Jahren 1880—1906.

Untersucht an Hand von Wirtschaftsrechnungen.

Von

Dr. Erna Meyer-Pollack.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Erstes Kapitel: Das Material	3
Zweites Kapitel: Familiengeschichte	6
Drittes Kapitel: Die Einnahmen	7
Viertes Kapitel: Die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel	9
1. Die Bedarfsbedeutung	11
2. Die Ausgaben für Fleisch und Wurst.	13
3. " " " Fische	17
4. " " " Butter.	17
5. " " " Brot und Backware	21
6. " " " Kartoffeln	24
7. " " " Obst und Gemüse	26
8. " " " Milch	26
9. " " " Kaffee, Tee, Kakao usw.	27
10. " " " sonstige Getränke und Genußmittel	28
11. Zusammenfassung	28
12. Vergleich mit den Ergebnissen der Reichserhebung über Arbeiter- und Beamtenfamilien	31
Fünftes Kapitel: Die Ausgaben für Wohnung und Haushalt	33
1. Die Ausgaben für Miete	35
2. " " " Inventaranfassungen	38
3. " " " Reparaturen	42
4. Zusammenfassung	43
Anhang	43
Sechstes Kapitel: Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung.	44
Siebentes Kapitel: Die Ausgaben für Kleidung	46
Achtes Kapitel: Die Ausgaben für „Sonstiges“	53
1. Die Ausgaben für die Ausbildung der Kinder.	55
2. " " " Reisen	57
3. " " " Geschenke	58
4. " " " Gesundheitspflege	59
5. " " " geistige und gesellige Bedürfnisse	60
a) Gefelligkeit 60. b) Vergnügungen 64. c) Zeitungen 65.	
d) Bücher und Wissenschaft 65. e) Vereine 66. f) Post 66.	
6. Die Ausgaben für häusliche Dienstleistungen	67
7. " " " Vor- und Fürsorge	68
8. " " " Abgaben an Staat, Gemeinde und Kirche.	69
Neuntes Kapitel: Vergleich aller Ausgaben mit den Ergebnissen der Reichs- erhebung über Arbeiter- und Beamtenfamilien.	69
Zehntes Kapitel: Alle Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen	71
Schluß	79

Erstes Kapitel.

Das Material.

Die vorliegende Arbeit gründet sich auf ein Wirtschaftsbuch, das zum Zweck der Ausgabenkontrolle von dem Oberhaupt einer Familie, einem höheren Justizbeamten (siehe Familiengeschichte) eigenhändig geführt worden ist. Dieses Buch besteht aus zwei Teilen; in dem einen sind nur die Ausgaben für Nahrungsmittel¹, in dem anderen alle übrigen, sowie die Einnahmen verzeichnet. Die letzteren Ausgaben sind außer nach Monaten auch bereits nach gewissen Rubriken geordnet notiert, während die für Lebensmittel bunt durcheinander, lediglich nach Monaten getrennt, nebeneinander stehen². Die Aufbereitung letzterer Notizen bedurfte also einer besonderen Bearbeitung, während für die übrigen, die bereits vom Buchführer selbst gemachten Rubriken bestehen bleiben konnten und nur ihre Reihenfolge geändert, sowie die Zusammenfassung mehrerer unter größere Gesamtgruppen vorgenommen wurde. Dabei sind, soweit als möglich, die Bezeichnungen der Erhebung des statistischen Reichsamtes von 1907 über die Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien in Anwendung gebracht worden³.

Ebenso wurden bei der Bearbeitung der Nahrungsmittel=Notizen die in der Reichserhebung verwandten Bezeichnungen zugrunde gelegt, in jedem Monat die Ausgaben für einen Posten addiert und in Tabellen übertragen.

Durch die Eigenart des Materials wurden nun zur Feststellung gerade der Nahrungsmittelausgaben noch einige besondere Maßnahmen nötig, die einer ausführlicheren Besprechung bedürfen.

Für sämtliche Jahre ohne Ausnahme gilt zunächst, daß nur neun Monate, nicht das ganze Jahr berücksichtigt werden konnten. Da nämlich

¹ Die Notizen über die Ausgaben für Nahrungsmittel waren nur noch vom Jahre 1886 an vorhanden.

² Der Grund dafür war wohl, daß dem Hausherrn weniger an der Spezialisierung, sondern vielmehr an der Kenntnis der monatlichen Gesamtausgabe für Nahrungsmittel lag.

³ Vergl. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes 1909.

alljährlich eine mehrwöchige Reise unternommen wurde, so brauchte zu Hause in dieser Zeit gar keine, oder nur eine Wirtschaft mit geringerer Personenzahl geführt zu werden. Die Notizen des Wirtschaftsbuches, das nur die zu Hause gemachten Ausgaben enthält, würden also kein vollständiges Bild vom Verbrauch der Familie geben. Da die alljährliche Reise immer in derselben Jahreszeit, aber doch in verschiedenen Monaten, nämlich abwechselnd im Juli, August, September unternommen wurde, so ist für die Betrachtung der einzelnen Nahrungsmittelausgaben dieses ganze Vierteljahr immer unberücksichtigt geblieben. (Das Jahr 1904, in dem außer der gewöhnlichen Reise noch eine mehrmonatige Abwesenheit des Ehepaares nötig wurde, ist in den Einzelausführungen über die Nahrungsmittel vollständig ausgelassen und nur die Gesamtjahresausgabe herangezogen worden.) Wir glaubten auf diese Weise sonst unvermeidlichen Ungenauigkeiten am besten aus dem Wege zu gehen. Denn einmal bleibt durch die Fortlassung immer desselben Vierteljahres die Vergleichbarkeit der Jahre untereinander ungeschmälert bestehen, und andererseits ruhen nun alle Folgerungen auf einer ganz exakten Basis, die nicht von sonst notwendigen Durchschnittsberechnungen belastet ist. Nur an zwei Stellen ergeben sich daraus unangenehme Folgen: Erstens müssen in der Betrachtung, die die Ausgaben der einzelnen Monate in allen Jahren vergleicht, immer Juli, August und September fehlen (vgl. Tabelle im Volldruck), und zweitens kann den übrigen Ausgaben für Wohnung, Kleidung usw., die sich auf ein ganzes Jahr beziehen, nicht eine Nahrungsmittelausgabe für nur neun Monate gegenübergestellt werden. Während der erste Übelstand nicht zu vermeiden ist, kann für letzteren volle Abhilfe geschaffen werden. Da es in diesem Falle nämlich gar nicht auf Spezialisierung, sondern lediglich auf die im ganzen Jahr für Nahrungsmittel ausgegebene Summe ankommt, braucht zu der in den neun Monaten gemachten Ausgabe nur die in den fehlenden drei Monaten einerseits zu Hause, andererseits auf der Reise¹ gemachte im ganzen zugezählt zu werden, um die *wirkliche* Gesamtjahresausgabe für Nahrungsmittel zu erhalten. Die Fortlassung des einen Vierteljahres bringt also nirgends eine Ungenauigkeit und nur in die Monatstabellen eine Lücke hinein.

Ein wirklicher Mangel des Materials liegt darin, daß die Mengen

¹ Die auf der Reise gemachten Ausgaben waren immer gesondert aufgeführt und brauchten also nur vom Reiseskonto abgezogen zu werden. „Reise“ heißt also: ohne Nahrung.

der eingekauften Nahrungsmittel neben der ausgegebenen Summe nicht notiert sind. Inwieweit wir es vermocht haben, diesem Mangel abzuhelpen, wird die Besprechung der Nahrungsmittel im einzelnen zeigen.

Endlich ist für die gesonderte Betrachtung der einzelnen Nahrungsmittel noch die Tatsache von Bedeutung, daß nicht alle getrennt voneinander, sondern manche unter einem Sammelbegriff vereint notiert gefunden wurden. Da wir es aber gerade im Rahmen dieser Arbeit nicht für richtig halten, irgendwelche bindenden Schlüsse auf Grund eines nachträglich korrigierten Materials zu ziehen — auch wenn diese Korrekturen noch so vollständig wären —, so haben wir es vorgezogen, die fast nie einzeln notierten Nahrungsmittel, nämlich Schmalz, Käse, Eier, Mehl, Zucker, Salz und Gewürze, gar nicht gesondert zu besprechen. Nur da, wo der weit größere Teil der Ausgabe isoliert notiert war, und nur ein kleiner Teil durch die ergänzende Berechnung gefunden werden mußte, haben wir uns von dieser Korrektur nicht stören lassen; so bei Obst und Gemüse, Tee, Kakao und Schokolade. (Was die Berechnung betrifft, so wurde sie wie folgt ausgeführt: Das prozentuale Verhältnis der Posten untereinander in den Jahren mit spezialisierten Notizen wurde berechnet, und danach die Summennotizen im selben Verhältnis auf die einzelnen Posten verteilt.)

Im ganzen ist über das Material noch zu sagen, daß es sich durch eine außergewöhnliche Exaktheit und bis ins kleinste gehende Differenzierung auszeichnet, die nicht nur darin zum Ausdruck kommt, daß jede, auch die allerkleinste, sich auf wenige Pfennige belaufende Ausgabe notiert worden ist, sondern auch darin, daß alle Ausgaben mit sorgfältigster Überlegung in die entsprechenden Rubriken eingetragen worden sind. Ein Beweis dafür ist z. B. die Tatsache, daß der Wein, der lediglich bei Gesellschaften getrunken wurde, unter „Geselligkeit“, der Weihnachtspfefferkuchen nicht unter „Nahrungsmittel“, sondern unter „Vergnügungen“ aufgeführt ist. Daß die Rubriken soweit als möglich differenziert wurden, beweist die geringe Summe, die für „Verschiedenes“ ausgegeben worden ist.

Schließlich ist noch als besondere Eigentümlichkeit des Materials zu erwähnen, daß der Führer des Buches sein Rechnungsjahr nicht von Januar zu Januar, sondern von Oktober zu Oktober rechnete, so daß z. B. das erste Jahr unserer Betrachtung vom Oktober 1880 bis Oktober 1881 reichte. Wir haben der Klarheit wegen immer nur die zweite Zahl zur Bezeichnung des Jahres genannt, also z. B. 1880/81 kurz mit 1881 bezeichnet.

Zweites Kapitel. Familiengeschichte.

Ehe wir die Zahlen der Wirtschaftsrechnung selbst sprechen lassen, wollen wir uns eine Vorstellung zu machen suchen von der äußeren Situation dieser Familie, deren Leben uns im folgenden beschäftigen soll.

Was zunächst den Personenstand der Familie betrifft, so bestand sie im Jahre 1880, mit dem das von uns betrachtete Wirtschaftsbuch beginnt, aus dem Ehepaar und drei Söhnen¹. Der Mann war damals Landrichter in einer norddeutschen Kreisstadt und seit 1875 verheiratet. Im Jahre 1882 wurde noch ein Sohn und 1890 noch eine Tochter geboren, so daß schließlich fünf Kinder vorhanden waren, die sämtlich am Leben blieben. 1886 und 1887 (vielleicht auch schon früher) lebte der Vater, seit 1892 die Schwester der Frau mit im Hause².

Das bei weitem wichtigste und auf allen Gebieten folgenschwerste Ereignis im Leben der Familie war die Veretzung des Mannes nach Berlin im Jahre 1888. Die Übersiedelung aus der Provinz nach der Reichshauptstadt fand im August 1888 statt, so daß die eigentlichen Folgen erst im Rechnungsjahre 1889 des Wirtschaftsbuches zum Ausdruck kommen.

Im Jahre 1892 wurde der Mann im Nebenberufe als Hilfsrichter am Reichsversicherungsamt angestellt, welchen Posten er erst 1905 wieder aufgab. In seinem Hauptberuf wurde er Anfang der neunziger Jahre Vorfigender einer Kammer, womit zwar keine Beförderung, wohl aber eine erhebliche Vergrößerung der Arbeitslast verbunden war³.

Die Lebensweise der Familie wird sich im einzelnen am deutlichsten aus der Besprechung der Ausgaben ergeben, doch sollen einige Eigentümlichkeiten schon hier hervorgehoben werden. Nämlich einmal, daß der Mann vollständiger Antialkoholiker war und zweitens, daß sich sein niemals sehr kräftiger Gesundheitszustand im Laufe der Jahre immer mehr verschlechterte.

Schließlich sei noch die Art der Wirtschaftsleitung wenigstens in den Umrissen charakterisiert.

Der Hausfrau war zunächst im vollsten Umfange die Führung des Haushaltes anvertraut, die sich der großen Familie wegen, und da eine

¹ Im Alter von 3 bis herunter auf $\frac{1}{4}$ Jahr.

² Die wechselnde Zahl der Dienstmädchen s. unter „Häusliche Dienstleistungen“.

³ Vergl. die Ausgaben für Erholungsreisen.

Unterstützung von Töchtern, mindestens bis 1902, nicht in Frage kam, keineswegs allein auf disponierende Leitung beschränken konnte, sondern tüchtiges und tatkräftiges Eingreifen verlangte. Wie vorteilhaft dieses Mitarbeiten dem Haushalt zugute gekommen sein muß, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1890, in dem die Hausfrau der Geburt des jüngsten Kindes wegen, nicht wie gewöhnlich mithelfen konnte, die Ausgaben für Nahrungsmittel — wie wir noch zeigen werden — zum Teil aus diesem Grunde außergewöhnlich hoch waren.

Die Domäne des Mannes erstreckte sich in der Hauptsache auf die Buchführung und damit naturgemäß auf die Kalkulation, also die mit Überlegung Grenzen absteckende Leitung des Ganzen. In welcher Weise sich der Hausherr dieser Aufgabe entledigte, braucht nicht näher erläutert zu werden, da das von ihm selbst geführte Wirtschaftsbuch, das wir bereits besprochen haben, davon genügend Zeugnis ablegt.

Wir haben also einen Haushalt vor uns, in dem trotz der schweren Berufsarbeit des Mannes die Wirtschaftsführung in keiner Weise zu kurz gekommen, sondern im Gegenteil wohl ganz besonders sorgfältig gestaltet worden ist.

Drittes Kapitel.

Die Einnahmen.

(Vergl. Tabelle I.)

Die Größe der Aufwendungen, die irgend jemand zur Befriedigung seiner Bedürfnisse machen kann, ist in allererster Reihe von dem abhängig, was ihm dazu zur Verfügung steht, d. h. von seinen Einnahmen. Wenn auch persönliche Eigenart und soziale Momente noch so stark auf Höhe und Verteilung der Ausgaben einwirken mögen, ihre äußersten Grenzen sind von vornherein durch die Einnahmen gesteckt. Und zwar nicht nur in dem Sinne, daß nicht mehr ausgegeben werden kann, als eingenommen wird, sondern auch so, daß sich die Ausgaben nach unten hin den Einnahmen anpassen, d. h. sich die Lebenshaltung nicht unter ein durch die Einnahmen bestimmtes Niveau einstellt. Um also überhaupt erst eine Vorstellung von dem Rahmen zu haben, in dem sich die Ausgabegestaltung der betrachteten Familie abgespielt haben kann, müssen wir außer den sozialen Voraussetzungen, die wir im vorigen Kapitel geschildert haben, auch die wirtschaftlichen Bedingungen, also die Einnahmen kennen lernen.

Aus zwei Quellen sind die Einnahmen in der Hauptsache geschöpft worden. Erstens dem Einkommen aus dem Gehalt des Familienhauptes und zweitens den Zinsen des vorhandenen Vermögens. Bleiben wir zunächst beim ersteren. Die Einnahmen aus dem Beruf des Mannes gliedern sich wiederum in zwei Gruppen, nämlich die aus dem Haupt- und die aus dem Nebenberuf. Die Einnahmen aus dem Hauptberuf bestanden einmal aus dem Gehalt, das der Mann als Landrichter bezog, sowie aus dem Wohnungsgeld und dem Ersatz für Schreib- und Lokalterminspesen, von denen letztere nur bis zum Jahre 1888 in Frage kamen. Das Gehalt stieg von Anbeginn in regelmäßiger Progression von rund 4200 Mark bis auf 7500 Mark. Das hierbei schon eingerechnete Wohnungsgeld betrug in den ersten Jahren 420, dann 540 Mark und wurde bei der Übersiedelung nach Berlin auf 900 Mark erhöht.

Daneben stehen die Einnahmen aus dem Nebenberuf. Diese umfassen Honorare für fachwissenschaftliche Arbeiten, die aber nur bis 1891 bezogen wurden, und das Gehalt für die Tätigkeit als Hilfsrichter am Reichsversicherungsamt. Letzteres belief sich nur 1892 auf weniger als 1000 Mark, weil im ersten Jahr bei nur provisorischer Anstellung lediglich pro Sitzung ein bestimmter Satz gezahlt wurde, während von 1893 bis 1896 jährlich 1000 Mark und von da bis 1904 1200 Mark festes Gehalt bezogen wurden. 1905 gab der Mann seinen Posten am Reichsversicherungsamt auf, ohne aber Pensionsberechtigung erlangt zu haben. Die gesamten Einnahmen aus dem Beruf des Mannes beliefen sich also im Jahre des geringsten Verdienstes (1881) auf 4190 Mark, um in den Jahren 1900 bis 1904 ihr Maximum mit 8700 Mark zu erreichen.

Die Zinsen, die das von Beginn der Ehe an vorhandene und durch Erbschaft später (noch vor 1880) vergrößerte Vermögen brachte, beliefen sich anfangs auf 4300 Mark, um bis zum Jahre 1904 auf 5300 Mark zu steigen. Im nächsten Jahre kamen noch 600 Mark Zinsen infolge einer Schenkung hinzu, auf die wir weiter unten noch zurückkommen werden.

Neben den beiden eben besprochenen Einnahmequellen kamen ergänzend noch die Zuschüsse der Verwandten und die als „sonstige Einnahmen“ bezeichneten Summen hinzu. Letztere umfaßten die Erträge aus verkauften Möbeln, eingezogenen Schulden und dergl. mehr. Sie erreichten nur im Jahre 1885 eine Höhe von 290 Mark, weil in diesem Jahre das alte Eßzimmer (i. Wohnung) verkauft wurde, und 1893 hörte diese Einnahmequelle überhaupt vollständig auf.

Die Zuschüsse der Verwandten setzten sich einerseits aus Geschenken zu Geburtstagen und anderen Gelegenheiten, sowie andererseits aus regelmäßigen Beiträgen zur Haushaltsführung zusammen. Von allen Einnahmequellen sind diese die bemerkenswertesten, denn sie bedeuten eine außergewöhnliche Unterstützung, die von vornherein vermuten läßt, daß ein glattes Auskommen nicht möglich gewesen sein kann.

Inwieweit diese Vermutung richtig ist, wird ein Vergleich der Einnahmen mit den Ausgaben zeigen, der nach Besprechung der einzelnen Ausgabeposten weiter unten folgen soll.

Das Verhältnis der Einnahmeposten zueinander wird am deutlichsten, wenn man sich klar macht, daß im günstigsten Falle die Einnahmen aus dem Beruf etwas mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens ausmachten. Dabei sind hier schon die Einnahmen aus dem Nebenberuf mit eingerechnet, ohne die das Gehalt nur knapp die Hälfte des Gesamteinkommens ausgemacht haben würde.

Wenn wir nun dazu übergehen, die Ausgaben zu untersuchen, die diesen Einnahmen gegenüberstehen, so müssen wir an einer Voraussetzung immer festhalten. Nicht nur durch den Beruf, die damit verbundene Repräsentation, sondern ebensosehr durch das von vornherein vorhandene Vermögen war eine bestimmte Lebensweise gegeben. Diese, und nur diese Lebenshaltung ist der Maßstab, an dem alles andere gemessen werden muß, und vom Standpunkt des Volkswirts ist das Gesamtbild nur dann als günstig zu bezeichnen, wenn diese Lebensweise von Anfang bis zu Ende beibehalten werden konnte. Mit ausdrücklicher Betonung muß darauf hingewiesen werden, daß dieser Gedanke während der folgenden Betrachtungen unausgesetzt festgehalten werden muß, soll nicht überhaupt jede Möglichkeit einer Beurteilung von vornherein in Frage gestellt werden.

Viertes Kapitel.

Die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel.

(Vergl. Tabelle IV und V.)

Da es sich bei der Frage nach der Beeinflussung der Ausgabegestaltung durch die Volkswirtschaft vor allem um die Einwirkung der Preise handelt, so kann diese Frage am besten bei den

Ausgaben für Nahrungsmittel beantwortet werden, weil hier Mengen und Qualitäten am leichtesten ausgeschieden, und daher die Folgen von Preisschwankungen — die bei den Lebensmitteln ja auch die heftigsten sind — am genauesten festgestellt werden können. Dieses Problem wird sich also im folgenden Kapitel ganz besonders in den Vordergrund drängen und sich aufs engste mit der Kardinalfrage nach den wirtschaftlichen Vorgängen überhaupt verquicken, weil die Preisschwankungen zum Teil die Ursachen dieser Vorgänge sind.

Für die Frage, nach dem Einfluß der Preise macht sich nun der Mangel an Mengenaufzeichnungen sehr störend bemerkbar, und so können wir die Zeit vom Jahre 1886—1900 zu Preisvergleichen nur mit großer Vorsicht heranziehen, weil in diesen Jahren der Verbrauch durch das Wachstum der Kinder äußerst schwankend gewesen sein muß. Im Jahre 1900 sind jedoch die Kinder herangewachsen, und gleichzeitig verläßt der älteste Sohn das Elternhaus, so daß man von nun an einen ziemlich stabilen Konsum annehmen kann, der jedenfalls gegenüber den Vorjahren nicht gewachsen sein dürfte.

Die Möglichkeit einer gewissen Ergänzung bietet hier außerdem noch die Berechnung nach Einheiten in dem Sinne, wie sie Ernst Engel zum erstenmal auf Grund seiner „Quets“ vorgenommen hat.

Nun gewinnen wir dadurch, daß wir in unserem Fall in jedem Jahre die Ausgabe pro Einheit berechnen¹, zwar die Möglichkeit, eine Veränderung des Verbrauchs infolge des Größerwerdens der Kinder oder infolge wechselnder Personenzahl im Haushalt auszuschalten, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir dann noch immer nicht sagen können, Schwankungen in der Ausgabe pro Einheit seien nun allein auf Preisschwankungen zurückzuführen. Sind doch alle Veränderungen, denen die Größe des Verbrauchs aus irgendwelchen anderen Gründen unterworfen gewesen ist, damit noch keineswegs ausgeschieden. Denn das Wachsen der Ausgabe pro Einheit kann seinen Grund haben entweder in einem Steigen der Preise oder aber in einem absoluten Steigen des Konsums (nicht im Verhältnis zu wechselnder Zahl oder steigendem Alter der Personen), auf Grund

¹ Es ist dies hier nicht nach der Engelschen, sondern nach der in der Reichserhebung angewandten Methode geschehen, indem die Erhaltungskosten für einen erwachsenen Mann gleich 1, für eine Frau gleich 0,8 und die für Kinder stufenweise herab bis 0,1 gesetzt worden sind. Vergl. Reichs-Arbeitsblatt Sonderheft 1911 S. 68.

anderer Mahlzeitzusammensetzung oder gesteigener Ansprüche u. dergl. mehr.

Daß solche Ursachen unter Umständen eine große Bedeutung gewinnen können, wird später die Veränderung der Milchausgabe sehr deutlich zeigen.

Da also auch diese Einheitsberechnung nur bedingte Schlüsse auf die Preise zuläßt, und außerdem die Gültigkeit der ihr zugrunde liegenden Zahlen in der Wissenschaft durchaus noch angezweifelt wird, so können wir sie hier lediglich als Ergänzung mit heranziehen und ihr Bedeutung nur da beimesen, wo sie das auf anderem Wege bereits Gefundene noch bestätigt.

Ehe wir nun zur Untersuchung der Ausgaben für die einzelnen Nahrungsmittel übergehen, wollen wir uns eine Vorstellung zu machen suchen von der Art und Weise, wie die Hausfrau den Einkauf zu gestalten pflegte. Denn es ist sowohl für den Volkswirt wie für den Psychologen von großem Interesse, zu wissen, wo und wann eingekauft wird, ob und welche bewußte Regelung die Art des Einkaufs erfährt.

1. Die Bedarfsdeckung.

Da das wichtigste und zugleich sich am häufigsten erneuernde Bedürfnis das nach Nahrung ist, und da seine Befriedigung je nach Lage und Art des Individuums sich in ganz bestimmten Grenzen mit regelmäßig wiederkehrenden und daher vorausbestimmbaren Tendenzen bewegt, kann am leichtesten der Einkauf der Lebensmittel in ein bestimmtes System gebracht und danach gehandelt werden. So treffen wir auch in der Leitung des betrachteten Haushaltes ein ganz festes, durch Jahrzehnte hindurch beibehaltenes Schema an, nach dem die Hausfrau ihren Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken pflegte.

Zweimal in der Woche ging sie auf den der Wohnung nahegelegenen Wochenmarkt, auf dem sie meist bei denselben Leuten Fleisch und Schmalz, Eier, Käse, Obst und Gemüse für den Bedarf der ganzen Woche einkaufte. Sie tat dies in erster Reihe darum, weil sie erfahrungsgemäß gerade diese Posten dort billiger und meist auch besser zu bekommen pflegte, als in den Läden, zumal die größere Mannigfaltigkeit an Verkäufern auf dem Markt die Möglichkeit geschickter Auswahl der Quellen und damit wesentliche Vorteile bot. Die Größe der Familie sowie eben die Tatsache, daß nur zweimal in der Woche gekauft wurde, verlangte jedesmal eine ziemlich große Menge an Waren auf einmal zu nehmen,

was den Einkauf im ganzen sehr viel vorteilhafter gestaltete, und außerdem die Käuferin bei den Händlern zu einer gerngesehenen und daher gutbedienten Kundin machte.

Dasselbe gilt für den Einkauf im Konsumverein, in dem der gesamte Bedarf an Zucker, Mehl und Reis, Gewürzen und Backobst gedeckt, sowie ganz bestimmte Sorten von Kakao, Streichhölzern, Lichten und Seife gekauft wurden, kurz lauter solche Dinge, die nicht persönlich ausgesucht zu werden brauchen, sondern deren Qualität ein für allemal bestimmt ist. Hier konnte daher im allgemeinen alle drei bis vier Wochen schriftlich bestellt und also dafür gesorgt werden, daß der Vorrat an diesen Dingen niemals ausging, so daß zwischendurch nicht von anderen Lieferanten bezogen zu werden brauchte.

Aus Spezialgeschäften wurden eigentlich nur Würst und Schinken, Milch und Backware, sowie die Butter (von außerhalb) bezogen. Die Gemüse- und Obstkonserven lieferte das Warenhaus, und zwar wurden nur solche Sorten in Konservenform genossen, die nicht wesentlich billiger und nur eine kurze Zeit im Jahre auf dem Wochenmarkt frisch zu haben waren.

Wir sehen also ein ganz differenziertes System, das aus sorgfältig gegeneinander abgewogenen Zweckmäßigkeitsgründen gerade in dieser Weise gestaltet worden ist und mit seinen mannigfaltigen Vorteilen die Führung des Haushaltes nicht nur erleichterte, sondern sicher auch wesentlich verbilligte.

Abgesehen davon, daß wir hieraus auf eine umsichtige und wohlberrechnende Überlegung bei der Leitung dieser Einzelwirtschaft schließen können, würden die Feststellungen über den Einkauf dann noch ein besonderes Interesse gewinnen, wenn wir auf Grund entsprechenden Materials Vergleiche zu der Art des Einkaufs in anderen Familien ziehen könnten. Denn dann wäre man imstande, die Frage zu beantworten, ob auch in allen anderen sozialen Sphären solche Möglichkeiten zu recht ökonomischem Wirtschaften vorhanden sind, und ob sie ausgenutzt werden oder werden können¹.

Leider fehlen unseres Wissens derartige Untersuchungen bisher, und das einzige, was man mit Sicherheit über die Einkaufsart zum Beispiel der Arbeiterfrau sagen kann, ist, daß sie im allgemeinen in

¹ Eine Arbeiterfrau, die vormittags in der Fabrik beschäftigt ist, wäre z. B. gar nicht in der Lage, auf dem Wochenmarkt zu kaufen.

kleineren Mengen und daher unvorteilhafter zu kaufen pflegt. Inwieweit sie dazu ihrer geringeren Mittel wegen gezwungen ist, oder wieviel Unwissenheit und die Angst, überhaupt eine größere Summe auf einmal auszugeben, dabei mitsprechen, wäre ebenfalls noch näher zu ermitteln nötig.

2. Fleisch und Wurst.

(Vergl. Kurve I.)

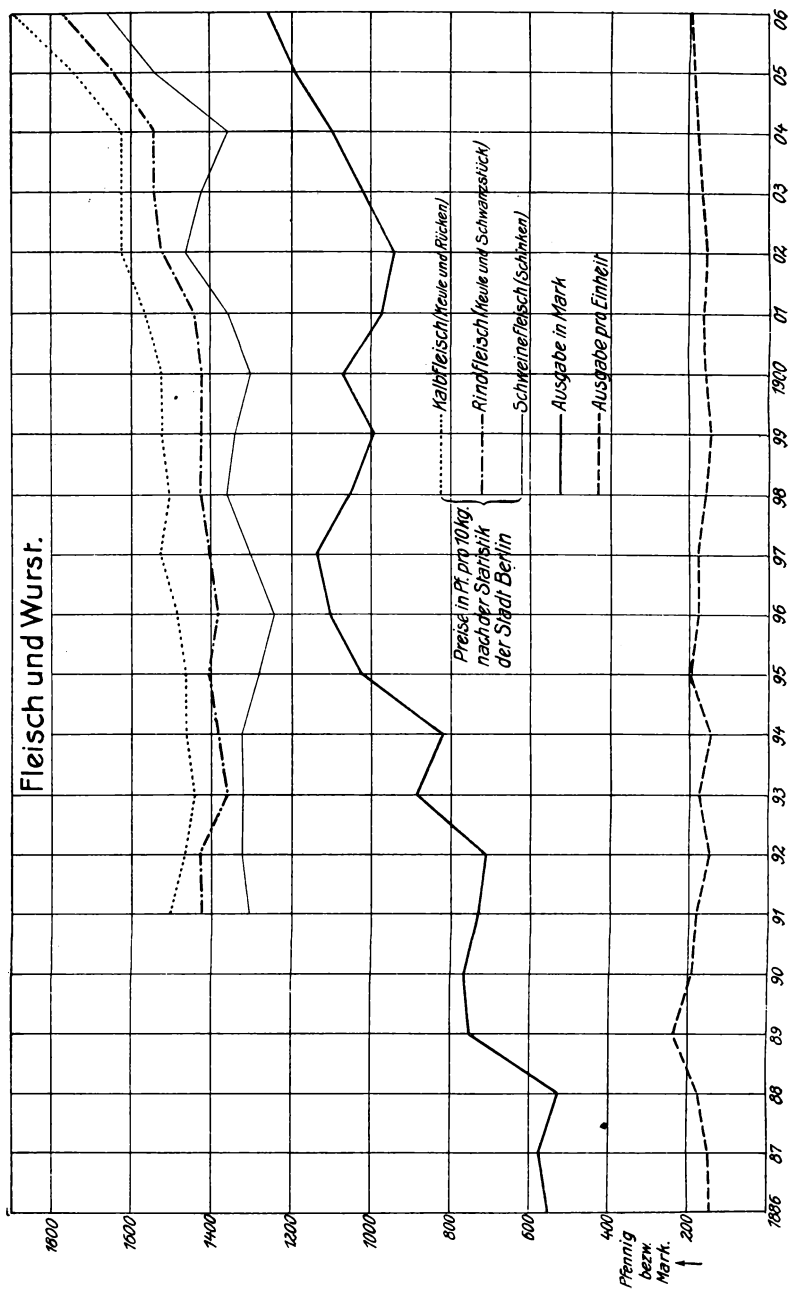
Die bei weitem wichtigste Rolle in der Ernährung der Familie hat mit 37 % durchschnittlich das Fleisch gespielt¹. Es bildete den Hauptbestandteil des täglichen Mittagbrotes sowohl, wie auch der Abendmahlzeit, zu der es in Form von Wurst oder Schinken auf Brot gegessen wurde.

Am meisten konsumiert wurde Rindfleisch und zwar hauptsächlich Schwanzstück, Filetkopf (das billige Filetende für Roulade) und Keule. An Häufigkeit in zweiter Linie folgt dann wohl das Geflügel, wovon oft Hühner, im Winter auch alle 8 bis 14 Tage Gänse gegessen wurden. Einen nicht so bedeutenden Raum nahm der Genuß von Schweinefleisch ein, in Form von geräuchertem Schinken allerdings häufig, aber nur selten als Rippenstück und Rippesper auftretend. Die geringeren Sorten, wie Eisbeine und dergleichen wurden gar nicht konsumiert. An Häufigkeit zwischen Geflügel und Schweinefleisch steht dann etwa noch das Kalbfleisch als Keule oder Rücken genossen, während Rehkeule und Hasenbraten als sehr selten und endlich Hammelfleisch als fast niemals konsumiert folgen.

Betrachten wir nun die Ausgabe für Fleisch und Wurst zusammengekommen, so zeigt sich in den ersten Jahren ein sehr gleichmäßiger Verbrauch von 500 bis 600 Mark. Das Jahr der Überfiedelung 1889 macht sich durch eine Mehrausgabe von rund 200 Mark, d. h. ca. ein Drittel der bisherigen Ausgaben, bemerkbar. Es fallen von den 358 Mark, die in diesem Jahre für die gesamten Lebensmittel mehr ausgegeben wurden, bereits 221 Mark, d. h. fast zwei Drittel, allein auf Fleisch und Wurst. Es ist also ohne allen Zweifel, daß dieser Posten die Hauptschuld an der Verteuerung der Lebensmittelversorgung in der Großstadt getragen hat.

¹ Die Ausführlichkeit der folgenden Angaben mag vielleicht wundernehmen, doch halten wir größte Genauigkeit gerade in diesen Ausführungen für unbedingt nötig, wenn ein Vergleich mit dem Konsum anderer Familien und eine Ausbeutung für die Kleinhandelsstatistik überhaupt möglich sein soll.

Sturve I.



Dabei spielt die Mehrausgabe der größer werdenden Kinder wegen gar keine Rolle, das beweist das enorme Steigen der Ausgabe pro Einheit im Jahre 1889. Hieraus und aus dem sofort folgenden Sinken muß man außerdem schließen, daß die Ausgabe im ersten Jahre nicht allein der höheren Großstadtpreise wegen so hoch gewesen ist. Die Unbekanntheit mit den vorteilhaftesten Einkaufsquellen und die bevorstehende Geburt des jüngsten Kindes, die keine so genaue Überwachung der Wirtschaft durch die Hausfrau gestattete, sind wohl als Ursachen dieser Erscheinung anzunehmen. Daß eine besonders hohe Ausgabe im zweiten Jahre der Anwesenheit in Berlin, wie wir noch zeigen werden, ebenso bei allen anderen Nahrungsmitteln auftaucht, dürfte das Vorherrschende der genannten Ursachen noch sicherer erscheinen lassen.

In der folgenden Periode der neunziger Jahre kann ein Zusammenhang mit den allgemeinen Preisen nicht festgestellt werden, weil die konsumierten Mengen zu großen Schwankungen unterworfen gewesen sind. Mit der größten Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß die enorme Steigerung 1893/1897 ausschließlich durch das Wachstum der Kinder hervorgerufen worden ist. Diese Vermutung wird durch die Zahlen, die den Verbrauch pro Einheit wiedergeben, bestätigt, da sich diese seit 1891, trotz großer Schwankungen, im ganzen in einer deutlich niedrigeren Höhe bewegen als im Durchschnitt der Vorjahre. Dieses Sinken der Ausgabe pro Einheit aber gegenüber dem Steigen der absoluten Ausgabe heißt nichts anderes, als daß die Zahl der Einheiten stärker gewachsen ist als die gesamte Ausgabe. Es ist mit anderen Worten also nicht einmal so viel mehr ausgegeben worden, als den wachsenden Einheiten nach hätte ausgegeben werden müssen, so daß also die überhaupt vorhandene Zunahme der Ausgaben sicher auf das Konto der steigenden Zahl von Einheiten, also des Heranwachsens der Kinder, gesetzt werden muß.

Daß die Ausgabe nicht ganz in dem Maße gewachsen ist, wie sie der größer werdenden Kinder wegen hätte wachsen müssen, ist höchstwahrscheinlich auf die in den neunziger Jahren gesunkenen Preise zurückzuführen; doch läßt sich ohne Mengenvergleich nichts Genaues darüber sagen.

Beim Vergleich mit der Gesamtausgabe der Nahrungsmittel zeigt sich, daß das Fleisch immer die Hälfte der Zunahme trägt, ein Verhältnis, das durchaus natürlich scheint, wenn man die große Rolle, die das Fleisch in der Nahrungsmittelausgabe dieser Familie gespielt hat, berücksichtigt.

Gegenüber dem Jahre 1892 zeigen die folgenden Jahre allein bei Fleisch und Wurst eine Mehrausgabe von:

Jahr	Zunahme gegenüber 1892	
	Mark	Prozent
1893	174	24,5
1894	108	15,0
1895	311	43,8
1896	387	54,0
1897	424	59,5
1898	339	47,0
1899	281	39,0

Die Ausgabe war also in jedem Jahre bedeutend größer als im Basaljahre 1892, ein Plus, das, wie bereits gezeigt, allein durch den erhöhten Fleischgenuß der heranwachsenden Kinder hervorgerufen wurde. Das Nachlassen der Preise in jener Zeit ist also jedenfalls durch den größeren Mengenkonsum weit überkompensiert worden.

Wir kommen nun zu der mit 1900 beginnenden letzten Periode, in der wir aus oben genannten Gründen die konsumierten Mengen als gleichmäßig, und zwar eher geringer als in den neunziger Jahren, annehmen.

Wie oben das wachsende Nahrungsbedürfnis muß sich hier der Personenverlust am stärksten in dem hauptsächlichsten Nahrungsmittel, also dem Fleisch, bemerkbar machen. Dies geschieht auch, wie die Tabellen IV und V zeigen, in den ersten beiden Jahren. Von da an aber beginnt die Ausgabe ganz beträchtlich zu steigen. Da auch die Ausgabe pro Einheit dieselbe Tendenz zeigt, kann als Ursache nur eine eingetretene Teuerung in Betracht kommen. Daß dem so ist, wird außerdem durch die amtliche Preisstatistik bestätigt. Seit 1900 steigen die Ausgaben pro Einheit außer 1902, alljährlich in äußerst heftigem Maße, und ein Blick auf die Zahlen, die die amtlich notierten Preise wiedergeben, genügt, um den Zusammenhang deutlich werden zu lassen.

Wie die Preise aller Fleischsorten — das Rindfleisch kommt hier besonders in Frage — erhebt sich auch die Ausgabe über ihre höchsten bisher erreichten Punkte, um ebenso wie jene auch 1906 auf ihr Maximum zu gelangen (s. umstehende Tabelle).

Mußten im Jahre 1900 für Fleisch 1000 Mk. ausgegeben werden, so bedurfte es 1906 zur Befriedigung derselben Bedürfnisse 170 Mk. mehr. Das mußte auch in dieser Wirtschaft, trotz ihrer verhältnismäßig großen Jahresgesamtausgabe, schon eine erhebliche Belastung bedeuten, die ja noch größer gewesen wäre, wenn nicht gerade in dieser Zeit der älteste Sohn das Haus verlassen hätte.

Setzt man die Ausgaben bezw. den Preis des Jahres 1900=100, so ergibt sich:

Jahr	Ausgaben für Fleisch und Wurst	Kleinhandelspreise im Durchschnitt der Markthallen (Durchschnitt der Mittelpreise) nach der Statistik der Stadt Berlin zugrunde gelegt					Zugrunde gelegt Pr. f.	
		Rindfleisch		Schweinefleisch		Raubfleisch	100 kg leb. Gew. 20 Proz. Tara Schwein	100 kg Schlachtgewicht Ochsen II
		Keule u. Schwanzzstück	Filet	Rüden u. Rippenpeer	Schinken	Keule und Rüden		
1900	100	100	100	100	100	100	100	100
1901	91	101	102	105	104	102	117	98
1902	89	107	107	112	112	106	124	102
1904	101	108	112	104	104	106	102	110
1905	109	115	111	116	118	114	134	115
1906	117	124	—	131	128	125	140	124

Anm.: Preise nach dem Statistischen Jahrbuche der Stadt Berlin.

Wieviel schwerer aber die Verteuerung erst die unteren Klassen getroffen haben mag, für die das weit mehr im Preise gestiegene Schweinefleisch ausschlaggebend sein mußte, wäre nur eine ähnliche Untersuchung in jenen Volkskreisen wirklich exakt nachzuweisen imstande; bis dahin bleiben wir auf Schätzungen angewiesen.

Für unseren Fall steht das eine jedenfalls fest, daß die Folgen der gesetzgeberischen Maßnahmen nach 1900 — wir erinnern zum Beispiel an das Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz vom 1. Oktober 1900 (1. April 1903 in Kraft getreten) — sowie vor allem die Marktverhältnisse jener Jahre auf den vorliegenden Haushalt einen sehr fühlbaren Einfluß ausgeübt haben.

Die Ausgabe für Wurst konnte nicht immer einwandfrei von der für Fleisch getrennt werden und es soll ihr daher keine gesonderte Besprechung gewidmet werden.

3. Fische.

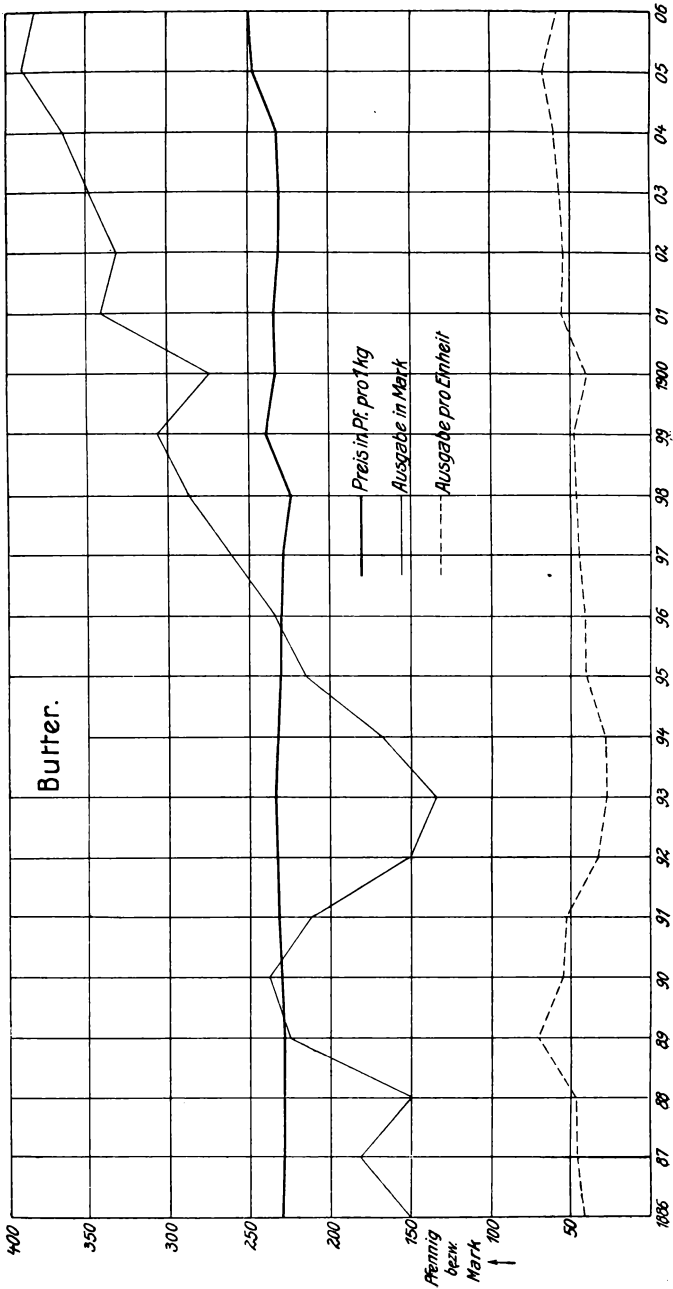
Die Ausgaben für Fische nehmen nur einen recht kleinen Teil in der Nahrungsmittelausgabe ein. Immerhin aber ist eine deutlich steigende Tendenz wahrzunehmen, die ihre Ursache zweifellos in wachsendem Konsum gehabt haben muß.

4. Butter.

(Vergl. Kurve II.)

Was zunächst die Bezugsquelle der Butter betrifft, so wurde sie seit 1896 nicht in Berlin gekauft, sondern aus Holstein bezogen, und zwar

Kurve II.



weniger deshalb, weil die Holsteiner Butter niedriger im Preise stand, sondern vielmehr weil sie sich als besser und vor allem bedeutend haltbarer und sparsamer im Verbrauch erwies.

Nachdem in der Kleinstadt eine ziemlich gleichmäßige Summe ausgegeben worden war, bringt das Jahr der Übersiedelung auch hier ein heftiges Steigen sowohl der absoluten wie der Ausgabe pro Einheit. Es werden nämlich 75 Mk., d. h. einhalbmals so viel mehr als im Vorjahre ausgegeben. Wir werden dies im Hinblick auf die obige Feststellung nur zum Teil einem höheren Preis in der Großstadt, mehr der unvoreilhafteren, weniger sparsamen Qualität der Butter, und wie beim Fleisch, der Unkenntnis der Quellen und der geringeren Beaufsichtigung der Wirtschaft durch die Hausfrau zuschreiben können.

Auf das Jahr der Übersiedelung folgt eine Zeit verminderter Ausgaben, die deutlicher noch als in der absoluten sich in der Ausgabe pro Einheit markiert. Leider konnten die Ursachen hierfür nicht ganz aufgeklärt werden, beruhen aber, nach den Angaben der Hausfrau, wahrscheinlich auf sehr viel stärkerem Kochen mit Schmalz¹ aus Sparkeitsgründen; sie können aber auch mit gefallenem Preisen in Zusammenhang stehen.

Im Jahre 1893 setzt mit der Wachstumszeit der Kinder auch für die Butterausgabe eine Epoche des Steigens ein; ebenso wie bei den anderen Lebensmitteln, zum Teil sogar durch sie bedingt (Braten des Fleisches usw.). Gleichzeitig hat die Zeit ihr Ende erreicht, wo die Mutter den Kindern ihre Butterportionen zuteilte, denn nun beginnt eins nach dem anderen sich selbst sein Brot mit Butter zu streichen, seinen Anteil zuzumessen. Wer das in einem Haushalt einmal selbst miterlebt hat, wird wissen, daß das einen nicht unerheblichen Mehrverbrauch gerade in der Butter bedingt. Daß jedoch das Steigen der Ausgabe in dieser Zeit keineswegs übernormal ist, beweist die Berechnung der Ausgabe pro Einheit, die noch längst nicht die Höhe der ersten Jahre erreicht.

Nach der Ausgabe pro Einheit könnte man annehmen, daß in den neunziger Jahren die Preise gefallen sein müßten. Da jedoch die Unmöglichkeit, den Schmalzverbrauch ergänzend heranzuziehen, keinen Schluß auf den Mengenkonsum zuläßt, so muß man sich einen Vergleich mit den Preisen vollständig versagen.

¹ Daß die Schmalzausgabe in dieser Zeit nur unerheblich sei, ist kein Gegenbeweis, da sie ja nicht isoliert notiert war, sondern erst durch Berechnung gefunden ist.

In der Periode seit dem Jahre 1900, die wir bei allen Lebensmitteln als eine Zeit nicht mehr wachsenden Verbrauches angenommen haben, können die deutlich sichtbaren Steigerungen lediglich auf eine Teuerung zurückgeführt werden. Auch dies wird wieder durch die Ausgabe pro Einheit bestätigt, die von 1901 bis 1906 ein ganz bedeutendes, immer zunehmendes Steigen verzeichnet.

Denn sie springt 1905 auf 61 hinauf, während sie sich in allen Vorjahren zwischen 30 und 40 bewegt hat. Wie die absolute Ausgabe seit 1900 gestiegen ist, zeigt die folgende Tabelle:

1899 = 100 gesetzt ¹		
Jahr	Butterausgabe	Preise nach dem Polizeipräf.
1899	100	100
1900	88,5	98,0
1901	110,5	98,5
1902	108,5	96,5
1904	117,5	98,5
1905	126,0	104,0
1906	123,0	105,0

Das Maximum wird also 1905 mit 26 % mehr als im Jahre 1899 erreicht. Aus der eklatanten Übereinstimmung mit der Ausgabe pro Einheit müßten wir eine sehr bedeutende Steigerung der Preise als Ursache dieser Erscheinung annehmen, womit wir uns jedoch in Gegensatz zu der amtlichen Statistik setzen würden. Denn das Polizeipräsidium konstatiert zwar 1905 und 1906 auch ein Steigen, aber doch nur ein recht geringes, um 6 und 7 %. Bei der Unzuverlässigkeit dieser Angaben, besonders hier, wo die Qualitäten eine wichtige Rolle spielen, würden wir uns über diese Diskrepanz nicht wundern können.

Wenn auch gerade bei der Butter wechselnde Ansprüche schwer ins Gewicht fallen, so ist das Steigen doch zu kraß, besonders im Jahre 1905, dessen Preisbildung durch die schlechte Futtermittelernte 1904 mit bestimmt war —, um nicht die Behauptung zuzulassen, daß die Ausgabe durch die steigenden Preise nach 1909 sehr fühlbar beeinflusst worden ist.

Es ist also auch bei der Butter, ähnlich wie beim Fleisch, nicht nur ein Steigen der Ausgabe in den neunziger Jahren wegen der mehr konsumierenden Kinder, sondern auch nach 1900 der wachsenden Preise wegen zu konstatieren.

¹ Es wird hier nicht das Jahr 1900 als Basaljahr genommen, weil gerade dieses eine besonders niedrige Ausgabe aufweist.

5. Brot- und Backwaren.

(Vergl. Kurve III.)

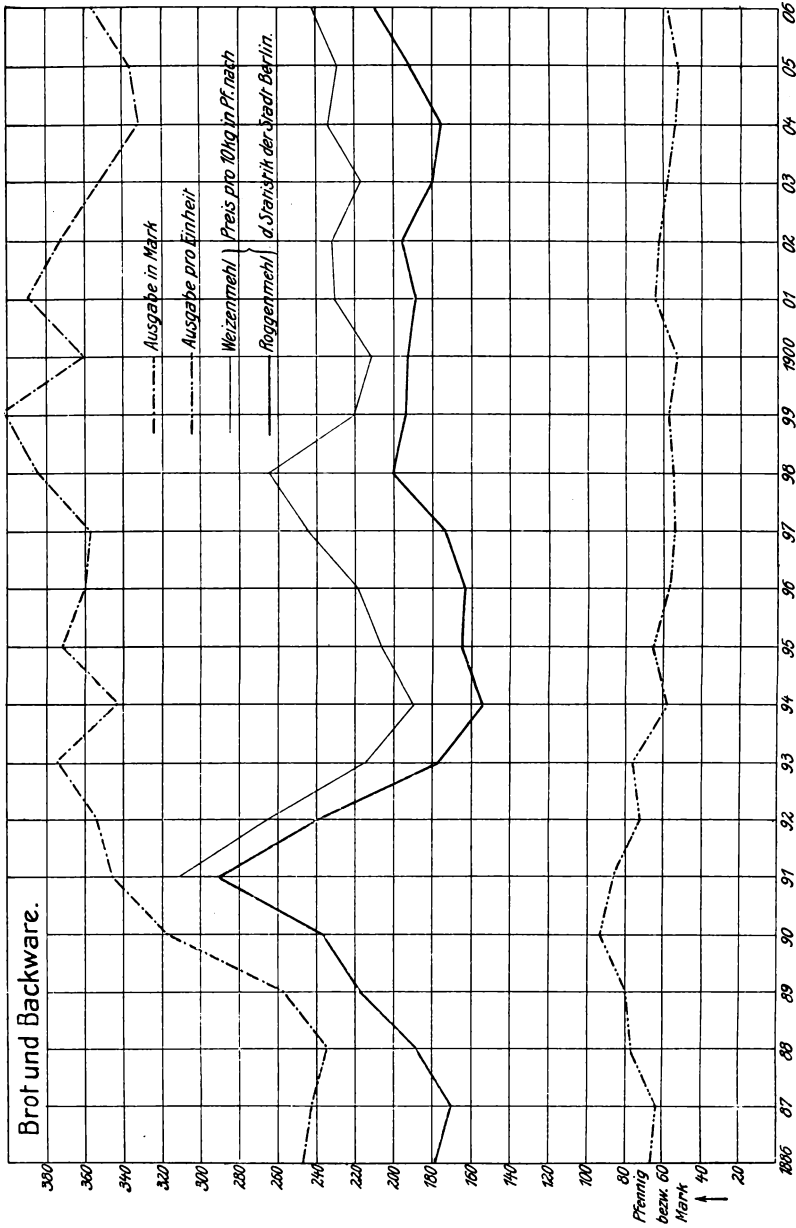
Die Wandlungen, die die Brotausgabe im Laufe der zwanzig Jahre erfahren hat, ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen, in der zugleich die Notierungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin verzeichnet sind.

Jahr	Ausgaben für Brot und Backwaren in Mark	Ausgaben für Brot und Backwaren 1886 = 100 gesetzt	Preise * für Weizenbrot 1886 = 100 gesetzt
1886	247	100	100
1887	241	97,7	100
1888	236	95,9	100
1889	257	104	109
1890	318	129	135,9
1891	346	140	139
1892	352	142,5	102,4
1893	374	156	73,5
1894	341	138	78
1895	372	152	76,9
1896	360	145,9	80,2
1897	358	145	84,6
1898	382	154,5	96
1899	403	163	92,6
1900	361	146	92
1901	389	157	92,2
1902	372	152	92,6
1903	—	—	92,8
1904	333	135	93
1905	339	137	95
1906	357	144,5	99,1

* Nach der Statistik der Stadt Berlin.

Während die ersten drei Jahre in der Kleinstadt eine sehr gleichmäßige Ausgabe zeigen, springt auch hier im Jahre der Übersiedelung die Ausgabe beträchtlich in die Höhe, um dann immer weiter zu steigen. Hier darf nun nicht vergessen werden, daß gerade in der Ernährung mit Brot und Semmel die wechselnde Personenzahl sowie der Unterschied des Alters eine ganz besonders wichtige Rolle spielen, so daß der heftigen Mengenschwankungen wegen auch die Ausgabe sich stark verändern muß. Gerade hier kann sich also erst dann ein deutliches Bild ergeben, wenn das hauptsächlich mengenverändernde Moment ausgeschaltet, d. h. die Ausgabe pro Einheit berechnet ist. Vergleichen wir nun die absolute Ausgabe mit der Ausgabe pro Einheit, so zeigt sich, daß die steigende Ausgabe nach 1893 allein auf Kosten des Wachstums der Kinder zu setzen ist, da die Ausgabe pro Einheit sich, wenn auch schwankend, immer auf demselben Niveau bewegt.

Stufe III.



Dagegen fallen die drei Jahre 1889, 1890 und 1891 auffallend aus der Reihe heraus, eine Tatsache, die ihren Grund entweder in einem überhaupt pro Einheit größeren Mengenkonsum oder in einer allgemeinen Teuerung gehabt haben muß.

Da für die erste Möglichkeit keinerlei Grund in den innerfamiliären Verhältnissen vorhanden ist, kann nur ein Heraufgehen der allgemeinen Preise die Mehrausgabe verursacht haben.

Und in der Tat, werfen wir einen Blick auf die Zahlen, die die amtlich notierten Preise für Roggen- und Weizenmehl wiedergeben, so sehen wir in den drei Jahren ein sehr wesentliches Heraufgehen der Preise.

Mit dem Jahre 1892 setzt in dieser amtlichen Statistik wieder ein starkes Sinken ein, das weit unter den Stand v o r 1889 herunterführt und dort bleibt. Hierzu steht die Ausgabe pro Einheit nun in einem gewissen Gegensatz, denn sie sinkt zwar erheblich, aber doch in den ersten beiden Jahren, die der Teuerung folgen, bei weitem nicht so weit, wie sie fallen müßte, wenn sich die Ausgabe dem Sinken der Preise voll angepaßt hätte. Erst 1894 erreicht sie den bedeutend tieferen Stand, den sie dann im großen und ganzen beibehält. Nimmt man an, daß die Berechnung der Ausgabe pro Einheit überhaupt soweit genau ist, daß sie die Schwankungen nur einigermaßen sicher angibt, so muß die festgestellte Tatsache, daß erst im dritten Jahre nach der Teuerung ein entsprechendes Zurückgehen in der Ausgabe zu konstatieren ist, als Bestätigung der oft gemachten Erfahrung gelten, daß aus verschiedenen Gründen der kleine Bäcker in der Großstadt sich den Preisschwankungen nur schwerfällig anschließt, und zwar den aufwärtsgehenden schneller als den fallenden.

Will man die Behauptung aufstellen, daß diese Familie zu Beginn der neunziger Jahre darunter hat leiden müssen, so stellt man sich in Gegensatz zu der amtlichen Preisstatistik, die nicht nur für Getreide und Mehl, sondern auch für Land- und Stadtbrote behauptet, daß schon 1892 die Teuerung überwunden gewesen sei.

Zimmerhin bringt das Herabgehen der Ausgabe pro Einheit seit 1894 deutlich genug den Einfluß der gefallenen Preise zum Ausdruck, die in jener Zeit der Agrarkrise wegen vorherrschten. Wenn also die absolute Ausgabe des wachsenden Verbrauches wegen gestiegen ist, so ist doch eine Erleichterung des Budgets durch die nachlassenden Preise durchaus zu konstatieren. Wäre ein genauer Vergleich mit den consu-

mierten Mengen möglich, so würde sich das natürlich noch viel deutlicher nachweisen lassen.

In der letzten Periode seit 1900 zeigt sowohl die absolute wie die relative Ausgabe, besonders in den ersten beiden Jahren, eine ganz erhebliche Steigerung, die erst 1904 wieder nachläßt. Die Preisstatistik steht damit zwar nicht im Einklang, aber die Verschiebungen in der Ausgabe pro Einheit sind auch so gering, daß man daraus keine weiteren Schlüsse ziehen kann.

6. Kartoffeln.

Obgleich die Kartoffel in den unteren Volksschichten einen sehr viel größeren Raum in der Ernährung einnimmt, als in den Kreisen, denen der betrachtete Haushalt angehört, so müssen wir doch gerade ihrem Anteil an der Ausgabe ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Denn kein Nahrungsmittel ist in dieser Familie so geringen Verbrauchschwankungen unterworfen gewesen, wie gerade die Kartoffel. Vergewärtigen wir uns, welche Rolle sie im vorliegenden Falle gespielt hat.

Es wurden zu jeder Mittagmahlzeit als Beigabe zum Fleisch Kartoffeln verzehrt, und zwar ausschließlich nur zu dieser Mahlzeit und nur in dieser Form als Ergänzung, niemals als selbständiges Gericht. Aus dieser Art des Verbrauches ergibt sich schon ganz von selbst, daß die täglich konsumierten Mengen jahraus jahrein annähernd dieselben gewesen sein müssen, da eben das Kartoffelgericht ganz regelmäßig jedem einzelnen Mittagbrot als Ergänzung hinzugefügt wurde, ohne außerdem jemals eine selbständige Rolle als Sättigungsmittel zu spielen. Natürlich gab es auch hier Modifikationen, die durch den Appetit der Konsumenten, die Jahreszeiten, die Zusammenstellung der übrigen Gerichte bedingt waren (z. B. ersetzt durch Klöße oder Nudeln). Doch können diese Dinge hier niemals großen Einfluß auf die Menge gewonnen haben, weil die Grenzen durch die erläuterte Verwendungsart zu fest gesteckt waren, als daß wesentliche Veränderungen des Gesamtjahreskonsums möglich gewesen wären.

Nachdem wir dies einmal festgestellt haben, sehen wir also in der Kartoffel ein Nahrungsmittel, dessen alljährlich konsumierte Menge wir in sämtlichen Jahren als ziemlich die gleiche voraussetzen können. Bestätigt wird diese Annahme noch durch die Berechnung der Ausgabe

pro Einheit, die sich bis 1900, mit Ausnahme des Überfiedelungsjahres, auf kaum schwankender Höhe hält.

Aus alledem folgt also notwendig, daß der Wechsel in der für Kartoffeln gemachten Ausgabe seine Hauptursache in den Schwankungen der allgemeinen Kartoffelpreise hat, das Steigen und Fallen der Ausgabe also mit einem Steigen und Fallen der Preise übereinstimmen muß.

Werfen wir nun einen Blick auf die beiden Zahlenreihen, die den Verlauf der Ausgabe dem der Preise gegenüberstellen, wie er vom Statistischen Amt der Stadt Berlin notiert ist. Da ergibt sich eine sehr genaue Übereinstimmung. Denn nicht nur große Perioden zeigen dieselben Tendenzen, sondern in jedem einzelnen Jahre entspricht einem Steigen in der einen Zahlenreihe ein ebensolches in der anderen. Eine Ausnahme davon bilden nur die Jahre 1901 und 1906. Diese Ausnahme ist aber in den beiden Jahren nur scheinbar, da die Berechnung der Ausgabe pro Einheit in Übereinstimmung mit der Statistik 1901 ein Steigen, 1906 ein Sinken, wenn auch nicht in hohem Maße, konstatiert.

Kehren wir nun noch einmal zu unseren speziellen Feststellungen über den Kartoffelverbrauch zurück. Die Schwankungen in den Preisen, deren Einfluß auf die Ausgabe so deutlich wahrzunehmen ist, konnte bei den geringen Mengen konsumierter Kartoffeln natürlich nur ein Mehr oder Minder von wenigen Mark tatsächlicher Ausgabe ausmachen. Das größte vorkommende Plus beträgt überhaupt nur 18 Mark (1889), was also bei einer Gesamtausgabe von 7000 bis 17 000 Mk. keine Belastung bedeutet, die der Rede wert wäre. Ganz anders aber lägen die Dinge dann, wenn wir eine jener unbemittelten Familien vor uns hätten, von deren Nahrung die Kartoffeln einen sehr viel größeren Teil ausmachen, und die nun gezwungen wäre, dem Schwanken der Preise zu folgen. In einem solchen Haushalt, wo nicht, wie in unserem Spezialfall, 1,3 %, sondern etwa 4 %¹ ausgegeben werden, müßte ein Steigen von 50 % der Kartoffelausgabe (im Jahre 1905 gegenüber 1902), das hier eben nur 17 Mark beträgt, schon gegen 70 Mark ausmachen, also eine ganz andere und gerade die ärmere Familie weit empfindlicher belastende Summe.

¹ Vergl. die Erhebung des Statistischen Reichsamtes 1907 N. N.-Bl. Sonderheft 1911.

7. Obst und Gemüse.

Während in der kleinen Stadt nur wenig Obst und Gemüse gegessen wurde, das zum Teil noch in dem kleinen Garten selbst produziert worden war (vergl. die Wohnung), stieg der Konsum in der Hauptstadt bedeutend an, wie sowohl die absolute als auch die Ausgabe pro Einheit zeigen. Als Grund hierfür muß die weit bessere Versorgung der Großstadt, speziell Berlins, mit Gemüse angesehen werden, die sich nicht nur in größerem Angebot an Massen, sondern auch vor allem mannigfaltigerer Sorten äußert. Die kleine Stadt weist ja noch heute im Gegensatz zur Großstadt den einzelnen mehr auf die eigene Produktion von Obst und Gemüse an, was damals wohl noch in höherem Maße der Fall gewesen sein mag.

In den ersten beiden Jahren des Berliner Aufenthaltes ist die Ausgabe darum noch ganz besonders hoch gewesen, weil zu dem gestiegenen Mengenkonsum die verteuernenden Einflüsse hinzukamen, die wir in diesen Jahren schon bei den anderen Nahrungsmitteln kennen gelernt haben, nämlich die Unkenntnis günstiger Einkaufsquellen und die Verhinderung der Hausfrau, den Haushalt so sorgfältig wie sonst zu überwachen.

In den neunziger Jahren, in denen die Arbeit im Haushalt sich immer mehr komplizieren mußte, wurde mehr und mehr zum Konsum von Gemüsekonserven übergegangen, die ganz regelmäßig vor allem der bequemeren Zubereitung wegen gegessen wurden. Diese haben also an dem gleichzeitig durch das Wachstum der Kinder bedingten Mehrverbrauch von Gemüse und Obst einen Hauptanteil.

Mit dem Jahre 1901 setzt auch hier ein sehr merkbare Steigen der Ausgabe pro Einheit ein, das um so auffallender scheinen muß, wenn man die große Stabilität dieser Zahl in den neunziger Jahren beachtet. Da diese Gleichmäßigkeit ähnlich wie bei der Kartoffel einen sehr stabilen Mengenkonsum verbürgt und aus keinem Grunde anzunehmen ist, daß die Familie seit 1900 ihre Gewohnheiten geändert habe, so kann das sichtliche Wachsen der Ausgabe pro Einheit nur durch gestiegene Preise verursacht worden sein.

8. Milch.

Wie es bei einer aus vielen verschiedenaltigen Personen zusammengesetzten Familie natürlich erscheint, ist der Milchkonsum im vorliegenden Falle starken Mengenschwankungen unterworfen gewesen. So springt gleich im Jahre 1891 die Ausgabe plötzlich auf ihr Maximum, veranlaßt

durch die Geburt des jüngsten Kindes, um dann erst allmählich mit zunehmendem Alter desselben herabzusinken. Auch in den neunziger Jahren bleibt die verbrauchte Menge noch ziemlich hoch, da die Kinder fast ausschließlich Kakao als Getränk bekamen, der mit Milch gekocht wurde.

Gerade hier bei der Milch zeigt die Berechnung der Ausgabe pro Einheit sehr viel klarer als die absolute Ausgabe, wie der Verbrauch vom wechselnden Alter der Kinder abhängig gewesen ist. Da die Voraussetzung der Berechnung, die für Fleisch und die anderen Nahrungsmittel wohl gilt, daß ein 0 bis 4 jähriges Kind weniger verzehrt als ein älteres, für den Milchkonsum natürlich hinfällig wird, weil die Milchnahrung ja gerade in den ersten Lebensjahren bei weitem im Vordergrund steht, so müssen wir in unserer Tabelle für die Ausgabe pro Einheit unmittelbar nach der Geburt des Kindes besonders hohe Zahlen finden.

Und in der Tat! Schon das Jahr vor der Geburt und das der Geburt selbst zeigen eine außergewöhnlich hohe Ausgabe pro Einheit, das Maximum aber wird im Jahre nach der Geburt des Kindes erreicht. In den folgenden Jahren sinkt mit dem steigenden Alter der Kinder auch die Ausgabe pro Einheit stetig und allmählich immer mehr herab, um schließlich im letzten Jahre ihr Minimum zu erreichen.

9. Kaffee, Tee, Kakao usw.

Das Schwanken der Ausgabe für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade usw. ist in der Hauptsache bestimmt gewesen durch die Verschiedenheiten der konsumierten Mengen und Qualitäten, ein Vergleich mit den Preisen muß daher von vornherein unmöglich scheinen.

So sind für die Steigerung der absoluten, wie der relativen Ausgabe im Jahre der Übersiedelung kaum höhere Großstadtpreise als Ursache anzunehmen, zumal die Ausgabe pro Einheit in der Folgezeit mehrmals wieder auf den alten Stand, ja sogar darunter herabsinkt. Wenn nun also hier ein Mehrverbrauch wirksam gewesen sein muß, so könnte die Großstadt, zum Teil wenigstens, nur insofern verantwortlich gemacht werden, als sie mit besseren Kaffee-, Tee- und Kakaoarten in größerer Auswahl mehr Gelegenheit zum Genuß dieser Getränke bot. Da mit dem wechselnden Gesundheitszustand des Hausherrn auch die Menge konsumierten Kaffees sich ändern mußte, je nachdem ihm der Genuß verboten oder erlaubt war, und da außerdem die genossenen Kaffee-, Tee- und Kakaoarten sehr verschieden an Güte und Preis waren, sind

die starken Schwankungen der Ausgabe pro Einheit sehr erklärlich und es lassen sich weitere Schlüsse nicht ziehen.

Die Ausgaben für die übrigen Nahrungsmittel gesondert zu besprechen, müssen wir der Unzulänglichkeit des Materials wegen, das ja für diese keine Einzelzahlen aufweist, unterlassen. Dagegen sei noch ein Wort gesagt über die

10. Sonstige Getränke und Genußmittel.

Da, wie oben erwähnt, der Hausherr völliger Abstinenzler war, so spielte die Ausgabe für alkoholische Getränke so gut wie gar keine Rolle ¹. Daß auch alkoholfreie Getränke anscheinend gar nicht konsumiert wurden, erklärt sich daraus, daß überhaupt zu keiner Mahlzeit Getränke genossen zu werden pflegten.

Während also auf diesem Gebiet so gut wie gar nichts aufgewendet wurde, zeigt die Ausgabe für Zigarren, daß der Mann ein ausgesprochener Raucher gewesen sein muß. Die Übersiedelung nach Berlin scheint hier zum Zurückschrauben der Wünsche, besonders in den neunziger Jahren, angetrieben zu haben, denn wir sehen vorher erheblich höhere Ausgaben, vor allem im Jahre 1888. Doch mag das zum Teil auch daran liegen, daß bei einer besonders günstigen Gelegenheit ein größerer Vorrat angeschafft wurde, wie die sehr viel kleinere Ausgabe im folgenden Jahre erraten läßt. Mit zunehmender Kränklichkeit ist auch der Konsum an Zigarren immer mehr zurückgegangen.

Eine recht interessante Ergänzung bildet dieser Ausgabeposten zu denen für „Kleidung“ und „geistige und gesellige Bedürfnisse“. Während dort, wie wir noch zeigen werden, der Mann die denkbar geringsten Ansprüche stellt, hat er hier auch einmal für seine eigene Person etwas mehr aufgewendet. Da es ihm unmöglich gewesen sein muß, der Überbürdung im Beruf wegen, Zeit auf Vergnügungen oder dergleichen zu verwenden, mag wohl das Rauchen der einzige Genuß gewesen sein, den er sich ohne Zeitverlust bei der Arbeit gestatten konnte.

11. Zusammenfassung.

Haben wir bisher nacheinander die Ausgaben für die einzelnen Lebensmittel in dem Verlauf, den jede für sich während der zwanzig Jahre genommen hat, betrachtet, so wollen wir nun noch einmal auf alle zusammen in ihrem Nebeneinander zurückblicken.

¹ Der für Gesellschaften angeschaffte Wein ist unter „Geselligkeit“ aufgeführt.

Die am meisten herausspringenden und für sichere Schlußfolgerung geeigneten Zeiten der Entwicklung sind, wie wir gesehen haben, die Jahre nach der Übersiedelung 1889 und 1890 und die auf das Jahr 1900 folgende Periode.

Die Jahre 1889 und 1890 sind in allen Posten durch ein bedeutendes Steigen der absoluten wie der relativen Ausgabe gekennzeichnet. Im Jahre der Übersiedelung wurden im ganzen für Lebensmittel 650 Mk. m e h r ausgegeben, wovon mehr als zwei Drittel allein auf Fleisch und Wurst entfallen¹. Damit trägt dieses also die Hauptschuld an der Mehrausgabe in der Großstadt, wofür als ausschlaggebender Grund die höheren Großstadtpreise anzugeben sind. Bei den übrigen Nahrungsmitteln trifft letzteres noch auf die Butter und die Kartoffeln zu, während die Ausgabe für Milch, Kaffee, Tee usw., sowie Obst und Gemüse in der Hauptsache des wachsenden Konsums wegen gestiegen ist.

Beim Brot ist die Mehrausgabe nicht durch höhere Großstadtpreise, sondern durch die in demselben Jahre einsetzende Teuerung verursacht worden. Im ganzen ergibt sich, daß die Übersiedelung nach Berlin im ersten Jahre für alle Lebensmittel zusammen eine Mehrausgabe von rund 31 % der bisherigen durchschnittlichen Nahrungsmittelausgabe nötig gemacht hat. Man kann wohl sagen, daß eine solche Summe von 650 Mk. auch dann schon, wenn man sie isoliert betrachtet, eine fühlbare Belastung des Budgets ausgemacht haben muß, von ihrer Wirkung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Wohnungs- und anderen Ausgaben ganz zu schweigen.

Auch für das zweite Jahr der Anwesenheit in Berlin ergibt sich auf allen Gebieten noch immer eine außergewöhnlich hohe absolute und relative Ausgabe, die außer bei Brot und Milch überall auf dieselben Ursachen zurückzuführen ist, nämlich einmal auf die Unerfahrenheit mit den neuen und ungewohnten Bezugsquellen, die schon im ersten Jahre ihre Wirkung geltend gemacht hat, und zweitens auf die Geburt des jüngsten Kindes, die eine verminderte Beaufsichtigung des Haushaltes durch die Hausfrau und sonst wohl auch manche Extraausgabe verursachen mußte.

¹ Nachgewiesen ist der Besonderheit des Materials wegen nur, daß in neun Monaten die Zunahme des Fleisches ca. zwei Drittel der Gesamtzunahme beträgt. Es wird vorausgesetzt, daß dies im letzten Vierteljahr auch der Fall gewesen ist.

Da diese beiden Tatsachen in der Folgezeit nicht mehr in Wirksamkeit gewesen sind, zeigt die Ausgabe pro Einheit in den neunziger Jahren auf allen Linien ein Sinken gegenüber diesen ersten beiden Jahren, das in der absoluten Ausgabe freilich durch die für die heranwachsenden Kinder nötigen Mehrausgaben erheblich überkompensiert wird. Ein Einfluß durch die allgemeinen Preise war mit Sicherheit in dieser Zeit nur bei Brot und Kartoffeln zu konstatieren, und zwar in dem Sinne, daß auf die Ausgabe für Brot die während der Agrarkrise gesunkenen Mehlpreise, auf die für Kartoffeln die jährlich stark schwankenden Kartoffelpreise als einwirkend erkannt wurden.

Ein Jahr von ähnlicher Bedeutung, wie das Jahr der Übersiedelung, ist, wenn auch aus ganz anderen Gründen, das Jahr 1900, das ebenfalls die folgenden von den vorhergehenden Jahren scharf abtrennt. Auch hier sind auf allen wichtigen Gebieten beträchtliche Mehrausgaben zu verzeichnen, und auch hier reichen innerfamiliäre Verschiebungen nicht mehr zur Erklärung aus, so daß die äußere Wirtschaftslage, also die allgemeine Teuerung, als Ursache dieser Bewegung angenommen werden mußte, weil sie in der Ausgabegestaltung des betrachteten Haushaltes aufs deutlichste zum Ausdruck kommt. Da ein Vergleich mit den Notierungen der amtlichen Statistik überall gleichgerichtete Tendenz ergeben hat, so können wir ebenso auch umgekehrt sagen: Die in Berlin konstatierte Teuerung der Lebensmittel hat den vorliegenden Haushalt auf das fühlbarste getroffen.

Wie sich für die wichtigsten Nahrungsmittel die Ausgabe im Jahre 1900 gegenüber der in den folgenden verhält, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Fleisch und Wurst	Butter	Kartoffeln	Obst und Gemüse	Brot und Backw.	Kaffee, Tee u.ä.	Milch	sämtliche Lebensmittel
1900	100	100	100	100	100	100	100	100
1901	92	125	93	98	108	102	86	103
1902	89	122	81	87	103	97	86	99
1904	101	133	119	94	92	67	90	106
1905	109	142	122	103	94	74	89	111
1906	117	139	120	96	99	70	80	115

Die absolute Ausgabe im Jahre 1900 ist gleich Hundert gesetzt.

Von den Jahren 1901 und 1902 abgesehen, in denen fast überall der Minderverbrauch auch die Ausgabe verringert, zeigt sich ein Steigen bei Fleisch, Butter und Kartoffeln, sowie in der Gesamtlebensmittelausgabe. Ein Blick auf die Ausgabe pro Einheit läßt auch dort bedeutend

auffretende Tendenz ins Auge springen, wobei sich im Gegenfatz zur absoluten Ausgabe auch die Jahre 1901 und 1902 sowie die Ausgabe für Obst und Gemüse als Steigerung gegenüber 1900 erweisen. Wie wir feststellen konnten, ist dieses Wachsen lediglich auf Preisverschiebungen zurückzuführen, während die übrigen Posten ihr Herabgehen sinkendem Verbrauch zu danken haben. Den Höhepunkt bilden das Jahr 1905 für Butter, Kartoffeln und Obst und Gemüse, das Jahr 1906 für Fleisch und die Gesamtausgabe. Letztere ist also um 15 % gestiegen, d. h. es mußten trotz Verlustes einer Person 1906¹ rund 400 Mark mehr auf Lebensmittel ausgegeben werden als 1900, und zwar lediglich wegen des Steigens der Preise für Fleisch, Butter, Kartoffeln, Obst und Gemüse. Daraus ergibt sich, daß die Teuerung nach 1900 eine ziemlich ebenso große Mehrausgabe verursacht hat, wie das erhöhte Nahrungsbedürfnis der Kinder; denn die Mehrausgabe des Jahres 1898 gegenüber dem Jahre 1891 beträgt sogar nur 330 Mk. Diese Zahlen geben ein sehr viel deutlicheres Bild als die Betrachtung der einzelnen Ausgabenposten, und hier erweist sich der Einfluß der Teuerung doch als viel bedeutender, als jene Einzeluntersuchungen erwarten ließen.

12. Vergleich mit den Ergebnissen der Reichserhebung.

Zum Schluß bliebe nun noch die Frage zu beantworten, wie sich die Ausgaben für Nahrungsmittel in diesem Haushalt zu denen in anderen Wirtschaften verhalten. Wir wollen hierzu die Erhebung des Statistischen Reichsamtes über minder bemittelte Familien vom Jahre 1907 heranziehen, weil alle anderen Einzeluntersuchungen und Erhebungen ihrer ganz anderen Gestaltung des Materials wegen (zum Beispiel andere Rubrizierung) für einen Vergleich gar nicht in Frage kommen. Da es sich aber in der Reichserhebung um Zahlen handelt, die nur für das Jahr 1907 aus den Durchschnittsangaben vieler Familien ermittelt sind, die unsrigen dagegen nur von dem Verbrauch einer einzigen Familie im Laufe von 20 Jahren ein Bild geben, so ist ein ins Detail gehender Vergleich unmöglich. Immerhin zeigen manche Zahlen eine so auffallende Übereinstimmung oder Gegenfätzlichkeit, daß wir es für angebracht hielten, sie in nebenstehender Tabelle in der Weise zu gruppieren, daß wir den Verbrauch in dem von uns betrachteten Haushalt zur Richtschnur nahmen und in Beziehung zu den Zahlen der Reichserhebung setzten. Nur die allermarkantesten Punkte sollen ausdrücklich hervorgehoben werden.

Vom Hundert der Nahrungsmittelausgaben.

Gruppierung der Ausgaben	in der Einzel- familie	Beamten- familien		Arbeiter- familien		
		im Durchschnitt der 218 Familien	in den wohl- situierten 82 Familien	im Durchschnitt der 522 Familien	in den wohl- situierten 10 Familien	
Fleisch	30,1	20,4	20,1	17,8	21,6	Die Einzel- familie steht nach oben hin isoliert.
Wurst	6,9	5,5	5,3	6,0	4,0	
Obst und Gemüse	7,9	6,8	7,1	4,9	5,3	
Tea usw.	2,6	1,2	1,3	0,7	0,8	Die Einzel- familie stimmt mit den Be- amtenfamilien überein.
Zigarren und Tabak	3,1	2,4	2,4	2,0	1,6	
Butter	10,2	10,4	9,9	7,7	7,7	
Schmalz	2,9	2,0	2,1	4,6	6,0	Alle 3 sind annähernd gleich.
Brot und Backwaren	14,1	14,2	14,3	17,0	18,9	
Eier	3,9	3,6	3,8	2,8	2,6	
Fische	1,5	1,6	1,7	1,5	2,0	Die Einzel- familie steht nach unten hin isoliert.
Käse	1,9	1,3	1,3	1,8	1,7	
Salz usw.	0,9	1,0	0,9	0,9	0,7	
Zucker	2,3	2,7	2,8	2,6	2,0	
Mehl usw.	2,3	2,8	2,9	3,0	2,6	
Kaffee	2,1	2,4	2,4	2,7	2,2	
Verschiedenes	0,6	0,3	0,3	0,2	1,4	
Kartoffeln	1,3	2,7	2,6	3,6	3,8	
Milch	5,3	10,3	10,9	10,0	7,1	
Sonstige Getränke	0,2	3,3	3,2	3,4	1,5	
Ausgaben in Gastwirtschaften	—	5,0	4,8	6,8	6,5	

Die Arbeiter- und Beamtenfamilien der höchsten Ausgabegruppe (3000 bis 4000 M.) sind als „wohl-situierte“ bezeichnet.

Anm.: Vergl. Sonderheft des Reichsarb.-Bl. S. 61 und 62.

Am auffallendsten ist der sehr große Anteil der Fleischausgabe mit 30,1 % bei der Einzelfamilie gegenüber 18 bis 20 % bei den anderen Familien. Auch der Wurstverbrauch bildet dazu keine Kompensation, sondern ist ebenfalls höher als bei den Arbeiter- und Beamtenfamilien. Besonders diese letzte Tatsache läßt darauf schließen, daß nicht etwa der um so viel größere Mengenkonsum an Fleisch, sondern mindestens zu einem beträchtlichen Teil der Genuß teurerer Sorten die Höhe der Ausgabe verursacht hat.

Ferner zeigt sich in der Ausgabe für Brot und Backware eine auffallende Übereinstimmung der Einzelfamilie mit den Beamtenfamilien, im Gegensatz zu den viel mehr aufwendenden Arbeiterfamilien. Das Umgekehrte trifft auf den Anteil der Butter zu, der bei den Arbeitern bei weitem am geringsten ist, seinen Ausgleich aber in dem viel höheren Prozentsatz der Schmalzausgabe findet.

Endlich sei noch auf den Anteil der Kartoffel hingewiesen, der bei den Arbeitern bei weitem am größten, bei der Einzelfamilie am kleinsten ist.

Außerordentlich bemerkenswert erscheinen auch die Ausgaben für Getränke und in Gastwirtschaften. Während die Einzelfamilie für beides so gut wie nichts¹ ausgibt, entfallen bei den Arbeitern und Beamten zwischen 8 und 10,2 % ihrer Ausgaben auf diese Gruppe! Deutlich genug erinnern uns diese Zahlen an die Bedeutung der Alkoholfrage für die unteren Klassen.

Diese Zusammenstellung scheint uns, trotzdem weitgehende Schlüsse wie gesagt, nicht gezogen werden können, dennoch darum von einiger Wichtigkeit zu sein, weil sie recht eindringlich vor Augen führt, wie interessante Resultate sich ergeben k ö n n t e n , wenn ein für Vergleiche geeignetes Material vorhanden wäre.

Fünftes Kapitel.

Die Ausgaben für Wohnung und Haushalt.

(Vergl. Kurve IV.)

Während die Ausgabe für Nahrungsmittel mit durchschnittlich 26,8 % den höchsten Anteil an der Gesamtausgabe hat, folgt die Ausgabe für Wohnung und Haushalt mit durchschnittlich 19,4 % an zweiter Stelle.

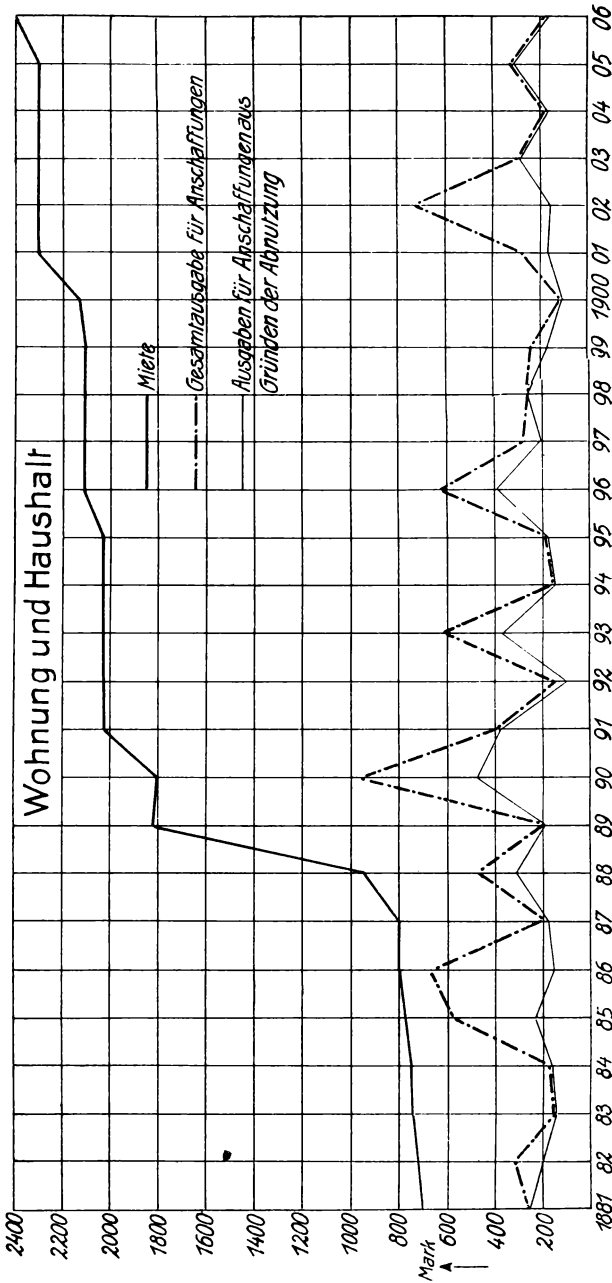
Will man überhaupt aus dem für Wohnung gemachten Aufwand einigermaßen sichere Schlüsse in irgendeiner Richtung ziehen, so ist die Angabe der insgesamt für „Wohnung“ ausgegebenen Summe völlig wertlos, wenn sie nicht nach den Faktoren, aus denen sie sich zusammensetzt, gegliedert wird.

Ehe wir aber zur Besprechung dieser Faktoren im einzelnen übergehen, sei in Kürze angedeutet, auf welche Weise die Familie ihre Wohnung auszunutzen pflegte.

Von einigen Verschiebungen abgesehen, waren die sieben Zimmer, aus denen alle Wohnungen bestanden (vgl. „die Miete“), in folgender Weise verteilt: 1. ein Schlafzimmer der Eltern, in dem auch immer das jüngste Kind zu schlafen pflegte; 2. und 3. zwei Zimmer für die übrigen Kinder; 4. ein Esszimmer; 5. ein Arbeitszimmer des Mannes;

¹ Vergl. den Abschnitt „Vergnügungen“.

Kurve IV.



6. ein sogenannter Salon; 7. ein Fremdenzimmer, in dem zuerst der Vater, dann die Schwester der Frau wohnten. Eine Küche, das Zimmer für die Dienstmädchen und das Badezimmer bildeten die nötigen Ergänzungen. Am Tage wurden sämtliche Zimmer, mit Ausnahme des Schlafzimmers der Eltern und des Salons, zum Wohnen benutzt, während letzterer nur, wenn Besuch da war, dem Aufenthalte diente.

Was die Einrichtung der Wohnung betrifft, so halten wir es zwar im Gegensatz zu *Henriette Fürt h* und manchen anderen, nicht für richtig, dieselbe mit Stillschweigen zu übergehen, da es uns für etwaige Vergleiche dringend notwendig erscheint, gerade über die Art des Wohnens in allen der Untersuchung zugänglichen Einzelfällen so genau als möglich unterrichtet zu sein. Da es uns aber im Rahmen dieser Arbeit zunächst nur darauf ankommt, ein klares Bild von der Lebensweise der Familie zu geben, und uns dies auch ohne die Beschreibung der Einrichtung aus dem Folgenden deutlich genug hervorzugehen scheint, haben wir die Aufzählung des Inventars, um den Text nicht unnütz zu beschweren, in einem Anhang vorgenommen (siehe am Schluß dieses Kapitels).

Somit können wir nun zur Untersuchung der einzelnen Ausgaben übergehen, aus denen sich die Gesamtausgabe für Wohnung und Haushalt zusammensetzt.

1. Die Miete.

In dem Verlauf, den die Ausgabe für Miete nimmt, lassen sich mit Deutlichkeit zunächst zwei Perioden unterscheiden: die erste mit gleichmäßigen und relativ niedrigen Ausgaben bis 1889, die zweite mit bedeutend höheren und steigenden Ausgaben von 1889 an bis zum Schluß; die erste entspricht der Zeit, die in der norddeutschen Kreisstadt verlebt wurde, die zweite dem Aufenthalt in Berlin. Als Ursache der höheren Ausgaben erscheint also auf den ersten Blick die Überfiedelung nach der Hauptstadt.

Wollen wir aber behaupten, daß die Erhöhung der Miete um rund 100 % ihre Ursache nur in dem Wechsel des Wohnortes gehabt haben kann, so müssen wir vorerst festzustellen suchen, ob sich nicht etwa die Qualitäten der beiden Wohnungen wesentlich voneinander unterscheiden. Betrachten wir also die Wohnungen im einzelnen:

Die Zahl der Zimmer war in Berlin dieselbe wie in K.¹; da beide Male sieben Zimmer bewohnt wurden.

Auch die Größe der Zimmer wie der Küche und des Korridors blieb ziemlich dieselbe. Doch kamen an Nebenräumlichkeiten in Berlin ein Badezimmer und ein Balkon hinzu. Dafür ging ein kleiner Garten, der sich am Hause in K. befand und in dem man eine Laube und einige Gemüse- und Blumenbeete sein eigen nannte, verloren.

Beide Wohnungen lagen im obersten Stockwerk des in K. drei-, in Berlin vierstöckigen Hauses (Hochparterre = erster Stock gerechnet.)

Die Lage dieses Hauses in bezug auf die Stadtgegend war, soweit sich das vergleichen läßt, sehr ähnlich. In K. wohnte man im feinsten, sogenannten „Geheimratsviertel“, in Berlin im „Westen“.

Als einziger wesentlicher Unterschied im positiven Sinne ergibt sich also nur das Hinzukommen der Kanalisation in Berlin. Alles übrige kann man etwa als gleichwertig, nur den Balkon gegenüber dem Garten vielleicht als Nachteil bezeichnen.

Für Erhöhung des Mietpreises durch veränderte Wohnungsqualität spielt jedoch das Hinzukommen der Kanalisation insofern keine Rolle, als dies ja eine kommunale, nicht eine vom Hauswirt privatim gemachte Anlage ist, so daß man also in der Tat ohne Einschränkung sagen kann: die Erhöhung der Ausgaben für Miete im Jahre 1889 um 860 Mk., d. h. etwa 100 % der alten Ausgabe, ist lediglich hervorgerufen durch die Lage der Wohnung in der Hauptstadt.

Schon im dritten Jahr der Anwesenheit in Berlin sehen wir wieder ein Steigen der Ausgabe für Miete, und zwar um 200 Mk., und wieder anläßlich eines Wechsels der Wohnung. Auch hier ist eine gesteigerte Qualität nicht festzustellen gewesen². Denn Zahl und Größe der Zimmer und Nebenräume blieben sich gleich, die Wohnung lag wieder im vierten Stockwerk und das Haus wieder im Westen, in einer Straße, die sogar etwas weniger vornehm als die vorige war. Sicher also war eine Verbesserung nicht der Grund des Umzuges, sondern wahrscheinlich die Tatsache, daß der Wirt im ersten Hause die Wohnung um noch mehr als 200 Mk. gesteigert hatte, da sie in den ersten Jahren aus besonderen Gründen vielleicht sehr billig gewesen war.

¹ Die Kreisstadt wird K. genannt.

² Sämtliche in Berlin innegehabten Wohnungen sind von mir selbst aufgesucht und auf die Richtigkeit der gemachten Angaben hin, nach Möglichkeit geprüft worden.

Der nächste Sprung erfolgte im Jahre 1896, abermals verknüpft mit einem Umzug, und zwar dem letzten in der betrachteten Zeit. In diesem Fall kann man zweifellos von einer Verbesserung sprechen, denn obgleich die Zahl der Zimmer dieselbe blieb, so änderte sich doch ihre Größe und sonstige Beschaffenheit zum Vorteil. Da das Haus neu erbaut und zugleich Eckhaus war, lagen alle Zimmer, mit Ausnahme eines einzigen, nach der Straße hinaus und waren daher bedeutend heller und luftiger. Die Nebenräume blieben annähernd wie in der vorigen Wohnung, doch bildeten Wandspinde, eine Kleiderkammer und ein Hängeboden eine reichlichere Ausstattung; auch lag die Wohnung nun nicht mehr im vierten, sondern im zweiten Stockwerk, und so würde sie sogar in allen Punkten eine Verbesserung bedeutet haben, wenn sie sich nicht — obgleich noch immer im Westen gelegen — in einer etwas weniger vornehmen Straße befunden hätte. Immerhin kann man wohl das Wachsen der Miete um 100 Mk. in der Hauptsache auf die steigende Qualität zurückführen.

Anders bei den beiden nun noch folgenden Erhöhungen der Miete 1901 um 200 und 1906 um 100 Mk. Beide Male kann hier nur das Steigen der Mieten im allgemeinen die Ursache gewesen sein, denn weder in der Wohnung noch im Hause wurden irgendwelche Veränderungen (elektrisches Licht oder dergleichen) vorgenommen; im Gegenteil wurden in der immer mehr eingewohnten Wohnung nur die allernötigsten Reparaturen vom Wirt ausgeführt.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß auch nach der Übersiedelung nach Berlin zur Befriedigung derselben Ansprüche an die Wohnung wachsende Ausgaben wegen der steigenden Großstadtmieten nötig waren, so daß man 1906 sechshundert Mark, d. h. ein Drittel mehr bezahlen mußte, als man 1889 bezahlt hatte.

Im Gegensatz zur Befriedigung der übrigen Bedürfnisse macht sich hier das Heranwachsen der Kinder nicht so stark geltend, da ja die Zahl der Zimmer von Anfang an dieselbe bleibt. War schon eine Einschränkung nötig, als im Jahre 1892 die Schwester der Frau im Hause aufgenommen wurde, so mußten die Ansprüche gewiß noch mehr zurückgeschraubt werden, als aus den vier Schuljungen erwachsene Menschen geworden waren, von denen sich noch dazu drei auf akademische Examina vorbereiten mußten¹.

¹ Vergl. „Die Ausbildung der Kinder“.

2. Die Inventaranschaffungen.

Alle Anschaffungen, die überhaupt in Wohnung und Haushalt gemacht werden, sind in zwei Gruppen zu teilen: die erste umfaßt solche, die — jährlich oder in längeren Perioden wiederkehrend — notwendige Ergänzungen des abgenutzten Inventars darstellen, und die zweite umschließt alle anderen Erwerbungen, die nicht oder nicht allein aus Gründen der Abnutzung, sondern zwecks Vervollständigung des Inventars aus anderen Gründen vorgenommen werden.

Wenn nun auch diese Scheidung nicht überall streng durchzuführen ist, so muß sie trotzdem wenigstens versucht werden, weil jene beiden Arten der Anschaffungen aus zwei ganz verschiedenen Kapitalfonds bestritten werden müssen und daher für die Wirtschaftsgebarung eine verschiedene Rolle spielen. Denn die Anschaffungen der ersten Art verlangen in regelmäßigen Perioden wiederkehrende Aufwendungen, die zum Fortbestehen der Wirtschaft gemacht werden und also aus dem laufenden Jahreseinkommen bestritten werden müssen — vergleichbar den alljährlichen Abschreibungen im industriellen Unternehmen. Die zweite Art dagegen, sagen wir kurz die außergewöhnlichen Anschaffungen, beanspruchen zu ihrer Deckung das Bestehen eines genügend großen Reservefonds, sind also etwa vergleichbar der Betriebserweiterung, der Anschaffung einer modernen Maschine in der Erwerbswirtschaft.

Man muß sich also darüber klar sein, daß die Ausgaben für Ergänzung des abgenutzten Inventars genau so „nötige“ sind wie die für Miete, so daß das Vorhandensein von Aufwendungen für Wohnung überhaupt (außer Miete) gar keine Möglichkeit bietet, auf Wohlhabenheit, Behaglichkeitsbedürfnisse und dergleichen irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Erst wenn obige Scheidung, so gut es im Einzelfall gelingen mag, gemacht ist, kann man sich auf derartige Betrachtungen einlassen. Denn kann man für die Anschaffungen, die nicht lediglich aus Abnutzungsgründen gemacht werden, die Motive feststellen — z. B. Einkommen- oder Familienvergrößerung, gesellschaftliche Momente, Wunsch nach Behaglichkeit —, so wird damit in vielen Fällen mancher interessante Schluß auf die Lebensart, die Kulturbedürfnisse, gute oder schlechte Wirtschaftsführung der betreffenden Familie ermöglicht werden, eine Tatsache, die diese schwer zu erfassenden Faktoren wesentlich greifbarer erscheinen ließe und insbesondere bei der Vergleichung verschiedener sozialer Klassen sicher zu wertvollen Resultaten führen würde. Wenn

wir also hier versuchen, eine Trennung nach diesen Gesichtspunkten durchzuführen, so geschieht es weniger in der Hoffnung, gerade für diesen Fall wichtige neue Aufschlüsse zu erlangen, als weil wir eine solche Scheidung aus methodischen Gründen zwecks späterer Vergleiche für wünschenswert halten.

Die Trennung der beiden Arten der Anschaffungen voneinander ist nun in der Weise vorgenommen worden, daß in den Originalaufzeichnungen jede Ausgabe von diesem Gesichtspunkt aus geprüft und die „außergewöhnlichen“ Anschaffungen jedes Jahres von der Gesamtausgabe abgezogen sind. Ein Nachweis, ob diese Scheidung in jedem Fall einwandfrei ist, kann natürlich hier nicht geführt werden, denn dazu wäre ein vollständiger Auszug aus dem Wirtschaftsbuch notwendig. Doch war der Zweck jeder Ausgabe eigentlich überall so zweifellos, daß falsche Rubrizierungen kaum vorgenommen sein können. Einige Beispiele werden das später noch erläutern.

Betrachten wir zunächst die „normale Abnutzung“ für sich allein, so zeigen sich ganz regelmäßige Schwankungen, die sich aus der Natur der Sache ergeben. Denn waren in einem Jahr umfangreichere Anschaffungen gemacht worden, so war eben im nächsten bzw. den folgenden Jahren dergleichen zu kaufen nicht nötig, wodurch wieder eine kleine Verringerung der Ausgaben herbeigeführt wurde. Die Gegenstände, um die es sich hier in der Hauptsache handelt, sind Geschirr, Küchengeräte, Reinigungsutensilien, Bett- und Tischwäsche und kleinere Wohnungsgegenstände, wie Decken, Blumentöpfe und dergleichen. Bei letzteren, besonders wenn man an die Blumentöpfe denkt, könnte sich die Frage erheben, ob man sie nicht zu den „außergewöhnlichen“ Ausgaben rechnen solle. Doch gehört unseres Erachtens ein gewisser Bestand an Zierpflanzen ebenso notwendig zu einem Haushalt dieses sozialen Niveaus wie eine gewisse Zahl an Sofakissen, Tischdecken und dergleichen, so daß also auch deren Ersatz durchaus zur normalen Abnutzungsergänzung gerechnet werden kann. Aus diesem Beispiel erhellt, daß sich feste Regeln für die Einteilung naturgemäß nicht geben lassen, sondern daß man den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragen muß.

Daß die Ausgabe gegen das Ende hin eine leicht steigende Tendenz zeigt, erklärt sich damit, daß auf die Dauer sich das noch nicht ergänzte, etwa noch vom Ursprünglichen übriggebliebene Inventar immer schneller abnutzen mußte, daß die Wohnung immer mehr eingewohnt und durch

den größeren Verkehr der erwachsenen Kinder mehr in Anspruch genommen wurde und daher einen größeren Verbrauch an Reinigungsgegenständen nötig machte, daß endlich seit längerer Zeit kein Umzug vorgenommen war, der Gelegenheit zu einer gründlicheren Inventarergänzung geboten hätte. Denn das tritt deutlich in die Erscheinung, daß der Umzug jedesmal benutzt wurde, um möglichst alle alten, verbrauchten Gegenstände, auch die Kleinigkeiten, durch neue zu ersetzen. So zeigen die Jahre 1889, 1891 und 1896 ein deutliches Steigen der Ausgabe, das jedesmal einen Höhepunkt allen vorhergehenden und folgenden Jahren gegenüber bedeutet. In den beiden letzten Jahren steigen die Ausgaben bis auf ca. 400 Mk., eine Höhe, die nur in den Jahren 1890 überschritten wird. Denn in diesem Jahre wurden viele Anschaffungen an Wäsche, Geschirr usw. der Geburt des Kindes wegen gemacht, die aber nicht ohne weiteres von den Ausgaben zur Ergänzung abgenutzter Gegenstände getrennt werden können.

Ein Zusammenhang zwischen Wohnungsgröße und Abnutzung ließ sich nicht nachweisen, da keine Veränderungen in der ersteren vorgenommen sind.

Betrachten wir nun die nicht aus Abnutzungs-, sondern aus anderen Gründen gemachten Anschaffungen, die sich beim Vergleich der beiden Zahlenreihen deutlich zeigen in den Jahren 1882, 1885, 1886, 1890, 1893, 1896 und 1902.

Im ganzen betrachtet, ergibt sich schon aus diesen Jahreszahlen, daß im Anfang die Anschaffungen häufiger waren, daß sie dann allmählich sowohl an Häufigkeit und, wie die Zahlen zeigen, auch an Umfang abnehmen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß in der Hauptanschaffungsperiode vor 1893 die einschneidenden Familienveränderungen vor sich gegangen sind; nämlich erstens die Vervollständigung der Familie durch zwei Kinder, und zweitens die Übersiedelung nach Berlin. Hinzu kommt, daß die ursprüngliche Einrichtung äußerst einfach gewesen sein soll, daß sich gerade jetzt günstige Einkaufsgelegenheiten boten, und daß vor allem — und das war schließlich wohl ausschlaggebend — damals noch mehr freies Kapital zur Verfügung stand als später. (Siehe Tabelle auf S. 207.)

Betrachtet man die Gründe (vergl. Tabelle), die in den einzelnen Fällen zu den Anschaffungen geführt haben, so springt zunächst in die Augen, daß die meisten durch dringende Notwendigkeit gekennzeichnet werden, sei es, weil ein Familienzuwachs eingetreten ist — so im Jahre

Jahr	Gesamtausgab. f. Anschaffung	Anschaffung aus Gründen der Abnutzung	Anschaffung aus anderen Gründen			Grund der Anschaffung
			im ganzen gezahlter Preis	Gegenstand	Preis der eingel. Gegenstand.	
1881	224	264				
1882	317	203	114	Chaiselongue . .	114	zwecks Vervollständigung des Herrenzimmers, d. ohne Sofa
1883	158	158				
1884	179	197				
1885				Teppich, Schrank und Möbel . . .	68	b. Auflösung eines Haushaltes von Bekannten machen lassen zum Eßzimmer i. folgend. Jahr.
				eich. Wandbretter	232	
					45	
	579	234	345	Summe:	345	
1886	667	167		eichen. Eßzimmer	500	Gelegenheitskauf
1887	191	191				
1888	475	321	154	Teppich	154	Grund des Kaufes unbekannt
1889	210	210		Sofa, Schreibtisch und Glaskrone .	375	Sofa für das spätere Zimmer der Schwester, Schreibtisch für den ältesten Sohn
1890				Kinderwagen und Soghlet. . . .	49	Geburt des jüngsten Kindes
				Nähmaschine . .	70	
	966	472	494	Summe:	494	
1891	395	395				
1892	153	111	42	Gaskocher . . .	42	neu, statt Kohlenfeuer statt rückgezahlten Darlehns
1893	611	369	242	alte Truhe . . .	242	
1894	149	149				
1895	193	193				
1896				Stehspiegel und Krone	170	bei Auflösung eines Haushaltes die neue Wohnung hatte viel mehr Fenster als die alte für die Kinder, die bisher nur einen Ständer hatten
				Gardinen	55	
				Waschtisch . . .	14	
	632	393	239	Summe:	239	
1897	289	216	73	eiserner Ofen . .	73	die Kachelöfen heiz. sich schlecht
1898	265	265				
1899	245	179	66	Glühlichteinrichtg. der Petroleum- kronen	66	
1900	121	121				
1901	276	171	105	Schlafsofa . . .	105	des Klavierunterrichts der Schwester wegen angeschafft
1902	724	164	560	Klavier.	560	
1903	300	300				
1904	193	193				
1905	319	319				
1906	169	169				

1890 der Kinderwagen usw. — oder weil die Kinder heranwachsen und mehr beanspruchen — so in demselben Jahr der Schreibtisch für die Frau, der gekauft wurde, weil der älteste Sohn ihren übernahm. Ähnlich bedeuten auch die Anschaffung des Waschtisches 1896, des Schlafsofas 1901 und des Klaviers 1902 die Befriedigung dringender Bedürfnisse.

Der Ankauf des Klaviers trägt darum besonders den Charakter einer notwendigen Anschaffung, weil es weniger der Kinder, sondern der im Hause lebenden Schwester der Frau wegen gekauft wurde. Denn diese konnte als Klavierlehrerin mit dem sehr alten und schlechten Vorgänger nicht mehr auskommen und veranlaßte daher vor allem den Ankauf, den sie durch Zahlung des halben Preises unterstützte.

Daß man aber auch unter Umständen Geld aufbringen konnte für Gegenstände, die nicht unbedingt im Augenblick gebraucht wurden, zeigen die Anschaffungen der Möbel 1885 und 1886, der Glasrone 1889, des Spiegels und der Krone 1896.

Von da an aber bleiben alle Ergänzungen des Inventars durchaus im Rahmen des dringend gebrauchten, und auch in der Glühlichteinrichtung 1889 drückt sich nur ein Mitgehen mit der allgemeinen Entwicklung aus.

Bedenkt man außerdem, daß alle überhaupt erworbenen Möbel alt gekauft wurden, so gewinnt man den Eindruck, daß zwar durchaus Sinn für Behaglichkeit vorhanden gewesen sein muß, diesem aber nur soweit Rechnung getragen worden ist, als es die vorsichtige Berechnung der Wirtschaftsleiter gestattete. Auch hier scheint das Nachlassen der Anschaffungen trotz des Größerwerdens der Kinder, sowie die Art der in den späteren Jahren erworbenen Gegenstände auf Einschränkung der Ansprüche hinzudeuten.

3. Die Reparaturen.

Ähnlich wie bei der Zahlenreihe, die die „Abnutzung“ veranschaulicht, zeigt sich auch hier ein stetiger Wechsel zwischen Hoch- und Tiefpunkten, während die Zahlen sich im ganzen auf ziemlich gleichem Niveau bewegen, Tatsachen, die sich wie dort auch hier aus der Natur der Sache ergeben.

In den Umzugsjahren 1889, 1891 und 1896 sind die Ausgaben naturgemäß auch auf diesem Gebiet besonders hoch ¹.

¹ Bei der Übersiedelung nach Berlin liegt die besonders hohe Ausgabe schon im Jahre 1888, da der Umzug im August 1888 vorgenommen und die Reparaturen vorher erledigt wurden.

Der Höhepunkt 1899 wird erreicht wegen Anhäufung mehrerer nur selten wiederkehrender Reparaturen, wie das Aufpolstern eines Sofas und dergleichen.

Da in den Einzelfällen weder der Umfang der Reparatur, noch etwa die Zeiten für die Beschäftigung der Handwerker zu ermitteln waren, lassen sich keine weiteren Schlüsse ziehen.

4. Zusammenfassung.

Im ganzen auf dieses Kapitel zurückblickend, können wir sagen: Von größtem Einflusse sind die Übersiedelung in die Großstadt und das Heranwachsen der Kinder. Letzteres macht sich jedoch hier weniger in steigenden Ausgaben als in zurückgehender Lebenshaltung bemerkbar.

Anhang.

Das Inventar.

Nach den Angaben der Hausfrau ist die Einrichtung seit 1890 ziemlich unverändert geblieben, was durch die Ausgaben für Anschaffungen bestätigt wird.

Nach 1890 bestand das Inventar aus:

1. Dem eichenen Eßzimmer mit einem Buffet, einem Anrichter, einem großen Eß- und einem kleinen Sofatisch, einem Sofa, einem Blumenständer und zwölf Stühlen.
2. Dem Salon mit einem Plüschsofa, sechs dito Stühlen, einem Tisch, einem Damenschreibtisch, einem Stehspiegel, einem Glaspindchen, einem Klavier mit Notenständer.
3. Dem Arbeitszimmer des Mannes mit einem eichenen Schreibtisch und Aktenbock, dito Bücherschrank, dito sechs Stühlen, einem Sofa und zwei Lehnstühlen.
4. Dem Schlafzimmer des Ehepaares mit zwei großen Betten und einem Kinderbett, einem Waschtisch mit Marmorplatte, zwei Nachttischen, sechs Stühlen, einem Wäsche- und einem Kleiderschrank, einer Spiegelt Kommode, einer Nähmaschine und einem Nähtisch.
5. Dem Schlafzimmer der Kinder mit drei Betten, einem großen Tisch, sechs Rohrstühlen, einer Kommode, einem Schreibtisch, einem Waschtisch und einem Kleiderschrank.

6. Dem Wohnzimmer der Kinder mit einer Chaiselongue (auch zum Schlafen), einem Schreibtisch, einem großen Tisch, vier Stühlen und einem Schrank (ein Waschständer befand sich noch im Badezimmer).
7. Das Zimmer der Schwester der Frau mit einem Sofa (zum Schlafen), einer Spiegellkommode, einem kleinen Schrank, einem Tisch, vier Stühlen, einem zudeckbaren Waschtisch.

Im Korridor stand ein Spiegel, ein Garderobenständer und eine alte Truhe, sowie ein Kleiderschrank und ein Tisch für Lampen.

Das Zimmer der Dienstmädchen enthielt nur zwei Betten, einen Schrank, zwei Stühle und einen Tisch sowie einen Waschständer.

Die Küche war mit zwei Geschirrschränken und einem Vorratsspind sowie einem Tisch und zwei Stühlen nebst Brettern für Geschirr an der Wand nur zum Kochen eingerichtet.

Im Esszimmer, Salon und Arbeitszimmer des Mannes hingen Bilder an den Wänden, die fast ausschließlich geschenkt erhalten oder ererbt worden waren, ebenso eine große Stehlampe und eine Wanduhr. In den drei genannten Zimmern lag je ein großer Teppich, in den anderen nur Strohmatten vor den Waschtischen. An allen Fenstern hingen Gardinen, in jedem Zimmer eine Gasröhre (erst seit 1898) oder eine Hängelampe.

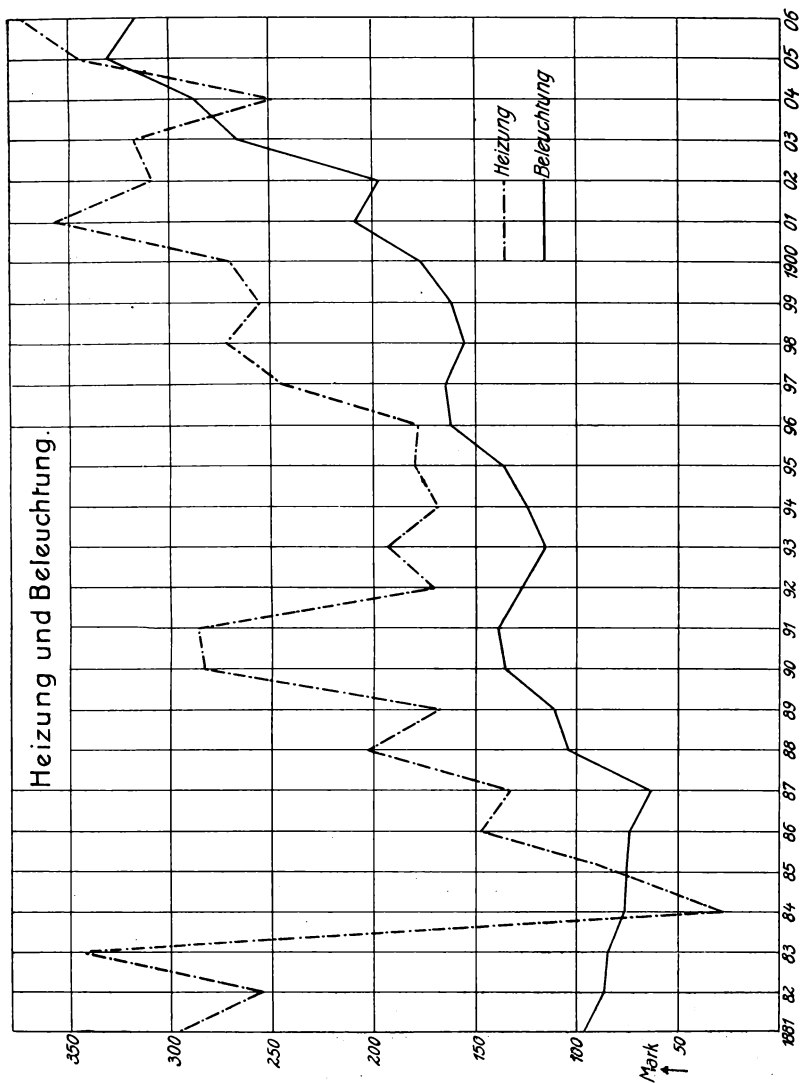
Sechstes Kapitel.

Heizung und Beleuchtung.

(Vergl. Kurve V.)

Wie bei den Nahrungsmitteln so waren auch hier die konsumierten Mengen nicht neben den Ausgaben verzeichnet, es können daher die Ursachen der Ausgabeschwankungen nur sehr lückenhaft festgestellt werden. So war der Grund für das enorme Sinken der Ausgabe für Heizung im Jahre 1884 gar nicht zu ermitteln, ebenso nicht, warum in den ersten drei Jahren die Ausgabe für Heizung so viel größer als später war. Daß in der kleinen Stadt im ganzen mehr für Heizung ausgegeben werden mußte, lag vor allem an dem sehr rauhen dortigen Klima, das längeres und stärkeres Heizen nötig machte. Man brannte in dieser Zeit Holz, Torf und Kohlen, die man meist waggontweife gemeinsam mit Bekannten von außerhalb kommen ließ. Die Ein-

Kurve V.



führung des Gaskochers im Jahre 1891 scheint keinen merkbaren Einfluß ausgeübt zu haben, da das Sinken der Ausgabe bis 1896 nur gegenüber den besonders stark belasteten Jahren 1890 und 1891 ein Herabgehen bedeutet. Die steigende Tendenz der Ausgabe von 1896 an ist in der Hauptsache wohl auf wachsenden Konsum zurückzuführen, denn die Studien der Söhne sowie der Unterricht, den sie Fremden erteilten, und die intensive Berufsarbeit des Mannes verlangten warme, gut-geheizte Zimmer (vergl. Ausbildung der Kinder). Zum Teil erklärt sich das höhere Niveau auch daraus, daß man nun meist mit Koks und Anthrazit heizen mußte, da die Radelöfen der Wohnung sich als unzulänglich herausstellten, und man daher eiserne Öfen anzuschaffen gezwungen war (vergl. Wohnung). Eine Übereinstimmung mit den Preisen, wie sie auf Anfrage von der „Kontinentalen Gasgesellschaft“ für Koks im Kleinverkauf angegeben wurden, ist nicht zu konstatieren. Höchstens das heftige Steigen der Preise im Jahre 1900 scheint seinen Reflex in einer besonders hohen Ausgabe 1901 zu finden.

Auch die Ausgabe für Beleuchtung zeigt eine dauernd steigende Tendenz, die besonders mit der Einführung des Gasglühlichtes 1899 sich sehr deutlich ausprägt. Mit den Preisen für Gas kann dies kaum etwas zu tun haben, da diese seit 1900 sogar erheblich (von 16 Pfennig auf 12,35 Pfennig) gesunken sind. Dagegen wird wohl — wie bei der Heizung — die Arbeit des Vaters und der Söhne die Hauptveranlassung zu hohen Ausgaben gewesen sein, und hier mögen auch die dauernd steigenden Ansprüche schwer ins Gewicht fallen, die durch die vervollkommnung der Technik gerade auf dem Gebiet der Beleuchtung ganz allgemein immer mehr gestiegen sind.

Siebentes Kapitel.

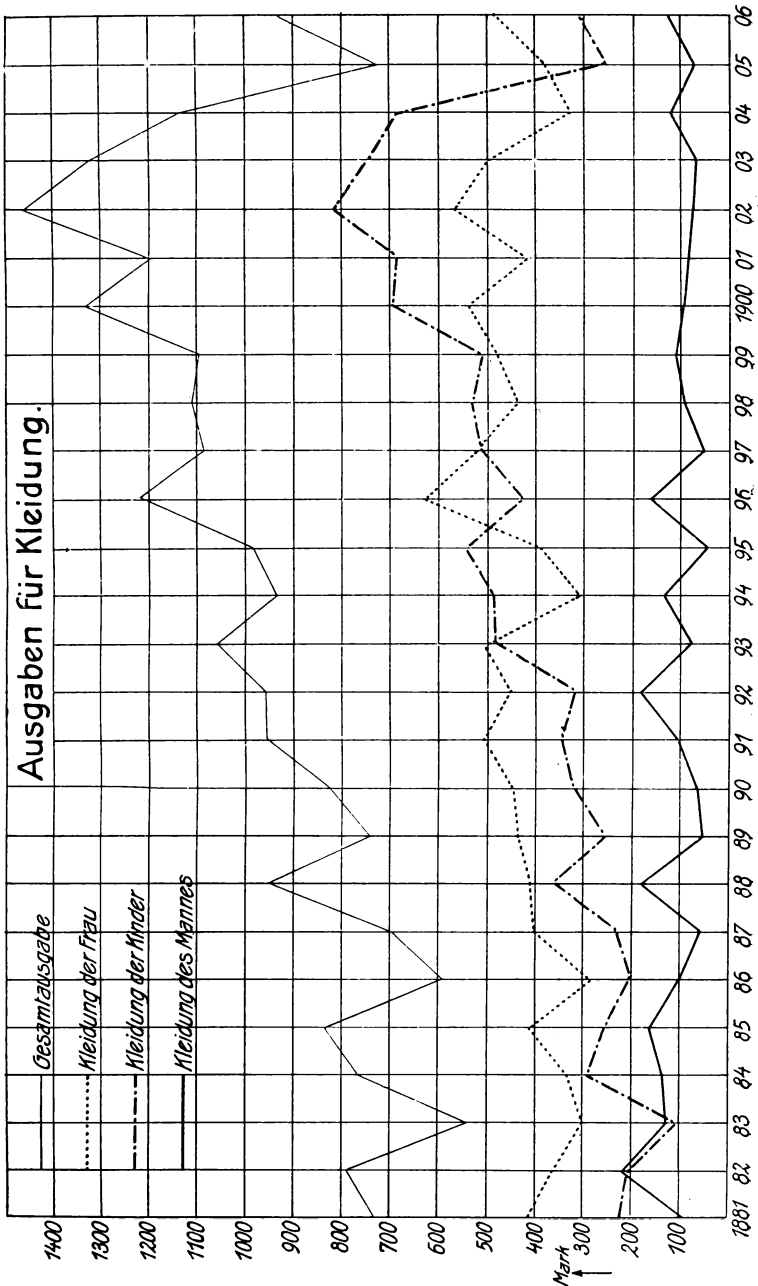
Ausgaben für Kleidung.

(Vergl. Kurve VI.)

Nächst den Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnung bilden die Summen, die alljährlich für Kleidung ausgegeben wurden, den durchschnittlich größten Prozentanteil der Gesamtausgabe, nämlich rund 9 %.

Bleiben wir zunächst bei den Gesamtaufwendungen für Kleidung, so zeigt sich vom Beginn bis zum Jahre 1903 ein allmähliches dauerndes

Sturve VI.



Steigen der Ausgabe unter mehr oder weniger starken Schwankungen. Der heftige Sturz im Jahre 1903, weit unter das Niveau des Anfanges ist hervorgerufen durch die Selbständigkeit der Söhne, die sich von nun an für eigene Rechnung kleiden, so daß die Ausgaben nun nur noch die Bedürfnisse von Mann, Frau und Tochter zu decken brauchen. Wir sprechen im folgenden, wo nichts besonderes vermerkt wird, nur von der Zeit bis 1903.

Auch hier können sich aus der Betrachtung der Gesamtausgabe erst dann fruchtbare Folgerungen ergeben, wenn die einzelnen Faktoren, die diese Ausgabe bedingen, besonders untersucht worden sind. Vergleicht man die Zahlenreihen, die die Jahresausgaben für die Garderobe des Mannes, der Frau und der Kinder einzeln zur Darstellung bringen, so zeigt sich auf den ersten Blick eine auffallende Gleichartigkeit in allen dreien, nämlich ein ziemlich regelmäßiges Abwechseln der Hoch- und Tiefpunkte der Kurve, d. h. also ein Wechsel zwischen größerer und kleinerer Ausgabe¹. Auf jedes Jahr mit einer besonders großen Ausgabe folgen ein oder mehrere Jahre mit geringeren Ausgaben; das heißt aber nichts anderes als: die Abnutzung der Kleidung vollzieht sich nicht während eines Jahres, sondern in einem längeren Zeitraum. Die Dauer dieser Zwischenzeit allein nach der Höhe der überdurchschnittlichen Ausgabe zu bestimmen, ist natürlich nicht möglich, da diese keinen ausreichenden Maßstab darstellt. Denn die Notwendigkeit der Erneuerung ist auch abhängig davon, welche Art von Kleidern gerade ersetzt worden ist², sowie von der Qualität, die in der Ausgabe allein nicht immer ein volles Äquivalent findet. Ohne Einschränkung kann jedoch gesagt werden, daß überdurchschnittliche Mehrausgaben sich niemals in zwei aufeinanderfolgenden, sondern stets in einzeln hervorragenden Jahren finden, die immer durch Zeiten geringeren Verbrauchs voneinander getrennt sind.

Bleiben wir nun zunächst bei der am klarsten und einfachsten verlaufenden Zahlenreihe, die den Verbrauch des Mannes veranschaulicht. Sehen wir, wie in diesen 25 Jahren nur zehnmal ein Verbrauch von über hundert Mark und nirgends ein Überschreiten von zweihundert

¹ In der Summenkurve kann das natürlich nicht so deutlich zum Ausdruck kommen, da sich hier ja die drei Kurven addieren, also Maxima und Minima sich ausgleichen können.

² Die Häufigkeit der Erneuerung von Gesellschaftstouletten ist anders als von Alltagskleidern und beim Mann auch wieder anders als bei der Frau.

Markt zu verzeichnen ist, so gewinnen wir den Eindruck der größten in diesen Kreisen denkbaren Anspruchslosigkeit und Einfachheit. Die einzelnen Mehrausgaben, die hier und da über den Durchschnittsaufwand hinausragen, aber doch ihr Maximum schon bei 200 Mk. erreichen, scheinen bereites Zeugnis davon abzulegen, daß nur von Zeit zu Zeit das Allernötigste angeschafft zu werden pflegte. Ebenso die von Anfang an sinkende Tendenz der Ausgabe, die besonders von 1896 an nur einmal noch den Höchstpunkt von 130 Mk. erreicht, läßt auf immer stärkere Einschränkung schließen. Daß die Ansprüche mit zunehmendem Alter und, wie hier, mit wachsender Kränklichkeit und daher geringerem gesellschaftlichen Verkehr abnehmen, ist nur natürlich; das Maß aber, in dem sich die Ausgaben trotz ihres schon anfangs niedrigen Standes verringern, muß als ungewöhnlich bezeichnet werden. Daß die geringen Ausgaben des letzten Jahrzehnts überhaupt möglich waren, erklärt sich wohl nur daraus, daß der Hausherr öfters Kleidungsstücke seiner ältesten Söhne abtragen konnte und zum Geburtstag von Frau und Kindern meist mit Gebrauchsgegenständen beschenkt wurde.

Während wir also hier deutlich herabgehender Bedürfnisbefriedigung begegnen, scheint sich der Aufwand der Hausfrau mehr in steigender Tendenz bewegt zu haben, denn trotz der großen Schwankungen, die ja aus der Natur der Sache hervorgehen, liegt das Niveau des letzten Jahrzehnts deutlich höher als das der ersten 15 Jahre. Und zwar setzt diese Steigerung nicht erst in den letzten Jahren, sondern schon 1889, mit dem Jahre der Übersiedelung nach Berlin, ein. Während die Ausgabe bisher zwischen 300 und 400 Mk. stehenblieb, beginnt sie jetzt sich um 500 Mk. herum zu bewegen. Die Übersiedelung in die Großstadt bedeutet also auch hier einen Wendepunkt in der Gestaltung der Bedürfnisbefriedigung, wie wir es für Lebensmittel und Wohnung bereits feststellen konnten.

Während es aber dort nicht allzu schwer sein konnte, die Gründe für diese Veränderung aufzudecken, so liegt die Sache hier, wo objektive Zahlen für die Einzelvorgänge nicht mehr herangezogen werden können und Imponderabilien den Ausschlag geben, sehr viel komplizierter. Denn der einleuchtendste Grund, den man anführen könnte, daß eine Frau in der großen Stadt besser gekleidet gehen muß als in der Provinz, wird sofort hinfällig, wenn man den Angaben der Hausfrau Gehör schenkt, die hier doch in erster Reihe in Frage kommen.

Sie meinte, es sei in der Kreisstadt, da man vorzüglich mit den Honoratioren verkehrte, mehr zum Unterhalt der Garderobe nötig gewesen als später. Denn einerseits kam man sowohl auf der Straße wie in Gesellschaft sehr viel häufiger mit denselben Leuten zusammen, andererseits durfte man sich nicht einfallen lassen, zu oft in demselben Kleid zu erscheinen. Außerdem befand sich am Ort nur eine einzige, besonders teure Schneiderin, so daß die Hausfrau gezwungen war, ihre besseren Sachen in einer großen Stadt machen zu lassen, während sie das übrige im Hause nähen ließ. In Berlin dagegen bestand ihr Verkehr fast gar nicht aus Kollegen ihres Mannes, sondern meist aus Verwandten und sonstigen Bekannten, auf die also Repräsentationsrückichten nicht zu nehmen waren, so daß kein so häufiges Wechseln bzw. Andern der Kleider aus diesem Grunde nötig wurde. Natürlich konnten nun auch alle Sachen in Berlin selbst gearbeitet werden.

So weit nun diese Momente in Wirksamkeit kommen konnten, so müssen sie entschieden eine Verbilligung herbeigeführt haben. Aber wir dürfen hier doch eine andere treibende Kraft nicht vergessen, die mit Sicherheit ihre Hand im Spiel gehabt hat und vielleicht bedeutend mehr, als die Erinnerung einer Frau zuzugeben geneigt ist. Die *M o d e*, die ja erst in den letzten Jahrzehnten und gerade auf dem Boden der Großstadt zu einer so außerordentlich einflußreichen Macht herangewachsen ist, hat auch hier die deutlichen Spuren ihrer Wirksamkeit hinterlassen. Was uns in den letzten 30 Jahren immer mehr zur Selbstverständlichkeit geworden ist, der häufige Wechsel, den die Mode ganz besonders der Frauenkleidung aufzwingt, hat auch in diesen Kreisen, die weit entfernt von der Lebewelt stehen, seine verteuernde Wirkung ausgeübt. Und noch ein anderes Symptom des Moderegiments tritt hier in die Erscheinung. Will man mit der Mode mitgehen, so muß man seine Sachen bei Schneidern anfertigen lassen, die „modern“ arbeiten, d. h. die über eine große „Beweglichkeit der Phantasie und der Nadel“ verfügen. Sie leisten damit höher qualifizierte Arbeit, und müssen daher schon aus diesem Grunde — von anderen ganz abgesehen — besser bezahlt werden als die Schneider der Provinz. Psychologisch bedarf es keiner weiteren Erklärung, daß die immer selbstverständlicher gewordenen Anforderungen der Mode weniger im Vordergrund der Erinnerung stehen, als die außergewöhnlichen Ansprüche der Kleinstadt.

Es kann also ohne Zweifel angenommen werden, daß die Erhöhung

der Kleiderausgabe dem in der Hauptstadt viel schärferen und von Jahr zu Jahr wachsenden Einfluß der Mode zuzuschreiben ist. Damit wird das Bild dieser Familie, die wir bisher immer weit entfernt von jeder luxuriösen Anwandlung gesehen haben, aber keineswegs entstellt, sondern die Entwicklung bleibt genau in demselben Rahmen wie bisher. Wir brauchen nicht einmal anzunehmen, daß eine größere Zahl von Kleidern angeschafft worden ist, im Gegenteil ist sogar, der Erinnerung entsprechend, die Zahl der Kleider in der Tat wahrscheinlich geringer als in der Kleinstadt gewesen, aber viel häufigere große und kleine Änderungen werden zum Zweck der Modernisierung nötig gewesen sein. Wird man doch, um nicht noch mehr Geld ausgeben zu müssen, die Kleider stets recht dauerhaft gewählt haben, was dann um so öftere Veränderungen nötig machen mußte, wollte man mit den meist besser situierten Familien der Verwandten und Freunde Schritt halten.

Gerade diese letztere Tatsache ist ein außerordentlich beachtenswertes Moment. Denn die Familie kam in dem Augenblick ihrer Überfiedelung in einen Kreis von Menschen, die, meist in bedeutend besseren Verhältnissen als sie, teils durch verwandtschaftliche, teils durch andere Beziehungen von vornherein aufs engste mit ihr verknüpft waren. Um diese nicht aufgeben zu müssen, war die Frau sicher in gewissem Sinne gezwungen, sich einigermaßen modern zu kleiden. Ist doch, wie Neuburger¹ sagt, das der Mode überhaupt zugrunde liegende „Bedürfnis nach Anerkennung durch andere . . . an Dringlichkeit eines der ersten, denn eher als auf die äußeren Kennzeichen der Gesellschafts-klasse, der man sich zuzählt, zu verzichten, verzichtet man selbst auf das Notwendigere zum Leben“².

Auch ist zu beachten, daß in unserem Spezialfall die Frau als einzige in der Familie repräsentieren kann, da der Mann wegen großer Arbeitsüberlastung nur die allerwichtigsten Pflichten nach dieser Richtung hin erfüllen konnte.

Wenn trotz alledem eine Ausgabe von gegen 500 Mk. für die Kleidung einer Frau des guten Mittelstandes den Durchschnitt zu überragen scheint, so ist bei allen ungefähren Schätzungen daran zu erinnern, daß die meisten Frauen nur ihre Ausgaben für ihre Kleider

¹ Die Mode, Berlin 1913.

² Vergl. Zitat in Neuburger, Die Mode S. 34, aus L. Brentano, Versuche einer Theorie der Bedürfnisse.

und Hüte anzugeben pflegen. Hier dagegen sind auch alle übrigen Anschaffungen von Wäsche, Schuhen usw. sowie alle Reparaturen und Ausgaben für Frisieren und dergleichen mit eingerechnet.

Beachten wir so alle ineinander greifenden Momente, so gewinnen wir den Eindruck, daß die Ausgabe in der Tat nur auf den ersten Blick besonders hoch zu sein scheint, in Wahrheit aber auch hier durchaus keinen Luxusgelüsten Vorschub geleistet oder unrationell und übermäßig gewirtschaftet worden ist.

Haben wir bisher bei der Gestaltung der Kleidungsausgabe beim Mann ein Zurückgehen der Ansprüche, bei der Frau hingegen ein Wachsen konstatieren können, so zeigt die Ausgabe der Kinder ein fast ganz stetiges Steigen, und zwar so, daß dieser Teil der Ausgabe die Hauptschuld an der aufstrebenden Tendenz der Gesamtausgabe trägt. Bei vier heranwachsenden Söhnen und einer Tochter (seit 1890) kann ein allmähliches Steigen von 200 Mk. bis schließlich auf 800 Mk. durchaus nicht als übermäßig erscheinen; im Gegenteil kann das Durchschnittsniveau, das sich z. B. in den Jahren 1893 bis 1899 auf gleicher Höhe mit dem der Ausgabe für die Frau hält, als niedrig bezeichnet werden. Befinden sich doch gerade jetzt die Kinder im Alter von drei bis zweiundzwanzig Jahren, also in einer durch Reifen und schnelles Auswachsen besonders kostspieligen Zeit. Eine Erleichterung mag es gewesen sein, daß die jüngeren Söhne oft noch manchen Anzug der älteren Brüder tragen konnten. Jedenfalls kommen durchweg in der Höhe der Ausgaben die Sparsamkeit und rechnende Überlegung zum Ausdruck, die überall geherrscht haben müssen, wenn sie es auch nicht vermochten, die Aufwendungen unter ein gewisses Maß herabzudrücken, das durch die gesellschaftliche Stellung vorgeschrieben war. Wenn wir außerdem noch beachten, daß schon 1904, als der jüngste Sohn noch nicht seine Studien vollendet hatte, alle Söhne den Unterhalt für ihre Kleidung fast völlig selbständig bestritten, so gewinnen wir die Überzeugung, daß sich die Ansprüche der Kinder bis zum Schluß auf dem von ihrer sozialen Umgebung als notwendig gegebenen Niveau gehalten haben müssen.

Es ergibt sich also als Gesamtergebnis für das Lebensbild der Familie, daß die Ausgaben für die Kleidung des Mannes sowohl als auch der Kinder deutlich die Spuren einschränkenden Sparsens zeigen, und daß auch die relativ hohe Ausgabe für Frauenkleidung dazu in keinem Gegensatz steht. Da das Steigen der Gesamtausgabe vor allem auf

der wachsenden Ausgabe für die Kinder beruht, so sind diese also auch hier wieder die Ursache für die hauptsächlichste Belastung des Budgets gewesen.

Daneben ergibt sich als allgemein bedeutsam, daß wir auch hier die Wirksamkeit von außen kommender Strömungen haben erkennen können. Denn wir sahen die Mode, obgleich sie ein unendlich weit von der Einflußsphäre des einzelnen entstandenes Phänomen darstellt, diesem doch — und sei er ein noch so beliebig aus den Hunderttausenden Herausgegriffener — unerbittlich ihren Stempel aufdrücken.

A chtes Kapitel.

Ausgaben für „Sonstiges“.

(Vergl. Kurve VII.)

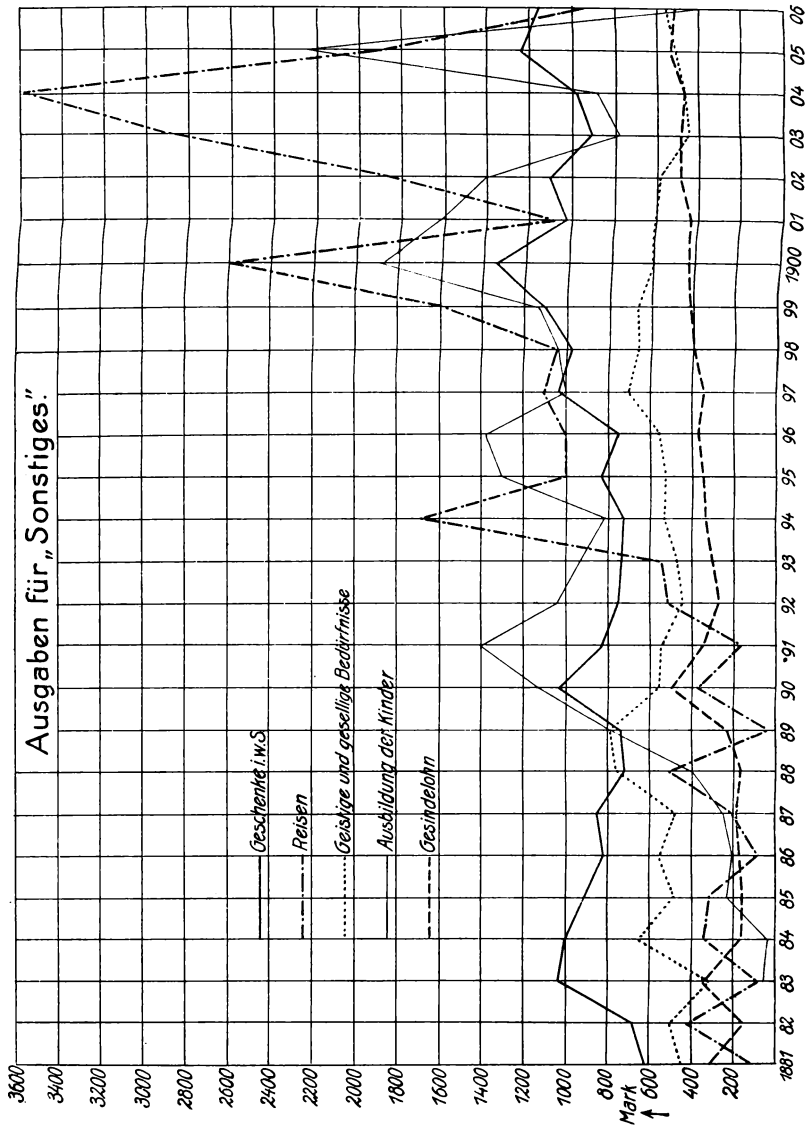
Es ist klar, daß jeder Mensch zunächst seine Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung befriedigen muß, ehe er daran denken kann, Geld für Geselligkeit, für Vergnügungen, Versicherungen usw., kurz für alle übrigen Bedürfnisse auszugeben.

Aber nicht nur, daß alle Volksklassen und alle Wohlhabenhkeitsstufen in erster Linie diese drei Bedürfnisse überhaupt befriedigen müssen, auch dem Maß und der Art dieser Befriedigung sind bestimmte, nicht allzuweite Grenzen gesteckt, innerhalb deren sich die Aufwendungen von Reich und Arm bewegen, ohne allzu krasse Gegensätze zu bilden. Erst wenn man über diese Existenzbedürfnisse hinausgeht, wenn man nach dem Aufwand fragt, der für alle anderen höheren Zwecke gemacht wird, erst dann treten die Unterschiede des Standes und der Wohlhabenheit mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung. „Auf diesem Gebiet liegen,“ wie S c h m o l l e r sagt ¹, „die Hauptausgaben und der große Begehr der Reichen, . . . ohne daß sie viel mehr essen, viel mehr Kleider tragen könnten als die in mittlerer Lebenslage befindlichen.“

So hat man es denn in der Wissenschaft ganz allgemein akzeptiert, die Ausgaben zu trennen in solche für Nahrung, Kleidung und Wohnung und solche für alle übrigen Zwecke. Die Höhe der letzteren bildet dann in erster Reihe den Maßstab für Wohlhabenheit und soziale Stellung. Es

¹ Grundriß, Teil 2 Aufl. 1—6 S. 143.

Kurve VII.



leuchtet ein, daß dies natürlich nur die rohen Richtlinien einer Betrachtung sein können, und daß zum wirklichen Verständnis erst eine Untersuchung über die Zusammensetzung dieses „freien Aufwandes“ notwendig ist. Erst daraus kann sich dann ergeben, inwieweit die Ausgaben ihr Vorhandensein und ihre Höhe einem bestimmten Einkommen, inwieweit der Zugehörigkeit zu einem gewissen Stand oder Beruf, einer sozialen Klasse zu verdanken haben.

In unserem Spezialfall ist das wichtigste dieser Bedürfnisse, wie wir sehen werden, das nach angemessener Erziehung der Kinder. Betrachten wir daher zuerst die Kosten für die

1. Ausbildung der Kinder.

Es ist hier nicht der Ort, die psychologischen und anderen Ursachen zu erforschen, die von alters her die Eltern dazu treiben, die Bedingungen zum Daseinskampfe ihrer Kinder möglichst günstig zu gestalten, d. h. ihnen an materiellen und ideellen Werten einen mindestens ebenso großen, wenn möglich größeren Fonds zur späteren Ausnutzung zur Verfügung zu stellen, wie sie selbst ihn sich in der Arbeit eines Lebens erworben haben. Das Prinzip: der Sohn soll mehr werden als der Vater war, ist anzuerkennen als überall herrschende und im allgemeinen auch menschlich und volkswirtschaftlich segensreich wirkende Forderung.

Es kann daher als durchaus typisch und keineswegs als individuelle Besonderheit bezeichnet werden, wenn in der betrachteten Familie der Vater als Abkömmling einer Gelehrtenfamilie und als selbst akademisch Gebildeter, drei seiner Söhne, die entsprechende Neigung und Befähigung zeigten, auf die Universität und nur einen in die kaufmännische Lehre geschickt hat. Es muß hier betont werden, daß dies sicher nicht etwa darum geschehen ist, weil das Einkommen zur Bestreitung der nötigen Kosten groß genug war — was bei dem Angehörigen eines anderen Standes vielleicht der Beweggrund hätte sein können —, sondern ganz unabhängig davon erscheinen die Erziehungsausgaben im Zusammenhang mit den übrigen durchaus als die primärbestimmenden, nach denen sich die anderen — soweit das möglich war — richten mußten.

Mit anderen Worten: Das Bedürfnis nach höherer Ausbildung der Kinder war stärker als das nach Vergnügen, Geselligkeit, besserer Nahrung, Kleidung und Wohnung. Daß dem so ist, ergibt sich daraus daß — wie wir gesehen haben und noch weiter sehen werden — die

Ansprüche an die Befriedigung dieser anderen Bedürfnisse im Laufe der Jahre nicht so wachsen, wie sie es tun müßten, wenn nicht die Ausbildung der Kinder im Vordergrund des Interesses gestanden hätte.

So kann man also sagen, daß der hohe Anteil, den die Ausgabe für diesen Posten mit durchschnittlich 7 % an der Gesamtausgabe hat, in der Tat die Dringlichkeit dieses Bedürfnisses kennzeichnet. Seiner Wichtigkeit entsprechend steht es an vierter Stelle.

Von dem Augenblick an, wo das älteste Kind zur Schule gebracht wird, steigen die Ausgaben alljährlich, und zwar nicht nur deshalb, weil immer mehr Kinder am Schulbesuch teilnehmen müssen, sondern auch weil die Knaben von der Bürgerschule auf das Gymnasium übergehen, was Mehrausgaben an Schulgeld und Lernmitteln verursacht. Der Höhepunkt wird mit 1400 Mk. im Jahre 1891 erreicht, dessen Ursache besonders hinzugekommene Privatstunden¹ zu sein scheinen. Es beginnt dann ein dauerndes Sinken, das nur noch einmal 1896, dem Jahr der Einschulung der Tochter, durch ein Steigen unterbrochen wird. Verursacht wird dieses Abnehmen der Ausgabe durch das Heranwachsen der Kinder, von denen der erste Sohn 1895, der zweite 1899, der dritte 1901 die Universität bezieht. Die Ausgaben für den Schulunterricht, für Lernmittel und Privatstunden, werden also ergänzt durch die für das Studium und für alles, was dazu gehört. Daraus ergibt sich die verschiedene Höhe der Gesamtausgabe für die Ausbildung in den einzelnen Jahren. Die Zeitpunkte der drei Immatrikulationen, 1895, 1899 und 1901, zeigen besonders hohe Ausgaben, ebenso wie die Jahre der Examina, 1900, 1902 und 1905.

Verweilen wir nun noch einen Augenblick bei der Höhe der Ausgaben n u r für die Universität.

Um ein Bild von der durchschnittlichen Semesterausgabe zu bekommen, können wir nur vier Jahre heranziehen, in denen weder eine Immatrikulation, noch ein Examen stattgefunden hat. In diesen Jahren befindet sich gerade immer nur ein Sohn auf der Universität, der im Durchschnitt pro Jahr 380 Mk., also pro Semester 190 Mk. braucht. Das ist außerordentlich wenig, wenn man bedenkt, daß darin nicht nur das Belegen der Kollegien, sondern auch Bücher und alles, was noch zum Studium gebraucht wird, mit enthalten ist. Zumal da der eine Sohn Medizin studiert, sollte man meinen, daß diese Summe

¹ Auch Klavierstunden sind mit eingerechnet.

faum zur Deckung der Kollegiengelder ausreichen konnte. Ermöglicht wurde dieser geringe Verbrauch nur dadurch, daß die Söhne ganz ausschließlich in Berlin studierten und äußerst sparsam wirtschafteten. Auch die scheinbar sehr hohe Examenausgabe 1905 von 2000 Mk. erscheint nicht mehr übermäßig, wenn man bedenkt, daß der betreffende Sohn in diesem Jahr außer einem Staats- auch noch das Doktorexamen bestand. Beachtet man nun noch, daß der älteste Sohn als Mediziner im elften Semester, die beiden anderen im siebenten und achten Semester ihres Studiums bereits ihre Examina machten, so muß man sagen, daß sie alle, so schnell es sich überhaupt ermöglichen ließ, ihre Studien beendigten und also die Kasse ihres Vaters damit wirklich nur so lange belasteten als es unumgänglich nötig war.

Aus alledem geht hervor, daß die Summe, die im ganzen für das Studium der Söhne ausgegeben wurde, keineswegs einen besonders hohen Betrag darstellt, sondern sich durchaus auf der Grenze des Normalen, ja eigentlich sogar unter dieser Grenze hält. Wenn also gerade dieser Ausgabeposten das Budget schwer belastet und zuzeiten — wie wir sehen werden — sogar die Hauptveranlassung gibt, das Kapital zur Deckung mit heranzuziehen, so liegt das jedenfalls nicht daran, daß die Ausgabe für die Ausbildung an sich besonders hoch war. Es geht ganz zweifellos aus der obigen Darstellung hervor, daß der Vater wirklich nur das zu bestreiten gezwungen war, was sich als dringend und unabänderlich notwendig aus der Natur der Sache ergab.

2. Reisen.

Einen ungefähr ebenso großen prozentualen Anteil an der Gesamtausgabe wie die Ausbildung der Kinder nehmen die Ausgaben für Reisen und Geschenke im weiteren Sinne ein, nämlich durchschnittlich 8 resp. 9 %. Das mag auf den ersten Blick hoch erscheinen, bei einer Familie, die wir bisher als durchaus mit Überlegung wirtschaftend kennen gelernt haben. Sehen wir näher zu, woraus sich die Ausgaben im einzelnen zusammensetzen.

So weit eine alljährliche mehrwöchige Erholungsreise in Frage kommt, ist die Ausgabe als durchaus niedrig zu bezeichnen, da sie sich zwischen 200 und 500 Mk. bewegte und doch alle Kosten für den Unterhalt von 5 bis 7 Personen in dieser Zeit davon bestritten werden mußten. Daß überhaupt seit 1891 alljährlich und schon vorher in manchen Jahren eine Reise in den Sommerferien der Kinder gemacht wurde, muß

unseres Erachtens als keineswegs luxuriöse, sondern in diesen Kreisen ganz allgemein geübte Gewohnheit angesehen werden. Außergewöhnlich werden die Ausgaben erst Mitte der 90 er Jahre, wo sie alljährlich etwa 1000 Mk. betragen.

In dieser Zeit begann der Gesundheitszustand des Mannes sich so sehr zu verschlechtern, daß außer der Erholungsreise, die die Mutter mit den Kindern allsommerlich zu machen pflegte, die Eltern allein eine zweite Reise unternehmen mußten. Und zwar wurde dies seit 1894, mit Ausnahme von 1901 und 1906, alljährlich zur Notwendigkeit. Die Kosten dieser Reisen stiegen immer mehr, weil einmal nur sehr weit entfernte Orte in Frage kamen, andererseits sich die Länge des Aufenthaltes mit der Erholungsbedürftigkeit des Mannes ausdehnen mußte. Den Höhepunkt mit fast 3600 Mk., d. h. 22 % der Gesamtjahresausgabe, erreichen die Ausgaben im Jahre 1904, in dem ein mehr als vierteljährlicher Aufenthalt im Süden genommen werden mußte. Sicher ist, daß bei diesen Aufwendungen gesteigerte Ansprüche, die Verbilligung und Vereinfachung des Verkehrs, die in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme des Reisens überhaupt verursacht haben, erst ganz in zweiter Reihe als treibende Kräfte gewirkt haben können, vielmehr ist die Notwendigkeit, die Gesundheit des Ernährers zu erhalten, ohne Zweifel die Hauptveranlassung gewesen.

Wir stützen diese Behauptungen nicht nur auf Angaben der Hausfrau und vorgefundene Notizen, sondern auch auf Ermittlungen bei dem damals behandelnden Arzt¹.

3. Geschenke.

Die Geschenke im engeren Sinne umfassen zunächst alle Geburtstags- und anderen Geschenke, die von den Eltern untereinander und an die Kinder gemacht wurden, sowie alles, was Eltern und Kinder für Geschenke an Verwandte und Freunde aufwendeten. Dadurch bildet dieser Posten nicht nur eine Ergänzung zu den Ausgaben für Kleidung und Haushalt — besonders kostspielige Wirtschafts- und Wohnungsgegenstände wurden der Hausfrau zum Geburtstag geschenkt — sondern er ergänzt auch in gewissem Grade die Ausgaben für Geselligkeit und Verkehr. Es macht daher nicht den Eindruck von Verschwendung, wenn durchschnittlich 500 bis 600 Mk. dafür ausgegeben wurden, ob-

¹ Vergl. den folgenden Abschnitt „Gesundheitspflege“.

gleich man sich allein auf Grund subjektiver Schätzung kaum ein Urteil darüber bilden kann. Die, wie wir gesehen haben, geringen Ausgaben für die Kleidung des Mannes und der Kinder werden dadurch erklärlicher, und ebenso die für „geistige und gesellige Bedürfnisse“, die wir weiter unten noch besprechen werden.

Zu diesen Geschenken im engeren Sinne kommen noch die Spielsachen hinzu, die den Kindern außer zu den Geburtstagen oder zu Weihnachten aus besonderen Veranlassungen — etwa wegen einer Krankheit oder einer guten Zensur — geschenkt wurden. Daß dies nicht allzuoft der Fall war, zeigt die ständig sinkende Ausgabe, die nur zweimal ganz im Anfang 20 Mk. überschreitet.

Unter den Geschenken im weiteren Sinne sind endlich noch das Taschengeld für Frau und Kinder sowie die baren Unterstützungen einbegriffen. Was das erstere betrifft, so ist es eigentlich nicht als Geschenk zu bezeichnen, denn die Empfänger des Taschengeldes waren verpflichtet, bestimmte Ausgaben davon zu bestreiten. Insofern bildet es bei den Söhnen eine gewisse Ergänzung der Ausgaben für das Studium. Wie viel sie erhielten, ließ sich nicht ermitteln, doch kann es nicht viel gewesen sein, da die Ausgabe für alle — also die Frau und vier Kinder, die Tochter war wohl noch zu jung — nur ein Maximum von 220 Mk. erreicht.

Die Unterstützungen, über die ebenfalls nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden konnte, nehmen in den ersten acht Jahren einen ziemlich breiten Raum ein, und sie hauptsächlich tragen die Schuld daran, daß der durchschnittliche Prozentsatz für die Geschenke im weiteren Sinne so hoch liegt.

Wenn also auch hier nicht alles aufzuklären war, scheint außer diesen Unterstützungen der Posten für Geschenke im weiteren Sinne nirgends außergewöhnliche Ausgaben zu enthalten.

4. Gesundheitspflege.

In engstem Zusammenhang mit den Reisen steht die Gesundheitspflege, über die daher gleich an dieser Stelle gesagt werden soll, daß sie nirgends besonders hohe Aufwendungen zeigt. Naturgemäß ist der Prozentanteil an der Gesamtausgabe in den ersten Jahren zur Zeit der Kinderkrankheiten — z. B. fallen in das Jahr 1896 die Krankheiten des jüngsten Kindes — und später, während der Krankheit des Mannes höher als in der Zwischenzeit. Vergleicht man mit den

Ausgaben der Beamten, die die Reichserhebung mit 3,9 % in der obersten Ausgabegruppe angibt, so erscheint die Ausgabe (1903 und 1905 ausgenommen) sogar als besonders niedrig. Jedenfalls scheinen größere Krankheiten, außer der des Mannes, überhaupt nicht vorgekommen zu sein, und auch ein besonderer Hygienekult ist sicher nicht getrieben worden.

5. Geistige und gesellige Bedürfnisse.

(Vergl. Kurve VIII.)

a) G e s e l l i g k e i t.

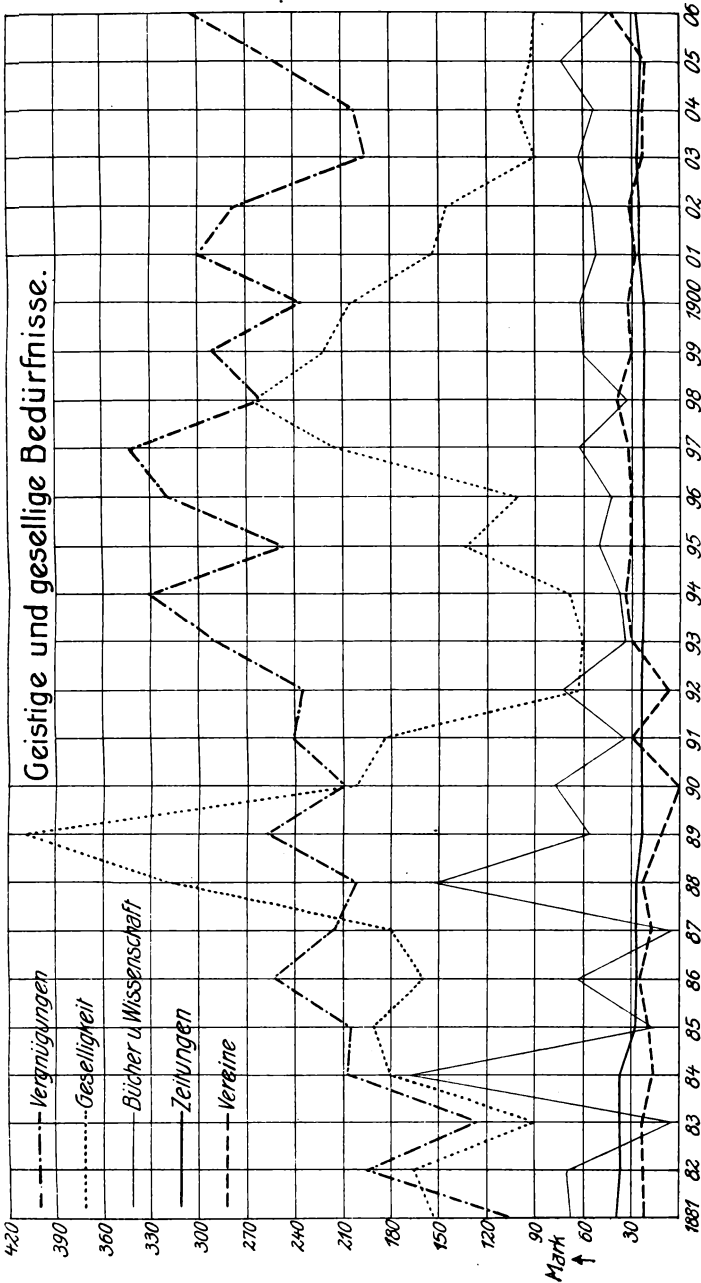
Nach den bisher besprochenen Ausgaben für die „Ausbildung der Kinder“, die „Reisen“ und die „Geschenke“ folgt an vierter Stelle unter den Ausgaben für „Sonstiges“ mit 5,3 % der Aufwand für geistige und gesellige Bedürfnisse.

Es ist eine Tatsache, die keiner weiteren Erklärung bedarf, daß die Familie eines höheren Beamten aus Standes- und Berufsrücksichten gezwungen ist, Verkehr mit einigen bestimmten Familien zu haben, selbst dann, wenn sie gar kein freundschaftliches Interesse mit den betreffenden Personen verbindet. Wenigstens gilt dies für das Leben in einer kleinen Stadt.

In der betrachteten Familie setzte sich denn auch in den ersten Jahren der Verkehr, mit Ausnahme einer einzigen wirklich befreundeten Familie, aus Kollegen des Mannes zusammen. Durch den Beruf einerseits und die Kleinheit der Stadt andererseits war von vornherein ein ganz umgrenzter Kreis von Menschen gegeben, der allwinterlich mindestens einmal zu einer Abendgesellschaft im eigenen Hause vereint werden mußte. Diese Minimalgrenze wurde bis 1887 meistens eingehalten, da entweder eine große oder mehrere kleine Gesellschaften gegeben wurden, deren Umfang sich ganz von selbst in der Weise ergab, daß man eben jeden, bei dem man einmal im Laufe des Winters gewesen war, auch einmal einzuladen sich gezwungen sah. Außerdem verlangte die Sitte der Damenkaffees, daß die Frau des Hauses auch die Frauen der Kollegen wenigstens einmal am Nachmittag bei sich versammelte. Die durch diese Pflichten notwendigen Kosten sind also ganz regelmäßige, die alljährlich in ungefähr derselben Höhe wiederkehren müssen, wenn sie nicht durch besondere Bedürfnisse, die dies von außen aufkottronierte Minimum überschreiten, erhöht werden.

Ein Blick auf die Ausgabe zeigt, daß das hier nicht der Fall gewesen

Tafel VIII.



sein kann. Denn mit Ausnahme des Jahres 1883, in dem ein Sohn geboren, der Verkehr also geringer wurde, blieben die Ausgaben bis 1887 dauernd zwischen 150 und 190 Mk. Die Höhe dieser Summe sowohl, wie eben besonders die Gleichmäßigkeit, lassen darauf schließen, daß man sich keinerlei Extravaganzen gestattete, denn sonst hätte man eben mehr, und je nach den Bedürfnissen schwankendere Ausgaben machen müssen.

Erst das Jahr 1888 ragt durch eine besonders große Ausgabe hervor, die wohl durch den bevorstehenden Abschied verursacht worden sein mag. Denn es hat eine außergewöhnlich große Gesellschaft stattgefunden, die fast 200 Mk. kostete, und außerdem ist im ersten Monat der Anwesenheit in Berlin (der auch noch in dieses Jahr fällt) ein größerer Weinvorrat bei Gelegenheit eines Ausverkaufes angeschafft worden.

Die Übersiedelung nach Berlin brachte nun überhaupt auf diesem Gebiet wesentlich andere Verhältnisse und darum ganz anders zusammengesetzte Ausgaben. Was die kleine Stadt mit ihrer Armut an Vergnügungen überhaupt, ihrem nach jeder Richtung hin engen Gesichtskreis dem einzelnen unweigerlich vorschrieb, das mußte nun in der Hauptstadt vollständig fortfallen. Hier, wo jeder für sich, ohne Rücksicht auf andere, im selbstgeschaffenen Kreise leben kann, setzte sich der Verkehr nur noch aus Verwandten und Freunden zusammen, und konnte daher viel eher den eigenen Wünschen entsprechend modifiziert werden. So schnellte denn auch die Ausgabe gleich im ersten Jahr auf ihr Maximum mit 400 Mk. hinauf. Es erscheint dies im Antrittswinter durchaus natürlich, wenn man bedenkt, daß ein großer Kreis von Verwandten und Freunden die Neuankömmlinge freundlich bei sich aufzunehmen bestrebt war. In den Ausgaben drückt sich dieses Streben in zahlreichen Trinkgeldern und Droschken aus, die alle jene Einladungen nötig machten, sowie eben in einem sehr großen Aufwand für eigene Gesellschaften, da alle jene freundlichen Gastgeber ja auch im eigenen Hause wieder aufgenommen werden mußten. Die Neuartigkeit der Großstadtselligkeit, die Freude am Zusammensein mit langentbehrten Gesinnungsgegnossen mögen noch als verstärkende Momente das ihrige getan haben.

Diesen neueröffneten Quellen der Erholung und des Lebensgenusses scheint aber die Abrechnung am Ende des ersten Jahres einen ziemlich starken Damm für alle folgenden Zeiten gesetzt zu haben. Die hohen Ausgaben auf allen Gebieten, die — wie wir gesehen haben — das

Leben in der Großstadt erforderlich machte, mußten überall da, wo es irgend möglich schien, zu einer Einschränkung zwingen. So sanken denn die Ausgaben der folgenden beiden Jahre (1890 wird das jüngste Kind geboren, der Verkehr also ohnedies geringer) auf die Hälfte, und 1892 noch weiter bis unter 100 Mk.. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache von den Einschränkungen, die man sich auferlegen mußte; denn nicht nur, daß die im ersten Winter aufgenommenen Beziehungen mit einer solchen Summe längst nicht im ganzen Umfang aufrechterhalten werden konnten, man durfte sogar nur die Hälfte dessen für Geselligkeit aufwenden, was man in der Kleinstadt ausgegeben hatte! Andererseits erhellt daraus, daß man an dieser Stelle in der Tat sparen konnte: im Vergleich zum ersten Berliner Winter deshalb, weil man mehr ausgegeben hatte als dringend nötig war; dem Aufwand in der Kleinstadt gegenüber deshalb, weil das Fortfallen des Repräsentationszwanges ein Zusammenschrumpfen des Verkehrs auf jedes beliebige Maß möglich machte. Bedenkt man, daß zum mindesten der Verkehr mit den Verwandten nicht abgebrochen werden konnte, daß alljährlich die Geburtstage, besonders der Eltern, festlich begangen zu werden pflegten, so muß eine Ausgabe von durchschnittlich 100 Mk., wie sie von 1890 bis 1896 aufgewendet wurde, als ganz außerordentlich niedrig bezeichnet werden. Nur die dringendste Notwendigkeit, zu sparen, konnte, nachdem man sich früher so viel mehr geleistet hatte, so geringe Ausgaben veranlassen, die unserer Meinung nach sogar niedriger sind als die sonst in diesen Kreisen gemachten Aufwendungen.

In den Jahren 1897 bis 1900 wurden wieder alljährlich einmal kleine Gesellschaften gegeben, die also auf wachsenden Verkehr hindeuten. Die Ursachen dafür waren höchstwahrscheinlich einmal das Heranwachsen der Kinder und andererseits die Überfiedelung eines Bruders des Hausherrn nach Berlin; auch die schönere, für Gesellschaften mehr geeignete Wohnung mag manches dazu beigetragen haben. Doch nach diesem kurzen Aufblühen sanken die Ausgaben seit 1901 wieder bis unter 100 Mk. zurück, ohne noch einmal von neuem aufzusteigen. Die besonderen Gesellschaften fallen von nun an überhaupt vollständig fort, und nur noch zum Geburtstage der Hausfrau werden umfangreichere Einladungen vorgenommen. Der Grund dazu lag nun wohl nicht mehr allein in der Notwendigkeit, zu sparen, sondern das wachsende Alter der Eltern und die steigende Kränklichkeit des Mannes wirkten sowieso

einschränkend auf den Verkehr, und da außer der noch zu jungen Tochter nur Söhne im Hause waren, konnten auch neue gesellschaftliche Verpflichtungen bis zum Schluß der Beobachtungszeit nicht in den Vordergrund treten.

Das Gesamtergebnis unserer Untersuchung ist also folgendes:

Die Pflichten, die die kleine Stadt in gesellschaftlicher Hinsicht auferlegte, sind erfüllt worden, ohne daß man wesentlich über das Pflichtgemäße hinausging. In der Großstadt bot sich die Möglichkeit, an diesem Posten Ersparnisse zu machen, und diese Gelegenheit wurde, außer einmaliger Ausnahme im ersten Jahr, auf das denkbar Beste ausgenutzt. Im ganzen kann man also die Ausgaben durchaus als solche bezeichnen, die der sozialen Stellung wegen wohl notwendig gemacht werden m u ß t e n.

b) V e r g n ü g u n g e n.

In engstem Zusammenhang mit den Ausgaben für die Geselligkeit stehen die für die Vergnügen. Unter dieser Rubrik sind zusammengefaßt die Ausgaben für Theater, Konzerte, Vorträge und dergleichen; Ausflüge der Kinder, Eisbahn und sonstigen Sport, Weihnachtspfefferkuchen, und die Ausgaben in Gastwirtschaften. Letztere beschränken sich hauptsächlich auf die Ausgaben für abendliche Getränke im zoologischen Garten, den die Kinder im Sommer täglich aufzusuchen pflegten. Außer diesen Getränken wurde so gut wie nichts in Gasthäusern genossen, da die Eltern weder Ausflüge machten, noch Restaurants überhaupt besuchten.

Naturgemäß mußten für alle obengenannten Dinge die Ausgaben in der Hauptstadt größer sein als in der Provinz, weil eine tausendfach größere Gelegenheit zur Befriedigung derartiger Bedürfnisse sich bot. Gleichzeitig konnten die heranwachsenden Kinder mehr und mehr an alledem teilnehmen, ja ihre Bedürfnisse stiegen allmählich immer mehr, so daß daneben die der Eltern merkbar in den Hintergrund gedrängt wurden. Aus den im Wirtschaftsbuch spezialisierten Notierungen ergibt sich ganz deutlich, daß von dem Augenblick der Übersiedelung an es in immer steigendem Maße die Kinder sind, die die Ausgaben für Vergnügen veranlassen.

Damit bilden diese in gewissem Sinne eine Ergänzung zu der „Geselligkeit“. Denn während in der Kleinstadt wegen Mangel an anderen Zerstreuungen und aus den übrigen oben genannten Gründen

die Ausgaben für Geselligkeit relativ groß sein mußten, konnten sie in der Großstadt zurückgeschraubt werden zugunsten der Vergnügungen, die nun freilich mehr den Kindern als den Eltern zugute kamen.

Es ist dies eine ganz natürliche Erscheinung, da einerseits die Ansprüche der Eltern auf diesem Gebiet mit zunehmendem Alter überhaupt zu fallen pflegen, andererseits die der Kinder aus den entsprechenden Gründen notwendig steigen müssen. Vergißt man hierbei außerdem nicht, daß bei uns die Ansprüche an Zahl und Art der Vergnügungen in den letzten Jahrzehnten ganz allgemein gestiegen sind, so ist eine durchschnittliche Ausgabe von 200 bis 300 Mk. jährlich für 4 bis 6 Personen gewiß nicht als besonders hoch zu bezeichnen.

c) Zeitungen.

Daß das Halten mindestens einer Zeitung auch in den achtziger Jahren im Hause eines höheren Beamten eine Selbstverständlichkeit war, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden. Daß in der Zeit des Kleinstadtlebens die Ausgabe höher ist als später, hat seine Ursache darin, daß in der Kleinstadt zwei Lokalblätter und zweiteilse eine Berliner Zeitschrift gehalten wurden. Die Gründe für den Bezug zweier Zeitungen sind einleuchtend genug: Einmal das größere Bedürfnis nach Neuigkeiten, das in der Kleinstadt vorhanden sein muß, und in den meist sehr einseitigen Lokalblättern nur eine sehr teilweise Befriedigung findet, zweitens die in viel größerem Maße zur Verfügung stehende Zeit und drittens vielleicht auch das gesellschaftliche Moment, daß „man“ eben zwei Zeitungen hielt und darum alle, die dazu gehören wollten, über die in beiden vertretenen Ansichten orientiert sein mußten. Daß die Berliner Zeitschrift schon vor der Übersiedelung nach Berlin — also ehe die in ihr befriedigten Bedürfnisse anderweit gedeckt werden konnten — wieder abgeschafft wurde, und zwar sichtbarlich nach der Geburt des jüngsten Sohnes, durch die sich neue Ausgaben in den Vordergrund drängten, läßt darauf schließen, daß hier eine Ausgabe vorlag, die nicht so unbedingt „nützig“ war, an der man sparen konnte. Wenn diese paar Mark natürlich auch gar keine Rolle spielen konnten, so zeigt das doch, wie genau man rechnete und eines gegen das andere abwog.

d) Bücher und Wissenschaft.

Unter der Rubrik „Bücher und Wissenschaft“ sind alle diejenigen Ausgaben zusammengefaßt, die der Hausherr für Bücher, Zeitschriften

und überhaupt für wissenschaftliche Zwecke im Interesse seiner eigenen Person machte. Dagegen ist alles derartige, was die Kinder betrifft, unter „Schule und weitere Ausbildung“ aufgeführt.

Die Maximalausgabe von 170 Mk. im Jahre 1884 ist durch eine wissenschaftliche Arbeit verursacht worden, zu der für ca. 40 Mk. Bücher angeschafft wurden und ein Schreiber 127 Mk. bekam. Im Jahre 1888 wurden dann noch einmal 150 Mk. ausgegeben, womit die großen Ausgaben endgültig aufhörten.

In Berlin beschränkten sich die Bücheranschaffungen von nun an völlig auf das Allernotwendigste, nämlich den Bezug nur einer für den Beruf dringend erforderlichen Fachzeitschrift, sowie die allerunvermeidlichsten Ergänzungen der Bibliothek. Meist geht die Ausgabe nun nicht mehr über 50 Mk. hinaus, um nur noch einmal, 1890, eine Höhe von 80 Mk. zu erreichen. Ähnlich wie bei der Kleidung, wird auch hier der Eindruck erweckt, als hätte der Ernährer der Familie überall da, wo er selbst einzuwirken imstande war, die allergrößte Sparsamkeit walten lassen und die eigenen Ansprüche, soweit es äußere Pflichten nur irgend zuließen, auf das niedrigste Maß herabgedrückt.

e) Vereine.

Nur an einen einzigen Verein, einen Gefangverein, dem die Hausfrau regelmäßig angehörte, wurde ein Beitrag entrichtet.

f) Post.

Ähnlich wie die für Zeitungen verläuft die Ausgabe für das Porto sehr konstant und zugleich in so geringer Höhe, daß man sich darüber verwundern könnte. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß die meisten Verwandten und Freunde am Ort und in Berlin in nahegelegenen Wohnungen wohnten, so daß nur an die wenigen auswärtigen geschrieben zu werden brauchte. Dies beschränkte sich in den ersten Jahren auf Eltern und Geschwister, was mit der Übersiedelung nach Berlin auch noch zum Teil fortfiel.

Auch die heranwachsenden Kinder brachten darin keine Veränderung, weil sie keinerlei Beziehung nach außerhalb hatten und später selbst ihre Marken bezahlten. Die einzige Portoaussgabe, die beträchtlich höher gewesen sein muß, ist wohl die während der alljährlichen Reise gewesen. In diesem Posten aber kommt sie darum nicht zum Ausdruck, weil sie schon unter den Ausgaben für „Reisen“ mit aufgeführt ist.

Auch ohne daß man Vergleichszahlen, die für die *e i n z e l n e n* Ausgaben auf diesem Gebiet leider nicht vorhanden sind, heranzieht, kann man aus den Ausgaben für „Geistige und gesellige Bedürfnisse“ das Fazit ziehen, daß nirgends auch nur als einigermaßen hoch zu bezeichnende Ansprüche gestellt worden sein können, ja, daß die Ausgaben sogar möglicherweise noch hinter dem zurückbleiben, was eine Familie dieser Kreise gewöhnlich auf diesem Gebiet auszugeben pflegt¹.

6. Ausgaben für häusliche Dienstleistungen.

Wie es in den Kreisen des besseren Mittelstandes überhaupt üblich ist, einen oder mehrere Diensthoten zur Unterstützung im Hause zu halten, so finden wir auch in unserer Wirtschaftsrechnung eine alljährliche nicht unbeträchtliche Ausgabe für Gesindelohn.

Der Wechsel, den diese Ausgabe im Laufe der 25 Jahre erlitten hat, bietet ein recht interessantes Bild. Die drei Maxima in den Jahren 1881, 1883 und 1890 rühren daher, daß in ihnen zu den gewöhnlich beschäftigten Mädchen noch eine Amme hinzugenommen wurde, die die Ausgabe wesentlich erhöhen mußte². Während die beiden in der Provinzstadt gehaltenen Ammen 18 und 17,50 Mk. Lohn im Monat erhielten, mußte für die dritte, schon in Berlin angenommene 30 Mk. Lohn, also zwei Drittel mehr gezahlt werden!

Von diesen Ausnahmehahren abgesehen, wurden von Anbeginn bis zum Schluß zwei Dienstmädchen beschäftigt, und zwar eine sogenannte Köchin und ein Stubenmädchen, das, je nach dem Alter der Kinder, zeitweise auch als Kindermädchen verwendet wurde. Was die Qualität der Diensthoten betrifft, so hat sie sich im Laufe der Jahre nicht etwa in der Weise geändert, daß vielseitigere oder überhaupt leistungsfähigere Mädchen genommen wurden, sondern die an sie gestellten Ansprüche sind nach Angabe der Hausfrau an Gewicht annähernd dieselben geblieben, ja sogar eher zurückgegangen. Da wir also sowohl für Zahl wie für Qualität der Diensthoten von Anfang bis zu Ende gleiche Verhältnisse voraussetzen können, so müssen die

¹ Mit den Ergebnissen der Reichserhebung werden die Ausgaben für „geistige und gesellige Bedürfnisse“ im ganzen noch verglichen werden.

² Daß die Lohnausgabe auch 1891 noch ungewöhnlich hoch ist, liegt daran, daß die Amme auch noch einen Teil dieses Jahres dablief.

Veränderungen der Jahresausgabe durch die Schwankungen in den Gefindelöhnen überhaupt hervorgerufen worden sein.

Werfen wir nun einen Blick auf die Zahlenreihe, so zeigt sich, nach gleichmäßigem Verlauf in den ersten Jahren, im Augenblick der Übersiedelung nach Berlin (1888) eine erheblich höhere Ausgabe, die von da an sich konstant weiter aufwärts bewegt, nur in drei Jahren durch geringes Sinken unterbrochen. Letzteres ist in allen Fällen wohl darauf zurückzuführen, daß in diesen Jahren neue, billigere Mädchen gemietet wurden, die, weil ganz unerfahren und unfähiger als die vorigen, erst von der Hausfrau angelernt werden mußten und daher erst im zweiten Jahr ihres Dienstes eine entsprechende Zulage erhielten bzw. überhaupt wieder durch bessere abgelöst wurden. Der Sprung im Jahre 1889 ist der Ausfluß der in der Großstadt weit höheren Gefindelöhne, die wir schon bei der Bezahlung der dritten Amme in Wirksamkeit getroffen haben. Das stetige Wachsen der Ausgabe seit der Übersiedelung kann seine Ursache nur in den ständig herausgehenden Gefindelöhnen in Berlin gehabt haben.

Denn da wir in dieser Familie durchaus typischen Verhältnissen begegnet sind, können wir schon auf Grund dieser Feststellungen annehmen, daß die Löhne der in diesen Kreisen angestellten Dienstboten überhaupt gestiegen sein müssen, und daß also, wie bei den Nahrungsmitteln und der Miete, Veränderungen außerhalb der Privatwirtschaft sich an dieser Stelle deutlich fühlbar machen. Wie dort die steigenden Preise für Lebensmittel und für Wohnung eine wachsende Mehrausgabe nötig machen, so mußte auch hier im Jahre 1906 zirka zweieinhalbmal so viel ausgegeben werden wie im Jahre 1889, sollten die gleichen Ansprüche an die häuslichen Dienstleistungen befriedigt werden¹.

7. Vor- und Fürsorge.

Bis zum Jahre 1888 mußte bei der Allgemeinen Witwen-Versorgungsanstalt ein bestimmter Beitrag zur Sicherung einer Witwenpension gezahlt werden. Als diese Zwangsversicherung dann in eine

¹ Es sei an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen, wie wertvoll zur Lösung der vielumstrittenen Dienstbotenfrage, sowie als Beitrag zu einer vergleichenden Lohnstatistik die Heranziehung gut geführter Haushaltsbücher wäre, da schon über die wichtige Frage der Entlohnung die größte Unklarheit zu herrschen scheint. Vergl. D. Stüllich, Lage der Dienstboten, u. a. Seite 163: „Im allgemeinen ist die Lohnhöhe etwas vollständig konservatives, sie ändert sich sehr schwer.“

freiwillige umgewandelt wurde, gab man sie, wohl des vorhandenen Privatvermögens wegen, auf.

Da der Mann als Richter pensionsberechtigt war, ging er eine Lebensversicherung nicht ein, dagegen schloß er nach der Geburt der Tochter eine sogenannte Aussteuerversicherung ab, die alljährlich eine Prämie von 300 Mk. erforderte. Trotzdem diese Ausgabe zweifellos eine besondere Fürsorge zum Ausdruck bringt, ist ein Aufwand von durchschnittlich 2,3 % der Gesamtausgabe entschieden als niedrig zu bezeichnen.

8. Ausgaben an Staat, Gemeinde und Kirche.

Da bei den Ausgaben für Lebensmittel die Mengen nicht mitnotiert waren, konnten Feststellungen über die Last der indirekten Steuern leider gar nicht gemacht werden.

Die direkten Ausgaben bedürfen keiner weiteren Erläuterung (vergl. das neunte Kapitel).

Neuntes Kapitel.

Vergleich aller Ausgaben mit den Ergebnissen der Reichserhebung über Arbeiter- und Beamtenfamilien.

Ähnlich wie schon früher bei den Lebensmitteln wollen wir nun, nachdem wir die Ausgaben im einzelnen untersucht haben, einen Blick auf die Zahlen werfen, die das Statistische Reichsamt für die Ausgaben der Beamten- und Arbeiterfamilien ermittelt hat. Auch hier ist aus den oben bereits genannten Gründen ein genauer Vergleich nicht möglich, und es sollen daher nur die Hauptergebnisse, die in der umstehenden Tabelle einander gegenübergestellt sind, kurz erläutert werden.

Zunächst sehen wir, daß für Nahrung die Arbeiter prozentual etwa das Doppelte von dem, was die Einzelfamilie durchschnittlich gebraucht hat, aufwenden, während die Beamten in der Mitte zwischen beiden stehen.

Auch bei den Ausgaben für Kleidung ist der Prozentsatz um ein beträchtliches geringer als bei den Arbeitern und Beamten, die sich hier auf gleicher Stufe befinden. Beide Tatsachen würden also eine Bestätigung des Engelschen Gesetzes¹ darstellen, könnte man die Zahlen

¹ Nach dem Engelschen Gesetz sind die auf die Nahrungsmittel verwandten Prozente der Ausgaben um so größer, je niedriger das Einkommen der Familie ist.

ohne weiteres als vergleichbar annehmen. Der Anteil für Wohnung ist bei der Einzelfamilie zwar größer als bei den Arbeitern, nicht aber als bei den Beamten. Auch Heizung und Beleuchtung machen einen ebenso großen Teil aus, wie bei den Beamten und stehen etwas hinter dem der Arbeiter zurück. Die oft behauptete Regel¹, daß das Engelsche Gesetz wie für Nahrung und Kleidung auch für den Wohnungsaufwand gelten soll — d. h. daß der Prozentsatz der Wohnungsausgabe fällt, je mehr das Einkommen steigt —, wird in diesem Fall also nicht bestätigt.

Nun aber kommen wir zu den interessantesten Posten, nämlich den Ausgaben für „Sonstiges“. Hier gibt die Einzelfamilie ca. dreimal so viel wie der Arbeiter und ca. anderthalbmal so viel wie der kleine Beamte aus. Hervorzuheben ist hier vor allem, daß die Ausgaben für Ausbildung der Kinder, Reisen und Geschenke in der Einzelfamilie ihrem Prozentanteil nach sehr bedeutend über dem der Beamten und Arbeiter stehen. Diesen folgen in zweiter Reihe die Ausgaben für direkte Steuern und persönliche Bedienung. Die Aufwendungen für geistige und gesellige Bedürfnisse dagegen überragen den Anteil bei Arbeitern und Beamten nur sehr wenig, was unseren früheren Hinweis auf die Einschränkung der Familie bestätigt. Der Prozentsatz für Versicherungen und Körperpflege steht hinter dem der Beamten und Arbeiter sogar zurück. Im wesentlichen ist also die größere Einnahme auf die Erziehung der Kinder und insoweit auf die Ausgestaltung eines behaglicheren und genußreicheren Lebens verwendet worden, als dies in den Reisen und Geschenken zum Ausdruck kommt, doch haben die übrigen sogenannten Kulturbedürfnisse keine erhebliche Steigerung erfahren, sondern sind nur den Einnahmen proportional gewachsen.

Vom Hundert der Gesamtausgabe.

Gruppierung der Ausgaben	Gesamtausgab. unter 2000 Mf.		Gesamtausgab. 2000—3000 Mf.		Gesamtausgab. über 3000 Mf.		Einzelfamilie
	Arb.- Familie	Beam.- Familie	Arb.- Familie	Beam.- Familie	Arb.- Familie	Beam.- Familie	
Nahrungsmittel . . .	53,0	43,1	50,3	39,2	53,4	35,0	26,8
Kleidung, Wäsche und deren Reinigung .	10,4	13,9	12,2	14,7	14,1	14,4	9,4
Wohnung und Haushalt	17,4	18,8	16,7	19,3	13,9	19,1	19,4
Heizung und Beleuchtung	4,5	6,7	3,8	4,2	4,1	3,5	3,4
Sonstiges	14,7	17,5	17,0	22,6	14,5	28,0	41,0

¹ Schwabesches Gesetz.

Gruppierung der Ausgaben für Sonstiges *.

Gruppierung der Ausgaben	Gesamtausgab. unter 2000 Mk.		Gesamtausgab. 2000—3000 Mk.		Gesamtausgab. über 3000 Mk.		Einzel- familie
	Arbeit.- Familie	Beam.- Familie	Arbeit.- Familie	Beam.- Familie	Arbeit.- Familie	Beam.- Familie	
Gesundheits- und Körperpflege	1,2	1,9	1,1	3,1	1,1	3,9	2,4
Schule und Lernmittel	0,5	0,1	1,1	0,8	0,8	2,4	6,7
Geistige und gefellige Bedürfnisse	3,7	3,6	4,4	4,6	3,8	4,5	5,3
Direkte Steuern	1,1	1,4	0,8	1,8	1,0	2,1	3,9
Vor- und Fürsorge	3,2	3,5	2,6	3,9	1,8	3,8	2,3
Verkehrsmittel	1,2	0,7	1,6	1,2	1,2	1,1	0,4
Häusliche Dienste	0,1	0,7	0,1	1,1	0,7	1,2	3,0

Vergl. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes 1909.

* Nur die hauptsächlichsten Posten.

Zehntes Kapitel.

Alle Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen.

Wenn wir auch bisher ein genügend deutliches Bild von dem Verhältnis der Ausgabeposten zueinander erhalten haben, so wird das ganze doch erst vollständig, wenn wir nun zum Schluß noch zu übersehen versuchen, wie sich das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen gestaltet hat.

Prüfen wir zunächst, wie sich die Gesamtausgabe im Wechsel der Jahre zur Gesamteinnahme verhalten hat ¹. Ein Blick auf die Reihe der Differenzen zeigt, daß nur in sieben Jahren ein Defizit vorhanden ist, während in allen übrigen ein mehr oder minder großes Plus verzeichnet werden kann. Letzteres ist naturgemäß in den ersten Jahren des Kleinstadtlebens, in denen die Kinder noch klein oder noch gar nicht vorhanden sind, am größten und am gleichmäßigsten; können doch in fünf Jahren rund je 2000, ja 1887 sogar 3000 Mark zurückgelegt werden. Eine wesentliche Änderung bringt erst das Jahr der Übersiedelung nach Berlin. Im ersten Jahre ist noch ein Plus von fast 1000 Mk. vorhanden, das aber im zweiten, in dem das jüngste Kind geboren wird, ein Defizit von 500 Mk. ablöst, und zwar trotzdem sich die Einnahmen um 1000 Mk.

¹ Siehe Tabelle.

erhöht haben. Sehen wir einmal näher zu, welche Ausgabeposten dieses Mißverhältnis in der Hauptsache verschuldet haben.

Als erstes springen die Nahrungsmittelausgaben in die Augen, die eine Steigerung um 650 Mk. aufzuweisen haben. Der Grund dafür liegt, wie wir oben feststellen konnten, in den höheren Großstadtpreisen überhaupt, und zwar besonders denen für Fleisch. Der zweite erheblich angewachsene Posten ist die Miete, die um rund 100 %, d. h. 900 Mk., gestiegen ist. Ebenfalls verdoppelt hat sich die Ausgabe für Schule, und auch die Geselligkeit hat einen Mehraufwand von rund 100 Mk. erforderlich gemacht, wie wir oben sahen, aus nur allzu naheliegenden Gründen. In engstem Zusammenhang damit steht wohl das Wachsen der Ausgabe für Geschenke um 70 Mk. Die Dienstmädchen erfordern an Lohn ein Plus von 60 Mk. und endlich tritt ein ganz neuer Posten in das Budget ein, nämlich die Straßenbahnausgabe in Höhe von 66 Mk.

Dem allen gegenüber steht ein erhebliches Sinken nur in den Aufwendungen für Kleidung und Reisen, welche letztere in diesem Jahre ganz unterbleiben. An Ausgaben, die durch die höheren Großstadtpreise aufgezwungen wurden, müssen die für Nahrungsmittel, Miete, Gefindelohn und Straßenbahn gerechnet werden, wofür im ganzen rund 1600 Mk. mehr aufgewendet wurden, von den Ausgaben, die indirekt für Geselligkeit, Geschenke und Unterricht ebenfalls durch das Großstadtleben verursacht wurden, ganz zu schweigen. Mit lautester Beredsamkeit spricht aus diesen Tatsachen die weittragende Bedeutung, die für das Leben der Familie die Übersiedelung nach der Hauptstadt gehabt hat. Da war es denn kein Wunder, daß man sich in der Kleidung einzuschränken suchte, daß man die Reise im ersten Schreck über all die neuen Anforderungen unterließ, und daß man sich nach dem ersten Jahresabschluß entschließen mußte, die Geselligkeit, die man eben lebensfroh zu genießen begonnen hatte, aufzugeben und für alle Zukunft auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken.

Und in diesem Ansturm des ersten Jahres mußte man sich darüber klar sein, daß die Forderungen, die die Großstadt nun einmal zu stellen begann, in Zukunft nicht mehr zurückgehen, sondern nur noch wachsen würden. So hieß es denn, wollte man die Zukunft der fünf heranwachsenden Kinder nicht schwer schädigen, neue Einnahmequellen zu eröffnen. Da scheint sich nun in den ersten Jahren nur die Unterstützung bereitwilliger Verwandter geboten zu haben, die man anzunehmen wohl gezwungen war. Dennoch aber ermöglichte diese Zugabe von 1000 Mk.

es nicht allein, die Mehrausgaben im zweiten Jahre der Anwesenheit in Berlin ohne Defizit zu tragen. Denn die Geburt des jüngsten Kindes machte größere Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleidung, Arzt und häusliche Dienstleistungen nötig, zu denen sich noch aus anderen Gründen die für Schule und Inventaranschaffungen gesellten. Liest man diese Zahlen, so glaubt man förmlich, es vor sich zu sehen, wie der Ernährer der Familie in mancher sorgenvoller Stunde neuen Erwerbsmöglichkeiten nachgrübelte. Und verfolgen wir nun die Ziffern in unserer Einnahmetabelle weiter, so sehen wir zwei Jahre später: Er hat in der Tat eine neue Hilfsquelle gefunden, die ihm eine jährliche Mehreinnahme garantierte. Im Jahre 1891 wird er als Hilfsrichter beim Reichsversicherungsamt angestellt, was ihm eine Einnahme von zuerst 1000, seit 1897 1200 Mk. jährlich einbringt. Dadurch bietet sich von nun an auch wieder die Möglichkeit, nicht mehr mit einem Defizit, sondern mit einem ziemlichen Plus die Jahresbilanz abzuschließen, denn es können in den folgenden Jahren 1000—2000 Mk. zurückgelegt werden.

Mit dem Jahre 1896 aber beginnt ein neuer großer Abschnitt, der sein Gepräge von wenig wachsenden Einnahmen und heftig steigenden Ausgaben erhält. Werfen wir darum zunächst wieder einen Blick auf die letzteren, um zu sehen, welche Posten so große Mehraufwände erforderlich gemacht haben.

Gleich die Nahrungsmittelausgabe ist um 500 Mk. größer als im Vorjahre, ohne daß dieses etwa eine besonders niedrige Ausgabe zu verzeichnen hätte, da auch schon im Jahre 1895 500 Mk. mehr als im Vorjahre ausgegeben wurden. Der Grund für diese enorme Steigerung liegt, wie wir in der Einzelbetrachtung feststellen konnten, in der Hauptsache in dem bedeutenden Mehrverbrauch an Mengen, der durch das Wachstum der Kinder notwendig gemacht wurde.

Während nun also die Nahrungsmittel von der Steigerung der Gesamtausgabe von 1600 Mk. allein 500 Mk. auf ihr Konto nehmen, ist auch die Ausgabe für die Kleidung um rund 300 Mk. größer geworden. Die Hauptschuld trägt daran die Garderobe der Frau, die nach zwei Jahren besonders geringen Verbrauchs gerade in diesem Jahre ihre Maximalausgabe überhaupt erreicht. Dazu kommt, daß auch der Mann nach einer besonders niedrigen Ausgabe im Vorjahre von nur 47 Mk. in diesem Jahre 160 Mk., d. h. eine so große Summe aufwendet, wie er sie in allen folgenden Jahren nicht mehr erreicht.

Aber mit diesen beiden großen Mehrausgaben von zusammen schon

800 Mk. für Nahrung und Kleidung ist es noch nicht genug; alles scheint sich in diesem Jahre verschworen zu haben, denn auch der nächste Posten für Wohnung und Haushalt ist um 680 Mk. größer als im Vorjahre. Die Ursache davon ist der in diesem Jahre vorgenommene Umzug, der eine Mehrausgabe von rund 200 Mk. für Miete, 340 Mk. für Anschaffungen und 140 Mk. für Reparaturen und Reinigung erfordert. Endlich erreicht auch die Ausgabe für Gesundheits- und Körperpflege mit 440 Mk. eine Höhe, die sie in allen Vorjahren noch nicht innegehabt und erst mehrere Jahre später übertroffen hat. Hierfür konnten wir als Grund schon früher die Zeit der Kinderkrankheiten des jüngsten Kindes konstatieren, die sich alle auf dieses Jahr konzentriert zu haben scheinen. Ein rührendes Dokument für die Sorglichkeit der Eltern bietet in diesem Zusammenhange die Ausgabe für Spielsachen, die in diesem Jahre eine besonders hohe Summe erreicht.

Wenden wir nun noch einmal auf das ereignisreiche Jahr 1896 zurück, so ergibt sich also, daß die Hauptschuld am Steigen der Ausgaben tragen: in erster Reihe der Umzug, der die Ausgabe für Wohnung, in zweiter das Wachstum der Kinder, das die Ausgabe für Nahrungsmittel beträchtlich erhöht. Außerdem kommen verstärkend die Aufwendungen für Kleidung und Gesundheitspflege hinzu. Alle diese sich häufenden Ausgaben sind es also, die eine Deckung durch die regulären Einnahmen unmöglich machen; zum zweiten Male im Laufe unserer Betrachtung muß das Kapital angegriffen werden.

Nun bedeutet diese Inanspruchnahme mit einer Summe von nur 100 Mk. allerdings keinen schweren Verlust, aber sie zeigt doch, daß einige sich summierende Mehrausgaben schon imstande sind, das Gleichgewicht mit den Einnahmen in ein sehr bedenkliches Wanken zu bringen.

Weit schwerwiegender wird dieses knappe Balancieren der Ausgaben aber dann, wenn es sich, wie wir in den folgenden Jahren sehen, zu einem dauernden, sich immer verschlimmernden Zustand herausbildet. In den Jahren 1897, 1898 und 1899 wird, trotz wachsender Einnahmen, schon erheblich weniger als früher zurückgelegt und das Jahr 1900 hat sogar ein Defizit von 1000 Mk. zu verzeichnen.

Von der im ganzen 1400 Mk. betragenden Mehrausgabe dieses Jahres machen allein die Kosten für das Examen des ältesten Sohnes 760 Mk., also ca. die Hälfte aus. Dazu kommen 360 Mk. für Kleidung, die im engen Zusammenhang mit dieser ersten großen Mehrausgabe stehen. Denn da der eben zum Abschluß seiner Studien gelangte Sohn

sofort das Elternhaus verläßt, um eine Stellung anzutreten, muß er noch einmal gründlich mit allem nötigen versehen werden, ehe er beginnt, die Kosten für seinen Unterhalt selbst zu tragen; dies um so mehr, da er von Anfang an keinerlei Zuschuß von Hause empfängt. Auch die Erhöhung des Geschenkpostens um 300 Mk. mag zum Teil auf diese Ursache zurückzuführen sein.

Neben dieses erste Ereignis, das also schon auf zwei Ausgabeposten einen sehr erheblichen Einfluß ausübt, tritt ein zweites von außerordentlicher Bedeutung, nämlich die erste größere Erkrankung des Hausherrn. Sie veranlaßt die bis dahin nur einmal dagewesene Ausgabe für Gesundheitspflege von 430 Mk. und im Anschluß daran einen längeren Aufenthalt im Süden, der die Reisekosten allein um rund 1000 Mk. wachsen läßt.

Balanciert werden diese enormen Mehrausgaben in der Hauptsache durch ein Herabgehen der Ausgaben für Nahrungsmittel, Geselligkeit und Vergnügen, die naturgemäß in der langen Abwesenheit der Eltern begründet sind. So ist also dieses Jahr von zwei wichtigen Ereignissen beherrscht, die nebeneinander auf die verschiedensten Ausgabeposten einwirken. Das eben besprochene Zueinandergreifen ist ein gutes Beispiel dafür, wie besondere Konstellationen für gewöhnlich gar nicht verknüpfte Konsumtionsgebiete in korrelative Beziehungen setzen können, so, daß sie sich unterstützen oder sich entgegenarbeiten müssen.

Die Außergewöhnlichkeit der Ausgaben des besprochenen Jahres 1900 werden noch einmal im nächsten Jahre gekennzeichnet, in dem die Gesamtausgabe um 1600 Mk. zurückgeht und daher eine etwas günstigere Bilanz mit ein paar Hundert Mark Überschuß ermöglicht wird.

Aber damit scheinen die Zeiten des Aufkommens auch endgültig vorüber zu sein, denn die folgenden vier Jahre zeigen ein jährlich wachsendes und zuletzt sogar 1700 Mk. erreichendes Defizit, obgleich die Einnahmen keineswegs zurückgehen, sondern sogar um 100—200 Mk. alljährlich steigen.

Im Jahre 1902 liegt die Schuld des Wachsens der Ausgaben zunächst an dem Posten der Kleidung, die für die Kinder das Maximum und auch für die Frau eine besonders hohe Ausgabe zu verzeichnen hat. Der Grund dafür liegt, wie oben schon gezeigt, darin, daß die im Hause lebenden Söhne schon erwachsen sind und daher größere Aufwendungen erforderlich machen, aber erst zwei Jahre später selbst zu ihrer Versorgung mit Garderobe beitragen können. Gleichzeitig veranlaßt die oben be-

gesprochene Anschaffung eines neuen Klaviers eine Ausgabe von 560 Mk., wodurch die Ausgaben für Wohnung im ganzen die des Vorjahres um 480 Mk. übersteigen. Auch die Ausgabe für Gefindelohn ist ganz besonders gestiegen, doch trägt neben dem Klavier den Hauptanteil an der Steigerung wieder der Aufwand für Reisen, der um 850 Mk. größer ist als im Vorjahre.

Und wie in diesem, so liegt es auch in den folgenden drei Jahren: die Reisen erfordern ungewöhnlich hohe und das Budget vor allem sehr schwer belastende Ausgaben. Im nächsten Jahre werden noch glatt 1000 und 1904 sogar dann noch 700 Mk. mehr ausgegeben als 1902. In engem Zusammenhang damit stehen — da ja auch die Reisen der Gesundheit des Mannes wegen unternommen wurden — die Kosten für Arzt und Gesundheitspflege, die in diesen Jahren ebenfalls erheblich wachsen, um 1905, also ein Jahr nach dem monatelangen Aufenthalt im Süden, ihr Maximum zu erreichen.

Dieses Jahr 1905 ist überhaupt das des größten Defizits, dessen Ursachen wir nun noch einmal genauer untersuchen wollen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel sind gegen das Vorjahr um 140 Mk. gestiegen, nachdem sie bereits in den beiden vorangehenden Jahren um je rund 110 Mk. gewachsen waren, so daß also jetzt im ganzen 360 Mk. mehr ausgegeben wurden als 1902. Der Grund dafür muß, wie wir oben feststellen konnten, hauptsächlich in der nach 1900 einsetzenden Teuerung gesucht werden, die sich besonders in der Ausgabe für Fleisch, Butter, Kartoffeln, Obst und Gemüse unangenehm bemerkbar gemacht hat.

Neben die genannten Mehrausgaben für Gesundheitspflege und Nahrungsmittel tritt vor allem ein erhebliches Plus für die Ausbildung der Kinder. Denn da der jüngste, die Universität besuchende Sohn seine Ablußexamina zu machen hat, müssen 1300 Mk. mehr als im Vorjahr aufgewendet werden, so daß die Ausgabe mit 2045 Mk. ihr Maximum überhaupt erreicht. Im Zusammenhang damit mag vielleicht auch hier der um 300 Mk. gewachsene Geschenkposten stehen. All das verstärkend kommen noch kleine Steigerungen in Anschaffungen, Heizung und Beleuchtung, sowie Gefindelohn und Vergnügungen hinzu. Dies alles aber ist nur Beiwerk; im Grunde genommen ist das große Defizit aus den außergewöhnlichen Summen, die für Arzt und Examina ausgegeben werden müssen, zu erklären.

Wir sehen also, daß in der Hauptsache hier dieselben Veranlassungen vorliegen, die schon das oben besprochene Jahr 1900 zu einem außer-

gewöhnlich kostspieligen gestaltet haben. Halten wir uns diese Ursachen in ihrer ganzen Tragweite vor Augen, so wird uns die schwierige Situation klar werden, in der sich der Ernährer der Familie damals befunden haben muß. Einerseits schien seine Gesundheit der Überlastung im Beruf energischsten Einhalt zu gebieten, andererseits konnte er sich angesichts der drohend wachsenden Ausgaben nicht entschließen, seine beruflichen Einnahmen auch nur irgendwie zu verringern. Da kann es nicht wundernehmen, daß er, wenigstens sein Nebenamt aufzugeben, erst in dem Augenblick wagt, wo ihm von seinen Verwandten aus diesem Grunde eine Schenkung gemacht wird, die ihm mit einigen 100 Mk. Zinsen im Jahre einen teilweisen Ersatz für den Verlust des Gehaltes bietet. All das spiegelt sich wider in den Zahlen der Einnahmetabelle, die im Jahre 1905 als Einkommen aus dem Nebenberuf nur noch 600 Mk., also ein halbes Jahresgehalt, im folgenden Jahre gar nichts mehr verzeichnet, dafür aber bei den Vermögenszinsen 600 Mk. mehr aufführt. So ist also dies vorletzte Jahr in unserer Betrachtung eines der ereignisreichsten, sowohl für die Gestaltung der Ausgaben wie für die der Einnahmen.

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse dieses Jahres kann es daher nicht in Erstaunen setzen, daß nun im nächsten, dem letzten Jahre unserer Betrachtung, die Ausgaben um fast 4000 Mk. zurückgehen und damit eine weit günstigere Gestaltung der Bilanz bringen. Nennenswert gestiegen sind nur die Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleidung und Miete, während die das Vorjahr so belastenden Ausgaben für Arzt und Universität auf ein Minimum zurückgegangen sind. Die Mehrausgabe für Nahrungsmittel, die in diesem Jahre allein über 300 Mk. beträgt, ist oben bereits aus der wachsenden Teuerung, insbesondere den gestiegenen Fleischpreisen erklärt worden. Ebenso hat als Grund für das Steigen der Miete schon das Wachsen der Wohnungspreise überhaupt genannt werden können. Das Steigen der Kleiderausgabe ist nach dem Minderaufwand der Vorjahre nur natürlich. Immerhin kann das Anwachsen dieser drei Posten nicht verhindern, daß trotz des Rückganges der Einnahmen noch ein Überschuß von 1400 Mk. erzielt wird, eben weil jene großen Ausgaben des Vorjahres fortfallen.

Wenn also die Reihe der Jahresbilanzen wieder mit einem etwas günstigeren Resultat abschließt, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß die Wahrscheinlichkeit eines weiter positiven Verlaufs in den folgenden Jahren nicht sehr groß ist. Denn unsere Untersuchung bricht in einem Augenblick ab, wo nach menschlichem Ermessen die Wiederkehr

der Ereignisse, die in den früheren Jahren so große Kosten verursacht haben, noch nicht aus dem Bereich der Möglichkeit verschwunden ist. Denn einmal ist die Tochter erst 15 Jahre alt, und sie wird, sobald sie die Schule verläßt, gewiß noch bedeutende Kosten verursachen, sei es auf dem Gebiet der Geselligkeit und der Kleidung oder auf dem der weiteren Ausbildung. Andererseits ist das schwerbelastende Moment der Krankheit des Ernährers keineswegs ausgeschaltet, denn die langen Reisen und Arbeitspausen sprechen deutlich davon, wie er sich von Urlaub zu Urlaub fortschleppen muß, um der drohenden Pensionierung zu entgehen, die ja die Einnahmen so sehr viel ungünstiger gestalten würde. Außerdem ist auch von den Ausgaben für Nahrungsmittel, Miete und Gehindelohn nur zu erwarten, daß sie der allgemeinen Lage wegen weiter steigen werden, während auf keinem anderen Gebiet ein wesentliches Zurückgehen der notwendigen Ausgaben zu erhoffen ist. Dem allen steht positiv nur die Aussicht auf ein höheres Verdienen der Söhne gegenüber, das aber unter normalen Verhältnissen sicher auch erst nach mehreren Jahren zu erwarten ist. So ist also mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der günstige Abschluß des letzten Jahres nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen ist, und daß die Familie in den nächsten Jahren weiter mit Unterbilanz gearbeitet haben wird.

Blicken wir nun noch einmal zurück auf die lange Reihe der Geschehnisse, die wir im Leben dieser Familie zu verfolgen imstande waren, und fragen wir uns, welches nun die Hauptzüge ihres Lebensbildes sind.

Wir persönlich haben durch unsere Untersuchung den Eindruck gewonnen, daß die Lebensweise der Familie zwar durchaus anständig ihrer sozialen Rangordnung angemessen gewesen ist, daß sie aber auch nirgends eben über dies sozial Gegebene hinausgegangen, sondern eher stellenweise noch dahinter zurückgeblieben ist. Man erinnere sich nur an die Kleidung des Mannes, an die geringe Zahl der Zimmer zu einer Zeit, wo vier Söhne erwachsen sind, an die mäßigen Ausgaben für Geselligkeit, Vergnügen und Bücher, an das Rechnen und Sparen, das an so vielen Stellen zum Ausdruck kam. Wir kommen also zu dem Endresultat, daß die Bedürfnisse, die wir zur Aufrechterhaltung des „standard of life“ als notwendig anerkennen mußten — zuletzt allerdings auf Grund unseres subjektiven Urteils —, nicht aus den regulären Einnahmen, sondern nur durch Inangriffnahme des Kapitals gedeckt werden konnten, so daß eine Kapitalbildung trotz der anfänglichen Ersparnisse nicht stattgefunden hat.

Schluß.

Nach den Ausführungen des vorigen Kapitels ergäbe sich also ein für die Volkswirtschaft recht trübseliges Resultat, wenn dem Mangel an Kapitalbildung und dem enormen Aufwand an Mühe und Arbeit nicht die Schaffung neuer, positiver Werte gegenüberstände, nämlich die Heranbildung von fünf Kindern, die auf den meisten und wichtigsten Gebieten die Hauptkosten verursacht hat. Hier haben wir nun den springenden Punkt! Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich das Leben der Familie sehr viel leichter und besser hätte gestalten lassen, wenn weniger Kinder dagewesen wären. Ob das aber für das Volksganze auch vorteilhafter gewesen wäre, ist eine ganz andere Frage, die zu beantworten nicht mehr unsere Aufgabe sein kann, da das weit über den Rahmen unserer Betrachtung hinausgreifen würde. Doch dürfen wir darauf hinzuweisen nicht versäumen, daß wir hier von einer Richtung her auf Bevölkerungsprobleme stoßen, die bisher noch wenig untersucht worden ist. Vielleicht würde die Erforschung der Verbrauchswirtschaften, die Untersuchung der Einzelhaushalte nach ihren Existenzmöglichkeiten hin den auch jetzt für Deutschland so aktuell werdenden Geburtenrückgang in einem ganz neuen Lichte erscheinen lassen und ganz andere als die bisher vorgeschlagenen Wege zu seiner Bekämpfung aufdecken.

Kehren wir nun zu unserem Spezialfall zurück und halten wir daran fest, daß einerseits eine gewisse Lebenshaltung durch die soziale Stellung und das von Anfang an vorhandene Vermögen gegeben (vergl. die Ausführungen gelegentlich der Einnahmen Kapitel III), und andererseits der Wille zur Erziehung der Kinder vorhanden und das primär Bestimmende war, und fragen wir uns: was wurde dem zum Opfer gebracht, woran wurde gespart, um die Erziehungskosten möglich zu machen?

Im einzelnen konstatieren konnten wir deutlich ein Einschränken der Ansprüche für die Kleidung beim Mann, die Wohnung in den späteren Jahren und die Befriedigung der geistigen und geselligen Bedürfnisse. Daneben haben wir überall ein sorgfältig überlegendes Rechnen angetroffen, man denke nur an die Ausbildung der Kinder selbst, an die geringe Semesterausgabe, die kurze Zeit ihrer Studien. Stellen wir nun die weitere und sehr bedeutungsvolle Frage: warum wurde gerade an diesen und nicht an anderen Posten gespart, und kann man rück-

blickend sagen, daß gerade diese Auswahl die objektiv beste war, oder gab es vielleicht andere Stellen, an denen ein Einschränken der Ansprüche besser gewesen wäre?

Auch diese Fragen ließen sich erst, wie wir bald zeigen werden, dann beantworten, wenn große Probleme des Konsums überhaupt, die tief in die Gebiete der Sozialpsychologie und Volkswirtschaft hineinreichen, gelöst wären. Zu unserer Aufgabe gehört es noch, die Punkte aufzudecken, an denen diese allgemeinen Probleme in unsere spezielle Fragestellung hineinragen. Wir müssen dazu etwas weiter ausholen.

Sehen wir von den Ausgaben für Reisen, die wir als dringend notwendige nachweisen konnten, und denen für Geschenke, die wir nicht völlig aufzuklären imstande waren, ab, so springt vor allem eine besonders hohe Ausgabe in die Augen, nämlich die für Fleisch. Dieses teuerste Nahrungsmittel, das sich gerade diejenigen zuerst versagen, die sparen müssen, ist hier mit einem außerordentlich großen Prozentanteil vertreten. So war die Wirtschaftsleitung also doch nicht so überlegt und umsichtig! wäre das erste, was man aus dieser Tatsache entnehmen könnte. Doch sobald wir etwas tiefer eindringen, werden wir erkennen, daß hier gar nicht mehr individuelles Wollen, sparsame oder unsparsame Wirtschaftsführung bestimmend gewesen sein kann, sondern daß eine große, allgemeine Zeitströmung ihren Einfluß geltend gemacht hat.

Bergegenwärtigen wir uns dazu, welche Rolle die Ernährung mit Fleisch im engen Kreise dieser Familie gespielt hat. Nach den Angaben der Hausfrau war sie sowohl wie ihr Mann von Hause aus daran gewöhnt, täglich mindestens zum Mittagbrot ein Fleischgericht zu genießen, und dieses als den bei weitem wichtigsten Bestandteil der Ernährung anzusehen. Die ihr ganz selbstverständlich scheinende Überzeugung, daß Fleisch vor allem Kraft und Gesundheit verleiht, war auch der Grund, warum sie später beim Heranwachsen der Kinder immer das Hauptgewicht auf eine ausreichende Versorgung mit Fleisch legte. So kann es nicht wundernehmen, daß es ihr geradezu als Verletzung der wichtigsten Grundsätze erschienen wäre, wenn man etwa von ihr verlangt hätte, an der Fleischausgabe zu sparen. Das Fleisch war die Hauptsache, das zuerst und vor allem gekauft werden mußte, wollte man nicht jeden Erfolg der Ernährung überhaupt in Frage stellen. Überschreiten wir an dieser Stelle einmal den eigentlichen Aufgabenkreis unserer Untersuchung und fragen wir, woher diese Auffassung, die ein Mittagbrot

ohne Fleisch einfach nicht für voll ansah und die unseres Erachtens noch bis vor wenigen Jahren, ja vielleicht sogar bis heute als die herrschende zu bezeichnen ist, gekommen sein mag?

Ohne jeden Zweifel ist hier die Liebig'sche Theorie, die ja in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine so große Umwälzung auf den verschiedensten Gebieten herbeigeführt hat, die letzte Ursache gewesen. Denn die Forderung Liebig's, daß dem Körper, der vor allem aus Eiweiß besteht und dem dauernden Prozeß des Zerfalles ausgesetzt ist, in erster Reihe auch möglichst viel Eiweiß von außen wieder zugeführt werden müsse, und seine Achtung des Eiweißes als einer ebenso rätselhaften wie qualitativ besonders wertvollen chemischen Verbindung, haben zu einer ganz unerhörten Überschätzung des Fleisches als Nahrungsmittel geführt. So ungeheuer wirksam sind jene Ideen gewesen, daß sogar noch heute, wo durch die Forschungen in der Wissenschaft längst der Beweis erbracht ist, daß dem menschlichen Körper nicht nur sehr viel weniger Eiweiß in der Ernährung genügt (Chittenden), sondern seiner Gesundheit sogar meist sehr viel zuträglicher wäre (Metschnikoff's Theorie der Lebensverlängerung) — daß noch heute in der Allgemeinheit das Fleisch als wichtigstes und erstrebenswertestes Nahrungsmittel angesehen wird.

Wenn also der große Fleischkonsum in dem betrachteten Haushalt zunächst unser Erstaunen erweckte, so wird es nach diesen Betrachtungen naheliegen, zu vermuten, daß der Genuß von Fleisch in dieser Familie im Vergleich zu anderen gar nicht besonders hoch gewesen ist, sondern nur eine ganz allgemeine, typische Erscheinung wiedergibt, daß wir bei der Untersuchung anderer Haushalte vielleicht ebenso erstaunt über die Höhe der Fleischausgabe wären. Geben wir eine derartige Möglichkeit zu, so werden wir jetzt das Problem ganz anders stellen müssen, nämlich indem wir fragen: Ist nicht der Fleischkonsum überhaupt in den letzten 50 Jahren viel größer gewesen, als zur Erreichung desselben Erfolges nötig gewesen wäre? und wäre es nicht vielleicht sogar viel besser gewesen, wenn von den Ausgaben, die für Fleisch gemacht wurden, weil man es eben für so wichtig hielt, unendlich viel gespart worden wäre, um dafür wieder an anderen Stellen mehr aufzuwenden?

Hier sind wir nun also an dem Punkte angekommen, wo unsere Untersuchung verknüpft ist mit den schwierigsten Problemen des Konsums überhaupt. Wir sehen hier an einem kleinen Beispiel, daß nicht nur soziale Momente, wie Stand und Beruf, nicht nur wirtschaftliche Konstellationen, nicht nur andere komplizierte Phänomene, wie die Mode,

sondern auch zunächst ganz abstrakte wissenschaftliche Theorien außerordentlich bedeutungsvoll für die Gestaltung des Konsums werden können. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, nicht nur an einem Beispiel, sondern im allgemeinen die Bedeutung der genannten und aller anderen auf den Konsum einwirkenden Faktoren zu erforschen, um erst einmal die Grundlagen zu schaffen, auf denen gegen die vielen schädlichen Abirrungen des Konsums angekämpft werden könnte. Denn wie es in unserem Einzelfall wahrscheinlich besser gewesen wäre, wenn man weniger Fleisch gegessen, dafür aber z. B. jedem erwachsenen Sohn ein besonderes Zimmer zur Verfügung gestellt hätte, so könnte die Untersuchung der Tendenzen des Konsums sicher noch manche Abwege zutage fördern, die zu bekämpfen das Interesse der Allgemeinheit befiehlt. Sie zu kennen und aus ihren Ursachen begreiflich zu machen, muß eine der Hauptaufgaben für die Haushaltsforschung sein. Erst wenn diese gelöst ist, wenn man weiß, wo der Fortschritt des einzelnen und der Gesamtheit gehemmt wird, können Gegenmaßregeln ergriffen werden. Diese brauchen auch durchaus nicht von vornherein für aussichtslos gehalten zu werden; man erinnere sich nur an die Fortschritte der Abstinenzbewegung, an den Kampf der Hygiene gegen die „Tour-nure“ und das Korsett, an die Bekämpfung des großen Fleischgenusses selbst¹.

Schon diese Andeutungen genügen, um die außerordentliche Bedeutung erkennen zu lassen, die die Erforschung der Einzelwirtschaften für alle Probleme des Konsums haben muß, und zwar in erster Reihe für die so wichtigen Ernährungsfragen². Freilich kann die Haushaltsstatistik gerade zur Lösung dieser Probleme nur dann beitragen, wenn sie sich auf das exakteste Material stützt und in ihren Untersuchungen nach einer einheitlichen Methode vorgeht, so daß eine fruchtbare Basis für Vergleiche geschaffen wird.

¹ Vergl. die Schriften von Horace Fletcher und die Erfolge des Systems Hindhede.

² Kestner, Die Bedeutung der Haushaltsbudgets für die Ernährungsprobleme, im Arch. f. Sozialpolitik 1904.

Tabellen.

Einnahmen.

Tab. I.

Jahr	Haupt- beruf	Neben- beruf	Ver- mögens- gütern	Von Verwandten			Sonstige Einnahmen	Gesamt- einnahmen	Gesamt- ausgaben	Überschuß oder Gehaltsbetrag
				regelm. Zufüsse	von den Kindern	Ges- schente				
	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.
1881	4194	—	4300	—	—	48	196	8 738	7 231	+ 1507
1882	4431	—	4360	—	—	100	6	8 897	7 241	+ 1656
1883	4693	—	4426	—	—	—	60	9 179	6 917	+ 2262
1884	4641	—	4516	—	—	157	17	9 331	6 932	+ 2399
1885	4489	—	4612	—	—	330	290	9 721	7 301	+ 2420
1886	4767	—	4708	—	—	100	71	9 646	7 096	+ 2550
1887	4807	40	4810	—	—	150	74	9 881	6 718	+ 3163
1888	4915	155	4936	—	—	—	300	10 306	8 323	+ 1983
1889	4974	54	5015	—	—	—	—	10 043	9 092	+ 951
1890	5124	—	5053	1000	—	20	—	11 197	11 720	— 523
1891	5524	38	5032	1000	—	600	10	12 204	11 281	+ 923
1892	5574	908	5069	1000	—	50	—	12 601	10 654	+ 1947
1893	5724	1000	5151	1000	—	—	83	12 958	11 066	+ 1892
1894	6143	1000	5193	1000	—	50	—	13 386	11 482	+ 1904
1895	6024	1000	5269	1000	—	—	—	13 293	12 211	+ 1082
1896	6399	1000	5312	1000	—	—	—	13 711	13 824	— 113
1897	6324	1100	5307	1000	—	—	—	13 731	13 103	+ 628
1898	6924	1200	5332	1000	—	—	—	14 456	13 145	+ 1311
1899	6924	1200	5384	1000	—	—	—	14 508	13 811	+ 697
1900	7524	1200	5402	1000	80	—	—	15 206	16 230	— 1024
1901	7524	1200	5351	1000	270	—	—	15 345	14 674	+ 671
1902	7518	1200	5375	1000	210	—	—	15 303	15 613	+ 310
1903	7500	1200	5363	1000	380	—	—	15 443	16 317	— 874
1904	7512	1200	5328	1000	360	—	—	15 400	16 129	— 729
1905	7524	600	5900	—	1225	—	—	15 589	17 320	— 1731
1906	7512	—	5831	—	1710	—	340	15 053	13 618	+ 1445

Jahresausgaben in Mark.

Tab. II.

Jahr	Nahrungs- und Ge- nußmittel	Kleidung					Wohnung und Haushalt					
		des Mannes	der Frau	der Kinder	Zu- sammen	Reini- gung der Wäsche	Gefamt- ausgabe	Miete	Anschaf- fungen	Repara- turen	Reini- gung	Gefamt- ausgabe
1881	2575	90	414	224	728	83	811	700	264	113	61	1138
1882	2295	214	364	211	789	74	863	725	317	167	54	1263
1883	2260	128	305	108	541	73	614	750	158	47	53	1008
1884	2045	136	331	297	764	66	830	750	179	80	48	1057
1885	2021	165	410	257	832	65	897	775	579	56	47	1457
1886	2021	101	290	206	597	59	656	800	667	109	46	1622
1887	2025	59	403	232	694	43	737	800	191	37	50	1038
1888	2066	186	408	356	950	30	980	942	475	186	78	1681
1889	2656	52	436	258	746	22	768	1819	210	51	48	2128
1890	2974	68	445	315	828	13	841	1800	966	164	48	2978
1891	2886	106	505	344	955	15	970	2018	395	146	42	2601
1892	2692	187	453	318	958	34	992	2018	153	118	100	2389
1893	2858	80	503	483	1066	41	1107	2018	611	118	33	2780
1894	2680	137	312	488	937	24	961	2017	149	78	44	2288
1895	3162	47	393	543	983	57	1040	2018	193	145	54	2410
1896	3672	162	632	430	1224	46	1270	2110	632	269	69	3080
1897	3559	52	522	511	1085	66	1151	2106	289	83	68	2546
1898	3670	95	483	532	1110	75	1185	2100	265	94	55	2514
1899	3634	109	480	509	1098	92	1190	2108	244	95	61	2508
1900	3475	98	538	696	1332	98	1430	2131	121	217	61	2530
1901	3777	86	422	685	1193	114	1307	2303	276	78	70	2727
1902	3472	75	567	820	1462	181	1643	2305	724	96	91	3216
1903	3570	71	505	743	1319	156	1475	2300	299	163	98	2860
1904	3690	123	330	685	1138	154	1292	2300	193	137	98	2728
1905	3834	78	387	259	724	162	886	2303	320	206	88	2917
1906	4142	132	489	317	938	157	1095	2403	169	138	95	2805

Jahresausgaben in Mart.

Tab. II, Fortf.

Jahr	Erziehung u. Beleuchtung		Gesundheits- und Körperpflege		Ausübung der Kinder			Geistige und gefellige Bedürfnisse					Post	Gefamteausgabe
	Erziehung	Beleuchtung	Gefamteausgabe	Gesundheits- und Körperpflege	Schule	Univerfität	Gefamteausgabe	Gefelligkeit	Bergungen	Rechtungen	Bücher u. Zeittungen	Reverine		
1881	295	97	392	221	—	—	—	152	102	40	68	23	66	451
1882	254	87	341	101	—	—	—	166	194	37	50	23	33	503
1883	345	85	430	191	66	—	66	89	123	38	6	25	44	325
1884	27	77	104	146	35	—	35	182	208	37	170	16	49	662
1885	79	77	156	81	231	—	231	189	205	27	16	18	43	498
1886	147	74	221	202	203	—	203	159	252	27	63	27	37	565
1887	132	64	196	161	245	—	245	182	215	37	6	17	42	489
1888	202	103	305	132	408	—	408	317	201	26	152	24	46	766
1889	167	112	279	72	808	—	808	409	257	23	57	10	41	797
1890	282	137	419	196	1139	—	1139	203	207	23	80	—	54	567
1891	286	140	426	122	1401	—	1401	183	241	23	34	30	48	559
1892	170	125	295	373	1050	—	1050	62	234	23	72	7	41	439
1893	193	116	309	77	914	—	914	60	289	23	34	30	37	473
1894	167	124	291	193	825	—	825	69	330	23	39	34	40	534
1895	179	136	315	332	768	535	1303	133	245	23	51	30	48	530
1896	178	163	341	438	1073	307	1380	100	318	23	43	30	34	548
1897	243	164	407	245	637	369	1006	214	342	23	61	31	38	709
1898	272	156	428	193	661	368	1047	266	259	23	34	40	36	658
1899	255	161	416	52	485	661	1146	221	290	23	60	30	38	662
1900	270	177	447	427	445	1423	1868	204	236	23	61	31	44	599
1901	358	209	567	447	364	1260	1624	154	298	26	54	26	42	600
1902	308	196	505	244	226	1175	1401	145	278	26	56	31	47	583
1903	317	264	581	978	300	488	788	90	196	28	62	25	45	446
1904	249	287	236	376	183	711	894	100	201	26	53	24	59	463
1905	343	329	672	1346	186	2045	2231	93	251	26	73	25	43	511
1906	375	317	692	300	255	126	381	90	302	27	48	45	29	541

Tab. II, Fortf.

Jahr	Beiträge	Steuern für Staat, Gemeinde, Kirche	Vor- und Straßen- Fürsorge	Eisenbahn	Gefinde- Lohn	Geldwerte in weiterem Sinne				Ver- schieden- es	Gesamt- ausgabe
						Geldwerte i. e. G.	Spiel- sachen	Zafchen- geld	Unter- stützungen		
1881	113	320	153	—	325	524	27	45	21	115	7 231
1882	426	275	186	—	154	473	12	144	53	151	7 241
1883	98	314	153	—	344	424	5	131	474	81	6 917
1884	347	250	153	—	169	413	24	97	469	129	6 932
1885	337	264	153	—	159	500	18	152	238	141	7 301
1886	84	282	159	—	177	449	12	124	238	82	7 096
1887	201	331	163	—	190	432	10	184	233	82	6 718
1888	523	316	110	—	169	434	1	73	211	144	8 322
1889	30	393	22	66	229	607	2	64	67	102	9 092
1890	381	391	22	77	505	891	4	96	54	193	11 720
1891	175	427	338	80	352	660	1	78	89	117	11 282
1892	526	374	342	77	275	578	6	117	48	80	10 654
1893	553	382	341	87	309	619	9	48	66	135	11 066
1894	1692	440	354	77	342	620	8	39	59	75	11 482
1895	985	453	332	73	356	740	6	22	65	87	12 211
1896	1001	467	333	63	369	648	11	23	65	115	13 824
1897	1116	499	335	54	347	835	3	111	80	96	13 103
1898	1054	553	331	57	402	772	5	129	73	73	13 145
1899	1557	576	333	61	418	876	4	162	70	148	13 811
1900	2066	592	325	54	436	1147	2	117	71	103	16 230
1901	1025	579	326	67	441	831	3	159	101	91	14 674
1902	1874	594	333	61	498	868	—	170	72	80	15 613
1903	2877	593	511	94	498	667	—	189	63	127	16 317
1904	3566	573	357	66	476	695	—	219	73	122	16 129
1905	1913	545	397	51	532	985	—	214	49	32	17 320
1906	947	534	388	65	523	906	—	213	37	49	13 618

Jahresausgaben in Prozenten.

Tab. III.

Jahr	Nahrungsg- und Genußmittel	Kleidung für Mann, Frau und Kinder	Kleidung, Wäsche und Reinigung	Wohnung und Haushalt	Heizung und Beleuchtung	Gesundheits- und Körperpflege	Ausbildung der Kinder	Geistige und geistige Bedürfnisse
1881	35,61	10,08	11,23	15,74	5,43	3,05	—	6,22
1882	31,70	10,90	11,92	17,45	4,71	1,39	—	6,96
1883	32,68	7,82	8,86	14,57	6,22	2,76	0,95	4,71
1884	29,51	11,03	11,98	15,24	1,51	2,11	0,50	9,57
1885	27,68	11,39	12,28	19,96	2,13	1,10	3,16	6,82
1886	28,48	8,42	9,25	22,85	3,11	2,84	2,86	7,98
1887	30,10	10,30	10,95	15,35	2,90	2,41	3,62	7,28
1888	24,82	11,42	11,78	20,20	3,67	1,59	4,91	9,22
1889	29,21	8,20	8,44	23,41	3,07	0,79	8,89	8,78
1890	25,38	7,06	7,17	25,41	3,57	1,67	9,72	4,85
1891	25,58	8,47	8,60	23,05	3,77	1,09	12,43	4,94
1892	25,27	8,99	9,31	22,42	2,77	3,50	9,86	4,13
1893	25,83	9,63	10,00	25,12	2,79	0,70	8,26	4,28
1894	23,34	8,17	8,38	19,94	2,54	1,68	7,19	4,65
1895	25,90	8,05	8,51	19,73	2,58	2,72	10,67	4,33
1896	26,56	8,85	9,19	22,28	2,47	3,17	9,99	3,97
1897	27,16	8,29	8,79	19,43	3,11	1,87	7,68	5,41
1898	27,92	8,45	9,02	19,12	3,25	1,47	7,97	5,00
1899	26,31	7,95	8,61	18,17	3,01	0,38	8,30	4,79
1900	21,41	8,21	8,81	15,59	2,75	2,63	11,51	3,69
1901	25,74	8,13	8,91	18,59	3,86	3,04	11,07	4,10
1902	22,24	9,36	10,52	20,60	3,23	1,57	8,97	3,73
1903	21,88	8,09	9,05	17,53	3,56	5,99	4,83	2,74
1904	22,88	7,06	8,02	16,92	3,32	2,33	5,54	2,88
1905	22,14	4,18	5,11	16,84	3,88	7,77	12,88	2,96
1906	30,41	6,90	8,05	20,60	5,08	2,19	2,80	3,98
Durchschnitt	26,79	—	9,35	19,44	3,40	2,38	6,72	5,31

Tab. III, Fortf.

Jahr	Reisen	Ausgaben für Staat, Gemeinde und Kirche	Vor- und Fürsorge	Straßenbahn	Gefinbelohn	Gefächte i. w. G.	Ver- schieden	Gesamt- ausgaben
1881	1,57	4,43	2,11	—	4,49	8,53	1,59	7 231
1882	5,89	3,79	2,57	—	2,12	9,42	2,08	7 241
1883	1,41	4,54	2,21	—	4,98	14,94	1,17	6 917
1884	5,01	3,61	2,21	—	2,44	14,46	1,85	6 932
1885	4,62	3,61	2,10	—	2,17	12,43	1,94	7 301
1886	1,18	3,98	2,24	—	2,49	11,58	1,16	7 096
1887	2,97	4,93	2,42	—	2,82	12,78	0,13	6 718
1888	6,28	3,80	1,32	—	2,03	8,64	1,74	8 322
1889	0,33	4,33	0,24	0,72	2,52	8,15	1,12	9 092
1890	3,25	3,34	0,19	0,66	4,31	8,83	1,65	11 720
1891	1,55	3,78	3,00	0,71	3,12	7,34	1,04	11 282
1892	4,94	3,51	3,21	0,72	2,58	7,03	0,75	10 654
1893	5,00	3,45	3,08	0,78	2,79	6,70	1,22	11 066
1894	14,73	3,83	3,09	0,87	2,98	6,33	0,65	11 482
1895	8,07	3,71	2,72	0,60	2,92	6,83	0,71	12 211
1896	7,24	3,37	2,41	0,45	2,67	5,40	0,83	13 824
1897	8,52	3,81	2,56	0,42	2,65	7,86	0,73	13 103
1898	8,02	4,21	2,52	0,44	3,06	7,45	0,55	13 145
1899	11,27	4,17	2,41	0,44	3,02	8,05	1,07	13 811
1900	16,06	3,65	2,00	0,34	2,69	8,24	0,63	16 230
1901	6,99	3,95	2,22	0,46	3,00	7,45	0,62	14 674
1902	12,00	3,81	2,13	0,39	3,19	7,11	0,51	15 613
1903	17,63	3,63	3,13	0,58	3,05	5,63	0,77	16 317
1904	22,11	3,55	2,21	0,41	2,95	6,12	0,76	16 129
1905	11,05	3,15	2,30	0,30	3,07	7,21	1,34	17 320
1906	6,95	3,92	2,85	0,48	3,84	8,49	0,36	13 618
Durch- schnitt	7,48	3,85	2,29	0,37	3,00	8,58	1,04	

Tab. IV.

Nahrungsmittel

in Mark.

Jahr	Fleisch	Butter	Fleisch und Butter	Butter	Schmalz	Käse	Eier	Kartoffeln	Obst und Gemüse	Salz, Gewürz, Öl	Zucker	Weizen, Mehl u.ä.
1886	494	61	555	151	50	17	31	20	62	16	44	43
1887	506	70	576	180	50	24	47	16	96	19	34	33
1888	481	49	530	150	45	23	42	14	97	19	56	54
1889	692	60	752	225	68	36	70	32	134	16	44	48
1890	594	169	763	237	72	45	88	30	186	28	75	78
1891	692	43	735	213	44	37	72	24	145	31	83	84
1892	609	102	711	151	69	38	74	28	181	29	73	68
1893	703	183	886	143	66	42	82	27	195	23	57	53
1894	660	160	820	169	62	44	85	29	172	21	53	50
1895	792	231	1023	215	74	56	109	32	218	21	55	47
1896	874	225	1099	236	86	67	131	30	221	27	67	61
1897	865	271	1136	260	81	66	128	39	229	24	48	47
1898	802	249	1051	287	75	49	100	39	251	19	46	43
1899	750	242	992	310	70	57	104	35	236	24	47	45
1900	813	255	1068	274	76	52	100	42	268	22	39	45
1901	755	217	972	342	75	59	116	39	263	19	47	57
1902	742	205	947	335	69	63	124	34	233	20	49	51
1904	865	230	1095	364	85	76	148	50	252	19	49	53
1905	898	295	1193	390	84	78	151	51	275	18	41	43
1906	1013	239	1252	380	95	76	149	50	257	28	70	67

in Prozenten.

1886	32,70	4,02	36,72	10,00	3,29	1,12	2,06	1,32	4,14	1,06	2,94	2,86
1887	33,17	4,60	37,77	11,84	3,26	1,60	3,11	1,06	6,32	1,23	2,21	2,14
1888	30,25	3,11	33,30	9,46	2,82	1,37	2,68	0,90	5,92	1,18	3,51	3,40
1889	35,51	3,09	38,60	11,56	3,49	1,84	3,57	1,65	6,86	0,84	2,25	2,47
1890	25,63	7,28	32,91	10,22	3,09	1,94	3,79	1,28	8,05	1,23	3,23	3,37
1891	31,21	1,95	33,16	9,59	2,00	1,66	3,25	1,10	6,55	1,39	3,77	3,78
1892	28,47	4,79	33,26	7,04	3,21	1,78	3,46	1,32	8,46	1,35	3,43	3,17
1893	30,71	8,01	38,72	6,24	2,87	1,84	3,59	1,19	8,53	1,00	2,49	2,31
1894	30,57	7,40	37,97	7,81	2,85	2,03	3,94	1,33	7,98	0,96	2,44	2,31
1895	30,58	8,93	39,51	8,30	2,86	2,17	4,22	1,24	8,42	0,79	2,12	1,81
1896	31,47	8,11	39,58	8,49	3,10	2,43	4,72	1,08	7,96	0,97	2,40	2,21
1897	30,35	9,52	39,59	9,13	2,83	2,33	4,51	1,37	8,03	0,84	1,69	1,64
1898	28,60	8,88	37,48	10,22	2,67	1,74	3,55	1,40	8,96	0,67	1,64	1,55
1899	27,10	8,76	35,86	11,18	2,53	2,06	3,73	1,25	8,54	0,89	1,71	1,63
1900	29,19	9,16	38,35	9,83	2,72	1,87	3,60	1,55	9,27	0,78	1,40	1,62
1901	26,71	7,66	34,37	12,09	2,64	2,10	3,92	1,39	9,34	0,67	1,66	2,01
1902	27,49	7,59	34,88	12,39	2,57	2,34	4,52	1,26	8,65	0,74	1,82	1,89
1904	29,95	7,94	37,72	12,60	2,94	2,63	5,12	1,73	8,71	0,67	1,70	1,85
1905	29,74	9,78	39,52	12,91	2,77	2,57	5,02	1,70	9,61	0,59	1,37	1,41
1906	32,33	7,61	39,94	12,14	3,02	2,44	4,75	1,61	8,18	0,89	2,23	2,12
Durchschnitt.	30,09	6,91	37,00	10,15	2,88	1,99	3,86	1,34	7,92	0,94	2,30	2,28

ausgaben in 9 Monaten

in Mark.

Brot und Semmel	Kuchen	Äußerliche Backwaren	Kaffee	Tea, Kakao, Schokolade	Milch	Sonstige Getränke	Ver- schiedenes	Zigarren	Kistche	Gesamt- ausgabe	Jahr
210	36	246	36	25	85	4	13	96	15	1509	1886
202	38	240	33	29	76	2	7	51	10	1523	1887
193	43	236	22	33	69	5	8	168	6	1579	1888
218	39	257	45	54	91	—	11	40	26	1949	1889
280	39	319	55	75	103	18	5	97	44	2318	1890
308	37	345	37	68	198	7	13	39	42	2217	1891
302	50	352	37	87	152	3	13	47	26	2139	1892
299	75	374	47	65	150	1	10	47	20	2288	1893
256	85	341	33	66	141	4	4	54	13	2161	1894
303	69	372	67	94	134	2	8	52	12	2591	1895
279	81	360	67	71	144	—	16	78	16	2777	1896
271	86	357	62	70	154	—	12	87	47	2847	1897
308	75	383	64	72	152	1	14	88	71	2804	1898
309	94	403	62	78	157	2	12	78	55	2767	1899
295	67	362	61	76	141	3	8	99	61	2797	1900
310	79	389	66	74	121	4	21	69	67	2800	1901
291	82	373	72	60	121	3	11	50	87	2702	1902
247	87	334	38	54	127	10	32	54	49	2889	1904
268	71	339	53	49	125	10	23	46	50	3019	1905
277	80	357	48	48	113	12	17	53	61	3133	1906

in Prozenten.

13,95	2,39	16,34	2,37	1,66	5,63	0,27	0,90	6,36	0,96	1509	1886
13,26	2,52	15,78	2,14	1,92	5,02	0,13	0,45	3,37	0,65	1523	1887
12,15	2,70	14,85	1,42	2,05	4,31	0,29	1,55	10,56	0,36	1579	1888
11,21	1,99	13,20	2,33	2,76	4,66	—	0,58	2,03	1,31	1949	1889
12,07	1,67	13,74	2,37	3,24	4,45	0,76	0,23	4,18	1,92	2318	1890
13,91	1,68	15,59	1,68	3,06	8,92	0,30	0,55	1,78	1,87	2217	1891
14,10	2,33	16,43	1,73	4,08	7,11	0,18	0,60	2,18	1,21	2139	1892
13,06	3,29	16,35	2,07	2,82	6,54	0,05	0,45	2,07	0,87	2288	1893
11,84	3,95	15,79	1,54	3,07	6,51	0,18	0,18	2,50	0,61	2161	1894
11,70	2,66	14,36	2,58	3,62	5,18	0,07	0,30	1,99	0,46	2591	1895
10,05	2,92	12,97	2,41	2,54	5,19	—	0,58	2,81	0,56	2777	1896
9,51	3,03	12,44	2,17	2,46	5,42	0,02	0,44	3,06	1,65	2847	1897
10,98	2,66	13,64	2,29	2,57	5,43	0,04	0,49	3,13	2,53	2804	1898
11,15	3,41	14,56	2,23	2,83	5,68	0,08	0,44	2,80	2,00	2767	1899
10,58	2,39	12,97	2,18	2,73	5,05	0,11	0,28	3,55	2,18	2797	1900
10,96	2,81	13,77	2,33	2,63	4,27	0,14	0,74	2,45	2,37	2800	1901
10,77	3,03	13,80	2,67	2,24	4,50	0,11	0,42	1,85	3,22	2702	1902
8,54	3,00	11,54	1,28	1,87	4,41	0,32	1,11	1,88	1,73	2889	1904
8,89	2,34	11,23	1,74	1,64	4,14	0,34	0,76	1,52	1,64	3019	1905
8,83	2,56	11,39	1,52	1,52	3,60	0,47	0,53	1,70	1,95	3133	1906
11,38	2,67	14,05	2,05	2,56	5,30	0,19	0,58	3,09	1,50		

Tab. V. Die Ausgaben pro Einheit für:

Jahr	Fleisch	Butter	Brot und Back- waren	Kar- toffeln	Obst und Gemüse	Milch	Kaffee	sämtliche Lebens- mittel
1886	146	39,8	65,0	5,2	16,3	22,3	16,5	403
1887	148	46,2	62,0	4,1	24,6	19,7	15,9	388
1888	171	48,5	76,3	4,6	31,2	22,0	17,9	522
1889	235	70,3	80,0	10,0	41,8	28,4	31,0	610
1890	190	59,3	93,4	7,4	46,6	30,4	31,7	579
1891	184	53,3	86,4	6,1	36,3	49,4	26,3	554
1892	146	31,1	71,9	5,8	37,0	31,0	21,4	436
1893	178	29,3	74,9	5,6	39,0	29,9	23,8	458
1894	144	28,4	59,8	5,7	30,2	24,6	17,4	380
1895	196	37,8	65,3	5,6	38,2	23,5	28,2	454
1896	174	37,5	57,2	4,8	35,2	22,8	21,8	442
1897	178	40,6	55,8	6,1	35,8	24,1	20,6	446
1898	153	41,5	55,2	5,7	36,4	22,1	19,7	408
1899	144	45,0	58,5	5,0	34,2	22,8	20,3	403
1900	153	39,2	51,6	6,0	38,3	20,1	19,5	398
1901	162	56,8	64,9	6,5	43,9	20,2	23,4	474
1902	158	55,8	62,1	5,7	38,9	20,3	22,1	450
1904	179	59,5	54,7	8,2	41,4	20,8	14,9	474
1905	186	61,0	53,0	8,0	43,0	19,5	15,9	471
1906	198	59,3	55,8	7,9	40,2	17,5	14,9	489

Die Entwicklung der Preise in der Stadt Chemnitz.

Don

Dr. Hermann Hennig.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Verzeichniß der häufig gebrauchten Abkürzungen für Quellen- und Textwerke	95
I. Teil. Die Bewegung der Preise	97
1. Abschnitt. Lebensmittel	97
A. Staatliche, kommunale und sonstige Preisveröffentlichungen	97
B. Preisbewegung der Vegetabilien	102
a) Getreide, Mehl, Brot	102
b) Kartoffeln, Gemüse, Obst	102
c) Hülsenfrüchte und Kolonialwaren	120
C. Preisbewegung der Animalien	132
a) Fleisch und Fleischwaren	132
1. Schlachtviehpreise	132
2. Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren	139
b) übrige Animalien	162
1. Milch, Butter, Käse, Quark	162
2. Geflügel, Wild, Eier	168
3. Fische	170
2. Abschnitt. Wohnung, Heizung, Beleuchtung	174
3. Abschnitt. Sonstige Lebensbedürfnisse	188
II. Teil. Der Einfluß der Bewegung der Lebensmittelpreise auf die Kosten der Lebenshaltung	199
III. Teil. Die Einkommens- und Lohnverhältnisse der Chemnitzer Bevölkerung.	206
Schluß	223
Anhang: Tabellen	225

Verzeichnis der häufig gebrauchten Abkürzungen für Quellen- und Textwerke:

- St.J.Kg.C. = Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen.
St.J.f.d.D.R. = Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.
St.J.d.St. = Statistisches Jahrbuch deutscher Städte.
V.j.St.d.D.R. = Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.
J.Sächst.St.B. = Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, 1.—50. Jahrgang. 1855—1904.
Sächst.St.L.A.B. = Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes. Ab 1905.
D.St.C.B. = Deutsches Statistisches Centralblatt.
H.d.St.B. = Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl.
J.f.N.u.St. = Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.
J.D.B.C. = Jahresberichte der Direktion des Schlacht- und Viehhofes zu Chemnitz.
WmJ. = Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Berlin, Karl Heymanns Verlag. 1909. 2. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes. (Hierbei umfassende Darstellung der bisherigen wichtigsten Arbeiten und Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen des In- und Auslandes.)
H.M. = 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Stuttgart 1909. Druck und Verlag von Alexander Schlicke u. Cie.

Erster Teil.

Die Bewegung der Preise.

Erster Abschnitt.

Lebensmittel.

A. Staatliche, kommunale und sonstige Preisveröffentlichungen.

Die Veröffentlichungen der sächsischen Statistik ergeben die eigentümliche Tatsache, daß bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein eine ziemlich umfassende Preisberichterstattung stattfand, dann aber jahrzehntelang dieses Gebiet fast völlig vernachlässigt wurde und erst in den letzten Jahrzehnten wieder ein Umschwung zu einer regelmäßigen Preisberichterstattung eintrat. In den Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen und in den älteren Jahrgängen der Zeitschrift des Statistischen Bureau's des Königl. Sächs. Ministeriums des Innern finden wir Preisangaben für Getreide, Heu, Stroh, Butter, Kartoffeln, Rüben, Rapssaat, Erbsen, Hirse, Haidekorn, Grütze, weiter für Brot, Mehl, Fleisch und schließlich auch für Wolle¹, Lichte und Seife. Diese Preisangaben erstreckten sich über eine größere Reihe von Markttorten, vielfach wurden auch Landesdurchschnitte angegeben. Wir finden hier Angaben über niedrigste und höchste Preise, über den Mittelpreis einer Ware und über den wahren Preis, der dem Mittelpreis am betreffenden Orte am nächsten kommt. Für Brot und Mehl finden sich dabei auch Angaben über Fabrikationskosten und für Roggen- und Weizenbrot, das zu festen Preisen verkauft wurde, ist das jeweilige Durchschnittsgewicht angegeben. Auch sind vielfach für die wichtigsten Orte im jetzigen Deutschen Reiche und zum Teil auch im Ausland vergleichsweise Preise angeführt. Diese Zeit einer verhältnismäßig regen Berichterstattung dauert bis in die sechziger

¹ Wollmärkte fanden früher besonders statt in Dresden, Leipzig, Bautzen und Döbeln (vgl. Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königl. Sachsen, 14. Lieferung 1839).

Jahre hinein; von da ab fehlen Angaben und Aufsätze über Preise auf längere Zeit hinaus fast vollständig. Wie läßt sich das nun erklären?

Früher, als Produzenten und Konsumenten mehr direkt miteinander verkehrten, als noch fast jede Stadt die Preise der Produkte nach anderen Maßen notierte, mußte die Statistik trachten, aus möglichst vielen Orten des Landes Preisnotierungen zu erlangen. Je mehr aber der Handel den Ausgleich zwischen Überfluß und Mangel übernahm, je unregelmäßiger und seltener manche der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte auf den Wochenmärkten zum Kauf angeboten wurden, desto lückenhafter und unsicherer und unzuverlässiger wurden auch die Preisnotierungen der Stadträte für diese landwirtschaftlichen Produkte. Mit der Ausbreitung des Bahnnetzes verschwand eine Stadt nach der anderen aus dem Verzeichnisse der Marktpreise, das im Statistischen Amte aufgestellt wurde, weil auf ihren Wochenmärkten Getreide zum Verkauf nicht mehr angeboten wurde und weil sie ihre Bedeutung für den Getreidehandel vollständig verloren hatten. Der Landwirt hatte nun nicht mehr nötig, sein Getreide auf den Markt der nächsten Stadt zu fahren und eventuell von dort auch wieder nach Hause, da der die Getreidebörse der Großstädte besuchende Händler ihm das Getreide nach Muster abnahm und ihm dasselbe je nach Ausfall der vorgelegten Getreideprobe und je nach der Lage und Entfernung des Gutes mehr oder weniger über oder unter dem letzten Börsenpreise bezahlte. Ähnlich gestaltete sich später der Handel mit dem Schlachtvieh. Der Fleischer kaufte die Schlachttiere vielfach nur noch vom Händler auf in den Schlachtviehhöfen eingerichteten Viehmärkten oder richtete sich doch wenigstens beim Einkauf der Tiere nach den auf diesen Märkten notierten Schlachtviehpreisen. Dieser Umschwung in den Marktverhältnissen vollzog sich aber erst nach und nach, zuerst in der Umgebung der Großstädte und erst nach weiterer Ausbreitung des Bahnnetzes auch in den entlegeneren Landesteilen. So sind die an das Statistische Amt eingereichten Preislisten immer lückenhafter geworden, immer unsicherer, zum Teil sogar ganz wertlos. Die Statistik sah sich veranlaßt, die Getreidepreise nach den Börsenberichten, die Preise für das Schlachtvieh nach den Marktberichten der Schlachthöfe zu buchen und zusammenzustellen. Für den Kleinhandel mit landwirtschaftlichen Produkten behielten die Wochenmärkte zwar ihre Bedeutung nach wie vor bei, aber auch hier war das Geschäft mit der Zeit ein anderes geworden. Es saß nun, vielfach wenigstens, nicht mehr die Bauern-

frau auf dem Markte, um die Butter selbst zu verkaufen, sondern die Handelsfrau hielt mit der Butter von vielen Gütern feil¹. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit wurden die Taxen für Fleisch und andere Waren aufgehoben und daher verschwanden auch die offiziellen Notierungen der Preise für Brot, Fleisch und andere Waren².

Lange Zeit hindurch findet sich in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes kein Nachweis über Preise. Erst nach und nach kommt gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Preisberichterstattung zur Geltung. Veröffentlicht werden zunächst die Getreidepreise der Leipziger Produktenbörse³ und einiger anderer größerer Städte⁴. Dann folgen im Jahre 1907 Angaben über die Viehpreise auf Grund der Berichte der Vieh- und Schlachthöfe⁵ und über die Kleinverkaufspreise in der Stadt Dresden⁶. Im nächsten Jahre erscheint zum ersten Male eine umfassende Darstellung der Preise für wichtige Lebensbedürfnisse in verschiedenen Städten Sachsens⁷. Die neueste Entwicklung beginnt endlich mit der Verordnung des kgl. Sächs. Ministeriums des Innern an die Kreishauptmannschaften unter dem 21. April 1910, nach welcher in den sächsischen Städten mit über 20 000 Einwohnern vom 1. Juli desselben Jahres ab eine regelmäßige, fortlaufende Ermittlung der Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel zu erfolgen hat⁸. Diese Erhebung erstreckt sich vorläufig auf Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch, inländisches Schweinefleisch, Vollmilch, Butter, Hühnereier, Brot, Speisekartoffeln, Reis, Erbsen, Linsen, Speisebohnen und Zucker.

Die Ermittlung erfolgt nach Maßgabe einer „allgemeinen Anleitung“, deren wichtigste Bestimmungen die folgenden sind: Es erfolgt mindestens einmal wöchentlich eine Erhebung, und zwar an möglichst

¹ J. Sächs. St. B. 1890, S. 101/02.

² J. Sächs. St. B. 1876, Heft 3/4, S. 292.

³ St. F. Kg. S. 1893, Monatliche Notierungen der Getreidepreise der Leipziger Produktenbörse von 1880/81 an.

⁴ Dasselbe 1906, Preise für Getreide, Kartoffeln und Heu in den größeren Städten Sachsens von 1900 an.

⁵ Dasselbe 1907.

⁶ Dasselbe 1907, von 1900 an.

⁷ St. F. Kg. S. 1908, auch für Chemnitz, und zwar für die Jahre 1901/07. Mitgeteilt werden die Preise für Kohlen, Fleisch, Schweinefett, Kartoffeln, Butter, Eier, Mehl, Brot, Reis, Kaffee und Zucker.

⁸ Sächs. St. L. M. J. 1910, S. 201.

vielen Stellen, für die gangbarste Qualität, welche ortsüblich zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der großen Masse des Volkes bzw. des Mittelstandes dient. Notiert werden der niedrigste und der höchste Preis, wenn möglich auch der häufigste Preis. Die Zahl der Preisangaben von Markthallenständen soll gegenüber denen der übrigen Beobachtungsstellen nicht zu groß sein. Es empfiehlt sich, die Einkaufspreise von Anstalten oder die Verkaufspreise in Konsumvereinen getrennt anzuschreiben. Auf Grund dieser Bestimmungen sind dann in den Jahrgängen 1912 und 1913 des Statistischen Jahrbuchs für das Königreich Sachsen für eine größere Reihe von Städten die Preise für die obengenannten Waren veröffentlicht worden, und zwar stets nur der häufigste Preis für die gangbarste Qualität am letzten Ermittlungstage am Ende der einzelnen Vierteljahre. Die letzten Jahre haben demnach auf dem Gebiete der sächsischen Preisberichterstattung wieder Fortschritte gezeitigt, wenn auch auf die Angaben bis jetzt nicht immer allzuviel Wert zu legen sein dürfte. Für Chemnitz stimmen z. B. die in den Jahrbüchern enthaltenen doppelten Angaben für März 1912¹ im allgemeinen nicht überein; bei der zweiten Bekanntgabe im Jahrbuch 1913 ist aber eine Berichtigung nicht erfolgt, die doch sicher am Platze gewesen wäre. Für die Zwecke dieser Arbeit können diese Angaben jedenfalls nicht in Betracht kommen, da sie sich über einen zu kurzen Zeitraum erstrecken und an Genauigkeit der Berichterstattung noch manches zu wünschen übrig lassen.

Von den Preisveröffentlichungen seitens der Chemnitzer städtischen Behörden kommen in Frage die wöchentlichen Notierungen der Markthallenpreise und die durch das Statistische Amt ermittelten Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren.

Seit dem Jahre 1892 werden die Markthallenpreise allwöchentlich im Chemnitzer Tageblatt bekannt gegeben, und zwar niedrigste und höchste Preise für jede einzelne Ware. Allzuviel Wert darf man diesen Zahlen nicht beilegen, wie mir auch von verschiedenen Seiten, besonders von einigen Mitgliedern der Chemnitzer Bäcker- und Fleischerinnung versichert wurde. Die Zahl der Verkaufsstände in der Markthalle ist zu gering, als daß diese Zahlen allgemeine Bedeutung haben könnten, außerdem liegt gerade dadurch die Gefahr sehr nahe, daß die Angaben über die höchsten und niedrigsten Preise stark schwanken, wenn eine

¹ St. J. Rg. S. 1912. S. 156 und 1913, S. 167.

besonders teure oder billige Ware an dem einen Markttage fehlt oder bestimmte Fleischer an einzelnen Tagen keine Angaben machen können, ohne daß vielleicht in Wirklichkeit irgendwelche Preisveränderung bei den einzelnen Fleischern festzustellen gewesen wäre.

Seit Ende des Jahres 1903 werden seitens des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren festgestellt, und zwar auf Grund der Angaben einer größeren Anzahl von Fleischern, deren Geschäfte über die ganze Stadt verstreut sind. Ermittelt werden dabei die niedrigsten und die höchsten, die häufigsten und die Durchschnittspreise. Zum Teil sind diese Preisangaben in den „Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz“ veröffentlicht worden. Für die letzten Jahre sind sie nur handschriftlich vorhanden, doch wurden mir dieselben seitens der Direktion in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Weiteres preisstatisches Material findet sich bisher nicht in den Veröffentlichungen des Amtes, jedoch sind handschriftlich noch verschiedene Preisverzeichnisse vorhanden. Auch hier ist für die Zukunft ein Ausbau der Preisberichterstattung geplant, entsprechend dem Vorgehen anderer Städte.

An sonstigen Veröffentlichungen sind weiter zu nennen die Verwaltungsberichte der Direktion des Chemnitzer Vieh- und Schlachthofes, die bis 1884 zurückreichen und reichhaltiges Material über Schlachtviehpreise enthalten, wenngleich man auch hier mehrere Entwicklungsstufen in der Preisermittlung feststellen kann. Für Getreide, Butter und Kartoffeln im Großhandel lieferten das Material die Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse und die amtlichen Notierungen über Produktenpreise, die im Chemnitzer Tageblatt veröffentlicht werden. Auch hierbei wird für jeden Markttag der höchste und niedrigste Preis jeder Ware verzeichnet. Endlich enthalten die Statistischen Jahrbücher deutscher Städte in den Abschnitten über Preise auch Angaben für Chemnitz, leider sind sie für die Arbeit kaum zu verwerten, da die Angaben über die Preise im Einzelhandel sich teils auf einen zu kurzen Zeitraum erstrecken, zum anderen Teil von den anderweitigen, mir zur Verfügung stehenden Angaben oft starke Abweichungen zeigen, deren Ursachen nicht zu erkennen waren, weil über die Gewinnung der Preise zu wenig Aufschlüsse vorlagen. Über Kolonialwarenpreise fanden sich Angaben in den Preisverzeichnissen verschiedener größerer Chemnitzer Kolonialwarengeschäfte, deren Filialen über die ganze Stadt verstreut sind und deren Preise nach den eingezogenen Erkundigungen

für Chemnitz als maßgebend dienen können. Auf die übrigen Angaben über Chemnitzer Preise, die in einzelnen Aufsätzen und Abhandlungen verstreut sind, einzugehen, würde zu weit führen. Sie beruhen meist auf den bisher genannten Veröffentlichungen und zeigen dabei oft mehr oder weniger große Abweichungen davon, ohne daß es möglich wäre, deren Ursachen klar zu erkennen, von tendenziösen Darstellungen sehen wir natürlich hierbei völlig ab. Es sei nur noch bemerkt, daß wir die Markthallenpreise, um eine einheitliche Ausgangsperiode für unsere Berechnungen zu gewinnen, auf Grund entsprechender privater Mitteilungen zum Teil bis zum Jahre 1889 zurück ergänzen konnten.

Übersehen wir noch einmal den Wert des gesamten preisstatischen Materials, das uns zur Verfügung stand, so müssen wir eingestehen, daß manches darunter ist, was einer strengen Kritik nicht standhalten kann. Aber wie viele von den Preisangaben, die bis heute gemacht wurden und teils mit, teils ohne amtlichen Stempel den Weg in die Öffentlichkeit fanden, können darauf wirklich restlos Anspruch erheben? Die Frage muß ungelöst bleiben. Kennen wir die Schwächen des Materials, so werden wir um so eher Vorsicht gebrauchen und uns im gegebenen Falle vor einer allzuweit gehenden Ausbeutung desselben hüten können.

B. Preisbewegung der Vegetabilien.

a) Getreide, Mehl, Brot.

Im Rahmen der Ausgaben für Nahrungsmittel nehmen die Ausgaben für Brot und Backwaren die wichtigste Stelle ein. Im Durchschnitt aller 49 Chemnitzer Haushaltungsrechnungen entfielen nämlich auf sie rund 22 % der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, die ihrerseits etwa 55 % der Gesamtausgaben betrug. Dazu kommen dann noch die Ausgaben für Mehl, die nur in den 23 H.M.-Rechnungen getrennt angegeben sind und hier im Durchschnitt 2 % der Nahrungsmittelausgaben betragen. Rund der vierte Teil aller Ausgaben für Nahrungsmittel wird also auf Erzeugnisse verwandt, die vom Brotgetreide herkommen. In besser bemittelten Familien dürfte dieser Prozentsatz ebenso wie auch der Anteil der Nahrungs- und Genuß-

mittel an den Gesamtausgaben sicherlich niedriger sein¹, doch fehlen leider entsprechende Wirtschaftsrechnungen für Chemnitz vollständig.

Bei dieser Bedeutung des Brotgetreides für den menschlichen Haushalt erscheint es angebracht, zunächst dessen Preisbewegung zu untersuchen, ehe wir die Preise für Mehl und Brot betrachten. Eine Einschränkung im Genuß von Fleisch wird eher möglich sein, als im Genuß von Brot und Kartoffeln, die in Jahren hoher Preise stärker konsumiert werden, und hohe Preise dafür müssen die ärmere Bevölkerung besonders hart treffen.

Für Getreidepreise lagen mir verschiedene Zahlenreihen vor. Zunächst die Angaben im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, die bis 1886 zurückreichen, weiter im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen, für die Jahre 1900/1912, außerdem konnte ich für 1893 bis 1912 noch Preise erhalten aus dem Statistischen Amt der Stadt Chemnitz (Akten betreffend Bezug von Verpflegungs- und Fourageartikeln für den [Militär]Lieferungsverband Chemnitz). Ein Vergleich dieser Preisangaben miteinander ergibt eine ziemlich gute Übereinstimmung, wenngleich auch hier kleine Abweichungen für einzelne Jahre zu verzeichnen sind. •Sämtlich scheinen diese Jahresdurchschnittspreise berechnet zu sein auf Grund der Angaben in den „Ämtlichen Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz e. B.“ Nach den eingezogenen Erkundigungen können diese Notierungen für die Stadt Chemnitz und Umgebung als maßgebend betrachtet werden. Chemnitz mit seiner dichten Fabrikbevölkerung und seiner infolge klimatischer und Bodenverhältnisse wenig produktiven Landwirtschaft muß den größten Teil seines Bedarfs an Getreide und Mehl von auswärts beziehen. Durch seine Lage am Fuße des Erzgebirges und infolge der guten Verkehrsmittel ist die Stadt für den größten Teil des Handelskammerbezirktes Chemnitz der Stapelplatz des gesamten Getreidehandels, wie aus den Berichten der Handelskammer zu Chemnitz hervorgeht.

¹ Vgl. E r n s t E n g e l , J. Sächf. St. B. 1857 S. 169 ff. Je kleiner das Einkommen, desto größer der Anteil, den die Nahrungsmittel von der Gesamtausgabe beanspruchen. Das Maß der Ausgaben für die Ernährung unter übrigens gleichen Umständen ist ein Maß des materiellen Befindens einer Bevölkerung überhaupt. Engel hat sogar eine Reihe aufgestellt, welche die Zunahme des Prozentsatzes bei Verringerung des Einkommens zeigt, doch sind diese Zahlen heute nicht mehr als maßgeblich anzusehen.

Ich hielt eine nochmalige Prüfung der Preisangaben für angebracht und berechnete selbst auf Grund dieser Notierungen Durchschnittspreise für die Jahre 1882 bis 1913, um eine möglichst große Kontinuität der Zahlenreihen zu erhalten. Zur Erleichterung der Rechnung habe ich nur die Notierungen am jeweilig letzten Börsentage

im Monat berücksichtigt, und zwar nur die höchsten Preisangaben. Kleinere Korrekturen bei Wechsel in der Anschrift waren dabei nötig. Ein Vergleich der so gewonnenen Zahlenreihen mit den oben erwähnten Angaben zeigte nun eine gute Übereinstimmung, die von uns berechneten Preise stehen natürlich im allgemeinen etwas höher. Da ich aber für die Großhandelspreise von Mehl (ebenfalls auf Grund der Notierungen der Chemnitzer Produkturbörse) genau dieselbe Rechnung durchgeführt habe und es mir für die vorliegende Arbeit weniger auf die absoluten

	Preis pro 100 kg in Mk.					
	Weizen fremder und sächsischer		Roggen sächsischer u. preussischer		Braugerste fremde und sächsische	
1884—1888	18,77	92	14,61	81	17,72	99
1889—1893	20,44	100	18,08	100	17,97	100
1894—1898	17,12	84	14,12	78	17,46	97
1899—1903	17,28	85	15,31	85	17,34	96
1904—1908	20,36	100	17,44	96	19,60	109
1909—1913	22,97	112	17,58	97	21,11	117
1904	18,67	91	14,32	79	18,09	101
1905	18,83	92	16,00	88	18,94	105
1906	19,19	94	17,10	95	19,06	106
1907	22,22	109	20,50	113	20,75	115
1908	22,89	112	19,30	107	21,18	118
1909	25,01	122	18,32	101	20,85	116
1910	22,70	111	16,08	89	19,38	108
1911	22,18	109	17,57	97	22,26	124
1912	23,12	113	18,92	105	23,51	131
1913	21,86	107	17,03	94	19,55	109

Die zweite Spalte in jeder Preistabelle gibt die **Messziffern**.

Zahlen ankommt als auf die Steigerungszahlen, weil ja hierbei nur die Schwankungen der Preise hauptsächlich untersucht werden sollen, so dürfte dieses Abkürzungsverfahren seinem Zwecke entsprechen. Das Ergebnis unserer Berechnungen zeigt obenstehende Tabelle.

Von der Periode 1884/88 an steigen die Preise bis zur Periode 1889/93, die wir für unsere sämtlichen Untersuchungen als Ausgangsperiode wählen. Die beiden folgenden Perioden weisen eine starke Depression auf und erst die letzten Perioden 1904/08 und 1909/13 bringen wieder höhere Preise. Gegenüber der gewählten Ausgangsperiode zeigt die letzte Periode für Weizen eine Steigerung von 12 %, für Braugerste eine solche von 17 %, die Roggenpreise stehen um 3 % niedriger als die der Jahre 1889/93. Vergleichen wir die einzelnen Jahre, so finden wir bis Ende der 80er Jahre sinkende Tendenz vorherrschend. In den folgenden Jahren steigen dann die Preise bis zum Jahre 1891,

das infolge des russischen Ausfuhrverbotes und der damit verknüpften Börsenspekulationen¹ Preise aufweist, die denen der letztvergangenen Jahre gleichkommen, zum Teil sie sogar noch übertreffen. Am stärksten tritt dies bei Roggen hervor. In keinem Jahre hat seitdem Roggen so hoch im Preise gestanden wie 1891, ebenso auch Roggenmehl und Roggenbrot, das in diesem Jahre mit 92 bis 98 Pf. pro 3 kg wahre Notstandspreise zeitigte. Die Bedeutung Rußlands ist damals überschätzt worden. In den Jahren 1892/94 während des Zollkampfes ging die russische Getreideeinfuhr stark zurück. Die guten Ernten dieser Jahre im Reiche veranlaßten ein stärkeres Sinken der Preise, so daß bereits 1894 der tiefste Preisstand erreicht wurde. Dieser dürfte zum Teil dadurch zu erklären sein, daß Rußland im Caprivi'schen Handelsvertrag die Meistbegünstigung durchsetzte und infolge guter Ernten den deutschen Markt mit Getreide überschwemmte². Lange Jahre hielt dieser Zustand dann an und wurde nur auf kurze Zeit unterbrochen durch das Jahr 1898, in welchem infolge der geringeren Ernte des Jahres 1897 und einer von Amerika ausgehenden Spekulation die Preise rasch in die Höhe gingen, um ebenso schnell wieder zu sinken³. Erst Ende des letztvergangenen Jahrzehnts steigen die Preise stärker an. Roggen erreicht 1907, Braugerste 1908 und Weizen 1909 den höchsten Preisstand. Nach kurzem Sinken weisen 1912 die Preise wieder Maxima auf, die indessen mit Ausnahme der Gerstenpreise unter dem Höchststand von 1907 bzw. 1909 verbleiben. 1913 stehen die Preise bereits wieder tiefer als im Vorjahre.

Für Chemnitz ist in dieser Hinsicht noch folgendes zu bemerken:

¹ Vgl. dazu Handelskammerberichte Chemnitz und Dresden 1891, Abschnitt Mühlengewerbe. In Sachsen selbst und auch im Deutschen Reiche war die Ernte in diesem Jahre durchaus nicht so schlecht, die hohen Preise dürften zum großen Teile dem Einfluß einer starken Spekulation zugeschrieben werden können. So sicher es ist, daß Getreidehandel und Getreidespekulation nicht die Macht haben, die großen Tendenzen der Preisbildung beim Getreide zu beeinflussen, die in letzter Linie immer von den tatsächlichen Marktverhältnissen abhängen, so kann die Spekulation doch die Auf- und Abwärtsbewegung der Preise hemmen bzw. fördern, jedoch nur dann mit einigem Erfolg, wenn sich die Spekulation auf die tatsächliche Situation des Marktes stützen kann.

² Vgl. B e c m a n n, Die Entwicklung des deutsch-russischen Getreideverkehrs unter den Handelsverträgen von 1894 und 1904. J.f.N.u.St. III. J., Bd. 46, S. 147 ff.

³ Jahresbericht der Handelskammer Chemnitz 1898 Bd. 2, S. 94.

Ausländischer Weizen hat hier an der Börse größere Bedeutung als ausländischer Roggen. In Sachsen wird meist der Kleberarme englische Weizen angebaut. Die Bäcker sind daher auf ein Mehl aus ausländischem, besonders russischem Weizen angewiesen, da das hiesige Mehl wohl stärkereich, aber nicht genug Klebereich ist. Auch kann hier der sächsische Roggen nicht rein verbacken werden, sondern das Mehl wird meist mit ostpreussischem Roggenmehl vermischt. Neben sächsischem Roggen haben daher die Notierungen für preussischen Roggen an der Chemnitzer Produktenbörse Bedeutung (vgl. dazu die Jahresberichte der Chemnitzer Handelskammer, Abschnitte Mühlenindustrie und Bäckereigewerbe). In neueren Berichten wird allerdings die Ansicht bestritten, daß die deutschen Mehle weniger backfähig seien als die ausländischen (vgl. z. B. C o r d u a n, Die Backfähigkeit des deutschen Getreides. Sächsisches landwirtschaftliche Zeitschrift 1914, S. 100).

Nach den Jahresberichten der Chemnitzer Handelskammer war die Einfuhr von Getreide nach Chemnitz im Jahre 1912 kaum höher als Ende der 90er Jahre und viel geringer als Ende der 70er Jahre, ist also stark zurückgegangen, entsprechend auch die Ausfuhr von Getreide. Die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr ist nahezu gleich groß geblieben. Anders steht es mit dem Mehl. Seit den 70er Jahren hat sich die Einfuhr mehr als verdreifacht, die Ausfuhr reichlich verdoppelt, die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr vervierfacht. Der Grund ist darin zu suchen, daß für Getreide und Mehl auf der Eisenbahn derselbe Tarif gilt. An der deutschen Grenze haben sich große Mühlen das zunutze gemacht. Sie können das auf dem Seewege eingeführte Getreide billig kaufen und ihr Mehl so weit wie möglich auf dem Wasserweg versenden, können also das Mehl viel billiger liefern, als das erst hierorts aus dem gelieferten Getreide erzeugte Mehl.

Nach diesen Betrachtungen gehen wir zu den Preisen für Mehl über. Die Gewinnung der Großhandelspreise nach den Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse hatte ich schon erwähnt. Die Angaben über Mehlpreise im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte stimmen mit unseren Werten ziemlich gut überein, scheinen also auf ähnliche Weise berechnet zu sein. Es genügt, für eine Mehlsorte nur eine Qualität anzugeben (Weizenmehl 00 und Roggenmehl 0), da die Preise für die verschiedenen Qualitäten nicht unabhängig voneinander sind, sondern um nahezu konstante Beträge voneinander abweichen. Für die Kleinhandelspreise standen mir Angaben zur Verfügung in den Preisver-

gezeichneten verschiedener Chemnitzer Kolonialwarengeschäfte. Von den verschiedenen angegebenen Sorten habe ich je eine herausgenommen und deren Preisbewegung verfolgt. Daß die Wahl der betreffenden Qualitäten zutreffend war, dürfte sich damit beweisen lassen, daß die Preisangabe für das Jahr 1908: Weizenmehl 1 kg = 42 Pf. sehr gut übereinstimmt mit dem aus den *SM.*-Rechnungen¹ ermittelten Durchschnittspreis von 41,8 Pf. Für Roggenmehl fehlen hier leider Vergleichsangaben, doch dürfte die gewählte Qualität gleichfalls den Verhältnissen entsprechen.

Vergleichen wir die Mehlpreise mit den Getreidepreisen, so ergibt sich eine gute Übereinstimmung.

	Preis pro 100 kg in Mk.				Preis pro 1 kg in Pfennigen			
	Weizenmehl 00 Großhandel		Roggenmehl 0 Großhandel		Weizenmehl Kleinhandel		Roggenmehl Kleinhandel	
1884—1888	27,05	90	22,26	79	—	—	—	—
1889—1893	30,22	100	28,14	100	43,2	100	38,8	100
1894—1898	26,84	89	22,12	79	37,6	87	32,0	82
1899—1903	26,10	86	23,75	84	35,2	81	32,8	85
1904—1908	30,18	100	26,41	94	37,2	86	36,0	93
1909—1913	53,58	111	26,57	94	42,8	99	36,8	95
1904	27,92	92	21,67	77	36	83	32	82
1905	28,31	94	23,90	85	36	83	32	82
1906	28,96	96	26,10	93	36	83	36	93
1907	32,69	108	30,81	109	36	83	40	103
1908	33,04	109	29,58	105	42	97	40	103
1909	36,23	120	27,52	98	44	102	38	98
1910	33,25	110	24,69	88	42	97	36	93
1911	33,17	110	26,79	95	42	97	36	93
1912	33,13	110	27,83	99	44	102	38	98
1913	32,10	106	26,04	93	42	97	36	93

Maßgebend für die Beziehung zwischen den Getreide- und den Mehlpreisen sind die Ausbeuteverhältnisse und die Mahllöhne. In den Akten betreffend Bezug von Verpflegungs- und Fourageartikeln für den Lieferungsverband Chemnitz (siehe oben) finden sich Angaben für Mehlpreise, die aus den Getreidepreisen berechnet worden sind. Die Ermittlung dieser Mehlpreise fand so statt, daß entsprechend der Verordnung der kgl. Kreishauptmannschaft Zwickau vom 20. August 1879 Nr. 147 V, sowie des kgl. Sächsl. Kriegsministeriums vom 18. März 1881 Nr. 1738 III die folgenden Ausbeuteverhältnisse gerechnet und den Preisen die nachstehenden Mahllöhne zugeschlagen worden sind:

¹ *SM.* S. 15.

Ausbeuteverhältnisse: 100 kg Roggenmehl = 120 kg Roggen			
100 kg Weizenmehl = 112 kg Weizen			
Mahlohn:	bis 1906	ab 1907	
für 100 kg Roggenmehl . . .	1,20 Mk.	1,50 Mk.	
für 100 kg Weizenmehl . . .	1,50 "	1,80 "	

Nehmen wir die Getreidepreise für 100 kg Roggen im Jahre 1907 und 100 kg Weizen im Jahre 1909 als Ausgangswerte (Preise nach den Angaben der betreffenden Akten), dann ergeben sich die Preise für Roggen- bzw. Weizenmehl aus folgender Rechnung:

$$100 \text{ kg Roggenmehl} = 19,94 \cdot 1,20 + 1,50 = 25,43 \text{ Mk.}$$

$$100 \text{ kg Weizenmehl} = 24,68 \cdot 1,12 + 1,80 = 29,44 \text{ Mk.}$$

Die Getreidepreise sind nur wenig niedriger als die unseren, die berechneten Mehlpreise stehen aber bedeutend niedriger als unsere Mehlpreise. Die Spannung Mehlpriß : Getreidepreis ist infolgedessen auch bedeutend niedriger als für die Börsenpreise (1,28 und 1,19 gegenüber 1,50 und 1,45). Dies erklärt sich daraus, daß unseren Preisen hellere Mehlsorten zugrunde liegen, wie sie der Geschmack des Publikums vorzieht, also Mehl von geringerer Ausbeute, das natürlich im Preise teurer steht. An das für Speereßzwecke bestimmte Mehl werden dagegen keine so hohen Anforderungen gestellt; es sind dunklere Mehlsorten mit größerer Ausbeute, sie stehen deshalb niedriger im Preise als die billigsten an der Chemnitzer Produktenbörse notierten Mehlsorten. Wir verzichten darauf, ein Beispiel zu berechnen auf Grund der gesetzlichen Ausbeuteverhältnisse (siehe Anhang I). Die Beziehung zwischen den Mehl- und Getreidepreisen läßt sich nun einmal nicht auf eine so einfache Formel bringen, da noch andere preisbildende Faktoren im Spiele sind (Einfluß von Lieferungsverträgen, Konkurrenzinflüsse usw.), die bald mehr, bald weniger die Preise beeinflussen, deren Einwirkung sich aber rechnerisch nur sehr schwer oder gar nicht erfassen läßt. Daß die Mehlpreise den Getreidepreisen folgen, geht aus den Tabellen deutlich hervor; dies aber im einzelnen zu untersuchen und die Kurven der Differenzen zwischen den Preisen aufzustellen, halten wir nicht für angebracht.

Dieselben Erwägungen treffen auch auf die Kleinverkaufspreise für Mehl zu. Sie passen sich den Großhandelspreisen ziemlich gut an, kleinere Schwankungen verlaufen aber oft anders. Die Kleinhandelspreise können den Großhandelspreisen nicht so schnell folgen, sie sind meist längere Zeit konstant und springen dann plötzlich auf oder ab,

je nach den Einkaufsverhältnissen. Wieder treten neue preisbeeinflussende Faktoren hinzu mit anderen Schwankungstendenzen und sind die Ursache, daß die Kleinverkaufspreiskurven den Kurven der Großhandelspreise nicht immer parallel verlaufen, die Hauptextreme fallen jedoch, wie wir sehen, zeitlich zusammen.

Auch die Brotpreise passen sich den Getreide- und Mehlpreisen an. Für Weizenbrot konnten wir leider nicht genügende Angaben erhalten. In Chemnitz wird zu den Brötchen Weizenmehl 0 und zu den Semmeln Weizenmehl 00 verbacken. Nach den Mitteilungen der Chemnitzer Bäckerinnung kosteten 100 g Weizenbrot in den Jahren 1908/11 5 Pf. Einer Gewichtsveränderung kann hierbei, wie berichtet wird, den Schwankungen der Preise entsprechend, nicht immer stattgegeben werden. Reichhaltigeres Material lag uns dagegen für die Roggenbrotpreise vor. In Chemnitz bleibt nicht, wie z. B. in Berlin, der Preis des Brotes eine feste Größe, so daß die Preisschwankungen des Getreides und Mehles in den Gewichtsveränderungen des Brotes zum Ausdruck kommen, sondern für den ganzen Zeitraum, den wir untersuchen, war das Gewicht eine feststehende Größe und der Preis veränderlich, so daß uns ein Nachwiegen und Umrechnen wie in anderen Orten erspart blieb. Die erhaltenen Preisangaben, für die wir dem Vorstande der Bäckerinnung zu großem Danke verpflichtet sind, reichen bis in den Beginn der 70er Jahre zurück. Außerdem standen uns noch die Preisangaben der Konsumvereinsbäckerei zur Verfügung, die kaum von den Preisen der Bäckerinnung abweichen, sowie die Angaben über Brotpreise nach den wöchentlichen Notierungen der Chemnitzer Markthalle und die Preisangaben in den Statistischen Jahrbüchern deutscher Städte, Abschnitte Lebensmittelpreise.

Die Angaben für Weizenmehl und Brot in den Statistischen Jahrbüchern für das Königreich Sachsen 1908 (Preise von Lebensbedürfnissen in den Jahren 1901/07) und 1912 S. 156 bzw. 1913 S. 167 (Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel) sind für die Arbeit nicht zu verwenden, da sie sich über einen zu kurzen Zeitraum erstrecken und vor allem über die Qualität und die Ermittlung der Preise zu wenig Aufschlüsse geben. Weder die Angaben der Bäckerinnung, noch die der Konsumvereinsbäckerei und der Markthalle, die für Chemnitz doch sicherlich maßgebend sind, weisen vom Dezember 1911 bis März 1913 für die Brotpreise derartige Schwankungen auf, wie sie das Statistische Jahrbuch angibt. Diese Abweichungen lassen sich wohl

kaum anders erklären, als damit, daß für die Preisermittelung nicht immer dieselbe Sorte Brot zugrunde gelegt wurde. Die abweichenden Angaben für März 1912 (das eine Mal ist als Preis für ein kg Brot 26 Pf., das andere Mal 24 Pf. angegeben) bleiben rätselhaft, ein deutlicher Beweis für den Wert der Angabe für die gangbarste Sorte jeder Ware. In der Hauptsache stimmen die verschiedenen Preisangaben überein, wenn auch für einzelne Jahre Abweichungen vorkommen. Zum Teil mögen diese Abweichungen darin ihren Grund haben, daß die Preisangaben von verschiedenen Gruppen von Brotlieferanten erhoben worden sind. Die Brotpreise können den kleineren, rascheren Schwankungen der Mehl- und Getreidepreise des Großhandels nicht unmittelbar folgen, denn die Bäcker müssen sich auf längere Zeit hinaus mit Mehl versorgen. Erst wenn der alte Mehlbestand aufgebraucht ist und neue Lieferungen eingehen, was bei den verschiedenen Gruppen natürlich nicht gleichmäßig geschieht, werden die Preise für Brot sich der Marktlage der Rohprodukte mehr oder weniger anpassen. In den Jahren, in denen die verschiedenen Preisangaben voneinander abweichen, haben wir daraus Mittelwerte gebildet unter Berücksichtigung des Wertes der einzelnen Angaben, und zwar haben wir die Preisangaben für Roggenbrot zweite Sorte gewählt, das für den Konsum in den unseren Betrachtungen zugrunde liegenden Haushaltungsrechnungen wohl maßgebend sein dürfte. Der Durchschnittspreis für 1 kg Brot betrug nach den *H.M.*-Rechnungen (S. 15) in Chemnitz im Jahre 1908 27,8 Pf. Der aus unserem Zahlenmaterial sich ergebende Preis betrug rund 28 Pf. Die Übereinstimmung dürfte die Bedeutung beider Angaben bestätigen. Um bezüglich des Brotpreises noch einige Einzelheiten zu geben, sei erwähnt, daß die Preise für Brot erste Sorte pro kg 2 Pf. höher stehen. Für Brot erste Sorte wird Roggenmehl 0, für Brot zweite Sorte Roggenmehl 1 verbacken. Nach den Mitteilungen einiger Bäckermeister rechnet man durchschnittlich 1 Zentner Roggenmehl = 145 Pfund Teig = 135 Pfund Brot. Betrachten wir nun die so bestimmten Brotpreise etwas näher und zwar für ein Kilogramm berechnet.

(Siehe Tabelle auf Seite 111.)

Roggenbrot, Roggenmehl und Roggen weisen also die gleichen Preistendenzen auf. Von den 70 er Jahren an finden wir eine Preisstetigkeit, die nur von der Periode 1889 bis 1893 unterbrochen wird, auf deren Bedeutung wir schon eingegangen sind. Erst

	Preis pro 1 kg in Pfennigen			Preis pro 1 kg in Pfennigen			Preis pro 1 kg in Pfennigen	
	Roggenbrot			Roggenbrot			Roggenbrot	
	II. Sorte			II. Sorte			II. Sorte	
1874—1878	21	84	1904—1908	23,2	98	1908	28	112
1879—1883	21	84	1909—1913	24,6	98	1909	26	104
1884—1888	18	72	1904	20	80	1910	25	100
1889—1893	25	100	1905	20	80	1911	23	92
1894—1898	19	76	1906	22	88	1912	25	100
1899—1903	21	84	1907	26	104	1913	24	96

von der Jahrhundertwende ab finden wir dann wieder eine Steigerung bis zur letzten Periode. Das teuerste Jahr in der letztvergangenen Zeit war das Jahr 1908 infolge der hohen Roggenpreise des Jahres 1907. Die letzten Jahre stehen kaum höher als der Beginn der 70er Jahre (Juli 1874 = 25 Pf.) und eher tiefer als zu Beginn der 90er Jahre (1891 stiegen die Preise auf 28—32 Pf. pro kg). Die Übereinstimmung der Bewegung der Brotpreise mit der der Getreidepreise nicht nur für Chemnitz, sondern auf dem gesamten deutschen Markt findet damit ihre Bestätigung. Zu einer Berechnung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen konnten wir uns auch hier nicht verstehen. Bei der Untersuchung der jährlichen Preise finden sich geringere Abweichungen zwischen den einzelnen Kurven, deren Ursachen in den neuen Faktoren zu suchen sind, die bei der Brotpreisbildung auftreten und mehr oder weniger die Preise beeinflussen, ohne die Hauptextreme verwechseln zu können, z. B. Lohnverhältnisse, Einkaufsmöglichkeiten, Konkurrenzkampf mit Brotfabriken bzw. der Bäcker untereinander, worüber in den Handelskammerberichten viel geklagt wird. Nach den HM-Rechnungen kamen auf eine Chemnitzer Haushaltung im Durchschnitt 828 kg Brot, daneben noch 48,8 kg Mehl. Pro Haushalt wurden im Jahre 1908 für Brot 230,17 Mk. und für Mehl 20,36 Mk. ausgegeben (HM. S. 80). Unter den sämtlichen Groß- und Mittelstädten, die an der Erhebung mit Haushaltsrechnungen beteiligt waren, nimmt Chemnitz in bezug auf den Brotkonsum pro Haushaltung damit die erste Stelle ein. Bei dieser großen Bedeutung des Brotkonsums für die Lebenshaltung der Chemnitzer Arbeiterfamilien wird jede stärkere Veränderung im Preise auch für die Art der Lebensführung von großem Einfluß sein. Möglichst niedrige Brotpreise sind daher zu wünschen, besonders im Interesse der minderbemittelten Klassen. Aus den bisherigen Untersuchungen geht nun hervor, daß der Preis

im Vergleich zu den 70er und 90er Jahren heute nicht höher steht als damals. Das ist allerdings ein schwacher Trost, der über die jetzige Höhe der Preise nicht hinweghilft, denn wir haben schon eingangs erwähnt, daß nicht so sehr die absolute Höhe der Preise für die Lebenshaltung maßgebend ist, als vielmehr ihre Veränderungen. Vergleichen wir die Preise der letzten 5 Jahre mit denen der Jahre 1894/03:

	1894/03	1909/13	Steigerung
Weizenmehl 1 kg . .	36,4 Pf.	42,8 Pf.	17,6 %
Roggenmehl 1 kg . .	32,4 "	36,8 "	13,6 %
Roggenbrot 2. Sorte .	20,0 "	24,6 "	12,3 %

so finden sich ganz beträchtliche Steigerungen, die denen der Getreidepreise entsprechen. Eine Verteuerung des Brotes im letzten Jahrzehnt muß also festgestellt werden. Letzten Endes erstrecken sich aber die Klagen über die jetzige Teuerung nicht so sehr auf die Brotpreise, sondern vor allem auf die hohen Fleischpreise, auf die wir später noch zu sprechen kommen.

b) Kartoffeln, Gemüse, Obst.

Besonders für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung kommt neben dem Brot die Kartoffel in Betracht. Beide stehen bezüglich des Konsums in einer gewissen Wechselbeziehung. Reiche Kartoffelernten und infolgedessen niedrige Kartoffelpreise schränken den Brotkonsum ein, in den Jahren schlechter Kartoffelernten nimmt der Brotverbrauch zu, umgekehrt können wieder hohe Brotpreise zu einer Erhöhung des Kartoffelkonsums führen. Eine eingehende Betrachtung der Kartoffelpreise erscheint daher am Platze. Die Großhandelspreise sind berechnet nach den „Amtlichen Notierungen der Produktpreise in Chemnitz“ (veröffentlicht im Chemnitzer Tageblatt), und zwar haben wir die Durchschnitte aus den mittleren Preisen am jeweilig letzten Markttage in den einzelnen Monaten gebildet. Seit 1900 veröffentlicht auch das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen die Großhandelspreise für Kartoffeln in Chemnitz, außerdem sind in den St.J.d.St. für Chemnitz die Kartoffelpreise angegeben. Diese Durchschnittszahlen scheinen aus den mittleren Preisen sämtlicher Markttage berechnet zu sein. Die Abweichungen gegenüber unseren berechneten Preisen sind jedoch gering. Die Preisangaben des Konsumvereins reichen nicht weit genug zurück, um sie hier verwerten zu können.

Für die Kleinverkaufspreise konnte ich die wöchentlichen Notierungen der Chemnitzer Markthalle verwenden, die Durchschnittspreise sind

auf dieselbe Weise wie die Großhandelspreise berechnet worden. Eine Schwierigkeit bestand darin, daß die Kleinverkaufspreise bis August 1899 pro 5 l angegeben wurden, seitdem pro $\frac{1}{2}$ kg. Für unsere Betrachtungen haben wir die Preise pro 5 kg berechnet, und zwar auf Grund einer Tabelle der städtischen Markthalle zu Leipzig vom 26. September 1894. Darnach entspricht einem Quantum von 5 l Kartoffeln (gehäuftes Maß) ungefähr eine Gewichtsmenge von 4,3 kg.

Wiewohl der Name Kartoffel außerordentlich vieldeutig ist, so gibt doch das spezifische Gewicht derselben einen Anhalt für die Beschaffenheit, d. h. das Gewicht eines bestimmten Volumens von Kartoffeln steht mit dem Stärkemehlgehalt derselben in einem engen Zusammenhang. Kartoffeln haben etwa 80 % Wassergehalt, Getreide nur etwa 20 %. Der gesamte Nährwert der Kartoffeln verhält sich zu dem des Getreides etwa wie 1:5 (vgl. Ballod a. a. O. S. 115). Kartoffeln haben ungefähr den dritten Teil des Wertes derselben Gewichtsmenge Getreide. Der Transport von Getreide lohnt sich also mehr. Als weiteres Hindernis für den Transport kommt dazu, daß die Kartoffeln infolge des hohen Wassergehalts auf dem Transport leicht verderben. Die Einfuhr von Kartoffeln in das Reich ist daher auch ziemlich gering und spielt nur in Jahren schlechter Kartoffelernten eine gewisse Rolle (vgl. dazu B.z.St.d.D.R.). Die Anbaufläche von Kartoffeln ist im Laufe der letzten 20 Jahre im Reich wie in Sachsen nahezu gleich groß geblieben. In Sachsen betrug sie rund ein Achtel der landwirtschaftlich genutzten Fläche, im Reich war sie etwa halb so groß wie die von Roggen. Größeren Schwankungen unterlagen dagegen in dieser Zeit die Ernteerträge und zwar absolut wie auch relativ (Ertrag pro Hektar). Mehr wie alles andere sind die Kartoffelerträge von der Witterung abhängig, die Erträge sind außerdem noch nicht einmal bestimmend für den spezifischen Wert, so daß sich eine direkte Beziehung zwischen Ertrag und Preis nicht feststellen läßt, hohen Erträgen nicht immer niedrige Preise entsprechen und umgekehrt. Die Folgen schlechter oder guter Ernten zeigen sich meist erst im folgenden Jahre oder geben sich in anderen Erscheinungen zu erkennen. Es lohnt sich daher auch nicht, die Angaben über die pro Kopf der Bevölkerung des Reiches verfügbare Menge an Kartoffeln, wie sie regelmäßig in den B.z.St.d.D.R. veröffentlicht werden, für die Betrachtung der Kartoffelpreise heranzuziehen, da die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffelmengen nicht getrennt angegeben sind, sondern die für die tierische

Ernährung und für gewerbliche Zwecke verfügbaren Mengen mit enthalten. Gegenüber der Periode 1898/1903 zeigen jedenfalls die beiden letzten Perioden einen Rückgang in der verfügbaren Menge. Es standen zur Verfügung im Durchschnitt der Jahre

1898/1903: 622,8 kg pro Jahr
1908/1912: 565,2 kg pro Jahr.

Besser lassen sich die Beziehungen zwischen den Kartoffelerträgen und den Viehpreisen erkennen. Besonders charakteristisch dafür sind die letztvergangenen Jahre. Das Jahr 1911 stand im Zeichen des Futtermangels, infolgedessen mußte viel Vieh geschlachtet werden, besonders Schweine. Die Preise für Schweinefleisch sanken. Im folgenden Jahre stiegen die Schweinepreise wieder. Der Bauer hielt sein Vieh zurück, da er bemüht war, seine Viehbestände wieder zu erhöhen. Die reiche Kartoffelernte dieses Jahres kam ihm zustatten. So trat kein Überfluß an Kartoffeln ein, der die Preise hätte drücken können, erst das Jahr 1913 brachte ein Sinken der Kartoffelpreise. Auch für weiter zurückliegende Jahre lassen sich ähnliche Beziehungen feststellen infolge dieses starken Wechsels der Kartoffelerträge. Könnten wir ständig auf ein bestimmtes Quantum von Ersatzfuttermitteln rechnen, und zwar zu möglichst niedrigen Preisen (Zollerleichterung für Futtergerste und Erleichterung der Transportkosten), so dürfte diese Ursache der jetzigen Fleishteuerung vielleicht beseitigt werden können.

Doch zurück zu den Kartoffelpreisen. Vergleichen wir die Kurven der Großhandels- und Kleinverkaufspreise, so finden wir eine ziemlich gute Übereinstimmung, nur die Jahre 1901/04 zeigen Abweichungen.

	Preis pro 50 kg in Pfennigen		Preis pro 5 kg in Pfennigen			Preis pro 50 kg in Pfennigen		Preis pro 5 kg in Pfennigen	
	Kartoffeln		Kartoffeln			Kartoffeln		Kartoffeln	
	Großhandel		Kleinhandel			Großhandel		Kleinhandel	
1889—1893	300	100	34	100	1907	354	118	42	114
1894—1898	252	84	29	85	1908	317	106	43	120
1899—1903	248	83	41	121	1909	332	111	39	115
1904—1908	332,8	111	41,6	122	1910	312	104	40	118
1909—1913	370,2	123	46,6	137	1911	451	150	55	162
1904	336	112	42	121	1912	442	147	53	156
1905	373	124	44	129	1913	314	105	46	135
1906	284	95	37	109					

Inwieweit dies aber mit der veränderten Maßeinheit im Kleinverkauf oder anderen Ursachen, wie z. B. der Höhe der Sommer-

preise, niedrigen Preisen für Futterkartoffeln im Großhandel usw., zusammenhängt, läßt sich kaum feststellen. Die folgenden Jahre zeigen jedenfalls wieder einen parallelen Verlauf beider Kurven. Die Mitte der 90er Jahre weist für beide Preistreihen eine Depression auf, die beiden letzten Perioden zeigen dann wieder eine Preissteigerung, die zum Teil ihre Ursache in der Kartoffelkrankheit finden mag, die den Ertrag mindert. 1911/12 erreichen die Kartoffelpreise ihren höchsten Stand und sinken im Jahre 1913 ziemlich stark. Gegenüber der Periode 1889/93 sind in der letzten Periode die Großhandelspreise um 23,4 % und die Kleinverkaufspreise um rund 37 % gestiegen. Diese Verschiedenheit in den Steigerungen dürfte zum Teil daran liegen, daß in den Großhandelspreisen auch die Preise für Futterkartoffeln eingeschlossen sind, andernteils in den Umrechnungszahlen, die einen Vergleich stark erschweren. Unsere Zahlen dürften daher als Maximalzahlen für die Steigerung der Kleinverkaufspreise angesehen werden können. Die Ursache der hohen Preise selbst dürfte in den ungünstigen Ernteverhältnissen des trockenen Sommers 1911 und des nassen Sommers 1912 zu suchen sein. Die übrigen Jahre dieser letzten Periode weisen bedeutend niedrigere Preise auf, die allerdings bei der Bedeutung, die die Kartoffeln für den Haushalt besonders der ärmeren Bevölkerung haben, immer noch viel zu hoch sind.

Die hohen Kartoffelpreise des Jahres 1911 gaben auch der Chemnitzer Stadtverwaltung Veranlassung, Maßnahmen dagegen zu ergreifen und den Verkauf billigerer Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung in die Wege zu leiten, zu welchem Zwecke sie selbst 13 138,70 Zentner Kartoffeln ankaufte und teils in eigenen Verkaufsstellen, teils durch Chemnitzer Firmen zum Verkauf bringen ließ. Ohne Reibung ist dies allerdings nicht abgegangen trotz aller Bemühungen, die Reibungsflächen zu verringern und Härten zu vermeiden. Groß ist der Erfolg nicht gewesen, wenn auch in dem „Bericht des Sonderausschusses für Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung über Art und Erfolg seines Handelns, Chemnitz, den 20. August 1912“ die Frage, ob der mit dem Kartoffeleinkauf erstrebte Zweck erreicht worden sei, bejaht wird.

Der Spekulation sind die Kartoffeln weniger zugänglich. Sie bilden das absolut unentbehrliche Nahrungsmittel eines ungemein großen Teiles der Bevölkerung. Das geht daraus hervor, daß ihr höchster Preis fast regelmäßig in die Monate vor der Ernte, ihr niedrigster

in die nach der Ernte fällt. Man kann hier von einem typischen Verlauf der Jahreskurven reden, was beim Getreide nicht in dem Maße der Fall ist. Die enormen Preishöhen, die sich im Juni und Juli herausbilden, sind zurückzuführen auf die Einfuhr von neuen, besonders Magdeburger Kartoffeln. Da nur die letzten Monatsnotierungen erfaßt worden sind, können die Preise noch mehr oder weniger innerhalb dieser Monate gestiegen sein. Das eine geht jedenfalls hervor, daß jährliche Durchschnittspreise, in denen diese hohen Sommerpreise enthalten sind, kein klares Bild geben können. Es dürfte besser sein, bei Berechnungen von Jahresdurchschnitten diese Monate wegzulassen bzw. solche Monate gesondert miteinander zu vergleichen, denn diese Preise sind kaum maßgebend für die große Masse der Bevölkerung; neue Kartoffeln sind zunächst Luxusartikel. Für die letzten 20 Jahre von 1893 bis 1912 haben wir die Monatsdurchschnitte aus den am Ende der einzelnen Monate notierten Preisen berechnet, und zwar für Großhandels- und auch Kleinverkaufspreise¹.

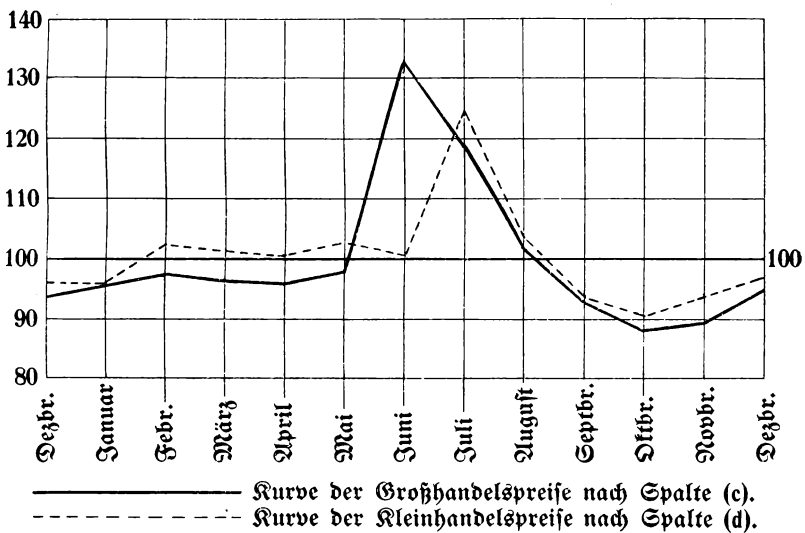
**Jährliche Schwankungen der Kartoffelpreise im Durchschnitt
der Jahre 1893—1912:**

	Großhandels- preis pro 50 kg	Kleinhandels- preis pro 5 kg	Relativpreise (Durchschnitte aus allen 12 Monaten gleich 100 gesetzt)	
	Ps.	Ps.	Großhdl.	Kleinhdl.
Januar	284	36,8	95,3	95,3
Februar	291	39,3	97,7	101,9
März	287	38,8	96,3	100,5
April	287	38,7	96,3	100,2
Mai	293	39,4	98,4	102,0
Juni	394	38,7	132,3	100,4
Juli	355	47,9	119,2	124,2
August	300	39,5	100,7	102,3
September	277	36,2	93,0	93,75
Oktober	262	34,8	87,9	90,2
November	267	36,0	89,6	93,2
Dezember	278	37,0	93,3	95,8
Im Durchschnitt der 12 Monate	297,9	38,56	100	100
	(a)	(b)	(c)	(d)

¹ Ähnliche Berechnungen sind neuerdings in größerem Umfange gemacht worden von C. Bresciani Turrone, der in den Annali del Seminario Giuridico der Universität Palermo einen Aufsatz veröffentlicht hat unter dem Titel: „Le variazioni cicliche dei prezzi“.

Deutlich zeigen die Kurven für die Großhandelspreise das starke Ansteigen im Juni, für die Kleinhandelspreise ein starkes Steigen im Juli. Abweichungen davon kommen natürlich vor, so z. B. zeigt das Jahr 1913 im Juni und Juli Höchstpreise im Kleinverkauf.

Es leuchtet ein, daß diese enormen Juni- und Julipreise auf den Jahresdurchschnitt einen großen Einfluß ausüben. Die Durchschnittspreise zweier Jahre, die in allen Monaten in den Preisen übereinstimmen mit Ausnahme der Monate Juni und Juli, in denen sie starke Differenzen aufweisen, können so beträchtlich voneinander abweichen, ohne daß der einzelne Konsument in dem einen Jahre bei gleichem Verbräuche mehr Geld aufwenden müßte, wie in dem anderen Jahre, wenn nur für ihn die Möglichkeit besteht, vor dem Ansteigen der Preise im Juni sich auf 2 Monate etwa mit Kartoffeln im voraus zu versorgen. Für eine speziellere Untersuchung der Kartoffelpreise erscheint es daher angebracht, die Juni- und Julipreise neben den übrigen Preisen



besonders zu betrachten (vgl. Bd. 222, 227, 232 der Preuß. Statistik betr. Monats- und Jahrespreise wichtiger Verpflegungsmittel in 154 preussischen Berichtsorten. In diesen Heften werden für die Monate Juni, Juli und August die Preise für Kartoffeln besonders betrachtet. Vgl. dazu weiter auch D.St.G.B. 1913 S. 161 ff.).

Nach diesen Ausführungen dürfte es auch verfehlt sein, die Preise der Kartoffeln in verschiedenen Städten miteinander zu vergleichen. Die Kartoffelpreise eines Ortes beziehen sich vor allem auf das Gewächs der Umgebung. Von einer Einheitlichkeit der Preise in den verschiedenen Orten läßt sich nicht sprechen. Die Preisunterschiede deuten darauf hin, daß die Kartoffelernten in den verschiedenen Gegenden verschieden ausgefallen sind und die Versorgung der Städte aus weiter Entfernung bei den gewöhnlichen Frachtsätzen nicht zugänglich ist¹. Wir können es uns daher ersparen, auf die Einfuhrzölle für Kartoffeln einzugehen, die keine Rolle spielen. Die Zölle treffen nur die geringen Mengen Frühkartoffeln aus dem Süden. Ein Wegfall dieser Zölle dürfte keinen Einfluß auf die Preise haben.

Eine Untersuchung der Preisbewegung beim frischen Gemüse glauben wir uns ersparen zu können. Die ermittelten Zahlen können durchaus kein richtiges Bild ergeben, da die Feststellung dieser Preise von den verschiedensten Faktoren abhängig ist und die Aufschreibungsart stark gewechselt hat. In der Chemnitzer nächsten Umgebung spielt der gewerbsmäßige Gemüsebau nur eine untergeordnete Rolle, das meiste Gemüse muß also aus der weiteren Umgebung bezogen werden, meist aus dem Norden und Osten. Die Gemüsepreise sind nun viel zu sehr von den einzelnen Ernten, von den rasch wechselnden Witterungsverhältnissen abhängig. Der Preis kommt wohl lediglich unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage zustande. Ist viel Ware auf dem Markte, sinken die Preise, denn die meisten Gemüsesorten müssen schnell verkauft werden, da sie leicht verderben oder unscheinbar werden. Umgekehrt können bei geringerem Angebot höhere Preise erzielt werden. Die Preise wechseln zudem sehr nach der Jahreszeit. Im Sommer sind manche Gemüse zu äußerst niedrigen Preisen zu haben, andere wieder im Winter, während sie zu anderen Zeiten für die ärmere Bevölkerung unerforschlinglich sind und sie dann zur Luxusware werden, z. B. Treibhausgemüse. Die Gemüsegärtnerei hat sich ja in den letzten Jahren sehr vervollkommenet, außerdem werden zu bestimmten Jahreszeiten aus südlichen Ländern verschiedene Gemüse eingeführt, was erst durch die Besserung der Verkehrsmittel ermöglicht worden ist, so daß jährliche Durchschnittspreise ein ganz falsches Bild erwecken und Vergleiche mit früheren Jahren ganz ausgeschlossen sind.

¹ Vgl. Neuhaus, St.J.d.St. 18. Jahrg. S. 142.

Das vom Ausland eingeführte Gemüse ist in frischem Zustande nach dem Zolltarif vom 25. Dezember 1902 in der Hauptsache zollfrei; zubereitetes Gemüse unterliegt einem ziemlich hohen Zoll. Der Verband deutscher Gemüsehändler hat nun, wie die Deutsche Tageszeitung meldet, im letzten Jahre eine Bittschrift an den Reichstag gerichtet, in der er Zölle auf jegliches Gemüse fordert. Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag dieses Gesuch ablehnt. Um dies zu begründen, muß man sich die Preisbildung beim Gemüse vergegenwärtigen. Frisches Gemüse gehört zu den Waren, die auf dem Transport leicht verderben, so daß bei jeder Sendung mit einem bestimmten Verlust gerechnet werden muß. Der inländische Gemüsezüchter hat also den Vorteil geringerer Transportkosten und kann demnach mit dem ausländischen Gemüsehändler konkurrieren. In Zeiten schlechter heimischer Ernten und in der kalten Jahreszeit sind wir ohnehin auf die Einfuhr von ausländischem Gemüse angewiesen. Ein Zoll darauf würde also direkt auf die Konsumenten überwältigt werden. Dazu kommt noch das wichtigste Argument: der Zoll würde seinen Zweck als Schutz Zoll nicht erfüllen, denn bei den hohen Preisen für Getreide, Fleisch und Molkereiprodukte sieht sich die deutsche Landwirtschaft gar nicht veranlaßt, sich dem mühsameren, mehr Aufmerksamkeit erfordernden und weniger lohnenden Gemüsebau zuzuwenden. Die Gründe gegen die starke Konkurrenz Hollands scheinen überdies nicht angebracht zu sein, wie sogar in landwirtschaftlichen Fachschriften zu gegeben wird. In der Sächsischen landwirtschaftlichen Zeitschrift 1914 S. 102 bestreitet Wolanke in einem Aufsatz über „Ein Gemüseanbauversuch“ die Annahme, daß die Wasser-, Boden- und Klimaverhältnisse von Holland günstiger seien als die von Deutschland. Es mangle in Deutschland nur an der nötigen Erfahrung, um durch technische Hilfsmittel auf billige und schnelle Weise eine gute Gemüseernte zu erzielen.

Dieselben Betrachtungen, die wir soeben für frisches Gemüse angestellt haben, gelten auch für Obst. Auch hier sind die Preise direkt von der Ernte und vom Bedarfe abhängig. Sinken die Preise, z. B. bei großen Pflaumenernten, unter einen gewissen Stand, so daß es vorkommt, daß die Löhne für das Abpflücken pro Einheit teurer zu stehen kommen als die betreffende Einheit auf dem Obstmarkte kostet, so lassen die Obstbaumbesitzer lieber das Obst auf den Bäumen hängen und verfaulen, da die Arbeit des Abpflückens sich nicht lohnt, oder

verwenden die Früchte als Schweinesfutter. In Jahren schlechter Ernten steigen dafür die Preise wieder sehr hoch. Es ist daher nicht möglich, rechnerisch eine Steigerung für die jetzigen Preise gegenüber den Preisen vor 20 Jahren festzustellen. Wir können hier, besonders was Südfrüchte anbelangt, direkt von einer Verbilligung infolge der verbesserten Transportmöglichkeiten reden. Vor einigen Jahrzehnten waren Apfelsinen und Bananen teure Genußmittel, jetzt kann man sie fast zu den Volksnahrungsmitteln zählen. Die Einfuhr von Südfrüchten in das Reich hat infolgedessen auch stark zugenommen. Sie betrug pro Kopf und Jahr

1836/40: 0,06 kg	1901/05: 2,54 kg
1871/75: 0,57 "	1906/10: 3,15 "
1891/95: 1,39 "	1911: 4,09 "
1896/1900: 1,98 "	1912: 4,52 "

(vergleiche dazu St.J.f.d.D.R.: Ballod a. a. O. S. 157).

c) Hülsenfrüchte und Kolonialwaren.

Wir wollen hier alle übrigen vegetabilischen Nahrungsmittel unter diesem Namen zusammen betrachten. Damit kommen wir zu einem Gebiete der Preisstatistik, dem bisher noch sehr wenig Beachtung geschenkt worden ist. Die Schwierigkeiten häufen sich auch hier in besonders hohem Maße. Nicht nur ein Vergleich verschiedener Orte kann zu falschen Schlüssen führen, auch eine Verfolgung der Preise in ein und demselben Orte über längere Zeit hinaus ist mitunter infolge der vielen, oft rasch erfolgenden Änderungen in der Qualität der Waren ganz unmöglich. Der Geschmack des Publikums, Einkaufsmöglichkeiten usw. bewirken, daß manche Sorten kurz nach ihrem Auftreten wieder verschwinden und anderen Platz machen. Dazu kommt der große Einfluß, den der Großhandel und Zwischenhandel nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Änderung der Sorten ausübt. Nicht zum mindesten wirken auch die Ernten der betreffenden Ausfuhrländer und ausländische Käufer mit gleichfalls wechselnden Ansprüchen mit, alle diese Schwierigkeiten zu vergrößern. Verhältnismäßig am leichtesten möglich ist hierbei wiederum die Statistik der Großhandelspreise, wofür die Einfuhrziffern nach Menge und Preis die Berechnung von Jahresdurchschnitten ziemlich gut ermöglichen, außerdem die Notierungen der Produktenbörsen, die aber bereits zum großen Teile von den Einfuhrziffern abhängig sind. Schwieriger wird die Sache bei der Be-

trachtung der Kleinhandelspreise, bei denen ein buntes Durcheinander herrscht. Hierbei wirkliche Jahresdurchschnittspreise festzustellen, ist äußerst schwierig, besonders auf frühere Jahre zurück, wofür meist keine Unterlagen vorhanden sind. Selbst die verhältnismäßig gute preußische Preisstatistik weist erst seit 1909 eine größere Anzahl von Kolonialwarenpreisen nach, wenngleich auch hier noch nicht alle Wünsche erfüllt sind, die man bezüglich einer derartigen Statistik stellen möchte. Die Anfänge der sächsischen Statistik, die in dieser Beziehung manche Verbesserung aufweisen, sind erst seit 1911 zu bemerken, auch hier fehlt noch manches. Die Verhältnisse in der Kolonialwarenbranche sind allerdings auch derart, daß eine umfassende Statistik nicht möglich ist. Bis wir einmal dahin gekommen sein werden, daß wöchentlich oder wenigstens monatlich einmal von den wichtigsten Geschäften die Preise für Kolonialwaren bestimmter Qualität dem statistischen Amte mitgeteilt werden, wobei niedrigste, höchste, häufigste und Durchschnittspreise ermittelt werden können, hat es noch gute Wege. Vorläufig ist noch nicht daran zu denken. Der Kaufmann deckt sich gewöhnlich für längere Zeit ein und berechnet seine Verkaufspreise nach den Einkaufspreisen. Die Preise bleiben daher oft längere Zeit konstant, bis andere Qualitäten mit anderen Preisen kommen. Erschwert wird aber das Geschäft durch die immer mehr zunehmende Konkurrenz der Konsum-, Wirtschafts-, Beamten-, Offiziers- und Verteilungsvereine, auch die Rabattgewährung übt die verschiedensten Einflüsse aus. Manche Kaufleute verkaufen gewisse Artikel unter dem Einkaufspreis, z. B. Zucker, um die Kundschaft zu locken u. a. m. So kommt es, daß bei den Kolonialwarenpreisen die verschiedensten Tendenzen vorherrschen und in derselben Stadt für dieselbe Ware schwanken, ein Überblick also erschwert ist.

Für Chemnitz war es mir nun möglich, durch die Vermittlung des Statistischen Amtes und durch das liebenswürdige Entgegenkommen einiger großen Geschäfte mit zahlreichen Stadtfilialen Kleinhandelspreise für Kolonialwaren für die letzten 20 Jahre zu erhalten, allerdings nicht von jedem Geschäfte für die ganze Periode, so daß mehrfach zu Kombinationen Zuflucht genommen werden mußte. Die Angaben entstammen meist Preisverzeichnissen, die nur ein- oder zweimal im Jahre erscheinen; da die Preise für Kolonialwaren jedoch meist auf längere Zeit konstant bleiben, dürften sie für den Zweck dieser Arbeit ausreichen. Verwertet haben wir nur die Preisangaben für die

niedrigste Gewichtseinheit ($\frac{1}{2}$ kg). In größeren Mengen eingekauft stehen die Preise oft niedriger, dies dürfte aber für die minderbemittelte Bevölkerung kaum in Betracht kommen, es entspricht auch mehr der Gewohnheit, Kolonialwaren in geringeren Mengen und öfter zu kaufen. Aus den Preisverzeichnissen haben wir nun die wichtigsten Waren ausgewählt.

Wir betrachten zunächst die Gruppe der wichtigsten Hülsenfrüchte: Erbsen, Linsen, Bohnen.

	Kocherbsen Großhandel		Kocherbsen Kleinhandel		Speisebohnen Kleinhandel		Linsen Kleinhandel	
	Preis pro 100 kg in Mark		Preis pro $\frac{1}{2}$ kg in Pfennigen		Preis pro $\frac{1}{2}$ kg in Pfennigen		Preis pro $\frac{1}{2}$ kg in Pfennigen	
1884—1888	18,57	90	—	—	—	—	—	—
1889—1893	20,71	100	18,5	100	17	100	28,5	100
1894—1898	18,04	87	14,5	78	13	76	25,5	89
1899—1903	21,54	104	17,5	95	13	76	23	81
1904—1908	20,58	99	19,4	105	18,2	107	30,8	108
1909—1913	22,78	110	25,0	135	19,6	115	22	77
1904	19,16	93	17	92	18	106	24	84
1905	19,16	93	18,5	100	20	118	30	105
1906	20,26	98	18,5	100	19	112	32	112
1907	21,34	103	20	108	17	100	38	133
1908	23,00	111	23	124	17	100	30	105
1909	23,42	113	24,5	132	18	106	18	63
1910	22,50	109	24,5	132	18	106	16	56
1911	22,84	110	27,5	149	21	124	28	98
1912	23,12	112	23	124	21	124	26	91
1913	22,04	106	25,5	138	20	118	22	77

Aus den Zahlen für die Anbauflächen¹ geht hervor, daß der Anbau derselben stark zurückgegangen ist, infolgedessen auch der Ertrag. Der Zoll auf Hülsenfrüchte dürfte deshalb zu verwerfen sein aus denselben Gründen wie die Gemüsezölle, da er seinen Zweck als Erziehungs- und Schutzzoll verfehlt. Den verschiedenen Petitionen an den Reichstag und die Landtage auf Aufhebung ist aber bisher noch nicht stattgegeben worden², was im Interesse besonders der minderbemittelten Bevölkerung zu beklagen ist, da für diese Hülsenfrüchte Deutschland auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen ist. Die Einfuhr von Hülsenfrüchten und Hirse hat seit

¹ Nach den St.J.f.d.D.R. und St.J.R.g.S.

² Vgl. dazu Berichte der zweiten Kammer des Sächsl. Landtages 1912, Bd. 1 Nr. 296. Weiter T h i e m e a. a. O. S. 24.

den 80er Jahren ständig zugenommen, die Ausfuhr kommt dagegen kaum in Betracht und betrug im Durchschnitt der letzten Jahre kaum ein Zwanzigstel der Einfuhr (nach den St.J.f.d.D.R.).

Für Kichererbsen lagen uns neben den Kleinhandelspreisen noch die Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz vor, aus denen wir Durchschnittspreise berechnet haben (auf dieselbe Weise wie die Getreidepreise). Eine Gegenüberstellung der Großhandels- und Kleinverkaufspreise ergibt nun folgendes: Der Beginn der 90er Jahre steht verhältnismäßig hoch, dann folgt um die Mitte der 90er Jahre eine Depression. Seitdem sind die Kleinverkaufspreise stärker gestiegen, während das Steigen der Großhandelspreise durch die Periode 1904/08 unterbrochen wird, die eine geringe Senkung aufweist; die Periode 1909/13 zeigt aber auch hier den höchsten Stand. Nach unseren Zahlen sind die Kleinverkaufspreise bedeutend stärker gestiegen als die Großhandelspreise. Diese Abweichungen dürften zu einem Teile darauf zurückgeführt werden können, daß wir für die Kleinverkaufspreise verschiedene Zahlenreihen kombinieren mußten. Jedenfalls stellt die Steigerung von 35 % gegenüber der Periode 1889/93 das Maximum dar. Aus den Einfuhrziffern geht hervor, daß für das Deutsche Reich in den letzten 20 Jahren Rußland bezüglich der Erbsen Haupteinfuhrland gewesen ist. Nur 1912 ist ihm in Britisch-Indien ein Konkurrent aufgetreten, der um die Hälfte mehr als Rußland lieferte. Die Kleinverkaufspreise für Speisebohnen weisen in den 90er Jahren gleichfalls eine Depression auf. Ihren höchsten Stand erreichen sie in den Jahren 1911/12. Auch die preußischen Ziffern bestätigen diese Tendenzen. Hauptlieferungsländer für Bohnen sind für das Deutsche Reich die Staaten Österreich-Ungarn und Rußland. Eine eigentümliche Preisbewegung ist bei den Linsen zu bemerken. In den 90er Jahren finden wir auch hier eine Preisdepression, dieser folgt ein starkes Steigen in der Periode 1904/08, nach welcher die Preise wieder stark sinken. Im Durchschnitt der letzten Periode stehen die Preise tiefer als in allen vorhergehenden Perioden. Die Ursache dieser starken Schwankungen liegt in den Missernten in Rußland in den Jahren 1904/08 begründet. Seit der Mitte der 90er Jahre ist Rußland für Linsen Hauptlieferant geworden. Die Ernteverhältnisse in Rußland üben daher heute den größten Einfluß auf die Linsenpreise aus. Die Beziehung zwischen den Einfuhrziffern und den Preisen ist klar zu erkennen.

Es betragen:

Jahr	Die Linseneinfuhr aus Rußland in 100 t	Der Kleinverkaufspreis für Linsen in Chemnitz pro 1/2 kg in Pf.
1904	214	24
1905	181	30
1906	101	32
1907	155	38
1908	237	30
1909	614	18
1910	642	16
1911	419	28

Auch die preußischen Zahlen weisen dieselben Bewegungen auf. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Preise für Hülsenfrüchte (abgesehen von den Linsenpreisen im letzten Jahrzehnt) ähnlich wie die Getreidepreise verlaufen, also mehr oder weniger von den Ernteverhältnissen abhängig sind, wenngleich auch für die Steigerung der letzten Jahre eine Ursache in der veränderten Geschmacksrichtung der Bevölkerung, in der Vermehrung der Konservenfabriken usw. liegen mag, die den Bedarf stark erhöhte.

Als weitere Gruppe betrachten wir nun Hirse, Graupen, Reis.

	Hirse Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Graupen Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Reis Großhandel Preis pro dz unver- zollt in Mark Rangoon geschäftl. Mittel aus Hamburg (Durchschnitt v. höchst u. niedrig) u. Bremen		Reis Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen	
1889—1893	18,5	100	27,5	100	21,32	100	23,5	100
1894—1898	17	92	26	95	19,32	91	22	94
1899—1903	15	81	26,5	96	21,01	99	23	98
1904—1908	18,2	98	25,1	91	21,39	100	24,4	104
1909—1913	20,8	112	28,3	103	23,61 ¹	111 ¹	25,2	107
1904	18	97	24	87	20,28	95	24	102
1905	18	97	25,5	93	20,55	96	24	102
1906	18	97	25,5	93	20,95	98	24	102
1907	18	97	25	91	22,70	106	24	102
1908	19	103	25,5	93	22,45	105	26	111
1909	20	108	26	95	21,55	101	25	106
1910	20	108	25,5	93	21,43	101	24	102
1911	21	114	29,5	107	23,50	110	24	102
1912	21	114	29,5	107	27,98	131	25	106
1913	22	119	31	113	—	—	28	119

¹ Die Angaben beziehen sich hier nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12, da Angaben für 1913 bisher noch nicht veröffentlicht sind.

Auch für Hirse sind die Anbauflächen und demzufolge die Erträge im Reich und in Sachsen stark zurückgegangen und spielen für den Konsum keine Rolle mehr. Deutschland ist auch hierfür auf das Ausland angewiesen, getrennte Angaben über die Einfuhr von Hirse fehlen bis jetzt allerdings in den St.J.f.d.D.R. Die Kleinverkaufspreise zeigen gleichfalls in den 90er Jahren eine Depression und erst in den beiden letzten Perioden eine Steigerung. Die Preise für Graupen, welche aus Gerste oder Weizen gewonnen werden, weisen von Mitte der 90er Jahre bis in das letzte Jahrzehnt hinein einen Tiefstand auf, erst die letzte Periode bringt wieder höhere Preise. Die Preise dürften sich damit größtenteils den Schwankungen der Getreidepreise angepaßt haben. Deutschland führt Graupen hauptsächlich aus, die minimalen eingeführten Mengen entstammen wohl in der Hauptsache dem zollfreien Grenzverkehr. Auch bei den Preisen für Reis, im Großhandel wie im Kleinverkauf, zeigt sich in den 90er Jahren der Tiefstand, der bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts hinein anhielt, um dann wieder einer Steigerung Platz zu machen. Als Einfuhrland kommt hauptsächlich Indien in Betracht. Eine dortige Mißernte bewirkt also ein Steigen der Preise, ähnlich wie bei Linsen in Rußland. Für Reis kommt dazu, daß noch andere stark Reis konsumierende Länder auf dem indischen Markt als Käufer auftreten, z. B. Japan, das selbst viel Reis baut, aber in Jahren heimischer Mißernten viel Reis einführen muß, wie im Jahre 1905 (vgl. Handelskammerberichte Chemnitz 1898 und 1905, Abschnitte Kolonialwarenhandel).

Alle bisher betrachteten Waren haben jedenfalls das gemeinsame, daß ihre Preise in den 90er Jahren eine Depression aufweisen, ähnlich wie wir sie bereits für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln festgestellt haben. Auch die Preise für Nudeln und Makkaroni zeigen dieselben Tendenzen.

Als weitere Gruppe fassen wir zusammen Salz, Pfeffer und Zucker. Am einfachsten liegt die Preisentwicklung beim Salz¹. In den letzten 20 Jahren kostete

	Nudeln und Makkaroni Kleinhandel
	Infolge Zusammenfassung beider Artikel sind nur die Relativzahlen gegeben
1889—1893	100
1894—1898	98,8
1899—1903	94,0
1904—1908	95,2
1909—1913	100

¹ Vergleichsweise bringen wir Salz in dieser Gruppe, in die es eigentlich nicht gehört, da es nicht aus vegetabilischen Rohstoffen gewonnen wird.

Salz im Kleinhandel fast durchgängig 10 Pf. für $\frac{1}{2}$ Kilogramm, selten nur stieg der Preis auf 11 Pf. Auf Grund des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Mai 1867 bzw. des Reichsgesetzes vom 16. April 1871 beträgt die Steuer auf Salz 12 Mk. pro 100 kg (der Eingangszoll auf Salz pro 100 kg 12,80 Mk., von See eingehend 12 Mk., kommt nicht in Frage, da die Einfuhr aus fremden Ländern äußerst gering ist). Nach Gerloff kosten nun einschließlich Steuer 100 kg Salz ab Saline 13,80 Mk. Im Kleinhandel aber kostete das Kilogramm Salz fast ausnahmslos 20 Pf. Die Steuer wird also nicht nur um ihren vollen Betrag überwältzt, sondern noch recht erheblich um Abrundungsbeträge, Zinsen usw. erhöht. Der Verbrauch an Salz wird von der Größe des Einkommens unmittelbar fast gar nicht beeinflusst, denn Salz ist ein unentbehrliches Nahrungsmittel. Reizlose, vegetabilische Kost verlangt nun entsprechend starken Salzzusatz. In Jahren reicher Kartoffelernten wird also der Salzverbrauch zunehmen und umgekehrt, wenngleich sich das auch im einzelnen nicht nachweisen läßt, da die Verbrauchsziffern zu ungenau sind. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Größe des Salzverbrauchs in umgekehrtem Verhältnis zur Größe des Fleischverbrauchs steht. In ländlichen Gegenden ist der Salzverbrauch höher. Der Salzverbrauch in dem stark industriell tätigen Sachsen ist entsprechend niedriger als der Reichsdurchschnitt (vgl. St.J.f.d.D.R. und St.J.Rg.G. Abschnitte Verbrauchsrechnungen), umgekehrt ist der Fleischverbrauch in Sachsen höher als im Reiche (vgl. S. 85). Der Salzverbrauch in Chemnitz läßt sich leider nicht feststellen, da in den Wirtschaftsrechnungen die Ausgaben für Salz nicht getrennt angegeben sind, sondern mit in der Gruppe Gewürze usw. eingeschlossen sind, er dürfte aber sicher noch niedriger stehen als der sächsische Durchschnitt¹.

Für Pfeffer lagen Kleinverkaufspreise nur bis 1895 zurück vor. Ein Vergleich mit den Großhandelspreisen von Hamburg ergibt gleiche Tendenzen. (Tabelle für Pfeffer siehe Seite 127.)

Vom Beginn der 90er Jahre ab fallen die Preise bis zum Tiefstand Mitte der 90er Jahre, steigen dann bis zum Jahre 1904, sinken bis 1908/09 und sind seitdem wieder bis heute gestiegen, stehen jedoch heute kaum höher als zu Beginn der 90er Jahre.

¹ Vgl. dazu Gerloff, Verbrauch und Verbrauchsbelastung. J.f.N.u.St. 3. J., Bd. 35 S. 1 ff. Ballod a. a. O. S. 207. Art. Salz im H.d.St.W.

	Pfeffer Großhandel Preis pro 100 kg in Mark Hamburg, Singapore		Pfeffer Kleinhandel Preis pro 1 kg in Pfennigen	
1889—1893	85,8	150	—	—
1894—1898	57,0	100	192 ²	100²
1899—1903	116,1	204	280	146
1904—1908	96,0	168	269	140
1909—1913	82,5 ¹	145¹	252	131
1904	114,8	201	290	151
1905	111,7	196	270	141
1906	102,7	180	270	141
1907	88,2	155	280	146
1908	62,4	109	235	122
1909	65,4	115	210	109
1910	73,8	129	225	117
1911	87,9	154	275	143
1912	102,9	181	275	143
1913	—	—	275	143

Eine besondere Entwicklung weisen die Zuckerpreise auf, die wir etwas eingehender betrachten wollen.

	Zucker Großhandel Preis pro dz in Mark Mit Verbrauchs- abgabe, Magde- burg, Raffinade I (Prot) o. F., P. f. 3.		Kompenszucker Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Gem. Raffinade Nr. 1 Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Kleine Spar- würfel Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Mittel der Meß- ziffern
1889—1893	58,42	100	33,4	100	31,6	100	37,2	100	100
1894—1898	47,54	81	28,6	86	27,4	87	31,8	85	86
1899—1903	53,96	92	33,0	99	30,4	96	34,2	92	96
1904—1908	39,74	68	25,2	75	22,8	72	26,2	70	73
1909—1913	45,92 ¹	79¹	28,8	86	27,6	87	30,8	83	85
1904	39,8	68	27,0	81	25,0	79	28,0	75	78
1905	43,0	74	24,0	72	22,0	70	25,0	67	70
1906	36,8	63	24,0	72	21,0	66	24,0	65	68
1907	38,3	66	25,0	75	22,0	70	26,0	70	71
1908	40,8	70	26,0	78	24,0	76	28,0	75	76
1909	41,7	71	27,0	81	25,0	79	28,0	75	78
1910	47,4	81	30,0	90	29,0	92	33,0	89	90
1911	46,3	79	32,0	96	31,0	98	34,0	91	95
1912	48,3	83	30,0	90	29,0	92	32,0	86	89
1913	—	—	25,0	75	24,0	76	27,0	73	74

¹ Die Angaben beziehen sich nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12. Angaben für 1913 sind bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

² Ausgangsperiode 1895/98, da Angaben für die Jahre vor 1895 nicht zu erlangen waren.

Die Preiskurven sowohl für den Kleinhandel als auch für den Großhandel weisen für die letzten 20 Jahre drei Maxima auf, es sind die Jahre 1891/93, 1902/04 und 1911/12. Dazwischen liegen starke Tiefstände, in jeder Tiefstandsperiode befindet sich außerdem wieder eine geringere Erhebung. Vergleichen wir nur die Maxima und die Minima für sich, so erkennen wir eine sinkende Tendenz, das geht auch aus den Durchschnittspreisen der einzelnen Perioden hervor. Daß derartige Preisschwankungen nicht den Ernteverhältnissen zugeschrieben werden können, dürfte ohne weiteres einleuchten. Die sächsischen Verhältnisse können wir dabei außer Betracht lassen, da die Zuckersfabrikation in Sachsen keine Bedeutung hat. Wir beschränken uns auf die Verhältnisse im gesamten Reiche. Im Laufe der letzten 20 Jahre haben die Anbauflächen für Zuckerrüben im Reiche nach verschiedenen kleineren Schwankungen im Jahre 1911/12 ihre größte Ausdehnung erlangt. Die Erträge pro Hektar sind in dieser Zeit nahezu konstant geblieben, nur das Erntejahr 1911/12 brachte einen großen Rückgang infolge ungünstiger Witterung. Der Ertrag pro Hektar sank von 330 dz der vorhergehenden Kampagne auf 180 dz. In den Zuckerpreisen in dem Jahre 1913 kommt das aber nicht zum Ausdruck, denn diese stehen sehr tief. Die Ausbeute an Rohzucker weist, von geringen Schwankungen abgesehen, eine große Steigerung auf und stellt der deutschen Zuckerindustrie ein glänzendes Zeugnis für ihre Leistungsfähigkeit aus. Während 1836/37 17,29 dz Zuckerrüben nötig waren, um 1 dz Rohzucker zu gewinnen (5,55 % Ausbeute), genügen jetzt bereits 6,05 dz Rüben (16,53 % Ausbeute), um dasselbe Resultat zu erreichen. Die Zuckerproduktion Deutschlands weist eine ständige Zunahme auf, nur die Kampagne 1911/12 zeigt infolge der schlechten Rübenernte einen Rückgang. Diese Produktionszunahme findet auch ihren Ausdruck in dem Rückgang der Zuckerpreise, der sich aus dem Rückgang der Extreme erkennen läßt. Die großen Preisschwankungen müssen jedoch anderen Ursachen zugeschrieben werden, und zwar der Zuckersteuergesetzgebung, den Kartellierungsbestrebungen und den Zuckerspekulationen an der Börse. Der erste Tiefstand zwischen den beiden oben erwähnten Maxima von 1891/93 und 1902/04 dürfte durch die Zunahme der Zuckerproduktion erklärt werden können. Durch die Steuer- und Zollerhöhung und durch die Kartellierung der Zuckersfabriken stiegen dann die Preise auf den Höchststand der Jahre 1901/03. Mit der Auflösung des Zuckerkartells im Jahre 1903 und unter dem Ein-

fluß der Brüsseler Zuckerkonvention sanken hinwiederum die Preise bis zur Mitte des vorigen Jahrzehnts. Seitdem begann dann abermals ein Ansteigen der Preise, deren Ursachen man zum Teil dem steigenden Verbrauch zuzuschreiben haben dürfte. In den Jahren 1910/12 erreichen die Preise wieder einen Hochstand und sinken infolge des übergroßen Zuckerangebots auf dem Weltmarkt (das zum Teil auf russische Einflüsse zurückgeführt werden kann) und auch in Deutschland¹. Die Kleinhandelspreise passen sich den Großhandelspreisen im allgemeinen ziemlich gut an, im einzelnen finden vielfach Abweichungen statt. Zucker ist eine Ware, die oft zum Einkaufspreis oder sogar unter dem Einkaufspreis verkauft wird, um als Kundenlodmittel zu dienen. Der Zuckerverbrauch weist gegenüber den 70er Jahren eine starke Zunahme auf. Diese starke Vermehrung muß als den gegebenen Verhältnissen entsprechend und durchaus angemessen betrachtet werden. Der Zucker ist heute kein Luxusartikel mehr, wofür er früher gleich dem Kaffee gelten konnte. Heute sieht man in ihm kein Genußmittel mehr, das schlimmstenfalls entbehrlich wäre, sondern er ist als richtiges Nahrungsmittel zu betrachten und dazu auch in jeder Hinsicht geeignet. Trotz der starken Vermehrung des Zuckerkonsums hat derselbe bei uns noch lange nicht die Höhe erreicht, wie in England und Amerika. Die augenblicklichen Zuckerpreise gestatten aber jedenfalls auch der ärmeren Bevölkerung einen erhöhten Konsum. Zum Schluß wollen wir noch die Gruppe Kaffee, Tee, Kakao einer kurzen Betrachtung unterziehen.

	Kaffee Großhandel		Kaffee Kleinhandel			Kaffee Großhandel		Kaffee Kleinhandel	
	Preis pro Doppel- zentner		Preis pro 1/2 kg			Preis pro Doppel- zentner		Preis pro 1/2 kg	
	unverzollt in Markt Hamburg, Santos		in Pfennigen			unverzollt in Markt Hamburg, Santos		in Pfennigen	
1889—1893	163,4	100	159	100	1907	76,9	47	105	66
1894—1898	120,8	74	162	102	1908	77,5	47	110	69
1899—1903	65,9	40	116	73	1909	80,3	49	125	79
1904—1908	78,7	48	103	65	1910	96,1	59	130	82
1909—1913	114,8 ²	70²	145	91	1911	133,1	81	150	94
1904	75,7	46	100	63	1912	149,9	92	160	101
1905	81,6	50	100	63	1913	—	—	160	101
1906	81,8	50	100	63					

¹ Ballod, a. a. O. S. 140 ff. Timpe, Die Organisation des Magdeburger Zuckerhandels. Magdeburg 1913 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis).

² Die Angaben beziehen sich nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12. Angaben für 1913 sind bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

Die Großhandelspreise für Kaffee (Hamburg, Santos) sinken von dem hohen Stand im Anfang der 90er Jahre bis zur Mitte des letztvergangenen Jahrzehnts, und zwar infolge der starken Produktionszunahme und der verringerten Transportkosten. Seitdem ist aber eine starke Steigerung wahrzunehmen, die bis heute angehalten hat, wenn auch die Preise heute noch tief unter dem Stand der 90er Jahre stehen. Das starke Steigen ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Kaffeevalorisationsbestrebungen des brasilianischen Staates Sao Paulo¹. Auch die Kleinverkaufspreise zeigen dieselben Tendenzen, wenngleich auch hier eine Betrachtung der Preise über einen längeren Zeitraum häufig dadurch erschwert wird, daß die Qualitäten stark wechseln, da im Kleinhandel meist Mischungen verkauft werden. Unseren Kleinverkaufspreisen liegen die Angaben für Campinas-Mischung zugrunde, die wir den Chemnitzer Geschäften verdanken. Die Preise im letzten Jahre stehen denen zu Beginn der 90er Jahre ungefähr gleich. Der Konsum an Kaffee pro Kopf beträgt heute etwa das Dreifache wie Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, doch weist er in den letzten Jahren sinkende Tendenz auf, sicher ein Zeichen, daß infolge der teuren Zeiten viel Surrogate, besonders Malzkaffee verwandt werden.

Die Preisschwankungen beim Tee im Kleinverkauf konnten wir nur für die letzten 14 Jahre verfolgen. In den Jahren 1907/08 zeigt sich hier eine geringe Senkung, die vielleicht durch die Zollerniedrigung vom Jahre 1906 veranlaßt wurde. Durch die ab 1. August 1909 erfolgte Erhöhung des Zolles auf den alten Betrag (von 25 Mk. wieder auf 100 Mk.) stiegen die Preise wieder auf die alte Höhe. Eine Betrachtung der Großhandelspreise für Tee in Hamburg und Königsberg zeigt, daß dafür keine einheitlichen Tendenzen vorherrschen, so daß eine weitere Betrachtung hier nicht am Platze ist. Infolge der verschiedenen Qualitäten der Teesorten und des Wechsels in den Mischungen halten wir es nicht für angezeigt, für die Kleinverkaufspreise Zahlen zu bringen.

¹ F r i e s c h m i d t, Die Kaffeevalorisation. J.f.N.u.St., 3. J., Nr. 38, S. 662 ff. Handelskammerbericht Chemnitz 1909, Abschnitt Kolonialwaren.

Über die Beziehung zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreisen bringt W a l t h e r K i e l in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 8. Jahrg. 1913, S. 28 ff., eine Untersuchung unter dem Titel „Preisgestaltung und Absatzformen im Binnenhandel mit Kaffee“. Er zeigt hier, wie mit steigender Produktion die Preise fallen und umgekehrt, bis zum Jahre 1905, seitdem wird dieser Preisverlauf durch die Wirkung der Valorisation unterbrochen.

Der Konsum an Tee hat jedenfalls stark zugenommen, wenngleich er auch heute noch gegenüber den englischen, amerikanischen und russischen Ziffern äußerst niedrig steht.

Auch der Konsum in Kakaó weist gegenüber der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis heute eine beträchtliche Steigerung auf. Aus dem mir zur Verfügung stehenden Material über Kakaópreise im Kleinverkauf geht hervor, daß auch hier die Preise zu Beginn der 90er Jahre hoch standen und seitdem gesunken sind, auch die heutigen Preise stehen noch nicht wieder auf der Höhe der 90er Jahre. Das Material ist aber zu gering, um weitere Schlüsse daraus zu ziehen und der Wechsel in den Qualitäten wirkt auch hier vergleichser schwerend. Leider weist die amtliche Statistik der Großhandelspreise für Kakaó erst seit 1906 Angaben nach. Ebenso war es nicht möglich, für Schokolade genügend Preisangaben zu erhalten. Die Preise dürften sich jedoch den Kakaópreisen angepaßt haben¹.

Ganz im allgemeinen kann man sagen, daß die Entwicklung des Verkehrs, besonders der Schifffahrt, und die dadurch ermöglichte Verbilligung der Transportkosten dazu beigetragen hat, daß die Preise der Kolonialwaren jetzt kaum oder nicht wesentlich höher stehen als zu Beginn der 90er Jahre, einige sogar niedriger. Manche Waren, die früher als Luxusartikel galten, sind jetzt Konsumartikel geworden, besonders Zucker. Eine Preisenkung ist für die letzten 90er Jahre fast überall wahrzunehmen, die einem verstärkten Import, einer intensiveren Wirtschaft in den Produktionsländern zugeschrieben werden dürfte. Die Steigerung der Preise im letztvergangenen Dezennium kann wohl dem infolge steigenden Wohlstandes immer größer werdenden Bedarf zugeschrieben werden. Die verschiedensten preisbildenden Faktoren sind für die Kolonialwaren anzutreffen, deren Preise zum Teil ganz andere Tendenzen aufweisen, als die von Getreide und Mehl. Die Schwierigkeiten der Untersuchung der Kolonialwarenpreise sind nicht zu verkennen, aber sie rechtfertigen die Vernachlässigung nicht, die ihr von seiten der Preisstatistik bisher zuteil geworden, und es ist zu wünschen, daß die amtliche Statistik diesem Gebiete mehr Aufmerksamkeit schenkt als bisher geschehen, um auch hier möglichst Klarheit zu schaffen.

¹ Über Produktion, Verbrauch und Preisbildung bei Kaffee, Tee und Kakaó vgl. Ballod, a. a. O. S. 153 ff.

C. Preisbewegung der Animalien.

a) Fleisch und Fleischwaren.

1. Schlachtviehpreise.

Wir haben bereits oben gesehen, daß der Anteil Sachsens an der Vieheinfuhr für den Chemnitzer Markt stark zurückgegangen ist und daß das Vieh aus immer größeren Entfernungen herbeigeschafft wird, daß der Viehhandel also eine immer größere Rolle spielt. Unter den jetzigen Verhältnissen ist er sogar unentbehrlich, denn die Anzahl der von den Fleischern selbst auf den Schlachthof eingeführten Tiere ist sehr gering und kommt gegenüber den auf dem Viehmarkt gekauften nicht in Betracht. Seit dem Jahre 1885 sind für den An- und Verkauf von Vieh geschäftskundige Makler bestellt, auf die in den J.D.B.G. aufmerksam gemacht wird. Die Vermittlungsgebühr betrug für den Verkauf 1 % der Verkaufssumme und für den Kauf $\frac{1}{2}$ % der Kaufsumme. Den Berichten der Jahre 1889 und 1890 ist aber zu entnehmen, daß diese Einrichtung wenig benutzt wird, erst die späteren Jahre rufen auch hier Wandlungen hervor. Die Tatsache, daß der Zwischenhandel, der dem Fleischer Zeit und Arbeit erspart, die er in seinem Laden besser verwenden kann, mehr und mehr an Umfang zugenommen hat, läßt sich jedenfalls daraus erkennen, daß in der unter dem 18. August 1911 erlassenen Verordnung des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern, betreffend die Feststellung der Preise beim Markthandel mit Schlachtvieh, auch die Tätigkeit der Händler und Kommissionäre in bestimmter Weise geregelt worden ist (nach dem J.D.B.G. 1911, Führung eines amtlichen Gewerbeausweises und eines Verkaufsbuches, Verbot des Handels nach Notiz usw.). Großschlächter gibt es bis jetzt in Chemnitz noch wenig, in den letzten Jahren etwa 12 bis 15. Die meisten Fleischer verkaufen noch das in dem Schlachthof geschlachtete Fleisch direkt an die Konsumenten. Nach den eingezogenen Erkundigungen gibt es im Chemnitzer Schlachthof bis jetzt nur einen Lohnschlächter. Durch die Direktion des Schlachthofes ist ein Schlachtmeister angestellt worden, der gegen einen festen Satz Schlachtungen vornimmt oder zu Hilfeleistungen herangezogen werden kann. Die Gebühren dafür haben sich im Laufe der 30 Jahre kaum verändert und stehen jetzt eher niedriger als früher, so daß man ihnen keine preisverteuernde Wirkung zuschreiben kann.

Die Feststellung der Marktpreise und ihre Veröffentlichung hat im Laufe der Jahre großen Veränderungen unterlegen. Früher wurden die Marktpreise an jedem Markttage von der Direktion des Schlacht- und Viehhofes durch Befragen der Käufer und Verkäufer ermittelt, und nachdem die Angaben derselben unter Zuziehung von Vertrauensleuten aus dem Vorstand der Fleischerinnung geprüft worden waren, festgesetzt. Veröffentlicht wurden in den Jahresberichten nur die in den einzelnen Monaten notierten Höchstpreise und daraus die Jahresdurchschnitte gezogen, und zwar für jede Viehgattung nur in einer Sorte. Nur bei Rindern trat 1889 eine Differenzierung nach 3 Sorten ein. Bei Schweinen wurden die Preise für ungarische und galizische Schweine für sich festgestellt. Eine starke Änderung in der Anschreibung fand dann im Jahre 1899 statt, wodurch eine weitgehende Differenzierung eintrat. Die Jahresdurchschnitte wurden nicht mehr aus den in den einzelnen Monaten gezahlten Höchstpreisen berechnet, sondern aus den mittleren Preisen der einzelnen Monate. Als Anschreibungsformular diente dasjenige, welches im Jahre 1896 in den Verhandlungen der Delegierten deutscher Städte mit den Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrates sowie des Viehhandels und Fleischergewerbes den Vieh- und Schlachthofsverwaltungen zur Annahme empfohlen worden war, wobei auch der Begriff des Schlachtgewichts festgelegt wurde. Bei den Schweinen wurden die Preise für 3, später für 4 und 5 Sorten festgestellt, bei den Schafen für 3 Sorten, bei den Kälbern für 3, später für 4 Sorten, bei den Rindern sogar für 12 bzw. 13 Sorten, daneben noch die Preise für fremdländische Rinder. Bei Schweinen und Rindern wurden die Angaben in Schlachtgewicht, bei Schafen die Angaben in Lebendgewicht beibehalten, die Angaben für Kälber, die früher zumeist in Schlachtgewicht geschahen, wurden in Lebendgewicht festgestellt. Die entsprechenden Angaben für Lebendgewicht bzw. Schlachtgewicht wurden dann mit Hilfe von Umrechnungszahlen ermittelt.

Allzuviel Wert ist auf solche umgerechneten Zahlen nicht zu legen, da die Umrechnungskoeffizienten sich nicht einwandfrei feststellen lassen und in den verwendeten Zahlen mehrfacher Wechsel eingetreten ist. Auf Anordnung des kgl. sächs. Ministeriums des Innern wurden in den Jahren 1904/05 Probe Schlachtungen angestellt zur Gewinnung von Verhältniszahlen zwischen Viehhoflebend- und Schlachtgewicht. Im J. D. V. S. 1905 heißt es, daß die gefundenen Zahlen nicht mit den bisher benutzten übereinstimmen, man benutze aber die alten Zahlen weiter, da man die Probeuntersuchungen noch nicht als genügend zahlreich ansieht und das Resultat der Untersuchungen in anderen Städten abwarten will.

Bei Umrechnung von Lebend- in Schlachtgewicht ergibt sich übrigens die von erfahrenen Fleischern häufig erwähnte Tatsache, daß beim Kauf nach Lebendgewicht der Preis für geringwertigere Fleischsorten sich annähernd ebenso hoch, in manchen Fällen sogar noch höher stellt als derjenige für Fleisch erster Sorte beim Kauf nach Schlachtgewicht (J.D.W.E. 1899). Zum großen Teil mag das allerdings auch eben an den ungenauen Umrechnungszahlen liegen.

Seit dem 18. November 1907 geschah dann die Preisfeststellung durch die Direktion der städtischen Fleischbeschau. Vom Stadtrat wurde zu diesem Zwecke ein Ausschuß eingesetzt, der aus vier Fleischern und vier Viehhändlern bestand. Den Vorsitz führte der städtische Amtstierarzt. Durch die Verordnung vom 18. August 1911 und vom 7. November 1911 zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Februar 1899, betreffend die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh, wurde der Notierungsausschuß aus dem ersten städtischen Amtstierarzt als Vorsitzenden und je zwei Vertretern des Fleischergewerbes, des Schlachtviehhandels und der Landwirtschaft als Mitgliedern zusammengesetzt. Der Leiter des Schlacht- und Viehhofes und der des städtischen Fleischbeschauamtes kann jederzeit den Verhandlungen des Notierungsausschusses beitreten. Außerdem wurden durch diese Verordnungen die Zahl der Wertklassen vermehrt und verschiedene neue Bestimmungen über die Festsetzung des Schlachtgewichts getroffen (Tara bei Schweinen 20 % statt 20 bis 25 kg).

Diese Vorbemerkungen schienen uns nötig zu sein, um die in den Schlachthofsberichten angegebenen Preise auf ihren wahren Wert hin prüfen zu können. Sie zeigen, daß man die Angaben mit der nötigen Vorsicht behandeln muß und daß man aus ihnen keine allzu scharfen Schlüsse ziehen kann, die leicht zur Überschätzung des Wertes des Materials führen können.

Daß ein Vergleich der Jahre 1884/98 mit denen von 1899/1912 durch die im Jahre 1899 erfolgte große Änderung in der Anschreibung sehr erschwert ist, läßt sich wohl klar erkennen. Um jedoch zunächst einmal einen Überblick über die Bewegung der Viehpreise zu erlangen, möchten wir nicht verfehlen, die Preise bis 1898 mit den Preisen für die besten Sorten jeder Viehgattung für die folgenden Jahre zu vergleichen, wie dies auch in den Schlachthofsberichten geschehen ist. Für Kälber haben wir dabei die Angaben in Schlachtgewicht benutzt, da nur diese bis 1884 zurückreichen.

	Preisangaben pro 50 kg in Mark							
	Rinder Schlachtgewicht		Kälber Schlachtgewicht		Schafe Lebendgewicht		Schweine Lebendgewicht ab- züglich Tara (bis 1910 20–25 kg, ab 1911 20%)	
1884–1888	59,75	91,5	55,82	95,6	31,33	96,9	51,21	83,9
1889–1893	65,29	100	58,33	100	32,34	100	61,06	100
1894–1898	64,14	98,2	62,32	106,8	31,07	96,1	56,05	91,8
1899–1903	64,21	98,3	71,18	122,0	32,04	99,1	56,31	92,2
1904–1908	74,92	114,7	81,65	139,9	37,76	116,8	62,14	101,8
1909–1912	83,68	128,2	91,99	157,6	39,96	123,6	69,07	113,1

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Preise für Schweine, Rinder und Schafe die gleichen Tendenzen aufweisen. Nach einem Höhepunkt im Anfang der 90er Jahre folgt ein Tiefstand, der bis in die Mitte des letztvergangenen Jahrzehnts hinein anhält, am stärksten tritt er bei den Schweinen hervor, in geringerem Maße bei den Schafen und Rindern. Seitdem ist wieder eine starke Steigerung wahrzunehmen. Die Preise für Kälber sind dagegen von Periode zu Periode gestiegen und weisen für die Periode 1909/12 eine Steigerung von 57,6 % gegenüber der gewählten Ausgangsperiode 1889/93 auf. Weniger stark ist die Steigerung bei Schafen und Rindern, am geringsten bei den Schweinepreisen. Vergleichen wir dies Ergebnis mit den Steigerungszahlen der Schlachtungen, so kommen wir zu dem Satze: Je geringer sich die Zahl der Schlachtungen erhöht hat, desto stärker sind die Preise gestiegen. Der Vorrat an Schlachtvieh ist also für die Höhe der Preise maßgebend. Hinsichtlich des Kalbfleisches ist es wohl klar, daß die Nachfrage, die von einem besonders kaufkräftigen und zahlungsfähigen Publikum ausgeht, durch ein entsprechendes Angebot dauernd nicht hat befriedigt werden können und zu derartig hohen Preisen geführt hat. An sich kann ja schon die Abschachtung von Kälbern und jungen Tieren, wenn nicht eine starke Degimierung der für die Zucht und Milchwirtschaft erforderlichen Bestände des Nachwuchses stattfinden soll, nur in beschränktem Umfange stattfinden (Thieme, a. a. O. S. 34). Betrachten wir die nebenstehende Tabelle für den Durchschnitt der Preise dieser vier Vieharten, so tritt uns hier auch die Senkung in den 90er Jahren entgegen.

Sie würde noch stärker zum Ausdruck kommen, wenn wir zur Berechnung der

	Mittel aus den Messziffern der obenstehenden Tabelle
1884–1888	92,0
1889–1893	100
1894–1898	98,2
1899–1903	102,9
1904–1908	118,3
1909–1912	130,6

Durchschnittspreise nicht das gewöhnliche arithmetische Mittel, sondern das arithmetische Mittel mit Gewichten verwenden, also den Verbrauch der einzelnen Fleischsorten berücksichtigen. Im Durchschnitt der Jahre 1903/12 verhalten sich die Konsumziffern von Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch zueinander wie 52 : 35 : 9 : 4. Dieses Verhältnis ist im Laufe der Jahre nicht konstant geblieben, leider fehlen jedoch für die früheren Jahre vollständige und für die einzelnen Fleischsorten getrennte Angaben, so daß wir auf die Darstellung einer solchen Durchschnittspreiskurve verzichten müssen, die ohnedies nichts Neues ergeben würde.

Verfolgen wir die Preise der verschiedenen Viehsorten für die einzelnen Jahre, so finden wir eine charakteristische Bewegung für die Schweinepreise, deren Kurve von den Preiskurven der übrigen Viehsorten, die unter sich ziemlich gut übereinstimmen, oft starke Abweichungen zeigt. Von unserem Ausgangsjahr 1884 an zeigen die Preise für Schweine ständig große Schwankungen.

Bewegung der Schweinepreise:

Jahr	Minimum Mk.	Maximum Mk.	Extremmittel Mk.
1884	50,79		52,49
1885		54,19	51,34
1888	48,49		56,38 ₅
1890		64,28	61,18 ₅
1891	58,09		59,91
1893		61,73	55,62
1896	49,51		55,35
1898		61,19	56,37 ₅
1899	51,56		57,51 ₅
1902		63,47	57,52 ₅
1904	51,58		61,01 ₅
1906		70,45	64,46
1907	58,47		64,39
1909		70,31	66,51 ₅
1911	62,72		68,75 ₅
1912		74,79	

Dieser „Rhythmus des Auf und Ab“ (Eßlen a. a. O. S. 4) ist seit der Mitte der 90er Jahre schneller geworden. Aus diesen sich mit Bestimmtheit fast vollziehenden Wiederholungen und Wandlungen einer hoch- und niedergehenden Konjunktur läßt sich der Schluß ziehen, daß die Futterernten einen bestimmenden Einfluß auf die Preise ausüben, und zwar so, daß die Futterverhältnisse

des einen Jahres für die Preisbewegung bis Juli des nächsten Jahres ausschlaggebend sind (Gerlich, a. a. O. Seite 99). Bei derartigen Preisbewegungen, die nach Kurven in Form einer Wellenlinie verlaufen, einzelne Jahre miteinander zu vergleichen, ist unmöglich. Es ist notwendig, die durchschnittlichen Verhältnisse von Jahresgruppen miteinander in Vergleich zu setzen¹, wie wir es oben schon getan haben, will man sich nicht den Verdacht einer tendenziösen Darstellung zuziehen. Denn man könnte mit demselben Zahlenmaterial beweisen, daß die Preise stark gestiegen oder daß sie gesunken sind, es kommt nur darauf an, was man als Ausgangs- und Endjahr wählt. Wir möchten dafür zwei Beispiele bringen:

1888: 48,49 Mk.	1890: 64,28 Mk.
1912: 74,79 „	1911: 62,72 „
Steigerung + 54,2 %.	Steigerung — 2,5 %

Die angeführten Beispiele, deren Ausgangs- und Endjahre nahe beieinander liegen und die in ihren Endergebnissen so stark voneinander abweichen, dürften die Richtigkeit unserer Behauptung bestätigen. Es ist also nötig, die Durchschnittspreise von Jahresgruppen zu vergleichen, wie wir es oben bereits getan haben, doch scheint hier auch ein anderer Weg infolge der besonderen Gestaltung der Preiskurve möglich. Wir betrachten alle Minima, Maxima und die Mittel aus je zwei aufeinanderfolgenden Extremen für sich und erhalten so drei Zahlenreihen, die sämtlich gleiche Tendenzen aufweisen. Einem Tiefstand der 80er Jahre folgt ein Hochstand zu Beginn der 90er Jahre, dann tritt eine Senkung ein, die bis in das letztvergangene Jahrzehnt hinein anhält, seitdem ist wieder eine Steigerung bis heute zu bemerken. Dies deckt sich also völlig mit dem bereits gefundenen Ergebnis. (Natürlich lassen sich derartige Betrachtungen auch für die Preiskurven der übrigen Vieharten durchführen, doch kann man hier die Tendenzen aus den Preiskurven selbst deutlich herauslesen, da die kleineren Schwankungen nicht in solcher Regelmäßigkeit eintreten. Für die Kälberpreise läßt sich auch auf diese Weise feststellen, daß sie die Depression in den 90er Jahren nicht mitgemacht haben.) Aus den drei gewonnenen Reihen geht nun hervor, daß das Maximum von 1912 um 16 % höher steht als das von 1890, das Minimum von 1911 um 8 % höher als das von 1891, schließlich das Extremmittel 1911/12 um 12 % höher als das

¹ Buch, Verwaltung und Statistik, 3. Jahrg. 1913 S. 342.

von 1890/91. Die Maxima sind also stärker gestiegen als die Minima, während das Extremmittel auch eine mittlere Steigerung aufweist, die der Preissteigerung der Periode 1909/12 gegenüber der Periode 1889/93 entspricht. Aus der Form der Schweinepreiskurve könnte man herauslesen, daß die Preise wieder sinken werden, wenn auch für die nächste Zeit kaum unter den Tiefstand von 1911.

Vergleichen wir die Kurven der Viehpreise mit den Kurven der Schlachtungsziffern, so ergeben sich direkte Beziehungen in der Hauptsache nur bei den Schweinen, für die übrigen Vieharten können wir auf eine Betrachtung verzichten. Die Maxima der Kurven des Vieheinganges bzw. der Schlachtungen von Schweinen fallen in die Jahre 1900—04—7/8—11, die sämtlich für die Schweinepreiskurven Minima aufweisen, umgekehrt entsprechen die Preismaxima der Jahre 1898—1902—06—09 den Schlachtungsminima dieser Jahre, nur das Jahr 1912 macht eine Ausnahme. Die Schweinepreise steigen von 1911 auf 1912 stark an, trotzdem in den Schlachtungen keine Abnahme eingetreten ist. Die Ursache dürfte in der Erhöhung der Produktionskosten liegen, die durch die schlechten Ernten der Jahre 1911/12 bedingt war. Im einzelnen wirken natürlich noch andere Einflüsse auf die Preise ein als die Größe des Vorrates. Eine weitere Ausnutzung dieses Zahlenmaterials scheint daher nicht angebracht zu sein, vielleicht sind wir sogar mit dem gemachten bereits über das Ziel hinaus gegangen, das wir uns oben gesteckt hatten.

Einer weiteren Betrachtung der Preise legen wir nur die Angaben für die Jahre 1899 bis 1912 zugrunde, die unter sich besser vergleichbar sind und vor allem eine größere Differenzierung aufweisen. Die Meßziffern (Ausgangsjahre 1899/1903) berechnen wir nach den Preisangaben in der Gewichtsart, in der sie festgestellt werden (also bei Rindern Schlachtgewicht, bei Kälbern und Schafen Lebendgewicht, bei Schweinen Lebendgewicht mit bestimmter Tara), um die Ungenauigkeit der Umrechnungszahlen zu vermeiden. Aus den Meßziffern der einzelnen Qualitätsarten berechnen wir dann die Durchschnittswerte für jede Viehsorte. Eigentlich müßte auch erst die Zahl der geschlachteten Tiere jeder Qualitätsstufe festgestellt werden, um das gewogene Mittel statt des gewöhnlichen Mittels berechnen zu können, doch fehlen darüber Angaben. Das Ergebnis der Berechnung zeigt die folgende Tabelle auf Seite 139.

Hiernach ist die Steigerung der Periode 1909/12 gegenüber der Periode 1899/03 bei allen vier Vieharten ziemlich gleich groß. Der

Bewegung der Viehpreise 1899—1912:

	Rinder	Schweine	Kälber	Schafe
1899—1903	100	100	100	100
1904—1908	116,2	111,6	112,9	117,2
1909—1912	126,4	123,2	126,4	122,5
• 1904	106,5	92,1	103,3	106,7
1905	113,9	122,5	110,2	113,4
1906	124,2	127,4	119,8	127,9
1907	124,1	104,8	118,0	123,0
1908	112,3	111,3	113,2	115,0
1909	108,4	125,5	112,0	110,5
1910	122,6	120,5	127,3	123,7
1911	131,8	111,2	128,9	123,6
1912	142,9	135,6	137,3	132,0

starke Unterschied gegenüber den Kälberpreisen, den wir oben festgestellt hatten, fehlt hier, doch liegt dies zum Teil daran, daß, mit Ausnahme der Kälberpreise, die Jahre 1899/03 noch der Depressionsperiode angehören. Deutlich tritt aus diesen Zahlen die enorme Steigerung der Viehpreise im Laufe des letzten Jahrzehnts hervor. Besonders hoch steht das Jahr 1912, zumal bei den Schweinepreisen, die von 1911 auf 1912 um rund 22 % gestiegen sind. Angesichts solcher Zahlen gewinnen die Klagen über die Fleischteuerung an Berechtigung, denn die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren haben an dieser Steigerung reichlich teilgenommen, wie wir im folgenden Abschnitte sehen werden.

2. Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Chemnitz.

Material über Kleinverkaufspreise fand sich, wie wir bereits früher erwähnt haben, in den wöchentlichen Markthallenberichten seit dem Jahre 1892, wobei für die einzelnen Sorten der niedrigste und höchste Preis angegeben ist. Allzu viel Wert ist auf diese Angaben jedoch nicht zu legen. Die herrschende Ansicht ist jedenfalls, daß die Markthallenpreise unter den Durchschnittspreisen des Ortes liegen, wie mir auch von Chemnitzer Fleischermeistern versichert wurde. Seit Ende 1903 werden seitens des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren ermittelt, die größere Zuverlässigkeit besitzen. Für die Jahre 1889/91 konnte ich schließlich noch Angaben von einigen Fleischermeistern erhalten. Um eine Betrachtung der Preise über den Zeitraum von 1889 bis 1913 zu ermöglichen, war es nötig, die Preisangaben der Markthalle, die sich direkt

nicht verwenden lassen, einer Korrektur zu unterwerfen, wie es z. B. auch J a f r o w für seine Berechnungen getan hat (vgl. auch St.J.d.St., Abschnitte Lebensmittelpreise). Auf Grund der Vergleichung der Preisangaben des Statistischen Amtes und der Markthallenpreise und unter Berücksichtigung der jeweiligen Spannung zwischen höchstem und niedrigstem Preis in den Jahren 1904/13 haben wir die Markthallenpreise für die Jahre 1892/03, die wir zunächst als Durchschnittspreise aus den mittleren Preisen am Ende der einzelnen Monate berechnet haben, mit einem auf graphischem Wege gefundenen Zuschlage versehen und daraus die Durchschnittspreise für die Perioden 1889/93, 1894/98 und 1899/03 berechnet, die den Durchschnittspreisen der folgenden Jahre annähernd entsprechen dürften. Wir erhalten so die folgende Tabelle.

	Preis pro 1/2 kg in Pfennigen											
	Rindfleisch				Kalbfleisch				Schöpfenfleisch			
	Kochfleisch		Bratfleisch		Kochfleisch		Bratfleisch		Kochfleisch		Bratfleisch	
1889—1893	66	100	70	100	63	100	66	100	63	100	67	100
1894—1898	64	97	68	97	64	102	67	102	62	98	66	99
1899—1903	65	98	69	99	68	108	71	108	64	102	68	101
1904—1908	76,2	115	80,2	115	78,2	124	81,0	123	77,8	123	82	122
1909—1913	86,8	132	92,0	131	90,6	144	94,2	143	87,2	138	93,6	140
1904	68	103	73	104	70	111	73	111	69	110	73	109
1905	73	111	78	111	75	119	77	117	74	117	78	116
1906	80	121	83	119	83	132	86	130	83	132	86	128
1907	81	123	84	120	83	132	85	129	83	132	87	130
1908	79	120	83	119	80	127	84	127	80	127	86	128
1909	78	118	82	117	80	127	83	126	79	125	85	127
1910	82	124	87	124	88	140	91	138	84	133	89	133
1911	86	130	91	130	90	143	93	141	86	137	92	137
1912	94	142	99	141	96	152	100	152	91	144	98	146
1913	94	142	101	144	99	157	104	158	96	152	104	155

Bei allen Fleischsorten finden wir um die Mitte der 90er Jahre eine geringe Preissenkung mit Ausnahme der Preise für Kalbfleisch. Mag diese Ausnahme auch an der Ungenauigkeit der Umrechnungsziffern liegen, so stimmt sie doch mit dem Ergebnis überein, das wir bei der Betrachtung der Viehpreise gewonnen haben. Die jeweiligen Angaben für Koch- und Bratfleisch sind voneinander abhängig, zwischen den Meßziffern (Preise der Periode 1889/93 = 100) bestehen daher nur geringe Unterschiede. Gegenüber der Ausgangsperiode 1889/93 sind in der Periode 1909/13 die Schweinefleischpreise am wenigsten gestiegen, dann kommen die Preise für Rind- und Schöpfenfleisch,

am stärksten gestiegen sind die Preise für Kalbfleisch. Auch in dieser Reihenfolge zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Viehpreisen. Die Kleinverkaufspreise weisen eine stärkere Zunahme als die Viehpreise auf, ausgenommen bei den Kälbern. Bilden wir auch hier das arithmetische Mittel aus den Meßziffern und zwar für die 8 Angaben (Koch- und Bratfleisch), so finden wir eine gute Übereinstimmung mit der entsprechenden Kurve für die Viehpreise.

1889—1893:	100
1894—1898:	98,6
1899—1903:	102,7
1904—1908:	118,6
1909—1913:	134,7.

Der Tiefstand in den 90er Jahren dürfte auch hier stärker zum Ausdruck kommen, wenn wir statt des gewöhnlichen Mittels das gewogene Mittel berechnen würden, also den Konsum in Rücksicht zögen. Die Mittel aus den Meßziffern ($1899/03 = 100$) für Koch- und Bratfleisch sind die folgenden:

Periode	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schöpfenfleisch	Schweinefleisch
1899/03	100	100	100	100
1904/08	116,7	114,5	121,1	109,9
1909/13	133,4	133,0	136,9	121,6

Für die drei ersten Fleischsorten sind die Meßziffern für 1909/13 ziemlich gleich, bedeutend niedriger ist die für Schweinefleisch. Die Abweichung von dem früheren Ergebnis liegt natürlich in der Änderung der Ausgangsperiode begründet, die hier für Rindfleisch und Schöpfenfleisch noch der Depressionsperiode angehört. Gegenüber der Periode 1899/03 sind die Preise im Kleinverkauf in der Periode 1909/13 stärker gestiegen als die Viehpreise, mit Ausnahme der Schweinefleischpreise.

Verfolgen wir die Preise einmal etwas näher für die letzten zehn Jahre. Das Jahr 1904 weist Preise auf, die gegenüber der Ausgangsperiode 1889/93 nur gering gestiegen sind. Bis 1906/07 sind die Preise dann gestiegen, sinken nochmals, wenn auch nur gering, bis 1909, seitdem aber hat die Preissteigerung enorme Fortschritte gemacht und bis zum Jahre 1913 angehalten. Erst das letzte Viertel des Jahres 1913 zeigt, wie aus den mir seitens des Statistischen Amtes zur Verfügung gestellten Angaben hervorgeht, wieder eine geringe Senkung; ob diese jedoch von Dauer sein wird, läßt sich heute noch nicht fest-

stellen. Von diesem Verlauf zeigen jedoch die Schweinefleischpreise, wie wir schon bei den Viehpreisen gesehen haben, große Abweichungen. Auch sie stehen 1904 sehr niedrig, steigen bis 1906, sinken bis 1907/08, steigen bis 1910, sinken im folgenden Jahre und steigen dann in den beiden letzten Jahren stark an, also völlige Übereinstimmung mit der Bewegung der Viehpreise.

Untersuchen wir nun einmal die Beziehung zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen etwas genauer, und zwar für die Jahre 1904/12. Zur Berechnung der Meßziffern setzen wir dabei die Preise des Jahres 1904 = 100. Wir vergleichen die arithmetischen Mittel aus den Meßziffern der einzelnen Qualitäten des Schlachtviehs mit den arithmetischen Mitteln aus den Meßziffern von Koch- und Bratfleisch der entsprechenden Fleischart, und erhalten folgende Tabelle und Kurven.

Vergleich der Schlachtvieh- und Kleinverkaufspreise für die Jahre 1904—1912.

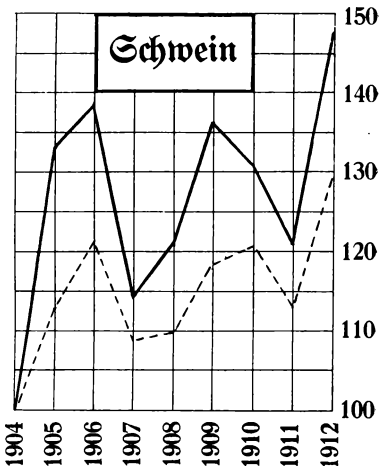
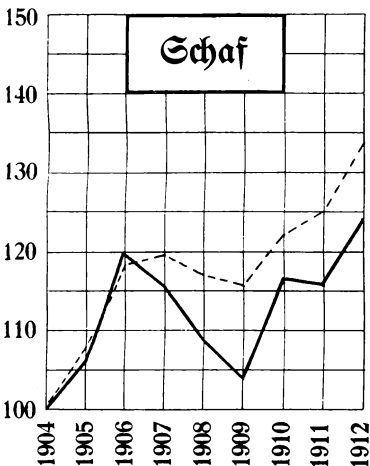
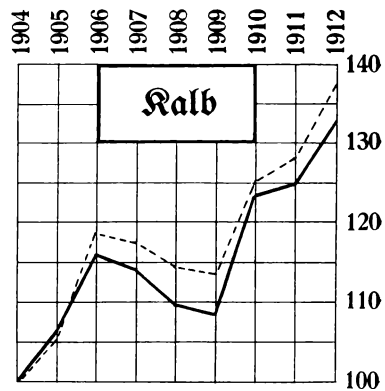
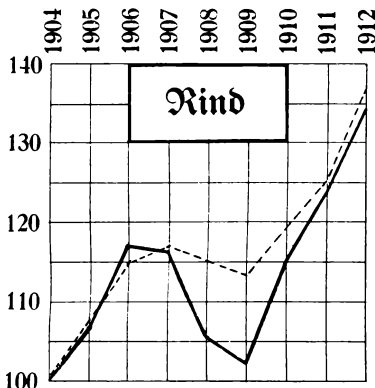
V = Schlachtviehpreis, K = Kleinverkaufspreis-Meßziffern.

	Rind		Kalb		Schaf		Schwein	
	V	K	V	K	V	K	V	K
1904	100	100	100	100	100	100	100	100
1905	107	107	107	106	106	107	133	113
1906	117	116	116	118	120	119	138	121
1907	116	117	114	118	115	120	114	109
1908	105	115	110	115	108	117	121	110
1909	102	114	108	114	104	116	136	118
1910	115	120	123	125	116	122	131	120
1911	124	126	125	128	116	125	121	113
1912	134	137	133	137	124	133	147	128

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Wir müssen hierbei wieder die Angaben für das Schweinefleisch besonders betrachten. Beim Rind-, Schöpfen- und Kalbfleisch decken sich beide Kurven ungefähr bis 1906, die Schlachtviehpreise sinken dann stark bis 1909, um dann ebenso stark wieder zu steigen, die Kleinverkaufspreise sinken zwar auch bis 1909, aber bei weitem nicht so stark, auch die dann folgende Steigerung ist nicht so stark wie die der Schlachtviehpreise. Es betrug die Steigerung von 1909 auf 1912 in %:

Viehart	Viehpreis	Fleischpreis
Rind	32	21
Schaf.	19	15
Kalb	22,5	20



————— Kurven der Schlachtviehpreise V.
 - - - - - Kurven der Kleinverkaufspreise K.

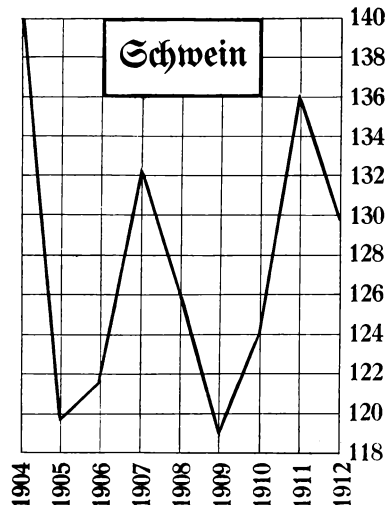
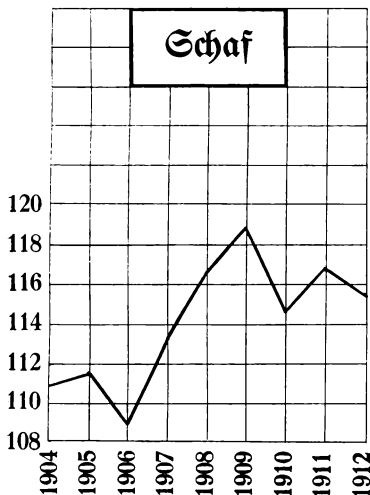
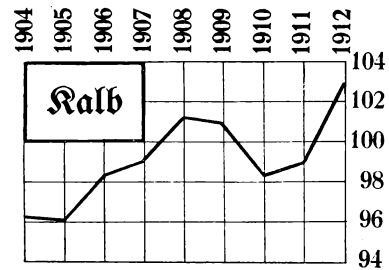
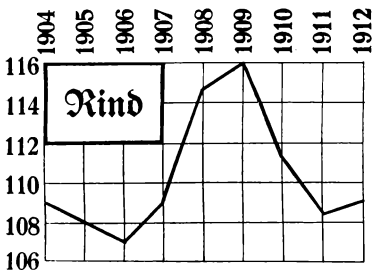
Dieselbe Tendenz tritt auch bei den Schweinepreisen hervor, nur fallen die Extreme hier in andere Jahre. Die Meßziffern für die Kleinverkaufspreise liegen hier ständig tiefer als die der Schlachtviehpreise; die Ursache dieser Erscheinung werden wir noch feststellen. Jedenfalls wird man den Kleinverkaufspreisen eine ausgleichende Tendenz nicht absprechen können. Es gilt hier dieselbe Regelmäßigkeit, die schon seit langem als die Preisbildung im Detailhandel beherrschend bekannt ist. Die Fleischpreise folgen zwar stetig und ziemlich schnell den steigen-

den Viehpreisen, aber meist nicht auf die volle verhältnismäßige Höhe, namentlich die allerhöchsten Preise gelangen in ihnen nicht ganz zum Ausdruck. Dagegen suchen sie sich auf dem einmal erreichten Stande möglichst lange zu halten. Man könnte hierbei von einem Trägheitsgesetz in der Preisbildung sprechen. Wenn keine besonderen Ursachen vorliegen, bleiben die Preise auf der Höhe, die sie gerade erreicht haben, und sinken nur soweit, als Baissegründe vorhanden sind (D.St.G.B. 1913 S. 269). Ein hoher Fleischpreis führt leicht zu einem Verbrauchsrückgang. Der Fleischer erzielt daher lieber bei niedrigeren Preisen und geringerem Gewinn im einzelnen doch einen höheren Gesamtgewinn. Er hofft, sich in Zeiten sinkender Viehpreise durch Aufrechterhaltung der alten, höheren Verkaufspreise schadlos zu halten. Auch scheint vielfach insofern ein Ausgleich zwischen den Preisen der verschiedenen Fleischarten vorgenommen zu werden, als bei steigenden Preisen der einen Viehgattung, dagegen sinkenden Preisen der anderen die entsprechenden Kleinverkaufspreise unverändert bleiben. Dies gilt besonders für die Preise von Kalb- und Schweinefleisch. Auf diese Erscheinung wird bei Betrachtung der Preise für die einzelnen Fleischarten meist zu wenig Wert gelegt. Man könnte hier also zwischen einem zeitlichen und einem stofflichen Ausgleich unterscheiden. Eine ausgleichende Tendenz der Kleinhandelspreise liegt auch jedenfalls im Interesse der gesamten Bevölkerung, da stärkere Preisschwankungen besonders für die Wirtschaftsverhältnisse des kleinen Mannes eine große Gefahr bilden¹. Zu demselben Ergebnis gelangen wir auch, wenn wir die Quotienten Kleinverkaufspreis:Schlachtviehpreis untersuchen, natürlich interessieren uns hierbei nicht die absoluten Werte, sondern ihre Veränderungen. Für die Kleinverkaufspreise K wählen wir die arithmetischen Mittel aus Koch- und Bratfleisch jeder Fleischart, für die Schlachtviehpreise V die Angaben in Schlachtgewicht, und zwar die Preise der gangbarsten Sorten, also Ochsen II, Kälber II, Hammel I und Schweine II (Qualitätsstufen). Wir betrachten dann die Werte $Q = K/V \cdot \text{Konstante}$. Daß bei Kälbern K/V meist kleiner als I ist, also der Viehpreis, auf dieselbe Gewichtseinheit reduziert, höher steht als der Kleinverkaufspreis, stört in diesem Falle nicht. Bei Verwendung von Qualität III würden wir eine völlig parallele Kurve erhalten.

¹ Vgl. dazu besonders F l e n , a. a. O. S. 167 ff.

Betrachtung der Werte $Q = \frac{K}{V} \cdot \text{Konstante}$:

Jahr	Rind	Kalb	Schaf	Schwein
1904	109,2	96,2	110,8	140,1
1905	108,0	96,1	111,5	119,6
1906	107,1	98,2	108,8	121,6 ₅
1907	108,9	99,1	113,2	132,2
1908	114,4	101,1	116,5	125,8
1909	116,0	101,0	119,0	118,7
1910	111,4	98,3	114,4	123,8
1911	108,5	98,9	116,7	136,2
1912	108,9	102,8	115,5	129,5



Wir finden nun, daß die Q -Kurven den Kurven der Meßziffern antiparallel verlaufen, d. h. die größten Spannungen fallen in die Jahre niedrigster Preise, die geringsten Spannungen in die Jahre

höchster Preise, und das wollten wir beweisen. Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß bei den Schweinepreisen die Meßziffern der Kleinverkaufspreise ständig tiefer liegen als die der Schlachtviehpreise, wohlgemerkt nur für unser gewähltes Ausgangsjahr. Das Jahr 1904 ist ein Jahr niedrigster Schweinepreise, infolgedessen größter Spannung. Diese Spannung wird von keinem späteren Jahre übertroffen, infolgedessen müssen alle weiteren Meßziffern für die Kleinverkaufspreise kleiner als die der Schlachtviehpreise sein. Ganz exakt ist das nicht, da wir bei jeder Viehsorte einmal den Durchschnitt aus allen Qualitäten, das andere Mal nur eine Qualität berücksichtigt haben, praktisch sind jedoch die Abweichungen nur gering. Auffällig ist die starke Spannungssteigerung bei den Kälbern in den Jahren 1911/12, in denen auch die Preise stark gestiegen sind, doch dürfte dies zum Teil der Änderung in der Umrechnungsziffer von Lebend- und Schlachtgewicht zuzuschreiben sein, die von 1911 auf 1912 stattfand.

Wir sehen jedenfalls, daß die Behauptung, das starke Steigen der Kleinverkaufspreise in den letzten Jahren rühre nur davon her, daß diese bedeutend stärker gestiegen seien als die Viehpreise, sich in ihrer Allgemeinheit nicht aufrecht erhalten läßt.

Bezüglich des absoluten Wertes der Spannung möchten wir uns, wenn auch nicht in vollem Umfange, der Ansicht von B u s c h anschließen, der es für unmöglich hält, eine Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen zu konstruieren. Für die Kalkulation der Kleinverkaufspreise sind neben dem Schlachtviehpreis noch eine Reihe anderer Faktoren von Bedeutung, wir möchten hier nur erinnern an die Verwertung der Nebenprodukte, besonders Häute und Felle (die Preise für die Nebenprodukte werden bei der Kalkulation der Fleischpreise immer eine gewisse Rolle spielen. Durch die überseeische Konkurrenz war der Preis der Häute stark gesunken, erst der gesteigerte Lederbedarf unserer Zeit brachte auch für sie wieder höhere Preise, zudem ist den Fleischern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß heute eine bessere Verwertung der Nebenprodukte gelungen.) Die Art der Konsumenten (Hötel- oder Privathaushalt), die Ansprüche der Kundschaft in bezug auf Ladeneinrichtung, Herrichtung des Fleisches und Bedienung, endlich die erhöhten Arbeitslöhne und die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung wirken auch noch auf die Bildung der Fleischpreise ein¹.

¹ Vgl. C ö p l e n a. a. O. S. 168 ff. und B u s c h, D. St. U. B. 1913, S. 161 ff.

Diese Momente sind es auch vor allem, welche einen Vergleich der Fleischpreise für verschiedene Orte nahezu unmöglich machen, selbst wenn vielleicht die Schlachtviehpreise in diesen Orten nahezu gleich sind. Es kommt bei der Beurteilung der Kleinverkaufspreise ganz wesentlich auf die Güte des Fleisches mit an. Selbst an ein und demselben Schlachttiere ist je nach Alter und Gesundheitszustand des Tieres Fleisch sehr verschiedener Güte zu finden. Die oft großen Unterschiede bei den einzelnen Fleischern brauchen also nicht wunderzunehmen. Auch die Vorschläge, für eine Vergleichung den gangbarsten Preis für die gangbarste Sorte oder den Preis für bestimmte Fleischstücke zugrunde zu legen, haben manche Unzulänglichkeiten. Der gangbarste Preis oder auch der häufigste Preis ist von verschiedenen Momenten abhängig, die mit der Preisbildung an sich gar nichts zu tun haben (man bedenke nur, was für Schwankungen in der Person und der Anzahl der Fleischer mitunter eintreten, welche zur Berichterstattung herangezogen werden). Umgekehrt wieder kann je nach der lokalen Gewohnheit die Preisangabe für ein bestimmtes Stück Fleisch für einen Ort ganz ohne Bedeutung sein¹. Bis wir zu einer einheitlichen Berichterstattung über Fleischkleinverkaufspreise kommen, wird es noch gute Wege haben. Ganz besonders gilt dies auch von den Preisen für zubereitete Fleischwaren, die wir im Anschluß hieran noch kurz betrachten wollen².

¹ Vgl. H a d e, Ein Versuch zur Gewinnung einheitlicher Gesichtspunkte für den Ausbau und die Durchführung der Statistik der Fleischkleinhandelspreise. J.f.N.u.St. Bd. 38, 3. F., S. 771. S e u t e m a n n, a. a. O. S. 147. Die Literatur darüber ist jedenfalls außerordentlich groß.

² Leider standen uns zuverlässige Preisangaben für Wurstwaren nur für Blut- und Leberwurst zur Verfügung, doch dürften, nach den ungenaueren Angaben für die übrigen Wurstarten zu schließen, auch diese eine entsprechende Preissteigerung aufweisen. Auch für die Preisangaben von Schinken und Speck nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für das Jahr 1904 mußte eine Umrechnung vorgenommen werden auf Grund der Markthallenpreise, da sie eine durch nichts gerechtfertigte Höhe gegenüber den übrigen Angaben aufweisen, die wohl lediglich auf eine Änderung in der Berichterstattung zurückzuführen ist. Wir wollen hier nur kurz bemerken, daß in der Preisberichterstattung des Chemnitzer Stat. Amtes mehrfach Veränderungen eingetreten sind und verschiedene Verhandlungen mit den Fleischern erforderlich waren, um zur jetzigen Art der Preisfeststellung zu gelangen, die gegenüber den früheren manche Fortschritte gebracht hat.

	Preise pro ½ kg in Pfennigen											
	Schweins- knochen		Rauch- fleisch		Schinken, geräuchert, roh, im ganzen Stück		Speck, frisch		Speck, geräuchert		Mittel von Blut- und Leberwurst I. Sorte	
1889—1893	42	100	85	100	105	109	75	100	85	100	79	100
1894—1898	41	98	84	99	103	98	72	96	83	98	77	98
1899—1903	43	102	87	102	104	99	76	101	86	101	77	98
1904—1908	44,4	106	89,2	105	105,8	101	79,6	106	88,2	104	85,6	108
1909—1913	48,0	114	98,2	115	114,6	109	85,6	114	93,6	110	94,2	119
1904	41	98	81	95	102	97	76	101	86	101	80,5	102
1905	45	107	90	106	103	98	80	107	89	105	83	105
1906	49	117	99	116	114	109	88	117	96	113	90,5	115
1907	44	105	88	104	106	101	77	103	85	100	87,5	111
1908	43	102	88	104	104	99	77	103	85	100	86,5	110
1909	46	109	94	111	110	105	84	112	93	109	89	113
1910	48	114	97	114	117	111	86	115	94	111	91	115
1911	45	107	92	108	109	104	78	104	87	102	92	116
1912	49	117	102	120	117	111	89	119	96	113	98	124
1913	52	124	106	125	120	114	91	121	98	115	101	128

Die Preise für Schweinsknochen, Rauchfleisch, Schinken, Speck und Wurstwaren zeigen wieder die Depression in den 90er Jahren und seitdem eine Steigerung bis in die letzten Jahre, die allerdings nicht so groß erscheint wie bei den Fleischpreisen, selbst dem Preise für Schweinefleisch. Da auch die Wurstwaren größtenteils aus Schweinefleisch hergestellt werden, so finden wir bezüglich der Preise für zubereitetes Fleisch dieselben Tendenzen wie bei den Schweinefleischpreisen vor, wie eine Betrachtung der letzten zehn Jahre zeigt. Die Jahre 1904—7/8—11 weisen für alle Preiskurven Minima und die Jahre 1906—10—13 Maxima auf, also völlige Übereinstimmung mit der Preiskurve für frisches Schweinefleisch. Nur die Wurstwaren sind seit dem Tiefstand von 1908 ständig bis heute gestiegen, vielleicht mag das daran liegen, daß die Schweinefleischpreise dafür nicht allein maßgebend sind. Im Hinblick auf unsere obigen Betrachtungen über zeitlichen und stofflichen Ausgleich möchten wir den Wert dieser Angaben jedoch nicht durch eine allzuweit gehende Schlussfolgerung überspannen. Die Preise des Kleinverkaufs sind bezüglich der einzelnen Fleischsorten viel abhängiger voneinander als die Preise der einzelnen Vieharten.

Bei unseren bisherigen Betrachtungen haben wir schon mehrfach den Fleischkonsum erwähnt, ohne näher darauf einzugehen, das wollen wir jetzt noch nachholen. Eine gewisse Bedeutung wird man den Konsumziffern zusprechen können. Wo sie mit einiger Zuverlässigkeit für einen

längeren Zeitraum berechnet werden können, lassen sie gewisse Schlüsse auf die Entwicklung des Konsums bestimmter Waren, auf dessen Zu- und Abnahme zu. Die absoluten Zahlen des Konsums besagen jedoch nur wenig. Abgesehen von anderen Bedenken können die Kopfquoten nur ganz allgemeine Durchschnittsziffern geben, welche die ungeheuren Unterschiede verdecken, die in Wirklichkeit bezüglich der einzelnen Waren vorhanden sind. Über den tatsächlichen Verbrauch in den verschiedenen sozialen und ökonomischen Klassen der Bevölkerung besagen sie nichts. Ein Urteil darüber könnte nur mit Hilfe einer Konsumstatistik der einzelnen Volksklassen aufgestellt werden, wozu die vorhandenen Wirtschaftsrechnungen einen Anhalt bieten können, wenngleich auch hier noch viel zu wünschen übrig bleibt. Mit steigendem Einkommen wird jedenfalls der Fleischverbrauch steigen, und zwar innerhalb der Einkommensgrenzen der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten in demselben Maße wie das Einkommen, trotzdem der Aufwand für die Nahrungsmittel verhältnismäßig geringer wird. Der Verbrauch an pflanzlichen Nahrungsmitteln, namentlich an Brot und Kartoffeln bleibt gleich oder nimmt eher ab¹. Für unsere Betrachtungen kommt es hier mehr darauf an, die Verschiebungen im Fleischkonsum festzustellen, und zwar die zeitliche und die stoffliche Verschiebung, und zu untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen den Preiscurven und den Konsumcurven besteht. In den St.J.R.G. sind Angaben über den Fleischkonsum enthalten, die bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurückreichen. (Auch in den weiter zurückliegenden Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen sowie in den verschiedenen Jahrgängen der J.Sächf.St.B. und Sächf.St.L.V.J. finden sich weitere Angaben vor.)

Besser geeignet für unsere Betrachtungen sind die Angaben in den J.D.B.G., die bis 1884 zurückreichen.

Fleischverbrauch in Chemnitz pro Kopf in Kilogramm:

1884: 51,10	1891: 47,34	1898: 49,99	1905: 45,06
1885: 51,36	1892: 49,53	1899: 52,83	1906: 43,80
1886: 52,68	1893: 50,95	1900: 52,88	1907: 48,67
1887: 53,16	1894: 49,13	1901: 48,12	1908: 49,48
1888: 53,28	1895: 48,60	1902: 46,22	1909: 49,99
1889: 53,22	1896: 50,66	1903: 47,80	1910: 50,71
1890: 50,56	1897: 50,61	1904: 49,39	1911: 54,34
			1912: 53,37

¹ Vgl. dazu Sch iff, a. a. D. S. 36. Busch, Verwaltung und Statistik, 3. Jahrg. 1913 S. 342. Wallob, a. a. D. S. 119. Gß len, a. a. D. S. 45 ff. Gerlach, Art. Fleischkonsum und Fleischpreise H.b.St.W., 3. Aufl.

Auch hier sind die Werte jedoch nicht gleichmäßig gewonnen. Erst von 1889 an ist der Durchgangs- und Ausfuhrverkehr in Abzug gebracht worden. Seit 1903 wird erst die Einfuhr von ausländischem Fett berücksichtigt, von 1905 ab auch das auswärts untersuchte und hier nur angemeldete Fleisch. Bis dahin bestand die Annahme, daß die ohne Untersuchung eingeführten und nicht gemeldeten Fleischwaren von den aus Chemnitz ausgeführten aufgewogen würden, was sich zahlenmäßig nicht beweisen läßt. Im allgemeinen gilt die Formel: Gesamtverbrauch = hier geschlachtetes + hier untersuchtes geschlachtetes eingeführtes + auswärts untersuchtes geschlachtetes eingeführtes und hier angemeldetes Fleisch und Fett — Durchgang bzw. Ausfuhr. Die Konsumziffern umfassen den Verbrauch an Schweine-, Rind-, Kalb-, Schaf-, Ziegen-, Pferde- und Hundefleisch, für die letzten Jahre kommt auch noch Fleisch von Bären und Eseln in Betracht. Die Gewichtsmenge des hier geschlachteten Fleisches ist berechnet worden auf Grund der Angaben über die Zahl der von jeder Viehgattung geschlachteten Tiere und über die betreffenden Durchschnittsgewichte. Bis 1902 sind die Angaben ohne Fett gerechnet, ab 1903 ist das Fett, da meist Schweineschmalz, zum Schweinefleisch mit zugezählt worden. Auf die sonstigen kleineren Veränderungen können wir hier nicht eingehen, es sei nur noch bemerkt, daß bei der notwendigen Ermittlung der Bevölkerungszahl die Vororte, die neu einverleibt wurden, erst dann eingerechnet worden sind, sobald der Schlachtzwang in denselben eingeführt wurde. Die Zahl der eingetretenen Veränderungen ist also ziemlich groß. Eine nachträgliche Zurückführung auf eine einheitliche Berechnungsart ist jedoch nicht möglich, dürfte auch nicht nötig sein, denn eine Berücksichtigung all dieser Änderungen könnte wohl kleinere Abweichungen in der Konsumkurve hervorrufen, wäre aber nicht imstande, die Hauptschwankungen derselben zu verwischen (eine Ausnahme dürfte hierbei nur die Periode 1884/88 machen.) Betrachten wir zunächst einmal den durchschnittlichen Fleischkonsum der Chemnitzer Bevölkerung in den einzelnen Perioden. Es kamen pro Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre

1884/88: 52,3 kg	1899/03: 49,6 kg
1889/93: 50,3 „	1904/08: 47,3 „
1894/98: 49,8 „	1909/12: 52,1 „

Bis in das letzte Jahrzehnt hinein finden wir sonach eine Abnahme des Konsums, erst in der letzten Periode tritt dann wieder eine stärkere Steigerung ein. Die Konsumziffer der Periode 1884/88 erscheint

unbedingt zu hoch. Nach den oben gemachten Vorbemerkungen dürfte sie in Wirklichkeit kaum höher als die folgende Periode sein. Verfolgen wir die einzelnen Jahre, so finden wir bis 1889 einen Hochstand, dann folgt eine Senkung, die erst um die Jahrhundertwende wieder ausgeglichen wird, die hohe Konsumziffern zeigt. Darauf folgt eine noch stärkere Depression, die 1906 ihren tiefsten Stand erreicht, seitdem aber ist ein starkes Steigen des Konsums wahrzunehmen. Vergleichen wir damit das Ergebnis, das wir aus der Betrachtung der Preisbewegung ziehen konnten, so müssen wir sagen, daß die absolute Höhe der Fleischpreise nicht allein den Konsum derartig beeinflussen konnte, es müssen also noch andere tiefer liegende Ursachen dabei mitwirken, welche die Kaufkraft der Bevölkerung und damit den Konsum beeinflussen; so mögen zum Beispiel auch die Schwankungen der Konjunktur eine gewisse Rolle hierbei spielen.

Die Konsumkurve wird im wesentlichen bestimmt durch das Verhältnis der Schlachtungsziffer zur Bevölkerungszahl. Die Kurve der Bevölkerungszahl steigt nun viel gleichmäßiger an, als die der Schlachtungen, deren Kurve die Form einer ansteigenden Wellenlinie hat. Die Folge ist natürlich, daß die Kurve der Konsumziffern nahezu dieselben Extreme aufweist, wie die Kurve der Schlachtungen. Die letztere erhält nun, wie wir früher gesehen haben, ihre charakteristische Form durch die Kurve der Schweineschlachtungen. Weiter haben wir gefunden, daß die Kurve der Schweineschlachtungen den Schweinepreiskurven antiparallel verläuft. Daraus ergibt sich nun die Folgerung, daß die Schweinepreiskurve auch der Kurve des Gesamtkonsums im allgemeinen antiparallel verläuft. Bemerkenswert dafür sind die Jahre 1898—1902—06 mit hohen Schweinepreisen und geringer Konsumtion und die Jahre 1896—99/00—04—11 mit niedrigen Schweinepreisen und hohem Konsum. Es läßt sich also im allgemeinen sagen, daß in Jahren niedriger Schweinepreise der Konsum steigt und umgekehrt, wenngleich wir das auch nicht als ein unumstößliches Gesetz aufstellen wollen, da im einzelnen auf die Bildung der Kurven noch andere Momente einwirken können, die wir zum Teil schon erwähnt haben. Aus allen unseren bisherigen Betrachtungen geht jedenfalls die große Bedeutung hervor, welche das Schweinefleisch für die Ernährung der Bevölkerung besitzt, das folgt auch weiter aus den differenzierten Verbrauchsangaben. Seit dem Jahre 1903 bis heute sind die Angaben über den Fleischverbrauch der Stadt Chemnitz in den J.B.D.G. nach end einzelnen Tier-

gattungen getrennt angegeben, und diese wollen wir etwas näher betrachten. (Außerdem finden sich noch getrennte Angaben vor für die Jahre 1884 und 1894 in der *B. Sächf. St. B.* 1895, S. 137. *Rudolf Martin*, Der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen.)

Verbrauch nach Fleischsorten getrennt.

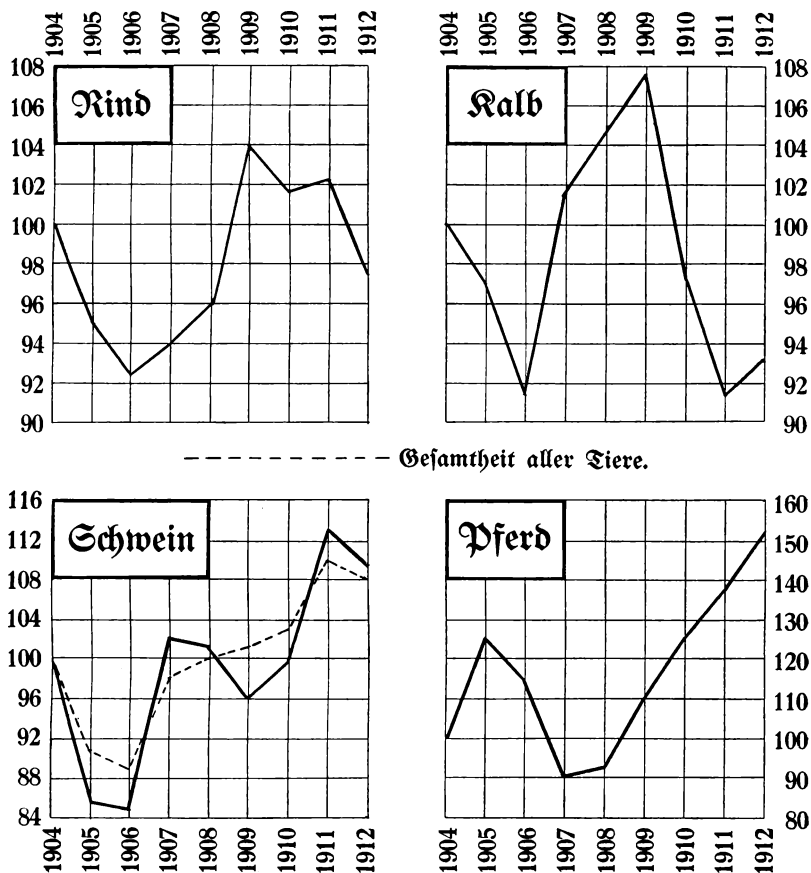
	Absolute Zahlen:								Zusammen
	Rind	Kalb	Schaf	Schwein	Ziege	Pferd	Hund	verschiedene Tiere	
1884	21,7	6,6	2,2	19,5	0,01	0,8	0,02	—	51,1
1894	19,3	5,0	2,2	21,6	0,01	0,7	0,01	—	49,1
1903	17,24	4,66	2,16	22,69	0,01	1,03	0,01	—	47,80
1904	16,73	4,52	2,10	25,07	0,01	0,95	0,01	—	49,39
1905	15,91	4,37	2,12 ₅	21,42	0,01	1,20	0,02 ₅	—	45,06
1906	15,45	4,13	1,90	21,20	0,01 ₂	1,08	0,03	—	43,80
1907	15,72	4,59	1,84	25,47 ₂	0,01 ₃	0,85 ₃	0,03 ₂	0,15	48,67
1908	16,03 ₃	4,72 ₄	1,81 ₃	25,53	0,01 ₁	0,88	0,03	0,46	49,48
1909	17,40 ₅	4,85 ₇	1,96 ₈	23,96 ₃	0,01 ₁	1,04 ₄	0,02 ₆	0,71 ₆	49,99
1910	17,00 ₄	4,40	2,09	24,98	0,01 ₃	1,19	0,02	1,01 ₃	50,71
1911	17,12	4,12	1,94	28,39	0,03	1,30	0,02	1,42	54,34
1912	16,25 ₇	4,19 ₇	2,14 ₄	27,40 ₅	0,02 ₄	1,43 ₆	0,02	1,88 ₂	53,37
Prozentzahlen:									
1884	42,6	13,0	4,4	38,3	0,02	1,6	0,04	—	100
1894	39,4	10,3	4,5	44,2	0,02	1,5	0,02	—	100
1903	36,07	9,75	4,52	47,47	0,02	2,15	0,02	—	100
1904	33,87 ₃	9,15 ₂	4,25 ₂	50,76	0,02	1,92 ₃	0,02	—	100
1905	35,31	9,70	4,72	47,54	0,02	2,66	0,05	—	100
1906	35,27	9,43	4,33	48,41	0,03	2,47	0,06	—	100
1907	32,30	9,43	3,78	52,34	0,03	1,75	0,07	0,30	100
1908	32,40	9,55	3,67	51,60	0,02	1,78	0,05	0,93	100
1909	34,82	9,72	3,94	47,94	0,02	2,09	0,05	1,42	100
1910	33,53	8,67	4,12	49,26	0,03	2,35	0,04	2,00	100
1911	31,51	7,58	3,57	52,25	0,05	2,39	0,03	2,62	100
1912	30,46	7,87	4,02	51,35	0,05	2,69	0,03	3,53	100

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Hiernach beträgt der Schweinefleischkonsum im Durchschnitt dieser 10 Jahre rund die Hälfte, der Rindfleischkonsum etwa ein Drittel des gesamten Fleischkonsums. Der geringe verbleibende Rest entfällt auf Kalbfleisch, Schöpfensfleisch und die übrigen Fleischsorten, spielt also gegenüber den beiden ersten Fleischsorten keine Rolle. Der Konsum an Hammelfleisch hat in Chemnitz nie große Bedeutung erlangt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen pro Kopf der Bevölkerung nur etwa 2 kg. Der geringe Konsum von Kalbfleisch, der in den letzten Jahren nur ungefähr doppelt so hoch war wie der von

Relative Konsumziffern.

Aus Raummangel mußten verschiedene Maßstäbe genommen werden.
Die Kurven sollen nur Bewegungstendenzen veranschaulichen.



Hammelfleisch, dürfte auf das geringe Angebot an Kälbern und infolgedessen auf die starke Preissteigerung von Kalbfleisch zurückzuführen sein, seit 1884 ist jedenfalls der Kalbfleischkonsum zurückgegangen. Eine starke Veränderung in den Konsumverhältnissen ist für Rindfleisch und Schweinefleisch zu bemerken. Bis zum Ende der 80er Jahre überwog für Chemnitz der Konsum von Rindfleisch den von Schweinefleisch, seitdem ist der Konsum von Schweinefleisch stark gestiegen und überwiegt in den letzten Jahren bei weitem den Rindfleischkonsum. Eine starke Zunahme des Schweinefleischkonsums auf Kosten der übrigen

Konsumtion braucht nun durchaus nicht eine Verschlechterung der Ernährung zu beweisen, ebensowenig wie ein Sinken des relativen Fleischverbrauchs, denn an der Volksvermehrung werden vorwiegend die weniger fleisছেenden Klassen beteiligt sein, und trotzdem kann die Ernährung aller Klassen besser werden (G e r l a c h, Art. Fleischkonsum und Fleischpreise H.d.St.W.).

Die vielfach gehörte Behauptung, die starke Konsumtionszunahme beim Schweinefleisch finde ihre Ursache in einer stärkeren Zunahme der Arbeiterbevölkerung, die hauptsächlich Schweinefleisch konsumiere, will uns indessen in ihrer Allgemeinheit nicht recht einleuchten. Eine Betrachtung der sächsischen Konsumtionsziffern zeigt, daß für das gesamte Königreich bereits seit Mitte des vorigen Jahrhunderts der Schweinefleischkonsum den von Rindfleisch überwog, niemand aber wird behaupten, daß der Industrialisierungsprozeß in der Stadt Chemnitz später eingesezt hat als im übrigen Königreich. Der zunehmende Schweinefleischkonsum dürfte unseres Erachtens weniger auf einen stärkeren Genuß von frischem Schweinefleisch seitens der Arbeiterbevölkerung zurückzuführen sein, sondern auf das gesteigerte Bedürfnis der gesamten Bevölkerung nach zubereiteten Fleischwaren, die doch fast ausschließlich aus Schweinefleisch gewonnen werden. Dieses Moment wird bei Betrachtungen von Konsumziffern meist viel zu wenig berücksichtigt.

In dieser Konsumverschiebung liegt auch die Erklärung, daß wir für die Berechnung von Durchschnittswerten aus den Preisen für die verschiedenen Viehsorten und Fleischarten nicht das gewogene Mittel verwenden konnten, sondern nur das gewöhnliche arithmetische Mittel. Es fehlten uns für frühere Jahre getrennte Konsumzahlen, und es war nicht angängig, wie wir hier sehen, die Verhältniszahlen des letzten Jahrzehnts auch für frühere Jahre zu verwenden, eben infolge der Konsumverschiebungen. Für die Jahre 1904—12 dürfte es dagegen angebracht sein, die Abweichungen des gewöhnlichen arithmetischen Mittels aus den Kleinverkaufspreisen von dem gewogenen Mittel zu untersuchen.

Sind also a_1, a_2, a_3, a_4 die jeweiligen Kleinverkaufspreise für Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch und Schöpfenfleisch, und verhalten sich ihre Konsumziffern zueinander wie $g_1 : g_2 : g_3 : g_4$, so ist das

$$\text{gewogene Mittel } M = \frac{a_1 g_1 + a_2 g_2 + a_3 g_3 + a_4 g_4}{g_1 + g_2 + g_3 + g_4}$$

und das gewöhnliche arithmetische Mittel

$$m = \frac{1}{4} (a_1 + a_2 + a_3 + a_4).$$

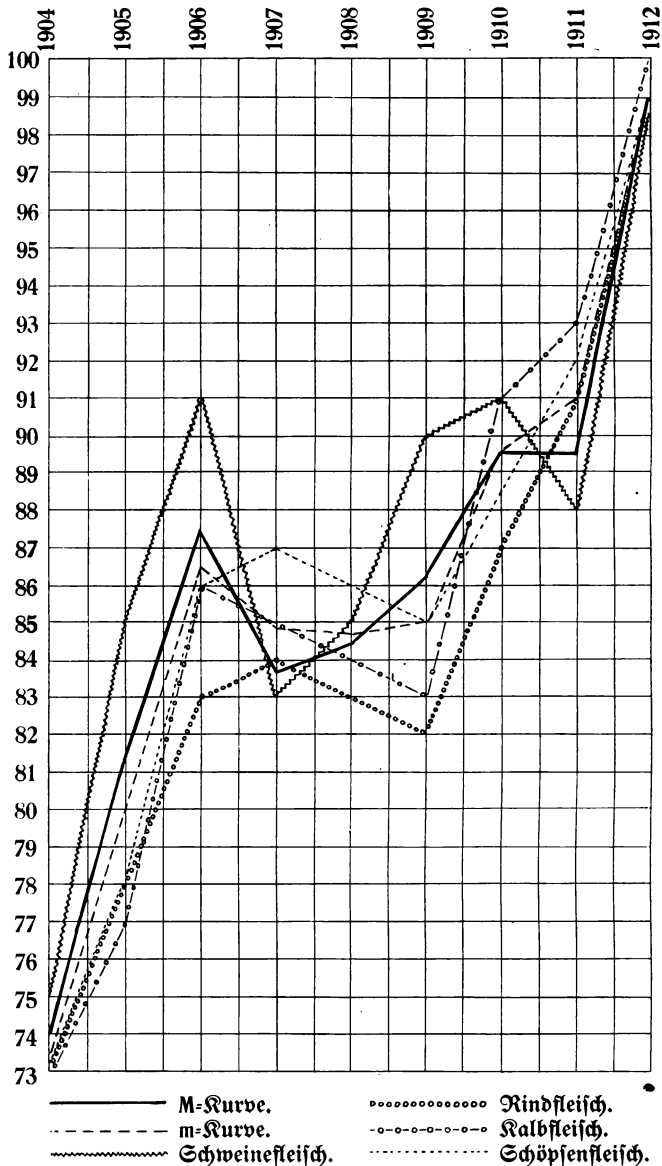
Als a -Werte verwenden wir die Angaben für Bratfleisch nach den Feststellungen des Statistischen Amtes, als g -Werte die entsprechenden Konsumziffern. (Die übrigen Fleischarten lassen wir hierbei außer Betracht, da wir hierfür keine Preisangaben haben.)

Gewöhnliches und gewogenes arithmetisches Mittel aus den Preisen für Bratfleisch:

Jahr	m Gewöhnliches Mittel	M Gewogenes Mittel
1904	73,5	74,0
1905	79,5	81,3
1906	86,5	87,4
1907	84,7 ₅	83,7
1908	84,5	84,3
1909	85,0	86,2
1910	89,5	89,5
1911	91,0	89,5 ₅
1912	99,0	99,0 ₄

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Die Tabelle und die Kurven zeigen, daß die beiden Durchschnittspreiskurven im allgemeinen übereinstimmen, am besten in den Jahren, wo alle 4 Fleischarten gleiche Preistendenzen aufweisen. Wir hatten aber bereits früher gesehen, daß Schweinefleisch gegenüber den drei anderen Fleischarten ziemlich selbständige Preistendenzen zeigt. In den Jahren, in denen die Preise für Schweinefleisch andere Tendenzen aufweisen als die der drei übrigen Fleischarten zusammen, weichen nun die beiden Durchschnittspreiskurven voneinander ab, dies tritt besonders hervor in den Jahren 1907/09 und im Jahre 1911. Die Schweinefleischpreiskurve paßt sich der M -Kurve (gewogenes Mittel) besser an, die Kurven für die Preise der übrigen Fleischarten aber der m -Kurve (gewöhnliches Mittel). Den tatsächlichen Verhältnissen dürften sich jedenfalls solche M -Kurven besser anpassen, als die m -Kurven, doch fehlen bis jetzt leider meist die Grundlagen für ihre allgemeine Verwendung. Vergleichen wir die Konsumkurven für die einzelnen Fleischsorten mit ihren Preiscurven (ausgenommen Hammelfleisch, dessen Konsum zu gering ist, als daß die Preise einen solchen Einfluß ausüben könnten), wobei das Ausgangsjahr 1904 stets gleich 100 gesetzt ist, so erkennen wir deutlich den antiparallelen Verlauf der entsprechenden



Kurven. Wir sehen jedenfalls, daß im allgemeinen Jahre steigenden Fleischvorrats bzw. Fleischkonsums mit Jahren sinkender Preise zusammenfallen und umgekehrt.

Betrachten wir schließlich noch kurz den Konsum der übrigen Fleischarten (Pferde, Hunde, Ziegen usw.), und zwar zunächst die Zahlen der Schlachtungen, wie sie Anhang III gibt. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der Pferdeschlachtungen, aber auch die Hundeschlachtungen haben beträchtlich zugenommen. Diese Zahlen sind ein deutliches Kennzeichen für die teuren Fleischpreise der letzten Jahre, besonders interessant sind die Schlachtungsziffern seit 1904: Die Pferdeschlachtungen steigen bis 1906, sinken in den Jahren 07/08 und sind seitdem bis 1912 gestiegen. Auch die Hundeschlachtungen weisen in den Jahren 1906/07 eine starke Steigerung auf, sinken dann bis 1911 und steigen im folgenden Jahre wieder. Auch aus den Zahlen des Fleischverbrauchs (siehe S. 79) geht dies deutlich hervor. Vergleichen wir diese Angaben mit den Fleischpreisen der übrigen Tierarten, so erkennen wir, daß das Pferde- und Hundefleisch in teuren Jahren stärker konsumiert wird, als in Jahren billiger Fleischpreise; es dient also als Ersatz für anderes Fleisch. Auch der Konsum an Fleisch von „verschiedenen Tieren“, unter denen sich auch Bären- und Eselfleisch befindet, hat seit 1907 stark zugenommen und erreicht bald den Konsum von Hammelfleisch, wenn die Steigerung in dem Maße wie bisher fortschreitet. Die Pferde- und Hundeschlachtereie erfolgt in einer Ecke des Schlachthofs mit besonderer Einfahrt von einer außerhalb des Schlacht- und Viehhofs gelegenen Straße, und das Pferde- und Hundefleisch wird in besonderer, leicht erkennbarer Weise abgestempelt (J.D.B.S. 1883/84 S. 4). Bereits im St.J.b.St. Bd. 4 S. 125 wird für Chemnitz ausdrücklich mitgeteilt, daß Hundefleisch einen Teil der menschlichen Nahrung bildet, in einzelnen Schankwirtschaften nahezu ausschließlich. Sogar in der Markthalle befinden sich dafür 6 bis 8 Verkaufsstände außerhalb der Halle im Hofe.

Vergleichen wir die Zahlen des Chemnitzer Fleischkonsums mit denen für das Königreich Sachsen, so finden wir eine Übereinstimmung in den Bewegungstendenzen. Daß der Chemnitzer Konsum ständig über dem sächsischen Durchschnitt steht, will nicht viel besagen, auf die absolute Höhe solcher Zahlen darf man kein allzu großes Gewicht legen. Im allgemeinen wird allerdings der städtische Fleischverzehr meist etwas höher sein als der ländliche. Wenn jedoch der Konsum an Geflügel mit in den Fleischkonsum einbezogen würde, so dürfte sich die Differenz vielleicht ausgleichen.

Auch die vom Kaiserlichen Gesundheitsamt für das Reich be-

rechneten Konsumziffern weisen ähnliche Bewegungstendenzen in den letzten 10 Jahren auf, die absoluten Zahlen stehen aber höher als die Chemnitzer Ziffern und weit höher als die sächsischen Ziffern. Wir möchten uns jedoch hierbei der Ansicht von *Ö f l e n* anschließen, der in eingehenden Untersuchungen auf die Fehler in der Berechnungsart des Kaiserlichen Gesundheitsamtes hinweist und dessen Schätzungen für viel zu hoch hält. Die von ihm selbst nach einem anderen Verfahren berechneten Zahlen stehen unter dem sächsischen Durchschnitt. Er erklärt auf Grund dieser Berechnungen, daß die oft gehörte Behauptung, daß der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen hinter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches zurückbleibe, nicht richtig sei und daß sie nur dadurch entstehen konnte, daß man die viel zu hohen amtlichen Angaben über den Fleischverbrauch in ganz Deutschland mit den für das Königreich Sachsen wahrscheinlich in einwandfreierer Weise berechneten Werten verglich¹. Damit wollen wir es mit der Betrachtung der Konsumverhältnisse genug sein lassen, glauben wir doch fast, mit dem eben Behandelten bereits in bezug auf die Ausbeutung des Materials bei der Unsicherheit der Zahlenangaben die Grenze des Möglichen überschritten zu haben. Aus dem Zahlenmaterial heraus haben wir das Ergebnis erlangt, daß die Viehpreise in den letzten Jahren stark gestiegen sind und daß die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren hinter dieser Steigerung nicht zurückgeblieben sind, wie die Klagen der Bevölkerung über die Fleischteuerung beweisen. Welche Maßnahmen sind getroffen worden oder noch zu treffen, um dieser Steigerung Einhalt zu tun?

Daß sich die Kommunalverwaltungen bemüht haben, von den ihnen gegebenen Möglichkeiten der Heranziehung von Vieh und Fleisch in umfangreicher, zum Teil recht mühevoller Weise Gebrauch zu machen, wird man nicht abstreiten können, wir verweisen hierfür auf die Schrift von Professor Dr. *S i l b e r g l e i t*, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, über die Ergebnisse der bisherigen Versuche kommunaler Fleischversorgung, auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde. Dagegen erscheint es uns angebracht, die Maßnahmen in Chemnitz einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Wir entnehmen die folgenden Darstellungen dem Bericht

¹ Vgl. dazu besonders *Ö f l e n*, a. a. O. S. 40, S. 245 ff. und Anlagen Nr. 22.

des Sonderausschusses für Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung, Chemnitz den 20. August 1912, auf den wir oben schon hingewiesen haben, und den letzten J.D.B.G. Die Lösung der Fleischversorgungfrage mit den „Machtmitteln einer Stadt“, wie es in dem betreffenden Berichte heißt, ist seit 1907 vom Chemnitzer Wohlfahrts-polizeiamt andauernd nach den verschiedensten Richtungen hin erwogen worden. Man kam aber schließlich zu der Ansicht, nicht selbständig vorzugehen, sondern zusammen mit der Fleischerinnung, die sich auch bemühte, die Bestrebungen der Stadtverwaltung, billiges Fleisch für die Bevölkerung zu beschaffen, zu unterstützen, soweit es in ihren Kräften stand. Ein Versuch, frisches geschlachtetes dänisches Rindfleisch zu beziehen, führte zu dem Ergebnis, daß der Fleischer dänisches Fleisch zurzeit nicht billiger kaufen kann als hiesiges Fleisch, der Bezug dänischen Fleisches schien also nicht geeignet, eine Abminderung der Fleischpreise herbeizuführen. Im Jahre 1912 hat dann die Fleischerinnung auf Veranlassung der Stadtverwaltung Versuche mit dem Verkaufe von Gefrierfleisch gemacht. (Chemnitz war die erste Stadt, die dies versuchte.) Die Einfuhr desselben stieß zunächst auf Schwierigkeiten. Durch das Entgegenkommen einer Bremer Firma gelang schließlich der zweimalige Bezug von australischem Hammelfleisch Mitte Januar und Anfang März 1912. In Bremen kam das Fleisch in ganzen ausgeschlachteten Tieren im Zusammenhang mit den nach dem Fleischbeschaugesetz erforderlichen Eingeweiden (Brust- und Bauchfell, Lungen, Herz und Niere) an. Nach der Untersuchung im dortigen Schauamte für Aus-landfleisch wurde es für die Einfuhr nach Deutschland freigegeben. Die erste Sendung bestand aus 57 ausgeschlachteten Hammeln von recht guter Qualität im Gesamtgewicht von 2298 Pfund. Bevor das Fleisch zum öffentlichen Verkauf kam, wurde eine Kostprobe veranstaltet, wozu sich gegen 50 Personen aus den verschiedensten Kreisen einfanden. Die Teilnehmer waren ausnahmslos mit dem Geschmack des Fleisches sehr zufrieden und gaben der Überzeugung Ausdruck, daß das Gefrierfleisch beim Publikum willige Aufnahme finden würde, „wenn es sich nicht unwesentlich billiger als das in Deutschland ausgeschlachtete Fleisch stelle“. Der Einkaufspreis betrug 58 Pf. für je ein Pfund zoll- und frachtfrei Chemnitz. Das Fleisch wurde in zwei Qualitäten zum Preise von 75 Pf. für 1 Pfund Bratfleisch und 65 Pf. für 1 Pfund Kochfleisch abgegeben, während der Rierentalg für 50 Pf. das Pfund Absatz fand. Der Kleinverkauf geschah in gleicher Weise wie vorher

der Verkauf des dänischen Rindfleischs, in der städtischen Markthalle durch Angestellte der Vieh- und Schlachthofsdirektion unter Aufsicht des Wohlfahrtspolizeiamtes. Jeder Käufer erhielt eine Anweisung über zweckmäßiges Kochen und Braten. Das Fleisch fand willige Abnahme, eine größere Anzahl Käufer wiederholten ihre Käufe. Es war aber zu berücksichtigen, daß die kalte Witterung dem Versuche günstig war, für Dauerbezüge zu jeder Jahreszeit konnte er nicht als maßgebend angesehen werden. Außerdem konnte auch durch den Verkauf in der Markthalle kein zuverlässiges Urteil über die Art der Aufnahme des Fleisches bei der Bevölkerung gewonnen werden. Anders stand es mit dem zweiten Versuche, bei dem das Fleisch von 100 Hammeln durch Fleischereigeschäftsinhaber in ihren Läden verkauft wurde. Der Fleischereigeschäftsinhaber steht ja mit seiner Kundschaft dauernd in Verbindung. Ihm kann viel eher über die Beschaffenheit des Fleisches nähere Mitteilung gemacht werden als dem Personal der Schlachthofsverwaltung, das nur ausnahmsweise Fleisch verkaufte, zudem stellen die Käufer als Kunden der betreffenden Fleischer ihre Anforderungen in bezug auf die gewünschten Stücke wesentlich höher als in der Markthalle.

Die geschlachteten Hammel hatten ein Gesamtgewicht von 3928 Pfd. Der Einkauf stellte sich diesmal auf 62 Pf. für je 1 Pfund zoll- und frachtfrei Chemnitz. Der Verkauf geschah in 86 Fleischern, und zwar wurde einheitlich Bratfleisch für 80 Pf., Kochfleisch für 70 Pf. das Pfund verkauft. Bei dem Preis von 65 Pf. für je ein Pfund, zu dem das Fleisch zwecks Deduktion der Selbstkosten den Fleischern berechnet werden mußte, würden sie in Zukunft mit den Verkaufspreisen von 80 und 70 Pf. für Brat- und Kochfleisch kaum auskommen, wenn Hausverlust, sonstiger Abfall, Geschäftsunkosten und Verdienst berücksichtigt wird. Nach der gehaltenen Umfrage ist der Verkauf in 37 Geschäften gut, in 31 mittelmäßig und in 18 Geschäften langsam vor sich gegangen. In einigen Fällen ist noch nach 6 Tagen Fleisch vorhanden gewesen. Vielfach hat man sich, besonders über das Bratfleisch, lobend ausgesprochen, es hat aber auch nicht an Tadel gefehlt. Häufig ist der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß das Fleisch gegenüber dem hiesigen frischen Fleisch zu teuer sei. Viele Käufer haben einen Versuch gemacht, um die Beschaffenheit des Fleisches kennen zu lernen, ohne daß auf ihre ständige Kundschaft für gefrorenes Hammelfleisch gerechnet werden könnte. Zahlreiche Käufer, auch aus Arbeiterkreisen, haben sich dem

Gefrierfleisch gegenüber des angeblich zu hohen Preises wegen ablehnend verhalten. Man muß hierbei auch berücksichtigen, daß der Verbrauch von Hammelfleisch gegenüber anderem Fleisch sehr klein ist, wie wir bereits bei Betrachtung der Konsumverhältnisse gesehen haben. (Steinborns Vorschlag in der Deutschen Wirtschaftszeitung 1913 S. 717, australische Gefrierkälber statt Hammelfleisch einzuführen, verdient sicherlich Berechtigung.) Klagen über Schadhastwerden des gefrorenen Hammelfleisches sind nicht laut geworden. Das Ergebnis dieser Versuche war, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch nur dann auf Erfolg wird rechnen können, wenn die Preise frei Chemnitz einschließlich Zölle sich wesentlich billiger als bei den Probebezügen stellen. Ab September 1912 sind dann, nachdem auch von seiten der Regierung Maßnahmen zur Erleichterung der Fleischeinfuhr durch die Gemeinden getroffen worden waren, größere Mengen frischen Rindfleisches aus Dänemark und Schweden eingeführt und durch eine größere Anzahl hiesiger Geschäftsinhaber (70 bis 80) verkauft worden, und zwar nach den von der Regierung aufgestellten Grundsätzen und den vom Stadtrat festgesetzten möglichst niedrigen Preisen, so daß die von der Regierung gewährte Zollerleichterung und Frachtermäßigung diesen Fleischbezügen zugute kamen. Die Ermäßigungen betrugen auf den Zoll von 27 Mk. für 100 kg 9 Mk., auf die sächsische Übergangs- und Verbrauchsabgabe von 8 Mk. für 100 kg 4 Mk. und auf die Fracht 20 %. Überdies wurden die Fleischsendungen nach einem besonders billigen Ausnahmetarif befördert. Die Preise für Fleisch (einschließlich Beilage) stellten sich für Kochfleisch I auf 75 Pf., für Kochfleisch II auf 70 Pf. und für Bratfleisch auf 90 Pf. pro Pfund. Das Fleisch hat guten Absatz gefunden und man ist im allgemeinen damit zufrieden. Anfänglich machte es den Eindruck, als ob die Einfuhr von ausländischem Fleisch geeignet sei, auf die Schlachtviehpreise einen Druck auszuüben. Später war davon nichts mehr zu bemerken. Der Preisunterschied zwischen dem ausländischen und einheimischen Fleisch beim Kleinverkauf erklärt sich hauptsächlich daraus, daß für das ausländische Fleisch an Zoll- und Verbrauchsabgaben $6\frac{1}{2}$ Pf. pro Pfund nachgelassen werden und die Fleischer den Verkauf desselben mit einem so kleinen Verdienste besorgen, daß davon die Spesen kaum gedeckt werden können, außerdem ein nicht unbedeutender Frachtnachlaß gewährt wird. Wenn man auch dieses Urteil aus interessierten Kreisen mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen muß, wird man ihm doch eine Berechtigung nicht ab-

sprechen können. Ähnliche Versuche sind auch im Jahre 1913 fortgesetzt worden, doch konnten wir darüber keine Einzelheiten erlangen. Wir sehen jedenfalls, daß es die Stadtverwaltung und die Fleischereinnung an gutem Willen nicht hat fehlen lassen und daß die getroffenen Maßnahmen mit Dank anzuerkennen sind, wenn sie auch auf die Dauer und für die Gesamtheit der Bevölkerung keinen allzu großen Einfluß haben konnten. Die Reformen müssen an einer anderen Stelle beginnen, um für die Zukunft die Sicherstellung der Bevölkerung mit nicht zu teurem Fleisch zu gewährleisten, das geht auch aus der vom Reichsamt des Innern veranstalteten Enquête zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel hervor, wengleich auch hier durch die Kommissionsberatungen ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt worden ist, sondern die Frage in einer gemeinsamen Kommission des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Deutschen Städtetages weiter behandelt werden soll¹. Letzten Endes haben alle diese Verhandlungen nur einen bedingten Wert, denn das Teuerungsproblem hat internationalen Charakter, es drückt in Freihandelsländern nicht weniger als im „Schatten der Zollmauern“, wie man oft zu sagen beliebt. Die Ursachen der Preissteigerung sind in tiefer liegenden Momenten zu suchen.

b) Übrige Animalien².

1. Milch, Butter, Käse, Quark.

Maßgebend für die Milchpreise sind die Preise für Vollmilch³. Seit längerer Zeit, bereits vor 1890, kostete Vollmilch in Chemnitz 20 Pf. pro Liter, trotz mehrfacher Versuche, die Preise zu erhöhen.

¹ Fleischenquête 1912/13, Verhandlungen der Gesamtkommission und Zusammenstellung der Sachverständigengutachten. Berlin 1913, gedruckt in der Reichsdruckerei, mit zwei Anlagenbänden: I. Sachverständigenvernehmungen, II. Materialien. Die für die Stadtverwaltungen wichtigsten Ergebnisse bespricht Prof. Dr. Landsberg in den Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages IV Nr. 9/12 1913, S. 209 ff.

² Wir waren dafür hauptsächlich auf die Markthallenberichte angewiesen, die bis 1892 zurückreichen. Da wir nicht alle Angaben bis 1889 zurück durch Nachfragen in den entsprechenden Geschäften ergänzen konnten, mußten wir vielfach auf Berechnung von Meßziffern verzichten.

³ Das Material darüber verdanken wir der Chemnitzer Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge. Vergleichsweise kosteten im Jahre 1911/12 in Chemnitz ein Liter Vollmilch 20/24 Pf., ein Liter Magermilch 8/12 Pf., ein Liter Buttermilch 8/12 Pf., ein Liter Sahne 60/90 Pf. und ein Liter Schlagfahne 150 Pf.

Infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der erhöhten Regiekosten sahen sich die Milchproduzenten veranlaßt, ab 1. Oktober 1907 den Preis auf 22 Pf. zu erhöhen. Im Jahre 1912 trat dann eine weitere Steigerung auf 24 Pf. ein, die jedoch nicht allgemein durchgeführt wurde, so daß heute die Milchpreise von 22 bis 24 Pf. schwanken. Doch sind auch dabei noch Unterschiede im Preise zwischen der Milch, die in Flaschen verkauft und die nach Maß abgegeben wird, weiter zwischen den Milchpreisen im Straßen- und im Ladenverkauf. Der Durchschnittspreis von Milch, wie er in den H.M.-Rechnungen für Chemnitz mit 21,4 Pf. im Jahre 1908 angegeben wird, deckt sich mit diesen Angaben ziemlich gut.

Als Ursachen der Preiserhöhung wird angegeben, daß die Zahl der im Bezirke des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge gehaltenen Milchkühe in den letzten Jahren stark im Abnehmen begriffen ist, weil es schwer hält, Personal für das Füttern und Melken der Kühe zu erhalten. Infolge der großen Trockenheit und des Futtermangels im Jahre 1911 trat eine große Milchknappheit ein, die die Preise verteuerte. Die Nachfrage nach Milch wird immer größer infolge der starken Zunahme der Bevölkerung der Stadt Chemnitz. Infolge der zunehmenden Industrialisierung des Hinterlandes von Chemnitz ist auch dort der Milchverbrauch gestiegen, so daß für Chemnitz von dorthier nicht mehr genügend Milch versandt werden kann. Vielfach muß aus entfernten Gegenden Milch per Bahn geliefert werden, der Milchpreis wird aber dadurch nicht niedriger. Auch die verschärften sanitären Vorschriften dürften zu ihrem Teile mit zu einer Erhöhung der Preise beigetragen haben. (Verordnung betr. den Verkehr mit Milch in der Stadt Chemnitz vom 16. Juni 1910.) Wird doch jetzt vielfach in den Zeitschriften erwähnt, daß Milch, die den strengsten Anforderungen der Hygiene entspricht, unter 40 Pf. pro Liter nicht zu liefern ist, da die Produktionskosten dafür sich beträchtlich erhöhen (Leipziger Neueste Nachrichten, 15. Februar 1914). Bei der zunehmenden Verteuerung der Milch ist es jedenfalls ein erfreuliches Zeichen, wenn Maßnahmen getroffen worden sind zur Unterstützung von Wöchnerinnen durch Verabfolgung von Milch. Nach dem kommunalen Jahrbuch 1908 geschah dies für verehelichte Wöchnerinnen und für Säuglinge durch den Chemnitzer Verein für Gesundheitspflege, der eine jährliche städtische Subvention von 4000 Mk. erhält. Die nichtverehelichten Wöchnerinnen werden durch das städtische Ziehfinderamt unterstützt.

Nach dem Sonderkatalog der Gruppe Milchversorgung der Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1911 (S. 60) betrug der Milchverbrauch in Chemnitz im Jahre 1910 pro Kopf 88,5 l. Für eine vierköpfige Familie ergibt sich also pro Tag rund 1 l. Aus den H.M.-Rechnungen ergibt sich für das Jahr 1908 pro Haushalt ein durchschnittlicher Milchverbrauch von 375 l, was unter den obigen Zahlen etwas zurückbleibt, da die durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen nach den H.M.-Rechnungen über dem Chemnitzer Durchschnitt liegt. Peterfilie¹ hat berechnet, daß im Jahre 1911 auf dem Bahnwege in Chemnitz insgesamt 15 778 922 kg Milch eingegangen sind, die sich in bezug auf die Entfernung folgendermaßen verteilen: Es kamen aus einer Entfernung von

5—9 km	433 121 kg	41—50 km	2 424 800 kg
11—20 "	3 333 028 "	51—60 "	2 050 550 "
22—30 "	4 297 206 "	61—70 "	1 217 271 "
33—40 "	1 984 406 "		

Darüber hinaus kommen nur noch ganz unbedeutende Mengen vor, aber aus einer Entfernung, die bis zu 598 km geht. Es handelt sich dabei nur um ganz verschwindende Mengen, oft weniger als 1000, ja weniger als 100 kg. Einzig und allein könnte allenfalls Schwerin i. M. in 398 km Entfernung mit 14 400 kg genannt werden. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung nach einer anderen Gruppierung:

Im ganzen wurden also im Jahre 1911 nach Chemnitz eingeführt.	15 778 922 kg = 100 %	
Davon entfielen auf weite Entfernungen (80 und mehr km)	38 540 " = 0,24 %	
auf die nächste Umgebung (bis 9 km)	433 121 " = 2,75 %	
auf das Ostgebiet	} in der Ent- fernung {	5 390 917 " = 34,17 %
auf das Südgebiet		440 722 " = 2,79 %
auf das Westgebiet		1 137 672 " = 7,21 %
auf das Nordgebiet		8 337 950 " = 52,84 %

Die große Bedeutung des Nordens und Ostens für die Milchlieferung nach Chemnitz geht klar daraus hervor, weniger kommen der Westen und Süden in Betracht. Die Ursache liegt darin, daß die letzten beiden Gebiete, wie wir schon früher bemerkt hatten, viel stärker industrialisiert sind, als der Norden und Osten, in denen die Landwirtschaft noch eine wichtige Rolle spielt. Leider geben die Zahlen nur über die

¹ E. Peterfilie, Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Großstädten im Jahre 1911. Zeitschrift des kgl. Preuß. Stat. Landesamtes 1913, 1. Abt.

per Bahn eingeführten Milchmengen Aufschluß, so daß nach ihnen der Milchverbrauch für Chemnitz gegenüber anderen Städten zu klein erscheint, denn es wird immer noch ein beträchtlicher Teil der Milch per Achse nach Chemnitz gebracht.

Für Butter finden sich Angaben in den Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse, in den Markthallenberichten sowie in den Preisverzeichnissen einiger Chemnitzer Geschäfte.

	Butter I Angaben der Produkten- börse pro 1 kg in Pfennigen	Butter II Angaben der Markthalle pro $\frac{1}{4}$ kg in Pfennigen
1889—1893	255	64,8
1894—1898	245	62,6
1899—1903	253	63,4
1904—1908	259	66,6
1909—1913	277	75,4
1904	262	66
1905	255	66
1906	253	66
1907	257	65
1908	268	70
1909	263	72
1910	272	73
1911	291	76
1912	286	80
1913	272	76

Wir erkennen hier wieder die Depression in den 90er Jahren. Noch 1907 stehen die Preise kaum höher als im Anfang der 90er Jahre, erst die letzten Jahre bringen auch hier ein stärkeres Anziehen der Preise. Gegenüber der Periode 1889/93 weisen in der Periode 1909/13 die Preise der Produktenbörse eine Steigerung um 9 %, die der Markthalle eine Steigerung um 16 % auf. Daß die Butterpreise gegenüber den Fleischpreisen nicht stärker gestiegen sind, dürfte zum Teil an der Konkurrenz ausländischer Butter liegen, zum andern Teil aber darin, daß der Konsum von Margarine und ähnlichen Erzeugnissen in dem letzten Jahrzehnt stark zugenommen hat und in den ärmeren Schichten der Bevölkerung die an sich teurere Butter ersetzt¹. Die Qualität

¹ Diese Erscheinung hat nun zur Folge, daß die Speisefettindustrie eine große Menge weißer Pflanzenöle aus dem Markte nimmt, die Preise für Seifenfette erfahren daher eine starke Steigerung. Auch die Ölpreise (Kokosöl, Palmkernöl, Palmöl, Leinöl) zeigen eine Senkung in den 90er Jahren und seitdem ständige Steigerung. Sie stehen heute wieder auf dem Niveau der 90er Jahre. Vgl. dazu Glier, a. a. O. S. 457 und Handelskammerbericht Chemnitz 1909 II, S. 69.

der in den einzelnen Geschäften verkauften Butter ist zu verschieden, als daß die absoluten Höhen unserer Preisangaben irgendwie maßgebend sein könnten, unsere Angaben können nur dazu dienen, Bewegungstendenzen wiederzugeben. Das zeigt ein Vergleich der Preise im Jahre 1908 mit dem aus den H.M.-Rechnungen berechneten Durchschnittspreis für Butter, der mit 296,8 Pf. pro kg angegeben ist. Die Preisangaben der Produktenbörse und der Markthalle sind bedeutend niedriger. Selbst wenn wir der Berechnung der Markthallendurchschnittspreise nicht das Mittel aus den am Ende der einzelnen Monate gezahlten niedrigsten und höchsten Preisen zugrunde legen, sondern den Durchschnitt aus den höchsten Preisen verwenden, kommen wir nur auf 2,88 Mk. pro kg. Der Preis von 296,8 Pf. entspricht am besten dem auf Grund der Preisangaben des Allgemeinen Konsumvereins berechneten Jahresdurchschnitt für ungeformte Butter. Höher stehen wieder dessen Preisangaben für geformte Butter, und die Butterpreise der übrigen Chemnitzer Geschäfte, deren Preisverzeichnisse uns zur Verfügung standen.

Auch die Preise für Pflanzenbutter und Margarine weisen im letzten Jahrzehnt eine Steigerung auf, die der der Butterpreise annähernd entspricht. Die vermehrte Nachfrage dürfte auch hier zu einem Steigen der Preise geführt haben.

Im Anschluß hieran betrachten wir auch die Preise für Schweinefett, für die wir Angaben nur bis 1899 zurückerhalten konnten, sowie für Quark und Käse.

(Siehe Tabelle auf Seite 167.)

Wie zu erwarten, passen sich die Preise den Bewegungen der Schweinepreise an. Die Jahre 1899/1903 gehören noch der Depressionsperiode an, die Steigerung um 6,8% in der letzten Periode ist daher ziemlich gering. Die Ursache dürfte in der starken Einfuhr von amerikanischem Schmalz liegen. Untersuchen wir dessen Preisbewegung etwas näher (St.F.f.d.D.R. und W.z.St.d.D.R.), so finden wir vom Ausgang der 70er Jahre bis in das Ende der 90er Jahre eine gewaltige Preisfönkung, die ganz ähnlich der Preisbildung in Amerika verläuft (nach dem Handelskammerbericht Chemnitz 1896 I S. 5 betrug der Preis für Schmalz 1896 in Chicago kaum ein Viertel der Preise zu Beginn der 80er Jahre). Seitdem sind die Preise wieder stark gestiegen und stehen jetzt weit mehr als doppelt so hoch wie Ende der 90er Jahre, jedoch

	Schmer, frisch Angaben der Markt- halle und des Stat. amtes pro 1/2 kg in Pfennigen	Quark Angaben der Markt- halle pro 1/2 kg in Pfennigen	Käse I ¹ Angaben der Markt- halle pro 1/2 kg in Pfennigen (Eimburger Käse)	Käse II ¹ Angaben der Markt- halle pro 1/2 kg in Pfennigen (Schweizer [Emmen- taler] Käse) ²
1889—1893	—	—	46	100
1894—1898	—	—	46	99
1899—1903	71	13,6	48,8	111,8
1904—1908	71	14,8	50,0	124,0
1909—1913	75,8	17,6	58,8	134,4
1904	66	15	47	116
1905	73	15	51	119
1906	76	15	54	120
1907	70	14	53	135
1908	70	15	45	130
1909	75	15	52	130
1910	78	17	57	138
1911	70	18	60	150
1912	79	19	62	150
1913	77	19	63	149

immer noch bedeutend niedriger als die Preise für hiesiges Schweinefett, die ohne die amerikanische Einfuhr sicher höher stehen würden. Bemerkenswert ist jedenfalls der parallele Preisverlauf im letzten Jahrzehnt. Schmalz und Schweinefleisch stehen in einem so unmittelbaren Zusammenhang, daß von dem vorwiegenden Bedarf an dem einen oder dem anderen Erzeugnisse die Zuchttrichtung beeinflusst wird. Der Schmalzmarkt der Welt ist nun Amerika, seine Schweinezucht steht im engsten Zusammenhang damit, und auch die unsrige wird, solange wir Schmalz einführen müssen, immer davon beeinflusst werden, denn die ganze Verwertung des Schlachtschweins hängt nicht nur vom Massenverhältnis, sondern ebenso sehr von dem Preisverhältnis zwischen Fleisch und Fett ab (Gerlich, a. a. O. S. 152).

Auch für Quark konnten wir Kleinverkaufspreise nur bis 1899 zurück erlangen. Seit diesem Jahre sind die Preise mit geringen Unterbrechungen allmählich von 13 auf 19 Pf. pro 1/2 kg gestiegen, also um rund die Hälfte des Preises von 1899. Auch Käse weist seit dieser Zeit eine beträchtliche Preissteigerung auf. Da für die meisten Käsesorten jedoch infolge Wechsels der Anschreibung ein Vergleich unmöglich gemacht wird, mußten wir uns auf die beiden angeführten Sorten

¹ Die Angaben, für die offizielle Notierungen nur bis 1892 zurück zur Verfügung standen, konnten durch private Mitteilungen bis 1889 zurück ergänzt werden.

² Schweizer (Bayrischer) Käse ist um rund 20 Pf. pro 1/2 kg billiger.

beschränken, deren Anschreibung in diesem Zeitraum allein unverändert geblieben ist. Doch dürfte die Preisbewegung der übrigen Käseforten kaum einen anderen Verlauf genommen haben.

2. Geflügel, Wild, Eier.

	Hühner I Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen (alte Hühner)	Hühner II Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen (junge Hühner)	Tauben Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen	Eier I ¹ Angaben der Markthalle pro Mandel in Pfennigen (Landeler)	Eier II ¹ Angaben der Markthalle pro Mandel in Pfennigen (Rüfen- bzw. ausländ. Eier)
1889—1893	—	—	—	93	75
1894—1898	184	106	44	91	73
1899—1903	198	135	49	108,2	84,4
1904—1908	235	163	55	129,6	97,0
1909—1913	269	157	64	146,2	117,0
1904	205	157	50	120	88
1905	227	156	53	128	93
1906	232	167	56	135	97
1907	243	166	57	138	101
1908	269	169	59	127	106
1909	248	149	61	147	115
1910	249	150	63	136	108
1911	275	161	64	146	115
1912	284	165	65	153	124
1913	288	159	67	149	123

Die Preise für Geflügel, die wie die übrigen Markthallenpreise berechnet sind, wollen wir nur vergleichsweise heranziehen, genaue Angaben können sie nicht darstellen, da ihre Preise sich nicht auf das Gewicht beziehen, sondern pro Stück angegeben sind. Die letzte Periode weist gegenüber den 90er Jahren bei Hühnern und Tauben eine Preissteigerung auf, die mit der der Fleischpreise reichlich Schritt gehalten hat. Von einem allzu großen Einfluß dieser Preissteigerung auf die Lebenshaltung wird man nicht sprechen können. Einerseits gehört das Geflügel nicht zu den Konsumartikeln der großen Masse, höchstens für die wohlhabenderen Klassen wird es als solcher gelten können, und hier könnte die Steigerung entsprechend einer Vermehrung des Bedürfnisses geschehen sein. Andererseits wird aber von minderbemittelten Familien in den Gartenkolonien am Rande der Großstadt vielfach Geflügelzucht betrieben, so daß hier die Preissteigerung keinen Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung ausübt, man könnte eher sagen, daß durch die höheren Preise ein besserer Verkauf ermöglicht und dadurch ein größerer Nebenverdienst erzielt wird. Die kleinen Leute

haben aber im allgemeinen noch gar nicht genügend erkannt, welche nicht unbedeutende Nebeneinnahmequelle sich ihnen hier eröffnen kann, besonders auch durch den Verkauf von Eiern. Gerade als Nebenbeschäftigung, wo der Aufwand an Arbeit nicht besonders ins Gewicht fällt, vermag die Geflügelhaltung mit besonderem Vorteil betrieben zu werden, während sie in Form des Großbetriebs sich als wenig rentabel erwiesen hat (Thieme, a. a. O. S. 45). Ähnliches gilt auch für die Kaninchenzucht, die dem kleinen Manne einen Ersatz für Wild liefert; die Preisbildung beim Wild möchten wir jedoch nicht untersuchen, da uns zu wenig Angaben dafür zur Verfügung stehen. Die Preise richten sich wohl hier direkt nach dem vorhandenen Vorrat und der Nachfrage, wenngleich auch zuzugeben ist, daß durch den zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung auch das Bedürfnis nach einer Abwechslung in der Fleischnahrung, speziell nach Wild gestiegen ist und dadurch die Preise höher getrieben werden.

Entsprechend der Steigerung der Geflügelpreise sind auch die Preise für Eier stark gestiegen, stärker als die Fleischpreise¹, da das Angebot an frischen inländischen Landeiern der wachsenden Nachfrage nicht hat folgen können. Die zunehmende Einfuhr von ausländischen Eiern (Kisteneiern) hat auch hierin keine Änderung schaffen können. Sie zeigen dieselbe Preissteigerung, und wenn sie auch im Preise etwas niedriger stehen, so können sie doch die frischen inländischen Eier nur in beschränktem Maße ersetzen, besonders für den Rohgenuß sind sie weniger geeignet (Thieme a. a. O. S. 45). Wie die Butterpreise zeigen auch die Preise für Eier eine Periodizität. Während aber für Butter die Minimalpreise in die Sommermonate fallen, beginnt der Tiefstand, wenigstens nach den Chemnitzer Markthallenpreisen zu schließen, für die Eierpreise in den Frühjahrsmonaten und dauert bis in den Anfang des Sommers hinein, dann steigen die Preise wieder bis in den Winter, in welchen Monaten die Landeier auf dem Markte oft fehlen. Dafür zeigen dann die Kisten- bez. ausländischen Eier besonders hohe Preise in dieser Zeit. Im übrigen gelten für die Eier dieselben Bemerkungen wie oben für die Geflügelhaltung. Im Durchschnitt kamen pro Haus-

¹ Da die Eierpreise bis 1899 pro Mandel angegeben wurden, seitdem aber pro Stück und für unsere Zwecke auf Mandeln umgerechnet wurden, dürften die Preise der letzten Perioden gegenüber den früheren etwas zu hoch sein. Es ist klar, daß der Preis eines Eies im Einzelverkauf sich höher stellt als bei Kauf in größerer Anzahl.

halt der Chemnitzer H.M.-Rechnungen im Jahre 1908 315 Stück Eier. Nach den H.M.-Rechnungen stellte sich der durchschnittliche Eierpreis in Chemnitz für das Jahr 1908 niedriger als unsere berechneten Durchschnittswerte. Von unseren Angaben kommt ihm am nächsten der Durchschnitt aus den niedrigsten Preisen für Risteneier. Inwieweit dies aber mit der Wirklichkeit übereinstimmt oder ob man nicht aus der Periodizität der Eierpreise den Schluß ziehen kann, daß in den Arbeiterhaushaltungen im Winter wenig Eier konsumiert werden und der Durchschnittspreis sich mehr auf die niedrigen Preise in der übrigen Jahreszeit bezieht, ließ sich nicht feststellen. Wir möchten jedenfalls die Frage aufwerfen, ob nicht in dieser Periodizität der Preise ein Grund, wenn auch nicht der einzige (der wichtigste bleibt doch wohl der Unterschied in den Qualitäten der verschiedenen Waren) zu suchen ist, daß, wie es häufig vorkommt, solche aus Haushaltsrechnungen ermittelten Durchschnittspreise von den auf Grund des allgemeinen Preismaterials berechneten Jahresdurchschnittspreisen abweichen. Aus solchen Differenzen, die natürlich auch entgegengesetzt ausfallen können, geht jedenfalls durchaus nicht ohne weiteres hervor, daß die amtlichen Notierungen falsch sind, wie dann vielfach behauptet wird.

3. Fische.

Es bleibt uns nun noch übrig, auf das wichtigste Ersatzmittel für Fleisch einzugehen, das besonders in den letzten Jahren der Fleishteuerung mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hat, nämlich die Fischnahrung. Die Markthallenpreise reichen nur bis 1892 zurück, für frühere Jahre konnten wir keine Angaben erlangen. Wir verzichten daher auf eine Berechnung von Meßziffern, die uns ohnehin hierbei nicht angebracht erscheinen.

	Karpfen Markthallenpreise (Mittel aus Spiegel- u. Schuppentarpfen) pro 1/2 kg in Pfennigen	Schellfisch Markthallenpreise (frisch, Eispadung) pro 1/2 kg in Pfennigen
1889—1893	90 ¹	23 ¹
1894—1898	92,6	25
1899—1903	93,4	32,2
1904—1908	96,8	32,8
1909—1913	106	36

¹ Angabe nur für den Durchschnitt der Jahre 1892 und 1893.

Die Steigerung der Karpfenpreise kann wohl als normal bezeichnet werden. Stärker scheinen hiernach die Preise für Schellfisch gestiegen zu sein, zumal wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren die Transportgelegenheiten für Seefische bedeutend verbessert worden sind und die Einfuhr von Seefischen stark zugenommen hat. Als maßgebend sind hierfür die Markthallenpreise jedenfalls nicht anzusehen. Eher wird man den Verkaufspreisen der Spezialgeschäfte Beachtung schenken können, doch konnten wir keine Angaben für einen längeren Zeitraum erhalten. Die Einrichtung von Verkaufsfilialen im Binnenlande seitens der großen Fischereigesellschaften, bei denen also die Kosten des Zwischenhandels fortfallen, ist sicher nicht ohne Einfluß auf die Preise in den übrigen Fischhandlungen gewesen. Qualitätsverschiedenheiten wirken stark vergleichserleichternd, die Preise für frisch angekommene Sendungen stehen höher als für bereits längere Zeit gelagerte Fische, auch die Größe der Fische beeinflusst den Preis. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Seefische bei den immerhin gegenüber den Fleischpreisen noch nicht zu hohen Fischpreisen heutzutage als Volksernährungsmittel noch viel zu wenig gewürdigt werden. Der Seefischkonsum ist noch stark erweiterungsfähig und seine Steigerung dürfte wohl imstande sein, auf die Fleischpreise einen Druck auszuüben. Bei Beratung von Maßnahmen gegen die Fleishteuerung muß diesem Punkte in Zukunft sicherlich noch mehr Beachtung geschenkt werden als bisher geschehen.

Eine Darstellung der Preise für zubereitete Fische (Pöcklinge, gesalzene Serringe usw.) glauben wir uns ersparen zu können. Die von uns auf Grund der Markthallenberichte berechneten Durchschnittspreise sind wertlos und geben ein ganz falsches Bild. Zunächst dürfte daran der Wechsel in den Qualitäten schuld sein, weiter kommt dazu, daß die Angaben nicht nach Gewicht, sondern nach der Stückzahl gegeben sind, große Fische sind aber natürlich teurer als kleine. Zudem werden seit 1899 die Preise für 1 Stück angegeben, nicht mehr wie früher für 3 Stück, bzw. für 1 Mandel. Nun ist es aber klar, daß die jetzigen Preisangaben gegenüber den früheren viel zu hoch erscheinen müssen. Man denke nur an die Preisangaben, die man oft findet, z. B. 1 Stück 15 Pf., 3 Stück 25 Pf. usw. Bei derartigen Preisbildungen wäre es zum mindesten erforderlich, mehrere Preisangaben zu machen, etwa für 1 Stück, 3 Stück, 6 Stück, 1 Duzend, 1 Mandel oder ähnliches.

Daß bei den betreffenden Markthallenangaben der schon oft gerügte Mangel wieder zu bemerken ist, kommt zudem noch hinzu. Es fehlen

oft die Angaben über die höchsten oder die niedrigsten Preise. Wir möchten doch wirklich stark bezweifeln, daß in der Markthalle so oft für eine bestimmte Ware eine einzige Preislage an einem bestimmten Markttage festzustellen war, wie es aus den Markthallenberichten hervorzugehen scheint, wenn nur der höchste oder der niedrigste Preis angegeben ist. Ein Vergleich derartiger Angaben für verschiedene Markttage kann den Anschein einer Steigerung erwecken, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden zu sein braucht. Wir können der Markthallenverwaltung den Vorwurf einer gewissen Nachlässigkeit in der Berichterstattung nicht ersparen. Es ist dies bedauerlich, da die Angaben dadurch vollkommen wertlos werden und ganz falsche Bilder erwecken.

Maßgebend für die Beurteilung der Fischpreise (besonders der Heringspreise) können nur die Großhandelspreise sein, die sich nach den Fangergebnissen richten.

	Nach den B. j. St. d. D. R. und St. J. d. D. R. Pro Tonne = 150 kg in Mark		
	Heringe I Hamburg, norweg.	Heringe II Hamburg, schott. West. Crownfullbr.	Heringe III Stettin, schott. Crownfullbr.
1889—1893	24,4	31,6	33,2
1894—1898	25,2	29,1	30,7
1899—1903	31,6	36,3	37,3
1904—1908	—	32,0	32,6
1909—1912	27,3	—	40,3

Es zeigen sich hierbei als Hauptschwankungen ein Tiefstand in der Mitte der 90er Jahre, ein Hochstand um die Jahrhundertwende, dann noch ein Tiefstand im letzten Jahrzehnt und seitdem eine starke Steigerung. Die Steigerung der letzten Periode 1889/93 ist geringer oder jedenfalls nicht höher als bei den Fleischpreisen. Eine weitere Betrachtung müssen wir uns aber als zu weitgehend ersparen, ebenso können wir nicht auf den Fischkonsum eingehen. Die Zahlen für das Reich besagen zu wenig, als daß sie für die Chemnitzer Verhältnisse maßgebend sein könnten, für die speziell keine Berechnungen vorlagen. Daß hier der Konsum besonders in den letzten Jahren infolge der höheren Fleischpreise gestiegen ist, würde eine derartige Konsumberechnung sicherlich ergeben, zumal es auch zu den Aufgaben des Steuerungsausschusses der Chemnitzer Stadtverwaltung gehörte, für eine Erhöhung des Genusses von

Seefischen die nötigen Maßnahmen zu treffen. Nach dem Bericht dieses Ausschusses (§. 4 ff.) erstreckten sich diese Maßnahmen auf Veranstaltung von Seefischkochkursen und Versorgung der Bevölkerung mit billigen Seefischen. In der Zeit vom 16. Oktober 1911 bis 18. Januar 1912 wurden 48 unentgeltliche Kochkurse mit 2230 Teilnehmern abgehalten, die regen Anklang gefunden haben. Zudem wurden auch von anderer Seite (Frauenbildungsverein, Abendkochschule) derartige Seefischkochkurse abgehalten. Die Stadtverwaltung schloß wegen Einkaufs von Fischen mit einem Chemnitzer Fischhändler einen Vertrag und hielt regelmäßige Fischmärkte ab, teils in eigenen Verkaufsstellen, teils durch Fischhandlungen, zu welchem Zwecke auch mit den Fischhändlern und Konsumvereinen Verträge abgeschlossen wurden. In der Zeit vom 18. Oktober 1911 bis 28. März 1912 wurden 3132,78 Zentner Fische verkauft (Schellfisch, Goldbarsch, Seelachs, Kabeljau, Heringe), die infolge des Massenbezuges billiger abgegeben werden konnten als es unter Zugrundelegung der Tagesmarktpreise möglich gewesen wäre, wie in dem Berichte eine Gegenüberstellung der Verkaufspreise auf den städtischen Seefischmärkten und den durchschnittlichen Marktpreisen erkennen läßt. Die Ware war dabei stets ausgezeichnet, und weder von seiten des Publikums, noch von seiten der Inhaber der Verkaufsstellen sind Klagen darüber laut geworden. Die Fischmärkte sind auch nach dieser Zeit noch fortgesetzt worden, doch waren Einzelheiten darüber nicht zu erlangen. Die Stadtverwaltung hat jedenfalls bewiesen, daß sie bereit gewesen ist, die Notlage besonders der ärmeren Bevölkerung zu mildern, soweit es in ihren Kräften stand, und daß ihre Maßnahmen nicht ganz ohne Erfolg gewesen sind, wie wir auch schon früher gesehen haben. Der dauernde Bezug von Nahrungsmitteln und deren Wiederverkauf an die ärmere Bevölkerung seitens der Stadt aber stößt auf mancherlei Schwierigkeiten. Der Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinden kann nur insoweit empfohlen werden, als er auf die Lebensmittelpreise regulierend zu wirken imstande ist. Weitergehende Maßnahmen der Stadtverwaltungen würden jedoch schließlich dazu führen, alle bisher im Nahrungsmittelgewerbe selbständigen Personen lediglich zu Angestellten der Stadtverwaltungen herabzudrücken, und das ist, solange sie nicht die Schuld an einer Verteuerung der Lebensmittel tragen, in deren Interesse nicht wünschenswert¹.

¹ Vgl. dazu Busch, Lebensmittelpreise in Frankfurt a. M. D.St.G.B. 1913 S. 175 und Berichte der II. Kammer des Sächs. Landtages 1912, I. Bd., Nr. 296.

Dritter Abschnitt.

Wohnung¹, Heizung, Beleuchtung.

Bedauerlich ist der große Mangel an wohnungsstatistischem Material für die Stadt Chemnitz, der sich daraus erklären dürfte, daß das Statistische Amt der Stadt Chemnitz in seiner heutigen Organisation erst in diesem Jahrhundert seine Tätigkeit begonnen hat und in früheren Jahrzehnten dieser Teil der Statistik sehr vernachlässigt worden ist. Erst im neuen Amt ist die Wohnungserhebung vom Jahre 1875 bearbeitet worden, wenn auch nur zu einem kleinen Teile. Es handelt sich um den Stadtteil Sonnenberg mit dem Wettiner Platzviertel und die Wohnungen mit 1—4 Räumen, die für die Wohnverhältnisse der Arbeiterbevölkerung als maßgebend angesehen werden können. Mit diesen Angaben lassen sich die entsprechenden Zahlen der Wohnungserhebung vom Jahre 1905 vergleichen.

Verteilung der Mietpreise im Stadtteil Sonnenberg mit dem Wettinerplatzviertel 1875 und 1905.

Es kosteten am 1. Dezember 1875² von je 100 Wohnungen:

	überhaupt	mit 1 Raum	mit 2 Räumen	mit 3 Räumen	mit 4 Räumen
nicht über 75 Mf.	10,89	25,24	3,66	0,67	—
76—100 "	18,98	32,76	13,47	6,68	1,46
101—150 "	53,24	39,85	74,33	32,07	2,91
151—200 "	7,27	0,93	5,69	33,64	6,79
201—250 "	3,48	—	1,09	16,92	18,94
251—300 "	3,15	—	0,50	6,91	39,81
301—350 "	0,64	—	0,11	1,11	8,74
351—400 "	0,67	—	—	—	12,62
über 400 "	0,31	—	—	0,22	5,33
am 1. Dezember 1905:					
nicht über 75 Mf.	3,35	32,75	0,24	—	—
76—100 "	6,13	47,45	3,66	0,04	—
101—150 "	32,54	19,25	56,03	3,51	0,10
151—200 "	25,07	0,55	39,43	15,12	1,28
201—250 "	13,49	—	0,56	47,96	5,63
251—300 "	11,12	—	0,08	32,04	24,88
301—350 "	4,72	—	—	1,04	40,47
351—400 "	2,29	—	—	0,29	20,34
über 400 "	0,79	—	—	—	7,30

¹ Das Material über die Wohnungsverhältnisse ist hauptsächlich entnommen den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz und der Schrift „Statistisches von Chemnitz“. Sonderabdruck aus „Chemnitz in seiner sozialen Arbeit“. Ein Gruß an den evangelisch-sozialen Kongreß. Chemnitz 1910.

² Die Aufrechnung der Prozentzahlen in der Übersicht für das Jahr 1875 ergibt in seiner Spalte die Zahl 100, weil eine Anzahl von unbekannten Fällen vorhanden sind.

Eine Verschiebung in den Preisklassen ist deutlich zu erkennen. Im Jahre 1875 kosteten von diesen Wohnungen 83,11 % bis 150 Mk., nur 16,89 % wiesen höhere Mietpreise auf. 1905 dagegen betrugen die Mietpreise für 57,48 % aller Wohnungen von 1 bis 4 Räumen dieses Bezirkes über 150 Mk. Für die einräumigen Wohnungen allein ist eine Verschiebung nach unten wahrzunehmen, für die mehrräumigen und die Gesamtheit dagegen eine Verschiebung nach den höheren Preisklassen. Zum großen Teil dürften diese Verschiebungen auf Preissteigerungen zurückzuführen sein, doch spielen hierbei noch andere Faktoren eine Rolle, auf die wir später zu sprechen kommen. In den neuerdings einverleibten Vororten sind die Wohnungen im allgemeinen noch billiger als in den oben zur Vergleichung herangezogenen älteren Stadtteilen.

Anzahl und Durchschnittsmietpreise der bewohnten Mietwohnungen ohne Gewerberäume nach den Ergebnissen der Wohnungszählungen vom 1. Dezember 1900 und 1. Dezember 1910 für die gesamte Stadt.

	Anzahl der Wohnungen ¹ im									
	Keller	Erdgeschoß	I. Geschoß	II. Geschoß	III. Geschoß	IV. Geschoß	V. Geschoß	mehrere Geschoße	ganzen Haus	zusammen
1900	4	4523	10 098	11 666	10 006	4069	3	—	32	40 401
1910	—	6485	15 172	17 122	14 593	5961	—	207	24	59 564
Vermehrung von 1900 auf 1910 in Prozent	—	43	50	47	46	46,5	—	—	—	47,4

	Durchschnittsmietpreise der Wohnungen ¹ in Mark im									
	Keller	Erdgeschoß	I. Geschoß	II. Geschoß	III. Geschoß	IV. Geschoß	V. Geschoß	mehrere Geschoße	ganzen Haus	sämtliche Wohnungen
1900	114	215	234	237	218	136	148	—	1097	220
1910	—	282	298	294	275	175	—	1099	1690	281
Steigerung von 1900 auf 1910 in Prozent	—	31	27	24	26	29	—	—	—	28

¹ Die Anzahl der Wohnungen im ganzen Haus ist zu gering, also ist auf eine Berechnung der Steigerung verzichtet worden.

Die Verschiedenheiten in der Erhebung erlauben leider keine spezielleren Vergleiche. So war 1900 eine Differenzierung nach Altstadt und Vororten eingetreten und der Mietpreis für die Wohnungen, für ein heizbares Zimmer und ein Zimmer überhaupt angegeben. Für alle Stockwerksanlagen waren dabei die Vorortwohnungen billiger als die Altstadtwohnungen. 1910 trat eine Differenzierung nach Wohnungen in Vorder- und Nebengebäuden sowie nach der Anzahl der Räume in den Wohnungen ein. Die Mietpreise in den Nebengebäuden stehen natürlich niedriger als für Wohnungen in Vordergebäuden. Derartige Differenzierungen ermöglichen einen besseren Einblick in das Zustandekommen der Zahlen für die Gesamtheit der Wohnungen, leider sind sie aber für die beiden Erhebungen nicht gleichmäßig gewesen, so daß jeder eingehendere Vergleich unmöglich ist, eine Klage, die wir schon oft haben vorbringen müssen.

Vergleichen wir nun das Wenige, was zu vergleichen möglich war, so finden wir für die einzelnen Stockwerkslagen verschiedene Steigerungen im Mietpreise, doch besagt dies im Grunde herzlich wenig, ebenso wie auch die Steigerungszahl für den Durchschnittsmietpreis aus allen bewohnten Mietwohnungen kaum irgendwelche Bedeutung hat, denn diese Zahlen verdecken völlig die großen Preisverschiebungen, die im einzelnen stattgefunden haben. Die beiden Erhebungen von 1900 und 1910 gestatten nämlich noch einen Vergleich für die Stadtteile Sonnenberg und Gablitz, wobei die Wohnungen nach der Anzahl der heizbaren Zimmer gegliedert sind.

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

Die Steigerung der Durchschnittsmietpreise sämtlicher Wohnungen von 1900 auf 1910 betrug im Stadtteil Sonnenberg 25 %, in Gablitz 71 %. Diese starke Differenz erklärt sich aber einfach daraus, daß Gablitz erst im Jahre 1900 einverleibt wurde und damals noch einen Dorfcharakter hatte. Die Preise standen damals niedriger als in Sonnenberg. Seitdem setzte hier aber eine starke Bautätigkeit ein, und zwar wurden hauptsächlich Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer hergestellt. Die Preise von 1900 und 1910 sind also kaum miteinander vergleichbar. Die starke Steigerungsdifferenz gegenüber Sonnenberg erklärt sich so durch eine Preisausgleichung, aber nicht durch eine stärkere Preissteigerung, wie es zunächst den Anschein hat. Denn trotz der hohen berechneten Steigerung steht der Durchschnittsmietpreis einer Wohnung

**Gegenüberstellung der durchschnittlichen Mietpreise in den Stadtteilen
Sonnenberg und Gablenz nach den Ergebnissen der Wohnungszählungen
vom 1. Dezember 1900 und 1. Dezember 1910.**

Sonnenberg:					Steigerung des Durch- schnittsmiet- preises einer Wohnung von 1900 auf 1910 in %
Größe der Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer	Jahr	Zahl der Wohnungen	Durchschnitts- mietpreis einer Wohnung	Durchschnitts- mietpreis eines heizb. Zimmers	
Wohnungen:			Mk.	Mk.	
ohne heizb. Zimmer . .	1900	4	87,25	—	[47]
	1910	9	128	—	
mit 1 heizb. Zimmer .	1900	7229	145,67	145,67	29
	1910	7947	188	188	
mit 2 heizb. Zimmern	1900	1530	263,06	131,53	29
	1910	1442	339	169,5	
mit 3 heizb. Zimmern	1900	373	378	126	20
	1910	366	452	151	
mit 4 heizb. Zimmern	1900	99	502	125,5	20
	1910	76	603	151	
mit 5 heizb. Zimmern	1900	24	698	140	14
	1910	32	796	159	
mit 6 und mehr heizb. Zimmern	1900	26	991,5	154	20
	1910	26	1186	172	
zusammen:	1900	9285	182	140	25
	1910	9898	228	—	
Gablenz:					
ohne heizb. Zimmer . .	1900	1	52	—	[154]
	1910	1	132	—	
mit 1 heizb. Zimmer .	1900	2032	115,46	115,46	66
	1910	4216	192	192	
mit 2 heizb. Zimmern	1900	423	180,28	90,14	75
	1910	587	315	157	
mit 3 heizb. Zimmern	1900	34	287	96	64
	1910	139	472	157	
mit 4 heizb. Zimmern	1900	3	378	94,5	[72]
	1910	40	652	163	
mit 5 heizb. Zimmern	1900	4	787,5	157,5	[15]
	1910	6	908	182	
mit 6 und mehr heizb. Zimmern	1900	1	850	142	[99]
	1910	11	1694	200	
zusammen:	1900	2498	130	108	71
	1910	5002	222	—	

in Gablenz im Jahre 1910 in der Reihe der Stadtteile an drittlebster Stelle. Niedriger sind 1910 nur noch die Mietpreise in Bernsdorf (187 Mk.) und Silberzdorf (165 Mk.), die erst 1907 bzw. 1909 einver-

leibt wurden. Dieses Ergebnis gibt denn doch zu bedenken, die Preissteigerung mit der nötigen Vorsicht zu beurteilen. (Selbst eine Differenzierung der Preisangaben nach der Zahl der Räume in den einzelnen Wohnungen besagt nicht viel, da auch hier die Größenverhältnisse der einzelnen Zimmer und ihre sonstige Beschaffenheit nicht berücksichtigt werden. Ersparen wir es uns daher auch, auf die Durchschnittspreise der leerstehenden Wohnungen einzugehen, die für Chemnitz seit 1906 nach der Zahl der Räume getrennt angegeben werden, zumal da ein Vergleich mit den Preisangaben für die entsprechenden bewohnten Wohnungen nicht möglich ist.) Aus derartigen Zahlen aber gar eine Steigerung der Haushaltskosten infolge Mietpreiserhöhung berechnen zu wollen, das heißt denn doch den Wert der Zahlen überspannen, wenn nicht vielleicht ein noch stärkeres Wort am Plage wäre. Solche Berechnungen sind nur auf Grund von Haushaltsbüchern möglich, die über einen längeren Zeitraum geführt sind und genaue Angaben über die jeweilig gezahlten Mietpreise enthalten, wobei selbst hier noch spezielle Angaben über die Wohnungsgröße und -beschaffenheit zu machen sind, um die Ursachen der Preisveränderungen zu erkennen.

Die allgemeinen Steigerungszahlen besagen ja gar nicht, daß die alten Wohnungen derartig im Preise gestiegen sind. Wir wissen ja auch nicht, ob die Leute im Jahre 1910 noch dieselbe Wohnung inne gehabt haben, wie im Jahre 1900, oder ob im Falle einer Preissteigerung wirtschaftlich bessergestellte Arbeiter aus der zugewanderten Bevölkerung diese Wohnungen gemietet haben u. a. m. Es erscheint jedenfalls unmöglich, derartige allgemeine Durchschnittszahlen für eine Berechnung des Einflusses der Mietpreiserhöhung auf die Kosten der Lebenshaltung zu verwenden.

Einen weit besseren Überblick über die Bewegung der Mietpreise würde man erhalten, wenn man darauf verzichtet, die Durchschnittsmietpreise für die jeweilig vorhandenen Wohnungen zu berechnen, und dafür lieber die Mietpreise jeder Wohnung in einem oder mehreren bestimmten Häuservierteln jahrelang im einzelnen genau verfolgte und dabei jede bauliche Veränderung berücksichtigte¹. Die jeweiligen Durchschnitte aus den Steigerungszahlen der Mietpreise für jede einzelne Wohnung (Ausgangsjahr gleich 100 gesetzt) würden dann ein weit besseres Bild von der tatsächlichen Preissteigerung

¹ Seutemann a. a. O. S. 147 ff.

geben¹ als die Betrachtung der allgemeinen Durchschnittsziffern, die wir oben gegeben haben und die eigentlich gar nichts besagen, nicht einmal zu einem Vergleich mit den betreffenden Angaben von anderen Städten zu gebrauchen sind, zumal da die Größen der einzelnen Zimmer gar nicht berücksichtigt sind. Eher läßt sich aus der Tatsache, daß nach den H.M.-Rechnungen im Jahre 1908 im Durchschnitt aller Haushaltungen für Chemnitz im Vergleich mit den anderen Städten, die an der Erhebung beteiligt waren, prozentual der geringste Betrag auf Ausgaben für Wohnung und Haushalt entfielen, ein Schluß ziehen auf die relative Höhe der Mietpreise, wenngleich auch hier viel zu wenig Angaben vorliegen, um ein sicheres Urteil abgeben zu können.

Ein besseres Urteil über die Verhältnisse der Chemnitzer Arbeiterwohnungen läßt sich aus einer Arbeit gewinnen, die kürzlich im Statistischen Amte der Stadt Chemnitz vollendet und uns zwecks Verwertung in dieser Arbeit von der Direktion in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt wurde. Auf Grund der Wohnungszählung und des Steuerkatasters vom Jahre 1910 ist der „Mietsprozentsatz vom Einkommen bei verheirateten Arbeitern in Wohnungen von 2—4 Räumen der äußeren Südostvorstadt“ berechnet worden. Einen Auszug aus dieser Berechnung gibt die Tabelle auf Seite 180.

In den 2700 untersuchten Wohnungen trug der Haushaltsvorstand in rund der Hälfte aller Wohnungen die Kosten für die Miete allein. Berücksichtigen wir zunächst nur diese Fälle (Spalte a), so gaben 86,70 % derselben bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens für die Miete aus, 13,30 % mehr als ein Fünftel. Trennt man die älteren Häuser von den nach 1900 erbauten, so verschieben sich die Zahlen. Für die Wohnungen in älteren Häusern gaben 90,98 % bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens für Miete aus, für die Wohnungen in neueren Häusern dagegen nur 80,63 %. Bei der stärkeren Differenzierung des Mietsprozentsatzes, wie sie die Tabelle zeigt, tritt der Unterschied noch schärfer hervor. Bis zu 20 % des Einkommens für Miete auszugeben gilt im allgemeinen als normal. Der weitaus größte Teil der eben betrachteten Fälle entspricht auch diesem Satz. Mehr als 20 bis 25 % ihres Einkommens gaben für Miete aus in den älteren Häusern 7,02 %, in neueren 15,28 %, in sämtlichen

¹ Das bedeutet also Anwendung der individualisierenden Methode, wenngleich auch im einzelnen etwas von der nach Seutemann abweichend.

Der Mietsprozentfuß vom Einkommen bei (verheirateten) Arbeitern in Wohnungen (2—4 Räume) der äußeren Südstadt.

Prozentfuß der Miete vom Einkommen	Die Gebäude sind erbaut										Insgesamt				
	in den Jahren 1901—1910					in früheren Jahren									
	a	b	c	d	zusammen	a	b	c	d	zusammen					
Absolute Zahlen:															
bis 10 %	26	6	—	1	33	88	27	4	3	122	114	33	4	4	155
11—15 %	185	88	15	8	296	409	248	25	5	687	594	336	40	13	983
16—20 %	243	144	47	23	457	229	174	48	19	470	472	318	95	42	927
21—25 %	86	94	33	16	229	56	59	33	14	162	142	153	66	30	391
über 25 %	23	60	49	29	161	16	23	24	20	83	39	83	73	49	244
Zusammen:	563	392	144	77	1176	798	531	134	61	1524	1361	923	278	138	2700
Relative Zahlen:															
bis 10 %	4,62	1,53	—	1,30	2,81	11,03	5,09	2,98	4,92	8,00	8,38	3,58	1,44	2,90	5,74
11—15 %	32,85	22,45	10,41	10,39	25,17	51,25	46,70	18,66	8,20	45,08	43,64	36,40	14,39	9,42	36,41
16—20 %	43,16	36,73	32,64	29,87	38,86	28,70	32,77	35,82	31,15	30,84	34,68	34,45	34,17	30,43	34,33
21—25 %	15,28	23,98	22,92	20,78	19,47	7,02	11,11	24,63	22,95	10,63	10,43	16,58	23,74	21,74	14,48
über 25 %	4,09	15,31	34,03	37,66	13,69	2,00	4,33	17,91	32,78	5,45	2,87	8,99	26,26	35,51	9,04
Zusammen:	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Zu den Kosten der Miete tragen bei: a) der Haushaltungsvorstand allein, b) außerdem Familienangehörige, c) außerdem Zimmermieter oder Schlafgänger, d) außerdem Familienangehörige und Zimmermieter oder Schlafgänger.

10,43 % der untersuchten Fälle. Darüber hinaus spielen nur noch die Ausgabenfäße 26 bis 30 % eine Rolle (1,75 % der Wohnungen in älteren, 3,38 % der Wohnungen in neueren Häusern, 2,43 % aller Wohnungen). Nur für zwei Wohnungen in älteren und vier Wohnungen in neueren Häusern war ein noch höherer Mietsprozentsatz zu bemerken, doch ließ sich leider die Ursache nicht mehr feststellen. In rund einem Drittel der untersuchten Wohnungen trugen auch die erwerbstätige Ehefrau oder erwachsene Kinder zu den Kosten der Miete bei (Spalte b), so daß wohl eine bessere, d. h. größere und teurere Wohnung genommen werden konnte. Da der Mietsprozentsatz stets nur auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes bezogen ist, verschieben sich die Angaben rechnerisch zuungunsten des Mieters. Bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens gaben für Miete aus in den älteren Häusern 84,56 %, in neueren 60,72 %, in sämtlichen Häusern 74,43 % der entsprechenden Fälle.

Die Wohnungen mit Zimmermieter oder Schlafleuten sind danach unterschieden, ob neben dem Haushaltungsvorstand noch Familienmitglieder zur Miete herangezogen werden oder nicht. Im Falle c (Familienmitglieder tragen nichts bei) zahlten bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens in älteren Häusern 57,46 %, in neueren 43,06 %, in sämtlichen Häusern 50,00 % der Fälle. Betrachten wir endlich noch die Spalte d (neben dem Haushaltungsvorstand tragen auch Familienangehörige zu den Kosten der Wohnung bei, zusammen mit Zimmermieter oder Schlafleuten). Hier zahlten bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens an Miete in den älteren Häusern 44,26 %, in neueren 41,56 %, in sämtlichen Häusern 42,75 % der entsprechenden Fälle.

Man erkennt also deutlich, daß der Prozentsatz der Haushaltungen, die höchstens bis ein Fünftel ihres Einkommens für Miete ausgaben, von Gruppe zu Gruppe abnimmt, und zwar in neueren Häusern stärker als in den älteren, in denen die Wohnungen im allgemeinen niedriger im Preise sein dürften, wenn wir einen geringeren Mietsprozentsatz damit identifizieren können. In immer stärkerem Maße werden neben dem Haushaltungsvorstand noch weitere Personen zur Befreiung der Wohnungskosten herangezogen, bis schließlich die erwachsenen Familienangehörigen, Zimmermieter und Schlafgänger helfen müssen, den Mietpreis mit dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes in Einklang zu bringen. Die Ursache mag zu einem Teile daran liegen, daß der Haushaltungsvorstand nicht imstande ist, mit seinem Ein-

kommen allein auch nur die billigste Wohnung mieten zu können, zum anderen Teile aber darin, daß seinem Einkommen angemessene Wohnungen fehlen und er eine größere, teurere Wohnung beziehen muß, vielfach dürften aber auch beide Momente zusammenwirken. Da der Mietpreis nur auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes allein bezogen werden konnte, tritt die Verschiebung also in den Mietsprozentsätzen von Gruppe zu Gruppe immer stärker hervor.

Die eben besprochenen Hilfsmaßnahmen sind natürlich im allgemeinen Interesse nicht wünschenswert. Sie sind ein deutlicher Beweis, daß es an preiswerten Wohnungen für die Arbeiterbevölkerung fehlt. Am besten ist es, wenn der Haushaltungsvorstand allein für die Kosten der Wohnung aufkommen kann oder wenigstens nur erwachsene Kinder ihn dabei unterstützen. Muß die Ehefrau durch eigenen Erwerb zu den Wohnungskosten beitragen, so liegt die Gefahr einer unsauberen, ungemütlichen Wohnung sehr nahe. Das überhandnehmende Schlafgänger- und Untermieterwesen aber bringt schwere Schäden mit sich, besonders in Fragen der Hygiene und Moral. Am stärksten tritt dies in Arbeiterwohnungen mit ihren engen Räumlichkeiten zutage, weniger in den geräumigeren Wohnungen der übrigen Bevölkerungsklassen, wenn auch hier starke Mißstände vielfach zu verzeichnen sind¹.

Nach der Zählung vom 1. Dezember 1905 hatten von allen Haushaltungen 14,56 % Teile der Wohnung an Zimmermieter und Schlafgänger weiter vermietet, und zwar waren es vorwiegend kleinere Wohnungen, in denen Untermieter gefunden wurden. Der Mietpreis betrug in 19,32 % aller Fälle nicht über 150 Mk. und in 40,57 % der Fälle 150 bis 300 Mk. Hervorgehoben zu werden verdient allerdings, daß die Schlafleute in Chemnitz vielfach in Bodenkammern schlafen, also getrennt von der Familie des Haushaltungsvorstandes. Bei mehr als der Hälfte aller Wohnungen mit Untermietern waren zum Schlafen benutzte Bodenkammern vorhanden.

Wenn wir im folgenden noch auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse eingehen, so kann es sich nur um wenige Bemerkungen handeln, welche die obigen Ausführungen ergänzen. Nach der Zählung von 1905 entfielen von 1000 Wohnungen auf solche mit 1—3 Räumen 714,18, 4—5 Räumen 212,33 und 6 und mehr Räumen 73,49. Die

¹ Leider bringen nur die WmZ.-Rechnungen Angaben über Einnahmen durch Untervermietung (in 3 von 26 Rechnungen); bei den HM.-Rechnungen sind diese Einnahmeposten nicht getrennt angegeben.

Verteilung über die einzelnen Stadtteile ist nahezu gleichmäßig, nur die innere Stadt, der Raßberg und das Stollberger Viertel weisen eine beträchtliche Zahl größerer Wohnungen auf, während sich die Stadtteile Sonnenberg, Gablenz und Kappel mit dem höchsten Prozentsatz 1—3räumiger Wohnungen als die hauptsächlichsten Arbeiterviertel hervorheben. Auf die Wohnungen mit nicht mehr als 3 Räumen entfielen dabei 66,4 % der gesamten Wohnbevölkerung. Hierbei sind jedoch die zu Schlafzwecken tauglichen Bodenräume nicht mitgerechnet worden. Geschieht dies, so verringert sich die Prozentzahl der Wohnungen mit 1—3 Räumen auf 64,01 % und die ihrer Bewohner auf 55,5 %. Die Zahl der Bewohner, die durchschnittlich auf einen Raum kamen, betrug dann in den kleinen Wohnungen 1,48, ohne Berücksichtigung der zum Schlafen benutzten Bodenräume würde sie sich auf 1,63 stellen.

Über die Dichteverhältnisse läßt sich folgendes sagen: Die Zunahme der Wohnhausdichte in Chemnitz (durchschnittliche Zahl der Bewohner, die auf ein Wohnhaus kommen), die wir feststellen konnten, bedeutet an sich keine Verschlechterung in hygienischer Hinsicht, denn es werden jetzt größere Häuser mit mehr Wohnungen gebaut als früher. Die ständige Abnahme der Wohnungsdichte in Chemnitz (durchschnittliche Zahl der Bewohner, die auf eine Wohnung kommen) ist vom Standpunkt der Wohnungshygiene aus als ein erfreuliches Zeichen anzusehen, wenn auch die allgemeinen Zahlen nicht viel besagen, da sie immerhin große Unterschiede verdecken, die erst bei einer Gliederung der Wohnungen nach der Zahl der Zimmer ans Licht kämen. Doch fehlen darüber meist Angaben, ebenso wie auch über die Zimmerdichte, im allgemeinen würde man aber sicher auch hier eine Abnahme feststellen können¹.

Es bleibt uns nun nur noch übrig, auf die Wohnungsverhältnisse einzugehen, wie sie sich aus den Chemnitzer Haushaltsrechnungen ergeben. Die WmZ.-Rechnungen schließen in die Ausgaben für Wohnung und Haushalt mit ein die Kosten für Ziergarten und Zimmerpflanzen, Einrichtung, Instandhaltung und Reinigung der Wohnung, wenngleich diese auch minimal sind (Textteil zu den WmZ.). Die Ausgaben für die Wohnungen schwanken zwischen 130 und 572 Mf., die durchschnittliche Ausgabe beträgt 239,70 Mf., das sind 12,9 % der durchschnittlichen

¹ Z. Sächs. St. B. 1901 S. 207. Zum Teil sind auch in den älteren Jahrgängen dieser Zeitschrift Angaben gemacht worden, ebenso in den älteren Mitteilungen des Chemnitzer Statistischen Bureau's.

Gesamtausgabe. Gliedern wir die Haushaltsrechnungen nach 3 Ausgabenstufen und berechnen für jede die durchschnittliche Ausgabe für Wohnung und Haushalt und ihr Verhältnis zu der durchschnittlichen Gesamtausgabe in dieser Stufe, so erhalten wir folgende Tabelle:

Stufe I	Stufe II	Stufe III
206,12 Mf.	212,03 Mf.	320,73 Mf.
= 15,0 %	= 11,8 %	= 13,1 %

Der Mietsprozentfuß erscheint hiernach in allen Stufen normal, am kleinsten in der zweiten Stufe.

In den *H.M.*-Rechnungen waren wohl die Mietpreise für jede Wohnung einzeln angegeben, der tatsächlich gemachte Aufwand aber mit den Ausgaben für Steuern und Dienstleistungen verschmolzen. Die wirklich gezahlte Miete entspricht nun dem Mietpreis der Wohnung nicht immer. *Z. B.* war bei einem Haushalt als Mietpreis 200 Mf. angegeben, die Ausgaben für Miete, Steuern und Dienstleistungen in diesem Haushalt betrugen aber nach der Aufzeichnung nur 197,84 Mf., also etwas weniger. Nehmen wir indessen einmal an, daß der gezahlte Mietpreis mit dem angegebenen Mietpreis identisch ist (vernachlässigen wir also auch die eventuellen Beiträge zu den Kosten der Miete durch Untervermietung), und führen wir dieselbe Rechnung für die Mietpreise wie vorhin durch, so ergibt sich folgendes:

Stufe I	Stufe II	Stufe III
168,25 Mf.	249,75 Mf.	246,57 Mf.
= 11,4 %	= 13,9 %	= 10,7 %

Auch hiernach erscheinen die Mietsprozentfüße in allen Stufen normal, am höchsten steht der der zweiten Stufe. Für sämtliche *H.M.*-Rechnungen stellt sich der durchschnittliche Mietpreis auf 220,43 Mf. und der Mietsprozentfuß auf 12,0 %.

Es läßt sich jedenfalls aus keiner der beiden Stufenreihen irgendeine Gesetzmäßigkeit für die Höhe des Mietsprozentfußes erkennen. Die Anzahl der untersuchten Fälle ist zu gering, und eine Kombination der *H.M.*- und *Wm.F.*-Rechnungen ist infolge der verschiedenen Bearbeitung nicht gut möglich. Immerhin weichen die durchschnittlichen Kosten für Wohnung und Haushalt aus sämtlichen *Wm.F.*-Rechnungen von dem durchschnittlichen Mietpreis aus sämtlichen *H.M.*-Rechnungen nicht allzu sehr ab. Beide entsprechen ungefähr dem durchschnittlichen Mietpreis einer Wohnung mit 3 Räumen (2 heizbaren Zimmern) in den Jahren 1907/08.

Weitere wichtige Einzelheiten über die Wohnungsverhältnisse fehlen leider in den Wirtschaftsrechnungen. Bei den HM.-Rechnungen finden sich nur noch Angaben über die Größe und Lage der Wohnung vor. Von den 23 Wohnungen lagen 13 an der Peripherie, 7 in Vororten und nur 3 in der Stadt selbst. Der Größe nach waren es eine Wohnung mit 1 Zimmer, 11 Wohnungen mit 2 Zimmern, davon hatten 3 Wohnungen außerdem eine Küche, 9 Wohnungen mit 3 Zimmern (davon 7 mit Küche außerdem) und 2 Wohnungen mit 4 Zimmern nebst Küche.

Die Anzahl der Wohnungen ist aber zu gering, als daß eine Kombination der Mietpreise mit der Größe und Lage der Wohnungen irgendwelche nennenswerten Ergebnisse zeitigen könnte.

Bei den WmF.-Rechnungen waren schließlich unter den Einnahmen auch die aus Untervermietung erzielten getrennt angegeben, doch hatten nur 3 von diesen 26 Rechnungen solche zu verzeichnen. Sie betrugen 8,00 Mk. bei einer Ausgabe für Wohnung und Haushalt von 254,04 Mk., also rund 3 % davon, weiter 14,50 Mk. bei einer Ausgabe von 183,93 Mk. (rund 8 % davon) und schließlich 156,00 Mk. bei einer Ausgabe für Wohnung und Haushalt von 348,23 Mk., also rund 45 % davon. Von einer Bedeutung sind sie also nur im dritten Falle gewesen. Diese Haushaltung weist allerdings auch die größte Personenzahl auf, 8 Erwachsene und 2 Kinder, kann also nicht als typisch gelten.

Bei den WmF.-Rechnungen sind in den Ausgaben für Haushalt und Wohnung auch die Kosten für Einrichtungsgegenstände, Instandhaltung und Reinigung der Wohnung enthalten. Daß die Benutzung bereits früher gekaufter Einrichtungsgegenstände eben auch einen Gewinn vorstellt, der im Sinne Schnapper-Arndts bei der Aufstellung von Wirtschaftsrechnungen mit in Rücksicht gezogen werden müßte, damit kann man sich im Prinzip wohl einverstanden erklären. In den Haushaltsrechnungen fehlen aber Einzelangaben über die Beschaffungskosten und den Gebrauchswert des gesamten Mobiliars und der sonstigen Haushaltsgegenstände, wie sie z. B. das Statistische Amt der Stadt Dresden für solche Rechnungen erhoben hat, vollständig, so daß sich eine spezielle Betrachtung erübrigt. Für eine allgemeine Untersuchung der Preissteigerung der verschiedenen Wohnungseinrichtungsgegenstände erscheint es angebracht, auf die dazu nötigen Rohstoffe einzugehen, also auf die Bewegung der Holz- und Metallpreise, die in den letzten Jahren infolge des zunehmenden Bedarfes gleichfalls

gestiegen sind ¹. Die Preise für Holz sind besonders infolge der starken Zunahme der Zellulosefabrikation erhöht worden, denn es wird jetzt mehr Holz geschlagen als nachwächst. Trotz Einschränkung des Holzverbrauchs für Heiz- und Bauzwecke werden die Preise daher noch weiter steigen. Ebenso werden natürlich auch die Möbel eine Preissteigerung erfahren haben (G l i e r, a. a. O. S. 541 ff.), da außerdem die Arbeitslöhne gestiegen und die Ansprüche der Bevölkerung immer größer geworden sind. Die gewöhnlichen Haushaltungs-, Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände, die besonders für die unteren Klassen in Frage kommen, können aber andererseits infolge der Fortschritte der Technik und der Massenfabrikation zunehmend billiger hergestellt werden. Zahlreiche Gegenstände haben dadurch erst in den Haushalt der Arbeiterbevölkerung Eingang gefunden oder doch im Gebrauch eine größere Ausdehnung erfahren (T h i e m e, a. a. O. S. 56).

Über die Kosten der Heizung und Beleuchtung ist schließlich noch folgendes zu bemerken: Im Durchschnitt aller Chemnitzer Haushaltungsrechnungen betrugen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung rund 5 % der Gesamtausgaben. Eine Trennung beider Ausgaben dürfte nur schwer möglich sein, da z. B. Gas, Spiritus und Petroleum sowohl zu Leucht-, als auch zu Heiz- und Kochzwecken verwendet werden.

Die Kohlenpreise ² werden in der Regel jährlich zweimal festgesetzt, und man unterscheidet darnach Sommer- und Winterpreise, von denen die letzteren immer höher stehen. Nach den mir durch das Statistische Amt der Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellten Angaben betrugen in einer größeren Anzahl Chemnitzer Kohlengeschäfte die Preise für Kohle (Winterpreise):

Jahr	Steinkohlenwürfel pro 50 kg in Pf.		Braunkohlenbriketts pro 100 St. in Pf.
	Größe I	Größe II	
1890	110	115	1890 : 60
1900	120	125	1900 : 55
1912	140	150	1912 : 65
			am 1. April
			1913 : 60
			(Sommerpreis)

¹ Die jeweiligen Reinerträge für 1 km Verbholz aus den Staatswäldungen, wie sie nach Mitteilungen des kgl. Sächs. Finanzministeriums in den St. J. Rg. S. (zuletzt 1913 S. 119) veröffentlicht werden, besagen in ihrer Allgemeinheit zu wenig, als daß sie einen Anhalt für die Bewegung der Holzpreise geben könnten.

² Einzelheiten über Kohlenproduktion usw. siehe B a l l o b a. a. O. S. 178.

Die Preise der Steinkohlen zeigen eine Steigerung von rund 30 %, bei den Braunkohlenbriketts kann man von einer Steigerung kaum sprechen. Die Ursache dürfte in der stärkeren Ausdehnung der Braunkohlenbrikettfabrikation in den letzten Jahren liegen.

Eine allgemeine Bedeutung haben diese Zahlen jedenfalls nicht, da auch bei Kohle sehr verschiedene Qualitäten mit entsprechenden Preisen anzutreffen sind und eine Berechnung der Preissteigerung auf Grund der Angaben von nur zwei Jahren ohne Rücksicht auf die zwischenliegenden Jahre immer gewagt erscheinen muß, doch konnten wir trotz vieler Bemühungen kein weiteres Material über Kohlenpreise erlangen.

Über die Kosten der Beleuchtung, besonders die Petroleumpreise¹, konnten wir gleichfalls kein Preismaterial erhalten, doch dürften sie im Laufe der Jahre kaum nennenswerte Steigerung erfahren haben, da durch die starke Entwicklung der Gas- und Elektrizitätserzeugung die übrigen Beleuchtungsmittel mehr und mehr verdrängt werden und nur noch konkurrieren können, wenn sie im Preise niedrig stehen. Die Umwandlung auf dem Gebiete der Beleuchtung geht unaufhaltsam weiter. Schon heute haben die Elektrizitätswerke in mehreren Städten (darunter Straßburg und Bremen) durch ihre Maßnahmen bewiesen, daß es sehr wohl möglich ist, auch in den Wohnungen minderbemittelter Klassen die Petroleumbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen, und zwar ohne daß dadurch die Ausgaben für Beleuchtung erhöht werden, eine Tatsache, die vom Standpunkt der Wohnungshygiene wie auch im Interesse der Feuerficherheit nur mit Freude begrüßt werden kann². Wenn diese Umwandlung weiter fortschreitet, dann dürfte die Gefahr der Vertruftung des Petroleumhandels an Bedeutung verlieren, denn dann steht dem Petroleumhandel schließlich nur noch die wirtschaftlich kräftigere und geschlossenere Masse der Unternehmer gegenüber, die das Petroleum weiter in ihren Fabrikbetrieben gebrauchen und durch Zusammenschluß weit eher imstande sind, einen Druck auf die Preise auszuüben, als es die kleinen Konsumenten vermögen. Ob aber dann nicht am Ende statt der Petroleumvertruftung eine neue Gefahr in Gestalt des Elektrizitätsmonopols

¹ Über Petroleumgewinnung usw. siehe Ballod, a. a. O. S. 194.

² Vgl. dazu den Vortrag von W i f a n d e r über „Elektrizität und Wohnungshygiene“ im Bericht über den III. Internationalen Wohnungshygiene-Kongreß in Dresden vom 2. bis 7. Oktober 1911 S. 352 ff.

heraufbeschworen wird, das ist eine andere Frage, die wir hier nicht weiter verfolgen können, die aber von den Regierungen im Auge behalten werden sollte, damit frühzeitig genug Maßnahmen dagegen getroffen werden können.

Dritter Abschnitt.

Sonstige Lebensbedürfnisse.

Die folgenden Betrachtungen sind mehr allgemeiner Natur und sollen nur als Ergänzung unserer bisherigen Untersuchungen dienen, eine zahlenmäßige Beweisführung ist nicht gut möglich.

Neben den Ausgaben für Nahrung und Wohnung kommen in erster Linie noch die Kosten der Bekleidung in Betracht. Im Durchschnitt der Chemnitzer WmZ.-Rechnungen nahmen sie 12,5 % der Gesamtausgaben ein. Gliedern wir diese Wirtschaftsrechnungen nach den drei Ausgabenstufen, wie wir es schon einmal getan haben, so finden wir, daß der Prozentanteil der Ausgaben für Bekleidung (einschließlich Wäsche, Bettzeug und Reinigen von Kleidern und Wäsche) mit dem Steigen der Gesamtausgaben wächst. Das Steigen des Einkommens ermöglicht also hiernach eine bessere Befriedigung des Kleidungsbedürfnisses. Aus den Chemnitzer H.M.-Rechnungen ist dieser gesetzmäßige Verlauf nicht zu erkennen. Dies mag zum Teil an der geringen Anzahl der Rechnungen liegen, zum andern Teil an der Art der Aufbereitung (siehe Textteil der H.M.). Die Ausgaben für Kleidung, Neuanschaffungen und Reparaturen sind hierbei zusammengefaßt worden, die Bearbeitung des Materials hat aber gezeigt, daß es besser gewesen wäre, die Ausgabeposten „Kleidung“ und „Neuanschaffungen“ zu trennen, da die Ausgaben für die Beschaffung von Hausrat viel erheblicher sind, als angenommen worden war. Dieser Posten gehört zu den Ausgaben für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, wie es auch die WmZ.-Rechnungen erkennen lassen, wenn man ihn nicht schließlich selbständig anführen will. In einem großen Teile dieser Haushaltungen befindet sich nur ein ganz bescheidenes Meublement, und es wird jeder Versuch gemacht, um die Wohnung auszustatten und gemüthlicher zu gestalten. Allerdings ist das meist nur in beschränktem Umfange möglich, die Einkommensverhältnisse lassen größere Aufwendungen für diesen Zweck nicht zu. Daher ist auch die Anschaffung eines größeren Hausratstückes oder eines größeren neuen Kleidungs-

stückes in vielen Familien ein Ereignis. Eine solche Anschaffung greift in den meisten Fällen derartig in das Budget ein, daß fühlbare Einschränkungen auf anderen Bedürfnisgebieten notwendig sind, um einen Ausgleich herbeizuführen (HM. S. 31).

Beide Arten von Haushaltsrechnungen beziehen sich nun auf dieselbe soziale Bevölkerungsklasse. Sollte da nicht der scheinbar gesetzmäßige Verlauf des Anteils der Ausgabe für Kleidung bei den WmZ.-Rechnungen mehr auf Zufälligkeiten beruhen, da die Anzahl der Rechnungen zu gering ist? Wir sind eher geneigt, das letztere anzunehmen. Die Ausgaben hierfür kehren nicht mit derselben Regelmäßigkeit wieder und unterliegen stärkeren Schwankungen. Der für ein einziges Jahr berechnete Aufwand für Kleidung, wie er aus unseren Wirtschaftsrechnungen zu erkennen ist, kann kaum als Maßstab für das Kleidungsbedürfnis angesehen werden, wenigstens nicht bei solchen Rechnungen für minderbemittelte Klassen. Eher wird es der wohlhabenderen Bevölkerung möglich sein, jährlich eine im voraus bestimmte Geldsumme für die Neuanschaffung von Kleidung zu verwenden. Das Bekleidungsbedürfnis ist jedenfalls so individuell, daß es nicht möglich ist, aus der Tatsache einer Verteuerung der Kleidung im allgemeinen ohne weiteres auf einen vergrößerten Aufwand für Kleidung in jeder Haushaltung zu schließen, selbst wenn man diese Verteuerung zahlenmäßig erfassen könnte. Die einen schonen ihre Sachen mehr und können sie daher länger tragen, oder sind anspruchsloser und legen weniger Wert auf ihr Äußeres als andere. Eine sparsame und geschickte Hausfrau wird die allmähliche Degradation eines Kleidungsstückes vom Sonntagsgewand zum unscheinbaren Alltagskleid und noch weiter verlangsamen können. Ihren fleißigen Händen wird es gelingen, aus noch brauchbaren Teilen von Kleidungsstücken der Eltern Kleider für die Kinder anzufertigen. Nachlässige Hausfrauen werden umgekehrt zu einer schnelleren Abnutzung der Kleidung beitragen. In den Kreisen der ärmeren Bevölkerung werden neue Kleidungsstücke nur in dringend notwendigen Fällen angeschafft. Es kann so vorkommen, daß die Ausgaben dafür in dem einen Jahre relativ sehr hoch zu stehen kommen, im folgenden wieder geringfügig sind. So dürften sich diese großen Unterschiede in den Ausgaben erklären lassen, die wir bei den HM.-Rechnungen vorfinden.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den besserbemittelten Klassen. In früheren Jahren legte man wohl auch hier größeren Wert

auf eine dauerhafte Kleidung. Die guten, wenn auch teureren Stoffe, die sich länger tragen ließen, waren in Wahrheit die billigsten. Mit der Zeit haben sich aber die Anschauungen sehr geändert, die Mode gewann mehr und mehr an Bedeutung. Stoff und Schnitt der Kleidung sind heute einem viel schnelleren Wechsel unterworfen als früher. Viele kümmern sich nicht darum, ob der Ankauf eines neuen Kleidungsstückes unbedingt nötig ist, sondern kaufen ständig neue Kleider, um ja nicht in den Augen der lieben Mitmenschen als unmodern zu gelten. Was gerade am modernsten ist, ist natürlich am teuersten und muß oft weit über dem normalen Wert bezahlt werden. Hierzu kommt aber noch ein anderes Moment, dessen Ursache sich zum Teil auf den raschen Modenwechsel zurückführen läßt. Vielen liegt gar nichts mehr an einer großen Dauerhaftigkeit der Stoffe, denn sie tragen die Kleider nur, solange dieselben als modern gelten. Sind sie unmodern geworden, dann sind sie in ihren Augen wertlos. Sie ziehen daher die Billigkeit der Güte des Stoffes vor, und der geschäftsfundige Fabrikant trägt dem Rechnung, indem er billigere, aber schlechtere und weniger gut haltbare Kleiderstoffe anfertigt¹. Betrachten wir die Reverso dazu, so läßt sich zwar sagen, daß heute mehr denn je auch den minderbemittelten Klassen die Möglichkeit gegeben ist, ihr Kleidungsbedürfnis leichter zu befriedigen, wenn sie weniger darauf Wert legen, nach neuester Mode gekleidet zu sein (was allerdings auch bei ihnen, zumal beim weiblichen Geschlecht durchaus keine Seltenheit mehr ist), denn gegen das Ende der einzelnen Modeperioden erfolgen immer große Preisrückgänge. Die Geschäftsinhaber sind dann bemüht, durch „Ausverkäufe wegen vorgerückter Saison“ ihre Lager so schnell wie möglich von den „unmodernen“ Waren zu räumen, um den Erscheinungen der „neuesten Mode“ Platz zu machen, und verkaufen daher zu äußerst niedrigen Preisen. Zumal in den Monatsgarderobegeschäften stehen die Preise dann sehr niedrig, oft sind dann ganze Anzüge zu bedeutend niedrigeren Preisen zu haben, als es vor 20 Jahren noch möglich war.

¹ Diese Bestrebungen, immer nach der neuesten Mode gekleidet zu sein, haben bereits dazu geführt, die Kleidung nicht mehr zu kaufen, sondern nur zu mieten und nach einmonatlichem Gebrauch gegen neue umzutauschen, wofür dem betreffenden Bekleidungsgeschäft ein bestimmter Jahresbetrag gezahlt wird. Man kann dieses System der Monatsgarderoben mit dem einer Mietbücherei vergleichen, bei der man ein Jahresabonnement nimmt unter der Bedingung, stets nur ungebrauchte Bücher zum Lesen zu erhalten.

Aber die Qualität ist nicht dieselbe geblieben, die jetzigen Stoffe besitzen kaum diese Haltbarkeit, die Kleider weisen nicht immer diese sorgfältige und dauerhafte Arbeit auf wie in früheren Jahren. Eine Verbilligung des Kleidungsbedürfnisses hat also durch jene zunehmende Verwendung billiger Stoffe kaum stattgefunden. Ihre geringe Haltbarkeit zwingt zu häufigerem Wechsel, erfordert eine größere Anzahl von Kleidungsstücken, und wenn auch vielleicht der Stoff dafür insgesamt im Preise nicht höher steht, als früher für ein einziges Kleid aus gutem, teurem Stoffe, so ist doch infolge des mehrmals zu zahlenden Arbeitslohnes, der zudem im Laufe der Zeit gestiegen ist, eine Verteuerung eingetreten.

Aus diesen Betrachtungen läßt sich wohl erkennen, daß die Preise für die Rohstoffe nicht den ausschlaggebenden Einfluß auf die Preise der Fertigwaren haben können. Von den Rohstoffen der Textilindustrie kommen besonders in Betracht Baumwolle, Wolle und Seide, deren Preise das Kaiserliche Statistische Amt seit einer längeren Reihe von Jahren veröffentlicht¹.

	Wolle I	Wolle II	Wolle III	Baum- wolle	Baum- wollgarn	Kattun	Leinen- garn	Roh- seide
	Preis pro 100 kg in Mart. Leipzig, Samstag April 1. A.	Preis pro 100 kg in Mart. Bremen, Buenos Aires 1. gewaschen	Preis pro 100 kg in Mart. Berlin, norddeutsche Schiff., mittel	Preis pro 100 kg in Mart. Bremen, Widdling upland	Preis pro Kilogramm in Mart. Krefeld, engl. Nr. 40—120, 2 fach gefärbt	Preis pro Meter (90 cm breit) in Pfennigen. Mülhausen i. G.	Preis pro Kilogramm in Mart. Krefeld, engl. Nr. 30 Faden-garn	Preis pro Kilogramm in Mart. Krefeld, ital. Organin 18/20.
1889—1893	449,3	359,7	264,1	96,6	4,37	22,7	1,95	51,8
1894—1898	364,2	292,9	225,8	73,0	3,90	20,2	1,84	41,5
1899—1903	460,3	362,8	274,0	92,9	4,79	21,0	2,07	47,3
1904—1908	490,6	398,9	324,9	112,8	6,10	26,1	2,45	49,6
1909—1912	517,2	413,6	339,8	131,6	6,59	24,9	2,39	45,6

(Die Angaben beruhen auf den B. j. St. d. D. R. und St. J. f. d. D. R.)

Bis in die 90er Jahre hinein zeigen die Preise die bekannte Depression. Es ist die Zeit der Erschließung bisher unkultivierter Gegenden mit ihren billigen Produktionskosten. Das Angebot an Rohstoffen stieg gewaltig an, die Preise sanken und die Textil-

¹ Bezüglich der Gewinnung der einzelnen Rohstoffe siehe B a l l o d, a. a. D. S. 163 ff.

industrie gewann immer mehr an Ausdehnung. Der Verbrauch an Textilerzeugnissen nahm zu. Ob nun in diesem stärkeren Angebot in billigen Fertigwaren eine Ursache zum rascheren Wechsel der Mode mit liegen mag oder ob erst durch diesen Wechsel der stärkere Verbrauch veranlaßt wurde, wollen wir dahingestellt sein lassen, eine Wechselwirkung ist jedenfalls nicht zu verkennen. Nun aber trat der Umschwung ein. Mit der wachsenden Ausdehnung der Textilindustrie stieg der Bedarf an Rohstoffen immer stärker an, die Produktion konnte dem nicht mehr völlig Rechnung tragen. Es kam der Mangel an Arbeitskräften hinzu, der die Arbeitslöhne erhöhte, zudem nutzten die Produzenten die Marktlage immer mehr zu ihren Gunsten aus. Die Rohstoffpreise stiegen stark an. Gegenüber dem Tiefstand der Jahre 1894/98 wies der Preis für Baumwolle im Durchschnitt der Jahre 1909/12 eine Steigerung von rund 80 %, für Wolle eine solche von 40—50 % auf. Entsprechend sind die Baumwollgarne um 70 % gestiegen. Rohseide zeigte in den 90er Jahren gleichfalls eine Preisdepression, die Preise stiegen dann aber nur bis zur Periode 1904/08 (Steigerung von etwa 20 % gegenüber 1894/98) und sind seitdem wieder gesunken. Einen ähnlichen Verlauf haben auch die Preise für Leinengarn genommen.

Die Steigerung ist indessen nicht gleichmäßig vor sich gegangen, besonders nicht bei den Baumwollpreisen. Wiederholt ist hier einem Steigen um 50 % in kurzer Zeit ein ebenso starkes Sinken gefolgt. Solche Schwankungen können natürlich nicht ohne Einfluß auf die Geschäftslage der Textilindustrie bleiben, als Beispiel möchten wir nur die augenblicklichen schwierigen Geschäftsverhältnisse der Chemnitzer Aktienspinnerei anführen. Die Ursachen dieser Schwankungen sind auf die Spekulation zurückzuführen, die gerade beim Baumwollhandel eine große Rolle spielt. Aber wir müssen hier unterscheiden. Die plötzliche Steigerung bei der Baumwolle kann als Ausfluß der Spekulation betrachtet werden, wenngleich diese vielfach nur eine Folgeerscheinung hoher Preise ist. Dauernd kann aber keine Spekulation auf die Preise einwirken. Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts findet ihre Ursache nicht in der Spekulation, sondern in dem zunehmenden Mißverhältnis zwischen Konsumtion und Produktion. Die Produktion entspricht nicht mehr dem gewaltig gesteigerten Bedarf an Rohstoffen. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei der Wolle. Je mehr ein Gebiet von der extensiven Wirtschaft abgeht, abzugehen gezwungen ist, desto

mehr wird die Schafzucht eine Einschränkung erfahren, desto weniger genügt die Produktion dem steigenden Bedarf¹.

Wie steht es nun mit den Preisen für Fertigwaren, ist es den Fabrikanten gelungen, die Preissteigerung der Rohprodukte völlig auf die Konsumenten abzuwälzen? Die Lösung dieser Frage stößt auf große Schwierigkeiten, denn die Untersuchung von Preisbewegungen ist nur möglich, wenn man kontinuierliche Preisreihen feststellen kann. Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht nun die Preise für Kattun nach den Berichten der wichtigsten deutschen Erzeugungsorte (Mülhausen i. E. und München=Gladbach). Gegenüber anderen Kleiderstoffen sind die Qualitätschwankungen bei dieser Fertigware nur gering, so daß die Preisangaben für Kattun einen gewissen Anhalt für die Beurteilung der Preisbewegung der Fertigwaren geben können. Die Preise für Kattun zeigen nun in den 90er Jahren gleichfalls eine Depression, sind aber seitdem weniger stark gestiegen als die ihres Rohstoffes Baumwolle. Sie scheinen im Laufe der letzten Jahre sogar wieder gesunken zu sein, falls nicht die Ursache in einer Qualitätsveränderung zu suchen ist. Jedenfalls ist die Preissteigerung der Fertigwaren geringer als die des Rohstoffes gewesen, und das scheint nach den eingezogenen Erkundigungen auch für andere Fertigwaren zuzutreffen, wie es auch *Thieme* (a. a. O. S. 58) für Halle angibt. Die Ursachen dürften in einer Erniedrigung der Fabrikationskosten infolge Ausdehnung des maschinellen Betriebes liegen, zum andern in einem scharfen Wettbewerbe der verschiedenen Betriebe, der die Preise herabdrückt², schließlich aber auch in einer Qualitätsverschlechterung. So wurde uns von Chemnitzer Schneidermeistern mitgeteilt, daß die Tuchpreise gegenüber den 90er Jahren nur um 10—15 % gestiegen seien, die Qualität der Stoffe sich aber verschlechtert hat.

Und nun noch einige Worte zu den Preisen der Kleider selbst. Welchen Einfluß die Mode ausübt, haben wir schon erwähnt. Es ist

¹ Vgl. dazu *Glier*, a. a. O. S. 543 ff.

² In der neueren Zeit ist dieses Moment allerdings teilweise ausgeschaltet worden durch die Gründung der deutschen „Tuchkonvention“, deren Bedingungen am 1. Juni 1913 in Kraft getreten sind. Zum Zwecke einer Änderung dieser Bedingungen hat sich aber bereits im Oktober 1913 eine Interessengemeinschaft deutscher Tuchgroßabnehmer gebildet, der die Tuchgroßhändler, Tuchversender und Konfektionsfabrikanten angehören (Leipziger Neueste Nachrichten, 30. Oktober 1913).

jedenfalls nötig, einen Unterschied zu machen zwischen den Preisen für Kleider, die auf Bestellung nach Maß gearbeitet sind, und solchen, die im Konfektionsgeschäft fertig gekauft werden. Im ersten Falle haben wir es mit Qualitätsware zu tun. Es ist mit besserem Sitz, besserer Arbeit, dementsprechend höheren Löhnen und besseren Zutaten zu rechnen. Die Preise stehen daher an sich höher und sind auch im Laufe der Zeit stärker gestiegen als die für Konfektionswaren, die durch die Ausdehnung der Konfektionsgeschäfte im allgemeinen eher im Preise gesunken als gestiegen sind, gleichzeitig aber auch zur Verschlechterung der Kleidung geführt haben¹.

Ein ähnlicher Umschwung ist auch für die Fußbekleidung festzustellen. Betrachten wir zunächst einmal die Preise für die Rohstoffe, Häute und Felle, so finden wir auch hier eine Depression in den 90er Jahren wieder.

	Ripfe, Datta Preis pro 100 kg in Mart. Bremen, Ripfe, Datta, beste.	Kalbfelle Preis pro 100 kg in Mart. Frankfurt a. M.
1889—1893	179,3	270,6
1894—1898	168,7	258,0
1899—1903	191,6	281,2
1904—1908	231,3	329,5
1909—1912	229,4	335,1

(Die Angaben beruhen auf den W. j. St. d. D. R. und St. J. f. d. D. R.)

Argentinien ist dafür ausschlaggebend gewesen mit seinem großen Viehreichtum. Für die enormen Abschlachtungen seiner Viehherden waren bestimmend die Verwertung der Häute und die Gewinnung von Fleischextrakt. Welches davon die primäre Ursache war, kommt für uns nicht in Betracht, jedenfalls führte die starke Häuteausfuhr zu einem Sinken der Weltmarktpreise für Häute. Dann tritt auch hier die Änderung ein. Die große Ausdehnung der Industrie, besonders auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der verschiedenen Sportbetätigungen, wir brauchen dabei nur an die Automobilindustrie

¹ Vgl. dazu besonders die Ausführungen von T h i e m e (a. a. O. S. 57 ff.), mit denen wir übereinstimmen und die wir mehrmals zur Betrachtung herangezogen haben, ebenso auch für die folgenden Teile dieses Abschnittes.

zu denken, führte zu einem gewaltig gesteigerten Lederverbrauch. Auch die beträchtlichen Vergrößerungen der Wehrmacht in den verschiedensten Ländern führten zu einem Steigen der Rüstungslieferungen und vermehrten den Lederbedarf gewaltig. Die Schlachtungen lassen sich nicht beliebig steigern, der Häuteverbrauch spielt dafür nicht einmal eine ausschlaggebende Rolle, da man das Vieh in der Hauptsache des Fleisches und nicht der Häute wegen schlachtet. Die Rohstoffproduktion konnte also dem steigenden Bedarf nicht mehr Rechnung tragen, das zeigen am deutlichsten die Verhältnisse in Argentinien, das einer wirtschaftlichen Krisis entgegensteht und bereits gesetzliche Maßnahmen gegen zu starke Abschlachtungen getroffen hat. Die Preise für Häute und Felle sind seit den 90er Jahren um rund die Hälfte gestiegen¹, und die Lederpreise sind dieser Steigerung gefolgt. Rindleder, das 1908 noch etwa 2,20 Mk. pro Pfund kostete, stand 1913 auf 3,20 Mk. für Rindleder Ia und 2,85 Mk. für Rindleder II. Sorte, wie aus den Fachzeitschriften zu ersehen ist. Die kleinen Gerbereien sind infolgedessen fast völlig verschwunden, da sie sich den veränderten Verhältnissen nicht anpassen konnten, aber selbst auf die Großgerbereien und Lederfabriken ist diese Preissteigerung nicht ohne Einfluß geblieben. Die Lederfabriken schreiben dazu: Die Aufrechterhaltung der bisherigen Produktion erfordert bei den hohen Rohwarenpreisen, den steigenden Löhnen und sozialen Lasten, sowie der Verteuerung aller übrigen Bedarfsartikel einen ganz wesentlich höheren Kapitalbedarf gegenüber demjenigen früherer Jahre. Das Betriebskapital einer Lederfabrik muß heute ungefähr um 50 % höher angesetzt werden als vor 3 oder 4 Jahren. Die Ausdehnung des Auktionswesens nimmt ebenfalls die Kapitalkraft unserer Lederindustrie stark in Anspruch. Früher: Deckung des Bedarfs beim Häutehändler, mehr oder weniger langen Kredit. Heute: Einkauf des Bedarfs auf Auktionen, bare Bezahlung, oft unter Vermittlung eines Kommissionärs.

Das starke Steigen der Lederpreise geht auch aus einer Denkschrift an den Reichstag hervor, in dem die Mehrforderungen für die Ausrüstung der Truppen an Bekleidungsgegenständen begründet werden. Die Herstellungskosten haben den Etatpreis überschritten, was weniger auf eine Steigerung der Arbeitslöhne als auf eine Erhöhung der Lederpreise zurückzuführen ist.

¹ Vgl. dazu *Glier*, a. a. O. S. 450 ff.

Es betragen:

	Die Herstellungskosten für Militär- schuhwerk in Mk.			Der Stattpreis in Mk.
	1905	1906	1907	
Infanteriestiefel	9,45	9,86	10,41	9,20
Kavalleriestiefel	12,46	13,13	14,02	12,30
Schnürschuhe	7,18	7,50	7,95	6,70
Leibriemen	3,11	3,30	4,12	3,15
Tornister	15,67	17,33	21,18	18,00
Helme	7,35	7,78	9,31	7,80

Entnommen aus: „Der Schuhmarkt“, 27. März 1913 S. 57 u. 59, Art. „Militärschuhwerk und Lederbedarf“.

Bezüglich der Preise für die Fußbekleidung müssen wir einen Unterschied machen zwischen Maßarbeit und Ladenware. Die Preise für nach Maß gearbeitete Schuhe sind stark gestiegen infolge Steigerung der Preise für Leder und Zutat und starker Erhöhung der Arbeitslöhne. Der Schuhmacher hat es hierbei mit einer Kundschaft zu tun, die hohe Ansprüche an die Qualität stellt, und muß das beste und teuerste Leder dazu verwenden, um dem Rechnung zu tragen. Die Preise für solche Schuhwaren stehen infolgedessen sehr hoch, die kaufkräftige Kundschaft dafür geht aber mehr und mehr zurück. Das selbständige Schuhmachergewerbe hat mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen und die Zahl der selbständigen Schuhmacher nimmt mehr und mehr ab. Auf der einen Seite ist ihnen ein scharfer Wettbewerb erwachsen in den reinen Reparaturwerkstätten mit Maschinenbetrieb, die die Reparaturarbeiten schneller und billiger, zum Teil zu festen Preisen liefern. Auf der anderen Seite beschleunigt die immer mehr überhandnehmende Produktion an Fabrikwaren, zum Teil auch schon für kranke Füße, den Untergang des selbständigen Schuhmachergewerbes. Mehr und mehr hat sich der Konsum der Fabrikarbeit zugewendet. Die Zahl der reinen Schuhwarengeschäfte ist ständig gewachsen, zudem werden jene Geschäfte vielfach von Schuhfabriken selbst unterhalten, der Zwischenhandel wird also dabei ausgeschlossen. An sich können ja die Schuhfabriken billiger liefern als der selbständige Schuhmacher, ohne daß die Qualität der verarbeiteten Rohmaterialien sich verschlechtern müßte. Eine Verteuerung des Schuhwerkes ist aber auch hierbei zu erkennen. Die Verkäufer von Schuhwaren zu Einheitspreisen, die sich der Aufwärtsbewegung der Preise solange widersetzt

haben, haben jetzt vielfach zwischen 12,50 Mk. und 16,50 Mk. eine Stufe von 14,50 Mk. eingelegt, und die wird nicht mehr verschwinden (G l i e r a. a. O. S. 454). Die scharfe Konkurrenz unter den Schuhfabriken und Schuhwarengeschäften hat aber andererseits wieder zu so niedrigen Preisen geführt, wie man sie vor 20 Jahren noch nicht kannte¹. Verschont kann aber weder der Fabrikant noch der Händler. Die niedrigen Preise können natürlich nur auf Kosten der Qualität zustande kommen. Es werden schlechtere Rohmaterialien, mitunter sogar Lederersatzstoffe verwendet, die Arbeit läßt an der nötigen Sorgfalt zu wünschen übrig. Die Partiewarengeschäfte kaufen auf den Auktionen wegen Konkurses oder Räumung des Lagers der Schuhfabriken große Bestände auf. Der Einfluß der Mode macht sich auch in der Schuhfabrikation in immer weiterem Maße bemerkbar mit allen ihren Neben- und Folgeerscheinungen.

Auf die sonstigen Mißstände können wir hier nicht näher eingehen, wir sehen jedenfalls, daß billiges Schuhwerk nur auf Kosten der Qualität zu kaufen ist. Die Haltbarkeit hat nachgelassen, das Schuhwerk nutzt sich schneller ab als früher. Die Billigkeit äußert sich also auch hier nicht in einer Verbilligung des Kleidungsbedarfes, sondern eher in einer Verteuerung, wie wir es schon bei den Erzeugnissen der Textilindustrie gefunden hatten. Eine zahlenmäßige Erfassung dieser Verteuerung ist zwar, wie wir gesehen haben, nicht möglich, doch dürfte sie auf die Kosten der Lebenshaltung nicht diesen Einfluß gehabt haben wie die Verteuerung der Lebensmittel und des Wohnungsbedarfes.

Wie sich die Ausgaben für die übrigen Lebensbedürfnisse im Laufe der Jahre gestaltet haben, darüber läßt sich im einzelnen kein Urteil abgeben. Fassen wir sie zusammen unter dem Gesichtspunkt der steigenden Kultur, des zunehmenden Wohlstandes und damit der vergrößerten Ansprüche an das Leben, so läßt sich im allgemeinen ein Steigen der Ausgaben für alle diese Bedürfnisse nicht verkennen, z. B. für Gesundheits- und Körperpflege, für Erziehung der Kinder, Schule und Unterricht, für die Genußmittel, für die zahlreichen geistigen und

¹ Von den Geschäften mit dem Verkaufssystem: „Einkaufspreis und 10 (bzw. sogar 5) % Gewinn“ wollen wir hierbei absehen. Vom Verdacht des unlauteren Wettbewerbs sind sie nicht ganz freizusprechen. Der unerfahrene Käufer wird diesen Gewinn als Bruttogewinn ansehen, während er in der Hauptsache nur den Reingewinn darstellt und die Geschäftskosten (Spesen, Ladenmiete, Gehälter für das Personal) im „Einkaufspreis“ enthalten sind.

geselligen Bedürfnisse, für Versicherung, Verkehrsmittel, für persönliche Dienstleistungen usw. Auf der anderen Seite haben aber die Fortschritte der Sozialgesetzgebung und der sozialen Fürsorge in immer stärkerem Maße dazu beigetragen, den minderbemittelten Klassen den Kampf ums Dasein zu erleichtern, so daß sie über die Befriedigung der dringend notwendigen Bedürfnisse hinaus auch ihrerseits Anteil nehmen können an den Segnungen der Kultur. Dies im einzelnen aber auszuführen, würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Man denke nur an die gewaltige Ausdehnung der Sozialversicherung¹, die zahlreichen Verbesserungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens unter gleichzeitiger Ermäßigung bzw. völligem Erlaß des Schulgeldes für die ärmeren Klassen, an die Errichtung von Volksbädern, Volksbüchereien und Lesehallen, die Veranstaltung von billigen Theater Vorstellungen, Konzerten, Arbeiterunterrichtskursen, volkstümlichen Hochschulkursen u. dgl. m., an deren weiterem Ausbau Staat und Kommunen, Arbeitgeber und wohlthätige Vereine sowie Privatpersonen in gleicher Weise eifrig tätig sind.

¹ Dieses Moment wird bei internationalen Vergleichen über die Steigerung der Lebenshaltung, wie sie z. B. neuerdings von T h s z k a in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik gebracht hat, viel zu wenig berücksichtigt.

Zweiter Teil.

Der Einfluß der Bewegung der Lebensmittelpreise auf die Kosten der Lebenshaltung.

Die Grundlage der folgenden Betrachtungen bilden die Wirtschaftsrechnungen, auf die wir bereits in der Einleitung ausführlicher eingegangen sind. Für Chemnitz standen uns also, wie wir bereits ausgeführt haben, 26 WmF.-Rechnungen und 23 HM.-Rechnungen zur Verfügung. Trotz der geringen Anzahl der Rechnungen weisen beide Erhebungen in ihren Gesamtergebnissen eine ziemlich gute Übereinstimmung auf, so daß sie wohl als typisch für die Lebensverhältnisse dieser sozialen Bevölkerungsschicht angesehen werden dürften. Wir finden kein Gesamteinkommen unter 1000 Mk. Die durchschnittlichen Gesamteinkommen weichen für beide Erhebungen nur wenig voneinander ab, doch ändert sich das Bild, wenn wir die verschiedenen Einnahmeposten getrennt betrachten (Tabelle S. 200). Leider ist die Differenzierung bei beiden Erhebungen nicht gleichmäßig. Gliedern wir die Rechnungen nach dem Verdienst des Mannes, so stehen die WmF.-Rechnungen günstiger als die HM.-Rechnungen. Bei den letzteren beträgt der Verdienst des Mannes im Durchschnitt 1436,80 Mk., bei ersteren der Arbeitsverdienst durchschnittlich 1554,59 Mk., Verdienst durch Nebenarbeit durchschnittlich 49,02 Mk., zusammen also 1603,61 Mk. Bei den HM.-Rechnungen sind dafür die Beiträge der Familienangehörigen und die sonstigen Einnahmen höher. Im Durchschnitt der Haushaltungen kamen hier 233,40 Mk. auf Beiträge der Familienangehörigen, 51,70 Mk. auf Unterstützungen und 150,28 Mk. auf sonstige Einnahmen. Im Durchschnitt der WmF.-Rechnungen trugen die Ehefrauen 58,34 Mk., die Kinder 85,03 Mk., die Familienangehörigen zusammen also 143,37 Mk. zum Gesamteinkommen bei. Die sonstigen Einnahmen betrugen hier im Durchschnitt 95,85 Mk., Einkommen aus Untervermietung war nur in 3 Fällen verzeichnet worden, wie wir früher schon ausgeführt haben. Gliedern wir die Haushaltsrechnungen nach den 3 Ausgabenstufen 1200 bis 1600 Mk., 1600 bis 2000 Mk., über 2000 Mk., so

Gliederung der Einnahmen nach der Art und nach drei Ausgabenstufen.

Im Durchschnitt der einzelnen Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Rechnungen kommen auf:

	Stufe I Ausgaben bis 1600 Mkt.		Stufe II Ausgaben über 1600—2000 Mkt.		Stufe III Ausgaben über 2000 Mkt.		Zusammen sämtliche Rechnungen	
	Mkt.	%	Mkt.	%	Mkt.	%	Mkt.	%
Wmß.:								
Arbeitsverdienst des Mannes.	7 Rechnungen	90,9	1250,75	86,3	1886,50	78,2	1554,59	84,3
Nebenarbeit des Mannes		1,0	14,02	2,5	89,83	3,7	49,02	2,7
Einnahme der Ehefrau		3,8	52,69	3,5	58,23	2,4	58,34	3,2
Beitrag der Kinder		0,2	2,91	3,8	196,25	8,2	85,03	4,6
Untermietung		0,1	1,14	0,1	22,29	0,9	6,87	0,4
Sonstige bare Einnahmen		4,0	55,14	3,8	159,63	6,6	88,98	4,8
zusammen:	1376,65	100	1782,32	100	2412,73	100	1842,83	100
Gmß.:								
Verdienst des Mannes	8 Rechnungen	73,4	1122,94	81,8	1738,89	74,8	1436,80	76,7
Verdienst der Familienangehörigen		14,3	219,14	9,6	317,38	13,6	233,40	12,5
Unterstützungen		6,0	92,10	0,4	56,27	2,4	51,70	2,8
Sonstige Einnahmen		6,3	96,28	8,2	214,03	9,2	150,28	8,0
zusammen:	1530,46	100	1816,30	100	2326,57	100	1872,18	100

Die Aufbereitung der Erhebungen ist also nicht gleichmäßig erfolgt.

finden wir bei den WmZ.-Rechnungen, daß der Anteil des Arbeitsverdienstes des Mannes an dem Gesamteinkommen mit steigendem Einkommen sinkt, ebenso der Anteil der Ehefrau, der Anteil der Kinder aber und der sonstigen Einnahmen steigt.

Für die Gesamtausgaben müssen wir die Rechnungen jeder Erhebung getrennt behandeln, da diese nicht gleichmäßig aufbereitet worden sind und eine Umrechnung nicht möglich ist (Anhang Va). Es tritt auch hierbei der Umstand hervor, daß bei den WmZ.-Rechnungen mehr wie bei den HM.-Rechnungen ein gleichmäßiger Verlauf des Anteils der einzelnen Ausgaben an den Gesamtausgaben in den verschiedenen Ausgabenstufen zu erkennen ist, wenngleich wir auch hierbei wieder das Argument der geringen Anzahl vorbringen müssen. Für die Betrachtung der Nahrungsmittelausgaben allein war es möglich, die Angaben beider Erhebungen gemeinsam zu behandeln, da die Nahrungsmittelausgaben in den HM.-Rechnungen stärker differenziert angegeben sind (Anhang Vb). Mehr als ein Fünftel der Nahrungsmittelausgaben (21,9 %) entfällt im Durchschnitt aller Rechnungen auf die Ausgaben für Brot und Backwaren, zusammen ein knappes Fünftel auf Fleisch usw. (13,9 %) und Wurstwaren (5,7 %). 13,4 % kommt auf Butter, 7,6 % auf Milch und so fort, wie die Tabelle zeigt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen steigen die Ausgaben für jedes einzelne Nahrungsmittel absolut von Stufe zu Stufe. Eine Umrechnung auf Konsumeinheiten müssen wir uns ersparen. Die Konsumeinheiten, die bei den HM.-Rechnungen verwendet worden sind, sollen zwar nach dem Bericht dieselben sein, die das Kaiserliche Statistische Amt seinen Berechnungen zugrunde gelegt hat, sind es aber allem Anschein nach nicht, wie wir uns überzeugen mußten (wie sollen dann z. B. zwei erwachsene Personen zusammen 1,9 Einheiten ausmachen?).

Betrachten wir die relativen Ausgaben, so finden wir von Stufe zu Stufe ein ständiges Steigen für Butter und Eier, ein ständiges Sinken für Wurst, Fische, Milch, Schmalz usw., Kaffee usw., Zigarren usw. In der zweiten Stufe stehen relativ am niedrigsten die Ausgaben für Fleisch usw., Käse, Grünwaren, Mehl usw., Obst usw., relativ am höchsten die Ausgaben für Brot, Kartoffeln, Zucker und sonstiges. Eine durch das Steigen der Ausgaben bedingte typische Konsumverschiebung läßt sich hiernach nicht feststellen. Einesteils dürfte dies daran liegen, daß die Haushaltsrechnungen sämtlich derselben sozialen Schicht entstammen und innerhalb der betrachteten Ausgaben-

stufen bei steigender Gesamtausgabe die Konsumverschiebung zu gering ist oder eher alle Nahrungsmittelausgaben gleichmäßig steigen, wenn für kein Nahrungsmittel das Bedürfnis völlig befriedigt werden kann. Zum anderen Teil aber ist, wir müssen es immer wieder betonen, die Zahl der Haushaltungsrechnungen zu gering, um extreme, durch besondere Umstände bedingte Ausnahmefälle in den Durchschnittsziffern für jede Stufe zum Verschwinden zu bringen und charakteristische Konsumverschiebungen erkennen zu lassen. Wir verwenden daher für die folgenden Untersuchungen zur Feststellung des Einflusses der Preisbewegung auf die Kosten der Lebenshaltung nur die Durchschnittsangaben aus sämtlichen 49 Haushaltungsrechnungen, und nehmen an, daß diese maßgebend gewesen sind für die Gewohnheit dieser Bevölkerungsklasse, eine bestimmte Geldsumme in den Jahren 1907/08, in denen beide Erhebungen stattfanden, zur Befriedigung ihres Nahrungsbedürfnisses zu verwenden. Da wir nur die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel rechnerisch erfassen konnten, müssen wir unsere Berechnung auf diese Nahrungsmittel beschränken. Im Laufe der Jahre sind sicher auch dafür in jeder Familie Konsumverschiebungen eingetreten infolge Familienzunahme, Preisveränderung, zunehmenden Wohlstandes usw., doch lassen sich diese Momente nicht zahlenmäßig feststellen. Wir müssen die Annahme treffen, daß der Konsum für jedes einzelne Nahrungsmittel im Laufe der 20 Jahre ständig gleich groß geblieben ist. Wir stellen uns also mehrere Familien vor, die in den einzelnen zeitlich bestimmten Perioden die gleichen Gewichtsmengen Fleisch, die gleiche Stückzahl Eier, die gleiche Raummenge Milch usw. verzehrt haben, und berechnen auf Grund der Preise in den einzelnen Perioden die Gesamtausgaben jeder Familie für diese Lebensmittel. In die Rechnung selbst brauchen wir daher die Konsumziffern für die einzelnen Nahrungsmittel gar nicht einzuführen, da auf Grund der Ausgaben für ein bestimmtes Nahrungsmittel in der Periode a und der Preise dafür in den Perioden a und b sich ohne weiteres die Ausgabe in der Periode b berechnen läßt. Schwierigkeiten entstehen nur insofern, als in den Rechnungen die Ausgaben für verschiedene Nahrungsmittel mehrfach zusammengefaßt angegeben sind, z. B. für die Gruppe Fleisch, Schinken, Speck usw. Wir haben aber bereits früher an den Fleischpreisen gezeigt, daß das gewöhnliche arithmetische Mittel von dem gewogenen Mittel (Berücksichtigung des Konsums der einzelnen Fleischsorten) nicht allzu stark abweicht, und halten die Verwendung

des gewöhnlichen Mittels zur Berechnung des Durchschnitts aus den Preismessziffern der Nahrungsmittel jeder Gruppe für ausreichend. Das Ergebnis der Berechnungen¹ zeigt folgende Tabelle.

Der Einfluß der Preisbewegung auf die Höhe der Ausgaben für die wichtigsten Nahrungsmittel in den . . . Perioden.

(Im Durchschnitt aller 49 Haushaltungsrechnungen.)

	1889—1893	1894—1898	1899—1903	1904—1908	1909—1913
Fleisch usw.	122,3	120,1	124,9	139,0	155,6
Wurst	52,4	51,1	51,1	56,8	62,5
Butter	131,6	127,2	128,8	135,3	153,1
Käse	10,9	10,8	11,8	12,6	14,7
Eier	14,6	14,2	16,7	19,6	22,8
Milch.	72,7	72,7	72,7	74,6	81,5
Brot und Backwaren	206,8	157,2	173,7	191,9	203,5
Kartoffeln	26,1	22,3	31,5	31,9	35,8
Mehl, Reis usw. . . .	36,2	32,0	32,1	35,8	38,2
Zucker	33,4	28,7	32,0	24,3	28,6
zusammen:	707,0	636,3	675,3	721,8	796,3

Relativzahlen für die Summen:

A. 1. 100	90,0	95,5	102,1	112,6
2. 111,1	100	106,1	113,4	125,1

Die entsprechenden Relativzahlen für die Summen in den einzelnen Ausgabenstufen führen wir vergleichsweise an, ohne die Rechnung im einzelnen hier zu bringen.

Stufe I.

B. 1. 100	90,3	95,7	102,3	112,7
2. 110,8	100	106,0	113,3	124,9

Stufe II.

C. 1. 100	89,5	95,3	101,7	112,1
2. 111,8	100	106,6	113,6	125,4

Stufe III.

D. 1. 100	90,5	95,7	102,5	113,2
2. 110,5	100	105,8	113,3	125,1

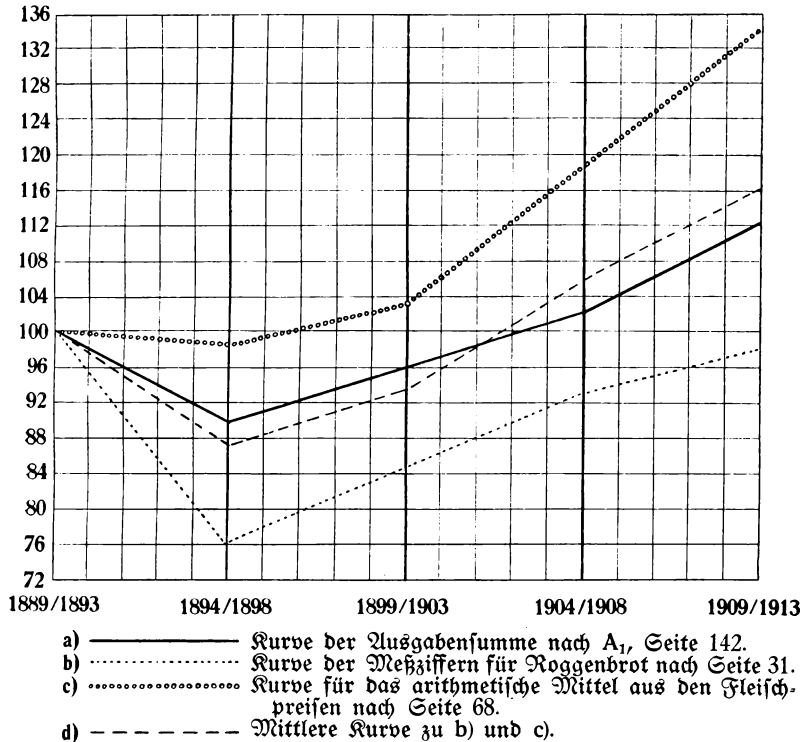
Die Ausgaben für die zur Berechnung herangezogenen Nahrungsmittel betragen rund 75 % der gesamten im Durchschnitt der Jahre 1907/08 gemachten Nahrungsmittelausgaben. Der Gesamtaufwand

¹ Nach *Thieme* (a. a. O. S. 84) sind derartige Berechnungen zuerst von *Chatelangat*, dann von *Hampke* vorgenommen worden. *Chatelangat*, Die Lebensverteuerung und die Staatsdienerbefoldung. 9. Jahrg. der Zeitschrift der Schweizerischen Statistik, 1873. *Hampke*, Das Ausgabenbudget der Privatwirtschaften. Zena 1888.

für diese Nahrungsmittel ist am niedrigsten in den Jahren 1894/98 gewesen, auch der Aufwand in der folgenden Periode steht noch unter dem der Jahre 1889/93. Erst die beiden letzten Perioden zeigen eine stärkere Steigerung. Gegenüber der Periode 1894/98 weisen die Ausgaben in den Jahren 1909/13 eine Steigerung um rund 25 % auf, während die Steigerung gegenüber der Periode 1889/93 nur halb so groß ist. Diese starke Abweichung findet ihre Erklärung zum Teil dadurch, daß die Preise für fast alle Nahrungsmittel in den Jahren 1894/98 einen Tiefstand aufweisen, vor allem aber sind die Ausgaben für Brot ausschlaggebend gewesen, da die Brotpreise in den 90er Jahren besonders tief stehen, und seitdem stark gestiegen sind, aber nicht über die Höhe zu Beginn der 90er Jahre hinaus. Diese Erscheinung zeigt sich auch, wenn man die Berechnungen für die drei Ausgabenstufen getrennt durchführt. Die mittlere Ausgabenstufe zeigt den relativ größten Brotverbrauch, demzufolge gegenüber der Periode 1889/93 von allen Stufen die geringste Steigerung, gegenüber der Periode 1894/98 in der letzten Periode die größte Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes. Die Bedeutung der Ausgaben für Brot in den Haushaltungen der minderbemittelten Klassen tritt hieraus klar hervor. Wir erkennen, daß die scheinbar geringe Steigerung der Ausgaben im Durchschnitt der letzten Periode gegenüber den Jahren 1889/93 ihre Ursache zum Teil in einer Kompensation findet (siehe Kurve auf Seite 205).

Einen größeren Wert muß man der anderen Steigerungsberechnung (Aufwand in den Jahren 1894/98 gleich 100 gesetzt) zumessen, denn wir haben schon früher gesagt, daß nicht die absoluten Höhen der Preise bzw. der Nahrungsmittelausgaben von Bedeutung sind, sondern ihre Schwankungen. Maßgebend für unsere Betrachtungen kann also nur die Frage sein: Wie sind die Ausgaben seit dem Tiefstand der 90er Jahre gestiegen? Und da finden wir die beträchtliche Steigerung von 25 %. Letzten Endes haben aber solche Berechnungen nur einen bedingten Wert, da hierbei ja der Einfluß der Konsumtionsverschiebungen nicht berücksichtigt werden kann, ebenso auch der Wechsel in der Qualität der gekauften Nahrungsmittel. Diese Momente lassen sich aber nicht zahlenmäßig erfassen. Es ist klar, daß einer Preisverteuerung vielfach dadurch begegnet wird, daß man einen Wechsel in der Ernährungsweise eintreten läßt, z. B. mehr pflanzliche als tierische Nahrungsmittel konsumiert, oder daß man zu einer geringeren Qualität des

Die Bedeutung der Ausgaben für Fleisch und Brot gegenüber der in vorhergehender Tabelle gefundenen Ausgabensumme.



Die Anpassung der a) Kurve an die d) Kurve ist deutlich zu erkennen (Kompensationswirkung).

betreffenden Nahrungsmittels übergeht¹. Eine Verschlechterung der Ernährung hat dieselbe Bedeutung wie eine Verteuerung derselben. Schwieriger dürfte die Frage des Wechsels der Ernährungsweise zu behandeln sein, das müssen wir aber den Physiologen überlassen. Der Rest der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, den wir bei unseren Berechnungen nicht herangezogen haben, erstreckt sich auf Fischwaren, Grünwaren und Obst, Kaffee, Tee usw., Gewürze und sonstiges.

¹ Aus dem Tertteil der HM.-Rechnungen geht z. B. hervor, daß Fleisch häufig in der Freibank gekauft wird.

Dritter Teil.

Die Einkommens- und Lohnverhältnisse der Chemnitzer Bevölkerung.

Eine erschöpfende Darstellung der Einkommens- und Lohnverhältnisse in Chemnitz zu bringen ist leider infolge des geringen Materials nicht möglich. Es kann sich nur darum handeln, an einigen Beispielen zu zeigen, wie sich die Einkommensverhältnisse im Laufe der Zeit gebessert haben, denn umfassende Darstellungen fehlen bis jetzt fast vollständig.

Werfen wir zunächst einmal einen Blick auf die Ergebnisse der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer in Chemnitz, und zwar für die Jahre von 1878 bis 1908, für die letzten Jahre sind sie bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden.

Allgemeine Einkommensverteilung 1878 bis 1908 in Chemnitz.

Zahl der beitragspflichtigen physischen Personen mit nebenstehendem Einkommen:

Einkommen in Mark	1878	1884	1890	1896	1902	1908
unter 800	18 641	26 238	31 110	36 084	37 218	43 874
über 800—1250	4 774	7 898	13 575	15 378	24 616	37 380
" 1250—2800	3 374	5 084	7 800	10 469	17 215	29 344
" 2800—6300	1 432	1 793	2 608	3 133	4 526	6 254
" 6300	630	930	1 371	1 653	2 263	2 735
zusammen:	28 851	41 943	56 464	66 717	85 838	119 587
Von 100 beitragspflichtigen physischen Personen hatten nebenstehendes Einkommen:						
unter 800	64,61	62,55	55,10	54,09	43,35	36,69
über 800—1250	16,55	18,83	24,04	23,05	28,68	31,26
" 1250—2800	11,69	12,12	13,82	15,69	20,06	24,54
" 2800—6300	4,97	4,28	4,62	4,69	5,28	5,23
" 6300	2,18	2,22	2,42	2,48	2,63	2,28
zusammen:	100	100	100	100	100	100

Von 1878 bis 1908 hat sich die Bevölkerung der Stadt Chemnitz um 232 % vermehrt, die Zahl der steuerpflichtigen Personen ist um

315,5 % gestiegen, aber nicht in allen Einkommensstufen gleichmäßig. Es stieg in dieser Zeit die Zahl der Personen mit einem Einkommen¹

unter 800 Mk.	um	135 %
über 800 „ bis 1250 Mk.	„	683 %
„ 1250 „ „ 2800 „	„	770 %
„ 2800 „ „ 6300 „	„	337 %
„ 6300 „	„	334 %

Am stärksten gestiegen ist demnach die Anzahl der Einkommen über 800 bis 2800 Mk. Dann folgen die höheren Einkommen über 2800 Mk., deren Vermehrung der Vermehrung der steuerpflichtigen Personen entspricht. Die geringste Steigerung weisen die Einkommen unter 800 Mk. auf. Ihre Steigerung bleibt weit unter der Bevölkerungsvermehrung oder der Zunahme der steuerpflichtigen Personen zurück. Das tritt auch aus den Prozentzahlen hervor. Der Anteil der kleinen Einkommen unter 800 Mk. ist fast auf die Hälfte zurückgegangen. Die absolute Zahl der Einkommen über 2800 Mk. ist gegenüber der Zahl der übrigen Einkommen zu gering, als daß ihre Zunahme in den Anteilsziffern scharf zum Ausdruck kommen könnte, die ziemlich häufigen, wenn auch kleineren Schwankungen unterliegen. In der Hauptsache kommt der Rückgang des Anteils der Einkommen unter 800 Mk. den Einkommen über 800 bis 2800 Mk. zugute, deren Anteil sich in diesen Jahren fast verdoppelt hat. Diese Verschiebung wird in erster Linie auf eine Steigerung des Einkommens der minderbemittelten Klassen zurückzuführen sein.

Eine weitergehende Untersuchung der allgemeinen Einkommensverteilung, wie es *Bresciani*, *Würzburger*, *Tabacovici* u. a. getan haben², würde hier zu weit führen, da es uns mehr darauf ankommt, einen Überblick über die Einkommensverhältnisse der unteren Bevölkerungsklassen zu gewinnen. Leider ist zu einer vergleichenden Lohnstatistik in größerem Umfange für Chemnitz bis jetzt noch kein genügendes Material vorhanden.

¹ Vgl. dazu die Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz 1904 Nr. 11 und die verschiedenen Jahrgänge der Zeitschrift des kgl. sächs. Stat. Landesamtes.

² *Bresciani*, Über die Methoden der Einkommensverteilungsstatistik. J.f.N.u.St. Bd. 33, 3. F., S. 577 ff. Derselbe, Über einen quantitativen summarischen Ausdruck für die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung. D.St.G.B. III 1911, S. 173 ff. *Tabacovici*, Die Statistik der Einkommensverteilung mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Sachsen, Leipziger Dissertation 1913.

Aus den Lohntabellen des Jahres 1890 sind im Statistischen Amte der Stadt Chemnitz verschiedene Erhebungsmomente auf Zählblättchen übertragen worden, die mir von der Direktion zur Verfügung gestellt wurden. Erfast wurden damals von den männlichen Personen merkwürdigerweise nur die verheirateten, verwitweten und geschiedenen Arbeiter. Da das Material noch nicht aufbereitet worden war, haben wir für unsere Zwecke 5 Gruppen gebildet, die die folgenden Arbeiterkategorien umfassen:

Gruppe A: Schlosser, Schmiede, Dreher, Bohrer, Gußpußer, Former, Kernmacher, Monteure und Klempner.

Gruppe B: Glaser, Tischler.

Gruppe C: Maler, Lackierer, Anstreicher.

Gruppe D: Baugewerbliche Arbeiter.

Gruppe E: Weber, Spinner, Scherer, Spuler, Fäherinnen, Weiferinnen.

Da der Lohn verschieden angegeben war, so wurden alle Angaben auf ein Jahr umgerechnet (1 Jahr = 50 Wochen = 300 Tage). Die folgende Tabelle gibt die Endergebnisse dieser Auszählung.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1890.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	56	1,52	15	2,80	27	11,25	116	18,01	1096	81,79
über 600— 900	1002	27,23	235	43,84	130	54,17	471	73,14	212	15,82
" 900—1200	1386	37,66	206	38,43	60	25,00	52	8,07	30	2,24
" 1200—1500	901	24,49	67	12,50	18	7,50	5	0,78	2	0,15
" 1500—1800	263	7,14	12	2,24	5	2,08	—	—	—	—
" 1800	72	1,96	1	0,19	—	—	—	—	—	—
zusammen:	3680	100	536	100	240	100	644	100	1340	100

Am günstigsten steht hiernach die Gruppe A, am ungünstigsten die Gruppe E. Dies deckt sich also mit den allgemeinen Beobachtungen, daß die Metallarbeiter die höchsten, die Textilarbeiter die niedrigsten Löhne erhalten.

Das Statistische Amt der Stadt Chemnitz hat weiter die Ergebnisse der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer vom Jahre 1902 nach Berufsclassen differenziert¹. Bilden wir dafür dieselben Gruppen wie vorhin, so erhalten wir:

¹ Monatliche Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz. 1904 Nr. 3. Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz nach den Ergebnissen der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer für das Jahr 1902.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1902.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	284	3,12	21	1,59	12	1,72	41	2,37	163	16,51
über 600—900	2055	22,58	352	26,67	285	40,95	174	10,08	368	37,28
" 900—1200	3013	33,11	593	44,92	281	40,37	1324	76,67	324	32,83
" 1200—1500	2382	26,18	270	20,46	95	13,65	119	6,89	115	11,65
" 1500—1800	1025	11,26	70	5,30	13	1,87	41	2,37	13	1,32
" 1800	341	3,75	14	1,06	10	1,44	28	1,62	4	0,41
zusammen:	9100	100	1320	100	696	100	1727	100	987	100

Die starke Zunahme der absoluten Zahlen in den Gruppen A bis D gegenüber der vorigen Tabelle erklärt sich daraus, daß hierbei auch die unverheirateten Arbeiter gezählt sind. Die Abnahme in der Gruppe E erklärt sich durch das Fehlen der weiblichen Arbeiter, die einen geringeren Lohn erhalten. Darauf läßt sich zum Teil diese starke Verschiebung innerhalb der Einkommensklassen für die Gruppe E zurückführen, in der Hauptsache wird aber auch hier die Ursache in einer Steigerung der Löhne liegen, ebenso wie auch bei den übrigen Gruppen, die gleichfalls für die einzelnen Einkommensstufen eine Verschiebung nach den höheren Stufen hin aufweisen, trotzdem bei der Erhebung von 1902 auch die unverheirateten Arbeiter, die im allgemeinen jünger sind, mit eingerechnet worden sind.

Eine dritte Erhebung lag dann noch aus dem Jahre 1910 vor. Auf Grund der Lohnlisten sind im Statistischen Amte für jede Berufskategorie die Arbeiter nach der Höhe des Tagesverdienstes gegliedert ausgezählt worden. Auch dieses Material wurde uns seitens der Direktion liebenswürdigst zur Verfügung gestellt. Die Umrechnung auf Jahresverdienst und Einteilung nach den obigen Gruppen ergibt folgende Tabelle.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1910.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	13	0,14	—	—	1	0,20	1	0,06	304	21,53
über 600—900	202	2,23	6	0,80	6	1,21	59	3,28	555	39,31
" 900—1200	2153	23,76	107	14,23	97	19,64	119	6,62	187	13,24
" 1200—1500	3130	34,55	352	46,81	307	62,15	568	31,61	176	12,46
" 1500—1800	2074	22,89	266	35,37	78	15,79	902	50,19	140	9,92
" 1800	1488	16,43	21	2,79	5	1,01	148	8,24	50	3,54
zusammen:	9060	100	752	100	494	100	1797	100	1412	100

Sie weicht insofern von den vorigen Tabellen ab, als hierbei keine jugendlichen Personen gezählt sind. Deren Zahl ist jedoch nur bei den Drehern und Schlossern von Bedeutung. Stellen wir diese Tabelle derjenigen für das Jahr 1890 gegenüber, die gleichfalls keine jugendlichen Personen und sogar keine unverheirateten Arbeiter enthielt, so läßt sich eine starke Verschiebung nach den oberen Einkommensstufen hin erkennen. Am stärksten kommt dies zum Ausdruck in der Gruppe D (Baugewerbliche Arbeiter). Während hier im Jahre 1890 99,22 %, also nahezu sämtliche Arbeiter bis höchstens 1200 Mk. jährlich verdienten, hatten im Jahre 1910 nur noch 9,96 % aller Arbeiter (ohne die jugendlichen Personen) einen Jahresverdienst von höchstens 1200 Mk. Nicht so ganz stark sind die Verschiebungen bei den Gruppen A, B und C gewesen, doch immerhin noch ganz beträchtlich gegenüber den weit geringeren Verschiebungen in der Gruppe der Textilarbeiter.

Die drei Tabellen weichen in der Art der Erhebung zu stark voneinander ab, um genaue Vergleiche zu ermöglichen. Bei eingehender Berücksichtigung all dieser Verschiedenheiten wird man aber schließlich doch auch hieraus feststellen können, daß im Laufe der letzten 20 Jahre, und zwar besonders im letzten Jahrzehnt die Löhne mehr oder weniger stark gestiegen sind.

Einen Anhalt für das Maß dieser Steigerung kann die Steigerung des ortsüblichen Tagelohns (seit 1905 „Ortslohn“) geben, wie er nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 und 10. April 1892 festzustellen ist, für Erwachsene und jugendliche Arbeiter seit Errichtung der Krankenkassen im Jahre 1884, für Kinder seit dem Jahr 1889.

Ortsüblicher Tagelohn in Chemnitz.

(Nach Mitteilungen des Versicherungsamtes der Stadt Chemnitz.)

	Erwachsene Arbeiter (über 16 Jahre)		Jugendl. Arbeiter (14—16 Jahre)		Kinder (unter 14 Jahren)	
	männlich Mk.	weiblich Mk.	männlich Mk.	weiblich Mk.	männlich Mk.	weiblich Mk.
ab 1884	2,—	1,20	1,—	0,90	ab 1889 0,30	ab 1889 0,30
" 1. 1. 1893	2,20	1,30	1,10	1,—	0,30	0,30
" 1. 1. 1901	2,50	1,50	1,30	1,10	0,40	0,40
" 1. 1. 1905	2,50	1,50	1,30	1,10	0,30 ²	0,30 ²
" 1. 9. 1910	3,—	1,75	1,50	1,20	0,35	0,35
am 1. 1. 1914	3,50 ¹	—	—	—	—	—

¹ Reichsarbeitsblatt 1914 Nr. 1 S. 60.

² Rückgang infolge des Kinderschuttparagraphen: Beschränkung der Arbeitszeit auf 3 Stunden pro Tag.

Wiewohl dieser Tagelohn von vielen Seiten als unmaßgeblich angesehen wird, so wird man ihm doch bei der sorgfältigen Feststellung, die ihm besonders in den Großstädten zuteil wird, einen gewissen Wert nicht abprechen können¹. Hiernach entspricht die Steigerung des Ortslohnes der Verteuerung der Nahrungsmittel. Wie dort tritt auch hier die Erhöhung erst in den letzten 10 Jahren stärker hervor, ohne daß es sich verlohnte, diese Steigerung zahlenmäßig zu erfassen. Eher wird dies im folgenden möglich sein.

Nach den Angaben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Chemnitz betrugen die Stundenlöhne im Bezirke Chemnitz (Stadt und nächste Ortschaften) in Pfennigen:

Jahr	Maurer und Zimmerleute	Ungelernte Arbeiter
1903	35—37	25—28
1904	37—38	26—28
1905	38—40	27—30
1906	39—42	27—30
1907	43—45	30—33
	45—47	35—37
1908	47—50	37—40
1909	47—50	37—40
	49—52	39—42
	50—53	40—43
1. 1.—1. 9. 10	53—54	43—44
1. 9. 10—1. 4. 11	54—55	44—45
1. 4.—1. 9. 11	55—56	45—46
1. 9. 11—1. 4. 12	56 Mindestlohn	46
1. 4. 12—31. 3. 13	58	48

Die Löhne der Ziegel- und Kalkträger stehen um 10 Pf. pro Stunde höher als die der Maurer und Zimmerleute.

Dazu kommt noch ein Zuschlag für Überstunden um 10 Pf., für Nachtarbeit um 15 Pf., für Arbeit am Sonntag und gesetzlichen Feiertagen um 20 Pf. pro Stunde.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 58 bis 59 Stunden wöchentlich, ist in der Hauptzeit bedeutend größer, im Winter ruht dafür die Arbeit vielfach ganz.

1890 verdienen die Maurer und Zimmerleute nach den Angaben aus derselben Quelle etwa 28 Pf., die ungelernten Arbeiter 21—22 Pf. pro Stunde.

¹ Vgl. den Artikel von Wolff, Ortsübliche Tagelöhne und Statistik, D.St.G.B. V, S. 123/24.

Nach dem Reichsarbeitsblatt V S. 135 ff. verdienten weiter die Zimmerer in Chemnitz:

1895 bei 11 Std. Tagesleistung	29 Pf. pro Stunde
1900 " 11 " " "	35 " " "
1905 " 10 1/2 " " "	41 " " "

Das Jahr 1905 zeigt gegenüber den obigen Zahlen eine Abweichung, doch möchten wir hierauf nicht allzuviel Wert legen. Wir erkennen jedenfalls, daß die Löhne im Baugewerbe stark gestiegen sind, besonders im letztvergangenen Jahrzehnt, und zwar am stärksten bei den ungelernten Arbeitern. Daß dadurch bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Arbeitsstunden pro Tag eine Verteuerung der Baukosten eintreten mußte, ist hiernach erklärlich.

Vergleichsweise führen wir noch die Durchschnittslöhne im Maurergewerbe für das ganze Reich und für das Königreich Sachsen an.

Nach dem Reichsarbeitsblatt V S. 53 ff. betrug der durchschnittliche Stundenlohn:

Jahr	Im Reich	Im Königreich Sachsen
1885	28,04 Pf.	27,5 Pf.
1890	33,8 "	32,6 "
1895	34,3 "	32,2 "
1900	41,6 "	40,67 "
1905	46,0 "	41,5 "
	ohne Spezialberufe } 44,5 Pf.	
1906		43,86 "

Die weiteren Ausführungen stützen sich auf Mitteilungen der Vorstände der betreffenden Innungen. Zu besonderem Danke sind wir dem Obermeister der Chemnitzer Malerinnung verpflichtet, der uns folgende Aufstellung der im Malergewerbe seit 1890 üblichen Löhne und Arbeitszeiten zur Verfügung stellte.

Löhne und Arbeitszeiten im Malergewerbe in Chemnitz.

	Lohn für Maler	Lohn für Anstreicher	Arbeitszeit pro Woche
1890	30—39 Pf. pro Stunde	24—27 Pf. pro Stunde	70 Stunden
1891/96	30—39 " " "	24—27 " " "	70 " "
1897	32—40 " " "	26—32 " " "	65 " "
1898	33—40 " " "	26—32 " " "	65 " "
1899	33—40 " " "	26—32 " " "	62 1/2 " "
1900	35—42 " " "	28—34 " " "	62 1/2 " "
1901	36—42 " " "	28—34 " " "	62 1/2 " "
1902	36—42 " " "	28—35 " " "	62 1/2 " "
1903	36—42 " " "	28—35 " " "	62 1/2 " "

Seit 1904 Tarifvertrag, Mindestlöhne für

	Maler	Anstreicher	Arbeitszeit pro Woche
1904	40 Pf. pro Stunde	33 Pf. pro Stunde	62 1/2 Stunden
1905	43 " " "	35 " " "	57 1/2 "
1906	43 " " "	35 " " "	57 1/2 "
1907	48 " " " für Maler unt. 20 J. 45 Pf.	39 " " "	57 1/2 "
1908	48 " " " " " 20 " 45 "	40 " " "	57 1/2 "
1909	48 " " " " " 20 " 45 "	40 " " "	57 1/2 "
1910	51 " " " " " 20 " 48 "	43 " " "	57 1/2 "
1911	52 " " " " " 20 " 49 "	44 " " "	57 1/2 "
1912	52 " " " " " 20 " 49 "	44 " " "	57 1/2 "

Auch hier ist also ein starkes Steigen der Löhne zu bemerken, am stärksten wieder bei den ungelernten Arbeitern (Anstreichern). Es ist zudem zu bedenken, daß seit 1904 nur die Mindestlöhne angegeben sind, die wirklich gezahlten Stundenlöhne stehen aber vielfach höher, besonders geschickte Gehilfen werden sehr hoch bezahlt. Dies geht aus einer Erhebung hervor, die die Malerinnung im Jahre 1912 in Chemnitz vorgenommen hat. In der Woche vom 21.—27. Juli 1912 waren in 37 Malergeschäften in Chemnitz 605 Arbeiter beschäftigt, über deren Löhne wir gleichfalls Angaben erhalten konnten.

In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1912 waren in 37 Malergeschäften in Chemnitz 605 Arbeiter beschäftigt. Dieselben erhielten folgende Löhne:

a) Maler im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit:

1	Gehilfe	47	Pf.	Stundenlohn
3	Gehilfen	48	"	"
1	Gehilfe	49	"	"
<hr/>				
5				

b) Malergehilfen unter 20 Jahren:

2	Gehilfen	48	Pf.	Stundenlohn
16	"	49	"	"
13	"	50	"	"
1	"	51	"	"
5	"	52	"	"
<hr/>				
37				

c) Malergehilfen über 20 Jahre:

2	Gehilfen	51	Pf.	Stundenlohn
108	"	52	"	"
57	"	53	"	"
69	"	54	"	"
31	"	55	"	"
18	"	56	"	"
7	"	57	"	"

19 Gehilfen 58 Pf. Stundenlohn

1	Gehilfe	59	"	"
11	Gehilfen	60	"	"
1	Gehilfe	61	"	"
1	"	62	"	"
1	"	63	"	"
4	Gehilfen	65	"	"
2	"	66	"	"
1	Gehilfe	68	"	"
1	"	74	"	"
1	"	90	"	"
1	"	100	"	"
<hr/>				
336				

d) Lackierer:

1	Gehilfe	46	Pf.	Stundenlohn
6	Gehilfen	47	"	"
10	"	48	"	"
2	"	49	"	"
9	"	50	"	"
1	Gehilfe	51	"	"
<hr/>				
29				

e) Anstreicher:

5	Gehilfen	43	Pf.	Stundenlohn
45	"	44	"	"
31	"	45	"	"
37	"	46	"	"
23	"	47	"	"
29	"	48	"	"
8	"	50	"	"
<hr/>				
178				

f) Handarbeiter:

20	Mann mit Stundenlöhnen von
30—48	Pf.
<hr/>	
20	

Zusammenstellung:

a) 5 Arbeiter

b) 37 "

c) 336 "

d) 29 "

e) 178 "

f) 20 "

Zusammen 605 Arbeiter.

Wenn auch die Erhebung nicht alle Malergeschäfte umfaßte, so können ihre Ergebnisse doch für die Chemnitzer Verhältnisse als maßgebend betrachtet werden. Wir sehen, daß vor allem bei den Malergehilfen über 20 Jahren der Mindestlohn weit überschritten ward.

Auch im Malergewerbe macht sich der Einfluß der Saison stark geltend, die Hauptarbeit drängt sich hier in die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten zusammen. Es fehlt dann vielfach an Arbeitskräften, während zu anderen Zeiten wieder daran Überfluß herrscht.

Die Schuhmachergehilfen verdienen 1890 durchschnittlich 12 bis 14 Mk., höchstens 15 Mk. Seit einigen Jahren gelten Tariffsätze. Ein Gehilfe steht sich heute durchschnittlich auf 18—20 Mk. wöchentlich, bei Stücklohn ist ein größeres Verdienst möglich, bis 30 und 32 Mk.

Die Schneidergehilfen standen sich 1890 durchschnittlich auf 25 Mk., 1912 auf 35 Mk. Bessere Gehilfen verdienen jetzt 50—60 Mk. Auch hier besteht eine große Abhängigkeit von der Saison. Während der Saison kann ein geschickter Gehilfe bei Stücklohn bis 100 Mk. pro Woche verdienen. Geschickte Zuschneider in größeren Schneidergeschäften können sogar im Jahre bis 5000 Mk. kommen.

Die Bäcker- und Fleischergehilfen wohnen meist noch bei ihrem Meister in Kost und Logis. Man muß also hierbei auch berücksichtigen, daß die Ausgaben des Meisters dafür gestiegen sind. Der Wert dieser Ausgaben ist für die Innungen nicht gleichmäßig angegeben worden.

Ein Bäckergehilfe stand sich 1890 durchschnittlich auf 7 Mk. pro Woche in Geld und 9 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 16 Mk. 1913 auf 12 Mk. pro Woche in Geld und 13 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 25 Mk. Der Höchstverdienst eines Bäckergehilfen in Geld beträgt jetzt etwa 28—30 Mk. In Chemnitz herrschen jetzt noch

die kleineren und mittleren Betriebe von 5—6 Personen vor. Auf eine Bäckerei entfallen ungefähr 600 Einwohner, früher in schlechten Zeiten sogar nur 500.

Die Fleischergehilfen verdienen im Jahre 1890 durchschnittlich 11 Mk. pro Woche in Geld und 10,50 Mk. in Kost und Logis, zusammen durchschnittlich 21,50 Mk. 1912 standen sie sich im Durchschnitt auf 13 Mk. in Geld und 14 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 27 Mk. Bessere Gehilfen verdienen 17—18 Mk. wöchentlich in Geld. Gehilfen, die den Meister vertreten, verdienen noch mehr, sind aber selten.

Für die Glasergehilfen betrug der Mindestlohn

1900:	30	ℳ.	pro	Std.	bei	61	Std.	Wochenarbeit
1904:	30	"	"	"	"	58	"	"
1910:	48	"	"	"	"	56	"	"
1912:	50	"	"	"	"	56	"	"

(Die letzte Angabe gilt nur für Gesellen über 20 Jahre.)

Gesichulte Gehilfen können bei Akkordarbeit bis 60 Mk. pro Woche verdienen, andere kommen nur bis 30 Mk. Jahreseinkommen von 1600—2000 Mk. sind nicht selten. Im Winter fehlt es meist an Arbeit; wie im Baugewerbe herrscht auch hier Saisonarbeit. Die Löhne stehen jetzt etwa doppelt so hoch als vor 20 Jahren.

Für Schlossergehilfen betrug der durchschnittliche Stundenlohn 1890 40 ℳ. bei 60 Stunden wöchentlicher Arbeit, im Jahre 1912 durchschnittlich 50 ℳ. bei 58 Stunden Arbeit. Höchstlöhne betragen jetzt 65—75 ℳ.

Die Klempnergehilfen verdienen 1890 durchschnittlich 19—20 Mk. wöchentlich, 1912 durchschnittlich 28—29 Mk., bessere 32 Mk.

Die Schmiedegehilfen standen sich 1890 im Durchschnitt pro Woche auf 16—17 Mk., bessere 20—21 Mk. Jetzt besteht Tarif: 58½ Stunden wöchentliche Arbeit, der Minimallohn beginnt von 33 ℳ. und steigt bis 57 ℳ. Der Maximallohn beträgt 60 ℳ. pro Stunde. Durchschnittlich wurden im Jahre 1912 etwa 28 Mk. pro Woche verdient, davon sind noch rund 1 Mk. Kranken- und Invalidengeld abzuziehen.

Schornsteinfegergehilfen: Die unverheirateten Gehilfen erhielten wöchentlich 1890 4 Mk. in Geld und freie Station, 1912 12—15 Mk. in Geld und freie Station. Die verheirateten Gehilfen standen sich 1890 auf 14—18 Mk. pro Woche, 1912 auf 26—30 Mk.

Außerdem ist ihnen noch Gelegenheit zu Nebenverdienst gegeben durch Kesselreinigen usw., das ihnen jetzt jährlich etwa 200 bis 300 Mk.

einbringen kann. Früher war dieser Nebenverdienst noch größer. Jetzt haben sich aber bereits Leute gefunden, die diese Arbeit als Hauptgeschäft betreiben.

Die Geschirrführer erhielten 1890 durchschnittlich etwa 18 Mk. wöchentlich. Im Jahre 1912 betrug der Mindestlohn 26 Mk., nach einem Jahre Beschäftigung und im Durchschnitt aller etwa 27 Mk., Höchstlöhne 28—29 Mk. Die Trinkgelder lassen sich nicht berechnen, es kommen dafür auch nur die Geschirrführer für Expeditionsfahren in Betracht, nicht die Baugeschirrführer, die wohl die größere Hälfte ausmachen. Für Droschkenfutcher usw. konnten wir keine Angaben erhalten. Ebenso hatten wir auch an weitere Innungsvorstände und auch an verschiedene Fabriken Anfragen gerichtet über die Höhe der jeweilig gezahlten Löhne, leider wurden uns in den meisten Fällen abschlägige Antworten zuteil, und zwar nicht immer in der höflichsten Form. Sei es nun, daß man eine tendenziöse Ausbeutung des Zahlenmaterials vermutete, oder daß viele Betriebe privaten Anfragen überhaupt kein Gehör schenken, so kommt dabei doch auch in Betracht, daß Nachweise über die gezahlten Löhne für frühere Jahre meist nicht mehr vorhanden sind. So ist es uns leider nicht möglich gewesen, die Bewegung der Löhne der Fabrikarbeiter in den einzelnen Jahren für Chemnitz zu untersuchen. Das wenige Material, das sich in den verschiedenen Heften des Reichsarbeitsblattes nebst Sonderheften und in verschiedenen anderen Schriften verstreut vorfindet, erstreckt sich meist auf zu kurze Zeit und ist auch nicht immer gleichmäßig erhoben und aufbereitet worden. Der häufige Übergang von Zeitlohn zu Stücklohn, das immer stärkere Zunehmen der Tarifverträge mit der Feststellung von Mindestlöhnen und Maximalarbeitszeiten für die verschiedensten Berufszweige erschwert Vergleiche für einen längeren Zeitraum sehr stark oder macht sie ganz unmöglich. Wir glauben daher auf eine Betrachtung dieser ungenauen Zahlenangaben verzichten zu können. An den gebrachten Beispielen läßt sich jedenfalls erkennen, daß die Löhne in den letzten 20 Jahren beträchtlich gestiegen sind und der Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung getragen haben. Bei der strafferen Organisation der Fabrikarbeiter wird das für diese nicht minder der Fall gewesen sein, wie es auch die Berichte aus verschiedenen anderen Städten zeigen.

Werfen wir vergleichsweise noch einen Blick auf die Einkommensverhältnisse der Beamten. Für die Chemnitzer städtischen Beamten wurde mir das Material dazu seitens der Stadtverwaltung in entgegen-

kommenster Weise zur Verfügung gestellt. Einen Auszug daraus gibt Anhang VI a. Infolge der großen Veränderungen der Gehaltsordnung ist eine zahlenmäßig genaue Berechnung der Steigerung nicht möglich, für die Kanzleibeamten ergibt sich aber, daß die Gehaltssteigerung bei den geringeren Einkommensstufen am größten gewesen ist. Das mittlere Gehalt der Schutzmannschaft ist etwa um die Hälfte gestiegen, das der Lehrer um etwa 30 %.

Auf Grund des Aktenmaterials betreffend Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Reich und das Königreich Sachsen haben wir eine Tabelle gewonnen, welche die Beamtengehälter zu Beginn der 90er Jahre und jetzt für einige wichtige Beamtengruppen zeigt (Anhang VI b). Wir erkennen daraus, daß besonders die Gehälter der minder besoldeten Beamten größere Aufbesserungen erfahren haben, auf eine zahlenmäßige Berechnung der Steigerung aber verzichten wir, die Zahlen besagen zu wenig.

Bei den vorausgegangenen Untersuchungen über die Preise konnten wir, wenn auch mit vielen Einschränkungen, immerhin noch annehmen, daß die Waren in den einzelnen Fällen von gleicher Qualität waren und daß die Gegenüberstellung der Preise, die für ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Ware von bestimmter Qualität in verschiedenen Jahren gezahlt wurden, uns einen Maßstab für die Beurteilung der Preissteigerung geben konnten. Schwieriger gestaltet sich schon die Untersuchung der Löhne, immerhin hat man es hierbei mit einer ziemlich eng umgrenzten sozialen Schicht zu tun, die sich in den letzten Jahrzehnten nur wenig verschoben hat. Bei der Untersuchung der Gehälter der Beamtschaft treten uns aber neue Schwierigkeiten entgegen. Die verschiedensten sozialen Schichten gehören ihr an. Stellungen, die vor 20 Jahren vielleicht von einer höher gestellten Bevölkerungsschicht eingenommen wurden, sind jetzt anderen Bevölkerungskreisen offen, manche neue Beamtenklassen sind erst im Laufe dieser Zeit geschaffen worden, andere sind völlig umgestaltet, geteilt oder zusammengelegt worden, ihre Bezeichnungen haben eine Veränderung erfahren. Bei den staffelförmig aufgebauten Gehältern kann eine Besserung bereits in der Verkürzung der Aufrückungsperioden liegen, eine wichtige Rolle spielen auch die Ruhegehälter, die Witwen- und Waisenversorgung, die Wohnungs- und Bekleidungsgehaltszuschüsse, Steuerungszulagen usw. Es ist jedenfalls unmöglich, die Besserung der Einkommensverhältnisse der Beamten mit wenigen Zahlen zu

erfassen. Daß aber Staat und Kommunen bei der Festsetzung der Gehälter ihrer Beamten der steigenden Verteuerung der Lebenshaltung in weitem Umfange Rechnung getragen haben und noch weiter tragen, das geht aus den Rechenschaftsberichten mit großer Deutlichkeit hervor, in denen der Ausgabeposten „Besoldungen“ einen immer größeren Umfang einnimmt, zum Leidwesen eines großen Teiles der steuerzahlenden Bevölkerung. Erfreulich ist jedenfalls die Tatsache, daß vor allem die Gehälter der minder besoldeten Beamten Aufbesserungen erfahren haben, wie die wenigen Beispiele zeigen, die wir bringen konnten.

Im Anschluß an diese Ausführungen erscheint es vielleicht angebracht, auf die symptomatische Statistik einzugehen, also zu zeigen, in welchen Nebenerscheinungen sich die Besserung der Lebenshaltung äußert. Man muß sich allerdings hierbei sehr vor Übertreibungen hüten.

Der zunehmende Wohlstand der Bevölkerung kann sich äußern in einer wachsenden Spartätigkeit. Betrachten wir die Einlegerguthaben, die im Durchschnitt am Ende der einzelnen Jahre auf ein Sparkassenbuch der Chemnitzer städtischen Sparkasse entfallen, so läßt sich eine Steigerung nicht verkennen:

1890	256,25 Mk.	1898	271,90 Mk.	1906	318,83 Mk.
1891	250,29 "	1899	265,77 "	1907	330,05 "
1892	247,53 "	1900	268,05 "	1908	327,89 "
1893	246,52 "	1901	276,33 "	1909	334,19 "
1894	247,36 "	1902	286,31 "	1910	341,18 "
1895	256,17 "	1903	294,82 "	1911	345,21 "
1896	264,79 "	1904	301,24 "	1912	348,02 "
1897	269,13 "	1905	308,80 "		

Aber besagen diese Zahlen in Wirklichkeit eine Zunahme der Spartätigkeit infolge steigenden Wohlstandes? Wir müssen diese Frage verneinen, denn eine starke Vermehrung der kleineren Guthaben gegenüber den größeren könnte sehr wohl das Durchschnittsguthaben verringern, trotzdem die Spartätigkeit gestiegen ist.

Betrachten wir einmal die folgende Tabelle auf Seite 159:

Die Anzahl sämtlicher Sparkassenbücher ist darnach von 1890 bis 1908 um 59 % gestiegen, am stärksten gestiegen sind die Guthaben über 600 Mk. (79 %), am wenigsten haben sich vermehrt die Guthaben über 60 bis 150 Mk. (33 %). Die Zunahme des durchschnittlichen Guthabens beruht also auf einer stärkeren Vermehrung der größeren

Verteilung und Steigerung der Einlegerguthaben 1890 und 1908:

Guthaben	1890		1908		Steigerung der Zahl der Guthaben von 1890 bis 1908 %
	Anzahl der Sparkasten= bücher	%	Anzahl der Sparkasten= bücher	%	
Bis 60 Mf.	36 492	43,4	61 003	45,6	67
über 60 " 150 "	13 711	16,3	18 255	13,7	33
" 150 " 300 "	10 457	12,4	14 944	11,2	43
" 300 " 600 "	9 621	11,4	14 566	10,9	51
" 600 Mf.	13 879	16,5	24 870	18,6	79
Zusammen	84 160	100	133 638	100	59

Guthaben. Die Ursache liegt zum Teil daran, daß die größtmögliche Höhe des Einlagekontos weiter hinausgeschoben worden ist, daß also heute größere Beträge auf ein Sparkastenbuch eingezahlt werden können. Die Einwohnerzahl von Chemnitz ist von 1890 auf 1908 um rund 96 % gestiegen, also sogar weit stärker als die Guthaben über 600 Mf. Das will aber im Grunde ebensowenig etwas besagen, wie ein Vergleich der durchschnittlichen Größe der Guthaben in den einzelnen Jahren. Diese Angaben sind als Maßstab der Spartätigkeit nicht zu verwerten, noch weniger vielleicht als Maßstab für eine Steigerung des Wohlstandes. Einerseits steigen bei zunehmendem Wohlstand die Ansprüche an das Leben, bei den jetzigen teuren Zeiten wachsen zudem auch die Ausgaben für die dringend notwendigen Bedürfnisse, und die Haushaltungen der Arbeiterfamilien zeigen auch, daß nur in wenig Fällen Ersparnisse gemacht worden sind; die Ausgaben decken sich in den meisten Fällen mit den Einnahmen. Auf der anderen Seite kommt aber dazu, daß die Angaben der Chemnitzer städtischen Sparkasse für die Spartätigkeit der Chemnitzer Bevölkerung nicht allein maßgebend sind, wie selbst aus den Verwaltungsberichten der Stadt Chemnitz hervorgeht. So steht z. B. im Bericht für das Jahr 1910 S. 218: „Die außerordentliche Steigerung der Einzahlungsposten ist auf die Einführung der ‚täglichen Verzinsung‘ (Verzinsung vom Tage nach der Einzahlung und bei Rückzahlung bis zum Tage vor der Abhebung) zurückzuführen. Es ergibt sich demnach, daß die Sparer öfters die Sparbeträge zur Kasse bringen, als es früher der Fall war. Hieraus erklärt sich ohne weiteres der Rückgang des durchschnittlichen Betrages einer Einzahlung.“ Weiter steht im Bericht für das Jahr 1912 S. 134: „Im September 1912 haben die städtischen Körperschaften beschlossen,

den Zinsfuß für Spareinlagen mit Wirkung vom 1. Januar 1913 ab von 3 auf $3\frac{1}{2}$ % zu erhöhen. Für diesen Entschluß war in der Hauptsache maßgebend der außerordentlich starke Wettbewerb, den die städtische Sparkasse mit den Vorortsparkassen seit Jahren zu bestehen hat.“ Die Sparkassen der Gemeinden in der Nähe der Großstadt haben schon seit einer Reihe von Jahren einen höheren Zinsfuß, infolgedessen legen viele Chemnitzer ihr Geld in diesen Sparkassen an (wie es übrigens auch in anderen Großstädten, z. B. in Leipzig, zu bemerken ist). Wenn nun infolge Erhöhung des Zinsfußes eine Umwandlung eintritt und viele Leute ihr Geld von den Vorortsparkassen abheben und es in der städtischen Sparkasse anlegen, weil es für sie so bequemer ist und sie sich den oft weiten Weg zur Sparkasse ersparen können, so braucht die Steigerung der Zahl der Sparkassenbücher und der Höhe des Guthabens absolut kein Anzeichen für eine Vergrößerung der Spartätigkeit zu sein. Dazu kommt dann weiter hinzu, daß in Chemnitz eine größere Reihe von Sparvereinigungen bestehen, in denen besonders die kleinen Leute ihr Geld anlegen. Die Sparkasse ist ja durchaus nicht die einzige Gelegenheit, erspartes Geld zinsbringend anzulegen. Die Banken, Konsumvereine, Baugesellschaften usw. müßten bei der Betrachtung der Spartätigkeit auch mit herangezogen werden, doch stehen dem zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Ein Fortschritt in dieser Hinsicht ist bisher allerdings zu verzeichnen. Durch eine Verordnung des kgl. Sächf. Ministeriums des Innern vom 7. August 1909 ist zum ersten Male eine Erhebung über Sparvereinigungen angeordnet worden, die von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen und die fortlaufende Statistik des Sparkassenwesens zu ergänzen bestimmt sind. Die Sammlung und Bearbeitung des Materials erfolgt durch das Statistische Landesamt (Sächf. St. L. M. B. 1909 S. 246). Im Jahrgang 1911 der Sächf. St. L. M. B. S. 211 ff. erschien dann zum ersten Male eine Arbeit von R u j c h : „Die Sparvereinigungen in Sachsen“. Darnach bestanden im Jahre 1908 in Chemnitz 54 Sparvereinigungen im eigentlichen Sinne, 25 mit Nebenzweck, zusammen also 79. Die Anzahl der Sparer betrug in diesem Jahre 19 806, bei einer Sparvereinigung war die Zahl nicht angegeben worden. Diese Zahl hat also eine ziemlich große Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in diesem Jahre die Zahl der Sparkassenbücher in der städtischen Sparkasse 133 638 Stück betrug. Auch die folgende Gegenüberstellung zeigt die Bedeutung der Sparvereinigungen:

Jahr 1908	Sämtliche Sparvereinigungen	Städtische Sparkasse
Betrag der Einzahlungen	622 346 Mk.	10 069 748,18 Mk.
Betrag der Rückzahlungen	504 855 „	11 380 681,16 „
Betrag des Einlegerguthabens am 31. Dezember	1 179 674 „	43 819 116,74 „

Es liegt uns fern, die Bedeutung der Zahlenangaben der Chemnitzer Sparkasse herabzusetzen, für die Verwaltung sind sie von großem Werte. Es schien uns aber nötig zu zeigen, daß ihre Angaben kaum als Maßstab für eine Beurteilung der Spartätigkeit der Chemnitzer Bevölkerung dienen können¹, wie es für die Sparkassen anderer Städte mitunter dargestellt wird.

Als weiteres Symptom eines zunehmenden Wohlstandes wird dann vielfach die Abnahme der Sterblichkeit angesehen. Daß die Sterblichkeit im Laufe der letzten Jahrzehnte stark zurückgegangen ist, ist eine bekannte Tatsache. Wir verzichten aber darauf, die Zahlen für Chemnitz hier zu bringen. Die Abnahme der Sterblichkeit ist weniger eine Folge des zunehmenden Wohlstandes, sondern findet ihre Hauptursache in den Fortschritten auf hygienischem Gebiete², in den Arbeiterschutzgesetzen, Unfallverhütungsvorschriften usw., auf die wir hier natürlich nicht eingehen können. Zum Gebiete der Gesundheitspflege gehört dann weiter die stärkere Benutzung von Bädern. Die Besucherzahlen der Volksbäder können aber auch dafür nicht allein maßgebend sein, da jetzt auch in den Fabriken mehr und mehr Gelegenheit zu Brausebädern usw. gegeben ist.

Der zunehmende Wohlstand besonders unter den minderbemittelten Klassen kann sich (braucht sich natürlich nicht) weiter auch äußern in einem stärkeren Drange nach geistiger Anregung, dem von den verschiedensten Seiten Rechnung getragen wird, wie wir bereits früher ausgeführt haben. Man könnte so vielleicht die Zahlen der Bücherentlehnungen in den Volksbüchereien, Büchereien der Kirchengemeinden und sonstigen öffentlichen Büchereien zur Betrachtung heranziehen, wie sie auch in den Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz und in den Verwaltungsberichten der Stadt

¹ Vgl. dazu auch die „Sozialpolitischen Schriften von Thomas Carlisle“. Herausgegeben von Dr. P. Fensel. Göttingen 1895. I. Bd. S. 12.

² Vgl. dazu auch Eßlen, a. a. O. S. 60.

Chemnitz veröffentlicht werden, weiter die Besucherzahlen von Volksvorstellungen im Theater u. a. m. Das sind aber alles Erscheinungen, die ein stark individuelles Gepräge haben, viel zu sehr vom Geschmack, vom Charakter des einzelnen abhängig sind, von der Gelegenheit zu ihrer Benutzung (z. B. Art des gegebenen Theaterstückes, Zeit der Vorstellung, Preise der Plätze usw.). Vielfach lassen sich aber einzelne Momente nur schwer oder gar nicht in ihrem vollen Umfange erfassen (Besucherzahl der Lesehallen, Fabriks- und Gewerkschaftsbüchereien), so daß eine Betrachtung der wenigen zur Verfügung stehenden Zahlen infolge ihrer Unvollständigkeit sich nicht verbietet. So ließen sich noch eine ganze Reihe von Erscheinungen anführen, die mehr oder weniger mit dem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung zusammenhängen, z. B. die Zunahme der Versicherungssummen, besonders in der Volksversicherung. Die Schwierigkeiten einer exakten Darstellung derselben sind aber teils zu groß, zum andern Teil führen solche Darstellungen häufig zu Übertreibungen, wenn man diese Erscheinungen aus dem Rahmen des gesamten Kultur- und Wirtschaftslebens herausreißt und einzeln für sich betrachten will, eine Versuchung, der nur zu viele erliegen. Hüten wir uns davor und lassen wir es mit dem Gesagten genug sein. Es kam uns hierbei mehr darauf an, den häufigen Mißbrauch, der mit symptomatischen Darstellungen getrieben wird, ins rechte Licht zu rücken.

Schluf.

Überschauen wir noch einmal die Entwicklung der Preise, so können wir uns den Ausführungen von Busch¹ anschließen, wenn er für die Bewegung der Preise drei Vorgänge unterscheidet:

1. Eine im Laufe der Zeit sich vollziehende allmähliche Steigerung der Preise, das bekannte Problem der Wirtschaftswissenschaft, für welche die verschiedensten Ursachen angegeben werden. Mit dieser Preissteigerung geht eine Steigerung von Gehältern und Löhnen und eine Verbesserung der Lebenshaltung Hand in Hand.
2. Preisbewegungen, welche durch sprunghafte Entwicklungsformen, wirtschaftliche Krisen u. dgl. verursacht sind.
3. Gelegentliche Preissteigerungen infolge ungünstiger Ernteverhältnisse.

Von wesentlicher Bedeutung ist nur der erste Vorgang, wie wir auch in unseren Betrachtungen gezeigt haben, besonders auch an der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Wir möchten hier nochmals betonen, daß derartige Berechnungen auf Grund der Haushaltsrechnungen im besten Falle Bewegungstendenzen veranschaulichen können, aber keinen Anspruch auf die Feststellung wirklicher Lebensverhältnisse erheben dürfen².

Wir hatten schon früher einmal bei der Betrachtung der Konsumverhältnisse beim Fleisch auf den Zusammenhang der Preisbildung mit der wirtschaftlichen Konjunktur hingewiesen. Die großen Preisbewegungen werden durch einen Konjunkturwechsel eingeleitet, es darf aber nicht vergessen werden, daß die einmal eingeschlagene Richtung auch bei dem Konjunkturwechsel häufig beibehalten wird. Konjunkturrelle und Preiswelle haben gewiß große Strecken gemeinsam, aber die letztere ist doch, im großen und ganzen betrachtet, die größere und umfassendere.

¹ Busch, Lebensmittelpreise in Frankfurt a. M. D.St.C.B. 1913, S. 174.

² Vgl. dazu auch D.St.C.B. 1913 S. 161 ff. Besprechung zu Satz 10 der Zeitsätze von Busch.

An einigen Beispielen hatten wir gezeigt, daß die Besserung der Einkommensverhältnisse in den letzten Jahrzehnten der zunehmenden Verteuerung der Lebensbedürfnisse Rechnung getragen hat. Die Erhöhung des Nominaleinkommens gibt überhaupt erst die Möglichkeit, die Preise zu steigern. Ohne diese Erhöhung müßte ja die Preissteigerung zu einer Einschränkung des Konsums führen. Eine Einkommenserhöhung muß mit einer Preissteigerung notwendig Hand in Hand gehen. Die Preise gehören eben zu einem komplizierten Mechanismus, bei dem die einzelnen Momente funktionell miteinander verbunden sind.

Wir werden letzten Endes die Preissteigerung kaum als eine vorübergehende Erscheinung, sondern als eine dauernde ansehen müssen. Es ist nun aber klar, daß vor allem der Beginn der Steigerung lebhaft empfunden wird. Es dauert immer längere Zeit, bis ein gewisses Gleichgewicht zwischen Preis und Einkommen sich durchgesetzt hat, bis die Abwälzung der Preissteigerung vollendet ist. Ein stationärer Zustand kann überhaupt nicht geschaffen werden, es kann sich vielmehr stets nur um einen Ausgleich der allzu starken Gegensätze handeln. Es ist immer nur die Gewöhnung an die neue Situation, die so schmerzhaft empfunden wird. Aber für andere Klassen bedeuten steigende Preise auch steigenden Gewinn. Starke Preiskämpfe sind die notwendigen Folgen der starken Verschiebungen, die sich durchsetzen. Ist dann das Einkommen dem Preisniveau einmal angepaßt, so vollzieht sich das Wirtschaftsleben in ruhigeren Bahnen auf einer neuen Preislage¹.

¹ Vgl. dazu Eulenburg a. a. O. S. 20, 51 und 80.

Anhang.

I. Gefehlliche Ausbeuteverhältnisse.

Auf Grund der Zollverordnung vom 10. Mai 1880:

100 kg Roggenmehl = 143 kg Roggen,

100 „ Weizenmehl = 125 „ Weizen.

Auf Grund der Zollverordnung vom 14. Mai 1881 sowie nach dem Mühlen- und Mälzereilager-Regulativ vom 27. April 1894, bzw. dem Regulativ für Getreidemühlen und Mälzereien vom 16. Dezember 1897:

100 kg Roggenmehl = 153,85 kg Roggen,

100 „ Weizenmehl = 133,33 „ Weizen.

Nach dem Bundesratsbeschluß vom 15. März 1900, Regulativ für Getreidemühlen und Mälzereien betreffend, ergänzt durch Bundesratsbeschluß vom 21. April 1904 (vgl. dazu Wörterbuch der Volkswirtschaft, Art. Getreidezölle):

Ausbeuteklasse	Ausbeute	Ausbeuteverhältnis	
I	0—60 %	100 kg Roggenmehl	= 153,83 kg Roggen
II	60—65 „	100 „ „	= 100,00 „ „
III	0—65 „	100 „ „	= 153,85 „ „
I	0—30 „	100 „ Weizenmehl	= 160,00 „ Weizen
II	30—70 „	100 „ „	= 117,50 „ „
III	70—75 „	100 „ „	= 100,00 „ „
IV	0—70 „	100 „ „	= 135,71 „ „
V	0—75 „	100 „ „	= 133,33 „ „
		100 „ Maß	= 133,33 „ Gerste

Ab 1. Oktober 1909: 100 kg Weizenmehl I. Klasse = 150 „ Weizen

II. Ergebnisse der Viehzählungen im Reich und in Sachsen nach den St.J.f.d.D.R. und V.J.St.d.D.R. und St.J.Ag.G.

Zählung	Rindvieh		Schweine		Schafe	
	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.
Deutsches Reich.						
10. 1. 1873	15 776 702	33,4	7 124 088	17,4	24 999 406	60,9
10. 1. 1883	15 786 764	34,5	9 206 195	20,1	19 189 715	42,0
1. 12. 1892	17 555 834	35,5	12 174 442	24,6	13 589 662	27,5
1. 12. 1897	18 490 772	35,4	14 274 557	27,3	10 866 772	20,8
1. 12. 1900	18 939 692	33,6	16 807 014	29,8	9 692 501	17,2
1. 12. 1904	19 331 563	32,3	18 920 666	31,6	7 907 173	13,2
2. 12. 1907	20 630 544	33,0	22 146 532	35,4	7 703 710	12,3
2. 12. 1912	20 158 738	30,4	21 885 073	33,0	5 787 848	8,7

Zählung	Rindvieh		Schweine		Schafe	
	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.
Königreich Sachsen.						
10. 1. 1873	647 972	24,9	301 369	11,5	206 833	7,9
10. 1. 1883	651 329	21,3	355 550	11,6	149 037	4,9
1. 12. 1892	664 833	18,4	433 800	12,0	105 194	2,9
1. 12. 1897	681 788	18,0	498 523	13,2	79 365	2,1
1. 12. 1900	688 953	16,4	576 953	13,3	74 628	1,8
1. 12. 1904	683 771	15,4	639 818	14,4	61 863	1,4
1. 12. 1906	707 436	15,5	707 365	15,5	63 669	1,4
2. 12. 1907	731 528	15,8	744 517	16,1	66 120	1,4
1. 12. 1908	720 603	15,4	637 748	13,6	64 162	1,4
1. 12. 1909	698 672	14,7	656 113	13,8	58 913	1,2
1. 12. 1910	690 471	14,4	714 705	14,9	58 217	1,2
1. 12. 1911	668 913	13,8	707 046	14,6	52 981	1,1
2. 12. 1912	701 853	14,4	657 026	13,5	55 137	1,1

Bestand an Schweinen nach den Zählungen vom 2. Dez. 1912 und 2. Juni 1913
im Königreich Sachsen:

Zählung	unter 1/2 Jahr alte Schw.	1/2 bis 1 Jahr alte Zuchtboer	1/2 bis 1 Jahr alte Zuchtauern	1/2 bis 1 Jahr alte sonstige Schweine	1 Jahr alte und ältere Zuchtboer	1 Jahr alte und ältere Zuchtauern	1 Jahr alte und ältere sonstige Schweine	Zu- sammen
2. 12. 1912	376 689	198 316			4 800	46 486	30 735	657 026
2. 6. 1913	397 910	3 443	24 087	186 620	3 112	38 015	8 971	662 158

III. Vieheingang und Schlachtungen nach den J.D.B.G.

Vieheingang bezogen auf die Zahl der Rinder:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	1000	4222	1704	2445
1900	1000	5557	1864	1704
1912	1000	5519	1285	1381

Schlachtungen bezogen auf die Zahl der Rinder:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	1000	3265	1411	2926
1900	1000	4606	1436	2331
1912	1000	4961	1403	1841

Relativzahlen für den Vieheingang in den Jahren 1884—1900—1912:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	100	100	100	100
1900	216	285	237	151
1912	330	431	249	186

Relativzahlen für die Schlachtungen in den Jahren 1884—1900—1912:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	100	100	100	100
1900	180	254	183	143,5
1912	271	412	270	170,5

Relativzahlen für den Vieheingang in nebenstehenden Perioden:

Periode	Rinder ¹	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen ²	Zusammen
1884/88	100	100	100	100	100	100
1889/93	114,2	136,4	118,6	105,0	79,1	122,9
1894/98	131,5	149,5	159,8	108,3	94,7	139,1
1899/1903	160,8	191,6	200,2	130,7	144,2	174,5
1904/08	201,7	247,3	184,7	147,5	222,8	206,5
1909/12	248,4	311,5	202,9	164,2	208,7	248,8

Relativzahlen für die Schlachtungen in nebenstehenden Perioden:

Periode	Rinder ¹	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen ²	Zusammen	Pferde	Hunde
1884/88	100	100	100	100	100	100	100	100
1889/93	115,8	170,5	121,4	104,3	83,7	134,3	133,8	111,5
1894/98	123,3	167,6	136,7	106,4	97,5	137,1	122,4	108,8
1899/1903	163,0	199,8	179,7	129,2	151,5	168,7	164,9	130,9
1904/08	199,0	262,0	187,0	143,3	235,4	203,3	257,9	254,2
1909/12	247,0	328,1	228,5	156,5	218,4	245,7	385,5	218,5

Außerdem wurden von 1899 bis 1912 noch insgesamt 56 Gjel und 6 Bären geschlachtet.

Absolutzahlen für die Schlachtungen in den Jahren 1904—1912:

Jahr	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen	Zusammen	Pferde	Hunde	Gjel	Bären
1904	14 416	66 405	19 277	31 577	209	131 884	742	338	6	—
1905	15 098	61 777	20 535	31 049	194	128 653	982	611	2	1
1906	15 330	61 426	19 218	30 637	179	126 790	1070	698	5	1
1907	16 134	78 019	19 027	33 402	208	146 790	892	704	2	—
1908	17 024	80 119	19 763	35 513	161	152 580	966	580	1	1
1909	18 896	76 872	21 259	37 080	187	154 294	1157	597	5	—
1910	19 166	81 646	23 639	35 475	161	160 087	1313	496	9	—
1911	20 211	94 770	23 830	33 819	182	172 812	1489	423	3	1
1912	19 181	95 160	26 915	35 307	176	176 739	1604	499	7	—

¹ Eine Differenzierung der Rinder nach den einzelnen Sorten ist infolge mehrfachen Wechsels der Aufschreibung nicht möglich.

² Die absoluten Zahlen für Ziegen sind zu klein, als daß diesen Relativzahlen irgendwelche nennenswerte Bedeutung zukommen könnte.

IV. Wohnungsfürsorge in Chemnitz.

Chemnitz besitzt eine Wohnungsordnung vom 30. März 1906 und eine Wohnungsinspektion (Wohnungsamt). Die Ergebnisse der Untersuchungen des Wohnungsamtes, auf die wir hier nicht eingehen können, finden sich in den jährlichen Verwaltungsberichten der Stadt Chemnitz.

Der Arbeit von Würzburger, „Zur Statistik der Ergebnisse der öffentlichen und der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge“, Sächsl. St.L.N.B. 1906 S. 339, entnehmen wir die folgende auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 ermittelte Darstellung der Wohnungsfürsorge in Chemnitz:

(Die Nachweisungen beruhen auf Mitteilungen des Stat. Amtes der Stadt Chemnitz.)

Besitzer	Bestimmung	Zahl der Häuser	Zahl der Wohnungen
Krentelstiftung (Stadt-gemeinde)	billige Wohnungen für die arme Bevölkerung	6	46
Stiftung „Postheim“ (Stadt-gemeinde)	billige Vermietung an Post-unterbeamte	2	2
Stiftung „Heim“	gesunde u. billige Wohnungen f. brave Arbeiter d. Sächsischen Maschinenfabrik	42	95
Chemnitzer Spar- und Bauverein	billige Wohnungen für die Mitglieder	11	92
Bauverein „Eigner Herd“	Erbauung kleinerer Wohnungen	6	24
Königlich Sächsische Staats-eisenbahn	billige Wohnungen für eigene Angestellte und Arbeiter	20	221
Chemnitzer Werkzeugma-schinenfabrik vormals Zimmermann	desgleichen	5	46
Chemnitzer Aktienspinnerei	desgleichen	5	36
Maschinenfabrik „Germania“	desgleichen	3	13
		Zusammen	575

Von diesen 575 Wohnungen hatten:

1 heizbares Zimmer		1 heizbares Zimmer und		2 heizbare Zimmer und		3 oder mehr	
ohne Küche	mit Küche	1 nichtheizbare Zimmer	2 nichtheizbare Zimmer	0	1 2 oder mehr	2 oder mehr	heizbare Zimmer
11	—	242	40	109	78	7	88

Der jährliche Mietpreis (einschließlich Nebengebühren) betrug:

		bis 100 Mf. in		35 Wohnungen
über 100	150	"	"	139
"	150	"	200	"
"	200	"	250	121
"	250	"	300	160
"	300	"	350	101
"	350 Mf.	"	"	17
"		"	"	2
Zusammen 575 Wohnungen				

Dem St.J.Rg.E. 1909 S. 101 entnehmen wir weiter die folgende Darstellung der Wohnungsfürsorge für Arbeiter in Chemnitz im Jahre 1907 (nach den Jahresberichten der Rgl. Sächf. Gewerbeaufsichtsbeamten für 1907):

	von Arbeitgeber errichtete Miet- häuser	von Genossen- schaften und Ver- einen errichtete Miethäuser	von Stiftungen errichtete Miethäuser
Zahl der vorhandenen Familien . . .	41	18	52
Häuser für ledige . . .	2	1	—
Zahl der Familienwohnungen . . .	270	126	144
davon mit 1 Raum	—	—	—
Räumen (ein- 2 Räumen	144	18	23
schließlich 3 "	95	85	68
mern, ausschließ- 4 "	19	23	20
lich Küche) 5 " u. mehr	12	—	33
davon mit Garten oder Feld	55	102	129
Zahl der Wohnräume für ledige Per- sonen, einschließlich der Schlafräume	8	12	—
Zahl der Ledigen	12	30	—

Auf Anregung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge in Sachsen hat das Königl. Ministerium des Innern unter dem 3. Juni und 19. August 1912 eine Erhebung über den Stand der Wohnungsfürsorge in allen Städten mit über 3000 und in allen Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern angeordnet. Die Erhebung sollte sich erstrecken auf die Herstellung der Wohnungen, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und die wirtschaftlichen Verhältnisse der gemeinnützigen Wohnungsbauten. (Sächf. St.L.N.J. 1912, S. 429.)

Die Erhebung hat sich auf den Stand vom 15. September 1912 bezogen, die Ergebnisse derselben sind aber bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden.

V a. Gliederung der Ausgaben im Durchschnitt der drei Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Wirtschaftsrechnungen.

Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich.

	Stufe I		Stufe II		Stufe III		Zusammen	
Nahrungs- und Genußmittel. . .	757,87	55,2	990,92	55,3	1275,71	52,3	1004,85	54,3
Kleidung, Wäsche, Reinigung . . .	138,99	10,1	227,11	12,7	328,05	13,5	230,56	12,5
Wohnung und Haushalt . . .	206,12	15,0	212,03	11,8	320,73	13,1	239,70	12,9
Heizung und Beleuchtung . . .	87,49	6,4	94,93	5,3	116,26	4,8	98,67	5,3
Gesundheits- und Körperpflege . .	14,37	1,0	25,48	1,4	38,14	1,6	25,90	1,4
Unterricht, Schulgeld, Lernmittel .	7,75	0,6	13,55	0,8	26,47	1,1	15,47	0,8
Geistige und gefellige Bedürfnisse .	42,74	3,1	69,25	3,9	126,80	5,2	77,61	4,2
Staat, Gemeinde, Kirche . . .	25,56	1,9	38,79	2,2	46,63	1,9	37,34	2,0
Vor- und Fürsorge (Versicherung)	20,46	1,5	51,02	2,8	44,16	1,8	40,94	2,2
Verkehrsmittel	8,39	0,6	19,34	1,1	28,82	1,2	18,95	1,0
Sonstige Ausgaben	63,62	4,6	47,71	2,7	86,20	3,5	62,35	3,4
Zusammen	1373,36	100	1790,13	100	2437,97	100	1852,34	100

350 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern.

	o/o		o/o		o/o		o/o	
Nahrungs- und Genußmittel. . .	837,14	56,4	1024,81	57,1	1279,36	55,7	1037,01	56,3
Kleidung, Neuanschaffg., Reparatur.	173,27	11,7	141,06	7,9	338,04	14,7	212,21	11,5
Miete, Steuern, Dienstleistung . .	199,35	13,5	290,14	16,1	313,01	13,6	265,52	14,5
Heizung und Beleuchtung . . .	71,80	4,9	95,89	5,3	107,66	4,7	91,09	4,9
Arzt, Apotheke, Gesundheitspflege .	16,74	1,1	16,64	0,9	24,52	1,1	19,08	1,1
Seife, Soda, Waschmittel	16,41	1,1	23,15	1,3	28,75	1,2	22,51	1,2
Schulbedarf, Schulgeld	6,45	0,4	18,31	1,0	20,02	0,9	14,70	0,8
Bildung, Unterhaltung, Zeitungen	32,88	2,2	24,67	1,4	34,11	1,5	30,40	1,7
Versicherungs- und Vereinsbeiträge	89,12	6,0	96,56	5,4	102,42	4,4	95,75	5,2
Fahrtgelder	15,51	1,0	13,56	0,8	11,52	0,5	13,62	0,7
Sonstige Ausgaben	25,60	1,7	50,79	2,8	38,75	1,7	38,37	2,1
Zusammen	1484,27	100	1795,58	100	2298,16	100	1840,26	100

V b. Gliederung der Nahrungsmittelausgaben im Durchschnitt der drei Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Wirtschaftsrechnungen (Vereinigung beider Erhebungen).

	15 Rech- nungen		20 Rech- nungen		14 Rech- nungen		49 Rech- nungen	
Fleisch, Schinken, Speck usw. . .	111,70	14,0	124,51	12,4	197,36	15,4	141,40	13,9
Wurst.	50,57	6,3	55,20	5,5	69,02	5,4	57,73	5,7
Fische.	14,10	1,8	15,51	1,6	19,04	1,5	16,09	1,6
Butter	87,60	10,9	135,86	13,5	191,92	15,0	137,10	13,4
Eiße	11,00	1,4	11,47	1,1	17,29	1,4	12,99	1,3
Eier	15,87	2,0	19,73	2,0	26,38	2,1	20,45	2,0
Milch.	72,22	9,0	72,29	7,2	89,89	7,0	77,30	7,6
Brot und Backwaren	166,95	20,9	233,96	23,3	268,52	21,0	223,32	21,9
Kartoffeln	25,46	3,2	37,08	3,7	33,93	2,7	32,62	3,2
Grünwaren	16,11	2,0	16,41	1,6	25,11	2,0	18,80	1,8
Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw. . .	34,71	4,3	31,50	3,1	48,69	3,8	37,39	3,7
Obst und Südfrüchte	18,93	2,4	20,17	2,0	29,87	2,3	22,56	2,2
Zucker, Sirup, Honig.	19,54	2,4	26,68	2,7	27,44	2,1	24,71	2,4
Schmalz, Margarine, Gewürze usw. .	40,47	5,1	45,19	4,5	47,86	3,7	44,51	4,4
Kaffee, Tee, Kakao usw.	28,10	3,5	31,26	3,1	38,04	3,0	32,23	3,1
Sonstige Nahrungsmittel	69,19	8,6	105,17	10,5	129,85	10,2	101,21	9,9
Zigarren und Tabak	17,63	2,2	22,49	2,2	17,33	1,4	19,53	1,9
Zusammen	800,15	100	1004,48	100	1277,54	100	1019,94	100

VI a. Gehaltsföge einiger Gruppen von Beamten der Stadt Chemnitz (nach Mitteilungen des Rates der Stadt Chemnitz):

I. Rangleibeamte.

Gehälter in Mark.

	bis Ende 1890	1891—1897	1898—1902	1903 bis 1. 10. 1906	1. 10. 1906 bis 1907	1908 bis 1. 5. 1912	ab 1. 5. 1912 bis 1. 1. 1913
Registrieren.	1350—2160	1350—2600	1400—2600	1500—2600	1500—2700	1800—3000	1600—3300
Expedienten	1200—1860	1200—2200	1300—2200	1300—2300	1400—2400	1500—2700	
Rassen-, Rech- } Sekretäre pp. }		I. Klasse { 2000—3400	I. Klasse { 2000—3400	I. Klasse { 2400—3600	I. Klasse { 2400—3600	I. Klasse { 2400—3600	I. Klasse { 2700—4200
nungs- und } }		II. Klasse { 1500—2800	II. Klasse { 1750—3200	II. Klasse { 2100—3200	II. Klasse { 2100—3300	II. Klasse { 2100—3300	II. Klasse { 2100—3800
Rangleibeamte } Attuare pp. }		III. Klasse { 1500—2800	III. Klasse { 1500—2800	III. Klasse { 1800—3000	III. Klasse { 1800—3000	III. Klasse { 2100—3300	III. Klasse { 2100—3300

Gruppe B.

Gruppe A.

Klasse I: Stadthauptbuchhalter,
Stadthauptkassierer, Oberrech-
nungsinspektor

Klasse II: Sparkassenverwalter,
Armenamtsvorstand

Klasse III: Standsbeamte, obere
Rassen-, Rechnungs- und Ranglei-
beamte, Kassierer d. Ortskantent.

NB. Die Einteilung in die Gruppen A und B ist erst am 1. Januar 1903 erfolgt; wir haben aber die Gruppe B bis 1890 zurückverfolgt, der zum Teil auch Beamte der späteren Gruppe A angehörten.

Gehaltsfüge einiger Gruppen von Beamten der Stadt Chemnitz (nach Mitteilungen des Rates der Stadt Chemnitz) (Fortsetzung).
Gehälter in Mark.

II. Volksschuldirektoren, Lehrer und Lehrerinnen.

	1. 7. 1892 bis 1899	1900 bis 1. 4. 1905	1. 4. bis 1. 7. 1905	1. 7. 1905 bis 1908	ab 1909
Volksschuldirektoren.	3600—5000	4000—5400		4200—5700	4600—6400
Ständige Lehrer.	1500—3600	1700—3750	1800—3750	1800—4000	1900—4400
Ständige Lehrerinnen.	1500—2400	1650—2750	1750—2750	1750—2850	1900—3200
Hilfslehrer und -lehrerinnen (a) unfähig.	1350	1500		1600	1600
(b) unfähig.	1000	1300		1300	1400—1600

NB. Bei allen Angaben ist der Wohnungsgeldzuschuß mit einberechnet worden.

III. Schuchmannschaft.

	1900 bis 30. 9. 1906	1. 10. 1906 bis 1907	1908 bis 30. 4. 1912	ab 1. 5. 1912
Polizeiaufsichtoren	Vor 1900 befaßte keine Staffel; die damals im Dienste befindlichen 4 Inspektoren bezogen vorher 2000, 2200, 2700 und 3000 Mf.	2400—3000 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	2600—3600 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	3250—4000 neben 100 Mf. Besfeib.-Geld
Polizeioberwachtmmeister	Vor 1900 befaßte keine Staffel; die damals im Amte befindlichen Oberwachtmmeister bezogen vorher 1650 und 1750 Mf., die Bezirksoberwachtmmeister außerdem freie Wohnung pp.	2200 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	2300—2500 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	2750—3100 neben 100 Mf. Besfeib.-Geld
Polizeiwachtmmeister	Vor 1900 bezogen die Wachtmmeister 1750 Mf.	1900—2000 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	2000—2200 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	2300—2750 neben 100 Mf. Besfeib.-Geld
Schuchleute	1890: I. Kl. 1500 Mf., II. Kl. 1350 Mf., III. Kl. 1200 Mf., außerdem die 10 ältesten Schuchleute der I. Kl. 90 Mf. Dienstalterszulage. — Ab 1. 1. 1893: I. Kl. 1590 Mf., II. Kl. 1500 Mf., III. Kl. 1425 Mf., IV. Kl. 1350 Mf., V. Kl. 1275 Mf., VI. Kl. 1200 Mf., einftuchtl. 150 Mf. Besfeibungsgeld.	1400—1800 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	1400—1900 einfchl. 1500 Mf. Besfeib.-Geld	1600—2300 neben 100 Mf. Besfeib.-Geld

VIb. Gehaltsföge einiger Gruppen von Staats- und Reichsbeamten.

Gehälter in Mark.

I. Reichspost- und Telegraphenbeamte:

	1890	1911	1914 ¹
Oberpostdirektoren	7000—9000	8000—12000	
Oberposträte, Posträte, Postbauräte . .	4200—6000	4200—7200	
Post- und Telegrapheninspektoren . . .	2700—3600	2500—5000	
Bureau- und Rechnungsbeamte I. Klasse	2100—3600	2100—4500	
II.	1500—2400	1800—3300	1800—3600
Vorsteher von Postämtern, Bahnpost- ämtern u. Telegraphenämtern I. Klasse	3000—4800	3000—7200	
Deßgleichen II. Klasse	1650—3000 + 300 Mk. nicht- pensionsfähige Zulage	2100—4500	
Oberpost- und Obertelegraphensekretäre .	2100—3600	2100—4500	
Post- und Telegraphensekretäre	1650—3000	1800—4200	
Oberpost- und Obertelegraphenassistenten	1500—2400	1800—3300	1800—3600
Post- und Telegraphenassistenten . . .	1350—1500	1800—3300	1800—3600
Vorsteher von Postämtern III. Klasse	im Durchschnitt 1625 Mk. geht bis zum Reisbetrage von 2000 Mk.	1800—3300	1800—3600
Postverwalter			
Unterbeamte der Schaffnerklasse	im Durchschnitt 1050 Mk.	1100—1700	1200—1800
Landbriefträger	im Durchschnitt 650 Mk.	1100—1400	

II. Beamte der Königl. Sächsischen Staatsseifenbahnen.

	1890/91	1914/15	
Oberbahnhofsvorsteher I. Klasse	2580—4020	4200—5100	
Bahnhofsvorsteher	2256—2940	3600—4800	
Obergütervorsteher	3360—4020	2700—4200	
Gütervorsteher	2460—2940	2700—4200	
Rassenvorsteher	Güterassistent 2400—2827 Fahrgastassistent 1980—2940	2700—4200	
Oberbahnverwalter I. Klasse	2100—2700	4200—5100	
Bahnverwalter	2100—2700	3600—4800	
Feiðhausvorsteher I. Klasse	1752—2220	2700—4200	
Bahnmeister I. Klasse	1638—1944	2700—3600	
Eisenbahnassistent und Stationsverwalter	1200—2100	2100—3300	{ ab 1. 7. 14: 2400—3600 Mk.
Lokomotivführer	1500—2220	1800—3000	
Feuermann I. Klasse	1032—1260	2100—3000	
816—924	1500—2000		
Weichenwärter I. Klasse	1128—1224	1200—1800	
888—1080	1500—2100		
Wagenmeister (=Revisoren)	1080—1440	1200—1800	
		1500—2100	

¹ Für 1914 bringen wir nur die Veränderungen gegenüber 1911.

	1890/91	1914/15	
Bahnwärter	756— 888	1000—1500	
Wagenwärter	1026—1170	1500—2100	
Oberkaffner	1332—1740	1800—2400	
Schaffner	888—1128	1200—1800	
Bodenmeister	1260—2010	} 1800—2400	
Schirmeister	1260—1860		

III. Justizbeamte.

	1890/91	1914/15	
Landgerichtspräsidenten	7800—10500	9000—11000	
Landgerichtsdirektoren	5400— 7800	6600— 9300	
Selbständige Richter	3600— 7500	3600— 9600	
Staatsanwälte	3600— 7800	3600— 9300	
Direktoren der Gefangenenanstalt	4500— 5000	5400— 6000	
Obere Expeditionsbeamte	3600— 4800	4200— 5100	
Expeditions- beamte	Sekretäre	2400— 3600 ¹	{ ab 1. 7. 14: 1300—1900
	Aktuare	1600— 2400 ¹	
	Expedienten	durchschnittlich 1300 ¹ nicht über 1500	
Hausinspektoren, Gefängnisbeamte, Ge- richtsvollzieher, Botenmeister	2100— 3000 ¹	2100— 3300	
Hilfsgerichtsvollzieher	1500— 2100 ¹	1800— 2400	
Diener 2. Klasse und Gefangenaufseher	900— 1200	1300— 1700	{ ab 1. 7. 14: 1500—1900
Oberaufseherinnen	1500— 1800	1800— 2600	
Aufseherinnen	900— 1200	1200— 1800	

IV. Verschiedene weitere Beamtengruppen.

	1890/91	1914/15	
Bezirksobergendarme	1800—2100	2400—3000	{ ab 1. 7. 14: 1700—2300
Landgendarmen	1500—1620	1700— 2100	
Amtsstraßenmeister	1500—1800	1800—3000	
Straßen- und Wasserbauinspektoren (Vor- stände der Straßen- und Wasserbau- ämter	3300—4800	3600—7200	
Straßenwärter	660— 720	1000—1500	

¹ Ausgangsjahr 1892/93 statt 1890/91.

Lebensmittelpreise in Danzig, Stettin, Bromberg und Görlik.

Don

Dr. Rudolf Fischer, Dresden.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erstes Kapitel: Allgemeines	237
Zweites Kapitel: Getreide-, Mehl- und Kartoffelpreise.	238
Drittes Kapitel: Fleischpreise	244
Viertes Kapitel: Zusammenfassung	255

,

Erstes Kapitel.

Allgemeines.

Die vorliegende Untersuchung soll dazu dienen, unter den auf dem nordöstlichen Flügel des Deutschen Reiches gelegenen vier Städten Danzig, Bromberg, Stettin und Görlitz mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Vergleiche der wichtigsten Lebensmittelpreise für die Zeit von 1890 bis 1912 anzustellen. Zu diesem Zwecke sind die Angaben der Jahre 1890, 1895, 1900 und von 1905 ab fortlaufend für jedes Jahr ausgewählt worden, um die Veränderungen der Preise in den genannten Städten feststellen und Vergleiche unter denselben durchführen zu können. Hierbei ist hervorzuheben, daß das zugrunde gelegte Zahlenmaterial der Einheitlichkeit wegen durchweg den Erhebungen der Preussischen Landesstatistik entnommen ist.

Zur Erleichterung des Überblickes der Entwicklung der einzelnen Lebensmittelpreise sind neben den absoluten Zahlen noch die Indizes (Wertziffern) beigegeben worden. Man berechnet nun von diesem Zeitpunkt ausgehend, welche prozentualen Verschiebungen die Preise in gewissen Zeitabschnitten erfahren haben.

Von 1905 an sind die Preise für jedes Jahr gebracht worden, da gerade in den letztverflossenen zwei Jahrzehnten ganz außergewöhnliche Veränderungen stattgefunden haben.

Das Sammeln des Materiales begegnete bei Bromberg weit mehr Schwierigkeiten als bei den drei übrigen Städten, was vor allem dahin zu erklären ist, daß für Bromberg als dem kleinsten der vier Orte weniger Aufzeichnungen seitens des Preussischen Statistischen Landesamtes vorgenommen worden sind, und weiterhin auch das Fehlen eines kommunalstatistischen Amtes erheblich mit ins Gewicht fällt. Bei Danzig und Stettin in ihrer Eigenschaft als Seestädte werden voraussichtlich gleiche oder wenigstens ähnliche Erscheinungen, welche die Entwicklung der Preise bedingt haben, auftreten, dagegen dürfte Bromberg und Görlitz in mancherlei Beziehungen die für Binnenstädte zutreffenden Entwicklungstendenzen aufzuweisen haben.

Zweites Kapitel.

Getreide-, Mehl- und Kartoffelpreise.

In unsere Untersuchung sind nur einige der wichtigsten Lebensmittel einbezogen worden. Wir beginnen zunächst mit den Getreidepreisen, und zwar nur Weizen und Roggen. Bei einer Gegenüberstellung des Weizen- und Weizenmehlpriees läßt sich im allgemeinen ein gewisser Zusammenhang konstruieren; besonders in der Entwicklung der Preise für die Städte Danzig und Bromberg — bei ersterer liegen auch für Weizenmehl Großhandelspreise vor — sind große Ähnlichkeiten zu bemerken. Bei einem Vergleich des Weizen- und Weizenmehlpriees im Großhandel — den Weizenpreis = 1 gesetzt, ergibt sich für Danzig folgende Entwicklungsreihe:

Jahr	Weizenmehl	Jahr	Weizenmehl	Jahr	Weizenmehl
1890	1.40	1906	1.38	1910	1.31
1895	1.35	1907	1.50	1911	1.35
1900	1.40	1908	1.34	1912	1.37
1905	1.35	1909	1.31		

Absolute Preise.

Jahr	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz
	Weizen, mittel (1000 kg in Mt.)				Roggenmehl (1 kg in Pf.)			
1890	177	184	185	194	30	24	30	28
1895	137	138	136	149	19	25	22	20
1900	140	148	145	150	23	26	25	21
1905	162	168	164	172	23	26	25	23
1906	166	171	172	175	24	26	26	26
1907	184	176	182	188	31	28	32	30
1908	212	210	216	218	31	31	31	32
1909	231	229	227	228	31	34	30	29
1910	206	204	204	202	20	22	23	21
1911	195	196	195	195	21	23	24	24
1912	204	206	206	203	24	26	25	26
	Roggen, mittel (1000 kg in Mt.)				Kartoffeln (100 kg in Pf.)			
1890	157	165	164	173	423	393	376	428
1895	119	122	110	118	407	481	392	420
1900	132	139	133	143	534	512	512	510
1905	146	144	137	142	507	552	443	500
1906	154	154	148	151	442	406	393	300
1907	172	168	162	168	702	635	599	310
1908	190	188	186	193	641	594	490	430

Jahr	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görliß	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görliß
	Roggen, mittel (1000 kg in Mf.)				Kartoffeln (100 kg in Pf.)			
1909	171	169	165	161	500	570	500	510
1910	152	147	144	142	480	470	400	540
1911	163	163	157	159	540	590	600	470
1912	187	180	177	173	700	600	600	620
	Weizenmehl (1 kg in Pf.)				Schbutter (1 kg in Pf.)			
1890	35	25	33	32	228	237	187	220
1895	23	21	25	24	230	218	175	205
1900	24	28	26	29	224	228	200	229
1905	28	28	29	31	240	247	221	238
1906	30	28	29	31	238	254	228	235
1907	34	30	35	35	238	253	229	237
1908	36	34	35	37	243	260	242	251
1909	38	42	39	38	252	271	248	256
1910	28	42	33	31	249	270	258	263
1911	29	29	31	30	254	275	293	264
1912	30	31	30	31	276	290	299	281

Index-Zahlen.

Jahr	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görliß	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görliß
	Weizen				Roggenmehl			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	77	75	74	77	63	104	73	71
1900	80	80	78	78	83	108	83	75
1905	92	92	88	89	83	108	83	82
1906	94	93	93	90	80	108	87	93
1907	104	96	98	97	103	117	107	107
1908	120	114	112	112	103	129	103	114
1909	131	124	123	118	103	133	100	104
1910	116	111	110	104	67	92	77	75
1911	110	107	105	99	70	96	80	86
1912	115	112	111	105	80	108	83	93
	Roggen				Kartoffeln			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	76	74	67	63	98	123	104	86
1900	84	84	81	83	126	131	136	104
1905	93	87	84	82	121	141	118	102
1906	98	93	90	87	105	105	105	61
1907	110	102	99	97	167	161	159	104
1908	121	114	113	112	152	151	130	88
1909	111	103	100	93	119	146	133	104
1910	97	89	88	82	114	120	106	110
1911	104	99	96	92	129	151	160	96
1912	119	109	108	100	167	152	160	126

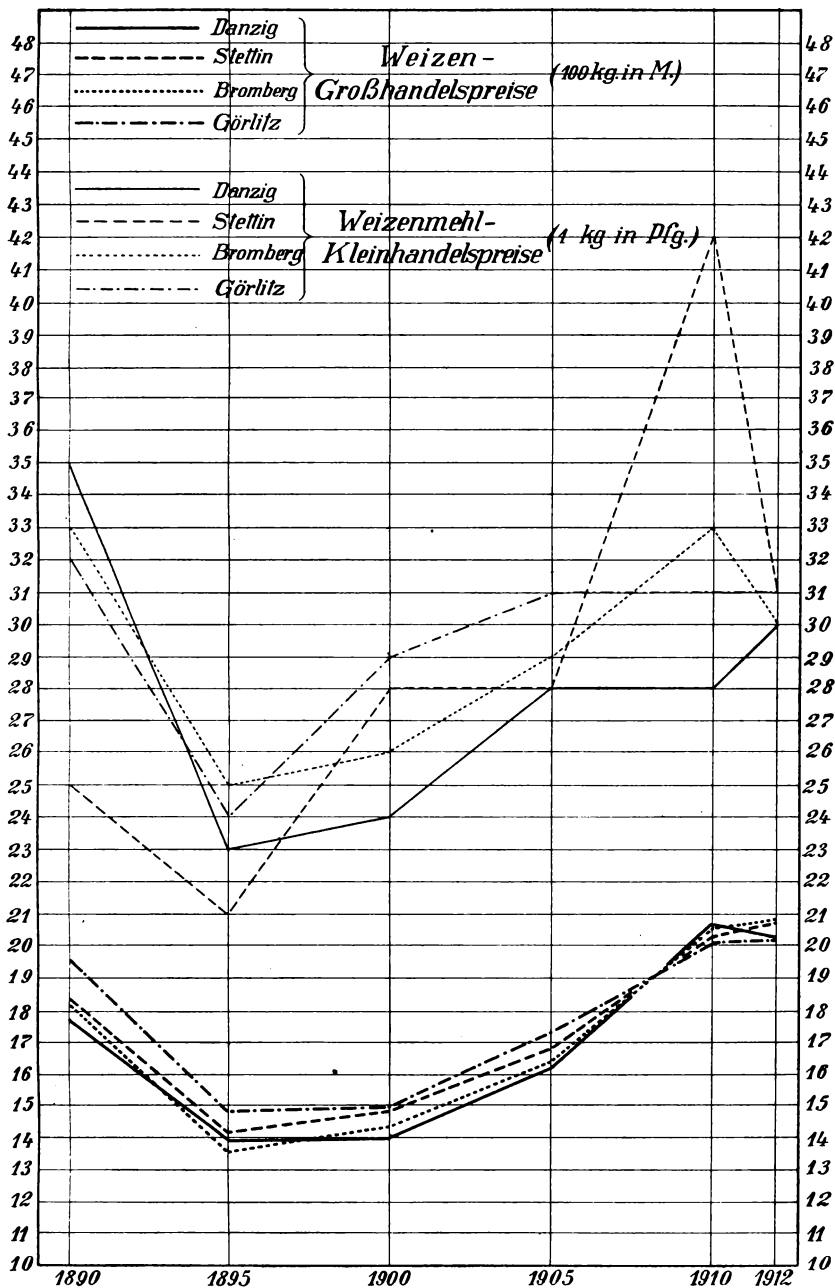
Jahr	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz
	Weizenmehl				Eßbutter			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	66	84	76	75	101	92	94	93
1900	69	112	79	91	98	96	107	104
1905	80	112	88	97	105	104	118	108
1906	86	112	88	97	104	107	122	106
1907	97	120	106	109	104	107	122	107
1908	103	136	106	116	107	110	130	114
1909	109	168	118	119	111	114	133	116
1910	80	168	100	97	109	114	138	119
1911	83	116	94	94	112	116	157	120
1912	86	124	91	97	121	122	160	128

Daraus ist mit Deutlichkeit die gegenseitige Abhängigkeit zu ersehen, welche ebenso bei den Weizenmehlpreisen im Kleinhandel hervortritt; dies trifft in ausgesprochenem Maße für Bromberg zu. Ein entschieden davon abweichendes Bild bieten die Indexziffern für Görlitz und Stettin, bei beiden ein weit stärkeres Emporsteigen des Preises beim Weizenmehl gegenüber dem des Weizens. Für alle vier Städte bringt das Jahr 1909 den Höhepunkt der Entwicklungsreihe, die von 1890 bis 1895 eine stark fallende Tendenz trägt, mit dem Jahre 1900 wieder etwas ansteigt und im Durchschnitt mit 1909 auf der gleichen Stufe des Jahres 1890 angelangt ist. 1910 setzt ein erheblicher Niedergang ein, der 1911 sogar noch eine Verschärfung erfährt, 1912 aber wieder ins Gegenteil umschlägt. Wie aus der graphischen Darstellung hervorgeht, nehmen die Kurven bei Weizen einen äußerst gleichmäßigen und ruhigen Verlauf und rücken in den letzten Jahren immer enger aneinander heran. Nicht so verhalten sich diejenigen des Weizenmehles; sehr beachtliche Schwankungen wiederholen sich des öfteren.

Betrachten wir nun im einzelnen den Verlauf der Preisveränderungen beim Weizen. Wie schon dargetan, setzt das Jahr 1895 mit einem wesentlichen Fallen im Durchschnitt um 25% ein, oder genauer: bei Danzig und Görlitz ca. 23%, Stettin 25% und Bromberg 26%; im übrigen trifft das bereits oben Gesagte zu. Folgendes Ergebnis läßt sich noch feststellen: Der Weizen hatte den höchsten Preis in Görlitz, es folgt dann Stettin, weiter Bromberg und zuletzt Danzig; diese Reihenfolge besitzt auch noch für 1912 seine Gültigkeit.

Der niedrige Stand der Preise bei Bromberg und Görlitz dürfte dadurch zu erklären sein, daß auf den dortigen Getreidemärkten als

Weizen-Großhandelspreise und Weizenmehl-Kleinhandelspreise.



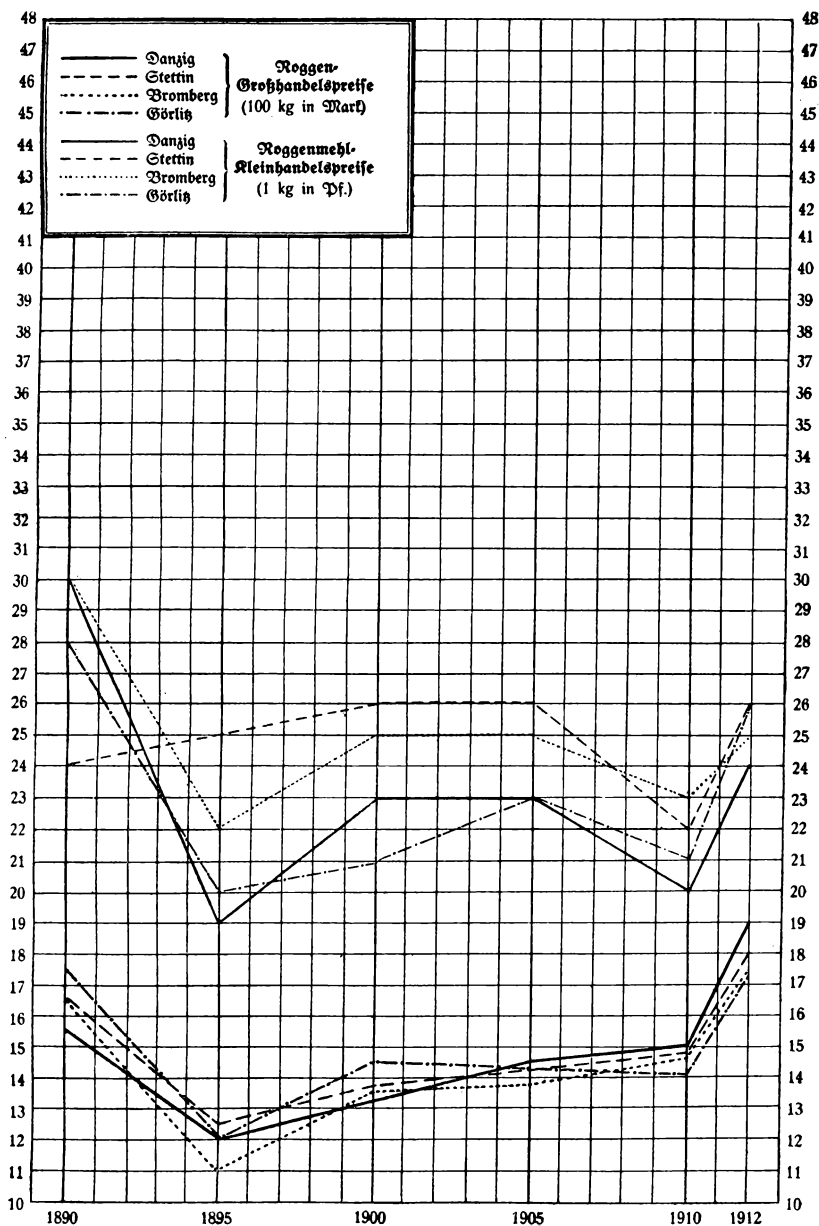
Verkäufer meistens nur kleinere Landwirte vertreten sind, die speziell in Bromberg ihre unbedeutenden Mengen in der Hauptsache an kleine Getreidehändler und Pferdebesitzer abtreten und in Görlitz ihre Ware an die auf dem Markte anwesenden Makler zum Weiterverkauf geben. Als Käufer kommen kleine Händler und Müller in Frage. Größere Besitzer suchen den Markt nicht auf, sondern verhandeln mit den Getreidehändlern direkt. Dadurch also, daß weniger Angebot und ebenso geringe Nachfrage herrscht, halten sich die Preise auf einem tieferen Niveau. Urploßliche Steigerungen oder Rückgänge, wie solche sonst beim Börsenhandel zu verzeichnen sind, gehören hier zur Ausnahme. Anders verhält es sich in Stettin, wo in der Mehrzahl Großhändler als Käufer zugegen sind.

Die Preise für Weißbrot konnten leider infolge Mangels an den nötigen Zahlenunterlagen keine Berücksichtigung finden. Für die letzten vier Jahre 1909—1912 sind zwar Notierungen vorhanden, aber dieser kurze Zeitraum ist nicht ausreichend, um zu irgendwelchen Schlüssen zu kommen.

Was die Preise des Roggens anlangt, so haben sie sich in ähnlicher Weise entwickelt wie beim Weizen. Die Reihe der Indizes zeigt eine ziemliche Übereinstimmung mit der des Weizens, nur wird hier der Höhepunkt ein Jahr früher, also 1908 erreicht; das gilt auch für das Roggenmehl mit Ausnahme von Stettin, wo erst 1909 der höchste Preis gezahlt worden ist. Die Zahlenreihe des Roggens von Bromberg und Stettin hat einen gleichmäßigen Verlauf. Danzig und Görlitz hingegen verhalten sich sehr voneinander abweichend; bei ersterer Stadt ist der Preis für den ganzen Zeitraum ein außergewöhnlich höherer gewesen — durchschnittlich ca. 10% — im Gegensatz zu Görlitz, wo von allen vier Orten in der jüngsten Zeit die billigsten Preise vorgefunden wurden. Zur besseren Veranschaulichung der gemachten Angaben möge die graphische Darstellung dienen.

Für das Roggenmehl sind in annähernd gleicher Weise bei Bromberg, Danzig und Görlitz Preiswechsel zu bemerken; von 1890 bis 1906 ist ein Niedergang eingetreten, mit dem Jahre 1907 wird erst wieder der ursprüngliche Wert von 1890 erreicht bzw. überschritten, der sich aber nur bis 1909 hält, von da abermals eine Abschwächung erleidet. Stettin nimmt eine Sonderstellung ein, hier ein allmähliches Steigen bis 1909, alsdann ein plötzlicher Rückschlag, der sich bis 1912 einigermaßen ausgeglichen hat. Das Roggenmehl war demnach durchschnittlich in

Roggen-Großhandelspreise und Roggenmehl-Kleinhandelspreise.



Stettin am teuersten; auf ungefähr gleicher Stufe halten sich Danzig, Bromberg und Görlitz. Im besonderen ist auf die Übersicht und die graphische Zeichnung zu verweisen; dabei muß festgestellt werden, daß das Mehl nicht im gleichen Verhältnis wie Roggen steigt oder fällt. Im folgenden ist das durchschnittliche Verhältnis des Mehlspreises zum Roggenpreis im Großhandel für Danzig, das allein Unterlagen hierfür bot, berechnet worden, wobei der Preis des Roggens = 1 gesetzt wurde. Es kostete danach das Mehl:

Jahr	Mf.	Jahr	Mf.
1890	1.44	1908	1.30
1895	1.40	1909	1.30
1900	1.45	1910	1.25
1905	1.31	1911	1.25
1906	1.35	1912	1.25
1907	1.47		

Diese Aufstellung ergibt, daß seit 1908 eine Abschwächung eingesezt hat.

Ein Vergleich zwischen Mehl- und Brotpreisen ließ sich bei den wenigen Notizen für letztere nicht allgemein ermöglichen, höchstens bei Görlitz kann der Versuch unternommen werden; dabei stellt sich für Roggenmehl- und Graubrotpreise folgendes heraus: Der Unterschied zwischen beiden ist meist stärker bei hohem als bei niederem Preise des Mehles.

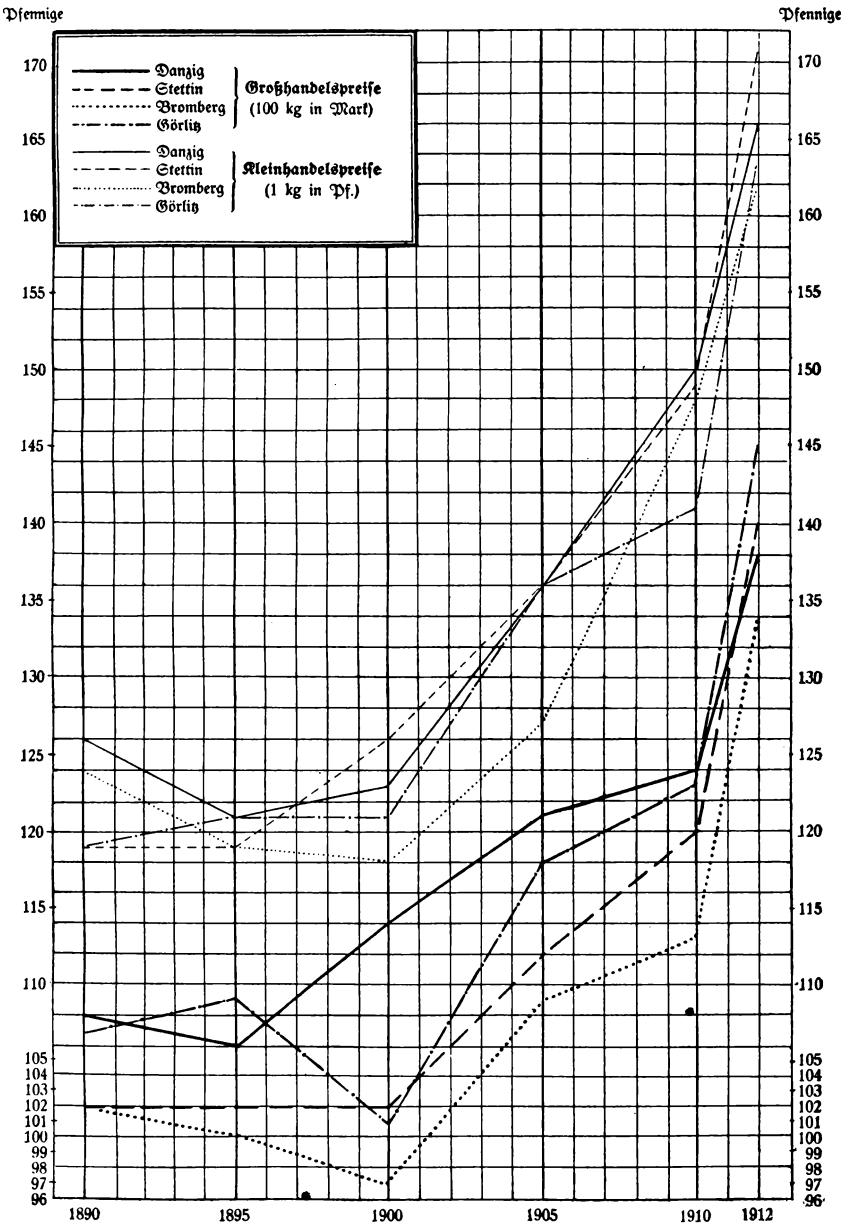
Die Preise der Kartoffeln unterliegen großen Schwankungen je nach dem Ausfall der inländischen Ernte; man ersieht dies auch mit Deutlichkeit aus der Übersicht. Die billigsten Preise findet man im Durchschnitt bei Bromberg, etwas besser stellen sie sich bei Görlitz und weiterhin auch bei Danzig und Stettin.

Drittes Kapitel.

Fleischpreise.

Nur die beiden wichtigsten Arten — Rind- und Schweinefleisch — sind in den Bereich der Untersuchung gezogen worden. Beim Fleischer-gewerbe treten uns die gleichen Erscheinungen entgegen wie beim Getreidehandel. Eine Aufwärtsbewegung im Preise des Rohmaterials hat eine solche des Fertigproduktes, wenn auch nicht unmittelbar zur Folge, insofern als letzteres für eine gewisse Zeit noch den ursprüng-

Groß- und Kleinhandelspreise für Rindfleisch.



lichen Wert beibehält, welcher aber schließlich doch noch steigt, wodurch die ursprüngliche Spannung wieder hergestellt wird; fällt dagegen der Preis im Großhandel, so sucht sich derjenige im Kleinhandel mit großer Zähigkeit auf der einmal erreichten Stufe zu halten, um nach Möglichkeit diesen Vorteil auszunutzen.

Absolute Preise.

Jahre	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz
	Rindfleisch (100 kg in Mk.)				Geräuch. Speck (1 kg in Pf.)			
1890	108	102	102	107	179	191	190	200
1895	106	102	100	109	151	154	155	170
1900	114	102	97	101	150	160	160	167
1905	121	112	109	118	166	165	173	193
1906	134	116	119	118	176	193	195	178
1907	138	121	124	118	167	189	184	165
1908	121	120	117	119	163	172	167	173
1909	109	109	102	113	175	197	181	181
1910	124	120	113	123	176	193	190	187
1911	126	116	131	131	167	180	163	172
1912	138	140	134	145	179	191	195	197
	Rindfleisch (1 kg in Pf.)				Schweinefleisch malz, inländ. (1 kg in Pf.)			
1890	126	119	124	119	168	173	177	200
1895	121	119	119	121	158	160	160	170
1900	123	126	118	121	140	178	160	155
1905	136	136	127	136	170	183	171	190
1906	147	149	143	141	175	193	197	180
1907	151	150	144	139	172	178	175	170
1908	144	148	137	135	167	180	170	168
1909	142	146	133	133	178	190	186	181
1910	150	149	148	141	192	193	197	190
1911	154	155	148	147	181	178	185	175
1912	166	171	162	163	188	183	183	195
	Schweinefleisch (1 kg in Pf.)				Geringe (Grown Schlen) (1 Tonne = 150 kg in Mk.)			
1890	134	145	133	130	21.3	20.7	—	—
1895	116	133	117	123	27.0	29.0	—	—
1900	113	143	118	130	32.8	42.4	—	—
1905	145	165	144	157	24.1	35.2	—	—
1906	158	183	156	165	33.0	40.3	—	—
1907	146	174	145	158	26.4	32.2	—	—
1908	134	162	136	151	20.3	27.4	—	—
1909	146	155	151	157	27.3	37.0	—	—
1910	147	155	154	162	30.5	39.2	—	—
1911	136	141	132	145	28.6	39.5	—	—
1912	152	163	157	165	—	45.6	—	—

Index-Zahlen.

Jahr	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz	Danzig	Stettin	Brom- berg	Görlitz
	Rindfleisch (im Großhandel)				Geräucherter Speck			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	98	100	98	102	84	81	82	85
1900	106	100	95	94	83	84	84	84
1905	112	109	107	110	93	86	91	97
1906	124	114	117	110	98	101	103	89
1907	128	119	122	110	93	99	97	83
1908	112	118	115	111	91	90	88	87
1909	101	107	100	106	98	103	95	95
1910	115	118	111	115	98	101	100	93
1911	117	114	128	122	93	94	86	86
1912	128	137	131	135	100	100	103	98
	Rindfleisch (im Kleinhandel)				Schweinefleisch			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	96	100	96	102	94	93	90	85
1900	98	105	95	100	84	103	90	77
1905	108	114	102	114	101	106	97	95
1906	117	125	115	119	104	112	111	90
1907	120	126	116	117	103	103	99	85
1908	114	124	111	113	99	104	96	84
1909	113	123	107	112	106	109	105	91
1910	119	125	119	119	114	112	111	95
1911	122	130	119	124	108	103	105	87
1912	132	144	136	137	112	106	103	97
	Schweinefleisch				Heringe (Crown Fhlen)			
1890	100	100	100	100	100	100	—	—
1895	87	92	88	93	127	140	—	—
1900	84	99	89	100	154	205	—	—
1905	108	114	108	121	113	170	—	—
1906	118	126	117	127	155	195	—	—
1907	109	120	109	122	124	155	—	—
1908	100	112	102	116	95	132	—	—
1909	109	107	114	121	128	180	—	—
1910	110	107	116	125	143	189	—	—
1911	102	97	99	112	134	191	—	—
1912	113	112	118	127	—	223	—	—

Zum Beleg hierfür möge das nachfolgende Graphikon dienen.

Fleischgroßhandelspreise konnten nur für Rindfleisch aufgestellt werden. Die Erhebung geschieht für gewöhnlich durch die betreffenden Schlachthofsverwaltungen wöchentlich einmal — meist am Sonnabend — auf Grund der Angaben der Großschlächter über die von ihnen erzielten Großhandelspreise, im übrigen aber auf jede geeignete Weise. Die Preise gelten für 100 kg und haben für Görlitz

und Stettin große Ähnlichkeit. Die Steigerung von 1890 bis 1912 beträgt für Görlitz 35% und für Stettin 37%, für Bromberg 31% und bei Danzig nur 28%. In den beiden letztgenannten Städten sind in der gleichen Zwischenzeit ganz erhebliche Preisschwankungen infolge des wechselnden Auftriebes und des Ernteaussfalles zu verzeichnen gewesen, trotzdem tritt aber die Aufwärtsbewegung klar genug in die Erscheinung; bei allen vier Orten findet ein unvermitteltes Anschwellen im Jahre 1905 statt. Infolge des fast vollständigen Fehlens von Viehpreisen, die unter einheitlichem Gesichtspunkte ermittelt worden sind, ließ sich nicht die für eine Reihe anderer Städte gezeigte Bewegung der Jahrespreisunterschiede zwischen Schlachtvieh- und Großhandelsfleischpreis nachweisen. Erst seit Anfang 1910 werden Schlachtvieh-Preisaufzeichnungen regelmäßig vom Preussischen Statistischen Landesamt vorgenommen, die auf den fortlaufenden amtlichen Berichten der Verwaltungen der Vieh- und Schlachthöfe über die an den einzelnen Markttagen gezahlten Schlachtviehpreisen beruhen. Für Stettin läßt sich noch einiges hinzufügen; es ist hier beim Vergleich von 1911 mit 1907 eine geringe und auch nicht bei allen Sorten anzutreffende Preissteigerung wahrzunehmen. Festgestellt ist ferner, daß die erhebliche Erhöhung des Rindfleischpreises von 1909 zu 1910 in keinerlei Zusammenhang mit den kommunalen Schlachtgebühren steht, dies trifft auch für die anderen Fleischarten zu.

In Danzig sind die Viehpreise auf Grund amtlicher Erörterungen seit 1896 fast um 100% gewachsen. Beispielsweise kosteten durchschnittlich jährlich je 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen	1896	27,4 Mk.,	1912	aber	44,3 Mk.
Bullen	1896	27,4 "	1912	"	42,9 "
Rühe (bis zu 7 Jahren) .	1896	25,9 "	1912	"	41,5 "

Von schätzbarem Wert würde auch eine Gegenüberstellung der Bewegung der Schlachtviehpreise sein, welche die Fleischer an die Viehgroßhändler zu zahlen haben, mit den Detailpreisen, welche die Konsumenten an die Fleischer zu entrichten haben, wenn hierzu die erforderlichen Unterlagen zu Gebote ständen.

Bezüglich der Schlachtungen auf dem Schlachthof sei besonders für Görlitz bemerkt, daß die Zeit von 1890 bis 1912 in der Zahl der geschlachteten Rinder verhältnismäßig keine allzugroßen Schwankungen verursacht hat; infolge des Druckes der allgemeinen Fleischteuerung in

den letzten Jahren sind die Schlachtungen mehr und mehr zurückgegangen, so daß der Stand von 1890 wieder erreicht worden ist. Eine fast entgegengesetzte Erscheinung tritt uns trotz mancher Schwankungen bei den Schweineschlachtungen entgegen, ausgenommen Görlitz, wo in gleichem Umfang wie bei den Rindern in letztvergangener Zeit ein Rückgang eingesezt hat.

In Stettin brachte die Zeit von 1902 bis 1904 eine Vermehrung der Zahl der Schlachtungen, die aber 1905 in eine beträchtliche Abnahme umschlug, hervorgerufen durch das preußische Ausführungsgezet zum Reichsfleischbeschaugezet vom 3. Juni 1900 mit Geltung vom 1. Oktober 1904.

Neuerdings sind in vielen Städten zur Deckung des Bedarfs wiederholt bedeutende Mengen von Fleisch eingeführt worden. Zahlenbelege lassen sich hierfür nicht erbringen, da die vorgefundenen Aufzeichnungen auf Genauigkeit und Vollständigkeit nicht immer Anspruch erheben können, insofern als über die Einfuhr von rohem und verarbeitetem bzw. präparierten Fleisch keine ausreichende Kontrolle ausgeübt werden kann¹. Zwar sprach das Kommunalabgabengezet vom 14. Juli 1893 die Zulässigkeit der schon früher vielfach geforderten Ausgleichsgebühr für das eingeführte frische Fleisch aus, sollte aber durch das preußische Ausführungsgezet zum Reichsbeschaugezet vom 3. Juli 1900 ernstlich bedroht werden in hygienischer Beziehung durch den Fortfall der Nachuntersuchung des eingeführten auswärtig geschlachteten, von einem beamteten Tierarzt untersuchten Fleisches, welches nunmehr einer abermaligen amtlichen Untersuchung auch in Gemeinden mit Schlachthofszwang nur zu dem Zwecke unterworfen werden darf, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben ist oder sonst eine gesundheitsschädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat.

¹ Das von der Stadt Danzig bezogene russische Fleisch wurde eine Zeitlang von den Fleischern meistens mitverkauft. Späterhin ließ der Magistrat im Innern der Stadt den Verkauf durch seine Angestellten ausführen. Das ausländische Fleisch konnte nur ein vorübergehendes Sinken des Schweinefleischpreises hervorrufen. Der Durchschnittspreis für das Jahr 1912 war der höchst bisher bezahlte. Man hat bei den Schweinen festgestellt, daß auf je zwei Jahre hoher Preise zwei Jahre geringerer Preise folgen. Die Reihe setzt mit den beiden Feuerungsjahren 1897 und 1898 ein, unterbrochen wird sie durch billige Jahre, dann treten abermals 2 teure ein usw. Das Jahr 1912 durchbricht die Reihe infolge des Mißwachses von 1911. Es erscheint diese zweijährige Abwechselung mit den Aufzuchtverhältnissen in Zusammenhang zu stehen.

Hinsichtlich der *Kleinhandelspreise* des Fleisches kann auf einen Vergleich der von den vier Städten ermittelten Durchschnitte kein allzu großes Gewicht gelegt werden, da die Berechnungen auf örtlich verschiedener Grundlage aufgebaut sind. Die Übersichten sollen nur den Zweck haben, die Preisentwicklung an und für sich auf eine Anzahl von Jahren zu veranschaulichen. Soviel kann aber festgestellt werden, daß die Gestaltung der Fleischpreise im Kleinhandel der im Großhandel entspricht (vgl. das Diagramm). Beim Rindfleisch bringen sie für Danzig, Bromberg und Görlitz wiederholt Ähnlichkeiten und bisweilen sogar Übereinstimmungen mit sich. Die prozentuale Steigerung bzw. Sinken ist am geringsten bei Bromberg, merklicher bei Danzig und nicht minder auch bei Görlitz.

Eine Ausnahmestellung vertritt Stettin, wo die Verschiebung der Preise in größeren Sprüngen vor sich gegangen ist.

Beim *Schweinefleisch* ergibt sich folgendes Bild. Danzig und Bromberg kommen sich mit ihren Wertangaben sehr nahe. Zwischen Görlitz und Stettin trifft dies, wenn auch nicht in gleichem Maße, bis 1908 zu, von da an gehen die Angaben weit auseinander. Die höchsten Preise bietet im Durchschnitt Stettin, es folgt dann Görlitz, Bromberg und Danzig. Von 1911 auf 1912 ist das Anziehen der Preise am empfindlichsten wahrzunehmen (durchschnittlich rund um 15%). Man kann beobachten, daß die Spannung zwischen Engros- und Detailpreisen sich in Zeiten höherer Preise zu verringern, zu Zeiten niedriger Preise hingegen zu vergrößern neigt. Bei tiefem Stand derselben für Schweine schwächen sich also die Fleischpreise nicht im gleichen Umfange wie die Engrospreise ab.

Es erscheint zweckmäßig, hier die Darstellung der Preise von geräuchertem (inländischen) *Speck* und (inländischem) *Schweineschmalz* anzuschließen. Der erstere hat bei allen vier Orten für 1890 einen hohen Stand, der aber dann eine Abschwächung erleidet und von Bromberg und Stettin 1906 und von Danzig und Görlitz erst 1912 wieder erreicht worden ist. Die Zwischenzeit brachte ein vielfaches Auf- und Absteigen. Die höchsten Preise sind — wenige Jahre ausgenommen — für Görlitz, die niedrigsten für Danzig verzeichnet; in Bromberg und Stettin halten sie sich annähernd auf gleicher Stufe.

Für *Schweineschmalz* notiert Danzig allgemein die schwächsten Preise, während sich bei Bromberg und Stettin ungefähr gleich hohe Werte ergeben, nimmt Görlitz eine Sonderstellung ein.

Angaben über geräucherten (inländischen) Schweineschinken im ganzen und im Auschnitt sind von der preußischen Landesstatistik erst von 1908 ab vorgenommen worden; mit Rücksicht auf diesen kurzen Zeitraum mußte abgesehen werden, irgendwelche Folgerungen daraus anzustellen. Es mag deshalb nur auf die Übersicht verwiesen sein.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielt in Stettin und Danzig in ihrer Eigenschaft als Seestädte der *Heringshandel*. Für unsere Untersuchung kommen nur Durchschnittspreise von *Heringen Crown Ihlen* (1 Tonne zu 150 kg) in Betracht. In Danzig stehen die Preise fast immer 5—10 Mk. für die Tonne denjenigen von Stettin nach. Die höheren Preise der letzten Jahre vor allem in Stettin sind als eine Folge der hohen Fleischpreise anzusprechen. Um die Preise für Fische in angemessenen Grenzen zu halten, ist in Danzig im Oktober 1911 ein städtischer Seefischverkauf eingerichtet worden. Einer dortigen Fischhandlung, die ihrerseits die Fische von Großhändlern oder von Fischereigesellschaften der Nordseeküste bezieht, ist der Verkauf unter städtischer Preiskontrolle übertragen worden, und zwar darf der Preis für das Pfund um höchstens 7 Pf. die Fakturenpreise an der Nordseeküste überschreiten. An den Kosten beteiligt sich die Stadt nur insofern, als sie die Reklame, die unentgeltliche Lieferung des für den Verkauf erforderlichen Eises sowie einen Teil der Einrichtungskosten der Verkaufsräume trägt. Ein eigentliches Risiko übernimmt diese Stadt so wenig wie viele andere Orte. Nach Verlauf einiger Zeit konnte festgestellt werden, daß eine nennenswerte Abnahme des Verbrauches von frischem Fleisch durch diese Maßnahme nicht eingetreten ist, dafür sind aber in Danzig die Fische sowohl in den Handlungen, als auf dem offenen Markt erheblich billiger geworden.

Weiter ist noch hinzuzufügen, daß angesichts des in vielen Kreisen der Bevölkerung bestehenden Mangels an Erfahrungen über die Zubereitung der Seefische in Danzig und Stettin Seefischkochkurse abgehalten wurden.

Die Einfuhr an gesalzenen Heringen hat sich in Danzig von 1899 bis 1905 mehr als verdoppelt (um 19 584 600 kg); auch bei Stettin hat die Fischeinfuhr seit 1899 nach anfänglichem Sinken in bedeutendem Maße zugenommen. Sie betrug 1905 gegenüber dem vorgenannten Jahre 16 271 100 kg mehr. Während die Heringseinfuhr eine dauernd steigende Tendenz hatte, ging die Einfuhr der frischen Fische 1900

und vor allem 1903 rückwärts, um dafür aber in den beiden nachfolgenden Jahren erneut eine wesentliche Einnahme zu bringen.

Die Entwicklung der Butterpreise (Eßbutter) hat sich folgendermaßen vollzogen. Das Jahr 1895 bringt gegen 1890 für Bromberg, Görlitz und Stettin ein Sinken, für die folgende Zeit setzt aber bei Bromberg und Stettin eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung ein. In Danzig finden wir den Tiefstand erst 1900; seitdem hat sich die Verteuerung, wenn auch nicht mit der gleichen Schärfe wie bei den

Absolute Preise.

Jahr	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz
	Eier (1 Schock in Pf.)				Rochebisen, gelbe (1000 kg in Mt.)			
1890	324	332	267	340	166	221	163	224
1895	310	282	264	315	128	270	125	186
1900	358	424	330	338	145	304	149	242
1905	428	427	365	364	155	251	158	214
1906	425	449	384	369	186	253	169	220
1907	450	455	400	376	162	264	187	238
1908	468	454	400	374	196	265	200	260
1909	459	495	425	418	244	253	194	257
1910	442	470	417	401	261	268	186	246
1911	445	489	440	424	274	278	187	247
1912	498	533	512	445	281	254	190	285
	Javareis, mittlerer (1 kg in Pf.)				Speisebohnen (1000 kg in Mt.)			
1890	60	42	48	50	220	257	234	235
1895	55	43	43	40	252	281	242	222
1900	50	45	38	40	225	347	239	213
1905	50	45	38	55	367	342	298	278
1906	50	45	38	64	433	348	304	248
1907	50	45	38	63	375	327	283	215
1908	50	46	38	57	250	320	287	232
1909	50	49	48	64	255	322	260	234
1910	42	50	46	61	299	345	295	245
1911	49	50	40	66	298	346	340	276
1912	50	50	43	59	322	390	348	322
	Javakaffee, gelber (1 kg in Pf.)				Rinsen (1000 kg in Mt.)			
1890	400	360	360	325	425	300	688	412
1895	382	374	350	340	206	455	500	354
1900	370	313	350	380	380	450	508	400
1905	360	313	330	258	433	341	554	325
1906	360	313	330	285	667	373	763	508
1907	360	313	330	277	775	453	896	538
1908	360	313	330	280	617	423	671	377
1909	227	264	338	299	245	358	349	247
1910	263	262	343	316	276	337	324	223
1911	280	314	355	330	268	374	358	302
1912	289	317	355	360	—	455	—	375

anderen drei Städten fühlbar gemacht. Man zahlte im allgemeinen in Stettin die höchsten Preise, es folgt dann Danzig und Görlich und schließlich Bromberg; letztere rückt aber 1911 und 1912 ganz im Gegensatz zu den vorausgegangenen Jahren an die Spitze.

Bei den Preisen für ein Schock Eier läßt sich folgende Beobachtung machen: Görlich hat von 1890 und 1895 die Führung inne, für die späteren Jahre fällt es dagegen auf den letzten Platz zurück. Ebenso wie bei der Butter sind auch die Eier am teuersten in Stettin; sodann

Index-Zahlen.

Jahr	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlich	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlich
Eier					Kocherbsen			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	96	85	99	93	77	122	77	83
1900	111	127	123	99	87	137	91	108
1905	135	129	136	107	93	114	97	95
1906	131	135	144	108	112	114	104	98
1907	139	137	150	111	98	120	114	106
1908	144	137	150	110	118	120	123	116
1909	142	149	159	123	147	114	120	115
1910	136	142	156	118	157	121	117	109
1911	137	147	165	125	165	126	117	110
1912	154	161	191	131	169	115	117	127
Favareis					Speisebohnen			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	92	102	90	80	115	109	104	94
1900	83	107	79	80	102	135	102	91
1905	83	107	79	110	167	133	127	118
1906	83	107	79	128	197	135	130	105
1907	83	107	79	126	170	127	121	91
1908	83	108	79	114	114	125	123	99
1909	83	117	100	128	116	125	111	99
1910	70	119	96	122	136	134	126	104
1911	81	119	83	132	136	134	145	117
1912	83	119	90	118	146	152	148	137
Favataffee					Linsen			
1890	100	100	100	100	100	100	100	100
1895	96	104	97	105	49	152	73	86
1900	93	87	97	117	89	150	74	97
1905	90	87	92	79	102	114	81	79
1906	90	87	92	88	157	124	111	123
1907	90	87	92	85	182	151	130	131
1908	90	87	92	86	145	141	98	91
1909	57	74	94	92	58	119	51	60
1910	68	73	95	97	65	112	47	45
1911	70	87	98	101	63	125	52	73
1912	72	88	98	111	—	152	—	91

ist zu nennen Danzig. Zwischen Görlitz und Danzig schiebt sich Bromberg ein.

Der *Reis* (mittlerer Java) hat sich bei Stettin von 1890 bis 1911 im Preis immer auf ansteigender Bahn bewegt. Ein Stillstand herrschte von 1900 bis 1908 bei Bromberg (38 Pf.), Stettin (45 Pf.) und bei Danzig (50 Pf.). In Stettin wurden die stärksten Schwankungen verzeichnet und von 1905 ab die höchsten Werte notiert, die niedrigsten in Bromberg.

Beim *Kaffee* (gelber Java, gebr. Bohnen) erscheint fast das entgegengesetzte Bild zum Reis, und zwar von 1900 an ein dauerndes Zurückgehen, welches allerdings mit dem Jahre 1911 in ein plötzliches Emporschnellen umschlägt, das letztere gilt ebenso für Danzig.

Wie beim Reis bringt die Zeit von 1905 bis 1908 eine gewisse Festigkeit in den Preisen, die von 1909 bis 1910 eine zurückgehende Bewegung annahmen bei Danzig und Stettin; in Bromberg und Görlitz jedoch ist in gleichem Zeitraum eine ansteigende Richtung nicht zu verkennen.

Ein Vergleich der Groß- und Kleinhandelspreise der Kocherbsen (gelbe), Speisebohnen (weiße) und Linsen konnte infolge Fehlens der letzteren nicht zur Ausführung gebracht werden, die Darstellung mußte daher nur auf die Großhandelspreise (1000 kg) beschränkt bleiben. — Zunächst die Kocherbsen. — Die höchsten Wertangaben treten wiederum in Stettin auf, abgesehen von einzelnen Rückschlägen. Weit davon entfernt bleibt Bromberg und auch Danzig wenigstens bis 1908 (ungefähr 50—80 Mk. billiger). Die übrigen Jahre kommen denjenigen für Stettin recht nahe; hierzu tritt von 1908 ab auch Görlitz.

Bei einer Gegenüberstellung der Preise für Speisebohnen läßt sich folgende Reihenfolge aufstellen: obenan steht wiederum Stettin, das Zwischenglied bildet Danzig und Bromberg, an letzter Stelle erscheint Görlitz. Das Jahr 1905 bzw. 1906 brachte ein starkes Anziehen der Preise.

Die Wertaufzeichnungen für Linsen sind ganz besonders unständig. Über die Veranlassungen hierzu weiter nachzuforschen, geben die vorhandenen Unterlagen keine Möglichkeit.

Viertes Kapitel.

Zusammenfassung.

Wie aus der Darstellung hervorgeht, ist unsere Betrachtung nur auf die hauptsächlichsten Sorten von Lebensmitteln ausgedehnt worden, die für bürgerliche Haushaltungen fast ausnahmslos beschafft werden. In den tabellarischen Übersichten für die ganze Preisbewegung aller vier Städte treten oftmals weit von einander abweichende Wertangaben auf. Das erklärt sich dahin, daß die Qualität der in den einzelnen Orten in der Hauptsache verbrauchten Nahrungsmittel doch bis zu einem gewissen Grade vom Geschmack, von der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter und Beruf, der Lebenshaltung, aber nicht minder auch von der Lage der Stadt hinsichtlich der Produktionsmöglichkeit und der Zufuhr bestimmter Nahrungsmittel abhängig ist.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die höchsten Preise mit wenigen Ausnahmen in Stettin zu finden sind. Hierzu hat zweifellos die intensive Bevölkerungsvermehrung besonders von 1890 bis 1895 um 21,07% und von 1895 bis 1900 um 49,7% den Hauptanstoß gegeben, die sich späterhin abschwächt und derjenigen der anderen Städte näher kommt¹. Auch die einen mächtigen Faktor ausmachende Industrie und zum Teil auch der Fremdenverkehr Stettins hat das Aufsteigen der Preise nicht unwesentlich mitgefördert. Auffällig muß es erscheinen, daß Danzig als zweitgrößte der vier Städte, wenn es auch nicht im gleichen Maße wie Stettin als Seestadt angesehen werden kann, aber immerhin eine blühende Industrie beherbergt, bei manchen Waren (Weizen, Schweinefleisch, Speck, Schweineschmalz, Erbsen) die billigsten Preise verzeichnet. Von Einfluß scheint gerade bei diesen Produkten das fast durchweg agrarische Hinterland gewesen zu sein, was ebenso auch für Bromberg seine Gültigkeit hat.

Jahr	¹ Prozentuale Zunahme:			
	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz
1890—1895	4,4	21,07	12,1	12,9
1895—1900	11,1	49,7	12,4	15,3
1900—1905	13,5	6,3	3,9	3,5
1905—1910	6,6	5,3	6,4	2,4

Waren	1890				1895			
	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz
Rindfleisch	302	286	298	286	290	286	286	290
Schweinefleisch	302	326	299	293	261	299	263	277
Reis	27	19	22	23	25	19	19	18
Bohnen	20	23	21	21	23	25	22	20
Erbsen	15	20	15	20	11	24	11	17
Weizenmehl	52	37	49	48	34	31	37	36
Kartoffeln	38	35	34	45	37	43	35	38
Butter	311	323	255	300	314	298	239	280
Kaffee	40	36	36	32	38	37	35	34
Wochenausgabe . Mk.	11,07	11,05	10,29	10,68	10,33	10,62	9,47	10,10
Jahresausgabe . „	575,64	574,60	535,08	555,36	537,16	552,24	492,44	525,20
Indizesiffern	100	100	100	100	93	96	92	95
	1900				1905			
Rindfleisch	295	302	283	290	326	326	305	326
Schweinefleisch	254	322	265	293	326	371	324	353
Reis	23	20	17	18	23	20	17	25
Bohnen	20	31	21	19	33	31	27	25
Erbsen	13	27	13	22	14	23	14	19
Weizenmehl	36	42	39	43	42	42	43	46
Kartoffeln	48	46	46	46	45	50	40	45
Butter	306	311	273	313	328	337	302	325
Kaffee	37	31	35	38	36	31	33	26
Wochenausgabe . Mk.	10,32	11,32	9,92	10,82	11,73	12,31	11,05	11,90
Jahresausgabe . „	536,64	588,64	515,84	562,64	609,96	640,12	574,60	618,80
Indizesiffern	93	102	96	101	106	111	107	111
	1910				1912			
Rindfleisch	360	358	355	238	398	410	389	391
Schweinefleisch	231	349	346	364	342	367	353	371
Reis	19	23	21	27	23	23	19	26
Bohnen	27	31	26	22	29	35	31	29
Erbsen	23	24	17	22	25	23	17	26
Weizenmehl	42	63	49	46	45	46	45	46
Kartoffeln	43	42	36	46	63	54	54	56
Butter	340	369	352	359	377	396	408	384
Kaffee	26	26	34	32	29	32	35	36
Wochenausgabe . Mk.	11,11	12,85	12,36	11,56	13,31	13,86	13,51	13,65
Jahresausgabe . „	577,72	668,20	642,72	601,12	692,12	720,72	702,52	709,80
Indizesiffern	100	116	120	108	120	125	131	128

Indexzahlen (Zusammenstellung).

Jahr	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz	Jahr	Danzig	Stettin	Bromberg	Görlitz
1890	100	100	100	100	1905	106	111	107	111
1895	93	96	92	95	1910	100	116	120	108
1900	93	102	96	101	1912	120	125	131	128

1. Zu- bzw. Abnahme der Jahresausgaben.

Jahr	Danzig		Stettin		Bromberg		Görlich	
	Mk.	in %	Mk.	in %	Mk.	in %	Mk.	in %
1895 geg. 1890	—38,48	—7,1	—22,36	—4,0	—42,64	—8,6	—30,16	—5,7
1900 " 1895	0	0	+36,40	+6,6	+23,40	+4,7	+37,44	+7,1
1905 " 1900	+73,32	+13,7	+51,48	+8,7	+58,76	+11,4	+56,16	+9,9
1910 " 1905	—32,24	—5,6	+28,08	+4,4	+68,12	+11,8	—17,68	—2,9
1912 " 1910	+114,40	+19,8	+52,52	+7,8	+59,80	+9,3	+108,68	+18,1
1912 " 1890	+116,48	+20,2	+146,12	+25,4	+167,44	+31,3	+154,44	+27,8

2. Das Jahr 1890 als Basis zu Grunde gelegt.

1890—1895	—38,48	—7,1	—22,36	—4,0	—42,64	—8,6	—30,16	—5,7
1890—1900	—39,00	—7,2	+14,04	+2,4	—19,24	—3,7	+7,28	+1,3
1890—1905	+34,32	+6,0	+65,52	+11,4	+39,52	+7,4	+63,44	+11,4
1890—1910	+2,08	+0,4	+93,60	+16,3	+107,64	+20,1	+45,76	+8,2
1890—1912	+116,48	+20,2	+146,12	+25,4	+167,44	+31,3	+154,44	+27,8

Um die M e h r b e l a s t u n g infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise für den Haushalt von minderbemittelten Familien (Arbeitern) skizzieren zu können, ist auf die Berechnung von Jastrow¹, die bereits bei der Untersuchung der Lebensmittelpreise in Kiel zur Anwendung gelangt ist, auch hier zurückgegriffen worden, was zwar für Stettin und Danzig als Seestädte in erster Linie seine Berechtigung haben dürfte, auf Bromberg und Görlich lediglich nur deshalb ausgedehnt worden ist, um eine einheitliche Vergleichsmöglichkeit zu schaffen. Die Grundlage der nachfolgenden Berechnungen bildet die von Jastrow aufgestellte Normalration des deutschen Marinesoldaten, aus welcher er das Dreifache als Maßstab für eine aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehende Familie festgesetzt hat. Wir haben nun unter Anwendung der von Jastrow berechneten Quantitätsangaben die betreffenden Nahrungsmittel der vier Städte zusammengestellt, um eine Handhabe dafür zu erhalten, in welchem Grade die Belastung der Haushaltungen in der Zeit von 1890 bis 1912 zugenommen hat. Nicht alle der von Jastrow aufgezählten Waren (wie Hammelfleisch, Backpflaumen, Zucker, Essig, Brot, Salz und Tee) konnten bei den Berechnungen infolge Mangels an den erforderlichen Preisaufzeichnungen Verwendung finden. Wie schon hervorgehoben, handelt es sich um einen fingierten Konsum; während die Zusammensetzung des wirklichen Verbrauchs in jeder Stadt und jeder Klasse Verschiedenheiten aufweist,

¹ „Der Arbeitsmarkt“, herausgegeben von Dr. J. Jastrow. 1907, Nr. 8. Schriften 145. IV.

so stellen die gefundenen Werte nicht die tatsächliche Belastung dar, sondern bieten nur die Möglichkeit, die Wirkung der Preissteigerung zur Veranschaulichung zu bringen. Durch die Berechnungen ist ermittelt worden, daß sich die Jahresausgaben für eine Familie mit vier Köpfen wie folgt stellen, wobei noch zu beachten ist, daß auf die Ausgaben für Fleisch allein ein Drittel der Gesamtkosten entfallen.

Für die einzelnen Zeitabschnitte verweisen wir auf die Tabellen, aus denen mit Deutlichkeit die Veränderungen hervorgehen. Wie Tabelle II zeigt, ist 1900 gegenüber 1890 für Danzig und Bromberg ein Rückgang der Kosten wahrzunehmen, nur bei Stettin und Görlitz kann ein unbedeutendes Aufsteigen derselben nachgewiesen werden. Das Jahr 1905 erfährt eine beachtenswerte Steigerung in der Hauptsache infolge der einsetzenden Fleischsteuerung, die 1912 ihren Höhepunkt erreicht. Am heftigsten schnellten die Kosten von 1910 bis 1912 bei Danzig und Görlitz empor (um fast das Doppelte) gegenüber Stettin und Bromberg. Trotzdem muß als feststehend gelten, in Stettin hat der Lebensunterhalt die größten Kosten verursacht, mithin ist es die teuerste der vier Orte, an zweite Stelle tritt Görlitz, es folgt ohne wesentliche Unterschiede Bromberg, an letzter Stelle rangiert Danzig.

Kosten der Lebenshaltung und Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890.

von

R. E. Mañ.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	263
Was die Hamburger Haushaltungsrechnungen nicht beweisen können . .	266
Die Hamburger Haushaltungsrechnungen und die breiten Volksschichten	276
1. Nahrung	277
2. Kleidung	285
3. Wohnung	291
a) Einlogierer	291
b) Höhe und Prozentsatz der Miete	299
c) Wie wohnt die Hamburger Bevölkerung	303
d) Wohnbevölkerung und Wohnbedürftigkeit	313
e) Die überbevölkerten Wohnungen	315
f) Die leerstehenden Wohnungen	318
g) Wie verteilt sich die Bevölkerung auf die verschiedenen Stockwerke . .	321
h) Vorder- und Hinterhäuser	323
Die Entwicklung der Wohnungsmieten	325
1. Das Verhältnis zwischen Einkommen und Mieten	325
2. Die Bewegung der Mietpreise	340
Verkehrsausgaben	359
Ermittlungen über Preisentwicklung der Bekleidungsbedürfnisse	360
1. Schilderung der Manufakturwarenbranche	360
2. Damenkonfektion	367
3. Herrenkonfektion, Herrenmaßschneiderei	368
4. Fußbekleidung	371
5. Strumpfwaren und Unterzeuge	372
6. Herrenhüte	373
Haushaltungsrechnungen wohlhabender Familien	375
Die 179 Hamburger Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes im Vergleich zu dessen Wohlhabenheitsklassen	378
Lebensmittelpreise seit 1890. Kleinhandelspreise in Hamburg für Fleisch seit 1899	380
1.—2. Fleisch, Schinken, Speck, Wurst usw.	380
Berechnung des Hamburger Fleischkonsums	382
Gestaltung der Fleischpreise	385
Berechnung des Fleischkonsums der 179 Hamburger Haushaltungen nach Gewicht und Fleischarten	392
3. Fische, auch geräuchert	393
4.—13. Butter, Schmalz, Margarine, Käse, Eier, Kartoffeln, Grünwaren, Salz, Gewürze, Öl, Zucker, Sirup, Honig, Mehl, Reis, Hülsenfrüchte, Obst- und Südfrüchte.	401

	Seite
14. Brot und Backwaren	406
15.—17. Kaffee und Erfaß, Tee, Schokolade, Kakao, Milch	409
18.—20. Übrige Getränke im Hause, sonstige Nahrungsmittel, Tabak und Zigarren	412
21. Ausgaben in Gastwirtschaften	415
Schlußbetrachtung zu „Nahrungsmittel“	417
Einfluß der Preisentwicklung auf die Ausgaben der Krankenhäuser	419
Gesamtübersicht über Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung	422
Haushaltungsbudgets verschiedener Einkommensstufen	423
Warum wir die Hamburger Haushaltungsrechnungen vom Jahre 1907 nicht mit denen aus jüngerer Zeit vergleichen	437
Steigerung der Löhne und Gehälter	441
Die Entwicklung der allgemeinen Einkommensverhältnisse in Hamburg seit 1890	456
Steigerung der Nahrungsmittelposten in Deutschland und England 1905 bis 1912	462
Nahrungsmittelposten und Nahrungsmittelkonsum deutscher und englischer Haushaltungen der gleichen Einkommensklasse	467
Zur Frage des Brotkonsums und des Brotpreises in Deutschland und England	471
Der Einfluß der Genossenschaftsversorgung	478
1. Wohnung	478
2. Kleidung	480
3. Nahrung	482
Der Einfluß der Lohnsteigerung auf die Ausgabensteigerung	492
Tabellen-Anhang	497
I. Durchschnitte der Einnahmen- und Ausgabengruppen von 285 Hamburger Haushaltungen	498
II. Einnahmen- und Ausgabendurchschnitte von 274 Hamburger Haushaltungen nach Wohlhabensheitsgruppen, 1907	500
III. Wirtschaftsrechnungen (274) des Jahres 1907 nach Gruppen der Ausgabenhöhe und der Kopfzahl	502
IV. Ausgabenverteilung einer wohlhabenden Hamburger Haushaltung 1878—1913	504
V. Verteilung der Ausgaben der gleichen Haushaltung für Nahrungsmittel 1889—1905	508
VI. Durchschnitts-Ladenpreise und deren Indexzahlen 1879—1913	509
VII. Kleinhandelspreise in Hamburg für Fleisch 1899—1913	511
VIII. Nahrungs- und Genußmittel-Ausgabe der 179 Hamburger Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes 1890—1913	512
IX. Ausgabensteigerung nach den Jahresdurchschnittspreisen der Hamburger Krankenhäuser 1890—1913.	518
X. Nahrungsmittelausgabe 1890—1913 bei drei Haushaltungen mit durchschnittlich 1524 Mk. Einkommen	520
XI. Nahrungsmittelausgabe 1890—1913 bei drei Haushaltungen mit durchschnittlich 3779 Mk. Einkommen	522

Einleitung.

Das beste Material, das wir für Deutschland zur Beurteilung der „Kosten der Lebenshaltung“ weiter Volkskreise besitzen, haben wir anerkanntermaßen in der im Kaiserlich Statistischen Amte bearbeiteten, für das Jahr 1907 veranstalteten „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“¹. Allerdings gibt sie nur ein Bild von den Verhältnissen eines einzigen Jahres. Aber, richtig verwertet und bearbeitet, gestattet sie uns auch ein Urtheil darüber, welchen Einfluß „die Gestaltung der Preise in den letzten 20 Jahren“ auf die Lebenshaltung zunächst derselben Bevölkerungskreise, auf die sie sich erstreckte, dann aber auch auf weitere Bevölkerungskreise ausüben mußte. Allerdings möchte ich das — selbst vorausgesetzt, daß sich Durchschnittspreise fürs ganze Reich mit einiger Sicherheit feststellen ließen — von der Gesamtheit der 852 Haushaltungen der Erhebung nur mit Einschränkungen, und von dem Gros der Städte, auf die sie sich erstreckte, gar nicht gelten lassen. Von der Gesamtheit der Haushaltungen nur mit Einschränkungen, weil die Gesamtausgabe derselben mit 2234 Mk. als Durchschnitt für „minderbemittelte Familien“ fürs ganze Reich viel zu hoch ist und die größere Hälfte der Haushaltungen (439) mit einem Fehlbetrag von durchschnittlich 4,4 % abschloß (was auf die Zuverlässigkeit eines zu großen Theiles der Haushaltsrechnungen ein ungünstiges Licht fallen läßt) und von dem Gros der Städte nicht, weil die Zahl der von ihnen gelieferten Wirtschaftsrechnungen viel zu gering ist, um ein Urtheil für die Allgemeinheit oder auch nur für eine bestimmte Einkommensklasse zu gestatten.

Ganz anders liegen diese Verhältnisse für Hamburg. Während Wiesbaden nur eine, Städte wie Elberfeld, Essen, Hannover, Mannheim, Stettin 2, Halle 7, Barmen und Frankfurt a. M. 10, Köln 21, Straßburg 29, Nürnberg 45, Dresden 64, Breslau 67 und selbst Berlin mit Vororten nur 73 Wirtschaftsrechnungen geliefert haben, sind im

¹ 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt 1909.

Reichsarbeitsblatt von Hamburg 179 solcher zur Darstellung gelangt. Noch größer ist die Zahl der vom Hamburger Statistischen Bureau¹ zur Darstellung gebrachten Wirtschaftsrechnungen. Es sind ihrer — ebenfalls vom Jahre 1907 — nicht weniger als 285, von denen 274 nach 5 Berufsclassen (Standesgruppen), 6 Wohlhabenheitsgruppen und der Kopfzahl der Haushaltungen geordnet sind. Leider fehlt in der Hamburger Veröffentlichung sowohl die Darstellung der einzelnen Haushaltung, als auch die Spezifizierung der einzelnen Ausgaben, wie sie — natürlich auch für die Hamburger 179 Haushaltungen — das Reichsarbeitsblatt gibt, z. B. bei „Nahrungs- und Genußmittel“ die Verteilung auf die Hauptnahrungs- und Genußmittel. In dieser Beziehung ist man also auch für Hamburg auf die 179 Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes angewiesen. Daß diese ein viel zuverlässigeres Material bilden, als seine restlichen 673 Haushaltungsrechnungen des übrigen Deutschland, geht schon aus dem Verhältnis der Rechnungen hervor, die mit Fehlbeträgen abschlossen. Das waren von diesen 673 Haushaltungen 388 oder 58%, während es von den 179 Hamburger Haushaltungen nur 51 oder 28% waren, bei denen der Fehlbetrag nur durchschnittlich 1,9%² der Gesamtausgabe ausmachte, gegen 4,4 %³ von der Gesamtausgabe der 439 Haushaltungen, die von den sämtlichen Haushaltungen der Erhebung im Reiche mit einem Fehlbetrage abschlossen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der letztere Prozentsatz schon günstig beeinflusst ist durch die geringere Gesamtsumme der Hamburger Fehlbeträge.

Das Reichsarbeitsblatt gibt die Summe der Fehlbeträge für die 439 Haushaltungen, die mit solchen abschlossen, an mit 84 227 Mk. Sie betrug in Hamburg bei 51 Haushaltungen 2 106 „
Also betrug sie ohne Hamburg bei 388 Haushaltungen . 82 121 Mk.
oder 212 Mk. pro Haushaltung mit Fehlbetrag gegen 41 Mk. pro Haushaltung in Hamburg. Der Fehlbetrag pro Haushaltung mit solchem war also im Reich mehr als fünfmal so groß als in Hamburg.

Es darf angenommen werden, daß die relative Sorgfalt der Hamburger Haushaltsrechnungen nicht nur bei den 179 im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten vorhanden war, sondern ebenso bei den 274 bzw.

¹ Jahresbericht f. d. J. 1909, S. 31—34.

² 2106 Mk. und 110 183 Mk.

³ Reichsarbeitsblatt S. 18*.

285, die im Jahresberichte des Statistischen Amtes 1909 zur Darstellung gelangten — leider nicht detailliert genug, um für sie einen Prozentsatz der Haushaltungen mit Fehlbeträgen oder gar der Höhe der Gesamtsumme derselben ersichtlich zu machen oder berechnen zu können.

Eines nun lehrt die Hamburger Aufstellung der 274 Haushaltsrechnungen mit großer Deutlichkeit: wo einmal in einer Einkommens- oder Berufsklasse ein Prozentsatz wesentlich herausfällt aus der regelmäßigen Steigerung oder Senkung, welche die Reihenfolge in der Höhe des Einkommens oder in der Größe der Personenzahl begleitet, da handelt es sich durchweg um eine zu geringe Zahl von Haushaltungen. Zufallverhältnisse beeinflussen dann den betreffenden Prozentsatz dieser „Gruppe“ in Anführungszeichen dermaßen, daß er ganz aus dem Rahmen herausfällt, in dem sich sonst diese Prozentsätze mit erstaunlicher Regelmäßigkeit bewegen. Wir sehen daraus, daß die Zahl der Rechnungen, welche die anderen Städte geliefert haben, viel zu klein ist, um ein Bild zu geben, wie es die Hamburger Rechnungen schon mit großer Sicherheit gewähren, ein Bild, aus dem sich eine Gesetzmäßigkeit für große Volksschichten ergibt.

Wir dürfen und wollen daher in erster Linie die Hamburger Haushaltsrechnungen als Basis zur Beantwortung der Frage nehmen, in welchem Umfange die Entwicklung der Preise seit 1890 die Lebenshaltung dieser Volksschichten beeinflusst hat. Wir wollen uns aber zur Beantwortung dieser Frage nicht auf die Hamburger Haushaltsrechnungen allein beschränken, sondern auch andere große Konsumentenfreise zur Beantwortung derselben mit heranziehen.

Wir wollen nun untersuchen, ob und inwiefern die Gesamtheit der Hamburger Haushaltsrechnungen den Verhältnissen der Gesamtheit der Hamburger Haushaltungen oder den Verhältnissen der großen Masse der Hamburger Haushaltungen entspricht, damit wir wissen, ob wir sie als Maßstab für letztere ansehen können.

Vorher aber wollen wir uns klar darüber sein, was sie nicht beweisen können.

Was die Hamburger Haushaltsrechnungen nicht beweisen können.

Aus den Tagen meiner Kindheit erinnere ich noch, daß alltäglich viele Kinder und Frauen durch den Garten meines elterlichen Hauses vor die Fenster der Kellerküche kamen und um Brot bettelten. Betteln ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck, denn sie sagten garnichts. Was sie wollten war selbstverständlich. Noch höre ich das „Hüt' nich“ (heute nicht) der Köchin, wenn sie die letzten Speisereste weggegeben hatte. Dieses „Hüt' nich“ spricht Bände. Es müssen doch ziemlich regelmäßige „Kunden“ gewesen sein, die auf diese Weise einen Teil des Nahrungsbedarfes der Familie deckten und „heute“ zu spät kamen. Und solche „Kunden“ hatten unsere Nachbarn ebenfalls. D h n e R o p f b e d e c k u n g u n d m e i s t b a r f u ß zogen diese Kinder (meist Mädchen) und Frauen von Haus zu Haus.

Dieses Nahrungsmittelsammeln hatte bei Beginn unserer Berichtsperiode schon aufgehört, aber barfuß sah man damals noch viele Kinder — auch ältere — laufen. Inzwischen hat auch dies aufgehört. In derselben Bevölkerungsschicht, d. h. in der alleruntersten, hat inzwischen sogar ein gewisser Luxus in Fußzeug Platz gegriffen. Das junge Mädchen dieser Volksschicht, das noch vor wenigen Jahren mit ein bis zwei Paar Stiefeln auskam, muß heute wenigstens zwei bis drei Paar Stiefel und ein Paar Tanzschuhe haben. Was will es da besagen, wenn die Ausgabe für Fußzeug in der Berichtsperiode bei den Haushaltungen der unteren Einkommensklassen außerordentlich gewachsen ist?! Jedenfalls würde das noch nicht beweisen, daß das Fußzeug teurer geworden ist.

Ein anderes Beispiel:

Als ich seiner Zeit dem Gewerkschaftsführer Herrn von Elm geschrieben hatte, um ihm meinen Plan zu unterbreiten, mit Hilfe der Gewerkschaften jenen Verein ins Leben zu rufen, dem ich dann später, bei Verwirklichung der Idee (bzw. bei Ausarbeitung der Statuten) im Hinblick auf das Ziel den Namen „Produktion“ gegeben, und ihm der Plan gefallen hatte, ersuchte er mich, mir mal den Vorsitzenden des Hamburger Gewerkschaftskartells zuführen zu dürfen, damit ich

ihn auch diesem auseinandersetzte. Darauf erschien mit ihm diese Spitze der Hamburger Arbeiterschaft im *Arbeitsanzug*. Das war noch Anfang des Jahres 1897. Gestern abend war ich in genannten Vereins Mitgliederausschuß, der sich in einer Zahl von zirka 300 Köpfen fast ausschließlich aus der gleichen Bevölkerungsschicht zusammensetzt, der der Vorisigende des Gewerkschaftskartells angehörte. Mit wenigen Ausnahmen waren die Versammelten — es war am Abend eines Werktages — in weißer Wäsche erschienen, die weiblichen Angehörigen der Körperschaft meist in geschmackvollem Kostüm und mit modernem Hut. Sie hatten keine „Repräsentationspflichten“ und waren in ihrer Arbeiterklasse unter sich.

Die wenigen Jahre, die seit Gründung der „Produktion“ ins Land gegangen, haben genügt, aus der Arbeiterversammlung eine bürgerliche „Gesellschaft“ zu machen, in die man nach Verlassen der Arbeitsstätte erst geht, nachdem man „Toilette gemacht“ hat. Diese Wandlung in den Kleidungsgeohnheiten der Massen zeigt heute in Hamburg jede Generalversammlung eines Konsumvereins und fast schon jede politische Wahlversammlung. Sicher ist sie auch von großem Einfluß auf die Bekleidungs Ausgabe des Arbeiterhaushalts gewesen, die auch in den sieben Jahren, die seit der Reichserhebung über die Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien verstrichen sind, sich noch wieder wesentlich vergrößert haben wird. Würde eine neue Erhebung dies ergeben, so wäre damit also noch keineswegs bewiesen, daß die Kleidung an sich teurer geworden ist. Was die Zunahme der Bekleidungs Ausgabe seitens der Hausfrau und Mutter anbelangt, so ist übrigens gar keine Frage, daß sie mit der Zunahme des Konsumvereinsumfasses in Zusammenhang steht. Der Konsumverein ist die Sparbüchse, in die bewußt mit jedem Pfund Zucker und Kaffee Pfennig auf Pfennig hineingeworfen wird, um bei bzw. durch Abheben der „Dividende“ ein Sümmchen in die Hände zu bekommen, für deren Ausgabe man dem Manne keine Rechenschaft schuldig ist, und das in neun von zehn Fällen für die Toilette der Frau und wohl auch für eine Ergänzung der Bekleidung der Kinder verwandt wird. So wandert der wirtschaftliche Nutzen der Organisation des Konsums, die nach allgemeiner Ansicht den selbständigen Händler ruiniert, in die Tasche eines anderen Selbständigen.

Wenn so durch eine Veränderung der Volksitten — die natürlich nur durch großen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht worden ist —

eine Vermehrung der Kleidungsausgabe durch v e r m e h r t e Kleidung stattgefunden hat (der Chef eines großen Konfektionshauses, der es wissen muß, sagt mir, daß die einfachste Arbeiterfrau heute ihre zwei Hüte haben müsse), so hat außerdem mit der Verfeinerung der Sitten auch gleichzeitig eine Verfeinerung der Waren stattgefunden. Nicht nur besitzt die Dame von heute z. B. m e h r Fußzeug, das Fußzeug selbst ist auch ein anderes geworden. Ein Stiefel vom Anfang unserer Berichtsperiode würde sich neben dem heutigen ausnehmen wie ein Elbfahrn neben dem zierlichen Kanu der Alster.

Und die analoge Entwicklung haben wir auf dem Wohnungsgebiet. Wir werden bei Besprechung dieses Gegenstandes Gelegenheit nehmen auf Einzelheiten hinzuweisen.

Solche Veränderungen haben natürlich auch einen Einfluß auf den Preis der Wohnungen ausgeübt.

Auch auf dem Nahrungsmittelgebiet ist es eine alltägliche Erscheinung, daß preissteigernde Qualitätsveränderungen stattfinden, die durchaus nicht immer eine entsprechende Benachteiligung der Konsumenten bedeuten. So hat das Margarinegesetz zweifellos eine Benachteiligung der Konsumenten durch Mischbutter verhindert. Daß Margarine seit 1888 von Butter getrennt feilgeboten werden muß, hat allerdings einen direkt verteuernden Einfluß auf die Butterpreise ausgeübt. Dieses Gesetz ist ja aber bei Beginn unserer Berichtsperiode schon in Kraft gewesen. 1898 aber ist ein anderes Gesetz in Kraft getreten, daß, wenn es auch die Preislage der Butter erhöht haben mag, doch nur von Vorteil für den Konsumenten sein kann. Wir meinen das Verbot der Herstellung sogenannter Paddbutter, d. h. von Butter, die künstlich mit Wasser „bepaddt“ wurde, bzw. die Begrenzung des Wassergehalts der Butter mit 16%.

Anfangs des Jahres 1914 hat in Hamburg die erste Tagung der deutschen Kartoffelgroßhändler stattgefunden, auf der beschlossen wurde, eine allgemeine Klassifizierung für Speisekartoffeln durchzuführen, die unter dem Namen „Düsseldorfer Klassifizierung“ ab 1. März 1914 im Kartoffelgroßhandel zur Anwendung gelangt. Danach werden Speisekartoffeln entweder als „prima“, „gute“, „mittlere“ und „gangbare“ Ware im Großhandel verkauft. Von den Bedingungen der Klassifizierung und Abnahme der Ware wird die Beseitigung in diesem Handel bisher bestandener Schwierigkeiten erwartet, die auf die Preise nur von günstigem Einfluß sein kann, gleichzeitig aber auch eine Qualitäts-

festlegung bedeutet, die wohl eine Qualitätsverbesserung mit sich bringen wird.

Solche Verbesserungen der Nahrungsmittel sind in Deutschland schon seit Jahren an der Tagesordnung. Es existiert ein „Bund deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und Händler“, der im März und April 1914 zu dem Zwecke in Berlin und Nürnberg — in beiden Städten in den Räumen der Handelskammer — tagte, Abänderungen für die Neuauflage des deutschen Nahrungsmittelbuches — dem allgemein anerkannten Privatgesetzbuch der deutschen Nahrungsmittelindustrie — festzulegen und diese damit begründete: „Solche Abänderungen werden stets notwendig durch das Fortschreiten der Wissenschaft und der gewerblichen Technik, sie müssen durchgeführt werden, weil der Bund es sich zum Prinzip gemacht hat, sowohl die Interessen der Fabrikation und des Handels, wie auch die der Konsumenten in gleicher Weise zu berücksichtigen.“ Aus den zahlreichen Beschlüssen sei zur Charakterisierung dieser Entwicklung nur erwähnt: Es wurde eine Reihe von Anträgen über Schofoladen angenommen, die eine bedeutende Qualitätsverbesserung dieser Produkte bedeuten. Bei Eierteigwaren muß jetzt der Eierzusatz so groß sein, daß er technisch und geschmacklich zur Geltung kommt. Als Streumehl (für Brot) dürfen in Zukunft nur Mehle oder griesartige Produkte aus Getreide verwendet werden. (Es wurde nämlich in der Versammlung festgestellt, daß für diesen Zweck auch Holzmehl verwendet wurde und daß Gerichte bei einer deshalb erhobenen Anklage freigesprochen hätten.) Ferner wurde bestimmt, daß zum Bestreichen von Maschinenteilen bei Brotmaschinen und Backunterlagen, soweit sie mit dem Teig in Berührung kommen, nur zum menschlichen Genuß geeignete Fette (keine Maschinenöle) verwandt werden dürfen. Bei Bouillonwürfeln wurde festgestellt, daß diese Fleischextrakt enthalten müssen. Bei Brauselimonade wurde ein bestimmter Mindestgehalt von Zucker vorgeschrieben. Es wurde beschlossen, daß Kaffeemischungen nur aus Bohnenkaffee zu bestehen haben, daß bei Kaffeemischungen mit Ersatzstoffen der Gehalt an Bohnenkaffee deutlich anzugeben sei, daß ferner jede Verschwerung mit Wasser verboten ist.

Alle diese Vorschriften, oder richtiger Vereinbarungen (die allerdings bei gerichtlichen Entscheidungen — wenigstens für die Sachverständigen — maßgebend sind; man darf sie also fast als Vorschriften betrachten) bedeuten eine Qualitätsverbesserung der Nahrungsmittel

und solche hat wohl so ziemlich während unserer ganzen Berichtsperiode stattgefunden. In einem jüngst erschienenen Buch von Martha von Zoblitz, das eine Forschungsreise durch die Jahrhunderte der Kochkunst darstellt, kommt die Verfasserin zu dem überraschenden Resultat, daß der Geschmack um so einfacher wird, je kultivierter die Zungen werden. Das verträgt sich sehr wohl mit der kaum zu leugnenden Tatsache, daß die Qualität der einfachen Massengerichte besser geworden ist.

Zur Wahrnehmung der hygienischen Interessen der Konsumenten besteht das Reichsgesundheitsamt (das übrigens mit dem Bund deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -händler Hand in Hand arbeitet) und in den Städten — namentlich den Großstädten — die polizeiliche Kontrolle der Nahrungsmittel. In Hamburg insbesondere steht das auf höchster Höhe stehende „Hygienische Institut“ im Dienste der Nahrungsmittelkontrolle. Gewiß haben die Anforderungen, welche Gesetz, Verbände und Publikum in hygienischer Beziehung gestellt haben, verteuern auf den Warenpreis gewirkt, — letzten Endes aber doch zum Vorteil des Konsumenten. (So z. B. wenn in Deutschland Pflaumen nicht verkauft werden dürfen, die auf Zinnunterlagen gedarrt worden sind.) In einem besonderen Falle allerdings ist in Hamburg die Vertauung einer Ware mit wenig Berechtigung mit hygienischen Anforderungen begründet worden. Das war, als im Jahre 1908 die in einem Milchring vereinigten Milchproduzenten des Hamburger Milchverorgungsgebietes den Milchpreis in die Höhe setzten. An dieser Begründung waren allerdings hygienische Anforderungen schuld, die Verfasser selbst einige Jahre vorher bei und durch Gründung eines Vereines zur Verbesserung der Hygiene in der Milchversorgung aufgestellt hatte. Er hatte Philantropen bewogen, die ersten Mittel herzugeben, angesehene Ärzte veranlaßt in den Vorstand einzutreten, die beiden großen Konsumvereine (56er Verein und „Produktion“) als Abnehmer gewonnen und zustande gebracht, daß — zum ersten (und vielleicht letzten) Male — mit Hunderten von bekannten Persönlichkeiten, Frauen von Senatoren und Gewerkschaftsführer sich mit einem großen Teil der Hamburger Ärzte unter demselben Aufruf vereinigten, der durch die Hamburger bürgerliche und Arbeiterpresse verbreitet wurde. Die — kurze — Geschichte dieses Vereines ist wegen der charakteristischen Stellungnahme des Hamburger Senats ihm gegenüber von allgemeinerem Interesse und sei daher hier mitgeteilt. Er hatte letzteren um Verleihung der Rechtsfähigkeit ersucht, deren

Bevilligung ihm von einem der Sache wohlwollend gegenüberstehenden Mitglied des Senats — das sie im Senat selbst zu vertreten hatte — als zweifellos hingestellt worden war. In Erwartung dieser Verleihung hatte der mehr begeisterte als praktische Vorstand mit der Sammlung von Mitteln zur Durchführung der Vereinszwecke gewartet (ein dahin gehender Antrag des Verfassers wurde abgelehnt), weil er glaubte, daß diese angesichts des großen Anflanges, den die Vereinsgründung gefunden, nach erfolgter Verleihung der Rechtsfähigkeit sehr reichlich fließen würden. Unerwarteterweise aber lehnte der Senat diese mit der dem Verfasser im Auftrage des Senats von dem Mitgliede, das sie dort vertreten hatte¹, persönlich mitgeteilten Begründung ab: Wenn der Verein sein Ziel erreichte, würden ja doch die Milchhändler dadurch geschädigt, und das könne der Senat nicht verantworten². Die über diesen Bescheid im Vorstand Platz greifende Entmutigung stand nun der Sammlung von Mitteln im Wege, die zur Deckung der gemachten Ausgaben erforderlich waren. Ferner beanspruchte die Änderung der Satzungen für eine andere Vereinsform Zeit. Inzwischen waren Gelder für die Ausführung der Vereinszwecke festgelegt und verausgabt und stellten insolgedessen sich Schwierigkeiten ein, die die Milch liefernden Landwirte voll zu befriedigen. Das benutzten diese nun, um sich der hygienischen Kontrolle der Milchgewinnung, der Milchkühlung, der Viehfütterung usw., denen sie sich unterworfen hatten, zu entziehen und die Leitung an sich zu reißen. Damit war der Zweck des Vereins ins Wasser gefallen. Aber trotzdem ist der Verein nicht nutzlos geblieben. Er gab dem Ökonomierat Bohnen — wie dieser dem Verfasser mitteilte — die Anregung zu einer von ihm ins Leben gerufenen „Hygienischen Milchausstellung“, die ihrerseits wieder die Forderung nach Verbesserung der Milchgewinnungsverhältnisse in der Bevölkerung wach hielt und auch hier und da Landwirte und Milchhändler veranlaßt hat, sich den einen oder anderen Apparat zur Milchreinigung und -kühlung usw. anzuschaffen. Wesentlich besser sind die Milchverhältnisse durch jene Ausstellung nicht geworden. Wohl aber behaupteten die Milchproduzenten jetzt, daß die Milchgewinnung durch

¹ Es war der Vater des Entdeckers der Herzlichen Wellen.

² Seitdem hat sich die Ansicht des Senats gewandelt. Er hat jüngst einen neuen Milchgesetzentwurf eingebracht, der ihm von der Detailistenkammer in deren letztem Jahresbericht den Vorwurf zugezogen hat, er habe in ihm das Interesse der Milchhändler nicht gewahrt.

Apparate, die sie sich angeschafft hätten, um hygienischen Forderungen zu genügen, teurer geworden sei, und sie daher jetzt einen höheren Preis für die Milch fordern müßten. Immerhin muß zugegeben werden, daß ein Teil des höheren Milchpreises für hygienische Verbesserung in Anrechnung gebracht werden darf. Eine gründliche Verbesserung der Milchverhältnisse in hygienischer Beziehung ist aber — abgesehen etwa von einem Verein, wie ihn Verfasser ins — leider nur kurze — Leben gerufen — nur durch staatliche, bzw. — bei der Kleinheit des Hamburger Gebiets — nur durch Reichs-Kontrolle der Milchproduzenten möglich.

Fraglos haben auch auf dem Wohnungsgebiet die modernen Anforderungen der Hygiene einen verteuernenden Einfluß ausgeübt. Es muß hier aber auch beachtet werden, daß in hygienischer Beziehung namentlich die älteren Wohnungen viel zu wünschen übrig ließen. Da hatten die neueren baupolizeilichen Vorschriften viel zu bessern und haben tatsächlich auch viel zur Verbesserung der Hygiene getan. Bei Neubauten müssen die Klosets nach außen gehende Fenster haben, während sie bei sehr vielen Wohnungen nach dem Treppenhaus zu liegen. Auch Schlafzimmer ohne nach außen führende Fenster werden nicht mehr geduldet. Es existiert eine „V e h ö r d e f ü r W o h n u n g s = p f l e g e“, die sowohl den Mietern wie den Vermietern Vorschriften machen darf. Seit dem 1. Oktober 1912 — also noch in unsere Berichtsperiode fallend — existiert in Hamburg auch ein Baupflegegesetz, das in erster Linie durch eine Baupflegekommission gehandhabt wird. Sie hat z. B. das Recht, die Entfernung einer die Gegend verunzierenden Reklame zu verlangen, bei Entwürfen von Bauplänen beratend mitzumwirken und hat bereits nicht nur bei Einzelhäusern, sondern auch beim Mietshause Verbesserungen bewirkt. Mit seinen schwarzgeteerten häßlichen Rückseiten trat dieses bisher in endloser Folge den mit der Bahn Ankommenden an der Bahnstrecke entgegen. Heute grüßen uns wohltuend und freundlich die Rückseiten der neuen Häuserreihen. Die Bauenden klagen allerdings, daß die Baupflege ihnen durch ihre Vorschriften drückende Kosten auferlege, ja, dem kleinen unbemittelten Mann werde das Bauen für seine praktischen Zwecke unmöglich gemacht. Das aber sind Übertreibungen, denn das Einspruchsrecht der Baupflegekommission ist beschränkt, wenn durch die angeordneten Maßnahmen ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder unverhältnismäßige Kosten erwachsen würden. Aus dieser Fassung aber geht schon

hervor, daß Kosten an sich die unvermeidliche Folge des Gesetzes sind.

Wir sehen hier, wie auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, verfeinerte Lebensansprüche — zuletzt auch diejenigen der Allgemeinheit — denselben preissteigernden Einfluß ausüben, den sie auf dem Gebiete der Bekleidung, z. B. durch die Ansprüche auf die Form der Fußbekleidung, und auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung z. B. durch den zunehmenden Konsum des teureren Weizenbrotes bei den Massen, ausgeübt haben.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues haben aber nicht nur hygienische und ästhetische Ansprüche verteuerns gewirkt, sondern auch bauliche Ansprüche an die Sicherheit der Bauarbeiter.

Diese letzte Erörterung führt uns hinüber auf das Gebiet der allgemeinen Versicherung. Mehr und mehr sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, auch die Arbeitslosenversicherung in die Hand zu nehmen. Das war natürlich nur möglich durch Erhöhung der Beiträge, die auch ohnehin mit der Verteuerns der Lebenshaltung steigen mußten. Und da der gelernte Hamburger Arbeiter durchweg der Gewerkschaft angehört, so sind seine Ausgaben für die durch letztere gewährten diversen Arten der Versicherung während unserer Berichtsperiode nicht unwesentlich gewachsen. Die Volksversicherung, im Anfang unserer Berichtsperiode noch unbekannt (sie wurde im August 1892 von der Viktoria in Deutschland eingeführt, nachdem sie wenige Jahre zuvor in England aufgefunden war), brachte im Jahre 1900 den sie betreibenden deutschen Gesellschaften eine Prämieinnahme von noch nicht 40 Millionen Mark¹, während sie im Jahre 1911 diesen und den Gegenseitigkeitsvereinen eine Prämieinnahme von 112 Millionen Mark brachte². In der gleichen Zeit stiegen die Prämieinnahmen aus der deutschen Lebensversicherung (ohne Volksversicherung) von 301 Millionen Mark auf 542 Millionen Mark allein bei den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften und Gegenseitigkeitsvereinen. Mit diesem Plus von 313 Millionen Mark ist die Zunahme der Versicherungsausgabe aber noch lange nicht erschöpft. Mehr und mehr ist auch die Feuerversicherung in die untersten Einkommensklassen gedrungen und absorbiert hier kleine aber regelmäßige

¹ Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1902, S. 224.

² Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 390.

Summen. Von all diesen Mehrausgaben des deutschen Volkes für Versicherungszwecke, die eine Folge der höheren Lebensansprüche sind, aber doch nur bei starker Einkommenssteigerung gemacht werden konnten, ist auf die Hamburger Bevölkerung ein weit größerer Teil entfallen, als dem Verhältnis ihrer Zahl zur Zahl der Reichsbevölkerung entspricht, von der erstere im Jahre 1895 1,28 %, im Jahre 1907 1,46 % ausmachte, während das Hamburger Volkseinkommen, das ebenso wie das deutsche für die Versicherungsausgabe maßgebend sein dürfte, im Jahre 1895 2,49 %, im Jahre 1907 2,65 % des deutschen Volkseinkommens bildete¹. In der Arbeiterschaft insbesondere ist nach Ansicht Sachkundiger in Hamburg die Zugehörigkeit zu einer der zahlreichen und alten Sterbekassen wesentlich häufiger, als in anderen deutschen Städten.

Daß für gesundheitliche Zwecke wesentlich mehr ausgegeben wird, beweist die enorme Steigerung des Abfasses der Apotheken von Gesundheitsmitteln, die ohne ärztliche Verordnung abgegeben werden, eine Steigerung, welche die Bevölkerungszunahme ganz wesentlich übertrifft. Der Inhaber einer mir benachbarten Apotheke, gelegen in einem Stadtviertel, dessen Einwohnerzahl sich in den letzten zehn Jahren nur unwesentlich vermehrt hat, teilt mir mit, daß in dieser Zeit der Verbrauch von Arzneien, soweit derselbe auf ärztliche Verordnung hin stattfindet, ziemlich derselbe geblieben sei, aber „der Verbrauch von fabrikmäßig hergestellten Arzneimitteln, sog. Spezialitäten, Mineralwasser, Verbandstoffen, Badeingredienzien, sonstigen Artikeln zur Gesundheits- und Schönheitspflege, hat sich um annähernd 50 % vergrößert.

Die Preiserhöhung dieser Artikel, soweit sie damals schon gehandelt wurden, ist eine geringe. Für sogenannte Spezialitäten werden durchgängig höhere Preise angelegt, wie man sie für ärztliche Rezepte zu zahlen hat.“

Auch für Bildungszwecke geben die Massen heute wesentlich mehr aus, als zu Anfang unserer Berichtsperiode. In zahlreichen Hamburger Arbeiterwohnungen, die Verfasser selbst Gelegenheit hatte zu sehen, finden sich ganz ansehnliche Büchersammlungen, und hübscher Wand-schmuck, der durch die „Produktion“ ohne Aufschlag für einen Kunstpflegeteuer vertrieben wird.

Welches Ausgabengebiet man auch ins Auge fassen mag — überall

¹ Siehe: Schmollers Jahrbuch 1910 I, S. 330.

zeigen sich gegen früher bedeutende Mehrausgaben, die bei näherer Untersuchung mit Quantitäts- und Qualitätserhöhung zusammenhängen und nicht notwendigerweise außerdem noch mit Preiserhöhungen zusammenzuhängen brauchen. Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Erscheinung — die vielleicht nicht außer Zusammenhang mit ersterer steht — bildet der Rückgang des Alkohol- und Bierkonsums. Ersterer ist in der Zeit von 1889/90¹ bis 1912/13² von 4,7 auf 2,8 Liter pro Kopf der deutschen Bevölkerung, letzterer gleichzeitig von 106 auf 101 Liter pro Kopf derselben zurückgegangen, nachdem er bis zum Jahre 1900 bereits auf 118 Liter gestiegen war. Besteht auch keine Statistik, aus der der Alkohol- und Bierkonsum für Hamburg allein zu ersehen ist, so weiß Verfasser doch aus eigener Erfahrung, daß der Bierkonsum in Hamburger Arbeiterkreisen — namentlich seit etwa 1900 — ein sehr mäßiger geworden ist. In seinen Jugendjahren waren Betrunkene auf offener Straße noch eine alltägliche Erscheinung. Die Jugend sang ein bestimmtes Spottlied hinter ihnen her. Häufig holten die Schutzmänner aus der nächsten Polizeiwache den aller Welt bekannten Strohkorb, in dem die sinnlos Betrunkenen von der Straße wegtransportiert wurden. Diese Straßenbilder sind schon seit Jahren aus Hamburg ganz verschwunden und wahrscheinlich existieren nicht einmal mehr jene Strohkörbe. Was an Alkoholausgabe gespart wird, kann am leichtesten für höhere Lebensgenüsse ausgegeben werden und erfreulicherweise ist die Entwicklung diesen Weg gegangen.

¹ Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1897, S. 138 u. 139.

² Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 311 u. 312.

Die Hamburger Haushaltsrechnungen und die breiten Volksschichten.

Ich gehe von der Erwägung aus, daß die Lebenshaltung der breiten Volksschichten für die Allgemeinheit von weit größerem Interesse ist, als diejenige der schmalen Schicht der oberen Einkommensklassen. Für erstere hat ja auch die Bewegung der Preise durchweg eine viel größere Bedeutung. Es interessiert uns daher in erster Linie, ob die Gesamtheit der Hamburger Haushaltsrechnungen den Verhältnissen der breiten Volksschichten entspricht. Die 274 im Jahresbericht 1909 des Statistischen Bureaus zur Darstellung gebrachten Haushaltsrechnungen jedenfalls nicht¹. Sie haben ein Durchschnittseinkommen von 2637 Mk. Das ist als Durchschnittseinkommen der breiten Massen viel zu hoch. Dasselbe ist entstanden aus:

Tabelle 1.

Zahl der Haushaltungen	mit einem Durchschnittseinkommen von
24	1529 Mk.
77	1907 "
86	2346 "
37	2793 "
28	3640 "
22	6002 "
zuf. 274	2637 Mk.

Bei diesen Haushaltungen sind viel zu viel Haushaltungen mit sehr hohem und viel zu wenig Haushaltungen mit niedrigem Einkommen. Das niedrigste Einkommen haben 2 Haushaltungen mit einem Durchschnittseinkommen von 1514 Mk. Der „Bericht“ führt aus: „Während bei der Mehrzahl der im vorjährigen Bericht behandelten 180 Haushaltungen das durchschnittliche Einkommen 2000 Mk. nur wenig übersteigt, handelt es sich bei den im Berichtsjahr bearbeiteten 105 Jahresbüchern aus dem Jahre 1907 hauptsächlich um wirtschaftlich besser gestellte Familien, deren Einkommen zwischen 2500 und 9000 Mk., in einigen wenigen Fällen zwischen 10 000 und 30 000 Mk. liegt.“ Es sind viel zu wenig Haushaltungen mit hohem Einkommen dabei,

¹ Da die betreffenden Tabellen des Jahresberichts 1909 des Statistischen Bureaus zur Beurteilung der von uns behandelten Fragen von großem Interesse sind, geben wir sie im Anhang als Tabelle I, II und III wieder.

um von diesen ein Bild zu geben, und viel zu wenig mit niedrigem Einkommen, um die Wirkung der hohen wieder auszugleichen.

Aber auch wenn sie geeignet wären, könnten wir die 274 Haushaltungen für unsere Zwecke nicht verwenden, weil sie nicht detailliert genug dargestellt sind. Wir brauchen die detaillierte Darstellung und mußten uns daher mit den im Reichsarbeitsblatt detailliert zur Darstellung gelangten 179 Haushaltungsrechnungen begnügen, auch wenn sie in ihrer Gesamtheit den Verhältnissen der breiten Masse weniger nahe kämen, als sie es — wie wir noch eingehender sehen werden — tatsächlich tun.

Wenn wir trotzdem zunächst die 274 Haushaltungen besprachen und besprechen, so geschieht es, weil sie durch ihre große Zahl sowohl, wie durch die Art ihrer Zusammenfassung, uns Einblicke gewähren, welche die 179 Haushaltsrechnungen des Reichsarbeitsblattes verfehlen — zum Teil gerade, weil ihnen die Haushaltungen mit hohem Einkommen fehlen, zum Teil, weil sie nicht entsprechend zur Darstellung gelangt sind.

Da ist — bei der Darstellung der 274 — namentlich interessant, den Prozentsatz zu vergleichen, der bei verschieden hoher Kopfzahl der Haushaltungen in den einzelnen Ausgabengruppen ausgegeben wird.

1. Nahrung.

Tabelle 2.

Prozentsatz der Ausgabe für Nahrung in 274 Wirtschaftsrechnungen des Jahres 1907 nach Gruppen der Ausgabenhöhe und der Kopfzahl.

Kopfzahl der Haushaltungen	1200 bis 1600 Mk.	1601 bis 2000 Mk.	2001 bis 2500 Mk.	2501 bis 3000 Mk.	3001 bis 4000 Mk.	über 4000 Mk.
bis 3 Personen	50,1	48,6	45,3	34,9	32,9	26,4
4 "	51,9	51,5	48,4	46,2	37,5	35,9
5 "	53,5	54,4	50,0	44,8	43,7	36,8
6 "	56,0	50,8	49,8	50,0	46,9	33,1
7 "	57,9	—	55,0	55,7	—	35,9
über 7 "	—	56,9	—	55,3	55,3	41,2
45,20 % = Zus.:	51,1	51,0	48,0	45,6	43,0	35,5
Durchschnittseinkommen:	1529	Mk. 1907	Mk. 2346	Mk. 2793	Mk. 3640	Mk. 6002

An dem schnellen Sinken des Prozentsatzes, der für Nahrung in den Ausgabengruppen über 3000 Mk. ausgegeben wird, sieht man gleich, daß diese nicht entfernt mehr so stark an Preissteigerungen von Nahrungsmitteln interessiert sind, als die Gruppen mit niedrigerem

Einkommen. Am interessantesten aber ist, daß dieser Prozentsatz bei hoher Kopfzahl der Haushaltung bis zu 3000 Mk. Einkommen und darüber hinaus (der Unterschied zwischen Einnahme und Ausgabe ist nicht so groß, daß man nicht ebensogut wie von der Ausgabenklasse von der Einkommensklasse sprechen kann) von der Höhe des Einkommens nur noch wenig berührt wird. Er beträgt bei der siebenköpfigen Haushaltung von einer Gesamtausgabe von 1597 Mk. rund 58%, von einer Gesamtausgabe von 2692 Mk. 56%, bei der noch größeren Haushaltung von einer Gesamtausgabe von 1902 Mk. 57%, von einer Gesamtausgabe von 2695 Mk. über 55%.

Der Prozentsatz für Nahrung beim Durchschnitt der 274 Haushaltungen ist 45,2%. Bei den 852 Haushaltungen des Reiches beträgt er 45,5%, ein Beweis, daß bei den nichtthamburgischen Haushaltungen diejenigen mit hohem Einkommen viel zu stark vertreten sind, als daß die Verhältnisse der 852 für diejenigen der großen Masse des Volkes maßgebend sein können.

Die 274 Hamburger Haushaltungen nach Berufsclassen geordnet geben in bezug auf den auf Nahrung entfallenden Anteil folgendes Bild:

Tabelle 3.

	Anzahl der		Durchschnittl. Gesamtein- nahme f. einen Haushalt Mk.	Durchschnittliche Ausgabe eines Haushalts für Nahrung in % der Ausgaben
	Haushaltungen	Haushaltungs- mitglieder		
Ungel. Arbeiter . . .	50	212	2076	51,9
Gelernte Arbeiter . .	144	596	2170	50,1
Kaufmännische				
Angestellte	23	88	2892	38,0
Staatl. Angestellte .	42	161	3697	35,2
Selbständ. Gewerbe- treibende	15	66	5635	40,7

In dieser Tabelle sind die Berufsclassen in der Reihenfolge der Höhe des Durchschnittseinkommens geordnet. Mit der Höhe desselben fällt der Prozentsatz der Nahrungsausgabe, mit Ausnahme desjenigen der selbständigen Gewerbetreibenden, der seiner Größe nach vor demjenigen der kaufmännischen Angestellten kommt, trotzdem das Durchschnittseinkommen der ersteren fast noch mal so hoch ist, als das der letzteren. Es wird allgemein behauptet, daß der niedrigere Prozentsatz bei den Angestellten — im Vergleich zu den Arbeitern — auf höherer sozialer Stufenleiter beruhe, die dringende Ausgaben auf

anderen Gebieten erheische. Das trifft zweifellos zu und wäre der relativ hohe Prozentsatz der Nahrungsausgabe dann ein Anzeichen dafür, daß die 15 selbständigen Gewerbetreibenden unter den 274 Hamburger Haushaltungen auf niedrigerer sozialer Stufe stehen, als die beiden Kategorien der Angestellten. Es scheint mir aber, daß die Wirkung der höheren sozialen Stufe auf die Nahrungsmittelausgabe — zum Teil wenigstens — auf dem indirekten Wege einer geringeren Kinderzahl erreicht wird. Die Division der Zahl der Haushaltungen in die Zahl ihrer Mitglieder ergibt nämlich für die Haushaltungen jeder Kategorie folgende Kopfzahl:

Tabelle 4.

	Durchschnittliche Gesamteinnahme eines Haushalts Mk.	Auf einen Haushalt entfallen Köpfe	Durchschnittliche Ausgabe eines Haushalts für Nahrung in % der Ausgaben
Ungelernte Arbeiter	2076	4,2	51,9
Gelernte Arbeiter	2170	4,1	50,1
Kaufmännische Angestellte ..	2892	3,8	38,0
Staatliche Angestellte	3697	3,8	35,2
Selbständige Gewerbe- treibende	5635	4,4	40,7

Wie in Tab. 2 fällt hier also der Prozentsatz der Nahrungsausgabe mit der auf eine Haushaltung entfallenden Kopfzahl, und diese bewegt sich in umgekehrter Richtung der sozialen Stufenleiter. Eine Ausnahme bildet nur das geringe Häuflein der Selbständigen, das, nach ihrem Nahrungsprozentsatz und ihrer Kopfzahl zu urteilen, trotz hohen Einkommens auf niedrigerer sozialer Stufe zu stehen scheint, als die mit weit geringerem Einkommen ausgestatteten beiden Kategorien der Angestellten.

Der Kopfzahl nach zu urteilen, gehören sowohl die kaufmännischen Angestellten, wie die staatlichen Angestellten ganz überwiegend zur Klasse der mittleren Beamten. Beide Kategorien haben bei einer durchschnittlichen Kopfzahl von 3,83 Köpfen durchschnittlich jedenfalls 1,83 Kinder. Nun besitzen wir eine Erhebung, welche der Verband der mittleren Reichspost- und -telegraphenbeamten (ca. 40 000 Mitglieder) für die Jahre 1907 bis 1909 (also ungefähr dieselbe Zeit, in der die Erhebung über die Haushaltungsrechnungen stattfand) ver-

Tabelle 5.

	Gruppen nach der Höhe der Ausgaben und nach Berufsklassen	Haushaltungen	Kopfgabe	Durchschnittliche Gesamt-Einnahme-Ausgabe eines Haushalts		Davon für Nahrung	Die Ausgabe für Nahrung in	
				Einnahme	Ausgabe		% der Einnahme	% der Ausgabe
Gelernte Arbeiter	1201—1600 Mf.	14	38	Mf. 1520	Mf. 1443	Mf. 733	47,1	50,8
	1601—2000 "	51	186	1889	1807	905	47,9	50,1
	2001—2500 "	54	213	2274	2224	1090	47,9	49,0
	2501—3000 "	17	101	2698	2654	1354	50,2	51,0
	3001—4000 "	8	58	3267	3237	1725	52,9	53,3
	Zusammen:	144	596	2170	2108	1056	48,7	50,1
Ungelernte Arbeiter	1201—1600 Mf.	7	25	1522	1463	770	50,6	52,6
	1601—2000 "	23	90	1852	1805	961	51,9	53,2
	2001—2500 "	13	52	2245	2176	1110	49,5	51,0
	2501—3000 "	4	27	2849	2675	1374	48,2	51,4
	3001—4000 "	3	18	3319	3220	1563	47,1	48,5
	Zusammen:	50	212	2076	2008	1042	50,2	51,9
Kaufm. Angestellte	1201—1600 Mf.	2	9	1546	1457	729	47,1	50,0
	1601—2000 "	2	11	1718	1684	806	46,9	47,9
	2001—2500 "	6	24	2414	2385	917	37,9	38,5
	2501—3000 "	4	12	2747	2635	1055	38,4	40,0
	3001—4000 "	6	23	3513	3375	1248	35,0	37,0
	über 4000 "	3	9	4485	4469	1448	32,2	32,3
	Zusammen:	23	88	2892	2817	1071	37,0	38,0
Staatliche Angestellte	1201—1600 Mf.	1	3	1680	1409	672	40,0	47,7
	2001—2500 "	9	35	2355	2278	1018	46,5	44,7
	2501—3000 "	10	36	2890	2767	987	34,2	35,7
	3001—4000 "	8	31	3474	3336	1218	35,0	36,5
	über 4000 "	14	56	5411	5058	1598	29,5	31,6
	Zusammen:	42	161	3697	3501	1234	33,4	35,2
Selbständige Gewerbetreibende	1601—2000 Mf.	1	3	4461	1980	1016	22,8	51,3
	2001—2500 "	4	14	3281	2151	1014	30,9	47,1
	2501—3000 "	1	4	3245	2675	1411	43,5	52,8
	3001—4000 "	4	19	5219	3780	1505	28,8	39,8
	über 4000 "	5	26	8566	6637	2527	29,5	38,1
	Zusammen:	15	66	5635	4104	1669	29,7	40,7
Insgesamt:		274	1123	2637	2469	1116	42,3	45,2

anstellt hat und die ergeben hat¹, daß auf einen verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Beamten entfallen:

bei den höheren Beamten	1,7	Kinder
bei den mittleren Beamten	1,9	„
bei den Unterbeamten	2,4	„

Die Kinderzahl unserer beiden Beamtenkategorien liegt also zwischen derjenigen der mittleren und der höheren Beamten. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die Beamten an Nahrung sparen zugunsten anderer Ausgaben. Sie haben nur eine ihrem höheren Einkommen und höherem Heiratsalter (auch demjenigen der Frau) entsprechende geringere Kinderzahl und sie ist es, die ihren geringeren Prozentsatz der Nahrungsausgabe bewirkt.

Der Darstellung der Haushaltungsrechnungen im Reichsarbeitsblatt und anderen Bearbeitern solcher Rechnungen folgend, haben wir die Nahrungsausgabe bisher immer nur im Verhältnis zur Gesamtausgabe betrachtet und gefunden, daß der dieses Verhältnis angegebende Prozentsatz mit der Höhe dieser Ausgabe fällt. Aus dieser allgemeinen Erscheinung ist ebenso allgemein geschlossen worden, daß die Nahrungsausgabe auch im Verhältnis zur Gesamteinnahme falle. Fortwährend, sowohl bei Besprechung von Einzelbudgets, wie bei Erörterung von Klassen derselben, werden die Ausdrücke für Ausgabenklassen oder -stufen gleichbedeutend mit denen für Einkommensklassen oder -stufen gebraucht.

Die außerordentliche Dringlichkeit der Nahrungsausgabe legt jedoch die Frage nahe, ob nicht in den untersten Einkommensstufen, wo ihr am meisten Beschränkung auferlegt werden muß, diese so stark ist, daß wenn das Einkommen steigt (bzw., wenn es sich nicht um die selben Haushaltungen handelt, höher ist), so daß nun auch andere dringende Ausgaben bestritten werden können, ohne die Nahrungsausgabe im selben Maße wie bisher (bzw. wie auf der niedrigeren Einkommensstufe) beschränken zu müssen, die Nahrungsausgabe nicht vielleicht zunächst im Verhältnis zur Einnahme noch steigt. Das würde ja nicht ausschließen, daß sie trotzdem gleichzeitig im Verhältnis zur Ausgabe fiele. Um in dieser Beziehung klar zu sehen, wollen

¹ Medizinische Reform, Halbmonatsschrift für soziale Hygiene und praktische Medizin v. 15. Januar 1914, S. 18.

wir jetzt die Nahrungsausgabe ins Verhältnis zur Gesamteinnahme setzen.

Die vorstehende Tabelle (Tab. 5) bestätigt unsere Vermutung. Während der Prozentsatz der Nahrungsausgaben, gerechnet von der Gesamtausgabe, bei den gelernten Arbeitern der Einkommensstufen 1520—1889—2274 von 50,8 auf 50,1 und 49,0 fällt, steigt er, gerechnet von der Einnahme, von 47,1 auf 47,9 und 47,9 und dann weiter auf 50,2% und 52,9%. Ähnlich bei den ungelernten Arbeitern. Hier ist die steigende Einnahme von 1522 auf 1852, begleitet von einem Steigen des Prozentsatzes der Nahrungsmittelausgabe von 52,6% auf 53,2% — also um 0,6% — aber von einem Steigen dieses Prozentsatzes gerechnet von der Einnahme von 50,6% auf 51,9%, also um 1,3%. Bei den kaufmännischen Angestellten ist die Einkommenssteigerung von 1546 auf 1718 begleitet von einem Fallen des Prozentsatzes der Nahrungsausgabe von 50,0 % auf 47,9 %, also um 2,1 %, aber von einem Fallen dieses Prozentsatzes gerechnet von dem Einkommen von 47,1 auf 46,9 %, also nur um 0,2 %. Am drastischsten erscheint der Unterschied in der Berechnungsweise bei den ersten beiden Einkommensstufen der staatlichen Angestellten, wo die Steigerung des Einkommens von 1680 auf 2355 begleitet ist von einem Fallen des Prozentsatzes der Nahrungsmittelausgabe, gerechnet von der Ausgabe von 47,7 auf 44,7 %, aber gerechnet von der Einnahme von einem Steigen dieses Satzes von 40,0 % auf 46,5 %.

Bei den selbständigen Gewerbetreibenden kommt diese Erscheinung sogar im Vergleich zum Einkommen der Unselbständigen bei sehr hohen Einkommensstufen vor. Da steigt das Einkommen von 5219 auf 8566, und diese Steigerung wird begleitet von einem Fallen des Prozentsatzes der Nahrungsausgabe, gerechnet von der Ausgabe, von 39,8 % auf 38,1 %, aber einem Steigen dieses Prozentsatzes, gerechnet von der Einnahme, von 28,8 % auf 29,5 %.

Da die Ausgabe für Nahrung — mit etwa 50 % der Gesamtausgabe (und vielleicht darüber) — die Hauptausgabe ist und dieser Prozentsatz mehr noch als vom Einkommen von der Kopfzahl der Haushaltung beeinflusst wird, so ist es wichtig, daß die 179 Hamburger Haushaltungen, deren Haushaltsrechnungen im Reichsarbeitsblatt zur Darstellung gelangten, wenn ihre Verhältnisse als Basis für die Masse der Bevölkerung dienen sollen, auch ähnlich auf Haushaltungen mit ver-

chieden großer Kopfzahl verteilt sind, wie die Haushaltungen der Gesamtbevölkerung¹. Ist das der Fall?

Tabelle 6.

Von den 179 Hamburger Haushaltungen zählten Personen ²			In ganz Hamburg 1905 ³	
2	33	= 17,3 %	17,9	
3	38	= 22,3 %	21,3	
4	36	= 20,1 %	20,6	
5	41	= 22,9 %	16,2	
6	19	= 10,6 %	10,8	
7	4	= 2,2 %	6,4	
8 u. mehr	8	= 4,5 %	6,8	
100 %			100	

Die Verteilung der 179 Hamburger Haushaltungen auf die Haushaltungen nach Zahl der Personen war also eine ganz ähnliche, wie in ganz Hamburg Ende 1905, etwas über ein Jahr vor Beginn der Erhebung. Bei den Haushaltungen von 2, 3 und 4 Personen differieren die Prozentsätze nur ganz unwesentlich. Die Haushaltungen mit 5 Personen sind allerdings um nahezu 7 % stärker und diejenigen mit über 5 Personen um ebensoviel schwächer, als dem Volksganzen entspricht. Ginge der Prozentsatz für Nahrung nur von der Kopfzahl ab, so würde er also in der Gesamtbevölkerung etwas höher sein, als er im Durchschnitt der 179 Haushaltungen ist.

Namentlich wird er tatsächlich höher sein in den unteren Einkommensklassen der Gesamtbevölkerung, weil der Prozentsatz für Nahrungsmittel um so größer ist, je kleiner das Einkommen ist, und die unteren Einkommensklassen in der Gesamtbevölkerung wesentlich stärker vertreten sind, als bei den 179 Haushaltungen, dann aber auch, weil gerade diese so schwach unter ihnen vertretenen Haushaltungen mehr Kinder haben, als die höheren Einkommensklassen, und häufiger als diese betagte Eltern und Kostkinder bei sich aufgenommen haben. Ersteres läßt sich veranschaulichen, wenn man den Prozentsatz der Kinder in armen und reichen Stadtteilen einander gegenüberstellt.

¹ Bei den 274 Haushaltungen ist das nicht der Fall. J. B. hat eine Rechnung ergeben, daß nach Verhältnis der Verteilung der Haushaltungen nach Personenzahl wie in der Gesamtbevölkerung der Prozentsatz für Nahrung bei der Ausgabenklasse 2500—3000 43,19 % hätte sein müssen. Er ist aber 45,64 %.

² Durch Auszählung gefunden.

³ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910) S. 110.

Wir sehen hier, daß die Bevölkerung der armen Stadtviertel zu 40 und 35 % (bzw. 38 und 35 % i. J. 1905) aus Kindern besteht, während die reichen Stadtviertel 20 und 23 % Kinder haben.

Dieser Umstand wird aber größtenteils dadurch wieder ausgeglichen, daß die reichen Haushaltungen — im Gegensatz zu den minderbemittelten — Diensthoten haben. Die folgende Tabelle zeigt uns, daß, wenn es sich nur um reiche und arme Stadtviertel handelte, die geringere Kinderzahl durch die größere Diensthotenanzahl fast ausgeglichen wurde. Es sei dabei auch noch auf das Verhältnis aufmerksam gemacht, in dem die reichen und armen Stadtviertel Einlogierer und -schläfer haben.

Bei der Volkszählung vom Jahre 1905 waren von je 100 Bewohnern in den Stadtteilen ¹:

Tabelle 7.

	Billwärder ² Ausschlag	Barmbeck ²	Rotherbaum ³	Harvestehude ³
Haushaltungsvorstände	22,7	23,1	21,3	20,1
Familienangehörige	69,6	68,3	52,4	50,7
Familienhilfe	0,3	0,4	2,1	3,3
andere Mitglieder . .	1,0	1,4	1,0	1,4
Gewerbegehilfen . . .	0,3	0,8	1,1	1,3
Gewerbl. Diensthoten	0,2	0,3	0,6	0,6
Häusliche Diensthoten	0,4	1,1	12,8	19,6
Einlogierer od. -schläfer	5,5	4,6	8,6	3,2
	100	100	100	100

Trotz des Ausgleiches durch Diensthoten, Einlogierer und Familienhilfe wird — da es sich doch nicht nur um reiche und arme Stadtviertel handelt — im Volksganzen ein Einfluß der etwas anderen Verteilung der Kopfzahl auf den Prozentsatz der Nahrung vorhanden sein. Wir werden nachher sehen, ob und inwiefern er durch andere Umstände wieder ausgeglichen wird und wollen uns zunächst merken, daß der Unterschied in der Verteilung der Kopfzahl ein so geringer ist, daß er einen wesentlichen Einfluß überhaupt nicht ausüben kann.

¹ Zusammengestellt nach Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 121.

² Arme Stadtviertel.

³ Reiche Stadtviertel.

2. Kleidung.

Tabelle 8. **Prozentsatz der Ausgabe für Kleidung in 274 Wirtschaftsrechnungen des Jahres 1907.**

Kopfzahl der Haushaltungen	1200 bis 1600 Mf.	1601 bis 2000 Mf.	2001 bis 2500 Mf.	2501 bis 3000 Mf.	3001 bis 4000 Mf.	über 4000 Mf.
bis 3 Personen	7,9	9,6	11,9	12,7	15,2	13,9
4 "	5,9	10,8	10,9	13,8	15,5	13,3
5 "	11,9	9,2	11,2	14,7	14,0	14,1
6 "	13,1	12,6	12,3	12,4	12,8	14,8
7 "	8,0	—	9,6	13,3	—	14,4
über 7 "	—	10,1	—	13,9	14,4	11,8
12,11 % = Zuf.::	8,3	10,1	11,5	13,4	14,4	13,6

Umgekehrt wie bei Nahrung steigt der Prozentsatz für Kleidung mit der Höhe des Einkommens und bei Haushaltungen bis zu einschließlich 6 Köpfen durchweg auch mit der Personenzahl. Bei ganz hoher Personenzahl wird er allerdings — offenbar durch die dann noch dringendere Ausgabe für Nahrung — wieder herabgedrückt. Die ganz aus der Reihe fallenden Prozentsätze 5,9 und 8,0 der ersten Kolonne, 9,6 der dritten und 11,8 der letzten verdienen wenig Beachtung. Sie beziehen sich auf nur eine oder zwei Familien. Hier zeigt sich so recht das Irreführende einer zu kleinen Zahl beobachteter Fälle.

Eine zu geringe Anzahl von Fällen kann bei Kleidung nun deswegen leicht irreführen, weil dann zu der Möglichkeit von Ausnahmeverhältnissen noch ein Moment der Unsicherheit hinzukommt, das bei „Kleidung“ die Regel ist, nämlich die Unregelmäßigkeit des Umfanges dieses Bedürfnisses. Während „Nahrung“ und „Wohnung“ vergleichsweise konstante Bedürfnisse bilden, deren Umfang, wenn er sich überhaupt ändert — z. B. durch wachsende Personenzahl, oder durch Wachsen von einzelnen Personen der Haushaltung —, sich nur langsam ändert, ist „Kleidung“ ein Bedürfnis, dessen Umfang häufig von plötzlich eintretenden Ereignissen wesentlich mit bestimmt wird. Ein Trauerfall, ein Familienfest, ein strenger Winter, schaffen hier plötzlich einen großen Bedarf. Außerdem aber vollzieht sich die Deckung des Kleidungsbedürfnisses auch bei Regelmäßigkeit desselben mehr stoßweise als diejenige der anderen Bedürfnisse. Je kleiner das Einkommen, desto länger wird mit der ins Geld laufenden Anschaffung gewartet, und kann man z. B. den alten Winterüberzieher absolut nicht mehr tragen,

dann läßt sein Erfaß die Ausgabe für „Kleidung“ in dem betreffenden Jahr plötzlich in die Höhe schnellen. Durch diese, im Vergleich zu „Nahrung“ und „Wohnung“ bei „Kleidung“ herrschende Unregelmäßigkeit der Bedarfsdeckung stellen sich Schwankungen des Prozentsatzes dieser Ausgabe ein, die durch mehrjährigen Durchschnitt ausgeglichen werden müßten. Sie erfordern, will man vor großen Irrtümern geschützt sein, bei nur einjährigen Budgets eine viel größere Anzahl solcher, um diese Schwankungen auszugleichen, als zum Ausgleich von Jahreschwankungen bei der Deckung anderer Bedürfnisse erforderlich ist. Je geringer die Personenzahl einer Haushaltung, desto mehr fehlen ausgleichende Momente für die Jahresausgabe der Kleidung, und je kleiner das Budget, desto größere Schwankungen können auf diesem Gebiet hervorgerufen werden. Den mehrjährigen Durchschnitt mit 100 angenommen, können sie leicht von 70 zu 130 gehen. Der ganz aus der Reihe fallende Prozentsatz 5,86 der beiden Haushaltungen mit durchschnittlich 1524 Mk. Gesamtjahresausgabe (z. B.) verdient daher gar keine Beachtung.

Im übrigen geben die Prozentsätze für Kleidung wenig Veranlassung zu eingehenden Erörterungen, weil sie sich, von Ein- und Zweifamilienfällen und dem ersten Prozentsatz der ersten und dem dritten der zweiten Kolonne abgesehen, nur zwischen rund 10 und 15 %, bewegen. Bei 18 Familien bis 3 Personen mit einem Durchschnittseinkommen von 1526 Mk. sinkt er auf unter 8 % der Ausgabe. Bei den zahlreichen Haushaltungen mit noch wesentlich geringerem Einkommen, die in den Hamburger Haushaltsrechnungen ganz fehlen, wird er also noch niedriger sein, wenn er auch bei der untersten Wohlhabenheitsgruppe und niedrigsten Kopfszahl der 852 deutschen Haushaltungen nicht unter 8,7 % heruntergeht. Im Durchschnitt der letzteren beträgt er (immer einschließlich Wäsche und Reinigung) 12,6 %, im Durchschnitt der 274 Hamburger Haushaltungen 12,1 % und im Durchschnitt der 179 im Reichsarbeitsblatt dargestellten Haushaltungen 11 %.

Die geringen Unterschiede in der Höhe der Prozentsätze für Kleidung und die im Vergleich zur Höhe anderer Prozentsätze, namentlich desjenigen für Nahrung, geringe absolute Höhe derselben können leicht dazu führen — und haben tatsächlich dazu geführt —, die Bedeutung der Ausgabe für Kleidung in der Gesamtwirtschaft zu unterschätzen. Das liegt daran, daß man fast immer nur Familien =

haushaltungsbudgets untersucht. Bei ihnen treffen die angegebenen Prozentätze auch zu. Nicht aber auf die Gesamtwirtschaft. In ihr spielt der Posten „Kleidung“ eine weit größere Rolle, als aus dem Durchschnittsatz von 11–12 % hervorgeht. Da kommt der Satz von 13,7 % der „Erhebung“ im Durchschnitt der 81 Haushaltungen der Mittelstädte und mehr noch der Satz von 14,6 % der „Erhebung“ im Durchschnitt der 70 Haushaltungen von Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern der Wirklichkeit schon näher, als der Satz von 12,3 % im Durchschnitt der 701 Haushaltungen der Großstädte. Die höheren Prozentätze der kleineren Orte der Erhebung für „Kleidung“ sind wohl nicht nur die Wirkung der vergleichsweise geringeren Kosten für Nahrung und Wohnung, sondern auch die Wirkung eines Umstandes, der in kleineren Plätzen eine geringere Rolle spielt: die *Erwerbstätigkeit von ledigen Haushaltungsmitgliedern*.

Wo und so lange die erwachsenen Kinder nicht erwerbstätig sind, wird ihre Kleidung von den Eltern mit bestritten. Sind sie aber erwerbstätig, dann zahlen sie den Eltern höchstens einen Ersatz für die von ihnen verursachte Mehrausgabe für Nahrung und Wohnung. Ihre Kleidung aber bestritten sie dann durchweg aus dem eigenen Einkommen. Die Ausgabe der Haushaltung für Nahrung und Wohnung entspricht daher dem für die Gesamtfamilie hierfür verausgabten Betrage, nicht aber die Ausgabe für Kleidung.

In den 852 Haushaltungen der Reichserhebung lebten neben 1948 Kindern unter 15 Jahren nur 174 erwachsene Kinder und 138 sonstige Personen. Es bedarf keiner statistischen Beweise dafür, daß dies ein ganz anormales Verhältnis ist. Selbst wenn alle 138 „sonstigen Personen“ Erwachsene waren, waren immer erst 8 % der „Kinder“ erwachsen. Im Deutschen Reich waren aber am 1. Dezember 1910 von der ledigen männlichen Bevölkerung 43 %, von der ledigen weiblichen Bevölkerung 41 % über 15 Jahre alt. Der Prozentsatz der erwachsenen Ledigen war also mehr als 5 mal so hoch, als der Prozentsatz der erwachsenen Kinder in den 852 Haushaltungen der Reichserhebung, in denen der „Beitrag der Kinder“ nur 1,7 % der Einnahmen ausmachte.

In Hamburg machte der „Beitrag der Kinder“ (bei den 179 Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes) allerdings 2,7 % des Gesamteinkommens aus. Aber auch dieser Prozentsatz ist noch so niedrig,

daß aus dem Beitrag der Kinder unmöglich auch die Kleidung aller erwachsenen Kinder hat bezahlt werden können. Die 179 Hamburger Haushaltungen zählten neben 337 Kindern unter 15 Jahren nur 34 erwachsene Kinder und 16 sonstige Personen. Selbst wenn letztere ausnahmslos erwachsen waren, waren erst 13 % der „Kinder“ erwachsen, während im Jahre 1907 von der ledigen Hamburger Bevölkerung 45 % über 15 Jahre alt waren¹. Die „sonstigen Personen“ können aber sowohl Kinder unter 15 Jahren wie Verheiratete sein und gehören jedenfalls nicht zur Familie. Man darf also eigentlich nur die 34 erwachsenen Kinder der Gesamtzahl von 371 Kindern überhaupt gegenüberstellen. Das sind 9 % gegenüber 45 % in der Gesamtbevölkerung, die also einen 5 mal so hohen Prozentsatz erwachsener Kinder hat, der in der Großstadt natürlich zum Teil durch Zuzug entsteht.

Die enge Wohnung der breiten Bevölkerungsschichten treibt die Kinder, sobald sie „flügge“ werden, hinaus. Sie finden sich dann als Schlafburschen und Einlogierer — meist in größeren Wohnungen — wieder. Es ist daher wohl möglich, daß der Prozentsatz der erwachsenen Kinder der 179 Hamburger Haushaltungen den Verhältnissen in den Bevölkerungsschichten, denen sie angehören, entspricht. Aber ganz gleich, ob die aus der elterlichen Wohnung verdrängten erwachsenen Kinder noch ihre Mahlzeiten dort nehmen oder nicht, in jedem Falle geben sie für Kleidung einen wesentlich höheren Prozentsatz ihrer Ausgaben aus, als die elterliche Haushaltung für die ihrige.

Außer den 274 Familienhaushaltungen führt der Jahresbericht des Statistischen Amtes 1909 auch 7 Personen ohne Haushaltung auf, die im Durchschnitt (bei 2567 Mk. Gesamteinnahme und 2464 Mk. Gesamtausgabe) 25 % für Nahrung, 18 % für Wohnung und 15 % für Kleidung ausgeben. Eine Volksschullehrerin ohne eigenen Haushalt gab im Jahre 1908² für Kleidung 16,35 % aus. Eine Lehrerin ohne eigenen Haushalt (vielleicht dieselbe) im Jahre 1909¹ 10 %, eine Lehrerin ohne eigenen Haushalt im Jahre 1910¹, wahrscheinlich immer dieselbe, 15 % und eine Lehrerin ohne eigenen Haushalt 1911 (wahrscheinlich wieder dieselbe) 19 %².

Die wenigsten Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts pflegen aber in ihrer Kleidung so bescheiden zu sein, wie die Lehrerin. Ein großer Teil derselben find in der Großstadt gerade in der Bekleidungsbranche

¹ Berechnet nach Jahresber. d. Stat. Bur. 1908, S. 4.

² Jahresber. 1909 des Stat. Bureau, dto. 1910, dto. 1911.

erwerbstätig und werden dadurch angeregt, jede Mode mitzumachen. Diese jungen Mädchen geben oft 50 % ihres Einkommens und mehr für ihre Kleidung aus. Manche Stellung erfordert das geradezu. Sind sie im Bureau beschäftigt, wollen sie auch den jungen Leuten gegenüber in recht günstigem Licht erscheinen. Und den jungen Leuten geht es ihnen gegenüber wieder ebenso. Der Umstand, daß sie zu Hause gar nichts oder nur eine Kleinigkeit von ihrem Einkommen abzugeben haben, erleichtert ihnen — den jungen Leuten beiderlei Geschlechts — einen ganz anderen Prozentsatz des Einkommens für Kleidung auszugeben, als dem Haushaltungsvorstand und Familienvater möglich ist.

Diese Verhältnisse sind für die Gesamtwirtschaft darum von Bedeutung, weil die Bevölkerungsschicht der erwerbstätigen Ledigen eine ganz enorme ist. Gewiß, vereinzelt haben auch Ledige einen eigenen Haushalt und können dann meist keinen so großen Teil ihres Einkommens für Kleidung ausgeben. Andererseits aber kommt zu der Zahl der Ledigen ohne Haushalt noch eine Zahl Geschiedener und Verwitweter ohne Haushalt hinzu, die sich, was die Ausgabe für Kleidung anbelangt, in der gleichen Lage befinden, wie jene.

Möglicherweise mag die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen ohne eigene Haushaltung durch erwerbstätige verheiratete Frauen, die nicht auch Haushaltungsvorstand sind, etwas verringert werden. Es steht aber nach einer vom Verfasser für Hamburg gemachten Aufstellung fest, daß rund 47 % der männlichen und rund 73 % der weiblichen Erwerbstätigen ohne eigenen Haushalt sind und daß dieser Prozentsatz, wie auch die absolute Zahl der Erwerbstätigen ohne eigenen Haushalt sich deckt mit dem Prozentsatz und der absoluten Zahl der Ledigen mit Hinzurechnung eines Teiles der Verwitweten und Geschiedenen.

Die Erwerbstätigen beiderlei Geschlechts zusammengerechnet, sind von ihnen 59,3 % Ledige, Verwitwete und Geschiedene ohne eigene Haushaltung. Vorsichtig ausgedrückt können wir also jetzt sagen: Die größere Hälfte der Erwerbstätigen hat keinen eigenen Haushalt und besteht durchweg aus Ledigen — zu zwei Fünfteln aus solchen weiblichen Geschlechts — die wesentlich mehr für Kleidung

ausgeben, als der Prozentsatz dieser Rubrik in den Haushaltsbudgets zum Ausdruck bringt.

Im Jahre 1912 veranstaltete der Verein für Handelskommiss von 1858 unter seinen Mitgliedern eine Erhebung, welche für seine Hamburger Mitglieder (die mit 1000 Personen¹ an ihr beteiligt waren) u. a. folgendes Resultat² hatte, das uns vielleicht einen Anhaltspunkt dafür geben kann, wie sich das für die vorliegende Frage wichtige Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen der Ledigen und dem Gesamteinkommen der Verheirateten stellt.

Hiernach waren rund 73 % der Angestellten ohne eigene Haushaltung und wohnten 54 % derselben bei Angehörigen. In der am zahlreichsten vertretenen Klasse, derjenigen der Gehilfen, hatten eigene Wohnung 33 % mit 3,3 Zimmern, wohnten bei fremden Leuten 23 % mit 1,0 Zimmer und bei Angehörigen 44 % mit 0,8 Zimmer. Das Erwerbseinkommen betrug:

einschließlich der Volontäre und Lehrlinge	1683 Mf.
ohne die Volontäre und Lehrlinge	2072 "
und zwar bei den Lehrlingen	224 "
" " Volontären	425 "
" " Gehilfen	1893 "
" " Geschäftsführern	3546 "
" " Bevollmächtigten	2900 "
" " Prokuristen	5410 "

Nach dem Familienstand geordnet verdienten:

von den Ledigen die Minderjährigen	730 Mf.
" " " Volljährigen	1905 "
" " Verheirateten diejenigen ohne Kind	2791 "
" " " " mit 1 Kind	3443 "
" " " " 2 "	3125 "
" " " " 3 "	3024 "
" " " " 4 " u. mehr	3543 "
" " " durchschnittlich	3115 "

Nach diesen Jahreseinkommen stellt sich das Verhältnis des Einkommens der Ledigen zu dem der Verheirateten wie folgt:

Verheiratete	$25,3 \times 3115 \text{ Mf.} = 78\,809 \text{ Mf.} = 47\%$
Volljährige Ledige	$27,9 \times 1905 \text{ " } = 53\,149 \text{ " } \left. \vphantom{\begin{matrix} 27,9 \\ 46,6 \end{matrix}} \right\} = 53\%$
Minderjährige Ledige	$46,6 \times 730 \text{ " } = 34\,018 \text{ " }$
	<hr/>
	100 % zusf. 165 977 Mf. = 100 %

¹ 1 Direktor, 35 Prokuristen, 27 Geschäftsführer, 13 Bevollmächtigte, 626 Gehilfen, 4 Volontäre und 294 Lehrlinge.

² Veröffentlicht im Vereinsorgane „Der Handelsstand“ Nr. 23 v. 1. Dez. 1913 und Nr. 1 v. 1. Jan. 1914.

Die Verheirateten, die fast identisch sind mit denen, die eigene Wohnung hatten, verdienten also vom Gesamteinkommen nur etwa 47 %, während allein die männlichen Ledigen etwa 53 % des Gesamteinkommens hatten. Das Gesamteinkommen der männlichen Ledigen ohne eigenen Haushalt war rund 10 % größer, als das Gesamteinkommen der Verheirateten und würde bei Hinzurechnung auch des Einkommens der weiblichen Ledigen noch wesentlich größer gewesen sein.

Mag das Verhältnis bei allen Berufen und allen Erwerbstätigen derselben — einschließlich der Selbständigen — auch nicht ganz so stark zugunsten der Ledigen liegen, so spricht doch der Prozentsatz von 59 % Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen ohne eigenen Haushalt dafür, daß es nicht wesentlich anders liegt. Da spielt es denn wohl eine Rolle für die Gesamtausgabe für Kleidung, wenn 54 % der männlichen Erwerbstätigen im Handelsstand und ähnlichen Berufen — und jedenfalls ein noch größerer Prozentsatz der weiblichen — bei den Angehörigen wohnt.

3. Wohnung.

a) Einlogierer.

In der Darstellung der „Erhebung“ ist die Ausgabe für „Wohnung“ so aufgeführt, daß die Berechnung des Prozentsatzes, der für Wohnungsmiete ausgegeben ist — und auch die absolute Höhe der Wohnungsmiete — ein irreführendes Bild ergibt. Die Einnahme für Untervermietung ist in der Gesamteinnahme der Haushaltung enthalten. Die Ausgabe für „Wohnung“ ist aber in Verhältnis zur Gesamtausgabe gesetzt, ohne daß vorher ein Abzug gemacht wäre für den auf die Untermieter entfallenden Teil an Wohnung. Dadurch erscheint die Ausgabe für Wohnung größer, als sie in Wirklichkeit ist.

Um ein Urteil darüber zu ermöglichen, inwiefern die in der „Erhebung“ untersuchten Haushaltungen in ihrer Gesamtheit den allgemeinen Verhältnissen in dieser Beziehung entsprechen, wollen wir zunächst von diesen ein Bild zu gewinnen suchen. Das soll durch die folgende Tabelle geschehen¹, in der wir außer diesen Verhältnissen

¹ Hauptsächlich zusammengestellt nach der „Statistik d. Hamburger Staates, Heft XXV (1910).

aber auch noch andere zur Darstellung bringen, die in diesem Zusammenhang oder für spätere Ausführungen von Interesse sind.

Tabelle 9.

Einlogierer usw. (Stat. d. Hamb. Staates, Heft XXV, 1910).

im Jahre	Von je 100 Familienhaushaltungen umfaßten						Von je 100 Bewohnern d. Familienhaushaltungen waren Einlogierer oder Schlafkinder	
	nur Familienmitglieder	nur Familienmitglieder, Hilfe und andere Mitglieder	nur Familienmitglieder und häusliche Dienstboten	häusliche Dienstboten überhaupt	Gewerbegehilfen und gewerbliche Dienstboten überhaupt	Einlogierer oder Schlafkinder überhaupt	m.	w.
1880	57,8	—	16,6	21,2	5,2	20,2	5,9	1,9
1885	55,6	3,6	12,5	18,7	5,8	21,2	5,8	1,6
1890	53,7	3,4	11,9	17,6	5,0	25,0	7,4	1,7
1895	60,0	2,9	10,4	14,7	5,2	20,5	5,5	1,4
1900	62,2	3,3	9,7	13,3	3,6	20,1	5,6	1,4
1905	61,1	3,7	8,5	11,8	2,8	22,7	6,6	1,6

Von je 100 bewohnten Wohnungen hatten Einlogierer¹: 1905: 21,8, 1910: 23,1.

In welchem Maße vielfach die Wohnungsmiete von Einlogierern getragen wird bzw. bei richtiger Beurteilung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Mieten auch mit auf das Einkommen der Einlogierer bezogen werden müßte, wird namentlich klar, wenn man berücksichtigt, daß ein nicht unwesentlicher Prozentsatz dieser Haushaltungen mehr als einen Einlogierer beherbergt. In welchem Maße dies der Fall ist, zeigt folgende Aufstellung:

Es hatten von je 100 Haushaltungen mit Einlogierern²

Tabelle 10.

Anzahl der Einlogierer	1885	1890	1895	1900	1905
1	62,8	59,2	67,8	65,5	63,6
2	23,4	25,3	21,4	22,3	23,2
3	8,4	9,3	7,1	7,8	8,2
4	3,0	3,7	2,5	2,8	3,1
5	1,3	1,4	0,9	0,9	1,2
6	0,5	0,6	0,2	0,3	0,5
7	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2
8 und mehr	0,3	0,3	0,1	0,1	0,2
	100	100	100	100	100

¹ Berechnet nach dem Jahresbericht d. Stat. Amt. 1912, S. 4.

² Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 123.

Von den Haushaltungen mit Einlogierern hatten also in runden Sätzen durchweg etwa 63 % einen, 23 % zwei, 8 % drei und 6 % mehr als drei Einlogierer.

Die Gesamtmiete, die — indirekt — von den Einlogierern aufgebracht wird, ist also nicht unbedeutend und fällt namentlich bei der Frage ins Gewicht, welcher Teil des Gesamtvolkseinkommens bzw. der Gesamtvolksausgabe auf die Wohnungsmiete entfällt. In dieser Beziehung ist es von Interesse, die absolute Zahl der Einlogierer ins Auge zu fassen. Wir werden später noch auf diese und den Prozentsatz, den sie von der Gesamtzahl der Bevölkerung ausmacht, zurückkommen haben, wenn wir den Prozentsatz feststellen, den die Gesamtbevölkerung für Miete bezahlt.

Es wurden an Einlogierern und Schläfern gezählt¹:

Tabelle 11.

im Jahre	männliche	weibliche	überhaupt	Auf 100 Bewohner der Familien- haushaltungen
1885	26 034	7 305	33 339	7,5
1890	39 833	9 393	49 226	9,1
1895	32 328	8 160	40 488	6,9
1900	37 023	9 531	46 554	7,0
1905	50 092	12 115	62 207	8,2
1910 ²	60 662	12 871	73 533	8,3

Der Prozentsatz, den die Einlogierer von der Zahl der Bewohner der Familienhaushaltungen ausmachen, ist also seit 1895 ständig gestiegen und beträgt 1910 bereits 8,29 %. Natürlich wäre er noch höher, wenn man ihn nur von den Haushaltungen der unteren und mittleren Einkommensklassen berechnen könnte, auf die die „Erhebung“ sich erstreckte. Wie groß er unter den Haushaltungen der Hamburger „Erhebung“ war, läßt sich aus den Angaben derselben nicht ersehen. Nur der Prozentsatz der Haushaltungen, die überhaupt Einlogierer hatten, läßt sich aus den Angaben der Erhebung berechnen.

Die im Reichsarbeitsblatt zur Darstellung gebrachte „Erhebung“ läßt den Prozentsatz der Haushaltungen mit Untervermietung nicht

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 124.

² Jahresber. d. Stat. Amt. 1911, S. 7.

erkennen. Die Darstellung sagt nur allgemein (S. 19*), daß die Einnahme aus Untervermietung in weniger als einem Viertel der Familien vorkomme und gibt sie an mehreren Stellen auf 2,0 % der Einnahmen an. Das trifft aber auf Hamburg ganz und gar nicht zu. Hier müssen diese Verhältnisse von denen im übrigen Reich ganz erheblich abweichen, denn die genannten 2,0 % sind schon von den Hamburger Haushaltungsrechnungen stark beeinflusst, die 21 % der in der „Erhebung“ zur Darstellung gebrachten bilden, und in Hamburg ist dieser Prozentsatz ein ganz anderer. Er beträgt hier nach dem Reichsarbeitsblatt¹ allerdings nur 3,3 % (bei den bearbeiteten 179 Haushaltungen). Die gleichen Haushaltungen — ihre Zahl ist um eine größer, die die Reichsbearbeitung fortgelassen hat, weil es keine Familienhaushaltung, sondern eine Einzelhaushaltung war — sind im Jahresbericht des Statistischen Bureau's 1908² zur Darstellung gebracht, und nach dieser beträgt die Einnahme aus Untervermietung bei den gelernten Arbeitern 5,70 %, bei den ungelernten Arbeitern 6,48 %, bei den kaufmännischen Angeestellten ist sie nicht vorhanden und beträgt bei den Beamten immer noch 3,58 % der Einnahmen. Von sämtlichen 180 Haushaltungen sind 50 solche mit Einlogierern; die Haushaltungen mit Einlogierern bilden hier also 27,8 % der Haushaltungen. Bei den gelernten Arbeitern, deren 125 Haushaltungen die große Mehrzahl der 180 Haushaltungen bilden, machen die 38 Einlogiererhaushaltungen über 30 % aus.

Bei den 274 Haushaltungen, die im Jahresbericht des Statistischen Bureau's 1909³ zur Darstellung gelangt sind und welche die bereits im Vorjahr zur Darstellung gebrachten 180 Haushaltungen mit enthalten, stellen sich diese Verhältnisse wie aus folgender Aufstellung ersichtlich. Dieser Jahresbericht macht jedoch selbst darauf aufmerksam, daß sich unter den neu Hinzugekommenen 105 Haushaltungen⁴ viel zu viel Haushaltungen mit hohem Einkommen — meist zwischen 2500 und 9000 Mk., in einigen Fällen sogar zwischen 10 000 und 30 000 Mk. —

¹ S. 41*.

² S. 29.

³ S. 32 ff.

⁴ Diese und die 180 Haushaltungen, die im Jahr vorher schon zur Darstellung gelangten, bilden zusammen 285 Haushaltungen. Bei der Bearbeitung nach Berufen und Einkommensklassen sind aber von diesen nur 274 zur Darstellung gelangt.

befinden, als daß die 274 Haushaltungen noch als Maßstab für die Gesamtheit der Hamburger Haushaltungen betrachtet werden könnten.

Tabelle 12.

	Haus- haltungen	Davon Haus- haltungen mit Einlogierern	Die Einnahmen aus Untervermietung % der Gesamt- einnahme
Gelernte Arbeiter	144	41 = 28,5 %	7,5
Ungelernte Arbeiter . . .	50	16 = 32,0 %	10,7
Kaufmännische Angestellte	23	2 = 8,7 %	1,1
Staatliche Angestellte . .	42	7 = 16,7 %	4,3
Selbst. Gewerbetreibende	15	5 = 33,3 %	3,4
	274	71 = 25,9 %	4,7

Wir sehen, daß — wahrscheinlich infolge des Hinzukommens der Haushaltungen mit unverhältnismäßig hohem Einkommen — der Prozentsatz der Haushaltungen mit Einlogierern, der bei den 179 Hamburger Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes rund 28 % betragen hatte, bei den 174 Haushaltungen nur noch rund 26 % beträgt. Am größten ist er mit 33,3 % bei den „selbständigen Gewerbetreibenden“. Da diese Kategorie aber nur mit 15 Haushaltungen vertreten ist, so mag fraglich sein, ob die Verhältnisse bei ihnen denen der Gesamtheit der selbständigen Gewerbetreibenden entsprechen. Bei den gelernten Arbeitern, die mit 144 Haushaltungen vertreten sind, beträgt der Prozentsatz 28,5 %, bei den ungelernten Arbeitern, die immer noch mit 50 Haushaltungen vertreten sind, gar 32 %. Man wird annehmen dürfen, daß diese Prozentsätze das Verhältnis wiedergeben, in dem in der Gesamtheit der gelernten Arbeiter und der ungelernten Arbeiter Hamburgs Haushaltungen mit Einlogierern vorhanden sind. Von den ungelernten Arbeitern ist bekannt, daß die Unsicherheit ihres Einkommens sie veranlaßt, Einlogierer zu nehmen, um durch sie am Monatsende wenigstens die Miete zahlen zu können. Hier ist also das Einlogierertwesen sozusagen ein Nebenerwerb. Es wird zu diesem Zwecke lieber eine entsprechend größere Wohnung genommen. Der einzelne Wohnraum ist ja um so billiger, je mehr Räume die Wohnung enthält. Daß dieser Gedankengang nicht nur Vermutung ist, zeigt uns die folgende Aufstellung, welche sich auf das Jahr 1905 bezieht¹.

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 82.

Tabelle 13.

Von je 100 bewohnten Wohnungen überhaupt:

mit Räumen überhaupt ¹	hatten Einlogierer	mit heizbaren Räumen ¹	hatten Einlogierer
1	2,1	0	2,4
2	6,4	1	5,3
3	10,8	2	11,8
4	28,1	3	21,8
5 und mehr	25,2	4	30,8
		5 und mehr	21,0
	21,7		21,7

Diese Aufstellung zeigt, daß der Prozentsatz der Wohnungen mit Einlogierern am höchsten ist bei den vierräumigen Wohnungen, namentlich bei denen mit 4 heizbaren Räumen; er beträgt hier fast 31 % der Wohnungen, aber immer noch über 25 % bei den Wohnungen mit 5 und mehr Räumen. Nachstehend geben wir noch eine Aufstellung² (bei der die Küchen unberücksichtigt bleiben), die uns die Möglichkeit gewährt, zu sehen, wie die Einlogiererverhältnisse sich in der Zeit von 1900—1905 verändert haben.

Tabelle 14.

Von je 100 bewohnten Wohnungen der nebenbezeichneten Art			
nicht heizbaren Zimmern	mit heizbaren	hatten Einlogierer	
		1905	1900
0		8,6	10,4
1		11,4	10,7
1	und 1	10,3	9,8
1 und mehr	2	21,7	20,6
	und 2	28,6	25,1
	3	30,7	27,1
1 und mehr	und 3	33,4	28,4
	4	26,0	23,7
	5	19,1	17,2
	6	14,0	12,0
	7	11,9	10,4
	8	11,0	8,7
	9 und mehr	6,4	5,0

Wir sehen hier, wie der Prozentsatz der Einlogierertwohnungen bis auf 33 % (bei den Wohnungen mit 3 heizbaren und einem und

¹ Einschließlich Küche.

² Zusammengestellt nach der Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 82.

mehreren nicht heizbaren Zimmern) steigt und wie er, mit Ausnahme der Wohnungen ohne heizbares Zimmer, in allen Wohnungsarten gestiegen ist, am stärksten bei den Wohnungen mit drei heizbaren und einem und mehr nicht heizbaren Zimmern, wo er von 28 auf 33 % gestiegen ist (1910 hat er bereits 34 % betragen).

Hier haben wir ja aber nur die Steigerung von 1900 auf 1905 vor uns. Wir wissen aber aus Tab. 9, daß der Prozentsatz der Einlogiererrwohnungen von 1905 auf 1910 weiter von 22 auf 23 gestiegen ist und können uns nun ein Bild davon machen, wie hoch er in den Wohnungen, die für Haushaltungen mit Einlogierern die beliebtesten sind, heute sein mag. Wenn er auch in den Zweizimmerwohnungen noch recht hoch ist — er betrug hier im Jahre 1905 21,7 % —, so werden das in der Hauptsache nicht Wohnungen ungelernter Arbeiter sein, sondern Wohnungen mit weiblichem Haushaltsvorstand. Es hatten nämlich im Jahre 1910 von den Haushaltungen mit männlichem Haushaltsvorstand nur 17,6 %, von den Haushaltungen mit weiblichem Haushaltsvorstand aber 34 % Einlogierer¹.

Wir haben hier also die geschiedenen Frauen und Witwen, sowie Frauen von Seefahrern vor uns, die sich durch Abvermietung einen Nebenverdienst zu schaffen suchen. Aber einerlei, ob die Haushaltung mit Einlogierern einen weiblichen oder einen männlichen Vorstand hat — wir wissen aus Tab. 13 und 14, daß diese Art Haushaltungen meist einer größeren Wohnung bedürfen. Diese ist dann aber natürlich entsprechend teurer. Um so mehr muß es dann ein ganz verkehrtes Bild geben, wenn die Wohnungsmiete dieser Haushaltungen mechanisch der Gesamtausgabe — oder auch der Gesamteinnahme — gegenübergestellt wird. Nimmt man die bewohnten Wohnungen des Jahres 1905² bis zu 600 Mk. Miete, die bei den nur zu Wohnzwecken benutzten Wohnungen (A-Wohnungen) 81,1 % dieser Wohnungen ausmachen, bei den auch zu gewerblichen und sonstigen Zwecken benutzten Wohnungen (B-Wohnungen) — die übrigens noch nicht 16 % aller bewohnten Wohnungen überhaupt ausmachen — 49,8 %, bei den Wohnungen überhaupt 76,2 %, so hat man in ihnen bei A 84,1 %, bei B 56,3 %, bei A und B 80,7 % aller Einlogiererrwohnungen. Bei dieser Mietgrenze bildeten von den bewohnten Wohnungen die Ein-

¹ Jahresber. d. Stat. Amt. 1911, S. 7.

² Berechnet aus Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), Tab. 80.

logiererwohnungen bei den A-Wohnungen 24,1 %, bei den B-Wohnungen 19,4 %, bei den A- und B-Wohnungen zusammen 23,6 %.

Die Bewohner dieser Wohnungen bildeten (im Jahre 1905) bei den A-Wohnungen 78,7 %, bei den A- und B-Wohnungen zusammen 73,5 % der Bewohner aller Mietklassen. Bei dieser Berechnung sind weder Bewohner noch Einlogierer der Freiwohnungen usw., noch diese selbst mit berücksichtigt. Diese Wohnungen bildeten nur 2,7 % aller bewohnten Wohnungen und waren zu 3,8 % Einlogiererwohnungen.

Wir erfahren aus vorstehenden Berechnungen, daß der Prozentsatz der Einlogiererwohnungen bei der Mietgrenze von 600 Mk. nicht wesentlich abweicht von demjenigen der Einlogiererwohnungen der Hamburger Haushaltungen der „Erhebung“. Wir werden gleich sehen, ob auch diese sich innerhalb der Mietgrenze von 600 Mk. halten.

Zunächst aber wollen wir noch durch die folgende Tabelle zeigen, in welchem Umfange Einlogiererwohnungen in den bewohnten Wohnungen der einzelnen Mietklassen — im Jahre 1905¹ — vorhanden sind.

Tabelle 15.

Mietklasse Mk.	Anzahl der Wohnungen mit Einlogierern		Von je 100 bewohnten Wohnungen hatten Einlogierer	
	A-Wohnungen	B-Wohnungen	A-Wohnungen	B-Wohnungen
bis 150	128	2	4,2	1,5
151—200	669	19	10,1	7,1
201—250	1961	76	11,8	11,1
251—300	4385	179	17,5	14,1
301—350	5244	288	27,7	19,5
351—400	6103	464	34,3	19,5
401—500	7112	926	33,3	21,3
501—750	6383	1439	29,7	21,0
751—1000	1644	611	22,5	15,2
1001—1500	637	425	12,7	13,1
1501—2000	202	180	8,4	11,9
2001—5000	181	164	5,8	10,5
über 5000	31	17	7,4	8,7
Zusammen:	34680	4790	23,2	17,1

Am größten ist der Prozentsatz der Einlogiererwohnungen in den Mietklassen von 300—750 Mk. und die aus durchschnittlich $3\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{2}$ Räumen bestehen, wobei die Küche als Raum mitgezählt worden ist².

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 83.

² Siehe das. Übersicht S. 94.

b) Höhe und Prozentsatz der Miete.

Tabelle 16.

Die durchschnittliche Ausgabe eines Haushalts für Wohnung.

	Durchschnittliche		Davon für
	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe	Wohnung
	Mt.	Mt.	Mt.
Gelernte Arbeiter	2170	2108	332 = 15,8 %
Ungelernte Arbeiter . . .	2076	2008	335 = 16,7 %
Kaufmännische Angestellte	2892	2817	507 = 18,0 %
Staatliche Angestellte . .	3697	3501	656 = 18,7 %
Selbst. Gewerbetreibende	5635	4104	700 = 17,1 %

Die geringe Differenz zwischen der Höhe der durchschnittlichen Gesamteinnahme- und der durchschnittlichen Gesamtausgabebeträge macht es unwesentlich, daß der Prozentsatz der Wohnungsmiete hier vom Ausgabenbetrage gerechnet ist. Diese Prozentsätze würden, berechnet von dem Einnahmenbetrage, nur unwesentlich niedriger sein. Daß sie aber dann etwas niedriger sein würden, müssen wir beachten, wenn wir sie nachher mit Prozentsätzen vergleichen, die von der Einnahme berechnet sind. Wesentlicher ist angesichts des hohen Prozentsatzes von Haushaltungen mit Einlogierern, daß deren Miete die Wohnungsmiete der letzteren mit enthält und daß infolge des hohen Prozentsatzes von Einlogiererhaushaltungen unverhältnismäßig viele Haushaltungen mit hohen Mieten unter ihnen sein werden.

Tabelle 17.

Mieteprozentatz von der Gesamtausgabe.

Gruppen nach der Höhe der Ausgaben	Gelernte Arbeiter o/o	Ungelernte Arbeiter o/o	Kaufmännische Angestellte o/o	Staatliche Angestellte o/o	Selbständige Gewerbetreibende o/o
1201—1600 Mt.	18,6	18,0	18,5	20,6	—
1601—2000 "	16,9	17,7	19,3	—	17,5
2001—2500 "	15,6	15,1	21,1	20,5	17,7
2501—3000 "	13,6	15,8	22,2	21,1	14,1
3001—4000 "	13,1	17,6	16,1	17,3	21,6
über 4000 "	—	—	13,8	17,8	15,0
zusammen:	15,8	16,7	18,0	18,7	17,1

Man sieht hier, wie in allen Berufsclassen der Prozentsatz der Miete mit der Höhe der Ausgabe fällt, gleichzeitig aber auch, daß er in den sozial höher stehenden Classen — bei den kaufmännischen, wie bei den staatlichen Angestellten — wesentlich höher ist, als bei den

sozial niedriger stehenden Klassen. Für die Gesamtheit der Klasse geben aber auch diese Prozentsätze in keiner der Berufsgruppen ein zutreffendes Bild, weil jede Berufsgruppe eine verhältnismäßig viel größere Anzahl niedrigerer Einkommen zählt, als sich unter den 274 Haushaltungen befindet.

In welchem Maße das der Fall ist, läßt sich an der Hand der 274 Haushaltungen nicht nachprüfen, wohl aber ungefähr an der Hand der von diesen im Reichsarbeitsblatt einzeln auch mit ihrer Wohnungsausgabe aufgeführten 179 Haushaltungen. Zu diesem Zwecke wollen wir zunächst ermitteln, wie sich diese auf die einzelnen Mietklassen verteilen und damit vergleichen, wie die Hamburger Wohnungen überhaupt sich im gleichen Jahre (1907) auf die gleichen Mietklassen verteilten. Nur müssen wir vorher eine kleine Umrechnung vornehmen, weil der im Reichsarbeitsblatt für Wohnung angegebene Betrag sich nicht für Miete allein versteht, sondern auch für „Ziergarten, Zimmerpflanzen, Einrichtung, Instandhaltung und Reinigung“. Wie hoch der hierfür von der Wohnungsausgabe abziehende Betrag ist, ersieht man aus der Aufstellung, die in der Bearbeitung der „Erhebung“ für die drei Wohlhabenhetsgruppen gemacht ist¹. Danach berechnet sich dieser Abzug wie folgt:

Tabelle 18.
In den Familien mit einer Gesamtausgabe von:

	unter 2000 Mf.	2000 bis 3000 Mf.	über 3000 Mf.	über- haupt
Wohnungsausgabe in Mf. überhaupt	289,03	424,50	685,71	401,27
Davon für Instandhaltung usw. . .	44,10	80,00	155,86	74,94
In Prozent	15 %	19 %	23 %	19 %

Der Prozentsatz für Instandhaltung usw., der von der Wohnungsausgabe abzuziehen ist, wenn man den auf die Miete allein entfallenden Betrag ermitteln will, steigt also mit der Höhe der letzteren, bzw. mit der Höhe des Betrages, der in der „Erhebung“ für „Wohnung und Haushalt“ aufgeführt ist, und variiert so wenig, daß die Unsicherheit über seine genaue Höhe bei der für unsere Zwecke nach seinem Abzug gemachten Gegenüberstellung zu einer Fehlerquelle nicht führen kann.

Bei dieser Gegenüberstellung wollen wir die eine Haushaltung mit der ganz außer Verhältnis zu den übrigen stehenden Wohnungsausgabe von 893 Mf. unberücksichtigt lassen.

¹ S. 37*.

Die Mieten der übrigen 178 Haushaltungen sind dann in der Weise ermittelt worden, daß die Wohnungsausgaben zunächst nach folgenden Mietklassen rubriziert und dann von jedem einzelnen Wohnungsbetrag der in folgender Aufstellung unter die betreffende Mietklasse gesetzte Prozentsatz abgezogen wurde.

200—250	250—300	300—350	350—400	400—450 Mf.
—15 %	—15 %	—16 %	—17 %	—18 %
450—500	500—550	550—600	600—650	650—700 Mf.
—19 %	—20 %	—21 %	—22 %	—23 %
700—800 Mf.				
— 24 %.				

Nachdem so aus dem Wohnungsbetrag der Mietbetrag ermittelt war, wurden die einzelnen Mietbeträge von neuem nach Mietklassen rubriziert und für jede Mietklasse die Durchschnittsmiete berechnet sowie der Prozentanteil, den die Anzahl der Mieten jeder Mietklasse von der Gesamtzahl der 178 Haushaltungen ausmachte. Diesem sind nun in folgender Tabelle gegenübergestellt, mit wieviel Prozent die gleichen Mietklassen im Jahre 1907 an der Gesamtzahl der bewohnten Hamburger Wohnungen bis zu ebenfalls 600 Mf. Miete beteiligt waren.

Tabelle 19.

Von den 178 Hamburger Haushaltungen zahlten				Die Anfang November 1907 in Hamburg vorhandenen nach dem Werte bewohnten Wohnungen ¹	Von den 178 Hamburger Haushaltungen waren in gleicher Mietklasse
Mietklasse	Durchschnittsmiete Mf.	Anzahl	% der 178 Wohnungen		
bis 100 Mf.	—	—	—	1 361 = 0,9 %	} = 6,1 %
100—150 "	—	—	—	1 652 = 1,1 %	
150—200 "	—	—	—	6 053 = 4,1 %	
200—250 "	224	26	14,6	16 369 = 11,2 %	
250—300 "	276	55	30,9	27 523 = 18,8 %	
300—350 "	324	49	27,5	24 722 = 16,9 %	14,6 %
350—400 "	371	24	13,5	22 381 = 15,3 %	30,9 %
400—450 "	423	14	7,9	} 29 296 = 20,0 %	27,5 %
450—500 "	473	5	2,8		13,5 %
500—550 "	522	4	2,2	} 17 142 = 11,7 ² %	10,7 %
550—600 "	568	1	0,6		
bis 600 Mf.:	zusf.	178	100	146 499 = 100 bzw. 75,5	2,8 %
über 600 Mf.	—	—	—	47 494 = 24,5	100
Alle bewohnten Wohnungen:				193 993 = 100	

¹ Jahresber. d. Stat. Bur. 1908, S. 34.

² 8,3 % aller Wohnungen.

Zu diesen bewohnten Wohnungen:	193 993
kommen noch:	
Freiwohnungen	2119
Amtswohnungen	811
Öffentliche Gebäude (Wohnungen in solchen)	22
Localitäten ohne besondere Mietangabe	2495
Im ganzen 5447	5 447
	<hr/> 199 440

Die Freiwohnungen, wohl durchweg Stiftswohnungen, die Amtswohnungen und die Wohnungen in öffentlichen Gebäuden, größtenteils wohl Wohnungen von Schulpedellen und anderen Hauswarten (meist Kellerwohnungen) und die „Localitäten ohne besondere Mietangabe“ sind sicherlich mit wenigen Ausnahmen Wohnungen im Mietwert unter 600 Mk. Zählen wir diese 5 447

den vorstehenden Wohnungen unter 600 Mk. hinzu 146 499

so ergibt das: Wohnungen unter 600 Mk. . . . 151 946 = 76,2 %

Wohnungen über 600 Mk. . . . 47 494 = 23,8 %

Im ganzen 199 440¹ = 100

In runden Prozentsätzen machen also die Wohnungen unter 600 Mk. Miete über 75 % aller Wohnungen aus, diejenigen unter 500 Mk. Miete über 60 % aller Wohnungen, diejenigen unter 400 Mk. Miete über 50 % aller Wohnungen.

Die vorstehende Gegenüberstellung der Prozentsätze nach Mietklassen zeigt nun, daß von den Wohnungen bis zu 600 Mk. Miete die Mietklasse bis zu 250 Mk. sowohl bei den 178 Wohnungen der „Erhebung“, als auch bei den Hamburger Wohnungen überhaupt rund 17 % ausmacht. Bei letzteren aber würde der Prozentsatz dieser Wohnungen größer sein, wenn die Freiwohnungen usw. in die Wohnungen ihrem Mietwert nach mit eingereicht wären. Da das nicht der Fall ist, fällt es um so mehr ins Gewicht, daß bei der „Erhebung“ in der Preislage bis zu 200 Mk. gar keine Wohnungen figurieren, während von der Gesamtheit der Wohnungen bis 600 Mk. Miete diejenigen bis zu 200 Mk. schon über 6 % ausmachen. Da die Wohnung ein guter Maßstab für die Lebenshaltung überhaupt ist, so erhellt daraus, daß die unterste Einkommensklasse — und zwar in einer Breite von etwa 10 % der Gesamtzahl der Haushaltungen —

¹ Hiervon machen die 17 142 Wohnungen von 500—600 Mk. Miete 8,1 %, so daß die Wohnungen bis zu 500 Mk. Miete 68,1 % der Gesamtzahl bilden.

in der Hamburger „Erhebung“ so gut wie nicht vertreten ist. Andererseits bilden die Haushaltungen zwischen 250 und 400 Mk. Miete bei den 178 Haushaltungen etwa 70 % gegen nur 51 % bei der Gesamtheit der Hamburger Haushaltungen, während die Haushaltungen mit 400—600 Mk. Miete bei den 178 Haushaltungen nur 14 %, bei der Gesamtheit der Haushaltungen aber 32 % ausmachen.

Es sind also bei der Hamburger Erhebung die untersten und die höheren Einkommensklassen schwächer, die mittleren stärker vertreten, als in der Gesamtheit der Haushaltungen bis zu 600 Mk. Miete. Diese Verteilung der Einkommensklassen der Hamburger „Erhebung“ hat die Wirkung, daß — aller Wahrscheinlichkeit nach — die Verhältnisse, wie sie sich aus der Hamburger „Erhebung“ ergeben, in ihrer Gesamtheit der tatsächlichen Lebenshaltung der Gesamtheit der Hamburger Haushaltungen bis zu 600 Mk. Miete entsprechen. Die Erhebungen geben aber kein Bild von der Lebenshaltung der untersten Einkommensklassen. Insbesondere ist z. B. der Prozentsatz, den diese von ihrem Einkommen bzw. ihren Ausgaben für Miete aufzuwenden haben, wesentlich höher, als selbst bei denen, die unter den Haushaltungen der Erhebung das niedrigste Einkommen haben.

c) Wie wohnt die Hamburger Bevölkerung?

Nachdem wir nun gesehen haben, daß die Haushaltungen der Erhebung in Hamburg Mietklassen angehören, die rund drei Viertel aller Wohnungen innehaben, wollen wir jetzt sehen, wie diese Bevölkerungsschicht wohnt.

Tabelle 20.

Es gab in Hamburg (Stadt) bewohnte Wohnungen:

überhaupt: davon waren:	am 1. Nov. 1908 ¹ 206 397 = 100	davon unter 600 Mk.	241 094 = 100 am 1. Nov. 1912 ¹	davon unter 600 Mk.
mit 1 Zimmer	4 486 = 2,2 %	39 44	5 020 = 2,1 %	4 598
„ 2 Zimmern	53 988 = 26,2 %	50 934	67 214 = 27,9 %	64 177
„ 3 „	72 217 = 35,0 %	66 249	83 685 = 34,7 %	76 783
„ 4 „	32 275 = 15,6 %	22 554	36 479 = 15,1 %	23 514
„ 5 „	21 348 = 10,3 %	6 287	24 518 = 10,2 %	5 673
6 u. mehr „	22 083 = 10,7 %	625	24 178 = 10,0 %	486
	206 397 = 100 %	150 593	241 094 = 100 %	175 231
Freiwohnungen usw.		5 750		3 345
		156 343 = 75,7 %		178 576 = 74,1 %

¹ Gewonnen aus: für 1908: Jahresber. d. Stat. Bur. 1909, S. 38; für 1912: Öffentl. Anzeiger Nr. 161 v. 10. Juli 1913.

Wie vorstehende Tabelle 20 zeigt, sind die Wohnungen mit 4 und weniger Zimmern solche, die überwiegend unter 600 Mk. Miete kosten. Alle bewohnten Wohnungen unter 600 Mk. Miete bilden noch im Jahre 1912 rund drei Viertel aller bewohnten Wohnungen. Leider ist die Hamburger Wohnungsstatistik erst in den letzten Jahren dazu übergegangen, die Wohnungen nach der Zahl der Zimmer *u b e r h a u p t* einzuteilen. (Bis dahin fand die Einteilung nur nach der Zahl der *h e i z b a r e n* Zimmer oder der Räume statt.) Aus einer solchen auf das Jahr 1905 und nur zu Wohnzwecken benutzte Wohnungen sich beziehenden Statistik können wir aber, wie folgende Tabelle 21 zeigt, für unsere Zwecke Wichtiges lernen.

Tabelle 21.

Anzahl der heizbaren Zimmer ¹	Durchschnitts- mietwert einer Wohnung 1905 Mk.	Anzahl der Woh- nungen 1905	Anteil der „reinen“ Wohnungen am 1. Dezember 1905 in			
			Hamburg %	Berlin %	München %	Leipzig %
0	204	844	0,55	1,15	0,73	0,03
1	243	31 636	20,54	49,34	26,44	24,84
2	327	47 602	30,90	29,89	32,22	38,46
3	446	41 518	26,95	10,83	22,22	21,42
4	672	18 336	11,90	4,05	9,71	8,65
5	1011	6 444	4,18	2,11	4,50	3,18
6 u. mehr		7 681	4,98	2,63	4,08	3,42
		154 061	100	100	100	100

Vergleichen wir Spalte 2 und 4 der vorstehenden Tabelle mit Spalte 2 und 4 der Tabelle 19, so sehen wir folgendes: Die Wohnungen mit 1, 2 und 3 heizbaren Zimmern kosten im Durchschnitt 243—446 Mk. Miete und bilden nahezu 80 % aller nur Wohnzwecken dienenden Wohnungen. Andererseits bilden die Hamburger Haushaltungen der Erhebung, die durchschnittlich 224—423 Mk. Miete zahlen, 94 % dieser Haushaltungen und bis zu durchschnittlich 473 Mk. Miete fast 97 % derselben. In der Preislage der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, einer Wohnungsart, die über 20 % der Wohnungen bildet, wohnen etwa 45 % der Haushaltungen der Erhebung. In der Preislage der Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern, die 31 % der Wohnungen ausmachen, wohnen 41 % der Haushaltungen der Erhebung, und in der Preislage der Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern, die 27 % der Wohnungen repräsentieren, wohnen 10 %

¹ Stat. d. Hamb. St. J. 25 (1910), S. 95.

der Haushaltungen der Erhebung. Die billigen und kleinen Wohnungen sind demnach bei diesen Haushaltungen viel stärker vertreten, als bei den Haushaltungen der Gesamtbevölkerung. An diesem Verhältnis würde auch wenig geändert werden, wenn man die Prozentsätze der Gesamtheit der Wohnungen auf solche der Wohnungen bis zu etwa 600 Mk. umrechnen würde, denn die Wohnungen jenseits dieser Preisgrenze bilden — wie wir ebenfalls aus Tabelle 19 wissen — nur etwa 25 % aller Wohnungen und von den nur Wohnzwecken dienenden Wohnungen — wie aus Tabelle 21 hervorgeht — einen noch geringeren Teil.

Nun haben wir auch die Erklärung dafür, warum die Haushaltungen mit Einlogierern unter den Haushaltungen der Erhebung viel schwächer vertreten sind, als unter denen der Gesamtbevölkerung. Weil die Einlogiererhaushaltungen meist größere Wohnungen haben, als die Haushaltungen der Erhebung. Wir wissen aus den Tabellen 13 und 14, daß es die Wohnungen mit 3 heizbaren Zimmern sind, welche den größten Prozentsatz von Haushaltungen mit Einlogierern haben, und diese Wohnungsart ist nur noch verhältnismäßig schwach unter den Haushaltungen der Erhebung vertreten. Das macht ihre Haushaltsrechnungen nur zuverlässiger und brauchbarer als Maßstab für die Allgemeinheit, namentlich in bezug auf die Höhe der wirklich auf sie entfallenden Mietkosten.

Wir haben in Tabelle 21 neben der Verteilung der Wohnungen auf die Größenklassen in Hamburg auch diese Verteilung in anderen deutschen Großstädten mit aufgeführt. Es geht daraus hervor, daß in Berlin, München und Leipzig die Wohnung mit nur einem heizbaren Zimmer eine viel häufigere Wohnungsart ist, als in Hamburg. In Berlin ist sie 2½mal so stark vertreten, als in Hamburg, wo sie nur ein Fünftel der Wohnungen bildet, gegen fast die Hälfte der Wohnungen in Berlin. Trotzdem ist dort auch die Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern noch fast ebenso häufig wie in Hamburg, in München und Leipzig häufiger als in Hamburg. Die Wohnung mit drei heizbaren Zimmern bildet in Berlin nur noch 11 %, in Leipzig 21 %, in München 22 %, in Hamburg aber noch 27 % der Wohnungen, und die Wohnung mit 4 und mehr heizbaren Zimmern bildet in Berlin nur noch 9 %, in Leipzig 15 %, in München 18 %, in Hamburg aber noch 21 % der Wohnungen.

Diese Verteilung auf die Größenklassen der Wohnungen entspricht

der relativen Wohlhabenheit der Hamburger Bevölkerung und zeigt, daß der Komfort — wenigstens was die Wohnung anbelangt — selbst bis hinunter zur untersten Arbeiterschicht in Hamburg ein größerer ist, als in den anderen zum Vergleich herangezogenen Großstädten.

Wir wollen nun sehen, ob die Hamburger Bevölkerung, insbesondere die untere Einkommensschicht derselben, diesen größeren Komfort vergleichsweise teurer bezahlt, oder ob er vielleicht mitbegründet ist in verhältnismäßig niedrigerer Miete. Dabei wollen wir auch die englischen, insbesondere die Londoner Mieten, mit zum Vergleich heranziehen, denn die englischen Lebenskosten sind gelegentlich nicht ohne Einfluß auf die Hamburger. Im Gegensatz zu den bei nationalen Kämpfen als erlaubt oder unerlaubt geltenden Kampfmitteln verstößt es bei wirtschaftlichen Kämpfen heute noch nicht gegen den Anstand, Ausländer als Hilfstruppen mit heranzuziehen. Bei fast allen großen Arbeitskämpfen im Hamburger Hafen haben die Unternehmer in großem Umfange ausländische, meist englische Arbeiter herangezogen. War das auch nicht gerade die Elite der englischen Arbeiterschaft und bewohnten sie auch nicht städtische Wohnungen, sondern meist zu dem Zweck hergerichtete Schiffe, so spielte doch bei der Funktion dieser Leute das Verhältnis zwischen englischer und deutscher Lebenshaltung eine Rolle. Durch die Leichtigkeit und Billigkeit des Wassertransports liegt England sozusagen vor den Toren Hamburgs.

Während die Mietpreise der deutschen Städte der folgenden Tabelle Durchschnittspreise sind, sind die englischen Mieten¹ Mittelpreise (einschließlich Haussteuer — rates — und Wassergeld), gebildet aus den am häufigsten vorkommenden höchsten und niedrigsten Mieten und umgerechnet zum Kurse von 20,40 Mk. für das Pfund Sterling. Die Mieten in London waren im Jahre 1912 durchschnittlich 4 % niedriger als im Jahre 1905, können also mit den deutschen Mieten vom Jahre 1905 sehr wohl noch verglichen werden. Die Mieten für die (je nach Zahl der „Räume“ zwischen 29 und 80) variierenden) anderen Städte von England und Wales, Schottland und Irland sind vom Jahre 1912. Für sie sind keine Mieten für 1905 angegeben, doch sind sie im Jahre 1912 durchschnittlich nur um 1,8% höher gewesen, als im Jahre 1905.

Bei der Angabe der Zahl der „Räume“ der englischen Wohnungen

¹ Cost of living of the working classes, herausgegeben vom englischen Handelsamt, London 1913 (Ed. 6955).

sind auch die Küche, sowie andere Räume als Raum gezählt. Bei Zusammenstellung der englischen „Räume“ mit der Zahl der „heizbaren Zimmer“ in Deutschland können wir also z. B. die englische Wohnung mit 3 Räumen höchstens als solche mit zwei heizbaren Zimmern ansehen. Leider haben wir — trotz des Statistischen Jahrbuches deutscher Städte — der einheitlichen Mietangabe der englischen Städte (ohne London) keine deutschen Vergleichszahlen gegenüberzustellen. Sie müssen daher bei Besprechung der folgenden Tab. 22 außer Betracht bleiben.

Tabelle 22.

Durchschnittsmietewert einer „reinen“ Wohnung.

Anzahl der heizbaren Zimmer	Hamburg ¹	1. Dezember 1905 in			Oktober 1912 in London ⁴	Mai 1912 in 29—80 anderen Städten in Großbrit. und Irland ⁵
		Berlin ¹	München ¹	Leipzig ¹		
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
0	204	161	166	153	—	—
1	243	255	178	210 ¹	292 ⁶	166
2	327	416	275	302	385	233
3	446	679	501	435	464	272
4	672	987	775	665	570	318
5	1011	1355	1153	931	663	392
6	1493	1779	1752	1246	—	—
7	1845	2304		1598	—	—
8	2105	2855 ^{8 bis 10}	2706	1977	—	—
9	2333	3606 ¹⁰		2354	—	—
10 u. mehr	3770	6311	5134 ²	3271	—	—
überhaupt	512	466	441	406	—	—

Da die Wohnungen mit nicht einem heizbaren Zimmer — wie Tab. 21 zeigt — nirgendwo eine nennenswerte Rolle spielen (in Hamburg bilden sie nur 0,65 %, in Berlin sogar erst 1,15 % der Wohnungen), wollen wir sie außer Betracht lassen. Alle Wohnungen sonst sind in Hamburg billiger (diejenigen mit mehr als einem heizbaren Zimmer sogar wesentlich billiger) als in Berlin. In München sind die

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910) S. 95.² 11 und mehr heizbare Zimmer.³ Mit Zubehör.⁴ Cost of living etc. S. VI.⁵ Cost of living etc. S. VI und XXV.⁶ Middle Zone.

Wohnungen bis einschließlich zwei heizbaren Zimmern billiger, darüber hinaus aber wesentlich teurer als in Hamburg. In Leipzig sind die Wohnungen durchweg etwas billiger als in Hamburg, namentlich die ganz kleinen, während die Wohnungen mit drei und vier heizbaren Zimmern hier fast dasselbe kosten. In London ist die zweiräumige Wohnung, also die Wohnung mit einem heizbaren Z i m m e r, wesentlich teurer als in Hamburg und selbst als in Berlin, und auch die Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern (richtiger mit drei Räumen) noch fast ebenso teuer wie in Berlin. Dann aber ändert sich das Verhältnis. Die Wohnung mit drei heizbaren Zimmern (vier Räumen) ist schon in einem Preis mit der Hamburger und wesentlich billiger als in Berlin und München, während die Wohnungen mit vier und mehr heizbaren Zimmern schon wesentlich billiger sind, als in allen von uns verglichenen deutschen Städten.

In London wohnen (1905) 22 % der Bevölkerung in Wohnungen mit ein und zwei Wohnräumen, in Hamburg 12 % (siehe Tab. 34), 39 % der Bevölkerung in Wohnungen mit weniger als vier Räumen, in Hamburg etwa 45 %. Solche Wohnungen befinden sich in London häufig zwei bis drei in einem Hause mit gemeinschaftlichem Eingang, Vorplatz und Treppenhaus, und die Mieter in solchen Häusern, die nicht für Arbeiterwohnungen gebaut worden sind, sind auch sonst noch meist auf gemeinschaftliche Benutzung unentbehrlicher Räumlichkeiten angewiesen. Der Hamburger Arbeiter würde so nicht wohnen mögen. Hochbezahlte gelernte Arbeiter aber wohnen in der Londoner Außenzone besser und billiger, als selbst in entfernten Hamburger Vororten, wo ebenso wie für den Londoner Arbeiter das Fahrgeld zur Arbeitsstätte noch zur Miete hinzukommt. Letzterer zahlt (z. B. in Tooting oder Acton) für ein Häuschen zum Alleinbewohnen, bestehend aus 4 oder 5 Räumen (einschließlich Küche), Tellerpülraum (Scullery) und Badezimmer in einem Distrikt 583 bis 635 Mk., in einem anderen 583—715 Mk.¹ Zu diesen Preisen kann man die gleichen Bequemlichkeiten auch in Hamburg haben. Aber das Badezimmer ist in Hamburger Arbeiterwohnungen noch eine große Seltenheit — in Londoner Arbeiterwohnungen schon nicht mehr. Es verteuert die Wohnung in Hamburg um rund 100 Mk. und macht sie dadurch für den Arbeiter unerschwinglich. Wenn sie das in London

¹ Cost of living etc. S. XVII.

nicht ist, so nicht nur, weil die mehrzimmerige Wohnung dort billiger ist, sondern auch, weil die niedrigeren Lebensmittelpreise und die höheren Löhne dem gelernten englischen Arbeiter gestatten, für die Wohnung mehr aufzuwenden. Selbst unter den 274 Haushaltungen der Hamburger Erhebung, die viel zu viel Haushaltungen mit hohem Einkommen enthält — auch bei den Arbeiterhaushaltungen (so von ungelernten Arbeitern 17 Haushaltungen mit durchschnittlich 2698 Mk. Einkommen und gar 8 mit durchschnittlich 3267 Mk. Einkommen; bei den gelernten Arbeitern 4 mit 2849 Mk. und 3 mit 3319 Mk. Durchschnittseinkommen) — kommen solche Mieten nicht vor. Diese bewegen sich bei den gelernten Arbeitern dieser Erhebung (nach Abzug von 15–21 % für Instandhaltung usw.) zwischen 228 und 347 Mk., bei den ungelernten Arbeitern derselben zwischen 224 und 448 Mk. (Der letztere Preis weist auf Einlogierershaushaltung.)

In der Preislage der Arbeiterwohnung ist der Prozentsatz der Wohnungen mit Badezimmer — trotz starken Steigens desselben (von 0,2 % auf 0,6 % bei den Wohnungen bis zu 350 Mk. Miete und von 1,9 % auf 3,8 % bei den Wohnungen von 350–450 Mk. Miete in der Zeit von 1905 bis 1910) — noch ein sehr niedriger. Zweizimmerige Wohnungen mit Badezimmer werden nur ganz ausnahmsweise mal gebaut und die dreizimmerige Wohnung mit Badezimmer erfordert eine Miete von etwa 550 Mk. Daher ist sie auch für das Gros der kaufmännischen und staatlichen Angestellten unerschwingbar; die Mieten dieser beiden Kategorien von Angestellten erreichen bei den Haushaltungen der Hamburger Erhebung nicht diese Höhe — selbst nicht bei den 3 Haushaltungen von kaufmännischen Angestellten mit durchschnittlich 4485 Mk. Einkommen. Eine Ausnahme bilden nur 14 Haushaltungen von Staatsangestellten mit einem Durchschnittseinkommen von 5411 Mk. Ihre Miete dürfte sich (nach Abzug der Instandhaltungskosten) auf etwa 680 Mk. belaufen. Wie folgende Tabelle 23 zeigt, beträgt der Prozentsatz der Wohnungen mit Badezimmer bei den nur zu Wohnzwecken benutzten Wohnungen in der Preislage von 350–400 Mk. Miete erst 1,06 %, bei 400–500 Mk. Miete 7,3 % und erst bei 500–600 Mk. Miete erreicht er die Höhe von 29,7 % der Wohnungen. Das sind Wohnungen, die durchschnittlich 5,1 Räume haben, von denen 3,3 heizbare Zimmer sind. Aber rund 80 % der Wohnungen sind solche mit 3 und weniger heizbaren Zimmern. (Siehe Tab. 21.)

So kommt es, daß von sämtlichen bewohnten Wohnungen überhaupt nur Badezimmer hatten:

Tabelle 23.

1910 ¹	1905 ²	1900 ²	1895 ³	1890 ³	1885 ⁴
21,0 %	16,4 %	13,2 %	10,8 %	9,0 %	6,7 %

Trotzdem der Prozentsatz der Wohnungen mit Badezimmer von 1890 auf 1910 sich mehr als verdoppelt — seit 1885 sich mehr als verdreifacht — hat, sind noch immer rund 80 % der Wohnungen ohne solches.

Eine besonders erfreuliche Erscheinung ist die schnelle Zunahme von Badezimmern in den Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern⁵. Es hat nämlich betragen die

Tabelle 24.

	Anzahl der Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern	darunter solche mit Badezimmer
1900	48 595	277 = 0,6 %
1905	57 270	636 = 1,1 %
1910	74 940	2176 = 2,9 %

Der Prozentsatz dieser Wohnungen mit Badezimmer hat sich also in zehn Jahren verfünffacht, in den Jahren 1905—1910 nahezu verdreifacht. Absolut ist er allerdings (mit heute wahrscheinlich etwa 4 %) immer noch sehr gering.

Das gelegentliche Hinzukommen eines Badezimmers bei den Haushaltungen mit höherem Einkommen mag mit die Ursache davon sein, daß bei den Wohlhabensgruppen der 274 Hamburger Haushaltungen der Prozentsatz der Ausgabe für Wohnung bei den höheren Einkommen dieser Gruppen zunächst noch mit diesem steigt, während der Prozentsatz für Nahrung sich in umgekehrter Richtung bewegt.

¹ Berechnet nach Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 5.

² Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 83.

³ Stat. d. Hamb. St. Heft XXI (1903), S. 180.

⁴ Stat. d. Hamb. St. Heft XV (1890), S. 26.

⁵ Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 2.

Denn es betrug bei diesen Haushaltungen die

Tabelle 25.

Anzahl der Haushaltungen	Durchschnittliche Gesamteinnahme	Ausgabe in % für		Ausgabe für Wohnung in % der Einnahme
		Nahrung	Wohnung	
24	1529	51,1	18,5	—
77	1907	51,0	17,2	—
86	2346	48,0	16,6	15,8
37	2793	45,6	16,8	16,2
28	3640	43,0	17,0	—
22	6002	33,5	16,6	—

In den Häuserblocks des „Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion“ sind sämtliche Speisekammern so gebaut, daß sie — evtl. statt als solcher, oder auch nach Austräumung außer als solcher — als Brausebad benutzt werden können. Auch sind sie darauf berechnet, daß eine Badewanne hineingestellt werden kann. Da gleichzeitig der Raum unter einer Fensterbank (mit Ventilation nach außen) als Vorratsraum eingerichtet ist, wird der Raum der Speisekammer häufig tatsächlich als Brausebad benutzt. Er wird aber nur selten mit Badewanne ausgestattet. Ferner befindet sich in jedem der Häuser dieser Häuserblocks je eine Waschküche auf dem Boden und im Keller, die erstere für die Bewohner der oberen, die letztere für diejenigen der unteren Etagen, jede auch mit einer Zeugmangel ausgestattet. Diese und andere Vorzüge (z. B. an Flächen- und Kubikraum) der Genossenschaftswohnungen erhöhen natürlich deren Herstellungskosten. Ihre Mietpreise können daher nicht ohne weiteres mit den Mieten anderer Wohnungen verglichen werden. Namentlich wäre hierzu erforderlich, daß die sonst so vorzügliche Hamburger Wohnungsstatistik auch Angaben über den Flächenraum der Wohnungen enthielte. Daß die Erhebung des englischen Handelsamtes über „Cost of living of the working classes“ sich auch hierauf erstreckte, ist einer der Vorzüge derselben.

Das Fehlen der Angaben hierüber erschwert es, die Mieten von Hamburger und Londoner Wohnungen zu vergleichen. Immerhin wird dieser Vergleich durch die nächste Tabelle (26) erleichtert, die ebenso, wie die Statistik des englischen Handelsamtes auch die Zahl der „Räume“ (einschließlich sowohl der heizbaren, wie der nicht heizbaren Zimmer und der Küche) auführt, während wir wegen des Vergleiches Hamburgs mit anderen deutschen Städten in Tabelle 22 ge-

nötigt waren, nach der Anzahl der heizbaren Zimmer zu rangieren. Nur sei hier für den evtl. Vergleich der Hamburger Mieten in Tab. 26 mit den Londoner Mieten in Tabelle 22 daran erinnert, daß die Anzahl der heizbaren Zimmer der Londoner Wohnungen der Tabelle 22 um 1 erhöht werden muß, wenn man die Preise der dortigen Rubrik „London“ mit den Mietklassen der Tabelle 26 vergleichen will.

Tabelle 26.

Mietklassen	Es bestand eine Wohnung im Jahre 1905 ¹ durchschnittlich aus		Die Wohnung bestand durchschnittlich aus	Ein Badezimmer hatten von je 100 dieser Wohnungen
Mt.	heizbaren Zimmern	nicht heizbaren Zimmern	Räumen ²	
bis 150	1,2	0,5	2,4	—
151—200	1,2	0,7	2,7	0,1
201—250	1,4	0,7	3,1	0,1
251—300	1,8	0,6	3,4	0,2
301—350	2,2	0,6	3,8	0,2
351—400	2,5	0,6	4,1	1,1
401—500	2,9	0,6	4,5	7,3
501—600	3,3	0,7	5,1	29,7
601—700	3,7	0,8	5,5	49,8
701—800	4,0	0,8	5,8	64,7
801—900	4,2	0,8	6,0	74,8
901—1000	4,6	0,8	6,4	82,0
1001—1500	5,2	0,8	7,0	90,1
1501—2000	6,6	0,8	8,4	94,1
2001—5000	9,1	0,7	10,8	95,5
über 5000	14,3	0,8	16,1	96,7

Tabelle 26 (die sich nur auf zu Wohnzwecken benutzte Wohnungen bezieht) läßt nicht erkennen, wieviel nicht heizbare Zimmer auf je ein heizbares entfallen. Dieses Verhältnis sinkt von 1,02 bei den Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer auf 0,05 bei den Wohnungen mit 10 und mehr heizbaren Zimmern und beträgt durchschnittlich (im Jahre 1905) 0,26. Diese Verhältniszahl ist im Sinken begriffen, weil die Mieter Wohnungen bevorzugen, in denen sie durch Heizbarkeit aller Zimmer dieselben besser ausnützen können. Im Jahre 1895 hat sie noch 0,33 betragen. Während also damals auf 100 heizbare Zimmer noch 33 nicht heizbare kamen, waren es im Jahre 1905 nur noch 26. 1895 hatten noch 67,8 % der Wohnungen

¹ Stat. d. Hamb. Stat. Heft XXV (1910) S. 94.

² Das heißt heizbare, nicht heizbare Zimmer und Küche.

auch nicht heizbare Zimmer, 1900 waren es nur noch 64,3 %, 1905 nur noch 57,8 %, 1910 nur 56,7 %.

d) Wohnbevölkerung und Wohndichtigkeit.

Wir haben aus Tabelle 19 gelernt, daß die Mieter bis zu 600 Mk. Miete rund drei Viertel der Wohnungen inne haben — aus Tabelle 20 das gleiche bis in die jüngste Zeit fortgeführt —, aus Tabelle 22, daß sie die Wohnungen bis zu einschließlich 3 heizbaren Zimmern und von den Wohnungen mit 4 heizbaren Zimmern nur einen geringen Teil bewohnen, aus Tabelle 26, daß für die Haushaltungen der Arbeiter und Angestellten Wohnungen mit Badezimmer zu teuer kommen und diese Kreise — von Untervermietern abgesehen — sich mit Wohnungen von höchstens drei Zimmern und Küche begnügen müssen. Nun wollen wir aber auch sehen, wie breit diese Bevölkerungsschicht — diejenige der Mieter bis zu 500 und 600 Mk. Miete — ist und wie dicht sie wohnt.

Tabelle 27.

Prozentsatz der Wohnungen bis zu 500 bzw. 600 Mark von der Gesamtheit¹ und Prozentsatz ihrer Bewohner von der Gesamtbevölkerung.

Mietklasse	1905 ²		1907 ³	1910 ⁴		1912 ⁵
	% der Woh- nungen	darin % der Bevölke- rung	% der Woh- nungen	% der Woh- nungen	darin % der Bevölke- rung	% der Woh- nungen
bis 500 Mark	68,6	65,7	68,1	65,1	62,6	63,9
„ 600 „	76,8	74,0	76,2	74,6	72,1	74,1

Die Wohnungen bis zu 500 Mk. Miete beherbergen also noch bis in die jüngste Zeit hinein annähernd zwei Drittel, diejenigen bis zu 600 Mk. Miete fast drei Viertel der Hamburger Bevölkerung.

In der folgenden Tabelle 28 geben wir nun ein Bild davon, wie dicht die verschiedenen Größenklassen der Wohnungen besetzt sind und damit man sieht, wie groß der Bevölkerungskreis ist, den die Wohndichtigkeit der einzelnen Größenklassen betrifft, fügen wir den Prozent-

¹ Einschließlich der Frei- und Amtswohnungen usw. und ihrer Bewohner.

² Gewonnen aus: Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910) S. 90—93.

³ Gewonnen aus: Jahresber. d. Stat. Bur. 1908, S. 34.

⁴ Gewonnen aus: Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 5.

⁵ Gewonnen aus: Öffentl. Anzeiger Nr. 161 v. 10. Juli 1913.

faß hinzu, den sie von der Gesamtbevölkerung ausmacht, außerdem noch den Prozentsatz, den die betreffende Größenklasse von der Gesamtheit der Wohnungen ausmacht.

Leider sind wir auch für diese Verhältnisse auf die Statistik des Jahres 1905 angewiesen, da auch hierfür die Statistik für 1910 noch nicht erschienen ist. Diese Tabelle bezieht sich auf alle Wohnungen, ist also mit den Zahlen der Tabelle 21, die sich auf nur zu Wohnzwecken benutzte Wohnungen bezieht, nicht ohne weiteres vergleichbar. Sie zeigt die vorbezeichneten Verhältnisse sowohl für die Räume überhaupt, wie für die heizbaren Räume, wobei die Küche wieder als heizbarer Raum gezählt ist, und Nebenräume wie Speisekammer, Badezimmer, Boden usw. wie immer außer Ansatz geblieben sind.

Tabelle 28.

Wohnungen mit ¹ Räumen überhaupt	in % aller Wohnungen	mit % aller Einwohner	Bewohner durch- schnittlich auf einen Raum
1	0,7	0,2	1,4
2	3,6	2,0	1,2
3	25,8	22,2	1,2
4	38,2	39,4	1,1
5 und mehr	31,7	36,1	0,8
zusammen	100	100	1,0
mit heizbaren Räumen			
0	0,0	0,0	—
1	1,8	0,9	2,2
2	19,6	16,3	1,8
3	31,2	30,8	1,4
4	26,5	27,7	1,1
5 und mehr	20,9	24,3	0,8
zusammen	100	100	1,1

Rund 30 % (30,08 %) aller Wohnungen bestehen also aus höchstens 3 Räumen überhaupt (einschließlich der Küche), und auf sie entfällt rund der vierte Teil (24,5 %) der Bevölkerung ohne die Anstalten. Auf die aus 4 Räumen überhaupt bestehenden Wohnungen kommen allein 38,2 % aller Wohnungen mit 39,4 % der Bewohner, so daß für die Wohnungen von 5 und mehr Räumen nur rund 32 % aller Wohnungen mit rund 36 % aller Einwohner verbleiben.

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910) S. 79.

Die Wohnungsdichte steht in umgekehrtem Verhältnis zur Anzahl der vorhandenen Räume. Beträgt die Anzahl der auf einen Raum entfallenden Bewohner bei den aus nur einem Raum bestehenden Wohnungen 1,4 Bewohner, so sinkt sie bei den aus 5 und mehr Räumen bestehenden Wohnungen auf 0,75 Bewohner und beträgt im Gesamtdurchschnitt 0,96 Bewohner auf einen Raum. Ähnlich erscheint die Wohndichtigkeit, wenn man nur die heizbaren Räume ins Auge faßt. Bei Wohnungen, die aus nur einem heizbaren Raume bestehen, entfallen auf diesen dann 2,2 Personen, während die Wohndichtigkeit bei den Wohnungen mit 5 und mehr heizbaren Räumen auf 0,8 Bewohner sinkt. Der Durchschnitt für die Stadt beträgt 1,1 Einwohner auf einen heizbaren Raum, wobei allerdings die nicht heizbaren für nichts gerechnet sind. Berechnet man die Wohndichtigkeit statt auf einen heizbaren Raum auf ein heizbares Zimmer, dann hat sie für die ganze Stadt betragen¹:

1890	1895	1900	1905	1910 ²
1,80	1,65	1,61	1,55	1,45

Die Wohndichtigkeit ist also ständig zurückgegangen, in der Zeit von 1890 bis 1910 um fast 20 %. Nach derselben Quelle, wie die vorstehende Zahl für 1910 berechnet, hat sie in letzterem Jahr für den Raum überhaupt nur noch 0,9 betragen, gegen 1,0 im Jahre 1905, ist also für den Raum in diesen 5 Jahren um 10 % zurückgegangen.

e) Die überfüllten Wohnungen.

An diesem Rückgang haben auch die sogenannten „überfüllten Wohnungen“ teilgenommen. Darunter werden solche Wohnungen verstanden, die nur aus einem heizbaren Zimmer (mit oder ohne Zubehör, d. h. mit oder ohne Küche und nicht heizbarem Zimmer) bestehen und mehr als 5 Personen beherbergen, und Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern, die mehr als 9 Personen beherbergen. (Im Jahre 1905 entfielen auf die erstgenannte Wohnungsart durchschnittlich 3,54 Personen, auf die letztgenannte durchschnittlich 4,19 Personen³.) Solche Wohnungen wurden am 1. Dezember 1905 in der ganzen Stadt 5926 mit zusammen 43 326 Bewohnern gezählt; 5291 dieser Wohnungen mit zusammen 36 514 Bewohnern bestanden aus nur einem heizbaren

¹ Ebenda S. 95.

² Berechnet nach: Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 2.

³ Ebenda S. 95.

Zimmer, während 635 mit zusammen 6812 Bewohnern 2 heizbare Zimmer hatten. Unter den überfüllten Wohnungen beherbergten 1181 auch Einlogierer oder Schläfer; die in diesen Wohnungen zusammengedrängte Bewohnerzahl belief sich auf 9019, wovon wieder der größere Teil (972 Wohnungen mit 6779 Menschen) auf die Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer entfiel. Trotzdem diese Zahlen ein großes Wohnungselend bekunden, bedeuten sie doch schon eine große Besserung gegen die Zustände früherer Jahre. In der Zeit von 1895 bis 1905 ist nämlich der Prozentsatz der überfüllten Wohnungen von 4,5 % auf 3,2 % aller Wohnungen und die in ihnen hausende Einwohnerschaft von 7,5 auf 5,6 % der Gesamtbevölkerung zurückgegangen. Am deutlichsten vielleicht tritt die Besserung dieser Zustände in die Erscheinung, wenn man die Verhältniszahlen derjenigen Stadtteile vergleicht, in denen sie noch jetzt am schlimmsten sind. Das sind die Stadtteile, in denen sich die Bevölkerung zusammengedrängt, die für ihren Lebensunterhalt darauf angewiesen ist, in nächster Nähe des Hafens zu wohnen. Betrachtet man nicht nur die Zahlen der Jahre 1895 und 1905, sondern auch diejenigen des Jahres 1900, so sieht man, daß sich auch hier kein ununterbrochener Rückgang vollzogen hat.

Tabelle 29.

	Die überfüllten Wohnungen in % der Wohnungen überhaupt ¹			Die Bewohner der überfüllten Wohnungen in ‰ der Einwohner überhaupt		
	1905	1900	1895	1905	1900	1895
Altstadt-Nord . .	7,3	8,2	6,8	13,1	14,3	11,8
Neustadt-Süd . .	6,9	9,4	9,0	11,9	16,0	14,6
Horn	6,8	9,8	10,9	11,7	16,4	18,4
Billwärder Ausflug . .	5,9	7,2	7,7	9,8	11,6	12,4
Zusammen Stadt	3,2	4,2	4,5	5,6	7,2	7,5

Von den 24 Stadtteilen sind vorstehend nur die Verhältnisse der 4 überfülltesten aufgeführt. Die darunter aufgeführten, die die Verhältnisse des Stadtganzen ausdrücken, zeigen — neben den darüberstehenden betrachtet —, wie sehr der Stadtdurchschnitt täuscht über die Zustände in den überfülltesten Stadtteilen, wo der Prozentsatz

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 97.

der überfülltesten Wohnungen bis auf 11 % steigt und die Einwohnerzahl derselben bis auf $18\frac{1}{2}$ % der Einwohner jenes Stadtteiles.

Seit 1905 werden sich jedoch diese Verhältnisse ganz wesentlich gebessert haben. Denn seitdem hat Hamburg eine vorzüglich funktionierende „Hoch- und Untergrundbahn“ bekommen, welche die Hafengegend mit den Vororten verbindet und auf der man in schneller Zugfolge in wenigen Minuten nach fernen Stadtteilen gelangt. Weitere Strecken derselben gehen ihrer baldigen Vollendung entgegen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Rückständigkeit der Hamburger Wohnungssituation verhindert, zu sehen, wie das Bild der vorstehenden Tabelle sich seit 1905 verändert hat.

Die überfülltesten Wohnungen sind natürlich zum Teil identisch mit den Wohnungen, die mehrere Haushaltungen beherbergen. Ist der Prozentsatz solcher Wohnungen und ihrer Bewohner von 1895 bis 1910 auch — doch nicht ständig — zurückgegangen, so ist er doch noch immer viel zu hoch. Es betrug der Prozentsatz der Wohnungen mit mehreren Haushaltungen von den Wohnungen überhaupt¹:

1895	1900	1905	1910 ²
4,3	4,5	3,2	1,9

und der Prozentsatz ihrer Bewohner von den Bewohnern überhaupt:

1895	1900	1905	1910
6,0	6,2	4,3	2,4

Natürlich liegen diese Verhältnisse ähnlich denen, die in der vorherigen Tabelle veranschaulicht worden sind. So betrug der Prozentsatz solcher Wohnungen in St. Pauli-Nord (trotz Rückganges um über ein Drittel von 1895 auf 1905) auch in 1905 immer noch 6,01 % (bei einem Durchschnitt in halber Höhe, wie wir gesehen haben) und der Prozentsatz ihrer Bewohner (der 1895 noch 11,1 betragen hatte) 1905 immer noch 7,9 %, fast das Doppelte des Durchschnittssatzes!

Der starke Rückgang des Durchschnittsprozentsatzes sowohl dieser Wohnungen wie ihrer Einwohner von 1905 auf 1910 (von 3,15 auf 1,9, bzw. von 4,3 auf 2,4) läßt darauf schließen, daß er auch in denjenigen Stadtteilen, in denen diese Verhältnisse am ärgsten lagen, wesentlich zurückgegangen sein muß, sowie auch darauf, daß der Prozentsatz der

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 125.

² Berechnet nach: Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 5.

überfüllten Wohnungen überhaupt und ihrer Bewohner seit 1905 ebenfalls ganz wesentlich zurückgegangen sein muß.

Das wird zum Teil mit an einem Gesetz liegen, das im Jahre 1902 „zur Förderung des Baues kleiner Wohnungen“ gemacht ist, das kleine Wohnungen bis zu 6 Mk. Miete für den Quadratmeter lichter Fläche auf 10 Jahre von der 12½ % des Mietwertes betragenden Grundsteuer befreit und dadurch zur Errichtung von Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern etwas beigetragen hat, an denen sich in den Jahren 1900 und 1901 ein großer Mangel fühlbar gemacht hatte. *W*ie l kann das Gesetz allerdings — wenn auch das Gegenteil behauptet wird — *n*icht geholfen haben, denn die Wohnungen, die den Vorteil desselben genossen, hatten im Jahre 1912 einen Mietwert von rund 647000 Mk.¹, bei einem Gesamtmietwert der Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern von rund 29 Millionen Mk. bereits im Jahre 1910².

Durch Mietesteigerungen — die Miete darf bei Verlust der Grundsteuerfreiheit nicht über 6 Mk. für den Quadratmeter lichter Fläche steigen — oder gewerbliche Benutzung, geht übrigens ständig die Anzahl dieser Wohnungen — im Jahre 1912 waren es 2571 — und damit ihr Gesamtmietwert zurück. Im Jahre 1912 allein betrug dieser Rückgang rund 10 % ihres Mietwertes und der Rückgang in der Zahl solcher Wohnungen — deren Mieten zwischen 150 und 360 Mk. liegen — 249.

f) Die leerstehenden Wohnungen.

Den Gegensatz zu den überfüllten Wohnungen bilden — wenigstens in der öffentlichen Meinung und bei den Grundeigentümern — die leerstehenden Wohnungen. Beide können jedoch sehr wohl in großem Umfange gleichzeitig nebeneinander vorhanden sein und sind es in Hamburg tatsächlich gewesen. „Die leerstehenden Wohnungen“ spielen in jeder Wohnungsstatistik eine große Rolle. Natürlich auch in der so ausführlichen Hamburger Wohnungsstatistik. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen wird als Gradmesser der Befriedigung oder Nichtbefriedigung des Wohnungsbedürfnisses betrachtet und daher von Mietern und Grundeigentümern für und gegen das Vorhandensein einer eventuell behaupteten Wohnungsnot ins Feld geführt. In meinen Augen hat sie nicht die ihr allgemein zuerkannte

¹ Öffentl. Anz. Nr. 161 v. 10. Juli 1913.

² Jahresber. d. St. Amt. 1912 S. 2.

Bedeutung, und ich würde mich an dieser Stelle, wo es sich um das Wohnungsinteresse der großen Massen handelt, auf die Angabe einiger Prozentsätze beschränken, oder überhaupt über dieses Thema schweigen, wenn nicht gerade mit der Anführung dieser Sätze — wissentlich und unwissentlich — großer Mißbrauch getrieben würde und in Hamburg getrieben worden wäre.

Von der Wohnungsnot in den Jahren 1900 und 1901 und dem Mittel, mit dem man ihr zu steuern suchte, haben wir schon gesprochen. Im April 1908 hat die Hamburger „Bürgererschaft“ einen Ausschuß eingesetzt, der die Frage prüfen sollte, ob eine wieder behauptete Wohnungsnot tatsächlich vorhanden und in welcher Weise eventuell einem solchen Übelstand abzuhelpen sei. Im Februar 1910 — also fast zwei Jahre später — hat dieser Ausschuß durch ein Mitglied desselben Bericht erstattet, das zugleich zweiter Vorsitzender des einflußreichen Grundeigentümervereins war. Dasselbe kam — man möchte fast sagen selbstredend — zu einer Verneinung der Frage. In der Begründung spielten die Prozentsätze „der leerstehenden Wohnungen“ (v o m J a h r e 1907!) die größte Rolle. Ich wurde damals von parlamentarischer Seite gebeten, die Frage zu untersuchen und habe infolgedessen in einer Veröffentlichung nachgewiesen, daß der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen gar nichts besagt, wenn wir nicht wissen, wieviele von ihnen ohne Küche, wieviele ohne heizbares Zimmer oder mit nur einem heizbaren Zimmer sind, wieviele davon von der „Behörde für Wohnungspflege“ wegen Feuchtigkeit, Mangel an Tageslicht, Mangel an frischer Luft, Wasserversorgung, Entwässerungs- oder Heizungsanlagen usw. beanstandet oder gar polizeilich geschlossen sind. Der Ausschuß hatte mit verhältnismäßig hohen Prozentsätzen (4,3 bis 7,5 %) der leerstehenden Wohnungen in verschiedenen Vororten argumentiert, während der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen in der ganzen inneren Stadt, auf die es — wegen der Hafennähe — hauptsächlich ankam, durchschnittlich noch keine 2 % betrug, in den wichtigen Preislagen von 301—350 Mf. und von 351—400 Mf. aber nur 1,6 % und 1,7 %.

Und all diese Prozentsätze waren die des Jahres 1907, während die mehr als ein halbes Jahr vor Erstattung des Berichtes veröffentlichten Prozentsätze vom Jahre 1908 in der wichtigsten Preislage 1 % niedriger waren.

Im Interesse der Mieter und der Allgemeinheit sollte die Statistik

der leerstehenden Wohnungen ein Bild einer eventuell vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot geben. Voraussetzung für solche Statistik ist, daß aller Wahrscheinlichkeit nach für Wohnzwecke einstweilen überhaupt nicht mehr — oder noch nicht — in Betracht kommende Lokalitäten entweder gar nicht unter die leerstehenden Wohnungen mit aufgenommen, oder von diesen getrennt aufgeführt würden. Unsere bisherige Statistik der leerstehenden Wohnungen ist nicht geeignet, uns zu sagen, ob und wann in der uns interessierenden Periode eine Wohnungsnot bestanden hat. Sie kann auch noch bei ziemlich hohen Prozentsätzen der leerstehenden Wohnungen bestanden haben — namentlich in der Zeit, wo Hamburg die heutigen Verkehrsmittel noch nicht hatte — die Hochbahn ist erst im Jahre 1912 eröffnet worden —, wo die Behörde für Wohnungspflege noch nicht existierte, die Baupolizei sich um hygienische Anforderungen fast nicht kümmerte und nur die Ansprüche der Mieter darüber entschieden, welche Wohnungen unbewohnbar seien. Natürlich gehen auch heute noch die Ansprüche des Publikums meist weiter als die der Behörden und der Baupolizei und sie sind noch im Wachsen begriffen.

Bei Beurteilung des Prozentsatzes der leerstehenden Wohnungen kommt aber noch ein Umstand in Betracht, der ganz außer acht gelassen wird. Wenn ein Bevölkerungszuwachs nur oder ganz überwiegend durch Geburtenüberschuß entsteht, richtet sich das wachsende Wohnungsbedürfnis überwiegend auch nach dem Prozentsatz der Eheschließungen. Die übrigen Wohnungsinteressenten, die eine Wohnung suchen und beziehen, räumen dafür wieder eine andere. Das Verhältnis der Eheschließungen zur Einwohnerzahl ist auch in Hamburg ein ziemlich konstantes. Es hat in der Zeit von 1890—1912 zwischen 8½ und 9½ auf 1000 Einwohner geschwankt, erreichte im Jahre 1909 (in der Stadt Hamburg) mit 8,50 einen Tiefstand und betrug im Jahre 1912 9,24 auf 1000 Einwohner. In Hamburg ist aber der Bevölkerungszuwachs zu zwei Dritteln Wanderungsüberschuß. Da wird die Wohnungsnachfrage viel weniger vom Prozentsatz der Eheschließungen und des Geburtenüberschusses bewirkt, sondern zu etwa zwei Dritteln vom Wanderungsüberschuß, und dieser verläßt, wenn er in Hamburg eine Wohnung bezieht, nicht auch in Hamburg eine andere. Je mehr also der Bevölkerungszuwachs — Wanderungsüberschuß ist, desto weniger kann der gleiche Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen, der früher ein Maßstab für den Umfang der Befriedigung des Wohnungs-

bedürfnisses war, noch denselben Grad der Befriedigung desselben ausdrücken.

g) Wie verteilt sich die Bevölkerung auf die verschiedenen Stockwerke?

Zur Beantwortung dieser Frage diene die folgende Tabelle 30. Auch bei ihr beginnen wir wieder mit dem Jahre 1885, weil sie sonst ein unrichtiges Bild geben würde. Man betrachte nur den Prozentsatz der Erdgeschoßbewohner im Jahre 1890, der durch plötzliche Unterbringung von Massen aus dem für den Freihafen niedrigergerissenen Stadtteil entstanden ist. Er beweist, daß wir diese Tabelle nicht mit dem Jahre 1890 beginnen lassen dürfen.

Tabelle 30.

Die Verteilung der Bewohner auf die verschiedenen Stockwerke¹.

Von je 100 Bewohnern (ohne die Anstalten) kamen auf

	Keller	Erd- geschoß	erster Stock	zweiter Stock	dritter Stock	vierter u. höherer Stock	mehrere Stock- werke	ganze Häuser, Schauer u. Ställe	Zu- sammen
1885	6,9	20,3	20,8	18,4	13,5	5,9	2,5	11,7	100
1890	6,7	24,5	21,0	19,6	13,7	6,1	2,9	9,6	100
1895	6,4	20,1	21,7	20,5	14,0	5,9	2,8	8,4	100
1900	6,4	21,1	22,3	20,6	14,2	5,9	2,4	7,1	100
1905	5,9	20,2	22,2	20,9	15,0	7,4	2,3	6,1	100

Ohne Spezialkenntnisse der Verhältnisse gibt vorstehende Tabelle in manchen Teilen ein unrichtiges Bild. Durch zunehmende Wohlhabenheit und die Mode veranlaßt, sind in den letzten Jahrzehnten ganze Stadtviertel mit Häusern zum Alleinbewohnen entstanden, die früher in Hamburg für Wohlhabende fast die alleinige Wohnart waren, von der sie aber mit der Zunahme eleganter Etagenhäuser wieder mehr abgekommen waren². Daß sie — namentlich im letzten Jahrzehnt — wieder stark zugenommen hat, tritt in vorstehender Tabelle nicht in die Erscheinung, weil die Wohnbevölkerung mit niedrigem Einkommen, die auf die Mietskasernen angewiesen ist, noch stärker zugenommen hat. Und zwar beruht die Bevölkerungszunahme, die jetzt jährlich etwa 30 000 Köpfe beträgt, zu über zwei Dritteln nicht

¹ Stat d. Hamb. St. Heft XXV (1910) S. 16.

² Im reichsten Stadtteil (Harvestehude) ist der Prozentsatz der Bewohner ganzer Häuser in den Jahren 1890—1905 von 42 % auf 31 % zurückgegangen.

auf Geburtenüberschuß, sondern auf Wanderungsüberschuß. Das allein schon erklärt, daß die jeweils hinzukommende Bevölkerung vorwiegend den untersten Einkommensklassen angehört, die auf Wohnungen mit niedrigen Mieten angewiesen sind, und erklärt ferner die starke Zunahme des Prozentsatzes der im zweiten, dritten und vierten Stock wohnenden Bevölkerung (von 18,4 auf 20,88 %, von 13,5 auf 15,0 % und von 5,9 auf 7,4 % in der Zeit 1885 bis 1905), der gegebenen Wohnbevölkerung von Mietskasernen. Die Abnahme des Prozentsatzes der „ganzen Häuser, Schauer und Ställe“ ist wohl auch mit auf die Abnahme der letzteren zurückzuführen. Im Zeitalter des Automobils müßte die Statistik die Stallungen aus dieser Rubrik ausscheiden, sonst ist nicht mehr das daraus zu ersehen, was sie eigentlich zeigen sollte.

Aber nicht auf Abnahme des Prozentsatzes der Bewohner ganzer Häuser (von 11,7 auf 6,1 %) allein beruht die Zunahme des Prozentsatzes der Etagenbewohner, sondern auch auf Abnahme des Prozentsatzes der Kellerbewohner (von 6,9 % auf 5,9 %). Dieser Prozentsatz ist am höchsten (mit 8,5 %) nicht etwa im ärmsten, sondern im zweit reichsten Stadtteil Rotherbaum. Da werden die Kellerwohnungen von kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern gesucht (z. B. Brothändler, Milchhändler, Frucht- und Gemüsehändler, Flickschuster). Zum Teil werden sie auch vom sogenannten „Bice“ bewohnt oder von Leuten, die die Treppenreinigung und -beleuchtung usw. übernommen haben. Mit der Zunahme der Etagenhäuser auch in den Stadtteilen der wohlhabenden Wohnbevölkerung hat auch der Prozentsatz der Kellerbewohner dieser Stadtteile zugenommen (seit 1890 in Rotherbaum von 7,9 auf 8,5 %, in Harvestehude von 5,8 auf 6,6 %). Wenn er trotzdem im ganzen von 6,7 auf 5,9 % abgenommen hat, so dadurch, daß er in den Stadtteilen der minderbemittelten Bevölkerung ziemlich stark zurückgegangen ist (z. B. in Eilbeck von 7,5 auf 5,9 %, in St. Georg-Süd von 9,2 auf 6,7 %, in Altstadt-Nord von 5,3 auf 3,3 %, in Altstadt-Süd von 5,2 auf 2,4 %). Diese Entwicklung ist daher namentlich im hygienischen Interesse derjenigen Bevölkerungsschicht zu begrüßen, der unser besonderes Interesse bei der vorliegenden Untersuchung zugewandt ist.

Läge die Wohnungsstatistik für 1910 „schon“ vor, so würde diese Entwicklung noch stärker in die Erscheinung treten. Sie ist nämlich zum Teil die Wirkung der zunehmenden Organisation des Massenbedarfs

— sowohl von seiten des Kapitals, wie von seiten der Konsumenten selbst —, auf den die kleinen Geschäftsleute in mit Laden verbundenen Kellerwohnungen der Mietkaserne ihre Existenz aufbauen; und das wird gerade diesen kleinen selbständigen Existenzen durch jene großen Organisationen erschwert, die im letzten Jahrzehnt in Hamburg stark an Boden gewonnen haben. Mehr aber noch ist die Abnahme der Kellerwohnungen die Wirkung zunehmender Ansprüche der Mieter, und diese Ansprüche erstrecken sich heute auch mehr und mehr auf die Forderungen der Hygiene, welche die Massen früher wenig gekannt haben. Diese werden durch ein Baupolizeigesetz unterstützt, welches seit dem Jahre 1904 den Erbauern, welche auf Unterkellerung verzichten, gestattet, auf die Parterreetage noch 4 Stockwerke — gegen sonst nur drei — aufzusetzen. Daher die starke Zunahme des Prozentsatzes der Bewohner im vierten Stock um 1,6 % in der kurzen Zeit von 5 Jahren gegen ein Plus von nur 0,8 % im dritten, 0,3 % im zweiten und einen Rückgang desselben von 0,2 % im ersten, 1,0 % im Erdgeschoß und 0,5 % im Keller.

Solche Veränderungen — wir sprechen hier von den nicht unterkellerten Häusern — haben natürlich auch eine Veränderung in der Kalkulation der Mietpreise im Gefolge, welche natürlich den Vergleich mit den Mietpreisen der Wohnungen in früheren Jahren erschweren.

h) Vorder- und Hinterhäuser.

Am 1. November 1912 gab es in Hamburg 237 749 Wohnungen, davon in Hinterhäusern¹ 40 977 = 17,2 %. Wie die Bewohner sich auf diese verteilten, sagt die Statistik nicht. Da die Hamburger Hinterhäuser aber im Vergleich zu den Vorderhäusern nur niedrig sind, so wohnen in Hinterhäusern wohl noch nicht 10 % der Bevölkerung.

Eine Trennung der Wohnungen nach Vorder- und Hinterhäusern hat im Jahre 1912 zum ersten Male stattgefunden. Es kann daher nicht gesagt werden, wie das Verhältnis der Wohnungen in den Häusern der einen und der anderen Art sich gegen früher etwa geändert hat. Groß aber ist die Zahl der Wohnungen in Hinterhäusern in Hamburg nie gewesen, und die Hinterhäuser selbst sind hier anderer Art als z. B. in Berlin. Sie befinden sich hier meist in sogenannten Terrassen.

¹ Öffentl. Anz. Nr. 161 vom 10. Juli 1913.

In alten Stadtteilen befanden — und befinden sie sich noch — in sogenannten „Höfen“. Das waren im Jahre 1892 die Brutstätten der Cholera, die zu umfangreicher Niederlegung („Sanierung“) gerade in diesen Stadtvierteln geführt hat — auch noch nach dem 1. November 1912, dem Datum, auf das sich die vorstehende Erhebung bezieht. Die Zahl der Hinterhäuserwohnungen wird also in früheren Jahren größer gewesen sein und ist schon ein Jahr nach obigem Datum noch kleiner gewesen.

Der „Sanierung“ ist es, neben der Verbesserung der Trinkwasserverhältnisse, der Milch und der Säuglingsfürsorge zu danken, wenn die Sterblichkeit in Hamburg (Stadt) von 22,0 im Jahre 1890 auf 13,6¹ im Jahre 1912, und die Säuglingssterblichkeit (Staat) von 21,6² auf 100 Lebendgeborene auf 12,7 zurückgegangen ist. (Die Säuglingssterblichkeit für die Stadt Hamburg, die für 1890 noch nicht angegeben ist, betrug im Jahre 1903 17,8, im Jahre 1912 nur noch 13,0 auf 100 Lebendgeborene³).

Wenn wir nun im folgenden zur Untersuchung der Entwicklung der Preise übergehen, müßten wir eigentlich wieder mit den Lebensmitteln beginnen. Es ist indessen besser, daß die Darstellung etwas weniger systematisch und dafür etwas übersichtlicher ist. Und übersichtlicher ist es, wenn wir zunächst bei „Wohnung“ bleiben und die Entwicklung der Preise auf diesem Gebiet untersuchen. Es hat aber diese Reihenfolge auch noch andere große Vorteile für sich. Wir werden nämlich in dem nun folgenden Abschnitt „Wohnung“ Verhältnisse klarlegen, deren Kenntnis wir bei Untersuchung der anderen Gebiete brauchen.

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XV, S. 87.

² Stat. d. Hamb. St. Heft XV, S. 54.

³ Jahresber. d. Stat. Amt. 1913, S. 17.

Die Entwicklung der Wohnungsmieten.

1. Das Verhältnis zwischen Einkommen und Mieten.

Eine Berechnung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Mieten wurde in Hamburg für verschiedene Jahre angestellt, leider zuletzt für das Jahr 1901¹, obgleich der Verfasser der betreffenden Abhandlung empfiehlt: „das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen in nicht zu langen Zwischenräumen von neuem festzustellen“. Die Berechnung für 1901 war bereits die fünfte dieser Art. Es waren ihr gleiche in den Jahren 1868, 1874, 1882 und 1891 vorangegangen, von denen wir nachfolgend die Ergebnisse von 1882 an wiedergeben, weil, wenn wir mit den Prozentfäßen von 1891 beginnen würden, für manche Einkommensklassen ein unrichtiger Eindruck erweckt werden würde. Dem Jahre 1891 war der Zollanschluß zu dicht vorangegangen. Die Niederreißung ganzer Straßenzüge, die damit verbunden war, hatte eine ungewöhnliche Mietssteigerung in einigen Mieteklassen zur Folge gehabt; die Wirkung dieser Umwälzung hatte sich noch über das Jahr 1891 hinaus fühlbar gemacht. Wir führen nachstehend das Wesentlichste aus den Erklärungen zu den Tabellen von 1891² und 1901 an: „Hierbei wird es viel weniger darauf ankommen, daß die Untersuchung sich auf möglichst viele Fälle erstreckt, als darauf, daß die herangezogenen Werte auch wirklich der vom Steuerzahler bewohnten Miete entsprechen; es müssen hierbei also alle Mieten für solche Gelasse außer Betracht bleiben, die zum Teil auch gewerblichen Zwecken dienen oder wieder an Astermieter abgegeben sind, sowie auch die geschätzten Mieten der vom Hauseigentümer selbst bewohnten Gelasse; zu letzteren gehören die meisten der von den Reichen bewohnten Gelasse, die sonach aus dieser Statistik herausfallen.“ ... „Zugrunde gelegt wurde das im Jahre 1891 versteuerte Einkommen und die im November des Vorjahres bezahlte Miete; mit besonderer Sorgfalt wurden nur Fälle mit wirklich vermohnter Miete ausgewählt und

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXII, S. 39; ebenda S. 38.

² Stat. d. Hamb. St. Heft XVII, S. 70—73.

hierbei möglichst alle Einkommensklassen sowie alle Stadtteile und Vororte berücksichtigt. Hiernach wurden im ganzen 34 306 Fälle untersucht, das ist ungefähr der dritte Teil der ausschließlich zu Wohnzwecken benutzten Gelfasse“. 1901 erstreckte sich die Untersuchung „auf eine Auswahl von 55 513 Fällen, die aber mehr als ein Drittel sämtlicher bewohnten Gelfasse umfaßt“. . . . „Ausgeschlossen wurden alle Fälle, wo zu vermuten war, daß von den Mitbewohnern einer einen Beitrag zur Bestreitung der Wohnungsmiete geleistet haben könnten oder daß die Wohnung auch gewerblichen Zwecken diene.“

Die Statistik für 1891 gibt das Verhältnis zwischen Einkommen und Mieten für 35 Einkommensklassen an und faßt diese dann in einer zweiten Tabelle in 12 zusammen; die Statistik für 1901 gibt es für 40 Einkommensklassen an und verfährt dann ebenso.

Tabelle 31.

Das Verhältnis zwischen Einkommen und Mieten nach Einkommensklassen.

Einkommensklasse	Es betrug die Miete in Prozent des nebenstehenden Einkommens in den Jahren		
	1882	1891	1901
900— 1 200 Mf.	21,9	24,1	24,7
1 200— 1 800 "	18,9	22,2	23,9
1 800— 2 400 "	19,5	22,1	21,6
2 400— 3 000 "	18,8	20,8	20,5
3 000— 3 600 "	17,9	19,1	19,2
3 600— 4 200 "	18,3	18,7	18,3
4 200— 4 800 "	17,2	17,9	17,4
4 800— 6 000 "	18,3	17,7	16,7
6 000—12 000 "	16,7	15,1	14,3
12 000—30 000 "	12,2	10,4	9,6
30 000—60 000 "	8,1	6,2	6,0
über 60 000 "	3,9	3,0	3,0

Tabelle 32.

	Anzahl der beobachteten Fälle	Summe der Einkommen Millionen Mf.	Summe der Mieten Millionen Mf.	Mietwert in % des Einkommens
1891	34,306	93,911	15,406	16,4
1901	55,531	164,854	26,373	16,0

Tabelle 32 zeigt uns, daß der Prozentsatz der Mieten von 16,4 auf 16,0 gefallen ist. Daß dies aber kein in allen Einkommensklassen gleichmäßiger Vorgang war, zeigt Tabelle 31. Gefallen ist der Prozent-

saß nur für die Einkommen von etwa 3600 Mk. aufwärts (immer 1882 als Maßstab genommen). Gestiegen aber ist er wesentlich und dauernd in allen darunter liegenden Einkommensklassen, und zwar um so mehr, je niedriger das Einkommen ist.

In dieser Vergleichsmöglichkeit und dem hochinteressanten Resultat derselben liegt der Wert dieser Statistik — nicht in der Höhe der absoluten Zahlen der Prozentsätze, von denen wir aus den Haushaltsbudgets von 1907 schon wissen, daß sie auch für die Jahre, auf die sie sich beziehen, zu hoch gewesen sein müssen. Es ist daher — trotz dieses Umstandes — höchst bedauerlich, daß wir zum Vergleich nicht auch das Jahr 1911 mit heranziehen können und dies auch künftig nicht können werden, da, wie die zuständige Behörde mir auf Anfrage mitteilt, diese Statistik nicht fortgeführt werden soll. Vermutlich ist sie, durch die Erfahrungen zu diesem Entschluß gelangt, die sie bei Gelegenheit der Bearbeitung der Hamburger Haushaltsbudgets bezüglich der Richtigkeit der Einkommensteuerdeklarationen gemacht hat, nach denen die Berechnung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Miete erfolgte.

Da diese Verhältnisse für unsere spätere Berechnung des wirklichen Prozentsatzes, den die Miete vom Einkommen absorbiert, von großer Bedeutung sind, müssen wir mit einigen Worten näher auf dieselben eingehen. Für die im Reichsarbeitsblatt aufgeführten 179 Haushaltungen ist für „Staat, Gemeinde, Kirche“ eine Gesamtsumme von 2728 Mk. angegeben. Das sind 0,7 % der Einnahmen und 0,8 % des Arbeitsverdienstes des Mannes. Erstere betrugen durchschnittlich 2169 Mk., letztere durchschnittlich 1830 Mk. Davon hätten an Staatssteuer allein durchschnittlich mindestens etwa 20 Mk. bezahlt werden müssen, wenn nur der Arbeitsverdienst des Mannes einigermaßen richtig versteuert worden wäre. Die ganze Einnahme hätte aber etwa 27 Mk. an Staatssteuer erfordert. Nun entfallen aber einschließlich Kirchensteuer durchschnittlich nur 15,2 auf die Haushaltung. Zum Teil liegt die Differenz augenscheinlich daran, daß man von der in zwei Hälften zahlbaren Steuer die eine vergessen hat einzutragen. Das sieht man an den häufig wiederkehrenden Beträgen von 3,50 Mk. (7 Mk. war im Jahre 1907 der niedrigste Steuerfak), 5,60 und 6,30 Mk. Aber selbst wenn man diese Sätze verdoppelt, die dann die Steuerfak für Einkommen von 1000 Mk., 1300 Mk. und 1400 Mk. sind, und das wirkliche Einkommen damit vergleicht, dann ist es wesentlich größer gewesen

als dem Steuersatz entspricht. So stehen z. B. besagte 3,50 Mk. u. a. bei einem Kesselschmied mit 3573 Mk. Einkommen, der 68 Mk. Einkommensteuer zu zahlen gehabt hätte. Bei einem Maurer mit 2559 Mk. Einkommen fehlt, wie an mehreren Stellen, die Angabe der Steuer überhaupt. Ich habe aufs Geratewohl 6 Haushaltungen mit verschieden hohen Einkommen (zwischen 1475 und 4096 Mk.) herausgegriffen, die zusammen 15 102 Mk. Einkommen hatten. Sie versteuerten aber nur 11 100 Mk. — selbst wenn man die ganze Steuersumme als Staatssteuer ansieht, also nichts davon für Kirchensteuer in Ansatz bringt.

Der Bearbeiter der Hamburger Haushaltungsrechnungen hat sich die Mühe gemacht, bei den ersten 77 Nummern derselben in 24 Fällen eine Fußnote zu machen: „Die Steuer dürfte zu niedrig angegeben sein.“ Dann hat er mit dieser Anmerkung aufgehört, weil er sie sonst wohl so ziemlich bei dem ganzen Rest von 102 Nummern noch hätte machen müssen. Merkwürdigerweise fehlt eine entsprechende Anmerkung bei einigen Haushaltungen, die offenbar die Steuer zweimal gebucht haben.

Wir haben in den 179 Haushaltungen größtenteils Berufsangehörige vor uns, deren Einkommen schwer zu kontrollieren ist. Die hier gemachten Erfahrungen werden es wohl sein, die dazu geführt haben, daß Anfang dieses Jahres ein neues Steuergesetz — analog dem in Preußen geltenden — eingeführt worden ist, das den Arbeitgeber verpflichtet, über die Höhe des Arbeitsverdienstes seiner Angestellten und Arbeiter Auskunft zu geben.

Es wäre nun aber verkehrt, im selben Maße wie in jenen Kreisen unrichtige Steuerdeklarationen auch bei denen vorauszusetzen, die aus geschäftlichen oder gesetzlichen Gründen zu regelrechter Buchführung und Bilanzziehung genötigt sind. Auch hier sind die wirklichen Einkommen größer als die deklarierten. Der Umfang, in dem dies der Fall ist, ist aber nicht derselbe. Durch vernünftige Zuschläge zu den versteuerten Einkommen läßt sich daher sehr wohl aus diesen das wirkliche Volkseinkommen berechnen und dann, aus dem Verhältnis desselben zur Gesamtsumme der gezahlten Wohnungsmieten, der Prozentsatz berechnen, der vom ersteren auf letztere entfällt.

Solche Berechnungen der Höhe des Hamburger Volkseinkommens hat Verfasser für die Jahre 1895 und 1907 — dem Jahre unserer Haushaltungsrechnungen — bereits früher gemacht und sie für unsere Zwecke auch für 1910 und 1912 angestellt. Die Gesamtsumme der Wohnungs-

mieten ist in den Jahresberichten des Statistischen Amtes und in der Statistik des hamburgischen Staates angegeben. Bei Berechnung des Volksvermögens ist aber nicht nur zu der Summe der versteuerten Einkommen ein angemessener Zuschlag gemacht, dasselbe umfaßt auch das Einkommen der nicht steuerpflichtigen Erwerbstätigen, deren Zahl sich aus der Differenz der Steuerpflichtigen und der — in den gleichen Jahren — 1895 und 1907 gezählten Erwerbstätigen ergibt. Die Höhe desselben mußte allerdings geschätzt werden. Das geschah zum Teil an der Hand der sächsischen Einkommensteuerstatistik, weil Sachsen eine sehr niedrige Grenze der Einkommensteuerpflicht hat, zum Teil mit Rücksicht darauf, daß mangels des eben erwähnten neuen Gesetzes sehr viele Erwerbstätige mit reichlich steuerpflichtigem Einkommen bisher keine Einkommensteuer bezahlt haben. Die Erfahrungen, die sich bezüglich der Erfüllung der Einkommensteuerpflicht aus den im Reichsarbeitsblatt dargestellten 179 Hamburger Haushaltungen ergeben, die doch noch vergleichsweise großes Allgemeininteresse durch die Führung dieser Haushaltsrechnungen bewiesen haben und die durchweg einen vergleichsweise hohen sozialen Stand einnehmen, beweisen, daß die Schätzungen des Verfassers für die nichtversteuerten Einkommen und die Zuschläge zu den versteuerten Einkommen jedenfalls nicht zu hoch gegriffen waren. Für die Berechnung des Volkseinkommens der Jahre nach 1907 dienten die Erfahrungen als Führer, die sich aus der späteren Hamburger Einkommensteuerstatistik ergeben, deren lehtvorliegende sich auf das Jahr 1912 bezieht¹.

Die Hamburger Einkommensteuerstatistik ist keine Wiedergabe der *V e r a n l a g u n g* wie die preußische, sondern das „Ergebnis der Ermittlung des *v e r s t e u e r t e n* Einkommens und der *b e z a h l t e n* Einkommensteuer.“

Das Hamburger Volkseinkommen hat Verfasser im Schmollerschen Jahrbuch² nun in der Weise berechnet, daß er — außer den Einkommen unter 900 Mk. — das versteuerte Einkommen von 900—3000 Mk. um 20 %, dasjenige über 3000 Mk. um 10 % erhöht hat. Nach den inzwischen namentlich durch die Hamburger Haushaltsrechnungen gemachten Erfahrungen erscheinen diese Zuschläge, wie gesagt, recht mäßig. Wir tun daher gut, das für die Bevölkerung des *S t a a t e s*

¹ Veröffentlicht im Öffentl. Anzeiger Nr. 118 v. 17. Mai 1914.

² 1910, I.

Hamburg seinerzeit berechnete Einkommen für die Bevölkerung der Stadt Hamburg gelten zu lassen, die, wie wir an anderer Stelle berechnet haben, 91,5 % der Bevölkerung des Staates bildet. Die restlichen 8,5 % der Bevölkerung des Staates stellen nur 6,54 %¹ seiner Steuerzahler und diese haben gar nur 4,24 %¹ des versteuerten Einkommens. Nehmen wir das Einkommen der Staatsbevölkerung für das der Stadtbevölkerung, dann erhöhen wir also namentlich das Einkommen der unteren Einkommensklassen der letzteren und zwar um etwa 5 %, so daß damit das versteuerte Einkommen unter 3000 Mk. statt um 20 % um 25 % erhöht ist, dasjenige über 3000 Mk. statt um 10 % um etwa 13 %. Beide Erhöhungen dürften damit das berechnete Einkommen dem wirklichen sehr nahe gebracht haben.

Tabelle 33.

Nun betrug im Jahre	1895	1907	1910	1912
	(Millionen Mark)			
das Volkseinkommen	633 ²	1082 ²	1210	1385
Jahresmietwert der bewohnten Wohnungen	76 ⁶	114 ³	131 ⁴	144 ⁵
	= 12,0 %	= 10,6 %	= 10,8 %	= 10,5 %

Die Mieten betragen also rund 10½ % des Gesamtvolkseinkommens, und da die „Jahresmietwerte“ der bewohnten Wohnungen die Mietwerte der Freiwohnungen, Amtswohnungen usw. nicht mit enthalten⁷, sondern nur die grundsteuerpflichtigen Wohnungen, so beträgt also der wirkliche Mietwert rund 11 % des Volkseinkommens. Daß dieser Prozentsatz für 1895 12 % beträgt, liegt wohl nicht daran, daß er früher wirklich höher war, sondern daran, daß in früherer Zeit der Prozentsatz der gleichzeitig zu gewerblichen und Wohnzwecken benutzten Gelasse, auf die eine unverhältnismäßig hohe Miete entfällt, größer war. Der Prozentsatz solcher Wohnungen unter den Wohnungen überhaupt betrug im Jahre 1895 noch 20 % gegen 16 % im Jahre

¹ Jahresber. d. Stat. Bureau 1909, S. 44.

² Schmollers Jahrbuch 1910 I, S. 329.

³ Jahresber. d. Stat. Amt. 1909, S. 37.

⁴ Jahresber. d. Stat. Amt. 1911 S. 45.

⁵ Öffentl. Anzeiger Nr. 161 v. 10. Juli 1913.

⁶ Stat. d. Hamb. Staates Heft XIX (1900), S. 122 und 125.

⁷ Jahresber. d. Stat. Amt. 1909, S. 37.

1905 und 13 % im Jahre 1912, und einen noch größeren Prozentsatz machten damals die Mieten solcher Gelasse vom Mietewert der Wohnungen überhaupt aus: 1895 noch 31 % gegen 25 % im Jahre 1905 und jedenfalls noch weniger im Jahre 1912.

Ganz anders aber kommen natürlich die Prozentsätze für Miete aus, wenn man sie für die unteren und oberen Einkommensklassen getrennt berechnet. Das ist aber selbst dann schwierig, wenn man das Volkseinkommen genau in solche Einkommensklassen teilen kann, weil dann namentlich die unteren Einkommensklassen einen großen Prozentsatz Lebiger ohne eigenen Haushalt enthalten. Der größte Teil der Einkommen unter 900 Mk. und auch ein mehr oder weniger großer über 900 Mk. gehört ihnen. Wir erinnern uns, daß von den kaufmännischen Angestellten (Seite 290) 54 %, die 53 % des Gesamteinkommens der Angestellten hatten, bei Angehörigen wohnten.

Andererseits aber wohnt auch ein Teil der Angestellten und ein sehr großer der Arbeiterschaft als Einlogierer in Wohnungen, die viel teurer sind, als dem Einkommen ihrer Logiswirte entspricht und deren Miete sie als Mieter mit tragen helfen.

Eine Tabelle des Jahresberichtes des Statistischen Amtes 1912¹ bietet uns hier im Zusammenhang mit den bisherigen Resultaten unserer Untersuchung die Möglichkeit zu einem recht interessanten Einblick. Sie gibt nach heizbaren Zimmern geordnet, und diese wieder getrennt in solche mit und ohne Mädchenzimmer, für jede Wohnungsart nach der Zimmerzahl getrennt, die Zahl solcher Wohnungen, die Zahl ihrer Bewohner und die auf sie bzw. ihre Wohnungen im Jahre 1910 entfallene Mietesumme an sowie die auf jede Wohnungsart entfallende Durchschnittsmiete.

Wir wissen nun, daß die kaufmännischen Angestellten mit durchschnittlich etwas über 3000 Mk. Einkommen, soweit sie eigene Wohnung haben, solche mit 3½ Zimmern bewohnen. Wir wissen aus Tabelle 26, daß dies im Jahre 1905 die Wohnungen bis über 500 Mk. Miete waren. Wir wissen aus Tabelle 21, daß die Wohnung mit 3 heizbaren Zimmern, die im Durchschnitt identisch ist mit der 3½-Zimmerwohnung, im Jahre 1905 durchschnittlich 446 Mk. Miete kostete, und sehen nun aus besagter Tabelle der bewohnten Wohnungen vom Jahre 1910, daß in diesem Jahre die Wohnung mit drei heizbaren Zimmern ohne

¹ ©. 2.

Mädchenzimmer durchschnittlich 489,20 Mk. kostete, diejenige mit Mädchenzimmer aber 719,19 Mk. Von den 65 360 Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern waren aber 8907 oder 13,6 % mit Mädchenzimmer. Keine Frage also, die Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern ohne Mädchenzimmer gehören zu den Wohnungen der Bevölkerung mit etwa 3000 Mk. Einkommen. Wohl aber auch die Wohnungen mit vier heizbaren Zimmern, aber ohne Mädchenzimmer, die — charakteristischerweise — billiger sind als die Wohnungen mit nur drei heizbaren Zimmern, aber mit Mädchenzimmer. Erstere kosten durchschnittlich 687,60 Mk. Miete, letztere aber 719,19 Mk. Miete. Erstere gehören zu den Wohnungen der unteren Einkommensklassen, die abvermieten, aber keine Diensthboten halten. Ein Teil von ihnen wird auch von kinderreichen Familien der unteren Einkommensklassen bewohnt sein.

Fassen wir die Wohnungen ohne Mädchenzimmer bis einschließlich der Wohnungen mit vier heizbaren Zimmern zusammen, so ergibt das folgendes Bild:

Tabelle 34.

Die bewohnten Wohnungen am 1. Dezember 1910 nach der Größe (ohne Mädchenzimmer) mit Bewohnerzahl sowie Gesamt- und Durchschnittsmietpreis¹.

Zahl der heizbaren Zimmer	Anzahl der Wohnungen überhaupt ²	Bewohnerzahl der Wohnungen in Spalte 2	Wohnungen mit Mietpreis		
			Anzahl	Jahresmietpreis insgesamt Millionen Mk.	für eine Wohnung Mk.
1	2	3	4	5	6
0	314	750	313	0,07	231,33
1	34 714	110 772	33 216	10,31	310,34
2	74 940	292 193	74 208	28,92	389,69
3	56 857	240 606	56 453	27,62	489,20
4	12 505 = 5,6%	56 604 = 6,3%	12 358 = 5,6%	8,50 = 6,5%	687,60
	179 330 = 81 %	700 928 = 78 %	176 548 = 81 %	75,42 = 58 %	
5 u. mehr	42 977 = 19 %	201 804 = 22 %	42 665 = 19 %	54,38 = 42 %	
	222 307 = 100	902 732 = 100	219 213 = 100	129,80 = 100	

Die Wohnungen ohne Mädchenzimmer bis zu einschließlich vier heizbaren Zimmern bildeten also im Jahre 1910 81 % der Wohnungen,

¹ Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 2.

² Auch wo Wohnungen für andere Zwecke mitbenutzt werden, ist im Mietbetrage nur der auf die Wohnung entfallende Teil enthalten.

beherbergten 78 % der Bevölkerung und brachten 58 % der Wohnungsmieten, also auch der auf die Wohnungen entfallenden Grundsteuer auf, die Hamburgs zweitgrößte Staatseinkommensquelle ist¹. Die Wohnungen ohne Mädchenzimmer bis zu einschließlich drei heizbaren Zimmern (die durchschnittlich unter 500 Mf. Miete bleiben) bildeten 75 % der Wohnungen, beherbergten 72 % der Bevölkerung und brachten immer noch 52 % der Mieten auf.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es die Bevölkerung mit bis zu etwa 3000 Mf. Jahreseinkommen, die die Wohnungen bis einschließlich vier Zimmer ohne Mädchenzimmer bewohnt. Wir wollen nun das Einkommen dieses Bevölkerungskreises der von ihm gezahlten Miete gegenüberstellen. Bei dieser Gelegenheit führen wir auch die gleichen Verhältnisse von früheren und späteren Jahren mit auf, weil wir später auf sie Bezug nehmen werden.

Tabelle 35.

Das Hamburger Volkseinkommen, nach Einkommensklassen getrennt, hat betragen² (in Millionen Mark):

	1895	1907	1910	1912
Einkommen unter 900 Mf. . .	151 = 24 %	185 = 17 %	200 = 17 %	205 = 15 %
„ von 900—3000 Mf. . .	196 = 31 %	361 = 33 %	436 = 36 %	507 = 36 %
„ unter 3000 Mf. . .	347 = 55 %	546 = 50 %	636 = 53 %	712 = 51 %
„ über 3000 Mf. . .	287 = 45 %	536 = 50 %	574 = 47 %	673 = 49 %
„ überhaupt . . .	634 = 100	1082 = 100	1210 = 100	1385 = 100

Von den Einkommenbeziehern unter 900 Mf. haben in der teuren Großstadt Hamburg sicher nur sehr wenige eigene Haushaltung. Zum größten Teil leben sie als Angehörige innerhalb und außerhalb der Familie und zu einem Teil tragen sie allerdings — als Ehefrau oder Kind — mit zu den Unterhaltskosten der Haushaltung bei. Aber auch von den Einkommen von 900—3000 Mf. entfällt ein — wenn auch nicht großer — Teil auf solche Personen, die keine eigene Haushaltung haben. Wir dürfen daher von dem Einkommen der Personen

¹ In diesem Jahre (1914) soll sie über 25 Millionen bringen, rund die Hälfte der Einkommensteuer.

² Für 1895 und 1907 siehe Schmollers Jahrbuch 1910 I, S. 329; für 1910 und 1912 ist das Einkommen analog dem dort angewandten Modus für unsere Zwecke auf Basis der Einkommensteuerstatistik dieser Jahre berechnet worden. Diese ist veröffentlicht im Öffentl. Anzeiger (für 1910: 1912 Nr. 146, für 1912: 1914 Nr. 118).

mit weniger als 900 Mk. Einkommen höchstens die Hälfte auf die Haushaltungen mit weniger als 3000 Mk. Einkommen verteilen, sonst nehmen wir deren Einkommen zu hoch an. Das Einkommen unter 900 Mk. auf diese Weise verteilt ergibt für das Jahr 1910 ein Einkommen der Haushaltungen mit unter 3000 Mk. Einkommen von 536 Millionen Mk. (436 + 100). Demselben steht gegenüber eine Miete in Höhe von 75,4 Millionen Mk. (siehe Tabelle 34). Danach beträgt die von diesem Kreis von Haushaltungen wirklich gezahlte Miete etwas über 14 % des Einkommens.

Der Kreis der Haushaltungen mit mehr als 3000 Mk. Einkommen, dem auch junge Leute mit weniger als 900 Mk. Einkommen angehören, auch solche mit einem Einkommen zwischen 900 und 3000 Mk. (die wir aber nicht zu berücksichtigen brauchen, wenn wir diesem Kreis der Haushaltungen die andere Hälfte der Einkommen mit weniger als 900 Mk. Einkommen ganz zuschreiben), hat dann ein Gesamteinkommen von 674 Millionen Mk. (574 + 100). Demselben steht gegenüber eine Miete in Gesamthöhe von 54,4 Millionen Mk. (siehe Tab. 34). Danach beträgt die von dem Kreis der Haushaltungen mit mehr als 3000 Mark Einkommen wirklich gezahlte Miete etwas über 8 % des Einkommens.

Selbstredend kommen für beide Kreise wesentlich höhere Prozentsätze für Miete heraus, wenn das Einkommen der Ledigen, die einen Teil dieser Kreise ausmachen und ihnen ihre Miete als Einlogierer zahlen, oder sie im Hause der Angehörigen verwohnen, ohne sie diesen überhaupt wieder zu vergüten, auf der Gesamteinkommensseite unberücksichtigt bleiben, während doch auf der anderen Seite die Gesamtmiete ihre „Wohnung“ mit bezahlt hat¹.

Rechnet man — was jedenfalls logischer ist —, wie vorstehend geschehen, so wurden im Jahre 1910 verausgabt vom Gesamteinkommen der Haushaltungskreise mit Einkommen:

	bis zu 3000 Mk.:	über 3000 Mk.:
in Höhe von	536 Mill. Mk.	674 Mill. Mk.
für Miete rund.	75 „ „	54 „ „
und es verblieben.	461 Mill. Mk.	620 Mill. Mk.
für andere Ausgaben oder Zwecke.		

¹ Wir müssen uns hier daran erinnern, daß im Jahre 1910 nach Tabelle 11 auf 100 Bewohner der Familienhaushaltungen 8,29 Einlogierer entfielen und nach Tabelle 9 von 100 bewohnten Wohnungen 23,13 Einlogierer hatten.

Selbstredend ist der Prozentsatz der Miete nicht nur verschieden nach Höhe der Einkommensklasse, sondern auch nach anderen Kriterien, namentlich nach der Gegend. Die Statistik, der wir die Tabelle 31 entnahmen, enthält auch eine Aufstellung nach Stadtteilen. Da variiert denn z. B. im Jahre 1901 der Prozentsatz der Miete in der höchsten Einkommensklasse („über 12 000 Mk.“), der durchschnittlich 7 % beträgt, zwischen 4,60 % und 10,91 %. Aber auch in mittleren Einkommensklassen kommen große Verschiedenheiten vor, z. B. in der Einkommensklasse von 2400—3000 Mk., wo er durchschnittlich 20,53 % beträgt, zwischen 9,6 % und 25,6 %. Trotz der Unrichtigkeit der Sätze an sich ist diese Statistik doch durch die Vergleichsmöglichkeiten, die sie gewährt, hochinteressant.

Die für das Jahr 1912 veranstaltete Umfrage des Handlungskommissarvereins, deren Ergebnisse wir schon an anderer Stelle verwerteten, bietet uns noch eine Vergleichsmöglichkeit in bezug auf den für M i e t e verausgabten Prozentsatz.

54 % der Handelsangestellten — und ähnlicher Berufsclassen — wohnten bei den Angehörigen und haben dort, wie wir gesehen haben, 0,8 Zimmer inne. Aber ihr Einkommen ist nicht mit hinzugerechnet zum Einkommen derer, die in ihrer Miete jene 0,8 Zimmer bezahlen. Ebensovienig ist das Einkommen der Abmieter demjenigen ihrer Vermieter hinzugerechnet, ehe der Prozentsatz berechnet ist, der vom Einkommen (der letzteren) für Wohnung ausgegeben wird. Nach derselben Umfrage, der obige Zahlen entnommen sind, bezahlt der Hamburger Angestellte im Durchschnitt für die eigene Wohnung etwa 17 %, für jene bei Fremden etwa 19 % des Erwerbseinkommens¹.

Würde man die Wohnungsausgabe der Gesamtheit in dieser Weise bzw. in dieser Höhe von ihrem Gesamteinkommen berechnen, dann würden in ersterer die Mietausgaben der Untermieter und der bei den Angehörigen wohnenden Erwerbstätigen doppelt enthalten sein.

Sehr richtig bemerkt der Bearbeiter der „Wohnungs- und Dienstverhältnisse kaufmännischer Angestellter in Handel, Industrie und Gewerbe“ im „Handelsstand“ (Dr. Jodsch-Poppe), daß jene 19 % des Erwerbseinkommens, die der Abmieter bezahlt, ja nicht für die Miete allein bezahlt werden, sondern auch „eine Vergütung für die Benutzung der Möbel, die Aufwartung seitens der Wirtin, vielleicht

¹ „Der Handelsstand“ Nr. 2 vom 16. Januar 1914.

auch für das erste Frühstück und mehr“ enthielten. Letzteres ist übrigens in Hamburg ganz allgemein der Fall.

Aber auch die 17 %, die die Angestellten für eigene Wohnung ausgeben sollen, bedürfen einer Rektifikation. Sie beziehen sich nur auf das Erwerbseinkommen des Mannes, lassen also das der Frau (das bei Angestellten mit besserem Einkommen allerdings seltener vorkommt¹), das Einkommen aus Abvermietung und aus eigenem Kapital der Eheleute, das namentlich bei den heutigen *Kaufmännern* häufig ist, unberücksichtigt. Bei einem Durchschnittseinkommen der verheirateten Hamburger Angestellten der Umfrage des Handlungskommissvereins von 1858 in Höhe von 3151 Mk. würden diese bei 17 % dieser Einnahme durchschnittlich 536 Mk. Miete zahlen. Wir haben an anderer Stelle schon gesehen, daß sie durchschnittlich 3,5 Zimmer bewohnen. Wenn wir hierzu Tabelle 26 vergleichen, finden wir, daß die kaufmännischen Angestellten zu der Bevölkerungsschicht gehören, die im Jahre 1905 bis zu 500 Mk. Miete verwohnte (2,9 heizbare und 0,6 nicht heizbare Zimmer bewohnend, zusammen 3,5 Zimmer). Diese Bevölkerungsschicht hat auch im Jahre 1912, wie wir sehen, durchschnittlich noch unter 600 Mk. Miete verwohnt und wird auch heute noch, wenn man die Mieter mit unter 600 Mk. Miete zusammenfaßt, sich fast ganz unter denselben befinden.

Die 23 kaufmännischen Angestellten der 274 Haushaltungen der Hamburger Erhebung zahlten bei einem Durchschnittseinkommen von 2892 Mk. durchschnittlich 507 Mk. für Miete, das sind 17,5 % des Einkommens. Aber auch hier wissen wir nicht, wieviel diese Haushaltungen durch Abvermieten eingenommen haben, und auch ihre Mietausgabe enthält mit die Miete für die Einlogierer, deren Zahl sowie die Zahl der Haushaltungen mit solchen uns unbekannt ist.

In dieser Beziehung lassen sich die Verhältnisse noch am leichtesten bei den 179 Hamburger Haushaltungen der Reichserhebung aufklären. Unter ihnen befinden sich 63 = 35,2 % Haushaltungen mit Untervermietung und 22 mit Beitrag der Kinder. Nun sind von den 179 Haushaltungen 170 ausgesprochene Arbeiterhaushaltungen. Wenn von ihnen nur 22, d. h. 13 % mit Beitrag der Kinder sind, so gibt das Veranlassung, zu zweifeln, ob alle Haushaltungen mit Beitrag der

¹ Unter den 179 Hamburger Haushaltungen befinden sich nur 1 Privatbeamter und 2 Handlungsgehilfen, von denen der eine 2029 Mk. Arbeitseinkommen hat neben 1200 Mk. Einnahmen der Ehefrau, offenbar monatlich 100 Mk.

Kinder dies auch angegeben haben. Es besteht in Arbeiterkreisen vielfach eine Scheu davor, Frauen- und Kinderarbeit zu bekennen. In einer eingehenden Untersuchung unter Berliner Fabrikarbeitern¹ sagt z. B. Dr. Erich Wellmann: „Es trat bei den Arbeitern die Auffassung in die Erscheinung, als ob eine Angabe über eine vorhandene Beschäftigung der Mütter oder Frauen den Mann in den Augen des Fragestellenden in ungünstigem sozialen Milieu erscheinen ließe.“ Nach Wellmanns Untersuchungen von 1907 waren in Berlin von 2061 verheirateten Arbeitern und Angestellten 473 Ehefrauen = 23 % erwerbstätig. In unseren 170 Arbeiterhaushaltungen haben 38 = 22 % „Einnahmen der Ehefrau“. Da würden sich die Prozentsätze ungefähr mit den Berlinern decken. Anders in bezug auf den „Beitrag der Kinder“. In Berlin waren allein gegenüber den 2061 erwerbstätigen Ehemännern 396 unverheiratete Töchter erwerbstätig = 19 %. (Allerdings 19 % der Personen, womit noch nicht gesagt ist, daß es auch 19 % der Familien sind.) Da erscheinen 13 % als Haushaltungen, wo Kinder zu den Einnahmen beitragen, wenig. Tragen doch häufig auch Kinder zum Haushalt bei, die nicht „im Hause“ wohnen.

Wir wollen nun sowohl die 22 Haushaltungen mit Beitrag der Kinder als auch die 63 Haushaltungen mit Untervermietung von den 179 Hamburger Haushaltungen ausscheiden und diese zusammen 85 Haushaltungen in bezug auf den Prozentsatz der Miete getrennt von den restlichen 94 Haushaltungen ohne Beitrag der Kinder und ohne Untervermietung untersuchen.

Bei Trennung nach diesen Kategorien ergibt sich, daß die Haushaltungen mit

Untervermietung, die zusammen . . .	12 860 Mk. eingebracht hat
und mit Beitrag der Kinder, der zusammen 10 316 „ „ „	
also mit einer Mehreinnahme von . . .	23 176 Mk.
durchschnittlich für Wohnung	426,83 Mk. zahlten,
während die restlichen Haushaltungen nur . . .	357,31 „ „ .

Die ersteren zahlten also pro Haushaltung 69,52 Mk. mehr für Wohnung, während ihr durchschnittliches Einkommen nur um 145 Mk. größer war. Trotz dieses größeren Einkommens hatten sie aber nur 39 Mk. über, während die restlichen 94 Haushaltungen durchschnittlich 116 Mk. über hatten.

¹ Abstammung, Beruf und Heereserfolg in ihren geistlichen Zusammenhängen, Leipzig 1907, S. 53.

Tabelle 36.

Einnahmen					Ausgaben		
Zahl der Haushaltungen	Arbeitsverdienst des Mannes	Nebenverdienst des Mannes	Einnahmen der Ehefrau	Zusammen ¹	zusammen	Davon für Wohnung und Haushalt	
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	
94 ² {	176 160	3380	6 430	195 509	188 675	33 587	= 17,8 % v. d. Ausgabe
85 {	Durchsch.			2 123	2 007	357	= 17,2 % v. d. Einn.
85 {	151 510	4156	4 517	192 794	189 454	36 281	= 19,1 % v. d. Ausgabe
zuf.				2 268	2 229	427	= 18,8 % v. d. Einn.
179	327 671	7536	10 948	388 303	378 129	69 868	= 18,5 % v. d. Ausgabe

Von den Einnahmen gerechnet zahlten die 85 Haushaltungen 18,8 % für Wohnung, während die 94 Haushaltungen ohne Untervermietung — trotz geringeren Einkommens — nur 17,18 % für Wohnung zahlten. Von diesen 19 % für Instandhaltung usw. abgezogen (siehe Tab. 18), verbleiben für die reine Miete 13,8 % der Einnahmen. Auf Basis der Tabellen 34 und 35 hatten wir für die Einkommen unter 3000 Mark etwas über 14 % für die Miete errechnet. Die Übereinstimmung dieser auf ganz verschiedenen Wegen gewonnenen Prozentsätze stützt ihre Richtigkeit.

Betrachten wir nun noch die Haushaltungen nach folgenden Kategorien: Haushaltungen mit Beitrag der Kinder (B. d. K.), Haushaltungen mit Untervermietung (mit U.) und sämtliche Haushaltungen mit Ausnahme der letzteren (ohne U.), so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 37.

Zahl der Haushaltungen	Einnahmen	Ausgaben für Wohnung	in % der Einnahmen	— 19 % für Instandhaltung = reine Miete
	Mt.	Mt.		
22 B. d. K. zuf. . . .	57 811	8 908	15,4	12,5
pro Haushaltung . . .	2 627	405		
63 mit U. zuf. . . .	134 983	27 373	20,3	16,4
pro Haushaltung . .	2 143	450		
116 ohne U. zuf. . .	253 320	42 495	16,8	13,6
pro Haushaltung . .	2 184	366		
179				

¹ Außer den in den nebenstehenden Rubriken genannten auch einschließlich der übrigen Einnahmen: „Sonstige bare Einnahmen“ und „Naturaleinnahmen“.

² Nur Haushaltungen ohne Untervermietung und ohne Beitrag der Kinder.

Bei den Haushaltungen mit Untervermietung, deren Durchschnittseinkommen rund 500 Mk. kleiner ist als bei den Haushaltungen mit Beitrag der Kinder, ist die Miete um 45 Mk. höher und der Prozentsatz der Miete von der Gesamteinnahme um fast ein Drittel höher. Das Durchschnittseinkommen der Haushaltungen mit Untervermietung ist nur um rund 40 Mk. kleiner als dasjenige der Haushaltungen ohne Untervermietung, aber sie geben 84 Mk. — fast ein Viertel — mehr für Miete aus. Hier zeigt sich so recht der Fehler der Aufnahme von Haushaltungen mit Untervermietung in eine Erhebung, die unter anderem auch ausweisen sollte, welcher Teil der Einnahmen für Miete ausgegeben wird. In umgekehrter Richtung auf den Prozentsatz der Mietausgabe wirkt der Beitrag der Kinder. In dieser Kategorie von Haushaltungen sinkt die Ausgabe für Miete auf 12,5 % der Einnahmen, und vereinigt man sie mit sämtlichen Haushaltungen ohne Untervermietung, so wird dadurch der Prozentsatz für reine Miete von 13,8 % auf 13,6 % der Einnahmen herabgedrückt.

Da die Hamburger Bevölkerung zu einem großen Teil die Mieten der nur zu gewerblichen Zwecken benutzten Gelasse — meist im Preise der von ihnen bezogenen Waren — mit zu bezahlen hat, so sei auch deren Miete hier mit angeführt. Während der Jahresmietwert der bewohnten Wohnungen von 1895 bis 1912 von 76 Millionen Mark auf 144 Millionen Mark, das heißt um fast 90 % gestiegen ist, ist der Jahresmietwert der nur zu gewerblichen Zwecken benutzten Gelasse in gleichem Zeitraum von 25¹ Millionen Mk. auf 65² Millionen Mk., d. h. um 160 % gestiegen. In letzterem Verhältnis ist aber ihre Zahl nicht gestiegen; diese ist nur um 91 % gestiegen, gegen 88 %, um welche die Zahl der nur zu Wohnzwecken benutzten Gelasse gestiegen ist. Die gewachsene Bevölkerung hat aber keineswegs allein die mit durch ihr Wachstum hervorgerufene unverhältnismäßige Steigerung der Mieten zu tragen, die in dem Verhältnis von 160 % ausgedrückt ist. An ihr trägt — durch den Welthandel Hamburgs, der sich in den großen modernen Kontorhäusern (richtiger Kontorpalästen) und mit durch die Lagerhäuser vollzieht — sozusagen die ganze Welt, und es befinden sich unter diesen Gelassen solche, die man in den meisten anderen Städten vergeblich suchen würde, und die, als einzelnes „Gelaß“, die

¹ Stat. d. Hamb. Staates, Heft XIX (1900), S. 129.

² Öffentl. Anz. Nr. 161, vom 10. Juli 1913.

allergrößte Miete aufbringen — die Schiffswerften, die noch fortwährend an Ausdehnung und Wert zunehmen.

Tabelle 38.

Es hat betragen in der Stadt Hamburg:

	Bevölkerung am 1. November (ohne Schiffe)	Volkseinkommen Millionen Mark	Jahresmietwert der bewohnten Wohnungen Millionen Mark	Prozentfuß der Mieten vom Volks- einkommen
1912	976 254	1385	144	10,4 %
1907	843 917	1082	114	10,6 %
Zunahme:	132 337	303	30	
Zunahme in %:	15,7 %	28,0 %	26,3 %	

Während die Bevölkerung um 15,7 % gestiegen ist, ist ihr Einkommen um 28,0 % gestiegen, und trotz dieser Steigerung ist der Jahresmietwert der bewohnten Wohnungen fast um denselben Prozentfuß gestiegen wie das Volkseinkommen, hat also mit letzterem, nicht mit der Bevölkerungszunahme, gleichen Schritt gehalten. Infolgedessen ist auch der Prozentfuß der Wohnungsausgabe, der sonst hätte fallen müssen, der gleiche geblieben. Darin liegt schon eine starke Steigerung der Wohnungsausgabe, die ja allerdings möglicherweise durch höhere Ansprüche an Komfort, Größe usw. entstanden sein könnte.

2. Die Bewegung der Mietpreise.

Bei Beobachtung der Mietpreise muß wieder daran gedacht werden, daß im Jahre 1888 der Anschluß Hamburgs an das Zollinland erfolgte.

In dem hierfür geschaffenen Freihafengebiet wurden in den Jahren dicht vorher eine große Anzahl kleiner Wohnungen niedergerissen, ohne daß vorher oder gleichzeitig für Ersatz gesorgt worden wäre. Infolgedessen gingen in dieser Zeit namentlich die Mieten der unteren Mietklassen rapide in die Höhe. Erst mehrere Jahre nach dem Zollanschluß waren, durch Neubauten und Verkehrsverbesserungen, wieder normale Verhältnisse vorhanden.

Dadurch ging auch die auf eine Wohnung entfallende Personenzahl wieder zurück. Aber nicht dadurch allein. Durch den Rückgang der Geburten und der Diensthotenhaltung geht die auf eine Familienhaushaltung entfallende Personenzahl ständig zurück und damit auch die auf eine Wohnung entfallende Zahl der Bewohner. Es fragt sich, inwiefern die Bevölkerung hierdurch durchschnittlich mit weniger Räumen auskommt, und ob sie nicht für die kleinere Wohnung ver-

hältnismäßig höhere Mieten zahlt. Es wäre wünschenswert gewesen, diese Verhältnisse bis in die jüngste Zeit hinein verfolgen zu können. Für die Jahre 1900—1905 sind sie erst im Jahre 1910 zur Darstellung gelangt und werden also für 1910 wohl erst im Jahre 1915 zur Veröffentlichung gelangen. Man sieht aber die Entwicklung auch schon aus den Verhältnissen in den Jahren 1900 und 1905 (Tabelle 39) und

Tabelle 39.

Die Familienhaushaltungen nach der Mitgliederzahl ¹.

Personen	Von je 100 Haushaltungen		Von je 100 Personen	
	1905	1900	1905	1900
2	17,9	17,4	8,3	7,8
3	21,3	20,7	14,7	14,0
4	20,6	20,0	19,0	18,1
5	16,2	16,2	18,6	18,3
6	10,8	11,2	14,9	15,2
7	6,4	6,9	10,4	11,0
8	3,5	3,9	6,4	7,1
9	1,8	1,9	3,6	3,9
10 und mehr	1,9	1,8	4,1	4,6
überhaupt	100	100	100	100

Tabelle 40.

Von je 100 Familienhaushaltungen hatten:

Personen	1905 ²	1900 ²	1895 ³	1890 ⁴	1885 ⁵
2	17,9	17,4	17,2	16,6	17,0
3	21,3	20,7	20,8	19,7	19,5
4	20,6	20,0	19,9	18,8	18,5
5	16,2	16,2	16,2	15,9	16,0
6	10,8	11,2	11,2	11,6	11,6
7	6,4	6,9	7,0	7,7	7,6
8 und mehr	6,8	7,6	7,7	9,4	9,7
	100	100	100	100	100

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 110.² Stat. d. Hamb. St. Heft XXV (1910), S. 110.³ Heft XXI (1903), S. 228.⁴ XIX (1900), S. 152.⁵ XV (1890), S. 55.

die Wirkung auf die Zahl der Bewohner einer Wohnung aus Tabelle 41, wo sich auch für 1910 schon die entsprechenden Posten errechnen ließen.

In den Jahren 1885—1890 (Tabelle 40) geht der Anteil der Haushaltungen mit zwei, mit fünf und mit mehr als acht Personen zurück, während der Anteil der übrigen steigt. Die Tendenz des Rückganges der Haushaltungen mit größerer Personenzahl ist schon vorhanden, tritt aber durch die Wirkung der durch den Zollanschluß veranlaßten Veränderungen noch nicht recht in die Erscheinung. Von 1890 bis 1895 geht bereits der Anteil aller Haushaltungen mit mehr als fünf Personen stark zurück. 1895 bis 1900 setzt sich diese Bewegung bei den Haushaltungen mit mehr als sechs Personen weiter fort, während der Anteil der Haushaltungen mit sechs Personen wieder eine kleine Vergrößerung erfährt.

Von 1900 bis 1905 aber geht bereits der Anteil aller Haushaltungen mit mehr als vier Personen — der mit mehr als fünf Personen besonders stark — zurück, so daß die Haushaltungen mit weniger als fünf Personen, die im Jahre 1890 erst rund 55 % aller Familienhaushaltungen bildeten, im Jahre 1905 bereits fast 60 % derselben ausmachen.

Parallel mit der Abnahme des Prozentsatzes der Haushaltungen mit größerer Personenzahl und der Zunahme des Prozentsatzes der Haushaltungen mit geringerer Personenzahl geht die Abnahme der auf eine Wohnung und auf ein heizbares Zimmer entfallenden Zahl von Bewohnern.

Tabelle 41.

	Auf ein heizbares Zimmer ent- fielen Personen ¹	Es entfielen Bewohner auf eine			Abnahme
		eigentliche Wohnung ²	Wohnung mit gewerblicher Benutzung ²	bewohnte Wohnung überhaupt ³	
1885	—	4,56	4,46	—	$\left. \begin{array}{l} 5,4 \% \\ 6,7 \% \end{array} \right\} 11,7 \%$
1890	1,80	4,56	4,76	4,60	
1895	1,65	4,33	4,56	4,37	
1900	1,61	4,32	4,49	4,35	
1905	1,55	4,22	4,27	4,23	
1910	—	—	—	4,06	

Wie die vorstehende Aufstellung zeigt, hat die Anzahl der Bewohner, die auf eine Wohnung entfällt, seit 1890 ständig abgenommen, und zwar in den letzten zehn Jahren mit 6,7 % stärker als in den voran-

¹ Stat. d. Hamb. St., Heft XXV (1910), S. 95.

² Eben., S. 11.

³ 1890—1895 ebenda S. 95. Für 1910 berechnet nach: Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 4. (Die Zahlen in allen Rubriken verstehen sich „ohne Anstalten“.)

gegangenen, wo die Abnahme nur 5,4 % betrug. Im ganzen betrug sie von 1890 bis 1910 fast 12 %.

Das gleiche Bild zeigt uns die folgende Tabelle für die Personenzahl, die in den Jahren von 1890 bis 1910 auf eine Familienhaushaltung entfiel. Sie ist in dieser Zeit um rund 9 % zurückgegangen, und zwar im letzten Jahrzehnt stärker als im vorangegangenen.

Der Rückgang der Zahl der Bewohner einer Wohnung — das sei hier gleich bemerkt — macht die Berechnung der Miete pro Kopf (wie sie für Vergleichszwecke häufig angestellt wird — auch von der Hamburger Statistik —) für Vergleiche mit den in früheren Jahren gezahlten Mieten irreführend.

Tabelle 42.
Auf eine Familienhaushaltung entfielen Personen:

	Deutsches Reich		Hamburg (Stadt ³)
	Haushaltung überhaupt	Familien= haushaltung ³	
1890	4,66 ¹	—	4,6
1895	4,64 ²	—	4,4
1900	4,6	4,8	4,4
1905	—	4,7	4,3
1910	—	4,7	4,2

Die vorstehende Tabelle 40 zeigt uns, daß die Haushaltungen mit zwei bis vier Personen schnell auf Kosten derjenigen mit mehr als vier Personen zunehmen. Im Jahre 1900 waren erst 58 % aller Familienhaushaltungen solche von zwei bis vier Personen, 1905 waren es bereits 60 %. Im Jahre 1900 zählten erst 58 % aller Personen zu Familienhaushaltungen von weniger als sechs Personen, im Jahre 1905 waren es bereits 61 %. Und dieses, trotzdem die Familienhaushaltungen mit Einlogierern oder Schläfern in diesen fünf Jahren um 2,64 % zugenommen, während die Diensthakenhaushaltungen allerdings gleichzeitig um 1,48 % abgenommen haben (siehe Tabelle 9).

Daß gleichzeitig auch die Familienhaushaltungen mit Gewerkegehilfen und gewerblichen Diensthaken um 0,8 % zurückgegangen sind (siehe Tabelle 9), dürfte hier weniger ins Gewicht fallen, weil diese Haushaltungen selbständiger Gewerbetreibender sind, die Diensthaken

¹ Stat. d. D. R., Neue Folge Bd. 68.

² Vierteljahrshefte z. St. d. D. R. 1897.

³ Nach dem Stat. Jahrb. f. d. D. R. (z. T. danach berechnet).

halten und die gewerblichen Dienstboten durch andere Dienstboten ersetzt haben werden, wenn sie nicht außer ersteren noch andere Dienstboten gehalten haben. Diese Haushaltungen gehörten also auch ohne Gewerbegehilfen durchweg schon bei nur zwei Kindern und oft schon bei nur einem Kinde zu den Haushaltungen mit mehr als vier Personen. Der Zug der Zeit, der dahin geht, Lehrlinge und Gesellen der Haushaltung des Meisters fernzuhalten, und der dahin geführt hat (siehe Tabelle 9), daß der Prozentsatz solcher Haushaltungen von 1885 auf 1905 von 5,8 auf 2,8 % zurückgegangen ist, berührt also überwiegend Haushaltungen, die auch ohne Gewerbegehilfen noch zu den Haushaltungen mit über vier Personen gehören. Der Rückgang dieses Prozentsatzes wird also wenig dazu beigetragen haben, denjenigen der Haushaltungen mit zwei bis vier Personen zu erhöhen.

Es ist klar, daß bei dieser Entwicklung die Haushaltungen — im Vergleich zu früher — mit einer kleineren Wohnung und einer geringeren Zimmerzahl auskommen. Daß das tatsächlich der Fall ist, sehen wir besser als aus der Statistik der Haushaltungen der vorstehenden Tabellen 39 und 40, die nur bis 1905 reichen und dies nur vermuten lassen, aus der neueren Statistik der bewohnten Wohnungen, welche uns in Tabelle 20 für die Jahre 1908 und 1912 gestattet hat, den Prozentsatz der Größenklassen von Wohnungen nach der Zahl der Zimmer überhaupt zu berechnen. Da sehen wir, wie sehr in der kurzen Zeit von nur vier Jahren der Prozentsatz aller Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern zugunsten der letzteren (der Zweizimmerwohnungen) zurückgegangen ist, die 1908 26,2 % aller Wohnungen bildeten, 1912 aber schon 27,9 % derselben ausmachten.

Diese Veränderung kommt doch sehr in Betracht bei Beurteilung der Frage, welchen Betrag eine Haushaltung jetzt im Vergleich zu früher für die Wohnung bezahlt. Wenn eine Einkommensklasse, die früher durchschnittlich eine dreizimmerige Wohnung bewohnte, jetzt durchschnittlich eine zweizimmerige bewohnt und für diese den gleichen absoluten Betrag und den gleichen Prozentsatz für Miete bezahlt wie früher für jene, so wohnt sie auch dann vergleichsweise teurer, wenn sie jetzt in der zweizimmerigen Wohnung größeren Komfort genießt als früher in der dreizimmerigen. Größere Bequemlichkeit und größerer eigener Komfort werden ja mit dem Geburtenrückgang bezweckt. Daß sie auf diesem Wege erreicht werden, ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Komfort an sich teuer bezahlt wird. Um so schlimmer, wenn

der Übergang zur kleineren Wohnung auch noch von einer Steigerung ihres Mietpreises begleitet ist.

Die folgenden Aufstellungen sollen nun ein Bild davon geben, in welchem Umfange bei den bewohnten Gelassen der Prozentsatz der unteren Mietklassen zurückgegangen und derjenige der höheren Mietklassen gestiegen ist. Es ließ sich das leider nicht in einer fortlaufenden Aufstellung machen, weil seit 1893 die Mietklassen anders eingeteilt worden sind.

Tabelle 43.

Die bewohnten Gelasse nach Mietklassen in Prozent der Gesamtzahl ¹.

	1885	1890	1892
Ohne Miete	4,0	3,0	3,8
Unter 150 Mk.	6,7	3,4	2,8
Von 150 bis unter 210 Mk.	17,1	9,9	8,9
" 210 " " 270 "	14,5	14,9	15,2
" 270 " " 330 "	11,9	13,5	13,6
" 330 " " 420 "	10,9	14,1	14,4
" 420 " " 540 "	9,2	11,4	11,5
" 540 " " 660 "	6,3	7,9	7,9
" 660 " " 780 "	3,6	4,2	4,3
" 780 " " 900 "	2,6	3,0	3,1
" 900 " " 1020 "	3,0	3,3	3,3
über 1020 Mk.	10,1	11,3	11,1
Zusammen:	100	100	100

Tabelle 44.

Die bewohnten Gelasse nach Mietklassen in Prozent der Gesamtzahl ².

	1893	1895	1900	1905	1910	1912
Bis 150 Mk.	3,3	3,3	2,7	1,8	1,3	1,1
150—200 "	8,2	9,4	6,7	3,9	2,4	1,9
200—250 "	13,6	14,8	13,6	9,8	6,7	5,8
250—300 "	13,6	14,4	14,7	14,9	13,0	12,0
300—350 "	9,6	9,1	10,8	11,5	13,6	14,2
350—400 "	8,7	8,5	9,2	11,4	12,1	12,6
400—500 "	11,1	10,8	12,0	14,5	16,0	16,3
500—750 "	13,6	12,8	14,0	16,0	} 25,1	19,0
750—1000 "	6,6	6,1	6,0	6,4		7,2
über 1000 "	11,7	11,0	10,3	10,0	9,8	10,0
Zusammen:	100	100	100	100	100	100

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XVI (1894) S. 72.

² Stat. d. Hamb. St. Heft XXII (1904) S. 90; Heft XXV (1910), S. 27; für 1910 berechnet nach Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 5; für 1912 berechnet nach dem Öffentl. Anzeiger vom 10. Juli 1913.

Tabelle 44 zeigt uns, daß seit 1895 bis 1912 der Prozentsatz der Wohnungen bis zu 250 Mk. Miete stark zurückgegangen ist. Derjenige von 250—300 Mk. steigt noch bis zum Jahre 1905 und geht dann ebenfalls stark zurück (von 14,86 auf 11,97). Der Prozentsatz der Wohnungen mit 300—350 Mk. Miete hingegen steigt seit 1895 ununterbrochen, seit 1905 besonders stark (von 11,49 % auf 14,19 % in 1912). Ähnlich der Prozentsatz der Wohnungen mit 350—400 Mk. Miete. Der Prozentsatz der Wohnungen mit 400—500 Mk. Miete steigt von 10,8 % im Jahre 1895 auf 16,3 % im Jahre 1912, derjenige mit 500—750 Mk. von 12,8 % im Jahre 1895 auf 18,95 % im Jahre 1912. So steigen alle Prozentsätze mit Ausnahme desjenigen der Wohnungen mit über 1000 Mk. Miete — der nur von 1910 auf 1912 unbedeutend gestiegen ist —, auf Kosten des Prozentsatzes der Wohnungen bis zu 300 Mk. Miete.

Die Gesamtwirkung dieser Veränderung ist: Im Jahre 1895 zahlten noch rund 42 % der Mieter unter 300 Mk. Miete, im Jahre 1912 ist der Prozentsatz der Mieter unter 300 Mk. Miete mit 21 % nur noch halb so groß; 1895 verwohnten erst 28 % der Mieter zwischen 300 und 500 Mk. Miete, 1912 tun dies bereits 43 % der Mieter, und gleichzeitig steigt, wie schon erwähnt, der Prozentsatz der Mieter, die zwischen 500 und 750 Mk. Miete zahlen, von 13 auf 19 %.

Diese Bewegung hat aber schon vor 1895 eingesetzt. Aus Tabelle 43 geht hervor, daß der Prozentsatz der Wohnungen bis zu 330 Mk. Miete von 1885 auf 1892 von 54 auf 44 % gefallen ist, während derjenige der Wohnungen von 330 bis 540 Mk. Miete gleichzeitig von 20 auf 26 %, derjenige der Wohnungen von mehr als 540 Mk. Miete von 35 auf 41 % gestiegen ist.

Dieser, während unserer ganzen Beobachtungsperiode nur gegen Mitte der neunziger Jahre unterbrochene Rückgang des Prozentsatzes der billigeren Wohnungen beweist, daß die Gesamtbevölkerung fortlaufend höhere Mieten bezahlen mußte.

Um nun zu sehen, in welchem Verhältnis die Mieten gestiegen sind, genügt es nicht, zu untersuchen, wieviel Prozent die Wohnungen durchschnittlich teurer geworden sind. Gerade dadurch, daß der Prozentsatz der teureren Wohnungen gestiegen ist, könnte die Erhöhung des durchschnittlichen Wohnungspreises die Wirkung einer vielleicht stärkeren Zunahme der größeren oder der mit größerem Komfort ausgestatteten Wohnungen sein. Es genügt aber auch nicht, zu sehen, in welchem

Umfange Wohnungsarten bestimmter Größe teurer geworden sind; denn dieser Umfang kann von der Statistik möglicherweise dadurch verdeckt worden sein, daß im Vergleich zu früher ein unverhältnismäßig großer Teil einer Wohnungsart bestimmter Größe sich jetzt in höherer Stockwerkslage befindet. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Abhandlung über die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Stockwerke und den Einblick erinnert, den uns Tabelle 30 in die in dieser Beziehung stattgefundene Verschiebung gewährt hat. Wir wollen nun trotz dieser Schwierigkeiten versuchen, ein Bild von der Bewegung der Wohnungsmieten zu gewinnen. Hierzu dienen zunächst die Tabellen 45 und 47, zusammengestellt für die Jahre 1885 bis 1905 nach der Statistik des Hamburgischen Staates¹, für 1910 berechnet nach dem Jahresbericht des Statistischen Amtes 1912².

Tabelle 45.

Durchschnittliche Jahresmiete einer nur zu Wohnzwecken benutzten Wohnung.

	überhaupt	Belegen in			
		Keller	Hinterhaus	1. Stock	2. Stock
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
1885	473	202	378	358	370
1890	529	258	437	422	421
1895	488	233	404	397	399
1900 ³	496	267	413	415	417
	492	274	414	416	423
1905	512	281	439	449	453
1910 ⁴	592	—	—	—	—

	Belegen				
	im 3. Stock	im 4. Stock	im 5. Stock und höher	in mehreren Stockwerken	umfassend ein ganzes Haus
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
1885	383	332	242	1385	1658
1890	445	396	269	1640	1941
1895	428	378	278	1428	1892
1900	448	393	276	1242	2022
1905	456	397	277	1207	1975
	482	436	337	1150	1955

¹ Für 1885 Heft XV (1890) S. 34—37; für 1890 Heft XVI (1894) S. 64 bis 65; für 1895 Heft XIX (1900) S. 123—129; für 1900 Heft XXI (1903) S. 181—187; für 1905 Heft XXV (1910) S. 33—47.

² S. 2.

³ Untere Zahlen nach anderem Modus berechnet. Siehe für 1900: Stat. d. Hamb. St. Heft XXV, S. 27.

⁴ Für 1910 Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 2.

Tabelle 45. Trotzdem von 1900 an ein etwas anderer Berechnungsmodus angewandt ist, sind doch die Prozentsätze bis zu der Zu- und Abnahme in der je fünfjährigen Periode bis 1890 zurück dieselben, ausgenommen die durchschnittliche Jahresmiete für die Wohnungen überhaupt im Jahre 1900. Die Vergleichszahl für das Jahr 1910, die aus dem Jahresbericht des Statistischen Amtes 1912 gewonnen ist, bezieht sich allerdings auf die bewohnten Wohnungen überhaupt, nicht allein auf die nur zu Wohnzwecken benutzten Wohnungen; doch geht aus dem Text zu der Tabelle, aus der wir die Vergleichszahlen für 1910 errechneten, hervor, daß der dort angegebene Mietbetrag nur der auf die W o h n u n g entfallende ist, so daß die aus der dortigen Tabelle berechneten Mietbeträge sehr wohl als Vergleichszahlen für die für frühere Jahre aufgeführten Mieten für nur zu Wohnzwecken benutzte Wohnungen verwendet werden können, ohne befürchten zu brauchen, daß eine etwaige Differenz zu größerer Fehlerquelle werden möchte.

Die Stockwerksbezeichnung stimmt mit der von Vermietern wie Mietern häufig beliebten, welche den Zwischensock gern nicht mitrechnen und die erste Etage als Hochparterre bezeichnen möchten, häufig nicht überein. Was in unseren Tabellen unter „fünften Stock“ rubriziert ist, gilt landesüblich gewöhnlich als vierte Etage.

Wir haben wieder mit dem Jahre 1885 begonnen, um die starke Steigerung der Mieten im Jahrzehnt 1885—1890 in die Erscheinung treten und dadurch den Rückgang der Mieten im ersten Jahrzehnt unserer Untersuchungsperiode (1890—1895) erklärlicher erscheinen zu lassen. Erstere betrug für die Wohnungen überhaupt zwar nur rund 12 %, variierte aber, je nach Stockwerkslage, zwischen 11 und 28 %, während der Rückgang der Mieten im folgenden Jahrzehnt 1890—1895, der für die Wohnungen überhaupt rund 6 % betrug, je nach Stockwerkslage nur zwischen 2 und 10 % variierte. Diese 10 % betrafen die Kellerwohnungen, deren Miete in der vorangegangenen fünfjährigen Periode (1885—1890) um 28 % gestiegen war. Den Rückgang um 10 % in der folgenden Periode haben sie im Jahrzehnt 1895—1900 mit 15 % Mietsteigerung reichlich wieder eingeholt. Kein Wunder, daß diese dann im nächsten Jahrzehnt 1900 bis 1905 nur 3 % betrug. Der Grund hierfür ist auch, daß die Kellerwohnung mehr und mehr gemieden wird und die Mieter vorziehen, etwas mehr auszugeben und in den fünften Stock hinaufzusteigen.

Beide Wohnungsarten haben in der Zeit von 1885 bis 1905 eine Mietersteigerung von 39 % erfahren, im letzten Jahrzehnt dieser Periode die Kellerwohnungen aber nur noch 3 %, die Wohnungen im fünften Stock aber 22 %.

Daß es gerade die billigsten Wohnungen waren, die dicht vorm Zollanschluß am stärksten im Preise gesteigert wurden, zeigt folgende Aufstellung¹:

Tabelle 46.

Mietklassen	Der Mietwert stieg um Prozent ² von 1880 bis		
	1886	1887	1888
Von 120 bis unter 150 Mk.	11,0	16,5	22,4
" 150 " " 200 "	7,5	12,8	17,8
" 200 " " 250 "	4,8	7,7	11,5
" 250 " " 300 "	3,0	5,5	8,9
" 300 " " 400 "	2,7	5,0	7,8
" 400 " " 500 "	1,1	3,0	5,6
" 500 " " 600 "	1,2	2,4	4,6
" 600 " " 700 "	1,2	2,5	5,2
" 700 " " 800 "	0,3	1,0	3,5
" 800 " " 900 "	0,1	0,3	1,7
" 900 " " 1000 "	1,0	0,4	0,5
Zusammen:	2,2	4,2	7,0

In welchem Verhältnis sind nun die Mieten der verschiedenen Wohnungsarten gestiegen?

Von 1885 bis 1905 sind gestiegen die Mieten:		
der Wohnungen überhaupt um		8,2 %
a)	" " im Keller um	39,1 %
b)	" " " Unterhaus um	16,1 %
c)	" " " ersten Stock um	25,4 %
d)	" " " zweiten " "	22,4 %
e)	" " " dritten " "	25,8 %
f)	" " " vierten " "	31,3 %
g)	" " " fünften " " und höher um	39,3 %
a—g durchschnittlich		28,5 %

Zunächst sehen wir aus dieser Aufstellung, daß die Steigerung, welche die Mieten der Wohnungen überhaupt erfahren haben, gar nichts besagt für den Umfang, in dem die Mieten der verschiedenen Wohnungsarten gestiegen sind. Die Miete der Wohnungen überhaupt ist um 8,2 % gestiegen, hingegen sind die Mieten aller Wohnungsarten, wenn

¹ Stat. d. Hamb. St. Heft XV (1890) S. 42.
² Bei zusammen 6462 untersuchten Wohnungen.

wir die Wohnungen „in mehreren Stockwerken“ und „umfassend ein ganzes Haus“ (in Hamburg durchweg ein eigenes) fortlassen, durchschnittlich um 28,5 % gestiegen. Daß die Miete des Unterhauses am wenigsten gestiegen ist, hängt mit zwei Umständen zusammen. In Hamburg befindet sich die Küche des Unterhauses in den wohlhabenderen Stadtvierteln im dazu gehörigen Keller. Unsere Damen wollen aber nicht mehr den Weg zur Küche in den Keller machen. Zweitens gehört in Hamburg der Garten zur Parterrewohnung. Dieser wird hauptsächlich der Kinder wegen gewünscht und daher die Parterrewohnung, zu dem er gehört, der Kinder wegen bezogen. Nun bekommt die Hamburger Ehefrau aber nicht mehr so viele Kinder. Die Zeit, in der der Garten ihr die Beaufsichtigung der letzteren erleichtert, ist jetzt viel früher zu Ende als vor 20 Jahren. Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kamen noch über 37 Geburten auf 1000 Bewohner, jetzt (1912) nur noch 22. In den Stadtvierteln aber mit Parterregärten ist das Verhältnis noch ungünstiger geworden. Es kamen Geburten auf 1000 Bewohner in den Stadtteilen

	1890	1912
Rotherbaum.	21,0	9,6
Harvestehude	25,8	12,4
Eppendorf	48,0	25,5

Da findet die Mutter denn bald, daß der Weg zur Kellerküche gespart werden könnte, und so stehen die Parterrewohnungen leer. Sehen wir von ihnen und dem zweiten Stock ab, dann haben wir eine Stufenleiter der Steigerung mit der Höhe des Stockwerks:

1. Stock	3. Stock	4. Stock	5. Stock	Keller
Steigerung: 25,4 %	25,8 %	31,3 %	39,3 %	39,1 %.

Die wenigen Häuser mit Fahrstuhl, die bis 1905 gebaut waren, können hier nur ganz unwesentlich gewirkt haben — und sicherlich nicht auf die Kellermiete!

Wir haben hier dieselbe Erscheinung, der wir auf anderem Gebiete auch noch begegnen werden, daß ein starkes Anziehen der Preise im allgemeinen eine ganz unverhältnismäßige Steigerung des Preises bei der schlechteren Qualität im Vergleich zur Steigerung bei den besseren Qualitäten bewirkt, so daß der Unbemitteltere also von der Preissteigerung viel stärker betroffen wird als der im Vergleich zu ihm besser Gestellte.

Von 1895 ab läßt sich die Bewegung der Mieten leider nicht mehr stadtwerksweise verfolgen, nach dem Vorstehenden aber doch vermuten. Von 1905 auf 1910 haben wir noch wieder eine Mietsteigerung von 15,6 % bei den Wohnungen überhaupt. Daraus läßt sich wohl schließen, daß die eben geschilderte Entwicklung sich weiter fortgesetzt hat. Auch bis zu 1912 haben wir noch eine Vergleichsmöglichkeit. Für dieses Jahr haben wir nur Zahl und Gesamtmietwert der Wohnungen überhaupt (nicht mehr der nur zu Wohnzwecken benutzten). Die durchschnittliche Jahresmiete einer bewohnten Wohnung überhaupt betrug im Jahre 1910¹: 596,0 Mf., im Jahre 1912²: 595,3 Mf. Daraus würde sich schließen lassen, daß in der Zeit von 1910 auf 1912 keine Steigerung der Wohnungsmiete mehr stattgefunden hat, wenn wir nicht einen ziemlich sicheren Anhaltspunkt für das Gegenteil hätten. Im Jahre 1911 sind 21 890 Wohnungen um zusammen 836 886 Mf. in der Miete gesteigert und nur 9555 Wohnungen um zusammen 396 870 Mf. in der Miete

Tabelle 47.
Durchschnittlicher Mietwert eines heizbaren Zimmers.

	überhaupt	Belegen in			
		Keller	Unterhaus	1. Stock	2. Stock
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
1885	192	139	189	181	177
1890	198	164	193	188	182
1895	181	144	170	173	166
1900	181	156	172	174	170
1905	187	161	177	182	177
Steigerung 1885—1905	— 2,7 %	15,8 %	— 6,8 %	0,6 %	0,0 %
	Belegen				
	im 3. Stock	im 4. Stock	im 5. Stock und höher	in mehreren Stockwerken	umfassend ein ganzes Haus
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
1885	167	145	142	266	255
1890	174	157	151	305	273
1895	162	149	152	261	265
1900	165	150	156	258	270
1905	172	160	167	256	279
Steigerung 1885—1905	3,0 %	10,3 %	17,6 %	— 3,9 %	9,4 %

¹ Berechnet nach Jahresbericht d. Stat. Amtes 1911, S. 45.

² Berechnet nach dem Öffentl. Anz. Nr. 161, vom 10. Juli 1913.

ermäßigt worden¹. Im Jahre 1912 sind von 207 641 nur Wohnzwecken dienenden Wohnungen 20 090 (also rund 10 %) in der Miete gesteigert und 9628 in der Miete ermäßigt worden. Die Mietsteigerungen betrugen bei den Wohnungen überhaupt (für die nur zu Wohnzwecken bewohnten Wohnungen fehlt die Angabe) 1 005 074 M., die Ermäßigungen nur 462 258 M. Auf je 100 M. des Gesamtmietwertes der bewohnten Wohnungen kamen im Jahre 1911 0,61 M., im Jahre 1912 0,70 M. Steigerung und 0,29 bzw. 0,32 M. Herabsetzung². Im ganzen hat also in den beiden Jahren 1911 und 1912 noch eine geringe Steigerung der Miete stattgefunden.

Tabelle 47. Ein ähnliches Bild wie Tabelle 45 bietet Tabelle 47. Leider können wir aber die Entwicklung der Mieten eines heizbaren Zimmers nach Stockwerkslage nur bis 1905 verfolgen, da die betreffende Statistik selbst für 1910 noch nicht erschienen ist und die sonstigen Veröffentlichungen uns nicht die Möglichkeit bieten, hier eine Ergänzung vorzunehmen. Die Miete eines heizbaren Zimmers überhaupt ist in der Zeit von 1885 bis 1905 um 2,7 % zurückgegangen; das hindert aber nicht, daß sie gerade für die billigen Wohnungen gestiegen ist. Der Mietpreis eines heizbaren Zimmers überhaupt ist hier in erster Linie vom Verlassen der Parterrewohnungen beeinflusst worden, bei denen die Miete des heizbaren Zimmers um fast 7 % zurückgegangen ist. Sieht man wieder von den Wohnungen „in mehreren Stockwerken“ und „umfassend ein ganzes Haus“ ab, so steigt die Steigerung wieder mit dem Stockwerk — und in umgekehrter Größe des Mietpreises.

Steigerung des Mietpreises eines heizbaren Zimmers in Wohnungen nach der Höhe des Stockwerks in den Jahren 1885—1905.

	Mietpreis 1885	Steigerung bis 1905
	M.	%
Unterhaus	189	—6,8
Erster Stock	181	0,6
Zweiter „	177	0,0
Dritter „	167	3,0
Vierter „	145	10,3
Fünfter „ und höher. .	142	17,6
Keller	139	15,8

Natürlich finden sich in Tabelle 47 auch alle die Erscheinungen wieder, die wir schon bei Tabelle 45 kennen gelernt haben: enorme

¹ Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 49.

² Öffentl. Anzeiger Nr. 161 vom 10. Juli 1913.

Steigerung des Mietwertes eines heizbaren Kellerzimmers im Jahrfünft 1885—1890, dann Rückgang im folgenden Jahrfünft und Überholen des Rückganges in den nächsten Jahrfünft (immer 1885 als Ausgangszeit genommen), starke Steigerung der Mieten in hohen Stockwerkslagen im Jahrfünft 1900—1905 usw.

Tabelle 48.

Durchschnittlicher Mietwert eines heizbaren Zimmers in Wohnungen mit:

	Überhaupt	1 heizbares Zimmer	2 heizbare Zimmer	3 heizbare Zimmer	4 heizbare Zimmer
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
1885	192	192	150	156	183
1890	198	222	162	157	181
1895	181	216	150	139	161
1900	181	227	154	142	159
1905	187	243	164	149	168
1910 ¹	209	297	193	172	190
Steigerung 1885—1910	8,9 %	54,7 %	28,7 %	10,3 %	3,8 %
	5 heizbare Zimmer	6 heizbare Zimmer	7 heizbare Zimmer	8 heizbare Zimmer	9 heizbare Zimmer
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
1885	210	235	245	241	256
1890	214	247	261	258	259
1895	195	237	247	254	255
1900	195	239	251	248	257
1905	210	249	264	263	259
1910 ¹	233	266	277	279	270
Steigerung 1885—1910	11,0 %	13,2 %	13,1 %	15,8 %	5,5 %

Tabelle 48 gestattet uns nicht, die Bewegung der Mietpreise weiter nach Stockwerkslage zu verfolgen, gewährt aber den Vorteil, daß sie uns ermöglicht, dieselbe nach der Größe der Wohnung zu beobachten. Die starke Steigerung der Mietpreise im Jahrfünft 1885 bis 1890 und der ihr folgende Rückschlag im nächsten Jahrfünft 1890 bis 1895 tritt auch bei ihr in die Erscheinung, doch gestattet sie uns bis 1910 weiter zu verfolgen, wie er von Jahrfünft zu Jahrfünft durch immer größere prozentuale Steigerungen reichlich wieder überholt worden ist, am stärksten im letzten Jahrfünft 1905 bis 1910 mit durch-

¹ Berechnet nach Jahresber. d. St. Amt. 1912, S. 2.

schnittlich rund 12 %, aber ganz unverhältnismäßig stark auch in diesem Jahrfünft wie in den vorhergehenden beiden, bei den kleinen Wohnungen mit 1, 2 und 3 heizbaren Zimmern. Der Übersichtlichkeit halber wollen wir die Steigerung (bzw. Rückgangs-)Sätze in einer besonderen Tabelle 49 nebeneinander nach der Zahl der heizbaren Zimmer geordnet aufführen.

Tabelle 49.

Der durchschnittliche Mietwert eines heizbaren Zimmers stieg (— = fiel) um Prozent:

in Wohnungen	Durchschnittlicher Mietpreis 1885 Mt.	1885 bis 1890	1890 bis 1895	1895 bis 1900	1900 bis 1905	1905 bis 1910	1885 bis 1910
Überhaupt	192	3,4	—8,7	0,2	3,3	11,8	8,9
Mit 1 heizb. Zimmer . .	192	15,6	—2,6	5,1	7,1	22,2	54,7
„ 2 „ Zimmern . .	150	7,9	—7,4	3,2	6,5	17,7	28,7
„ 3 „ „ . .	156	0,5	—11,3	2,0	4,9	15,4	10,3
„ 4 „ „ . .	183	—0,6	—11,5	—1,0	5,7	13,7	3,8
„ 5 „ „ . .	210	1,6	—8,8	0,4	7,8	11,0	11,0
„ 6 „ „ . .	235	4,7	—4,1	0,9	4,2	6,8	13,2
„ 7 „ „ . .	245	6,8	—5,3	1,4	5,2	4,9	13,1
„ 8 „ „ . .	241	7,1	—1,7	—2,2	6,1	6,1	15,8
„ 9 „ „ . .	256	1,0	—1,5	1,1	0,8	4,3	5,5
„ 10 u. „mehr hzb. Z. .	297	0,2	3,0	3,0	1,6	1,6	10,1

Die Übersichtlichkeit dieser Tabelle verüberflüssigt wohl ein besonderes Hervorheben von Zahlen. Je größer die Zahl der Zimmer ist, desto wahrscheinlicher ist es, daß die betreffenden Wohnungen in teurer Gegend liegen. Denn in billiger Gegend gibt es nur wenige große Wohnungen. Bei den großen Wohnungen liegt der Grund der Steigerung außer im erhöhten Luxus in der Grundwertsteigerung. Aber trotz geringerem Luxus und durchweg billigerem Grund und Boden sind die kleinen Wohnungen bis einschließlich zwei heizbaren Zimmern nicht nur am stärksten im Preise gestiegen, sondern ganz unverhältnismäßig stark (55 und 29 %), und wie folgende Tabelle zeigt, bildeten diese Wohnungen (im Jahre 1910) noch 49,47 % aller bewohnten Wohnungen.

Es dürfte namentlich die Nachfrage nach Wohnungen mit zwei heizbaren und ohne nichtheizbares Zimmer sein, die diese Steigerung bewirkt hat, denn der Prozentsatz dieser Wohnungsart hat sich seit 1885 mehr als verdoppelt, und zwar auf Kosten der Wohnungen mit einem heizbaren und nichtheizbaren Zimmern, deren Prozentsatz inzwischen um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist. Das wird wohl

Tabelle 50.

Von je 100 bewohnten Wohnungen waren solche mit der nebenstehenden Zahl von Zimmern:

	1885	1890	1895	1900	1905	1910
Nur nichtheizb. Z.	0,4	0,6	0,4	0,4	0,6	0,1
1 heizb. Z. ohne nh. Z. . .	6,5	5,6	3,7	3,7	3,2	2,3
1 " " mit nh. Z. . . .	29,1	23,7	21,5	19,8	17,2	13,3
2 " " ohne nh. Z. . . .	7,2	8,2	9,4	9,6	12,3	16,0
	43,1	38,2	34,9	33,5	33,4	31,8
2 heizb. Z. mit nh. Z. . .	24,0	23,3	22,4	21,7	19,1	17,7
3 " " ohne nh. Z. . . .	7,3	9,7	11,0	12,6	15,8	18,0
	74,4	71,3	68,4	67,7	68,2	67,5
3 heizb. Z. mit nh. Z. . .	9,6	10,6	11,8	11,6	10,8	11,6
4 " "	6,6	8,5	9,9	10,9	11,8	12,2
5 " "	3,3	3,7	4,2	4,3	4,2	4,0
6 und mehr heizb. Z. . .	6,0	5,8	5,8	5,5	4,9	4,7
	100	100	100	100	100	100

dadurch geschehen sein, daß man noch ein Zimmer in ein heizbares verwandelt hat¹. Zum Teil ist die große Steigerung der Mieten der kleinen Wohnungen aber dadurch bewirkt, daß der größere Komfort — namentlich in der Küche (Aufwascheinrichtung, Herd) —, ferner Zunahme der heizbaren Zimmer sich bei ihnen auf eine geringere Anzahl von Zimmern verteilt. Auch Gas, das im Anfang unserer Untersuchungsperiode in kleinen Wohnungen noch eine Seltenheit war, ist jetzt auch in ihnen allgemein. Der Altonaer Spar- und Bauverein — der größtenteils aus Arbeitern und kleinen Beamten besteht — legt in seinen neuen Wohnungen außer Gas auch noch elektrisches Licht.

Mag die besondere Verteuerung der kleinen Wohnungen nun auch zum Teil auf größeren Komfort zurückzuführen sein und den größeren Anforderungen der Jetztzeit entsprechen, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß diese Wohnungen besonders teuer geworden sind. Sind die modernen Einrichtungen erst einmal allgemein, dann hat auch der bescheidenere Mieter es nicht mehr in der Hand, auf den nun einmal hineingebauten Komfort zu verzichten. Er muß ihn bezahlen, auch wenn er persönlich mit einem Weniger zufrieden sein würde.

¹ Auf gleiche Weise sind auch die Wohnungen mit 2 heizbaren und nicht heizbaren Zimmern in solche mit 3 heizbaren verwandelt worden (s. Tab. 50).

Die Verteuerung des einzelnen Zimmers durch den Komfort von Küche und Nebenräumen dürfte es auch sein, welche die Einzimmerwohnung seit 1885 von 7 auf 2 % zurückgedrängt hat. Bei Nebenräumen denken wir namentlich an das Klosett. Es gibt noch eine Anzahl älterer Wohnungen, in denen es mit der Küche einen Raum bildete. Die Beseitigung solcher, mit den heutigen Begriffen von Hygiene unvereinbaren Zustände, das Schaffen von Luft und Licht und nicht zuletzt die Sicherheitsvorschriften beim Bauen und andere baupolizeiliche Vorschriften haben unzweifelhaft zur Verteuerung der Wohnungen beigetragen, doch aber wohl nicht mehr zur Verteuerung der billigen, wie zur Verteuerung der teuren Wohnungen. Der große Abstand, in dem letztere der ersteren folgt, macht es wahrscheinlich, daß die starke, namentlich durch Wanderungsüberschuß bewirkte Zunahme der minderbemittelten Bevölkerung Hamburgs, die ihrerseits eine Begleitererscheinung seiner Industrialisierung ist (es sei nur z. B. an die Zunahme des Umfanges der Werstarbeiten erinnert), einerseits und der Rückgang der Geburten andererseits eine unverhältnismäßig große Nachfrage nach kleinen Wohnungen zur Folge gehabt hat.

Die größte Bedeutung kommt hier der Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern zu. Der Jahresbericht des Statistischen Amtes 1912¹ macht für diese besondere Angaben für die Jahre 1900, 1905 und 1910 auch in bezug auf die Preise dieser Wohnungen, die betragen haben:

	Mf.
1900	374,29
1905	389,99
1910	389,69

Danach scheint es, als ob die Miete der zweizimmerigen Wohnung im letzten Jahrzehnt (1905—1910) sogar zurückgegangen sei. Das beruht aber auf Täuschung. Von diesen Wohnungen hatten in den Jahren 1905 und 1900 eine viel größere Anzahl keine Küche, aber außer den heizbaren mehr nichtheizbare Räume als die entsprechenden Wohnungen im Jahre 1910. (Es entfielen auf eine Wohnung mit zwei heizbaren Zimmern nichtheizbare: 1900 0,86, 1905 0,745, 1910 0,64.) Ferner ist für 1900 und 1905 die Durchschnittsmiete errechnet einschließlich der Miete für viel teurere Wohnungen (durchschnittlich viermal so teuer), die mit gewerblichen Räumen verbunden waren, während der Gesamtmietpreis für 1910 nur den auf die Wohnungen entfallenden

¹ S. 2.

Teil der Miete enthält. Da indessen für die Jahre 1900 und 1905 die Anzahl der auch gewerblichen Zwecken dienenden Wohnungen und die für sie gezahlte Miete im betreffenden Jahresbericht besonders angegeben ist, so läßt sie sich ausscheiden. Scheiden wir beide und die auf diese Wohnungen anteilig entfallenden Zimmer aus und rechnen statt pro heizbares Zimmer pro Raum und auch Küche und Badezimmer als solchen, dann kommen wir, wenn wir die beiden letzteren ebenfalls anteilig auf die restlichen Wohnungen verteilen, zu folgendem Resultat:

Tabelle 51.

	Anzahl der Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern ¹	Es kostete die Miete eines Raumes in den Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern	
		M.	Steigerung
1900	46 172	93,13	} 8,2 % } 14,2 % } 5,6 %
1905	54 955	100,72	
1910	73 778	106,38	

Dieser Berechnungsmodus, der noch eine Mietsteigerung von 5,6 % für das letzte Jahrzehnt und von 14,2 % für das Jahrzehnt 1900—1910 ergibt, hat den Vorzug, daß bei ihm nicht vorhandene Küchen, hinzugekommene Badezimmer, verschiedener Umfang in dem zu den heizbaren noch nichtheizbare Zimmer hinzukamen, der Vergleichbarkeit nicht im Wege sind.

Die Verschiedenheit der Prozentsätze der Mietsteigerung der Tabellen 48 und 51 für Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern (von 1900—1910 in ersterer für das heizbare Zimmer von 154 Mf. auf 193 Mf. um 25,3 %, in letzterer für einen Raum um 14,2 %) illustriert die Schwierigkeit der Gewinnung eines richtigen Bildes von der wirklichen Steigerung, wenn es sich um die Gesamtheit der Wohnungen oder auch nur der Wohnungen bestimmter Art handelt.

Trotz aller Spezialisierung spezialisiert unsere Wohnungsstatistik noch nicht genug. Sie müßte — ebenso, wie sie in neuerer Zeit die Wohnungen mit Mädchenzimmer getrennt auführt — auch die Wohnungen mit Badezimmer bei dem Mietwert getrennt behandeln und dürfte die Wohnungen mit nur zwei, drei usw. heizbaren Zimmern

¹ Ohne Freiwohnungen, Amtswohnungen usw. und für 1900 und 1905 auch ohne Wohnungen, die gleichzeitig gewerblichen Zwecken dienen.

bei Aufführung der für sie gezahlten durchschnittlichen und Gesamtmiete nicht zusammenwerfen mit den Wohnungen, die außerdem noch nichtheizbare Zimmer haben. Sie wendet eine Riesenmühe auf durch Sortierung der Wohnungen nach solchen mit und ohne Küche usw., aber sie läßt diese Mühe ungenutzt, weil sie sie nicht auch bei der Miete getrennt läßt.

Die Hamburger Wohnungsstatistik bringt auch mehrfach Vergleiche über Mietesteigerung und Ermäßigung in einer Anzahl bestimmter Grundstücke. Ich möchte aber von Verwendung derselben absehen, weil sie ein zu unsicherer Maßstab sind. Da fallen naturgemäß mit der Zeit Grundstücke fort oder werden gänzlich verändert. Ein zu großer Teil derselben liegt in der inneren Stadt, während es in den großen Wohngebieten außerhalb derselben für weiter zurück liegende Jahre natürlich an Vergleichsmaterial fehlt.

Um nochmals auf das Hauptresultat dieser Untersuchung zurückzukommen: Was auch immer die unverhältnismäßig starke Steigerung der Mieten der kleinen und billigen Wohnungen verursacht haben mag — ob stärkere Nachfrage, größerer Komfort oder größerer Raum —, in jedem Falle würde es zu unrichtigen Resultaten führen, wenn man den Einfluß der Steigerung der Wohnungsmieten während einer bestimmten Periode auf die Haushaltungsbudgets dadurch zum Ausdruck bringen würde, daß man einen Durchschnittsprozentsatz der Steigerung gleichmäßig bei großem und kleinem Einkommen in Ansatz brächte.

Verkehrsausgaben.

Zu den Wohnungsmieten kommt mit Ausdehnung der Stadt bei den meisten Haushaltungen noch die Ausgabe für Bahnen usw. hinzu. In welchem Maße diese Ausgaben gewachsen sind, erhellt am besten aus der Zunahme der Einnahmen der Hauptverkehrsinstitute sowie aus der Zunahme ihres Verkehrs selbst.

Folgende Tabelle zeigt uns beide.

Tabelle 52.

	Eisenbahn ¹		beförderte Personen	Straßenbahn ¹
	Totalverkehr	Vorortverkehr		Summe der Einnahmen
1905	100	100	100	100 = 15,3 Mill. Mk.
1910	391	264	129	129
1912	1001	334	142	143 = 21,8 Mill. Mk.

Es sind also von der städtischen Bevölkerung allein für Straßenbahnverkehr von 1905 bis 1912 $21,8 \div 15,3 = 6,5$ Millionen Mark = 42% mehr gezahlt worden, während diese gleichzeitig nur von 791 650 auf 975 560 um 183 910 Köpfe = 23% zugenommen hat! Allein für die Straßenbahn gab die Hamburger Bevölkerung pro Kopf im Jahre 1905: 19,33 Mk. und im Jahre 1912 bereits 22,35 Mk. aus. In diesen sieben Jahren ist die Ausgabe pro Kopf um 16% gestiegen. Seit Eröffnung der Hochbahn (1912) hat die Kopfquote jedenfalls noch wesentlich stärker zugenommen.

¹ Jahresber. d. Stat. Amtes 1912, S. 56 und 57.

Ermittelungen über Preisentwicklung der Bekleidungsbedürfnisse.

Auf gütige Veranlassung des Sekretariats der hiesigen Detaillistenkammer, sowie nach persönlicher Besprechung (auch bei eigenen Bekannten) waren einige Fachleute — tüchtige Detaillisten — so freundlich, mir Schilderungen der Entwicklung in ihrer Branche, insbesondere der uns an ihr interessierenden Verhältnisse zu liefern. Wird in ihnen erklärlicherweise zum Teil auch auf Gebiete hinübergegriffen, die mit der vorliegenden Untersuchung nur lose zusammenhängen, so geben wir sie doch im Original wieder, weil eine nur auszugsweise Wiedergabe auch die uns in hohem Grade angehenden Fragen der Ursachen und des Umfanges der Preissteigerung, die in ihnen vorzüglich dargestellt sind, nicht so wirkungsvoll beleuchten würde.

1. Schilderung der Manufakturwarenbranche.

Schilderung des Herrn J., Inhaber der Firma M. & Co.:

Das Detailgeschäft in Hamburg und die Steigerung der Warenpreise (im besonderen der Manufakturwaren).

Wer heute durch die Hauptstraßen Hamburgs die Läden und die Auslagen betrachtend wandert, wird zu der Überzeugung kommen, daß das Detailgeschäft in Hamburg in seiner äußeren Gestalt seinen Brüdern in anderen Großstädten Deutschlands und des Auslandes nicht nachsteht.

Wie allenthalben, hat sich auch in Hamburg in den letzten Jahrzehnten eine Verschönerung der Detailgeschäfte in ihrer äußeren und inneren Gestaltung bemerkbar gemacht, die an Luxus streift. Jedes sich neu einrichtende Geschäft sucht seine Vorgänger in modernem Aussehen und neuestem Komfort zu übertreffen.

Der Zweck dieser Bestrebung ist, Kunden heranzuziehen und diesen den Aufenthalt in den Geschäftsräumen so angenehm wie möglich zu machen. In der Aufstellung der Waren wird heute sowohl in den Auslagen als auch im Innern der Läden Hervorragendes geleistet. Die Hilfsmittel für die Dekoration, die Beleuchtung usw. sind in ungeahnter Weise vervollkommenet. Besondere Schulen sorgen für die Ausbildung kaufmännischer Dekorateure und für die Entwicklung des guten Geschmacks und Farbensinns.

Blicken wir zwei bis drei Jahrzehnte zurück, so finden wir Hamburg auf dem genannten Feld hinter anderen Großstädten Deutschlands zurückstehend.

Die Geschäftshäuser, die Läden und Schaufenster waren damals einfach gehalten; es galt nur dem Zweck zu entsprechen, Luxus wurde vermieden. Das allgemein für die Ausstattung der Läden und Schaufenster geltende Prinzip war: einfach, gebiegen, sauber und zweckentsprechend, aber kein Luxus, der die Unkosten vermehrt.

So war und blieb das Bild der Detailgeschäfte, bis mit dem Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet die trennenden Schranken fielen und eine regere Beteiligung an dem Wettbewerb um die Gunst der Käuferwelt eintrat. Der junge Nachwuchs hatte in anderen Großstädten die elegantere Ausstattung kennen gelernt und brachte sie in das elterliche Geschäft; auswärtige Firmen gründeten in Hamburg Geschäfte und richteten sich modern und elegant ein.

Größere, helle Räume mit verschwenderischer Beleuchtung, luxuriös ausgestattete Schaufenster, elegantere Aufmachung, Verpackung und Aufstellung der gekauften Waren gewann die Gunst des Publikums um so leichter, als nach und nach eine im allgemeinen verbesserte Einnahme der Käufer eingetreten war.

Sache der bisher einfach ausgestatteten Geschäfte war es, sich mit dem neuen Zug abzufinden und sich mehr oder weniger den veränderten Ansprüchen des Publikums anzupassen, um nicht von ihrer Kundschaft zu verlieren.

Diese Anpassung hat sich schnell und gründlich vollzogen, wie das Straßenbild schon nach wenigen Jahren zeigte. Das eingeseffene Detailgeschäft reformierte sich gründlich im Äußeren und auch im Innern und gewann mit den neu Hereingekommenen an Ausdehnung.

Die Rentabilität der Detailgeschäfte erfuhr durch die Einführung der Verschönerung und des Luxus eine wesentliche Herabsetzung. Die Unkosten wuchsen, und, wenn auch durch einen vergrößerten Umsatz ein Teil dieser Unkosten gedeckt wurde, so ging doch ein wesentlicher Teil des Gewinnes in den vermehrten Unkosten verloren. Bei den stetig wachsenden Unkosten konnte man mit Sicherheit den Moment erwarten, an dem die Unkosten auch den letzten Rest des Gewinnes verschlangen.

Es blieb also dem Detailgeschäft nichts anderes übrig, als die vermehrten Unkosten durch einen erhöhten Gewinnaufschlag zu decken, um seine Existenz zu erhalten. Das bisherige Prinzip, in einfach eingerichteten Räumen mit einem geringeren Nutzen zu verkaufen, mußte fallen. Dazu zwang der Zug des Publikums, das die eleganter eingerichteten Geschäfte bevorzugte und dort willig den höheren Preis bezahlte. Dieser Zug der Zeit, wohl in den allgemein gebesserten Verdienstverhältnissen begründet, trug also allmählich, aber sicher mit zu einer Verteuerung der Waren bei. Ein weiterer Punkt ist auch die immer mehr um sich greifende Flucht des Großstadtbewohners aus der Stadt in die Vororte und noch weiter. Die Versendung der gekauften Waren war bei den kürzeren Wegen vor 20—30 Jahren weniger kostspielig als heute, wo große Entfernungen vorliegen.

In dem heißen Wettstreit um die Gunst der Käufer ist ein weiteres Mittel, die Reklame, groß und allgemein geworden. Die Reklame des Detaillisten macht das Publikum auf das aufmerksam, was er verkaufen will — zur rechten Zeit und, je nach der Art des Geschäftes, auf richtige Weise. Das Publikum reagiert auf dieses Werben und treibt damit die Konkurrenten dazu, dieselbe oder noch

größere Reklame zu machen; und so wurde die Reklame allgemein und belastet das Unkostenkonto. Der durch die Reklame erzielte Mehrumsatz soll dazu dienen, die Unkosten der Reklame zu decken und noch einen Gewinn zu bringen. Sache eines jeden Detaillisten ist es, seine Reklame so auszuwägen, daß dies tatsächlich der Fall ist.

Der Sinn der vorstehenden Ausführungen ist kurz zusammengefaßt: Die Verteuerung der Manufakturwaren ist zu einem Teil auch durch die heute vom Publikum als selbstverständlich beanspruchte höhere Eleganz der Läden, der Schaufenster, der Aufmachung der Waren, des Versandens und durch das Angebot mittelst der Reklame bewirkt worden.

In welchem Umfange die Verteuerung stattgefunden hat, zeigen folgende Musterbeispiele:

Eine bestimmte Marke Hemdentuch wurde 1895 mit 0,60, 1900 mit 0,58, 1905 mit 0,60, 1910 mit 0,75 Mk. verkauft; sie stieg in diesem Zeitraum im Einkauf um ca. 20 %, im Verkauf um ca. 25 %. Eine bestimmte Marke Bettuch-Halbleinen wurde 1895 mit 1,05, 1900 mit 1,10, 1905 mit 1,20, 1910 mit 1,40 Mk. verkauft; sie stieg in diesem Zeitraum im Einkauf um ca. 27 %, im Verkauf um ca. 35 %. Eine bestimmte Marke reinleinenen Handtücher wurde 1895 mit 9, 1900 mit 11, 1905 mit 11,70, 1910 mit 12,20 Mk. per Duzend verkauft; sie stieg in diesem Zeitraum im Einkauf um ca. 26 %, im Verkauf um ca. 34 %.

Darstellung des Herrn Th., Mitbegründer der Firma B. & Th.:

Eine bedeutende Entwicklung im Hamburger Manufakturwaren-Detailgeschäft hat mit dem Zollanschluß (1888) eingesetzt. Bis dahin war das hiesige Detailgeschäft gegen viele deutsche Großstädte rückständig. Es war eine chinesische Mauer um Hamburg gezogen, und bedurfte es erst eines Bismarck, um die Hamburger zu dieser gewaltigen Veränderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu bewegen. Der Zollanschluß wurde seinerzeit von vielen Kaufleuten als ein Unglück bezeichnet; später haben die Herren jedoch in loyaler Weise anerkannt, daß sie sich geirrt hatten. Nach 1888 entstanden dann die großen Spezialgeschäfte, die den Wettbewerb ungeheuer verschärften. Vorher wurden z. B. Damenmäntel aller Art in jedem Manufakturwarengeschäft, ähnlich wie heute in kleineren Provinzstädten, geführt. Nachher nicht mehr. Die Spezialgeschäfte stellten zuerst weibliche Verkäuferinnen an, wodurch den männlichen Angestellten eine große Konkurrenz erwuchs. Die jungen Mädchen hatten derzeit keine Vorbildung genossen, konnten demnach auf das Prädikat „tüchtige Verkäuferin“ keinen Anspruch machen. Im allgemeinen muß man sagen, daß die jungen Mädchen recht gewissenhaft die ihnen übertragenen Arbeiten ausführen. Vor 25 Jahren war im Detailgeschäft unserer Branche der Verkäufer der erste Mann, dann kam der Einkäufer und drittens als letzter der Dekorateur. Heute ist es gerade umgekehrt. Der Verdienst der jungen Mädchen ist nach wie vor gering. 30 bis 50 Mk. monatliches Anfangsgehalt ist nichts Ungewöhnliches. Früher lernte ein junges Mädchen ein halbes Jahr bis zu einem Jahre. Heute verlangt man eine Lehrzeit von zwei Jahren. Ein junger Mann mußte derzeit mindestens vier Jahre lernen; heute begnügt man sich meistens mit drei Jahren. Früher war das Anfangsgehalt eines „Ausgelernten“ 400 Mk.

bei freier Station oder 8—900 Mk. außer dem Hause. Freie Station hat fast ganz aufgehört, die jungen Leute wollen abends frei sein; auch paßt dem Prinzipal die Einrichtung nicht mehr. Da früher der Laden an Werktagen bis ca. 10 ½ Uhr geöffnet war, blieben die jungen Leute, die meist beim Prinzipal in Kost und Logis waren, abends übermüdet schön zu Hause und gingen rechtzeitig zu Bett. Etwa jeden dritten Sonntag nachmittag gingen sie aus. Bei diesem Leben standen sie sich finanziell bei 5—600 Mk. und freier Station besser als heute bei einem Gehalt von 12—1300 Mk. außer dem Hause. Heute verlangt ein „Ausgelernter“ mindestens 1080—1200 Mk. als Anfangsgehalt. Hat der junge Mann 1 bis 1 ½ Jahr Kommiszeit hinter sich, ist die Forderung 1230 bis 1500 Mk.

Die Lohnansprüche eines Hausdieners haben sich in 20 Jahren verdoppelt. Früher Anfangslohn ca. 10 Mk., jetzt ca. 20 Mk. per Woche. Die Unkosten haben sich auf der ganzen Linie erhöht: kürzere Arbeitszeit, mehr Gehalt, mehr Angestellte, größeres Aufgebot in der Ausstattung des Geschäftslokals und der Schaufenster, höhere Lichtpreise, enorme Ausgaben für soziale Gesetzgebung (Angestelltenversicherung). In Zahlen ausgedrückt schwanken früher die Unkosten in einem mittleren Detailgeschäft zwischen 12—15 % des Umsatzes, jetzt zwischen 18—22 % und höher. Auf Dekoration der Schaufenster sowie innere Ausstattung wird viel mehr Wert gelegt. Ein tüchtiger Dekorateur, der Geschmack und Talent hat, findet heute leicht sein Brot. Dekorateur in großen Geschäften verdienen 6000 Mk. und darüber. Utensilien zur Dekoration bilden einen enormen Handelsartikel. Ein hiesiges Konfektionsgeschäft zeigt allein 200 Wacksköpfe in seinen Schaufenstern. Die enorme Entwicklung im Detailgeschäft hat es mit sich gebracht, daß allgemein eine Kassiererin eingeführt, außerdem aber mindestens noch eine Registerkassette vorhanden ist. Die lebende Kasse ist natürlich das Ideal, vielfach wird auch zur Unterstützung und Kontrolle eine Registerkassette dabei geführt. Das Ganze ist darauf zurückzuführen, daß das Vertrauen sowohl zwischen Kundschaft und Chef, als zwischen Prinzipal und Angestellten sehr viel geringer geworden ist.

Bei dem scharfen Wettbewerb muß natürlich auch schärfer gerechnet werden. Früher war es nicht einmal üblich, daß die Kundin einen Beleg über gekaufte Waren und Zahlung verlangte. Das Vorgunweisen hat bedeutend abgenommen; ein modernes Geschäft strebt — nach dem Vorbilde der Warenhäuser — immer mehr nach Barzahlung! Das Bürgerliche Gesetzbuch mit dem Verjährungsparagraphen hat auch mit zur Einführung derselben beigetragen. Die Ansprüche und der Luxus in der Lebenshaltung sind sehr gewachsen. Die Mode wechselt erschreckend rasch. Die Auswahl muß sehr groß sein. Die heutigen Einkaufsverhältnisse zwingen den Detaillisten ebenfalls, Sorge zu tragen, daß er sein Geld prompt einbekommt. Vor dem Zollanschluß und auch noch einige Jahre nachher waren bedeutende Engrosfirmen am hiesigen Platze, die ordentlichen, tüchtigen jungen Leuten, die sich etablieren wollten, Vertrauen entgegenbrachten und ihnen gern ein offenes Ziel von 6 Monaten einräumten. Das Vertrauen wurde durch persönliche Bekanntschaft mit den Lieferanten noch wesentlich verstärkt. Heute

muß der Detaillist damit rechnen, ca. 80 % von auswärts* zu beziehen. Die Detaillisten schließen sich jetzt zu Einkaufsverbänden zusammen, wo 30 Tage Zahlung üblich ist und höchstens ein Ziel von 3 Monaten eingeräumt wird. Auch haben sich in den letzten Jahren viele Konventionen gebildet, die sich verpflichten haben, auf prompteste Zahlung zu halten. Sie gewähren für Barzahlung erhebliche Vorteile: bis zu 12 % Jahreszinsen; z. B. geben Geraer Kleiderstofffabrikanten bei 30 Tage Zahlung 5 %, bei 3 Monat Ziel 3 %. Es zwingen die kurzen Zahlungsfristen den Detaillisten zu scharfer Disposition, was natürlich für die Existenz sehr wertvoll ist. Natürlich erfordert das Geschäft auch mehr Betriebskapital.

Ein gut geleitetes Spezialgeschäft ist im Vorteil. Geschäfte, die alle Artikel führen — mit Ausnahme der Warenhäuser — verschwinden immer mehr. Solche Geschäfte haben nur noch in den äußeren Stätteilen einen gewissen Erfolg; im Innern der Stadt nicht mehr. Neben einer guten praktischen Ausbildung nimmt heute die theoretische Ausbildung einen breiten Raum ein. Es ist ein Verdienst der Detaillistenkammer, diesen Zweig energisch zu fördern. Unterrichtskurse für selbständige Detailkaufleute und deren Angehörige sowie für Frauen und Töchter der Detaillisten werden in der Kammer für alle Branchen nahezu unentgeltlich (Preis 6 Mk. inkl. Bücher) abgehalten. Dazu kommen Kurse für Verkäuferinnen usw. Die obligatorischen Fortbildungsschulen für schulentlassene junge Leute bis zum 18. Lebensjahre werden äußerst segensreich wirken, denn Wissen ist Macht! Die Dekorationschulen werden stark besucht. Ich bin der Meinung, daß tüchtige und strebsame junge Leute sich nach wie vor mit Erfolg selbständig machen können. Hoffentlich wird die Kammer noch Mittel und Wege finden, kleineren und mittleren Detailgeschäften Betriebskapital zu normalen Zinsen zuzuführen, natürlich mit Amortisation. Die Macht des Kapitals ist bekanntlich sehr groß, und ist in den letzten 20 Jahren das Großkapital vielfach im Detailgeschäft investiert. Ein Detailgeschäft muß nach jeder Richtung kaufmännisch geführt werden, sonst geht es zugrunde. Die Organisation muß straffer gehandhabt werden als früher, schon weil die Arbeitszeit viel kürzer ist. Die Zeit muß ganz anders ausgenutzt werden; die Arbeitseinteilung für die einzelnen Angestellten muß viel genauer und nutzbringender sein. Die Mieten sind gestiegen. Vor 20 Jahren zahlte der Grundeigentümer¹ für erste Hypotheken 3 ½ %, dann 3 ¾ % und seit 8 Jahren 4 %; jetzt sind erste Posten leider nicht unter 4 ¼ % zu haben, mit den zweiten Hypotheken steht es noch schlimmer. Die Ausgaben für ein Grundstück sind allgemein gestiegen. Die Handwerkerlöhne sind immerwährend gestiegen. Vor 20 Jahren bekam ein Maurer 60 Pfg. pro Stunde, heute 1,10 Mk.; so liegt es überall. Es ist sehr wünschenswert, ich möchte sagen notwendig, daß der Detaillist sein Geschäft im eigenen Grundstück betreibt. Was er im anderen Fall an Miete zahlen würde, muß er auf das Grundstück abtragen. Wie steht es nun mit dem Verdienst der Detaillisten? Man muß sagen, daß er noch nicht im richtigen Verhältnis zum Umsatz steht. Es sollte eigentlich ein Nettoverdienst von 10 % des Umsatzes herausgewirtschaftet werden; leider steht das aber vielfach nur auf dem Papier.

¹ Anm. d. Verf.: Es wird hier vorausgesetzt, daß das Detailgeschäft im eigenen Grundstück betrieben wird.

Früher war man in der Lage, das Lager dreimal im Jahre umzuwechseln, heute kann man bei einem Sortimentsgeschäft nur mit zweimal rechnen. Früher war es üblich, 25—33 ½ % auf den Einkauf zu schlagen. Das bedeutet vom Verkauf 20—25 %, genügt also nach Maßgabe der Unkosten nicht mehr. Man stand sich früher besser, als wenn heute 40—50 % und darüber aufgeschlagen werden.

Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des modernen Detailgeschäftes ist das Warenhaus. Es hat seine Existenzberechtigung wohl erbracht; billiger aber, als ein gut geleitetes Spezialgeschäft, kann es meines Erachtens durchaus nicht verkaufen; auch ist die Auswahl in den einzelnen Abteilungen durchweg geringer. Das Warenhaus gleicht einer lokalen Ausstellung und übt dadurch auf das Publikum großen Reiz aus. Es bietet bekannte Artikel häufig sehr billig an (sog. Lockvögel), um an anderen, weniger bekannten Artikeln gut zu verdienen. Da das Warenhaus hohe Diskonten für sein Betriebskapital zahlen muß, auch sonst enorme Unkosten hat, ist es nicht in der Lage, prozentual den Reingewinn vom Umsatz herauszuwirtschaften, wie kleinere Geschäfte. Nur die Höhe des Umsatzes gleicht dies wieder aus. Mir liegt der Abschluß eines Warenhauses vor: Die Geschäftsspesen betragen allein 25 % des Umsatzes, ohne Verzinsung des Einlagekapitals. Man ersieht daraus, daß die Warenhäuser gut ausschlagen müssen, um nur 2 ½—3 % Reingewinn vom Umsatz herauszuschlagen. Auf die Fremden übt das Warenhaus immer seine Anziehungskraft aus, auch besuchen es die Einheimischen zum Schaden aller Detailgeschäfte sehr viel. Die großen Spezialgeschäfte, die auf großkapitalistischer Grundlage errichtet sind, bilden für die Sortimentsgeschäfte eine noch drückendere Konkurrenz als die Warenhäuser.¹

Die Reklame hat einen gewaltigen Umfang angenommen; sie wird nicht immer lauter betrieben. Trotz aller Gesetze weiß die Reklame Mittel und Wege zu finden, dem Strafgesetz zu entchlüpfen. Ein hiesiges Konfektionsgeschäft (auswärtige Filiale) leistete sich folgende Reklame: Es stellte einen Altter für Damen zum Preise von 3,75 Mk. zu einer bestimmten Zeit zum Verkauf. Das Quantum dieses Angebots betrug 100 Stück, die natürlich in einer Viertelstunde vergriffen waren. Im Einkauf kosteten die Mäntel 7—8 Mk. Es ist wohl nicht verboten, seine Ware zu verschenken, jedoch sehr ansprechend und besonders lauter ist solche Reklame nicht²; für die Firma soll sie aber nutzbringend gewesen sein, indem sie den Anschein erweckt, als würden alle Gegenstände so billig verkauft. Die Nummen werden bekanntlich nicht alle. Das Lokal der betreffenden Firma kostet jährlich 70 000 Mk. Miete!!

¹ Anm. d. Verf.: Die gleiche Klage erheben die selbständigen Kolonialwarenhändler in bezug auf die Konkurrenz der Filialgeschäfte ihrer Branche, im Vergleich zu derjenigen der Konsumvereine.

² Anm. d. Verf.: Dieses Urteil zeigt im Zusammenhang mit der vorangegangenen Einschaltung („auswärtige Filiale“) und im Zusammenhang mit der Bemerkung über das Strafgesetz, daß der Detaillistenstand in Hamburg im allgemeinen auf Reellität hält.

Fast alle mittleren und kleineren Geschäfte geben, nach dem Muster mehrerer Warenhäuser, ihren Kunden Kassabons oder eigene Rabattmarken, was bei der Kalkulation selbstredend Berücksichtigung finden muß. Leider sind viele Detaillisten auch noch Rabattmarken-Erwerbsgesellschaften tributpflichtig; sie behaupten, durch die Konkurrenz zur Ausgabe dieser Marken gezwungen zu sein. Kassabons und Rabattmarken, die natürlich nur gegen Barzahlung gegeben werden, gibt der Detaillist zu dem Zweck: die Kundschaft an sein Geschäft zu fesseln, was auch teilweise gelingt. Das Warenhaus ist hierbei aber wieder im Vorteil; indem es den Kunden für die gesammelten Marken Waren aus allen Branchen bieten kann, während der Manufakturist doch nur Manufakturwaren dafür verabreichen kann. Die Abgabe von Rabattmarken und dergleichen ist eine Erscheinung der letzten 20 Jahre; vorher war aber das Kreditgeben an der Tagesordnung. Es gab Geschäfte, die alle Jahre nur einmal Rechnung schickten. Solche Zustände gehören Gott sei Dank der Vergangenheit an. Im Verkehr mit dem Konsumenten sollte nur gegen bar verkauft werden. So notwendig der Kredit für den Kaufmann ist, so schädlich ist er für den Privatmann. Das zeigt das Abzahlungsgeßäft, dessen Existenz keine Wohltat für irgendeine Gesellschaftsklasse ist.

Das Zugabeunwesen ist in meiner Branche wenig verbreitet, höchstens zu Weihnachten oder zur Eröffnung eines Geschäfts. Der Zusammenschluß der einzelnen Geschäfte zu Einkaufsvereinigungen usw. ist eine neuere Erscheinung, etwa seit 10—15 Jahren; in einigen Städten haben sich Geschäftsinhaber zusammengetan, um gemeinschaftlich Reklame zu machen, wodurch die Unkosten gemindert werden sollen. Zusammenschluß überall! Hoffentlich finden in Zukunft immer noch viele selbständige Detaillisten ihr Brot zum Segen für den Staat und die heutige Gesellschaftsordnung. Es können aber nur Kollegen die ideale Selbständigkeit erringen und erhalten, wenn sie ihre Zeit verstehen, wenn sie morgens der Erste und abends der Letzte im Geschäft sind. Die heutige kurze Arbeitszeit ist doch gewiß danach angetan, daß man die althergebrachte Gemütlichkeit und Behaglichkeit zu altem Eisen wirft. Der Chef muß allen Angestellten mit leuchtendem Beispiel vorangehen, muß über alles unterrichtet sein. Die Geschäftsführung muß reell sein¹. Der Prinzipal muß sich durch Zuverlässigkeit und Takt das Vertrauen sowohl der Kunden wie der Angestellten zu erwerben suchen. Wie der Herr, so der Diener. Gute Angestellte sind für ein Geschäft von enormem Wert. Eine sorgfältige Statistik für alle Abteilungen des Geschäftes ist außerordentlich wichtig und nützlich! Zum Schluß möchte ich noch hinweisen auf die verschiedenen Vorträge, die von der Detaillistenkammer fortwährend zur Belehrung der Detaillisten veranstaltet werden. Solche Vorträge, die den Zweck haben, den Detaillisten für den schweren Existenzkampf zu stärken, wurden vor Gründung der Detaillistenkammer nicht geboten.

¹ Anmerkung des Verfassers: Dieses Urteil zeigt wieder einmal, wie sehr Sombart daneben gehauen hat, als er die Prosperität des Kaufmannes entgegengesetzten Prinzipien zuschrieb.

2. Damenkonfektion.

Ausführungen des Herrn A., Leiter des großen Damenkonfektionshauses S.:

Bekleidungssetat im Haushalt gewerblicher Arbeiter und Angestellten.

Mit dem Emporblühen des Nationalwohlstandes haben auch die Ausgaben für die Bekleidung unserer arbeitenden Bevölkerung eine erhebliche Steigerung erfahren. Es wäre ein Fehler, wollte man lediglich das Emporschnellen der Arbeitslöhne, Steigerungen der Rohmaterialien und das damit verbundene Anziehen der Preise für die fertigen Bekleidungsstücke hierfür ins Feld führen. Verschiedene andere Umstände, die ganz besonders in den letzten Jahrzehnten in die Erscheinung getreten sind, haben unbedingt mitveranlaßt, daß der arbeitende, abhängige Staatsbürger wesentlich tiefer in die Tasche langens muß, um der erforderlichen Bekleidung für Frau und Kind gerecht werden zu können. Der verfeinerte Geschmack, Pugsucht und der schnelle Wechsel der Mode sind diejenigen Faktoren, die im Verein mit der Teuerung der Rohmaterialien und dem Anziehen der Arbeitslöhne jeden Bekleidungssetat erheblich mehr belastet haben. Die Pugsucht und der Eifer, es den besser gestellten Mitmenschen gleich zu tun, veranlaßt ganz besonders in den Großstädten den Arbeiter, weit mehr für die Bekleidung seiner Angehörigen auszugeben, als dieses früher der Fall gewesen ist; der schnelle Wechsel der Mode wiederum zwingt den Händler, die neuesten Modeschöpfungen mit einem höheren Prozentsatz zu kalkulieren, damit er bei den unverkauft gebliebenen und unmodern gewordenen Piecen keinen Totalschaden erleidet. Ich glaube nicht, daß ich mit meiner Ansicht vereinzelt dastehe, wenn ich behaupte, daß die Preise für Bekleidungsgegenstände noch wesentlich höher sein würden, wenn nicht der Detaillist, der durch die wachsende Konkurrenz gezwungen wird, seinen Betrieb immer leistungsfähiger zu gestalten, auf das Herausbringen wohlfeiler Waren seine ganze Kraft konzentrieren würde. Eine bezeichnende Erscheinung für die Bestrebungen des Publikums aus allen Vermögenslagen, nur möglichst immer das Modernste zu erstehen, erhellt sich daraus, daß heute der Verkauf mit alten getragenen Garderoben in den Großstädten nur noch ein sehr kümmerliches Dasein fristet. Es mag ja zugegeben werden, daß die Abnahme im Verkauf getragener Garderobenstücke der Volksgesundung gute Dienste leistet, denn wie mancher Krankheitserreger ist in einem alten Anzug aufgespeichert; aber eine Illustration zu den Ausführungen über verfeinerte Lebensanschauung, auch der arbeitenden Bevölkerung, gibt dieser Umstand doch. Aus meiner 37jährigen Tätigkeit als Detaillist kann ich konstatieren, daß die sog. Ramscher, welche in früheren Jahren sich mit besonderer Vorliebe an Verkaufsgeschäfte der Mode und Bekleidungsbranche wandten, um die ausrangierten, unverkäuflich gewordenen Gegenstände zu erstehen, sich jetzt von diesen Branchen fast vollständig fern halten, weil sie für diese unmodernen Waren keine Abnehmer mehr finden.

Wie hoch stellt sich nun der Bekleidungssetat einer Arbeiterfamilie in den verschiedenen Variationen. Diese Frage ist ungemein schwer zu beantworten,

weil feltjamerweise in den betreffenden Kreisen keinerlei Aufzeichnungen für diese Ausgaben gemacht werden; dann aber auch, weil die Mütter, welche meistens aus dem arbeitenden oder dienenden Stande hervorgegangen sind, sehr viel Bekleidungsgegenstände für sich und die Kinder selbst anfertigen oder aus anderen Kleidungen herstellen.

In dem von mir geleiteten Betriebe, der ca. 450 kaufmännische und gewerbliche Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, habe ich nun durch Umfrage nachstehendes Ergebnis festgestellt:

I. Ungelernter Arbeiter: kinderlose Eheleute, Einkommen 1560 Mk. Ausgabe für Bekleidung ca. 230 Mk. = 15 %.

II. Ungelernter Arbeiter: Familie: 1 Tochter, 3 Knaben, 14, 10, 9, 3 ½ Jahre. Einkommen 2000 Mk. Ausgabe für Bekleidung 250 Mk. = 12 %. Die Frau, gelernte Schneiderin, macht sehr viel Sachen selbst.

III. Gelernter Arbeiter: Familie: 2 Töchter, 1 Sohn, 18, 16, 12 Jahre. Einkommen 1900 Mk. Ausgabe für Bekleidung 500 Mk. = 26 %¹.

IV. Gelernter Arbeiter: Familie: 2 Töchter, 8 und 3 Jahre. Einkommen 1900 Mk. Ausgabe für Bekleidung 250 Mk. = 13 %.

V. Gelernter Arbeiter: Familie: 2 Mädchen, 10 und 9 Jahre. Einkommen 3000 Mk. Ausgabe für Bekleidung 350 Mk. = 12 %. Frau schneidert viel selbst.

VI. Kaufmännischer Bureauangestellter: Familie: 1 Mädchen, 2 Knaben, 3—6 Jahre. Einkommen 3000 Mk. Ausgabe für Bekleidung 500 Mk. = 17 %.

3. Herrenkonfektion, Herrenmaßschneiderei.

Bericht eines Herrn aus der Herrenkonfektion, Mitinhaber eines bedeutenden Herrenkonfektionsgeschäftes in Berlin, das in Hamburg eine große, aber noch nicht so lange bestehende Filiale besitzt, daß sie über einen so langen Zeitraum aus eigener Erfahrung urteilen könnte. Derselbe hat auf meinen Wunsch die ältesten hiesigen Konfektionsgeschäfte aufgesucht und mir über deren Urteil geschrieben:

Ich habe diverse Herren aus der Herrenkonfektionsbranche besucht. Dieselben haben mir alle einstimmig erklärt, daß die Preise für Konfektion in den letzten 25 Jahren nicht in dem Maße gestiegen sind wie z. B. die Lebens-

¹ Anm. d. Verf.: Jedenfalls einschließlich der Bekleidungsausgabe der erwachsenen erwerbstätigen Töchter — aber ausschließlich ihres Einkommens. Dieser Fall bestätigt, was ich oben hierüber ausgeführt habe.

mittel. Letzteres hat seinen Grund darin, daß, wenn auch die Oberstoffe dieselben geblieben sind, die Zutaten und die Verarbeitung geringer geworden ist. Ein Anzug, der z. B. 1890 30 Mk. gekostet hat, stellt sich jetzt auf ca. 35 Mk. Teilweise liegt es auch daran, daß der Nutzen infolge der größeren Konkurrenz ein geringerer geworden ist. Das Geschäft hat sich ganz gedreht. Während früher ein Kunde mehr auf Stabilität des Stoffes gesehen hat, ist jetzt das Dessin die Hauptsache¹.

(Tabelle 53 siehe Seite 370.)

Im feinen Maßgeschäft haben wir also allein seit 1900 eine Steigerung für den Kunden um rund 22 %. Die Stoffe sind in der Zeit 1902—1913 im Preise um 12—21 % gestiegen. Wie wir gleich noch sehen werden, sind die Löhne selbst beim kleinen Schneider — der einen weniger hohen Tarif bezahlt — in dieser Zeit um 26 % gestiegen. (Wir sprechen vom Stücklohn, der bei dem erstklassigen Maßgeschäft ausschließlich in Betracht kommt.) Die Preise der Kleidungsstücke hätten also wohl noch mehr steigen müssen, wenn die große Steigerung des Umsatzes (von 1902—1913 allein um 52 %) dem Inhaber des Geschäftes nicht gestattet hätte, sich mit geringerem Nutzen zu begnügen.

¹ Anm. d. Verf.: Danach ist außer der Verteuerung um etwa 20 % doch auch noch eine Verschlechterung der Qualität eingetreten, so daß beide Momente zusammen doch wohl reichlich 25 % betragen dürften, um die der Käufer heute schlechter fährt als 1890. Denn wenn Verarbeitung und Zutaten geringer geworden sind, kann der Anzug nicht so lange halten und erfordert häufiger Reparaturen, die bei Beurteilung des Preises mit in Rechnung gestellt werden müssen, während der Berichterstatter ausschließlich nur den Verkaufspreis im Auge hat.

Es kommt bei Beurteilung der Herrenkonfektion noch ein Moment mit in Betracht, das der Berichterstatter überhaupt keine Veranlassung hatte, zu berücksichtigen: In der Maßschneiderei sind die Arbeitslöhne, Stoffe und Zutaten so gestiegen, daß der Arbeiter, der sich früher vom Schneider bekleden ließ, dies jetzt nicht mehr kann, weil die heutigen Preise denselben für ihn unerträglich sind. Große Kreise, die früher zum Schneider gingen, sind heute auf die Konfektion angewiesen und damit auf nicht so gut sitzende Bekleidung, die weniger gut hält als die solidere Arbeit des Schneiders.

Dem dadurch bewirkten Rückgang des kleinen Herrenschneidergewerbes steht aber ein großer Aufschwung der feinen Maßschneiderei gegenüber, die eine Kundschaft hat, die auf tadelloses Sitzen und erste Qualität hält, eine Kundschaft, die mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung größer und größer geworden ist, durch Zunehmen des Reisens, der Festlichkeiten, der Gesellschaften, des Theaterbesuchs und des Sports aller Art eine sehr vielfältige Garderobe anschafft und nicht genötigt ist, auf den Preis zu sehen. Dieser ist denn auch dementsprechend gestiegen. Darüber informiert uns für die Zeit 1900—1913 folgende Aufstellung auf Seite 370 (Tabelle 53) eines erstklassigen hiesigen Schneidergeschäfts:

Tabelle 53.

	Erfordert an Stoff in Yard	1900 Mk.	1913 Mk.	Steigerung 1900 bis 1913
Weinkleid	2,5	40	55	37,5 %
Jadettanzug ohne Seidenfutter . .	3,5	125	145	16 %
Jadettanzug mit Seidenfutter . .	3,5	145	170	17 %
Sommerpaletot auf Seide	2,5	140	165	18 %
Frackanzug auf Seide	3,5	180	225	25 %
Gehrockanzug auf Seide	3,5	175	220	26 %
Winterpaletot auf Seide	2,5	160	195	22 %
Winterpaletot ohne Seide	2,5	125	150	20 %
Cut away und Weste ohne Seide .	2,25	110	130	18 %
Cut away und Weste mit Seide .	2,25	130	155	19 %

Durchschnitt 21,85 %

	1902 Mk.	1913 Mk.	Steigerung 1902—1913
Arbeitslöhne	31 791,75	46 013,25	45 %
Salär.	12 388,50	14 058,—	13 %
Handlungskosten	11 797,70	15 837,86	34 %
Umsatz	132 500,—	202 000,—	52 %

	1900 Einkaufspreis	1913 Einkaufspreis	Steigerung 1902—1913
Weinkleidstoffe	6 sh. 6 d. p. Yd.	7 sh. 9 d. p. Yd.	19 %
Winterpaletotstoffe	16 " 6 " " "	18 " 6 " " "	12 %
Schwarze Stoffe	8 " 6 " " "	10 " 3 " " "	21 %

In der Tat sehen wir die Preise der Kleidungsstücke denn auch beim kleinen Schneider stärker steigen, als im großen Schneidergeschäft.

Wir geben nachstehend den Preis für einen Durchschnittsanzug bei einem kleinen Schneider wieder und führen daneben die Löhne auf, die er zu zahlen hatte bzw. hat, und die Selbstkostenpreise seiner Stoffe, Zutaten und Futter.

Tabelle 54.

Bei einem kleinen Schneider betragen:

	Löhne		für einen Anzug mittlerer Qualität			Preis für einen Anzug (Mittelqualität)
	Wochenlohn	Stücklohn für einen Anzug	Stoff ¹	Futter	Zutaten ²	
1896	24	16,80	21,00	6,00	0,50	49
1900	27	18,20	24,00	6,00	0,70	60
1913	36	23,00	33,00	11,00	1,00	78
Steigerung in %						
1896—1900	12,5	8,3	—	—	—	22
1900—1913	33,3	26,4	—	—	—	30
1896—1913	50	37	57	83	100	59

Wir haben also beim kleinen Schneider eine Steigerung von 22 % in der Zeit 1896—1900, von 30 % in der Zeit 1900—1913 und von 59 % in der Zeit 1896—1913. Wir haben also in der Zeit unserer Berichtsperiode 1890—1913 mit einer Steigerung um über 60 % zu rechnen.

4. Fußbekleidung.

1890 wurden in Hamburg nach dem Urteil Sachverständiger noch etwa 70—75 % der Fußbekleidung vom Schuster hergestellt. Man taxiert, daß dies heute nur noch 10 % sind. Inzwischen ist der Preis der Fabrikationsware — für die gleiche Qualität — um 25—30 % gestiegen. Ein erstes Schuhwarengeschäft taxiert sowohl für Reparaturen als für fertige Schuhwaren die Steigerung seit dem ersten Drittel des Jahres 1913 allein auf 15 %. Die Zahl der Schuhwarengeschäfte mit Fabrikware ist namentlich seit 1905 stark gestiegen, insbesondere noch wieder seit 1910.

Die Preissteigerung für die Maßarbeit aber war durchschnittlich noch größer als diejenige der Fabrikware, die, nebenbei bemerkt, den kleinen Schuster herausgedrängt hat, der nur noch Flickschuster ist, so daß im Schuhwarenmaßgeschäft — im Gegensatz zum Schneidergeschäft — heute nur noch erstklassige Schuhmacher existieren, die auf ziemlich einheitlichen und hohen Preis halten.

Im Jahre 1890, wo noch mittlere und bessere Schuhmacher existierten, war der mittlere Preis für ein Paar bessere Herrenstiefel 22 Mk.

¹ Die Preise der Stoffe verstehen sich abzüglich 15—20 %.

² Z. B. eine Rolle Gütermanns Maschinenseide: 1896 42 Pf., 1900 48 Pf., 1913 55 Pf.

bis 23,50 Mk. Die kleinen Schuhmacher nahmen für den gleichen Stiefel nur 20 Mk. Heute kostet der gleiche Stiefel bei den besseren Schuhmachern 30 Mk., bei den kleineren 25 Mk. Wir haben hier also bei dem besseren Schuhmacher eine Steigerung von etwa 32 %, bei dem kleinen eine solche von 25 %.

Tabelle 55.

Es betragen bei einem besseren Schuhmacher:

	Wochen- lohn	Löhne		Lederpreise		Preis für ein Paar Herrenstiefel I. Qualität
		Stücklohn ¹		Sohlleber I. Qualität per 1 Pfund	Oberleder per Quadratfuß	
	M	M		M	M	M
1890	18—20	4,80		1,60	1,35	23,50
1895	22	5,25		1,75	1,45	25,—
1900	24	5,50		1,80	1,50	25,—
1905	24	5,50		2,00	1,60	26,50
		I. Klasse	II. Klasse			
1910	26	7,25	6,25	2,40	1,70	28,50 ²
1913	30	8,25	7,25	2,70	1,80	30—32 ²

5. Strumpfwaren und Unterzeuge.

Die folgende Schilderung der Entwicklung in der Branche „Strumpfwaren und Unterzeuge“ stammt von der Inhaberin eines der ersten und angesehensten Detailgeschäfte des Platzes. Sie hat die Entwicklung seit 1890 selbst mitgemacht, entstammt einer bedeutenden sächsischen Fabrikantenfamilie derselben Branche und beherrscht auch die Produktionsverhältnisse der letzteren. Auch ihr in dieser Beziehung abgegebenes Urteil darf daher als maßgebend angesehen werden.

Strumpfwaren und Unterzeuge sind von Jahr zu Jahr Preisschwankungen unterworfen.

Im allgemeinen sind die Preise von 1890 bis 1900 zirka 8—10 %, von 1900 bis 1914 zirka 8—15 % gestiegen, so daß heute eine Preiserhöhung von zirka 20—25 % vorliegt. Einzelne alte noch auf Handmaschinen hergestellte Qualitäten haben eine Erhöhung bis zu 30 % erfahren. Durch fortgesetzte günstigere maschinelle Herstellung ist die Differenz nicht sehr fühlbar, es gibt Qualitäten, die an Güte und Schönheit den früheren, auf Wirkstühlen ge-

¹ Für ein Paar Herrenstiefel, für Damenstiefel 1 Mk. weniger.

² Infolge des hohen Lederpreises sind von 1910 an die Preise für Damen- und Herrenstiefel gleich, während bis dahin Damenstiefel etwa 2 Mk. billiger waren.

fertigten Waren, nicht nachstehen, dabei aber billiger sind. Auf Standardmaschinen gearbeitete, sogenannte Konsumware, ist sehr billig; derartig billige Ware kannte man vor 25 Jahren noch nicht.

6. Herrenhüte (auch Damensporthüte).

Wir schließen diese Serie von Monographien mit einer Darstellung der Entwicklung in der Kopfbedeckung. Sie stammt aus der Feder des Inhabers des größten und feinsten Detailgeschäftes der Herrenhutbranche des Plazes. Sein Urteil aber hat er mir ausdrücklich als allgemeingültig gegeben. (Er selbst führt die billige Ware gar nicht.) Da er seit langen Jahren sein glänzendes Geschäft betreibt und Vorsitzender der Detaillistenkammer ist, so hat er auch ein Urteil über eine weniger kaufkräftige Kundschaft als es die feinige ist.

Durchschnittspreise für Herrenkopfbedeckungen von 1890 bis 1914 für Verbraucher mit einem Einkommen bis zu 3000 Mk.: Bis zum Jahre 1900 etwa wurden die Hüte fast ausschließlich in den „Dreimarks-Hutbasaren“ gekauft und für eine Kopfbedeckung nicht mehr wie bis zu 3,50 Mk. bezahlt. Seit dieser Zeit aber hat sich die Situation so verschoben, daß von den vielen „Dreimarks-Hutbasaren“ auch nicht einer mehr besteht. Der Durchschnittspreis der heute gekauften Hüte beträgt 6 Mk. Das heißt, die Preise laufen von 4 bis 8 Mk., und der jährliche Bedarf ist im allgemeinen zwei Stück. Es kommen aber auch sogenannte „Modeausnahmezeiten“ vor, z. B. in Strohhüten so um 1907 anfangend und bis heute noch anhaltend. Aus Ecuador und Columbien stammende, aber Panama genannte Hüte werden heute noch mit 12, 15 und 18 Mk. per Stück bezahlt! Es sind aber in den ersten Jahren dieser Mode 1907—1909 vielfach Preise bis 60 Mk. und mehr angelegt worden. Mir ist ein Fall bekannt, in dem ein einfacher Milchkarrenführer 80 Mk. für einen Panamahut bezahlt hat!

Aber auch in Filzhüten haben wir Ausnahmemoden, wo extra hohe Preise angelegt werden. In den Jahren 1911 und 1912 sind Plüsch- (Velours-) Hüte aufgefunden, die mit 10 bis 15 Mk. bezahlt und viel gekauft worden sind!

Der höhere Steuerzahler (mit einem Einkommen von 3000 Mk. aufwärts) ist von 1890 bis heute vom bescheidenen Konsum eines guten Filzhutes zu 10,50 Mk. auf 15—20 Mk. für die reguläre Kopfbedeckung gestiegen. (Der Preis des Rohmaterials ist seit 1890 um etwa 30 % gestiegen, die Löhne nach meinen Büchern gleichzeitig um ebenfalls 30 %, die fertige Ware ist um etwa 20 % teurer geworden. Sie ist von 1890 bis etwa 1906 um 10 % und seitdem wieder um 10 % gestiegen. Der Konsument aber kauft heute zu einem um mehr als 20 % höheren Preise, weil er durchweg feinere Qualitäten bevorzugt.)

Dazu treten die Ausgaben für Sportartikel, die häufig den regulären Verbrauch verdrängen. Der letztere dürfte seit 1890 sich um ein Drittel im ganzen erhöht haben. Dazu treten die Ausgaben für extra Moden. In der Periode der Panamahüte sind allgemein für den einzelnen Gut Preise von 25 bis 45 Mk.

bezahlt worden. Zu vielen Hunderten sind Hüte zu 100—150 Mk. verkauft worden und Extrastücke bis 800 Mk. Es ist Tatsache, daß im großen und ganzen im Ver-
kaufe nicht in erster Linie der Preis, sondern die Qualität und der gute Geschmack eine Rolle spielen!

Wenn man die Konsumenten, wie vorgeesehen, in zwei Klassen teilt, so darf man sagen, daß die Aufwendungen für Kopfbedeckungen von 1890 bis heute im Durchschnitt sich verdoppelt haben. Dazu treten dann noch die extra Moden sowie der Sport, so daß man ruhig den Gesamtaufwand des einzelnen Konsumenten als verdreifacht annehmen kann.

Dies gilt in gleicher Weise von Damenhüten, wobei der schnelle und oft gänzliche Modenwechsel eine weitere Steigerung der Ausgaben bedingt. Hat doch allein der Damen-Reitport sich mindestens vervierfacht!

Ich schätze die Ausgaben pro Kopf (ohne den Aufwand für Sport und Extramoden): Bei einem Einkommen unter 3000 Mk. auf 15 Mk. und bei einem Einkommen über 3000 Mk. auf 30 Mk.

Sowohl den Herren und Firmeninhabern, die uns die vorstehenden Schilderungen und das statistische Material geliefert haben, wie auch dem Sekretär der Detaillistenkammer, Herrn Dr. Ehlers, der sich gütigst im Interesse unserer Sache vielseitig bemüht hat, spreche ich hiermit meinen verbindlichsten Dank aus.

Haushaltsrechnungen wohlhabender Familien.

Nachfolgend bringen wir zunächst Haushaltsrechnungen einer Hausfrau zur Darstellung, die diese Jahre hindurch mit denkbar peinlichster Genauigkeit geführt hat (Siehe Anhang, Tab. IV u. V). Es ist geradezu erstaunlich, wie sie ihre Aufschreibungen so vollständig hat führen können, daß ihr unter der Rubrik „Diverses“ durchschnittlich nur etwa 0,5 % verblieben. Diese Rubrizierungen sind monatlich vorgenommen und am Jahreschluß nach Monaten getrennt zusammengestellt. Sie haben mir im Original vorgelegen, und ich hatte für die verschiedenen Rubriken nur nötig, die Prozentsätze zu berechnen (Siehe Tab. 56, S. 376). Die Ausgabe des Mannes (Kaufmann) für Frühstück außer dem Hause ist nur zufällig mit der runden Zahl 10 % ausgekommen. Sie betrug 313 Mk.

Solange die Familie vollzählig beisammen war und mit zwei Diensthofen sechs Köpfe zählte, betrug die Nahrungsmittelausgabe rund 3300 Mk. Als die Personenzahl der Haushaltung halb so groß wurde, sank sie auf unter die Hälfte, und blieb fast in der gleichen Höhe, als sie sich auf zwei Köpfe reduzierte. Die Ausgabe für „Abendbrot“, die sich zwischen 1,7 und 3,3 % bewegt, habe ich in Tabelle 56 derjenigen von Fleisch und Fisch folgen lassen, weil sie vorwiegend in dieses Gebiet fallende Nahrungsmittel betrifft, wie Hering, geräucherte Fische, Sardellen, Sardinen usw.

Die Ausgabe für Fleisch und Fisch steigt von rund 30 auf rund 38 %. Brot und Kuchen schwanken zwischen 10,4 und 3,3 %, Gemüse zwischen 8,8 und 12,3 %, Milch zwischen 3 und 7 %, Eier zwischen 4,2 und 6,6 %, die Ausgaben beim Krämer zwischen 11,4 und 17,5 %. Daß Wein 1889 9,1 % erfordert, liegt an einer größeren Anschaffung. Gewöhnlich werden dafür zwischen 3 und 4 % ausgegeben. Sehr konstant ist die Rubrik der Getränke im Hause. Aber nichts ist hier außer dem Hause ausgegeben, es sei denn unter Diverses. Was hier gespart wurde, wurde aber reichlich für Gäste im Hause ausgegeben, denn wir haben hier ein sehr „offenes Haus“ vor uns, das häufig und viele Gäste bei sich sah. Daher auch die besondere Rubrik „Abendbrot“ und das Schwanken dieser Ausgabe zwischen 6,6 und 9,7 % selbst in Jahren ganz gleichmäßig großen Haushaltes und fast ganz gleicher Gesamtausgabe.

Die Nahrungsmittel bildeten zwischen 20 und 27 % der Gesamtausgabe, die eine Höhe von bis zu 15 000 Mk. erreichte.

Tabelle 56.

	Sechstöpfige Familie: Mann, Frau, 2 erwachsene Töchter, 2 Diensthboten			Selbst Haushaltung: 3 Köpfe: Mutter, Tochter, Diensthbote			Selbst Haushalt. 2 Köpfe: Frau und Diensthbote	
	1889	1890	1891	1894	1895	1896	1900	1905
Gesamtausgabe für Nahrung . . . Mk.	3129	3361	3339	1568	1576	1605	1533	1094
	dav. %	dav. %	dav. %	dav. %	dav. %	dav. %	dav. %	dav. %
Fleisch	23,3	24,9	25,9	30,6	27,4	28,5	28,7	30,4
Fische	7,0	7,0	6,2	6,6	7,0	9,7	8,1	8,1
„Abendbrot“	1,7	3,3	2,3	3,0	3,3	2,8	1,9	1,3
Brot und Kuchen . .	8,5	10,1	10,4	5,4	6,4	5,7	3,3	4,9
Gemüse u. Kartoffeln .	8,8	10,5	10,0	13,0	9,7	10,8	12,3	15,3
Butter	7,7	8,9	8,9	9,4	9,2	7,9	9,6	9,2
Milch	3,1	7,1	6,6	4,0	3,9	4,8	5,0	3,8
Eier	4,6	6,3	6,2	4,4	4,2	5,4	5,0	4,4
Früchte	2,6	3,1	3,0	3,5	3,7	3,8	2,5	2,6
Kräuter	11,4	14,3	12,5	16,1	17,5	16,0	17,3	16,8
Wein	9,1	3,1	3,8	0,4	3,9	1,6	3,0	0,7
Bier, Selters, Brause .	1,6	1,9	3,9	2,6	2,6	1,9	2,9	1,6
Diverses	0,6	0,5	0,3	1,0	1,2	1,1	0,4	0,9
Frühstück des Mannes ¹	10,0	—	—	—	—	—	—	—
	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsausgabe in % der Gesamtausgabe	20,8	27,1	22,4	23,9	22,5	19,6	26,4	19,7
Fleisch in % der Ge- samtausgabe ² . . .	4,9	6,7	5,8	7,3	6,2	5,6	8,1	6,0

Die absoluten Zahlen der Nahrungsmittelangebe dieser Haushaltung folgen, für eine Reihe von Jahren, in einer besonderen Tabelle (V) im Anhang. Ebenso für eine noch längere Reihe von Jahren die Verteilung aller Ausgaben (Tab. IV im Anhang).

Die folgende Haushaltungsrechnung einer wohlhabenden Familie gestattet uns, die Ausgaben auch im Verhältnis zu dem Einkommen zu betrachten.

Tabelle 57.

Haushaltung von 6 Köpfen: Mann, Frau, 2 Kinder (2 ½ und 1 ½ Jahre), 2 Dienstmädchen. Im Durchschnitt von 2 Jahren (1912 und 1913).

Einkommen	9200 Mk. =	100	
Ausgaben	7500 Mk. =		100
Hiervon für:			
Nahrungsmittel	2900 Mk. = 100 =	31,5 %	38,7 %
davon auf Fleisch	665 Mk. = 22,9 %		
Wurstwaren	105 Mk. = 3,6 %		
	zuf. 770 Mk. = 26,5 % =	8,4 %	10,3 %
Fische	125 Mk. = 4,3 %		
	zuf. 895 Mk. = 30,8 %.		

¹ Außer dem Hause.

² Im Durchschnitt der 8 Jahre 6,3 %.

Die Nahrungsmittelausgabe absorbiert 31,5 % des Einkommens. Die Fleischausgabe, die für die Einkommensklasse dieser Familie sehr gering ist, beträgt 26,5 % der Nahrungsmittelausgabe, 10,3 % der Ausgaben überhaupt und 8,4 % des Einkommens. Auch die übrigen berechneten und aufgeführten Prozentsätze empfehlen wir der Beachtung.

Wir lassen nun die Haushaltungsrechnung einer wohlhabenden vierköpfigen Familie folgen.

Tabelle 57 a.

Haushaltung von 4 Köpfen: Mann, Frau, Sohn (15 Jahre), Diensthote.

Gesamtausgabe für Lebensmittel¹ (1913): **RM. 2731.**

Davon für:

Fleisch (338 kg = 85 kg pro Kopf)	35,5 %
Fische	6,1 "
Butter	8,7 "
Schmalz	1,5 "
Käse	1,7 "
Eier	8,6 "
Kartoffeln	1,7 "
Gemüse	5,8 "
Salz, Gewürze, Öl	2,4 "
Zucker	2,0 "
Mehl, Reis	0,5 "
Obst und Südfrüchte	1,6 "
Brot und Backwaren	9,0 "
Kaffee, Tee, Kakao	3,0 "
Milch	7,5 "
<hr/>	
Zusammen: 95,6 %	

¹ Die Familie gibt fast nichts aus für alkoholische Getränke und „übrige Getränke im Hause“, besucht keine Gastwirtschaften und der Mann ist Nichtraucher.

Die 179 Hamburger Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes im Vergleich zu dessen Wohlhabenhheitsklassen.

Tabelle 58. Reichsarbeitsblatt:

	Hamburg ¹		Deutsches Reich ²			
		179	293	Ausgabe von Mf.:		
				2000 bis 3000	unt. 2000	üb. 3000
Gesamtausgabe (Durchsch.)	—	2113 Mf.	2389 Mf.	1630 Mf.	3703 Mf.	
Davon für Nahrung. . .	—	1034 "	1097 "	853 "	1340 "	
Wenn Nahrungsmittel. .	—	= 48,9 %	= 45,9 %	= 52,3 %	= 36,2 %	
		= 100	= 100	= 100	= 100	
1	und zwar für:					
	Fleisch, Schinken, Speck usw.	36 599 Mf.	19,8 %	19,2 %	17,5 %	20,3 %
2	Wurst	10 499 "	5,7 "	5,6 "	6,4 "	5,1 "
3	Fische, auch geräuchert	3 822 "	2,1 "	1,5 "	1,5 "	1,7 "
4	Butter	13 520 "	7,3 "	9,0 "	8,0 "	10,2 "
5	Schmalz, Margarine usw.	10 864 "	5,9 "	3,7 "	4,6 "	2,3 "
6	Eier	4 245 "	2,3 "	1,7 "	1,7 "	1,4 "
7	Kartoffeln	5 914 "	3,2 "	3,1 "	2,9 "	3,4 "
8	Grünwaren	7 186 "	3,9 "	3,3 "	3,6 "	2,7 "
9	Salz, Gewürze, Öl . .	4 808 "	2,6 "	2,6 "	2,3 "	3,1 "
10	Zucker, Sirup, Honig .	1 094 "	0,6 "	0,9 "	1,0 "	0,9 "
11	Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw. . . .	4 348 "	2,4 "	2,5 "	2,7 "	2,5 "
12	Obst und Südfrüchte .	5 109 "	2,8 "	2,8 "	3,1 "	2,7 "
13	Brot und Backwaren .	5 856 "	3,2 "	2,8 "	2,4 "	4,0 "
14	Kaffee und Kaffeeersatz	26 777 "	14,5 "	15,9 "	17,3 "	14,7 "
15	Tea, Schokolade, Kakao	5 198 "	2,8 "	2,7 "	2,7 "	2,3 "
16	Milch	1 671 "	0,9 "	0,9 "	0,7 "	1,2 "
17	übrige Getränke im Hause	17 746 "	9,6 "	9,7 "	10,6 "	9,9 "
18	Sonstige Nahrungsmittel	3 677 "	2,0 "	3,5 "	3,4 "	3,1 "
19	Tabak und Zigarren .	287 "	0,2 "	0,2 "	0,2 "	0,4 "
20	Ausgaben in Gastwirtschaften	4 029 "	2,2 "	2,0 "	1,8 "	2,4 "
21		11 860 "	6,4 "	6,4 "	5,6 "	5,7 "
	Zusammen	185 112 Mf.	100 %	100 %	100 %	100 %

¹ S. 92.

² S. 37*.

Die Ähnlichkeit — ja oft absolute Gleichheit — der Hamburger Prozentsätze mit denen der mittleren Wohlhabenzklasse des Reiches (mit der annähernd gleichen Ausgabe für Nahrungsmittel) springt in die Augen. Der etwas höhere Prozentsatz für Fleisch und Wurst und der entsprechend niedrigere für Brot, dürfte sich aus der nördlichen Lage erklären, der höhere Prozentsatz für Obst- und Südfrüchte aus der Lage Hamburgs als Eingangstor der letzteren, sowie aus der Nähe von „Bierlanden“, dem herrlichen Obstbauland an der Elbe.

Lebensmittelpreise seit 1890.

(Eine Tabelle der Lebensmittelpreise seit 1879 [Ladenpreise für 1 Kilogramm] folgt im Anhang [Tabelle VI].)

1. Fleisch, Schinken, Speck usw. — 2. Wurst.

In manchen Orten steht der Erhöhung der Fleischpreise eine Verbesserung der Qualität in gewissem Umfange gegenüber. Das ist in Hamburg nicht der Fall. Hier war das Fleisch schon seit Jahr und Tag das beste, und dies mag wohl auch die Hauptursache dafür gewesen sein, daß für den Fremden von alters her der Besuch gewisser Restaurants mit zu den Darbietungen der Stadt gehörte. Diesen Vorzug verdankt Hamburg seiner geographischen Lage in der Nähe der saftigen Holsteiner Weiden. Dem verwöhnten Hamburger Gaumen wollen daher Kühe und Bullen (Stiere) nicht munden, die in anderen deutschen Gauen — z. B. im Süden und im rheinisch=westfälischen Industriegebiet — in großen Mengen konsumiert werden. In den letzten Jahren — seit etwa 1904 — haben allerdings auch in Hamburg die Schlachtungen von Kühen und Bullen zugenommen, aber nur dadurch, daß jetzt dänisches Vieh in größerem Umfang hier geschlachtet wird — es darf laut Vorschrift den Platz nicht lebend wieder verlassen —, dessen Schlachtprodukt wieder nach auswärts wandert und dadurch, daß sich in kleineren Orten der schleswig-holsteinischen Umgegend — in Elmshorn, Breez usw. — Wurstfabriken aufgetan haben, die in großen Mengen Ruchfleisch hier geschlachteter Tiere verarbeiten, das dann allerdings, wahrscheinlich in veränderter Form, wieder nach dem Ausgangspunkt zurückkehrt. Auch gehen große Quantitäten hier geschlachteter Kühe nach dem rheinisch=westfälischen Industriegebiet. Der Hamburger Konsum an Kühen und Bullen wird vom Direktor des Hamburger Zentralschlachthofes, Herrn Direktor Dr. J. Neumann, in gleicher Höhe wie etwa im Durchschnitt der Jahre 1896—1903 geschätzt, wo der Prozentsatz der geschlachteten Kühe — von der Gesamtzahl der geschlachteten Rinder — zwischen 3 und 6 % und der Prozentsatz der

geschlachteten Bullen zwischen 7 und 11 % schwankte¹. Der Gesamt-konsum Hamburgs an diesen Tiergattungen dürfte heute wie früher etwa 15 % des Gesamtrindfleischkonsums betragen.

Aus Vorstehendem erhellt schon, daß es außerordentlich schwer ist, den Gesamtfleischkonsum der Hamburger Bevölkerung zu schätzen. Versuche der Zentralschlachthof-Direktion, hierüber ein Bild zu gewinnen, haben zu keinem Resultat geführt. Abgesehen von zahlreichen Wagenladungen mit geschlachteten Tieren, die im Eisenbahnverkehr statistisch erfaßt werden, gehen große Quantitäten — nicht nur von Rindfleisch — in detailliertem Zustand unkontrolliert nach auswärts, wie z. B. Schweinsköpfe und gesalzene Bäume nach dem Osten, Schinken nach Rheinland-Westfalen, die nachher zum Teil als „Westfälischer Schinken“ wieder zurückkommen, also in der Art, wie früher rheinische Stahlmesser mit englischem Stempel versehen wieder nach Deutschland kamen. Das Quantum, das auf diese und jene unkontrollierbare Art nach auswärts geht, übersteigt nach Ansicht des Schlachthofdirektors bei Schweinen nicht ein Viertel, bei Rindern nicht ein Fünftel der Gesamtschlachtungen und Zufuhr und beträgt nach Ansicht des Obermeisters der Schlachterinnung, Herrn F. H. Schumacher, bei beiden Tiergattungen etwa ein Sechstel.

Dieser unkontrollierbaren Ausfuhr steht aber eine unkontrollierte Einfuhr von auf holsteinischem Gebiet geschlachteten Tieren — fast nur Rinder — gegenüber, die der Obermeister der Schlachterinnung, der als kompetenteste Persönlichkeit in dieser Frage gilt, auf höchstens ein Zehntel der Hamburger Schlachtungen und Zufuhr schätzt.

Stehen hier also rund zwei Zehntel unkontrollierbarer Ausfuhr einem Zehntel unkontrollierter Einfuhr gegenüber, so kommt noch ein drittes Moment der Unsicherheit hinzu: die Proviantierung der Schiffe, die namentlich für die Auswanderung große Mengen — meist Ruchfleisch — absorbiert, und für die auch sonst überwiegend Rindfleisch in Betracht kommt. Die „Schiffsbevölkerung“, die zur ständigen Hamburger Bevölkerung gerechnet werden muß, und deren Zahl nur bei den Volkszählungen ermittelt wird, wurde für die Tage der Bevölkerungsaufnahme in den Jahren 1911 und 1912 zu 10 550 Köpfen angenommen². Die mehrfache Zahl ist ständig zum Teil von Hamburg proviantiert

¹ Hamburgs Viehmärkte und Zentralschlachthof, im Auftrage der Schlachthofdeputation herausgegeben von Dr. F. Neumann, Direktor, Hamburg 1910, S. 62.

² Jahresber. des Stat. Amtes 1912, S. 45.

unterwegs. Auswanderer und Schiffsfahrgäste sind von Hamburg befördert worden ¹ im Jahre 1911 127 388, im Jahre 1912 180 519.

Die bedeutendsten und größten Reedereien waren so freundlich, mir über ihre Fleischverproviantierung im Jahre 1913 genaue Auskunft zu erteilen. Gegenüber dem großen Bedarf derselben — in erster Linie der Hamburg-Amerika-Linie mit ihrem mächtigen Auswanderer- und Passagiertransport — fallen die übrigen nicht ins Gewicht und waren mit Hilfe Sachverständiger anderer Reedereien leicht zu schätzen. Auf diese Weise ist es mir gelungen — namentlich auch mit Hilfe der Angaben des Herrn Oberregierungsrats Dr. v. d. Heyde über das auf die Schiffe gelangte ausländische Fleisch —, nach Tiergattungen getrennt, und den ebenso nach Tiergattungen und Provenienzen getrennten Angaben der Reedereien, zu ermitteln, welches Fleischquantum für Schiffsproviant vom Hamburger Schlachthofquantum abzusetzen ist.

Wir lassen nun die Berechnung des Hamburger Fleischkonsums folgen, die für uns namentlich von Interesse ist, um später den Fleischkonsum der 179 Hamburger Haushaltungen der Reichserhebung — den wir ebenfalls ermitteln — mit dem durchschnittlichen Hamburger Fleischkonsum vergleichen zu können.

Berechnung des Hamburger Fleischkonsums.

Nach gütiger Angabe der Schlachthof- und Viehmarktverwaltung betrug das für das Jahr 1911 ermittelte durchschnittliche Schlachtgewicht bei

Ochsen	264	kg
Bullen	347	„
Kühen	238	„
Jungrindern	238,5	„
Kälbern	77	„
Schweinen	95	„

Setzt man diese Gewichte für das nach dem Jahresbericht der Schlachthofdeputation geschlachtete Vieh ein, so ergibt sich für die 79 867 im Jahre 1911 geschlachteten Rinder ein Gesamtgewicht von 21 189 663 kg oder ein Durchschnittsschlachtgewicht von 265,3 kg pro Rind. Für Lämmer ergibt sich aus dem Jahresbericht 1913 der „Produktion“ ein durchschnittliches Schlachtgewicht von 24 kg.

¹ Jahresber. des Stat. Amtes 1912, S. 18.

Nach diesen Schlachtgewichten ergibt sich für Hamburg im Jahre 1913:

Tabelle 59.

	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Schlachtungen	74 546	50 228	497 528	90 661
Zufuhr (geschlachtet).	38 548	16 270	3 200	3 414
Zusammen	113 094	66 498	500 728	94 075
Bahnausfuhr (geschlachtet)	15 257	1 053	15 647	1 686
Zunächst in Hamburg verblieben . . .	97 837	65 445	485 081	92 389
Schlachtgewicht pro St. in kg . . .	265,3	77	95	24
Millionen kg	25,956	5,040	46,083	2,217
Ausfuhr — in detailliert. Zustände ¹ / ₆	4,356	—	7,683	—
	21,600	5,040	38,400	2,217
Holsteinische Schlachtungen	2,160	—	—	—
	23,760	5,040	38,400	2,217
Schiffsproviand	2,260	0,240	0,860	0,087
Hamburger Konsum Mill. kg . . .	21,500	4,800	37,540	2,130
Durchschnittsjahrespreis Pf. (häufigster Preis pro kg)	208,5	237	198	213
Millionen Mk.	44,828	11,376	74,329	4,537

Tabelle 60.

Verteilung des Gewichtes und Wertes des Hamburger Fleischkonsums auf die einzelnen Tiergattungen und auf den Kopf der Bevölkerung.

		Prozentfäße bei der „Produktion“		
	Mill. kg	Mill. Mk.	Gewicht	Wert
Rinder	21,5 = 32,6 %	44,8 = 33,2 %	25,9 %	27,2 %
Kälber	4,8 = 7,3 %	11,4 = 8,4 %	8,4 %	9,1 %
Schweine	37,5 = 56,9 %	74,3 = 55,1 %	63,4 %	61,3 %
Lammel	2,1 = 3,2 %	4,5 = 3,3 %	2,3 %	2,4 %
	66,0 = 100 %	135,1 = 100 %	100 %	100 %
1 200 000 Einwohner = 55 kg auf den Kopf, 112,60 Mk. pro Kopf der Bevölkerung.				
Davon „Produktion“:		3,784 Mill. kg	7,519 Mill. Mk.	
= % des Gesamtkonf.:		5,7 %	5,6 %.	

Nach vorstehender Aufstellung verteilen sich Gewicht und Wert des Hamburger Fleischkonsums auf die einzelnen Tiergattungen wie folgt:

An erster Stelle des Konsums steht also das Schweinefleisch mit rund 60 % des Gewichtes. Erst in großem Abstand folgt ihm das Rindfleisch mit rund 33 % des Gewichtes und Wertes. Die Prozentfäße sind bei dem Absatz der „Produktion“ sehr ähnliche, aber der Schweinefleischkonsum ist mit 63 % des Gewichtes und 61 % des Wertes doch größer. Das dürfte namentlich mit an dem stärkeren Wurstkonsum der unteren Einkommensklassen liegen, und da wir es mit diesen in

erster Linie zu tun haben, so legen wir unserer Fleischverteilungs-berechnung das Verhältnis bei der „Produktion“ zugrunde, das auch nach Ansicht des Schlachthofdirektors Herrn Dr. Neumann besser dem Verbrauch der Massen entspricht.

Nach vorstehender Gegenüberstellung entfallen auf die „Produktion“ 5,7 % des Gewichtes und 5,6 % des Wertes des Hamburger Fleischkonsums. Allerdings einschließlich 1 147 472 Mk. „Engrosverkäufe und diverse Einnahmen“ (Siehe Jahresbericht 1913, S. 85). Ohne diese, die wohl größtenteils nach auswärts gehen, betrug der Umsatz der „Produktion“ in Schlachterläden und Verkaufsstellen nur 6 372 000 Mark = 4,7 % des Wertes des Hamburger Fleischkonsums.

Zum Hamburger Fleischkonsum haben wir auch denjenigen zu rechnen, der von dem Quantum der vorstehenden Aufstellung auf die Bevölkerung der angrenzenden und umliegenden Ortschaften entfällt, die etwa 300 000 bis 400 000 Einwohner haben, von denen rund ein Drittel bis ein Viertel aus dem Hamburger Schlachthof versorgt werden¹. Mit dieser und der Hamburger Bevölkerung, die Mitte 1913 fast genau 1 100 000 Köpfe zählt (Staat), versorgte der Hamburger Schlachthof also rund 1 200 000 Personen mit Fleisch. Es entfielen also im Jahre 1913 auf den Kopf der Bevölkerung rund 55 kg Fleisch im Werte von 113 Mk.

Das Reichsamt des Innern hat im Oktober 1911 (in Veranlassung der Interpellation Nr. 1109, 1111 und 1118) eine Denkschrift über den Fleischkonsum veröffentlicht, nach der in Deutschland an Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung entfiel:

Jahr	kg pro Kopf der Bevölkerung
1904	52,0
1905	51,5
1906	50,5
1907	52,9
1908	53,3
1909	52,9
1910	52,0

Der Fleischkonsum war also auf den Kopf der Reichsbevölkerung im Jahre 1910 mit rund 52 kg um etwa 3 kg kleiner als im Jahre 1913 auf den Kopf der Hamburger Bevölkerung. Er ist aber in Hamburg im Jahre 1910 noch größer gewesen als im Jahre 1913. Bei stark zunehmender Bevölkerung (von 1909—1913 um rund 130 000 Köpfe in

¹ Das ist die Ansicht des Obermeisters Herrn Schumacher.

Hamburg allein) sind die Schlachtungen in Hamburg seit dem Jahre 1909 bei Rindern und Kälbern stark zurückgegangen¹, gegen 1912 sogar auch bei Schweinen, von denen im Jahre 1913 sogar 1400 weniger geschlachtet wurden als im Jahre 1911, wo noch 498 901 geschlachtet wurden². Eine genaue Berechnung für das Jahr 1910 (in der Weise wie für 1913 in Tabelle 59) nach den Jahresberichten der Schlachthofdeputation (1911 und 1913) angestellt, ergab für den Versorgungskreis des Hamburger Schlachthofes 62 Millionen Kilogramm, bei einem Bevölkerungskreis von 1 080 000 bis 1 100 000 Köpfen im Jahresdurchschnitt, wovon fast genau 1 000 000 auf Hamburg (Staat) entfallen. Es kam also im Jahre 1910 auf den Kopf der Hamburger Bevölkerung ein Fleischkonsum von 57 Kilogramm (gegen nur 55 Kilogramm im Jahre 1913).

Der Fleischkonsum dürfte also in Hamburg etwa 10 % größer sein als im Reichsdurchschnitt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß auch der Fischkonsum hier größer ist. Trotzdem: wenn in anderen Städten der Fleischkonsum gelegentlich wesentlich höher berechnet worden ist als in Hamburg, so dürfte das meist daran liegen, daß man dem Schlachthofquantum derselben nur die Bevölkerung der betreffenden Stadt gegenübergestellt und die angrenzenden Orte, die aus ihm mit versorgt werden, außer acht gelassen hat.

Die Gestaltung der Fleischpreise.

Um die Gestaltung der Fleischpreise zu verfolgen, bedienen wir uns bis zum Jahre 1899 der vom Handelsstatistischen Amte gesammelten „Durchschnittsladenpreise“ und von da ab der vom selben Amt gesammelten „Einzelhandelspreise für Fleisch in Hamburg“. Erstere sind, wie aus der Tabelle derselben zu ersehen (siehe Anhang, Tab. VI und VII; S. 509 und 511), nicht so spezialisiert vorhanden wie letztere. Die Spezialisierung aber ist, wie folgende Aufstellungen ergeben, für die Beurteilung der Preisentwicklung äußerst wichtig.

Über die Zuverlässigkeit beider Notierungen ermöglicht folgende Tabelle (61) uns ein Urteil. Sie vergleicht die Notierungen mit den Durchschnittspreisen der „Produktion“, die sich ergeben, wenn man das Gewicht ihres Fleischabfahes (einschließlich der Wurstwaren) in den

¹ Rinder von 80 500 im Jahre 1909 auf 74 546 im Jahre 1913, Kälber von 58 925 im Jahre 1909 auf 50 228 im Jahre 1913.

² Jahresber. d. Schlachthofdeputation f. d. J. 1913, S. 6.

Erlös desselben dividiert. Die „Produktion“ hatte, wie aus folgender Aufstellung derselben ersichtlich, in den Jahren 1912 und 1913 einen Fleischumsatz von 7–8 Millionen Pfund im Werte von 7–8 Millionen Mark. Solche Quantitäten und Werte sind ein nicht leicht zu überschätzender Maßstab.

Tabelle 61.
Fleischumsatz des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“.

Fleisch	Quantum 1000 Pfd.	Preis Mk.	Wert 1000 Mk.	Prozentverhältnis		
				im Werte des ges. Schlacht- umsatzes	im Ge- nicht des gesamt. Schlacht- umsatzes	zum Um- satz des Gesamt- geschäfts
1912						
Schweinefleisch	5220	85,95	4486	64	67	21
Rindfleisch, vorne	1050	86,69	910	13	13	4
hinten	1055	105,45	1112	16	13	5
Kalb"fleisch	382	113,18	433	6	5	2
Lammfleisch	137	100,65	137	9	2	1
Zusammen	7844		7080			33
1913						
Schweinefleisch	4798	96,03	4607	61	63	20
Rindfleisch, vorne	981	93,84	921	12	13	4
hinten	981	114,68	1125	15	13	5
Kalb"fleisch	634	108,09	686	9	8	3
Lammfleisch	173	103,95	180	2	2	1
Zusammen	7568		7519			32

Die nachstehende Tabelle 62 zeigt eine erstaunliche Übereinstimmung der „Kleinhandelspreise“ mit den von der „Produktion“ tatsächlich durchschnittlich — für ihr ganzes großes Jahresquantum — erzielten Preisen. Aber auch die Durchschnittsladenpreise weichen nicht viel von den letzteren ab. Wir können sie also auch für frühere Jahre als zuverlässig für unsere Berechnungen ansehen.

¹ Durchschnitt vom Preis für erste und zweite Sorte, berechnet vom Handelsstatistischen Amt nach dem „häufigsten Preis“, der ihm regelmäßig von sechs Schlachtern aufgegebenen Preise („Kleinhandelspreise“).

² Vom Handelsstatistischen Amt berechnet nach ihm regelmäßig von nur zwei Schlachtern aufgegebenen Preisen („Durchschnittsladenpreise“), also weniger maßgebend als die der ersten Rubrik. (NB. Alle Preise, welche die Konsumenten in Hamburg bezahlen, sind insofern Ladenpreise, als es, mit Ausnahme eines geringen Handels mit Fischen, Obst und Grünwaren, der noch auf einzelnen Plätzen bzw. in einzelnen Straßen stattfindet, keinen „Markt“ für das konsumierende Publikum gibt. Zu Anfang unserer Berichtsperiode konnte die

Tabelle 62.

Preis in Pfennigen für 1 kg (Ladenpreise):

	1912			1913		
	Häufigster Preis ¹	Durchschn. Ladenpreis ²	„Produktion“ ³	Häufigster Preis ¹	Durchschn. Ladenpreis ²	„Produktion“ ³
Rindfleisch, Keule	220	220	211	229	231	229
„ „ Bauch	177	178	173	188	183	188
Schweinefleisch .	185	186	172	198	196	192
Kalb- „ . . .	227	226	226	237	245	216
Lammfleisch .	196	198	201	213	216	208

Tabelle 63.

Rindfleisch Pfennige für 1 Kilogramm.

	a) Durchschnittsladenpreis		b) Kleinhandelspreise (häufigster Preis)			
	Keule	Bauch	zum Braten		zum Kochen	
			1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte
1911	203	166	209	191	169	160
1899	173	128	181	162	138	120
+ =	30	38	28	29	31	40
	17,3 %	29,7 %	15,4 %	17,8 %	22,4 %	33,3 %
1913	231	183	239	219	196	178
1899	173	128	182	162	138	120
+ =	58	55	57	57	58	58
	33,5 %	43,0 %	31,5 %	35,5 %	42,0 %	48,6 %

Spannung zwischen teuerstem und billigstem Rindfleisch:

	1899	1913
	182	239
	120	178
Differenz:	62	61
	51,3 %	33,8 %

Hamburger Hausfrau noch „zu Markte gehen“, um dort ihre Einkäufe zu machen. Heute werden auf dem — für das Gros der Einwohner viel zu entfernt liegenden — eigentlichen Markt nur noch Großhandelsquantitäten abgegeben. Ein Fleischhandel hat aber auch früher dort nicht stattgefunden.)

³ Berechnet durch Division des verkauften Jahresquantums in den erzielten Jahreserlös, auf welchen den Mitgliedern des „Konsum- Bau- und Sparvereins „Produktion“ im Jahre 1912 4 %, im Jahre 1913 5 % Rückvergütung gewährt sind, die bei diesen Preisen nicht abgezogen worden sind.

Tabelle 64.

Kalbfleisch Pfennige für 1 Kilogramm.

	a) Durchschnitts- Ladenpreis	b) Kleinhandelspreis (häufigster Preis)			
		zum Braten		zum Kochen	
		1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte
1911	223	251	228	213	200
1899	164	185	169	158	140
+ =	59	66	59	55	60
	36,0 %	36,0 %	34,4 %	34,7 %	42,8 %
1913	245	268	242	229	211
1899	164	185	169	158	140
+ =	81	83	72	71	71
	49,4 %	45,0 %	42,6 %	44,9 %	50,8 %

Spannung zwischen billigstem und teuerstem Kalbfleisch:

	1899	1913
	185	268
	140	211
Differenz:	45	57
	31,9 %	26,9 %

Tabelle 65.

Schweinefleisch Pfennige für 1 Kilogramm.

	a) Durchschnitts- Ladenpreis	b) Kleinhandelspreis (häufigster Preis)			
		zum Braten		zum Kochen	
		1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte
1911	166	185	165	158	146
1899	143	159	142	140	120
+ =	23	26	23	18	26
	16,1 %	16,2 %	16,3 %	12,8 %	21,4 %
1913	196	223	202	191	176
1899	143	159	142	140	120
+ =	53	64	60	51	56
	37,0 %	40,3 %	42,7 %	36,2 %	47,0 %

Spannung zwischen billigstem und teuerstem Schweinefleisch:

	1899	1913
	159	223
	120	176
Differenz:	39	47
	32,6 %	26,6 %

Tabelle 66.

Hammelfleisch Pfennige für 1 Kilogramm.

	a) Durchschnitts- Ladenpreis	b) Kleinhandelspreis (häufigster Preis)			
		zum Braten		zum Kochen	
		1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte
1911	184	200	180	180	161
1899	146	168	156	140	120
+ =	38	32	24	40	41
	26,0 %	19,4 %	15,4 %	28,6 %	34,1 %
1913	216	239	217	205	191
1899	146	168	156	140	120
+ =	70	71	61	65	71
	47,9 %	42,5 %	39,1 %	46,4 %	59,4 %

Spannung zwischen billigstem und teuerstem Hammelfleisch:

	1899	1913
	168	239
	120	191
Differenz:	48	48
	39,6 %	24,7 %

Bei den Verhandlungen des preußischen Landwirtschaftsrates über die Lebensmittelpreise Mitte Februar 1914 sagte der Referent Domänenrat Broedermann-Knegendorf: „Durch ganz Europa zeigt sich, daß der vermehrte Verdienst und der damit gesteigerte Konsum eine vermehrte Nachfrage nicht nur nach Fleisch, sondern nach den besten Fleischstücken zur Folge hat.“

Die Entwicklung der Hamburger Fleischpreise macht einen ganz anderen Eindruck. Offenbar gezwungen durch die hohen Fleischpreise, waren die Massen genötigt, sich gerade den billigsten, schlechtesten Stücken zuzuwenden, und die Schlachter waren infolgedessen genötigt, „die besten Fleischstücke“ — wahrscheinlich größtenteils in wohlhabenden Stadtvierteln — verhältnismäßig viel billiger abzugeben als die schlechten Stücke, die infolge der Nachfrage nach möglichst wenig teurem Fleisch enorm im Preise stiegen, nämlich in der Zeit von 1899—1913 um 49 %, während die durch den teuren Fleischpreisstand unerforschlich gewordenen „besten Stücke“ gleichzeitig nur 31 % im Preise gewinnen konnten. Infolgedessen schmolz die Spannung zwischen besten und schlechtesten Stücken, die 1899 noch 51,3 % betragen hatte, auf 33,8 % im Jahre 1913 zusammen, ja, sogar die absolute Größe der Spannung ging — trotz der Preissteigerung, in Wahrheit veranlaßt durch dieselbe — von 61,5 Pfennigen auf 60,3 Pfennige zurück.

Es liegt auf der Hand, was diese Verschiebung für die kleinen Einkommen bedeutet. Sie wirkt die ganze Berechnung ihrer Mehr-

ausgabe nach Durchschnittspreisen oder nach diesen berechneten Indizes über den Haufen. Die Rindfleischausgabe des Wohlhabenden, der zu vergleichsweise billigen Preisen die „besten Stücke“ bezieht, ist um 31 % gestiegen, während die Steigerung für den bescheidenen Geldbeutel, der sich mit den billigsten Stücken begnügen muß, um 49 % gestiegen ist, wobei der Nachteil der häufigen Abwanderung zur geringeren Qualität noch nicht berücksichtigt ist. Natürlich genießt auch der Arme mal ein besseres Stück Fleisch und umgekehrt. Aber solche Ausnahmen schlagen nicht zu Buch. Eine Berechnung der Mehrausgabe gegen früher, die der Wirklichkeit nahekommen soll, wird bei der Fleischausgabe für das kleine Einkommen andere Fleischpreise zugrunde legen müssen als für das große. Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht auch noch folgendes. Das Handelsstatistische Amt besitzt außer den „Einhandelspreisen für Fleisch in Hamburg nach Aufgabe von Schlachtern“ auch noch solche nach „Aufgabe von gezahlten Preisen durch Beamte der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben“. Vergleicht man diese mit den von den Schlachtern angegebenen Preisen, so ergibt sich, daß die betreffenden Beamten meist zweite Qualität erhalten haben.

In mäßigerem Umfange finden wir dieselbe Entwicklung wie bei den Rindfleischpreisen bei derjenigen der anderen Fleischarten, und stärker noch war das Mißverhältnis in der Preissteigerung der besten und schlechtesten Stücke bei allen Fleischarten in der Zeit von 1899 bis 1911, als in der längeren Periode 1899 bis 1913. Es scheint also, daß das Publikum sich allmählich an die hohen Preise gewöhnt, oder daß es, durch seit 1911 stattgehabte Lohn- und Gehaltserhöhungen, jetzt in der Lage ist, wieder in größerem Umfange auch bessere Stücke kaufen zu können. Es würde zu weitläufig sein, für jede Periode und Fleischart die Prozenthöhe der Steigerung und Spannung hier anzuführen. Der Einfachheit halber diene zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse die folgende Tabelle:

Tabelle 67.

Preissteigerung in Prozenten bei:

	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schmelfleisch		Schweinefleisch	
	von 1899 bis:		von 1899 bis:		von 1899 bis:		von 1899 bis:	
	1911	1913	1911	1913	1911	1913	1911	1913
Beste Stücke . . .	15,4	31,5	36,0	45,0	19,4	42,5	16,2	40,3
Schlechteste Stücke	33,3	48,6	42,8	50,8	34,1	59,4	21,4	47,0

Spannung zwischen billigstem und teuerstem Fleisch in Prozenten:

1899:	51,3	31,9	39,6	32,6
1913:	33,8	26,9	24,7	26,6

Wir wollen hier die Frage einschalten, ob die Schlachter die Preissteigerung mit verschuldet haben. Diese setzt erst nach den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts ein. Folgende Aufstellung zeigt nun, nach Vorder- und Hinterviertel getrennt, die Differenz in Pfennigen und Prozenten, welche zwischen dem Großhandelspreis (notiert vom Handelsstatistischen Amt) und dem Durchschnittsladenpreis in verschiedenen Jahren bestanden hat. Die Notierungen der Großhandelspreise für 1912 und 1913 gestatten nur, sie für Ochsen, Kühe und Bullen getrennt zu berechnen, die Notierung vor 1912 nur, sie für Rindfleisch überhaupt zu berechnen.

Tabelle 68.

Rindfleisch.

Die Differenz zwischen Durchschnittsmarktpreis (Großhandelspreise pro 100 kg) und Durchschnittsladenpreis (pro 1 kg) betrug für:

Hinterviertel		Vorderviertel	
(gegen „von der Keule“)		(gegen „vom Bauch“)	
1898:	53,5 Pf. = 44,4 %	34,2 Pf. = 35,7 %	
1901:	52,8 „ = 43,9 „	26,3 „ = 25,9 „	
1906:	54,7 „ = 38,0 „	29,8 „ = 24,0 „	
1911:	42,9 „ = 27,0 „	44,6 „ = 37,0 „	
1912:	55,6 „ = 34,0 „	Ochsen 39,0 „ = 28,0 „	
	66,8 „ = 43,6 „	Bullen 43,0 „ = 31,9 „	
	74,4 „ = 51,1 „	Kühe 50,4 „ = 39,5 „	
1913:	55,1 „ = 32,0 „	Ochsen 38,9 „ = 27,0 „	
	69,9 „ = 44,2 „	Bullen 42,3 „ = 29,9 „	
	79,9 „ = 54,0 „	Kühe 54,4 „ = 42,0 „	

Es geht aus dieser Aufstellung hervor, daß der Nutzen der Schlachter bei den steigenden Preisen prozentualer zunächst zurückgegangen ist, daß aber im zweiten Jahrzehnt unserer Berichtsperiode am Vorder- viertel — sowohl in absoluten Zahlen wie in Prozenten — reichlich wieder verdient wurde, was im Vergleich zum Verhältnis um die Jahrhundertwende am Hinterviertel weniger verdient wurde. In den beiden letzten Jahren (1912 und 1913) ist die Differenz aber auf der ganzen Linie wieder wesentlich größer als in früheren Zeiten — den normalen Zeiten um die Jahrhundertwende. Es scheint danach, daß die Schlachter jetzt reichlich wieder einholen, was sie während der Jahre der stärksten Steigerung zunächst weniger verdienten, und daß sie an der Preissteigerung der letzten beiden Jahre nicht unbeteiligt sind.

Trotz der großen Verschiedenheit der Preissteigerung für beste und schlechteste Stücke können wir aber bei der Gesamtheit der 179 Hamburger Haushaltungen nur den Durchschnittspreis aller Sorten in Ansatz bringen, weil diese Haushaltungen über den untersten Einkommensklassen liegen. Von ihren Haushaltungsvorständen sind 125 gelernte Arbeiter, je 5 Erwerführer und Kranführer, welche beiden Berufe auch gründlich gelernt sein wollen und gutes Einkommen gewähren, 11 kaufmännische Angestellte und 8 Beamte¹. Es sind dieselben Kreise, die das Gros der Mitgliedschaft der „Produktion“ bilden, und diese hat in den Jahren 1912 und 1913 fast zu ganz gleichen Gewichts teilen Vorder- und Hinterviertel verkauft und verarbeitet. (Siehe Tabelle 61, erste und vorletzte Spalte.)

Berechnung des Fleischkonsums der 179 Hamburger Haushaltungen nach Gewicht und Fleischarten.

Wir kommen nun zur Berechnung des Fleischkonsums der 179 Hamburger Haushaltungen, der uns nur dem Werte nach bekannt ist, den wir aber auch dem Gewichte nach kennen müssen, um dann vermittelt der Jahresdurchschnittspreise für frühere und spätere Jahre, als das Erhebungsjahr 1907, die Ausgabe dieser Haushaltungen für das gleiche Fleischquantum berechnen zu können. Zur Ermittlung des Verhältnisses, in dem die einzelnen Fleischarten im Gesamtfleischquantum der 179 Haushaltungen zueinander stehen, dient uns das gleiche Ver-

Tabelle 69.

Die 179 Hamburger Haushaltungen haben im Jahre 1907 ausgegeben für:

Fleisch, Schinken, Speck usw.		36 599 Mk.		
Wurst.		10 499 "		
		<hr/>		
		Zusammen 47 098 Mk.		
Gesamtabsatz d. Schlachtereien bei der „Produktion“: ²		Durchschnitt 1912/13	„Häufigster Preis“ im Jahre 1907 für 1 kg	
Rindfleisch	28 % =	13 140 Mk.	à 173 Pf.	= 7 606 kg
Kalb- und Lammfleisch	8 „ =	3 579 "	à 208 "	= 1 724 "
Schweinefleisch	62 „ =	29 342 "	à 157 "	= 18 688 "
Gammelfleisch	2 „ =	1 036 "	à 177 "	= 586 "
		<hr/>		
Zusammen 100 % =		47 097 Mk.	179 Haushalt.	= 28 604 kg
			pro Haushaltung	= 160 kg
		743 Personen =	38 kg pro Kopf.	

¹ Der Jahresbericht für das Stat. Bureau 1908, S. 29, der diese Kategorien aufführt, gibt allerdings 9 Beamte an. Darunter ist jedenfalls die eine Haushaltung (Lehrerin), die das Reichsarbeitsblatt nicht mit aufgenommen hat.

² Dem Werte nach.

	Gewicht	Preis pro Kilogramm in Pfennigen ¹								
	kg	1890	1895	1900	1905	1907	1910	1912	1913	
Rindfleisch . . .	7 606	156	150	150	160	173	178	198	208	
Schweinefleisch .	18 688	156	139	142	166	157	172	186	198	
Kalbfleisch . . .	1 724	160	160	165	177	208	217	228	237	
Lammfleisch . .	586	140	145	146	163	177	181	196	213	

hältnis beim Millionenumsatz der „Produktion“, im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913. Die Berechnung geschieht vermitteltst der vorhergehenden Tabelle 69. Der gleiche Modus der Berechnung, wie er in ihr angewandt ist, dient uns auch bei den übrigen Nahrungsmitteln, die im Reichsarbeitsblatt nur mit dem für sie ausgegebenen Betrage figurieren, zur Ermittlung des Gewichtes der einzelnen Warengattung.

Die Hauptergebnisse dieser Berechnung sind dann in der großen Tabelle, in der sämtliche Lebensmittel der 179 Haushaltungen in gleicher Weise zur Darstellung gelangen (siehe Anhang, Tab. VIII), wiederholt.

Aus Tabelle 69 geht hervor, daß der Fleischkonsum der 179 Haushaltungen durchschnittlich rund 39 kg pro Kopf betrug. Wir haben oben gesehen, daß er im Durchschnitt der Hamburger Bevölkerung im Jahre 1913 55 kg, im Jahre 1910 57 kg pro Kopf betrug. Das ist auch ganz erklärlich, wenn man bedenkt, daß er in den Haushaltungen der Wohlhabenden häufig zwischen 80 und 90 kg und darüber beträgt.

3. Fische, auch geräucherte.

Die Fischnahrung figuriert in den 179 Hamburger Haushaltungen — des Jahres 1907, wie wir hier besonders bemerken möchten — mit dem niedrigen Satz von nur 2,06 % der Gesamtnahrungsausgabe. Bei den 852 Haushaltungen des Reiches war er — trotz starker Beeinflussung durch die Hamburger Haushaltungen, die ja ein Fünftel derselben ausmachten — noch niedriger. Bei ihnen betrug er, nach Wohlhabenhheitsklassen geordnet, nur 1,5 % bei den Haushaltungen mit weniger als 2000 Mk. Gesamtausgabe, ebensoviel bei denen mit 2000—3000 Mk. und 1,7 % bei denen mit mehr als 3000 Mk. Gesamtausgabe.

¹ 1890 und 1895 „Durchschnitts-Ladenpreise“ (Siehe Anhang, Tab. VI), von da an „Kleinhandelspreise“ (Siehe Anhang, Tab. VII). In dieser Tabelle sind die Dezimalstellen fortgelassen, das Gewicht aber ist unter Anwendung einer Dezimalstelle errechnet; ebenso sind die Summen in der großen Nahrungsmitteltabelle (Anhang, Tab. VIII), angesichts des großen Gewichtsquantums, mit einer Dezimalstelle der Preise berechnet worden.

Die 3822 Mk., welche die 179 Hamburger Haushaltungen für Fische ausgegeben, ergeben auf die einzelne Haushaltung nur einen Aufwand von 21,35 Mk. und auf den Kopf der 743 Personen dieser Haushaltungen nur 5,14 Mk. Wenn die ganze Hamburger Bevölkerung Fische nur nach diesem Verhältnis konsumiert haben würde, so würde im Jahre 1907 — je nachdem man die Bevölkerung des *Staates* Hamburg der nicht eingemeindeten Vororte wegen zugrunde legt, die am 12. Juni 1907 903 319 Köpfe zählte¹, oder diejenige der *Stadt* Hamburg, die am 1. November 1907 843 917 Köpfe zählte — Hamburg damals nur einen Fischkonsum von 4,643 bzw. 4,338 Millionen Mk. gehabt haben. Erhöht man letzteren Betrag entsprechend der Bevölkerungszahl der umliegenden Ortschaften der Stadt Hamburg um ein Drittel, so kommt man auf einen Betrag von 5,8 Millionen Mk. Fischkonsum für Hamburg und Umgegend. Das ist nicht viel für einen Bevölkerungskreis von über einer Million Menschen, dem die Fischzufuhr so bequem gemacht ist wie diesem.

In der Tat können wir denn auch den damaligen Fischkonsum nicht als Maßstab für den Fischkonsum überhaupt ansehen, weder für den der vorangegangenen Jahre und noch weniger für den der folgenden Zeit. Durch die Propaganda, die infolge der Fleischsteuerung im Jahre 1911 für den Fischkonsum gemacht wurde, setzte mit diesem Jahre eine solche Zunahme des Fischkonsums ein (auch des Hamburger), daß schon im Jahre 1912 der Umsatz an den beiden Hamburger Fischauktionsmärkten (St. Pauli und Rurhaven) mehr als den doppelten Betrag des Jahres 1907 erreichte, nämlich 7 853 230 Mk. gegen 3 528 000 Mk. Die Zunahme in sechs Jahren betrug also über 4¼ Millionen Mk., und sie betrug gegen das Vorjahr allein über 1,1 Million².

Seit Organisation des Fischhandels durch die Fischauktionen, mit denen Altona, Geestemünde und Bremerhaven dem von Hamburg, dicht vor Beginn unserer Berichtsperiode im Jahre 1887, auf Veranlassung eines Hamburger Kaufmannes namens Gustav Platzmann gegebenen Beispiel, in den Jahren 1888, 1889 und 1892 folgten, werden reichlich fünf Sechstel aller Frischfischzufuhren der Nordsee-Flotte durch die Auktionen verkauft und geht kaum ein Sechstel der

¹ Jahresbericht des Stat. Bureaus 1908, S. 1.

² Jahresbericht der Detaillistenkammer zu Hamburg für 1912, S. 175.

Zuführen auf anderem Wege in den Konsum über¹. Im Jahre 1911 entstammte rund die Hälfte des Auktionsumsatzes des Hamburg-St.-Pauli-Fischmarktes der deutschen Fischerei, während die andere Hälfte auf Einforderungen vom Ausland entfiel².

So sehr aber auch die Auktionen sich bewährt haben, um Riesenmengen leichtverderblicher Ware dem Konsum zuzuführen, so haben doch auch sie das ungeheure Schwanken der Fischpreise nicht verhindern können. Von ihnen merkt das konsumierende Publikum noch verhältnismäßig wenig, denn die den Konsum vermittelnden Fischhändler, die ihren Bedarf in den Auktionen decken, verkaufen die verschiedenen Fischsorten zu vergleichsweise gleichmäßigen Preisen, wenn auch natürlich jede Sorte zu anderen Preisen. Die Preise der Fischauktionen sind daher gar kein Maßstab für die Preise, die der Konsument bezahlt. Letztere betragen oft das Mehrfache der ersteren³.

Für den Konsumentenpreis maßgebende Preisnotierungen gibt es in Hamburg nicht. Nur in Altona werden seit dem Jahre 1903 regelmäßig vom Marktinspektor für zwei Fischsorten — Schellfisch und Scholle — die höchsten und niedrigsten Detailpreise angeschrieben, zu denen auf dem Markt selbst direkt an die Konsumenten verkauft worden ist. Von den monatlichen Anschriftungen werden dann Durchschnittspreise gewonnen und nach ihnen der Jahresdurchschnittspreis berechnet, den der Herr Marktinspektor so gütig war, mir mitzuteilen. Er hat betragen für das Kilogramm bei:

Tabelle 70.

	Schellfischen Pf. pro kg	Schollen Pf. pro kg
1903	53	60
1904	47	60
1905	48	59
1906	49	66
1907	50	61
1908	48	65
1909	51	80
1910	57	96
1911	57	96
1912	64	84
1913	67	76

¹ Fischhandel und Fischindustrie. Von Max Stahmer (Generalsekretär des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands). Stuttgart 1913. S. 95.

² Ebenda S. 129.

³ Ausgenommen bei dem Verkauf billiger Seefische, den der Staat organisiert hat, und von dem wir noch sprechen werden.

Natürlich sind die Fischpreise beim Hamburger Händler und selbst im Hamburger Straßenhandel, nachdem Transportkosten u. a. hinzugekommen sind, teurer, als auf dem Altonaer Fischmarkt, direkt am Wasser, wo die Fische eben aus dem Fischdampfer geladen sind und auch kein Zeitverlust zu kalkulieren ist.

Der Fischkonsum in Hamburg hat sich gegen frühere Zeiten aber nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ vollkommen geändert. Stahmer schreibt nach einem Bericht des Auktionators Plahmann an die „Deputation für Handel und Schifffahrt“ über den Geschäftsgang der ersten Zeit der Fischauktionen vom 1. Mai bis Ende Dezember 1887¹: Insgesamt wurden 1587 858 Pfund Fische verkauft, die einen Erlös von 384 626 Mk. brachten (man vergleiche diese Zahlen mit denen der obigen vom Jahre 1907 und 1912) und diese verteilten sich nach Gewicht und Wert wie folgt:

Tabelle 71.

	Gewicht	Wert (Gesamterlös)
	%	%
Schollen	43	15
Zungen	18	56
Steinbutt	5	14
Schellfische	28	10
Anderer Sorten	6	5
	100	100

„Wenn wir“, sagt Stahmer, „zu den hier aufgeführten Fischen noch den Kabeljau hinzunehmen, der hin und wieder von den Insel-fischern in größeren Mengen angebracht wurde, so haben wir ungefähr alle Fische beisammen, die in der damaligen Zeit im Nordseegebiet gelandet wurden, und die als Handelsware eine Rolle spielten. Alle übrigen Seefische hatten selbst für die Küstenbevölkerung nur ein zoologisches Interesse. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte (von 1887 an) brachten besonders unsere (die deutschen) Fischdampfer immer neue Seefischarten an. Heute weisen die amtlichen Listen ungefähr 40 Namen von Seefischen auf. Manche Fremdlinge eroberten sich schnell den Markt und erzielten daher bald gute Preise, andere hingegen wurden mit großem Mißtrauen entgegengenommen.“

Bei dieser Verwandlung hat die Fischnahrung also quantitativ und qualitativ eine Umwandlung erfahren, die natürlich auch in den

¹ S. 83.

Haushaltungsrechnungen Minderbemittelter zum Ausdruck gelangen würde, wenn wir solche für die End- und Anfangszeit unserer Berichtsperiode besäßen, die aber, was den *qualitativen* Vergleich anbelangt, aus dem Vergleich der Haushaltungsrechnungen verschiedener Einkommensklassen hervorgeht. Um die gleiche Zeit, in der die Fische- nahrung in den 179 Hamburger Haushaltungen 2 % der Gesamtnahrungsmittelausgabe absorbiert, macht sie in der „gut bürgerlichen“ Haushaltung, deren Nahrungsmittelausgabe wir detailliert gebracht haben, 8 % aus, und das ist der Prozentsatz, den sie dort annähernd immer betragen hat. Aus der jüngsten Zeit liegen mir Haushaltungsrechnungen der gleichen Ausgabenklasse mit mehr männlicher Zusammen- setzung vor, in denen die Fische- nahrung 6 % und 4,3 % der Nahrungs- mittelausgabe beträgt. (Vgl. Tab. 56, 57 und 57 a.)

Selbst wenn man damit rechnet, daß es sich hier um Haushaltungen handelt, die besonders viel Fisch genießen, ist der Unterschied in den Prozentsätzen der Wohlhabenden und der Massen immer noch auffallend groß. Jene bei 26,5, 30 und 35 % für Fleisch noch 4,3, 8 und 6 % für Fische, diese bei 25 % für Fleisch nur 2 % für Fische. Allerdings wird auch bei den Massen der Prozentsatz für Fische jetzt größer sein (als 1907), aber ein großer Unterschied gegen denjenigen der Wohl- habenden wird nach wie vor bestehen, schon, weil der Preisunterschied zwischen den verschiedenen Fischsorten ein viel größerer ist als zwischen den verschiedenen Fleischsorten und die Tafel der Wohlhabenden bei häufigen Gelegenheiten einen „Fischgang“ feinsten Qualität enthalten muß, bei dem nicht oder wenig auf den Preis gesehen wird.

Der durch den Hamburger Staat organisierte Vertrieb billiger Seefische wird durch 225 Geschäfte bewirkt, die sich den staatlichen Bedingungen unterworfen, d. h. namentlich sich der Fischereidirektion gegenüber verpflichtet haben, diese Fische mit einem Gewinn von 7 Pf. pro Pfund zu verkaufen, die, außer einer Kommission von $1\frac{1}{2}$ Pf. pro Pfund für den Einkäufer, zum Auktionspreise hinzu- kommen, so daß z. B. ein Fisch, der in der Auktion $15\frac{1}{2}$ Pf. pro Pfund gekostet hat, von sämtlichen 225 Händlern, die sich der Fischereidirektion verpflichtet haben, zu 24 Pf. verkauft werden muß. Auf diese Weise wurden vom 24. Oktober 1911 bis zum 31. Dezember 1912 etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Fische verkauft. Der Durchschnittspreis betrug etwa 20 Pf.¹ Das ganze sich auf $1\frac{1}{4}$ Jahr verteilende Quantum

¹ Stahmer, S. 164.

billiger Fische kostete den sie erstehenden Haushaltungen also nur 0,7 Millionen Mk. Die billigen Fische können also in der Gesamtheit dieser Haushaltungen durchschnittlich keinen großen Prozentsatz der Gesamtnahrungsmittelausgabe ausmachen, solange nicht noch ganz andere Quantitäten davon abgesetzt werden.

Die Massen verzehren aber nicht nur billige Seefische, die ja auch nicht immer am Markt sind, gelegentlich genießt auch der Arbeiter Qualitätsfische, z. B. Karpfen zu Weihnachten, ferner geräucherte Fische aller Art und Seringe usw. in den verschiedensten Zubereitungen, sodaß seine durchschnittliche Fischausgabe nach dem Durchschnittspreis der billigen Fische allein nicht beurteilt werden darf. Dieser ist seit Ende 1911 aus den angegebenen Gründen in Hamburg sehr gestiegen, wie die Händler behaupten, für ihren Einkauf um 100 bis 150 %. Denn trotz vermehrter Zufuhr ist die Nachfrage, namentlich durch den Absatz nach dem Inlande, den man in dem Maße früher nicht kannte, größer als je. Schellfisch z. B. hat im Jahre 1907 in Hamburg im Detailhandel noch 20—30 Pf. das Pfund gekostet, im Jahre 1910 auch noch 25—30 Pf., 1913 aber schon 40—50 Pf.

Der Preis wäre in dem Maße nicht gestiegen, wenn der Auktionator noch, wie bis 1903, den Zuschlag zu jedem Gebote erteilte. Im Jahre 1903 aber haben die Hamburg-Altonaer-Küchhavener-Geestemünder Fischdampferreedereien für Massenfische (Schellfisch, Kabeljau, See-lachs, Lengfisch u. dgl.) einen Mindestpreis von 3 Pf. für das Pfund festgesetzt, der seit dem 1. Juli 1913 auf 5 Pf. erhöht worden ist. Im Sommer bei massenhafter Zufuhr und geringerer Nachfrage kann dieser Preis (im Großhandel) nicht immer erreicht werden. Dann wandert diese vollständige Fischnahrung in die Fischmehl-fabriken, die dafür etwa 1 Pf. pro Pfund bezahlen. Wir haben hier ein Analogon zu der um die Wende des Jahrhunderts in Griechenland vorgenommenen Massenvernichtung von Korinthen. Es sind große Quantitäten von Volksnahrung, die auf diese Weise vernichtet werden. Bisher haben die Bemühungen des Vereins deutscher Fisch-industriellen — die dabei durch Protestversammlungen der Hamburger Fischhändler unterstützt wurden —, die beteiligten Fischdampferreedereien zur Aufhebung der Festsetzung von Mindestpreisen zu bewegen, keinen Erfolg gehabt. Der Volkswirt darf wohl sagen: leider.

Die Fische, die in Hamburg den Massenkonsum ausmachen, sind: Kabeljau, Schellfisch und Schollen. Die Preise derselben sind jetzt

Tabelle 72.

Im Jahre 1913 gelangten an 99 Verkaufstagen an billigen Seefischen in den Verkehr ¹:

Male		Preis pro Pfund in Pfennigen	
		höchster	niedrigster
61	Seelachs	26	13
55	Lebende Scholle	32	21
54	Kabeljau	30	14
25	Kleiner Schellfisch	32	19
12	Seringe	23	13
9	Seehardt	29	17
6	Petermännchen	30	14
5	Seebraffen	27	14
3	Merlan	26	15
3	Lengfisch	21	18
2	Maifelen	22	—
1	Knurrhahn	19	—

0,60, 0,80 und 1 Mk. pro Kilogramm ². Das Gewichtsverhältnis, in dem sie verkauft werden, richtet sich nach demjenigen, in dem sie gefangen werden, und dieses ist im Jahre 1912 gewesen ³:

Tabelle 73.

	1000 Doppelzentner ³	Verkaufspreis (Detail) pro kg	Verkaufsmert Millionen Mark
Kabeljau	313	0,60 Mk.	= 18,8
Schellfisch	267	0,80 "	= 21,4
Scholle	29	1,00 "	= 0,3
Zusammen 609			40,4 = 67 Pf. pro kg

Der Durchschnittspreis wäre also (für diese drei Sorten) 67 Pf. pro Kilogramm. Der für Schellfisch angelegte Preis ist (z. B.) um 13 Pf. höher als der Jahresdurchschnittspreis am Altonaer Fischmarkt. Dieses Plus erklärt sich leicht aus den für Hamburg hinzukommenden Transportkosten, Zeitverlust, Ladeneinrichtung usw. Wenn man einen Durchschnittspreis für Fischnahrung überhaupt einsetzen will, darf man auch für die unteren Einkommensklassen den Konsum teurerer Fische, wie Rotzungen, Butt, Seezungen und selbst Karpfen, nicht

¹ Mitgeteilt durch die See- und Flußfischhandlung Eugen Dorf, Hamburg.

² Sie sind aber je nach Jahreszeit, Fischreichtum und Stadtviertel sehr verschieden. Da Hamburg das der See nächstgelegene große Absatzgebiet ist, richten sich die Preise hier ganz besonders nach dem Fangverhältnis.

³ Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1913, S. 45.

ganz außer acht lassen, muß geräucherte und eingelegte Fische, Senfheringe, Rollmops usw., berücksichtigen und gelangt dann wohl leicht zu einem Preise von 80 Pf. und darüber (pro Kilogramm).

Setzen wir nun für heute bzw. 1913 einen Durchschnittspreis von 80 Pf. pro Kilogramm ein, so können wir uns über die Preise bis zum Jahre 1905 zurück an der Hand der Altonaer Marktnotierungen orientieren. Von da ab weiter zurück bis zum Jahre 1890 aber sind wir auf die Schätzungen tüchtiger Fachleute und Hausfrauen angewiesen. Deren Urteil geht nun einstimmig dahin, daß die Fischpreise im Detailhandel sich seit 1890 bis 1913 reichlich verdoppelt haben. Zu diesen Fachleuten gehörten u. a. die gelegentlich schon Genannten, der im hiesigen Fischhandel eine hervorragende Stellung einnehmende See- und Flußfischhändler Eugen Vorf und der Generalsekretär des Vereins der Fischereindustriellen Deutschlands, Herr Max Stahmer, Verfasser des mehrfach zitierten Buches „Fischhandel und Fischindustrie“. Auch die tüchtige Hausfrau, der wir die genaue Aufzeichnung ihrer Ausgaben bis über unsere Berichtsperiode hinaus (zurück zu) verdanken, fällt das gleiche Urteil.

Nehmen wir nun zunächst bis 1905 zurück die Altonaer Schellfischnotierungen (siehe Tabelle 70) als Maßstab, dann bekommen wir folgendes Bild:

Tabelle 74.

	Pf. pro Kilogramm	
1913	67	} — 4,5 %
1912	64	
1910	57	} — 11,0 %
1907	50	
1905	48	} — 12,3 %
		} — 4,0 %

Diese Prozentsätze wenden wir nun auf den von uns für 1913 ermittelten Durchschnittspreis von 80 Pf. für das Kilo im Hamburger Detailhandel an und verteilen die Differenz, die sich dann noch zwischen dem Preis von 1905 und dem Preis von 40 Pf. (die Hälfte unseres Ausgangspreises von 80 Pf.) ergibt, auf die drei Zehntel von 1905 bis 1890 rückwärts.

So erhalten wir für die einzelnen Jahre unserer Nahrungsmittelaufstellung folgende Durchschnittspreise für Fische:

Tabelle 75.

1913:	Fischpreis	80,0 Pf.
	— 4,5 % von 80,0 Pf. =	3,6 „
1912:	„ — 11,0 % von 76,4 Pf. =	76,4 Pf.
		8,4 „
1910:	„ — 12,3 % von 68,0 Pf. =	68,0 Pf.
		8,4 „
1907:	„ — 4,0 % von 59,6 Pf. =	59,6 Pf.
		2,4 „
1905:	„	57,2 Pf.
		7,2 „
1900:	„	50,0 Pf.
		5,0 „
1895:	„	45,0 Pf.
		5,0 „
1890:	„	40,0 Pf.

4. Butter.

Nach Fleischwaren, Brot und Milch ist Butter der größte Artikel. Er figuriert bei den 179 Haushaltungen mit 7,3 % der Nahrungsmittelausgabe — 1 % weniger als bei der „Produktion“. Doch müssen die Prozentsätze bei ihr höher sein, weil eine Anzahl Posten (6), wie z. B. Fische, Ausgaben in Gastwirtschaften, Milch, Grünwaren und einige andere, bei ihr nicht den gleichen Umfang haben können. Die Differenz der Prozentsätze derselben gegen diejenigen der 179 Haushaltungen beträgt 18,3 %. Um so viel müssen also eigentlich die anderen Prozentsätze bei der „Produktion“ höher sein bzw. beim Vergleich mit den 179 Haushaltungen entsprechend ermäßigt werden. Berücksichtigt man dies, dann ist der Prozentsatz für Butter bei der „Produktion“ nur noch um 0,2 % höher.

Wir stellen gerade die Prozentsätze bei Butter einander gegenüber, weil dieser Artikel ein guter Maßstab der Vergleichbarkeit der beiden Haushaltungskreise ist, die wir durch Verwendung der Verteilungsziffern der „Produktion“ gewissermaßen einander gleich gesetzt haben. Die Kreise der besserstuitierten gelernten Arbeiter, die bei beiden Haushaltungskreisen überwiegen, verwenden nämlich augenscheinlich verhältnismäßig mehr Butter als Margarine. Das ergibt sich, wenn man den Absatz beider in den beiden großen Konsumvereinen, dem 56er und der „Produktion“ einander gegenüberstellt.

Laut Jahresbericht beider Vereine für die Jahre 1912 und 1913 hat bei ihnen betragen der Absatz an

Tabelle 76.

	56er Verein		„Produktion“	
	1911/12	1912/13	1912	1913
Butter 1000 Pfund. .	497 = 24 %	555 = 26 %	1034 = 37 %	1290 = 40 % ¹
Margarine 1000 Pfund	1558 = 76 %	1557 = 74 %	1801 = 63 %	1920 = 60 %
Zusammen	2054	100	2112	100
			2835	100
			100	3211
				100

Beim 56er Verein macht Butter 24 und 26 % des Gesamtquantums von Butter und Margarine aus, bei der „Produktion“ aber 37 und 40 %¹. An dieser ziemlich bedeutenden Differenz der Prozentsätze beider Vereine zeigt sich die Verschiedenheit ihrer Käuferkreise und wir verstehen an der Hand dieser Sätze auch leicht, daß innerhalb des gleichen Haushaltungskreises bei allgemeiner Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Abwanderung von Butter zu Margarine stattfindet. Der Vergleich dieser Prozentsätze in früheren Jahren zeigt uns unschwer die Jahre wirtschaftlichen Niederganges und Aufschwunges an — natürlich nur bis zu einer Zeit zurück, wo Margarine schon ohnehin in großem Verhältnis genossen wurde.

Die von uns benutzten Butterpreise sind die „Durchschnittsladenpreise“ des Handelsstatistischen Amtes, die wir in einer Tabelle im Anhang (S. 509) wiedergeben. Die Preise sind dem Amt monatlich regelmäßig von einer Anzahl von Detaillisten aufgegeben worden und dieses hat danach die Jahresdurchschnittspreise und deren Indizesziffern berechnet.

5. Schmalz, Margarine.

Für Schmalz haben wir ebenfalls die Ladenpreise des Handelsstatistischen Amtes benutzt, für Margarine diejenigen des 56er Vereins.

6. Käse.

Für Käse hätten wir gern auch Preise für Tilsiter berücksichtigt. Es waren aber bis 1890 zurück nur diejenigen für Holländer vorhanden, und zwar beim 56er Verein.

7. Eier.

Über Eier ist nichts zu sagen; wir haben hier die Ladenpreise des Handelsstatistischen Amtes benutzen können.

¹ Die Steigerung des Prozentsatzes bei Butter von 37 % auf 40 %, die ja auch in geringerem Maße bei dem 56er Verein vorhanden ist, beruht zum Teil wohl auf Einführung einer zweiten Qualität Butter im Jahre 1913, zum Teil aber auf besseren Einkommensverhältnissen.

8. Kartoffeln.

Da für weiter zurückliegende Jahre nur Notierungen für Eierkartoffeln vorhanden waren, mußten wir diese auch für die Jahre nach der Wende des Jahrhunderts beibehalten, nach welcher auch der Massenkonsum in Kartoffeln sich gewendet hat, und zwar der Magnum-Bonum-Kartoffel zu. Für Kartoffeln sind bis zu Anfang unserer Berichtsperiode zurück nur Großhandelspreise vorhanden, und zwar beim Handelsstatistischen Amt. Da diese Notierung für die ganze Berichtsperiode beibehalten ist, macht es für die Richtigkeit unserer Rechnung nichts aus. Der 56er Verein führte merkwürdigerweise 1890 noch keine Kartoffeln.

9. Grünwaren.

In Grünwaren gibt es bis zu Anfang unserer Berichtsperiode keine Notierungen, wenigstens keine zuverlässigen. Der Direktor unserer „Pflanzenstation“, Herr Professor Dr. Brück, war so freundlich, mir einen Grünwarenhändler zu empfehlen, der sich mit anderen Berufskollegen zusammengetan hat, und diese haben an der Hand ihrer Bücher mir die Preise bis 1890 zurück aufgegeben. Ersterer, Herr Wilhelm Cramer, besitzt selbst eine große Gemüsegärtnerei vor den Toren Hamburgs, dessen nächste Umgebung ja ein berühmtes Gemüse- und Fruchtland ist, z. B. die Bierlanden, die jedem älteren Besucher Hamburgs durch die Tracht ihrer Bewohner bekannt sind. Diese Bauern bringen ihre Erzeugnisse selbst zu Markt, und wenn sich, wie geschehen, eine Anzahl derselben zu gemeinschaftlichen Aufzeichnungen zusammen tut — Herr Cramer wollte die Verantwortung für Richtigkeit der Preise allein nicht übernehmen —, so ist wohl anzunehmen, daß die auf diese Weise konstatierten Preise den wirklich gezahlten recht nahe kommen. Da sich die kleine Ausgabe von nur 3,1 % der Nahrungsmittelausgabe für Grünwaren nach den mir durch Herrn Cramer gütigst mitgeteilten Preisen und Quantitätsverhältnissen¹ auf 17 Artikel verteilt, so kann

¹ Im Jahresbericht der Polizeibehörde findet sich unter der Rubrik „Marktpolizei“ die Angabe, daß im Jahre 1911 folgende Quantitäten an den Gemüsemarkt gebracht worden sind:

Frisches Obst	14 890 000 kg
Frisches Gemüse	14 226 056 „
Kartoffeln	6 755 000 „

Eine nähere Spezifikation ist nicht vorhanden. Gemüse und Obst sind also in ungefähr gleichem Gewichtsverhältnis zu Markte gekommen. Kartoffeln kommen in viel größeren Quantitäten nach Hamburg, als aus vorstehenden Gewichtsverhältnissen hervorgeht.

eine nennenswerte Fehlerquelle durch etwaige Irrtümer bei dem einen oder anderen derselben nicht entstehen bzw. das Gesamtergebn nicht wesentlich beeinflussen.

10. Salz, Gewürze, Öl.

In Wirklichkeit hat sich der Salzabsatz der „Produktion“ im zweiten Halbjahr 1912 auf 57 645 Mk. belaufen. Würden wir die Salzausgabe bei den 179 Hamburger Haushaltungen im Verhältnis wie bei der „Produktion“ annehmen, d. h. mit 50 % der Summe, mit der alle drei Artikel zusammen bei ihr figurieren, dann würden uns für die beiden Artikel Gewürze und Öl zusammen für alle 179 Haushaltungen nur 507 Mk. übrigbleiben. Nach vorgenommener Ermittlung entfallen auf den Kopf etwa 1—1,30 Mk. an Salzausgabe. Danach hätten die 179 Haushaltungen mit ihren 743 Köpfen etwa 900 Mk. für Salz ausgeben müssen. Sie haben aber für Salz, Gewürze und Öl zusammen nur 1094 Mk. ausgegeben. Da bliebe dann für Gewürze und Öl so gut wie nichts übrig. Für die drei Artikel zusammen haben die 179 Haushaltungen nur 0,6 % ihrer Ausgaben verwendet. Bei der „Produktion“, bei der die meisten Artikel mit ganz ähnlichem Prozentsatz des Gesamtumsatzes figurieren wie bei den 179 Haushaltungen, machen diese drei Artikel 1,6 % des Nahrungsmittelumsatzes aus. Die Erklärung für diese Differenz ist mir von einem tüchtigen Krämer gegeben worden: Salz ist ein unentbehrlicher Artikel. Geht er zu Ende, dann kann nicht gewartet werden, bis man wieder zum Krämer kommt. Infolgedessen wird einem der Kinder ein Groschen in die Hand gesteckt: „Hol' mal schnell für 10 Pf. Salz“, und der wird anzuschreiben vergessen. Hier haben wir mit einer Erklärung für das Plus der 179 Haushaltungen in Höhe von 10 174 Mk. Salz und Gewürze sind Artikel, bei denen besonders häufig Geld aus der Haushaltungskasse genommen wird, ohne daß es angeschrieben wird. An der Endsumme läßt sich nichts ändern, also auch nicht an derjenigen der Einzelposition. Salz ist ein einzelner Artikel, dessen Preis noch dazu wenig schwankt. Sollten die zahlreichen anderen, mit Salz eine Position bildenden Artikel, bei Preisfluktuationen überhaupt noch von Einfluß sein, dann dürfte die Summe für sie nicht allzu sehr herabsinken. So blieb nur übrig, Salz auf ein Minimum herabzusetzen, wenn man es nicht ganz auslassen wollte. Eine Änderung der Schlussprozentsätze ist dadurch, wie eine Rechnung ergeben hat, nicht bewirkt worden.

11. Zucker, Sirup, Honig.

Der vom Massenkonsum verzehrte „Honig“ in Anführungsstrichen besteht fast nur aus Zucker eventuell mit ganz kleinem Honigzusatz. Sein Preis richtet sich ganz nach dem Zuckerpreis. Wir können daher die ganze Position 11 als Zucker behandeln, dessen Preis bis 1890 zurück wir dem 56er Verein, verdanken.

12. Mehl, Reis, Hülsenfrüchte.

Zur Verteilung dieser Waren auf die von den 179 Haushaltungen dafür insgesamt ausgegebene Summe hat uns die Aufstellung der „Produktion“, die Aufschluß darüber gibt, wie stark die einzelne Warengattung dieser Position an der Gesamtsumme derselben beteiligt ist, ganz besonders gute Dienste geleistet. Denn es handelt sich hier um einen sehr großen Warenkomplex, den wir anders gar nicht hätten entziffern bzw. entwirren können.

13. Obst und Südfrüchte.

Das zuletzt bei der vorhergehenden Position Gesagte gilt auch von dieser. Von frischen Äpfeln haben wir keine Preise. Da sie aber mit Birnen zusammen bei der Produktion 53,5 % der ganzen Position ausmachen, so ist dieser Artikel durch den Preis der getrockneten Äpfel und Birnen, die immerhin einen großen Teil dieser Fruchtart überhaupt ausmachen, genügend vertreten. Feigen und Datteln, die übrigens — namentlich die letzteren, die fast nur Weihnachtsartikel sind — nur im zweiten Halbjahre verkauft werden, haben wir fortlassen müssen, weil wir von diesen Südfrüchten für mehrere Jahre keine Preise haben konnten. Eine Beeinflussung des Endergebnisses wird schon dadurch nicht bewirkt sein können, daß die beiden Artikel zu unbedeutend sind. Sie sind aber außerdem von 1890 auf 1900, wie so viele Artikel, etwas im Preise gesunken und seit 1905 im Preise gleich geblieben. 1905 und 1913 kosteten beide 36 Pf.

Zitronen haben wir ebenfalls fortlassen müssen. Sie spielen erst in den letzten Jahren eine Rolle und sind trotz steigender Verwendung nicht teurer geworden. Das gleiche gilt von den Apfelsinen. Der Preis derselben ist bei starker Konsumzunahme eher etwas gesunken. Es kommt dabei in Betracht, daß die Arbeiterfrau früher glaubte, nur die beste Qualität kaufen zu dürfen, und gegen die billigere

Mißtrauen hatte. Daß sie dies heute nicht mehr hat, wird wohl auch mit daran liegen, daß sie es nicht mehr zu haben braucht. Haben doch die Transporteinrichtungen und die Transportzeit Verbesserungen erfahren, die auf die Haltbarkeit der Ware eingewirkt haben müssen. In jedem Falle ist angesichts der ungefähr gleich gebliebenen Preise ein nennenswerter Einfluß des Fehlens der Apfelsine unter unseren Südfrüchten auf das Endergebnat ausgeschlossen. Beträgt doch außerdem der Prozentsatz der ganzen Position „Obst und Südfrüchte“ bei den 179 Haushaltungen nur 3,16 % der Nahrungsmittelausgabe.

14. Brot und Backwaren.

Wie bei den Reichshaushaltungen, steht auch bei den 179 Hamburger Haushaltungen die Ausgabe für Brot und Backwaren mit 14,47 %¹ an zweiter Stelle, wenngleich sie erst an 14. aufgeführt zu werden gewürdigt worden ist. Im Reich allerdings ist sie mit 17,4 % nicht unwesentlich größer als in Hamburg. Das liegt wohl daran, daß im wärmeren Süddeutschland mehr Brot konsumiert wird. Daß bei den Reichshaushaltungen der Fleischkonsum — einschließlich Wurst — etwa 1 % weniger ausmacht als in Hamburg, braucht übrigens nicht mit dem größeren Brotkonsum zusammenzuhängen. Vielmehr ist anzunehmen, daß dieses eine Prozent reichlich durch bessere Fleischqualität Hamburgs und dementsprechend höheren Preise herbeigeführt wird. Allerdings ist bei diesen Betrachtungen noch zu berücksichtigen, daß die Hamburger Haushaltungen einen um 0,5 % größeren Fischkonsum haben.

Das Weißbrot, durchweg Rundstücke (Semmel), wird vom sogenannten „Brotmann“ ins Haus geliefert, der vom Bäcker 25 % erhält und für eigene Rechnung arbeitet. Er liefert vielfach aber auch das Brot überhaupt. Im Nebenberuf ist er gleichzeitig der „Beder“ — sowohl für die Mädchen der Diensthofenhaustaltungen wie für die Frau des Arbeiters.

Der Preis der Rundstücke bleibt immer derselbe: „vier für einen Groschen“, die Größe aber wechselt. Es werden aber auch vielfach fünf Rundstücke für einen Groschen geliefert. Die sind dann aber kleiner. Sie werden hauptsächlich von Abvermietern gekauft, die sich besser

¹ Bei der „Produktion“ machen diese ebenfalls 14,5 % des Nahrungsmittelumsatzes aus.

dabei stehen, wenn sie den Einlogierern, deren Miete sich allgemein einschließlich „erstes Frühstück“ versteht¹, diese Sorte geben².

Die Brotpreise für Schwarzbrot und Feinbrot, die Hauptbrotsorten, variieren, auch wo das Brot nach Gewicht geliefert wird (bzw. mit Gewichtsangabe — wie bis zum Jahre 1907 einschließlich, auch noch bei dem Konsumverein „Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ —), ziemlich bedeutend auch für das gleiche Gewicht, je nach dem Lieferanten bzw. je nach Verschiedenheit der Qualität. Hierin liegt eine der Schwierigkeiten bei Benützung der einzigen Preisnotierung, die bei Brot für frühere Jahre zur Verfügung steht. Das sind die Verkaufspreise vorgenannten Vereins, die für die Jahre 1895—1910 vom Handelsstatistischen Amt gesammelt sind, und für welche dieses Jahresdurchschnittspreise berechnet hat. Da finden sich nebeneinander für dieselbe Sorte und das gleiche Gewicht verschiedene Preise. Aus diesen verschiedenen Preisen habe ich dann wieder Durchschnittspreise berechnet. Für das Jahr 1890 hat mir genannter Verein gütigst direkt die Durchschnittspreise mitgeteilt. Für 1907 sind in seinen Preislisten zuletzt Gewichtsangaben vorhanden, für die späteren Jahre legen wir daher die mir von der „Produktion“ gütigst aufgegebenen Jahresdurchschnittspreise zugrunde. Schon der Konkurrenz halber sind die beiden großen Konsumvereine genötigt, sich mit den Preisen nacheinander zu richten. Auch die (bei ihren Preisen übrigens nicht berücksichtigte) Rückvergütung war in den Jahren, für die wir die Preise der „Produktion“ verwenden, mit 5 % ungefähr die gleiche wie beim 56 er Verein, der auch in den früheren Jahren — für die wir seine Preise verwenden — diese bezahlte.

In dieser Reihe von Jahren hat sich übrigens der Geschmack des Publikums — oder richtiger die Zusammensetzung der Hamburger Bevölkerung — insofern geändert, als durch den Zuzug von Süddeutschland im Vergleich zu früher mehr und mehr Weißbrot konsumiert wird. Erst 1904 hat daher der 56 er Verein begonnen, Rundstücke zu führen.

¹ Aus diesem Grunde sind die Verbrauchsmengen — namentlich für Brot und Kaffee —, wo sich Einlogiererhaushaltungen zwischen den Haushaltungsrechnungen befinden, vorsichtig zu betrachten.

² Wie in den Restaurants gewöhnlich 180 er Würfelzucker zum Kaffee usw. geliefert wird, während man im Haushalt gewöhnlich 75 er konsumiert.

Zur Ermittlung der Verteilung des Brot- und Backwarenkonsums der 179 Haushaltungen auf die verschiedenen Hauptkonsumartikel dient uns wieder das Verhältnis, in dem diese in der „Produktion“ abgesetzt werden. Wir können hier nur die beiden Hauptarten Roggenbrot und Feinbrot brauchen, weil wir nur für diese seit 1890 Preisnotierungen zur Verfügung haben. Wir müssen daher denjenigen Teil des Bäckereiumsatzes der „Produktion“, der nicht in Roggenbrot bestand, in Feinbrotumsatz verwandeln.

Tabelle 77.

Der Bäckereiabsatz der „Produktion“ hat betragen:

	1912			1913		
	1000 Mk.	%	% des Gesamt- Geschäfts- umsatzes	1000 Mk.	%	% des Gesamt- Geschäfts- umsatzes
Grobbäckerei . .	1903	71	8,76	2092	71	8,9
Weißbäckerei . .	643	24	2,96	707	24	3,0
Konditorei . . .	134	5	0,62	147	5	0,6
Zusammen	2679	100	12,34	2946	100	12,5

Der Vergleich dieser Prozentfäße mit denen des Bäckereiabsatzes in der zweiten Hälfte 1912 zeigt, daß keine Fehlerquelle daraus entstehen kann, wenn wir den Umsatz desselben als Maßstab für den Brot- und Backwarenkonsum der 179 Haushaltungen annehmen.

Tabelle 78.

Der Bäckereiumsatz der Produktion verteilte sich im zweiten Halbjahr 1912 wie folgt:

Grobbäckerei . . .	1004 000 Mk.	= 72,3 %
Weißbäckerei . . .	315 000 „	= 22,7 „
Konditorei.	70 000 „	= 5,0 „
Zusammen	1389 000 „	= 100 %

Umwandlung des Umsatzes an Weißgebäck und Konditoreiwaren in Grob- und Feinbrotmengen. Die Zahlen verstehen sich einschließlich des tatsächlichen Absatzes an Grob- und Feinbrot (ebenfalls zweites Halbjahr 1912):

Grobbrot	4924 000 Pfund à 11,00 Pf.	= 541 630 Mk.	= 39 %
Feinbrot	6162 000 „ à 13,75 „	= 847 430 „	= 61 „
		1 389 060 „	= 100 %

Tabelle 79.

Die 179 Hamburger Haushaltungen konsumierten im Jahre 1907 Brot und Backwaren im Betrage von 26 777 Mk. In runden Prozentsätzen waren hiervon nach vorstehender Aufstellung:

		Preis im Jahre 1907 für 1 kg	
Grobbrot . .	40 % = 10 710 Mk.	à 20 Pf.	= 52 758 kg
Feinbrot . .	60 % = 16 067 "	à 25 "	= 63 505 "
Zusammen 26 777 Mk.			116 263 kg
179 Haushaltungen brauchten		116 263 kg = 653 kg pro Haushaltung	
743 Personen dieser Haushaltungen .		= 158 " " Kopf	

	1907	Preis für 1 kg							
	Gewicht kg	1890	1895	1900	1905	1907	1910	1912	1913
Roggenbrot	52 758	20	16	19	18	20	21	22	22
Feinbrot .	63 505	28	24	21	23	25	25	28	27

15. Kaffee und Kaffeeersatz.

In der Bearbeitung der 179 Hamburger Haushaltsrechnungen ist die Ausgabe für Kaffee und Kaffeeersatz in einer Summe zusammen aufgeführt. Wir wissen also nicht, wieviel davon auf Kaffee, wieviel auf Kaffeeersatz entfällt. Daß letztere Summe aber so unbedeutend ist, daß wir sie nicht besonders zu berücksichtigen brauchen, ergibt sich daraus, daß bei der „Produktion“ im zweiten Halbjahr 1912 von der auf beide Warenarten entfallenden Summe von 516 864 Mk. nur 14 017 Mk. oder 2,7 % auf Kaffeeersatz entfielen. Mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit dieses Prozentsatzes nehmen wir den ganzen Konsum der Position 15 als Kaffeeconsum an, um so mehr, als die Surrogate, je nach Provenienz, der Preisbewegung aller möglichen Artikel folgen und keine Preisnotierungen für weiter zurückliegende Jahre von ihnen existieren.

Als Preismaßstab für Kaffee nehmen wir „Santos gebrannt“ Durchschnittsware. Die Preise hierfür sind uns für alle Jahre vom 56er Verein aufgegeben worden. Die Preise pro Kilogramm waren 1900 1,92, 1905 1,88, 1907 1,88, 1910 2,40 Mk. Die große Erhöhung zwischen den beiden letztgenannten Jahren erklärt sich mit aus der Zollerhöhung des Jahres 1909, auf die wir an anderer Stelle noch zurückkommen.

16. Tee, Schokolade, Kakao.

Auch der Teepreis bezieht sich auf eine einheitliche Sorte des 56er Vereins. Er ist uns von diesem aufgegeben worden und findet

sich für die Jahre 1895—1910 auch in den vom Handelsstatistischen Amt gesammelten Preisen dieses Vereins. Der Teezoll betrug bis 1. März 1906 100 Mk. pro 100 kg, wurde 1907 auf 25 Mk. ermäßigt, am 1. August 1909 aber wieder auf 100 Mk. heraufgesetzt. Die jeweilige Differenz betrug also $37\frac{1}{2}$ Pf. pro Pfund, doch haben die Detaillisten den Preis bei der Zollermäßigung um 40 Pf. ermäßigt und ihn bei der Zollerhöhung wieder um 40 Pf. erhöht. Das geschah nicht nur wegen der Abrundung, sondern auch, weil der Händler seinen Verdienst auf den ganzen Einstandspreis aufschlagen muß, und wäre der Aufschlag höher ausgefallen, wenn nicht 40 Pf. gerade ein runder Preis wäre. Gewöhnlich muß der Konsument den Zoll mit höherem Aufschlag bezahlen, als es dieser ist.

17. Milch.

Die Milch nimmt mit 9,59 % der Nahrungsmittelausgabe der 179 Hamburger Haushaltungen — bei den 852 Haushaltungen des Reiches sind es 10,10 % — den dritten Rang ein. Sie verdankt ihn der Trennung der Ausgabe für Butter, Schmalz und Margarine, die zusammen 13,17 % — in den Reichshaushaltungen 12,61 % — absorbieren.

Bis zum Jahre 1907 wurde der — ins Haus gebrachte — Liter Milch (der übrigens im Laden geholt nicht billiger ist) — mit 18 Pf. bezahlt. Im Jahre 1904 aber schloß sich — der schon vorher gebildete — Produzentenring enger zusammen und gewann bis 1907 solche Macht, daß er den Milchhändlern den Preis diktieren konnte. Bis dahin hatten diese für die Milch 11 Pf. pro Liter gezahlt. Nun erhöhte der Produzentenring ihn plötzlich auf 15 bis 16, vereinzelt sogar $16\frac{1}{2}$ Pf. Die Milchhändler erhöhten infolgedessen seit 1908 den Verkaufspreis ziemlich unvermittelt von 18 auf 22 Pf. Auf dieser Höhe ist er seitdem geblieben. Ein großer Teil ihres Verdienstes geht dabei auf die Verteilungskosten, die mangels jeglicher Organisation ziemlich groß sind. Ein Mann kann 60—80 Liter den Tag verteilen. Rechnet man selbst mit 80 Litern und 4 Pf. Verteilungskosten, so ergibt das für den Mann erst 3,20 Mk. Er bekommt aber 3,50—4 Mk. Diese Rechnung der Milchhändler bekommt aber dadurch ein anderes Gesicht, daß die kleinen Milchhändler, die überwiegen, das Austragen mit Familienmitgliedern bewerkstelligen, und so stehen sich diejenigen von den kleinen Milchhändlern am besten, welche die meisten Kinder haben.

Der Milchpreis ist jedoch kein einheitlicher. Der Preis von 18 Pf.

galt früher für sogenannte Hausstandsmilch, während sogenannte beste Vorzugsmilch zu 20 Pf. verkauft wurde. Ein solcher Unterschied besteht auch heute noch, wo die Milchgefäße die Aufschrift Vollmilch tragen müssen, die einen Mindestfettgehalt von 2,7 % haben muß. Da wird unter verschiedenen Namen, wie z. B. Kindermilch, neben der Milch zu 22 Pf. solche zu 25 Pf. verkauft, über deren Qualität der Abnehmer nicht mehr Urteil und Kontrolle hat als über diejenige zu 22 Pf. Häufig werden beide Sorten wohl aus demselben Eimer geschöpft, und richtet der Preis sich wohl mehr nach Vorurteil und Zahlungsfähigkeit der Kundschaft. Ein Qualitätsunterschied mag insofern vorhanden sein, als von der teureren Milch weniger Rahm abgeschöpft ist. Da die Milch selbst zur Zeit der sogenannten Milchschwemme, wenn sie am reichlichsten fließt, in der saftigen Marsch noch immer den vorgeschriebenen Fettgehalt hat (der Fettgehalt beträgt in Hamburg im Jahresdurchschnitt 3,1 %), so kann — namentlich in der trockenen Jahreszeit — immer noch etwas Rahm abgeschöpft werden, ohne daß der Fettgehalt unter diesen herabsinkt und häufig besorgt das — als erster Liebhaber — schon der Bauer, ehe er sie zur Stadt schickt.

Der um 3 Pf. teurere Preis der Vorzugsmilch dürfte bei Beurteilung des Preises des konsumierten Gesamtquantums keine große Rolle spielen, da — nach Urteil der Milchhändler selbst — diese nur etwa ein Zehntel des letzteren bildet. Anders ist es mit den Preisen in verschiedenen Stadtteilen. Dieselbe Milch, die allgemein mit 22 Pf. verkauft wird, kostet z. B. in den Stadtteilen Harvestehude und Rothenbaum zwischen 25 und 28 Pf. In diesen Stadtteilen gibt es auch Milchhändler, die sich eirige Kühe halten und daraufhin das vielfache Quantum, das diese ihnen liefern, an die Kundschaft absetzen, das sie in dem Glauben teuer bezahlt, daß sie „frisch von der Kuh“ sei. Außerdem wird hier und in anderen Stadtvierteln die Milch einer Mustermilchwirtschaft, die ein reicher Hamburger auf seinem Gut (Hohenbuchen) in der Nähe Hamburgs errichtet hat, zu 40 Pf. pro Liter verkauft.

Endlich gibt es auch noch die sogenannten „Milchküchen“, die, auf gemeinnütziger Basis errichtet, verhältnismäßig billig Milch für Säuglinge verabreichen.

Trotz der vergleichsweise hohen Milchpreise in teuren Stadtvierteln und der angeführten, mit Recht wesentlich teureren Milchsorten, können wir für die große Masse der Konsumenten nur mit den oben genannten Preisen von 18 und 22 Pf. für das Liter bis, bzw. seit 1908 rechnen.

18. Ubrige Getränke im Hause.**19. Sonstige Nahrungsmittel.****20. Tabak und Zigarren.****21. Ausgaben in Gastwirtschaften.**

Von den Ausgaben für diese vier Posten nehmen wir an, daß sie durchschnittlich dieselben Preisbewegungen mitgemacht haben, die sich im Durchschnitt der übrigen Nahrungsmittelausgabe herausgestellt haben; sie machen zusammen 10,75 % der Gesamtnahrungsmittelausgabe aus.

Die Berechtigung zu diesem Verfahren werden wir für die einzelnen Posten gleich darlegen.

18. Ubrige Getränke im Hause.

Dieser Posten wird hauptsächlich aus Bier bestanden haben. Er figuriert in den 179 Hamburger Haushaltungen mit nicht ganz 2 % der Nahrungsmittelausgabe.

Bier kostete den Gastwirt bis zum Zolltarif von 1906 — für erstklassige Zahler — 16 Mk. der Hektoliter, wurde noch 1906 von den hiesigen Brauereien auf 19 Mk., also um rund 20 % erhöht und dann wieder (für die Gastwirte) auf 18 Mk. herabgesetzt, so daß gegen 1906 immer noch eine Erhöhung um 12,5 % verblieb. Nach der Brausteuererhöhung von 1909 setzten die Brauereien den Preis jedoch wieder hinauf, und zwar gleich auf 21 Mk. Das bedeutet gegen den Preis von 1906 eine Erhöhung um 21,2 %. Daß die Wirte diese Erhöhungen des Bierpreises auf die Konsumenten abwälzten, versteht sich von selbst und wird wohl am besten durch das neue Eichgesetz vom Oktober 1913 bewiesen, das vorschreibt, daß die Biergläser 2 cm vom Rande geeicht sein müssen. Es soll verhindern, daß dem Konsumenten der „Feldweibel“ in unbeschränkter Höhe verabreicht werden kann. Das zwang die Wirte, die Abwälzung auf den Konsumenten, die bisher weniger offensichtlich geschehen war, ganz unzweideutig vorzunehmen, soweit das nicht schon vorher durch Maß- und Preisveränderungen geschehen war.

Letzteres war schon bei der Preiserhöhung der Brauereien im Jahre 1909 beim Viertelliter durch Maßveränderung von 0,25 Liter auf 0,2 Liter à 10 Pf., beim halben Liter durch Preiserhöhung von 15 Pf. auf 20 Pf. geschehen. Das bedeutet eine Ausgabenenerhöhung des Konsumenten um 20—33⅓ %.

Nach dem Eichgesetz von 1913 ließ man die Preise mit 10 und

20 Pf. bestehen und veränderte die Maße von 0,2 auf 0,15 Liter und von 0,5 auf 0,45 Liter. Das bedeutet wieder eine Schädigung des Konsumenten um 25 % beim kleinen, um 10 % beim großen Glas.

Wer sich sein Glas Bier zum Frühstück, Mittag- oder Abendbrot holt oder holen läßt, hat gegen früher denselben Nachteil wie derjenige, der es flaschenweise ins Haus nimmt, denn selbstredend haben die Flaschenhändler nicht umhin gekonnt, auf dem Wege der Maß- oder Preisveränderung den höheren Einkaufspreis auf den Konsumenten abzuwälzen.

Natürlich mag der Antialkoholist und Hygieniker auf dem Standpunkt stehen, daß dieser rechnerische Nachteil des Konsumenten in Wirklichkeit fein und der Allgemeinheit Vorteil sei. Das aber sind Fragen, die uns hier nichts angehen, sonst würden wir uns schließlich auch in Betrachtungen darüber verlieren, ob ein mäßigerer Fleischkonsum nicht gesünder und die Fleischpreissteigerung von diesem Gesichtspunkt aus nicht mit Freuden zu begrüßen sei.

19. Sonstige Nahrungsmittel.

„Sonstige Nahrungsmittel“ machen bei den 179 Hamburger Haushaltungen nur 0,16 % der Nahrungsmittelausgabe aus. Man kann wohl annehmen, daß diese im Verhältnis mit den übrigen Nahrungsmitteln gestiegen und gefallen sind. Dieser Posten wird zum Teil wohl Ausgaben enthalten, von denen vergessen worden ist, wofür sie gemacht worden sind, und die sich aus dem Kassenmanko ergeben haben. Sofern sie aber für Vederbissen u. dgl. gemacht worden sein sollten und diese nicht den durchschnittlichen Preisbewegungen gefolgt sein sollten, so ist der Satz von 0,16 % zu gering, um das Gesamtergebnis durch unsere Annahme irgendwie nennenswert zu beeinflussen.

20. Tabak und Zigarren.

Die Ausgabe für Tabak und Zigarren beträgt bei den 179 Hamburger Haushaltungen 2,19 % der Gesamtausgabe für Nahrungs- und Genußmittel. Es gibt wohl wenige Ausgabeposten, die im Laufe unserer Berichtsperiode so verteuert worden sind wie dieser. Nur geht es mit der Tabakverteuerung ähnlich wie mit der Bierverteuerung. Sie hat sich in mehr oder weniger versteckter Form vollzogen. Die Zigarre ist kleiner und dünner geworden — und das ist, wenngleich die Zigarre nicht geeicht ist, noch die offensichtlichste Verteuierung —, oder aber, und das ist die häufigste Art der Verteuierung, sie hat eine

schlechtere Einlage bekommen. Da kommt denn schließlich das rauchende Publikum dazu, die Zigarette zu bevorzugen, und das ist erst recht ein teures Rauchen, denn es geht mit ihr wie mit dem Land in Fritz Reuters „Durchläuchting“, wo der Kutscher Johann alle paar Minuten seinem Herrn, der sein Land besichtigen will, sagt: „Dat Land is all wedder to Enn!“ Am deutlichsten spricht hier der Ertrag der Zigarettensteuer¹, die dem Reich im Jahre 1908 17,1 Millionen Mk. brachte, im Jahre 1912 aber 41,2 Millionen; auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1908: 0,27 Mk., im Jahre 1912 aber 0,62 Mk.

Auch beim Tabak lassen sich ja philosophische Betrachtungen darüber anstellen, welchen Vorteil denn das Rauchen habe, und hygienische über die Wirkung des Nikotins. Uns aber interessiert nur, in welchem Maße den Rauchern in der Berichtsperiode der Genuß des Rauchens verteuert oder verbilligt worden ist. Ich habe versucht, von Fachleuten ein Urteil darüber zu erlangen, dann aber haben sie meist endlose Auseinandersetzungen über Einlagen von „Brasilianer“ und „Pfälzer“, über Deckblätter und Format gemacht, daß man ein Buch darüber schreiben könnte und schließlich doch nur dabei herauskäme, daß das Tabakrauchen für den, der die gleiche Qualität und Größe wie früher rauchen will, während unserer Berichtsperiode ganz wesentlich verteuert worden ist, und zwar wesentlich mehr, als die Prozentsätze für die Gesamtheit der übrigen Lebens- und Genußmittel zum Ausdruck bringen. Trotz zunehmender Wohlhabenheit ist denn auch der Tabakkonsum, der im Durchschnitt des Jahrzehnts 1895–1905 1,6 kg auf den Kopf der deutschen Bevölkerung betragen hatte, in den ersten Jahren nach Einführung der Zigarettensteuer vom 3. Juni 1906 und Änderung der Steuergesetze vom 1. September 1909 auf 1,5 kg im Durchschnitt der Jahre 1906–1911 zurückgegangen. Er hat im Jahre 1909 den seit dem Durchschnitt der Jahre 1881–1885 nicht dagewesenen Tiefstand von 1,4 kg pro Kopf der Bevölkerung erreicht. Immerhin hat die Zoll- und Steuereinnahme des Reichs vom Tabak überhaupt² im Jahre 1912 139,5 Millionen Mk. betragen, gegen 89,5 Millionen im Jahre 1908; auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1912: 2,09 Mk. gegen 1,41 Mk. im Jahre 1908.

Mehrere Fachleute haben mir ihr Urteil übereinstimmend dahin abgegeben, daß die Zigarre in unserer Berichtsperiode durchschnittlich

¹ Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1914, S. 366.

² Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1914, S. 365.

um 25—30 % verteuert worden sei. Die Verteuerung, sagen sie, wäre noch größer gewesen, wenn nicht die Erhöhung des Zolls und der Steuer den kleinen Fabrikanten ausgeschaltet und den Großbetrieb in hervorragendem Maße begünstigt hätte.

21. Ausgaben in Gastwirtschaften.

Die Ausgabe in Gast- und Schankwirtschaften ist mit 6,41 % der Gesamtausgabe für Lebens- und Genußmittel eine der größten. Wir haben schon gelegentlich der Besprechung der Position 18 (Übrige Getränke im Hause) das Wesentlichste gesagt, was zur Charakterisierung der Preisbewegung dieses Postens zu sagen ist. Hier wollen wir nur noch hinzufügen, daß der Bierkonsum, der in den ersten beiden Jahren dieses Jahrhunderts 118 und 117 Liter auf den Kopf der deutschen Bevölkerung betragen hat, stark zurückgegangen ist, namentlich in den ersten Jahren nach dem neuen Zolltarif und der Biersteuererhöhung. Er hat 1908 nur noch 105 und nach der letzten Brausteuererhöhung im Jahre 1909 nur noch 99 Liter betragen, ebensoviel im Jahre 1910, im Jahre 1911 allerdings wieder 106 Liter.

So sehr nun auch der Bierkonsum bei Beurteilung der Ausgabe in Gastwirtschaften ins Gewicht fällt, so ist sie doch nicht die alleinige Ausgabe, die auf diese Rubrik entfällt. Mancher Arbeiter nimmt in der Gastwirtschaft oder dem „Mittagstisch“, deren es in Hamburg eine Unzahl gibt, sein Mittagessen, weil seine Wohnung zu weit von der Arbeitsstätte entfernt liegt. Die Ledigen aber, die nicht in der Familie leben — darunter die große Zahl der Zugezogenen —, nehmen dort auch das Abendessen. Da spielt es denn eine Rolle, daß die Knackwürst gegen früher wesentlich kleiner geworden ist, daß die kalte Karbonade — ein Gericht, das jeder Gastwirt für den Massenkonsum bereit halten muß — seit dem Jahre 1907 von 30 auf 35 Pf. = 17 %, das Butterbrot mit Käse von 20 auf 25 Pf. = 25 % gestiegen ist. Aber schon vor der Preiserhöhung ist natürlich die Preissteigerung in entsprechend dünneren Karbonaden und Käsescheiben zum Ausdruck gekommen.

Wir wissen ja, daß die Steigerung der Fleischpreise nicht erst mit dem Jahre 1907 begonnen hat, und so hat auch der Restaurantbesucher die Steigerung in irgendeiner Form schon früher bezahlt. Der Restaurateur hat z. B. bezahlt¹ für das Pfund:

¹ Laut Angaben zuverlässiger Gastwirte.

im Jahre	Karbonaden	roher Schinken
1913	1,10 Mk.	1,00 Mk.
1900	0,65 "	0,60 "
Steigerung:	0,45 Mk. = 70 %	0,40 Mk. = 70 %

Es ist selbstredend, daß der Gastwirt bei steigenden Mieten und Personalkosten usw. diese Steigerungen nicht aus seiner Tasche bezahlen konnte.

Auch der Preis des Kaffees ist in Restaurants und Cafés wesentlich im Preise erhöht worden, als im August 1909 der Kaffeezoll von 40 auf 60 Mk. pro 100 kg, also um 20 Pf. pro Kilogramm, und der Preis für das Kilogramm gebrannten Kaffees infolgedessen um 25 Pf. erhöht wurde¹. Wir können hier von den großen Etablissements absehen, die von den wohlhabenden Klassen und den Fremden aufgesucht werden, und wo man die Lage, die Musik, den Komfort und Luxus, die Zeitung usw. im Preise der Nahrungs- und Genußmittel, die man zu sich nimmt, mit bezahlt, und wo diese ebenfalls trotz schon höheren Preises noch im Preise erhöht worden sind und nur die Massenrestaurants und Cafés ins Auge fassen. Hier kostete die Tasse Kaffee bis zum Jahre 1909 10 Pf., seitdem 15 Pf. = 50 % mehr.

Sind die Steigerungen auf den Gebieten der Positionen Nr. 18, 20 und 21 vielfach auch erst in den letzten Jahren in die Erscheinung getreten, so darf beim Vergleich derselben mit der Preisbewegung der Gesamtheit der Lebens- und Genußmittel doch nicht vergessen werden, daß manche der letzteren während der Berichtsperiode auch Preisermäßigungen aufweisen, während von solchen weder bei Tabak und Zigarren noch bei den Ausgaben in Gastwirtschaften und ebenso wenig im großen und ganzen bei den „übrigen Getränken im Hause“ die Rede sein kann.

Weil aber für die Positionen 18—21 keine detaillierten Preisnotierungen existieren, können wir die Preisgestaltung auf ihren Gebieten nicht in ihrer Gesamtheit zur Darstellung bringen. Die vorstehenden Beispiele genügen auch vollkommen, um uns zu zeigen, daß sie von der allgemeinen Tendenz der Aufwärtsbewegung der Preise stark mitgerissen worden sind — in den letzten Jahren allein stärker, als die Gesamtsteigerung der übrigen Positionen seit 1890 betragen hat. Es rechtfertigt sich daher, sie in unserer Darstellung mindestens in gleichem Maße an dieser teilnehmen zu lassen.

¹ Nicht ganz in diesem Verhältnis verliert der Kaffee beim Brennen an Gewicht. Der Händler muß ja aber auf den ganzen Einstandspreis, einschließlich Zollkosten, verdienen.

Schlußbetrachtung zu „Nahrungsmittel“.

Die Schwankungen in der Haushaltungsausgabe, die jede einzelne der 21 (bzw. 17) Positionen der Nahrungsmittel im Laufe unserer Berichtsperiode durchgemacht hat, können wir nicht einzeln aufführen. Wir haben das Studium derselben dadurch erleichtert, daß wir die sie markierenden Prozentsätze auf der sie darstellenden Tabelle VIII fett gedruckt haben.

(Tabelle VIII, siehe Anhang.)

Das Endresultat — eine Steigerung um nur 17 % in der Berichtsperiode 1890—1912 und 16 % in der Zeit von 1890—1913 — hat uns selbst einigermaßen überrascht. Das aber beweist nur die Wichtigkeit, eine Untersuchung der Frage, welchen Einfluß die Preise auf die Lebenshaltung ausgeübt haben, auf dem von uns eingeschlagenen Wege vorzunehmen. Trotz Steigerung der Fleischausgabe (die allein 25,44 % der Nahrungsmittelausgabe ausmachte) um 30 %, der Eieraussgabe (die 3 % betrug) um 30 %, der Kartoffel- und Grünwarenausgabe (die 6 % betrug) um 19 %, der Mehl- und Hülsenfruchtausgabe (die 2,76 % betrug) um 29 % und der großen Milchausgabe (die gar 10 % betrug) um 22 %, beträgt die Gesamtsteigerung bei den Nahrungsmitteln doch nur 16 %.

Von 1895 (dem Tiefpunkt) bis 1913 hat die Steigerung der Nahrungsmittelausgabe 25,5 % betragen (92,1 bis 115,6 = 25,5 %), von 1895—1912 26,7 % (92,1 bis 116,7 = 26,7 %).

Man sieht hier, wie es unrichtige Resultate ergibt, wenn man nur die sogenannten Hauptartikel berücksichtigt. Die große Zahl der kleinen Artikel wirkt in ihrer Gesamtheit so einschneidend, daß sie das Endresultat ganz wesentlich beeinflusst. Aber auch Hauptartikel, wie in unserem Falle z. B. Brot — das 14,5 % der Nahrungsmittelausgabe ausmacht und nur eine Steigerung um 3 % erfahren hat —, üben eine ganz andere Wirkung auf das Endresultat aus, wenn sie dieses in demjenigen Verhältnis beeinflussen können, mit dem sie in der Gesamtnahrungsmittelausgabe figurieren.

Der vorstehenden Tabelle lassen wir nun eine Tabelle folgen, deren Resultate zum Vergleich mit der ersteren hochinteressant sind, eine Tabelle, die in ähnlicher Weise wie unsere Nahrungsmitteltabelle zur Darstellung bringt, wie die Nahrungsmittelausgabe der Hamburger Krankenhäuser von der Preisbewegung in einer größeren Anzahl von Artikeln während unserer ganzen Berichtsperiode beeinflusst worden ist.

Der Einfluß der Preisentwicklung auf die Ausgaben der Krankenhäuser.

(Tabelle IX, siehe Anhang.)

Die in der zweiten Spalte der Tabelle IX (siehe Anhang) aufgeführten Quantitäten sind diejenigen, die nach dem „Jahresbericht der allgemeinen Krankenhäuser für 1891“¹ im Jahre 1890 im „Alten Allgemeinen Krankenhaus“ unter „Verbrauch“ aufgeführt sind. Diese Quantitäten sind für die Jahre 1890, 1895, 1900, 1905, 1907, 1910, 1912 und 1913 mit den Jahresdurchschnittspreisen multipliziert, die Herr Oberregierungsrat v. d. Heyde, Direktor des Handelsstatistischen Amtes, auf meine Veranlassung gütigst für unsere Zwecke von den beiden größten Hamburger Krankenhäusern für 22 Artikel beschafft hat, von denen wir zwei, Sapo und gelbe Seife, ersteres wegen Änderung der Qualität, letztere wegen Fehlens der Preise seit 1910 und in einigen früheren Jahren, nicht verwendet haben. Die Durchschnittspreise der genannten Jahre sind bei jedem der 20 Artikel wieder mit dem gleichen Quantum vom Jahre 1890 multipliziert. Die sich aus dieser Multiplikation ergebenden Summen sind addiert. Dann ist die Additionssumme des Jahres 1890 = 100 gesetzt und berechnet, in welchem Verhältnisse die Additionssummen der übrigen Jahre zu ihr stehen. Resultat: In der Berichtsperiode 1890—1912 ergibt sich eine Steigerung um 23,3% und bis 1913 eine solche von nur 20,8 %. Doch haben wir im Jahre 1895 mit 92,2 einen Tiefstand, von dem aus bis 1912 eine Steigerung (auf 123,3) von 33,7 % stattgefunden hat.

Wir haben dann noch den Einfluß der Preise sowohl auf die Gesamtausgabe für diese 20 Artikel, sowie für jeden einzelnen Artikel, in vier Spalten zum Ausdruck gebracht, in denen der Leser die Zu- bzw. Abnahme der Ausgabe in den Zwischenräumen 1890—1900, 1900—1910, 1910—1913 und 1890—1913 angegeben findet.

Ein Vergleich der Preisspalten 1905 und 1907 läßt unschwer den Einfluß des am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zolltarifs erkennen.

Aus der Krankenhausaufstellung geht hervor, daß die gleichen Quantitäten von 20 Artikeln, die im Jahre 1899 265 447 Mk. gekostet

¹ S. 10 und 11.

haben, im Jahre 1895 fast 21 000 Mk. weniger, im Jahre 1912 aber fast 62 000 Mk. mehr gekostet haben. Da der Bedarf an diesen Artikeln am Ende der Periode natürlich wesentlich größer war als am Anfang, so ist das Erfordernis für den Gesamtbedarf am Ende der Periode wesentlich größer, als aus unserer Aufstellung ersichtlich, die nur an einem praktischen Beispiel den Einfluß der Preisbewegung auf den Nahrungsmittelbedarf zeigen soll.

Stellen wir den Prozentsätzen dieser Aufstellung diejenigen unserer Nahrungsmitteltabelle gegenüber, so ergibt das folgendes Bild:

Tabelle 80.

	1890	1895	1900	1905	1907	1910	1912	1913
Krankenhaustabelle . .	100	92	95	99	111	118	123	121
Nahrungsmitteltabelle	100	92	96	98	101	109	117	116
Differenz	—	—	: 1	+ 1	+ 10	+ 9	+ 6	+ 5

Bis zum Jahre 1907 sind die Prozentsätze also fast die gleichen. Von da ab scheint die Steigerung bei den Krankenhäusern zwischen 5 und 10 % größer zu sein. Wir sagen absichtlich *s c h e i n t*. In Wirklichkeit wird sie nicht um die ganze Differenz größer gewesen sein. Die Gegenüberstellung zeigt eben, daß die Berücksichtigung selbst aller Hauptartikel wohl eine Anzahl von Jahren hindurch ein richtiges Bild geben kann, daß das Fehlen einer Masse kleiner Artikel aber doch zu ziemlich erheblichen Täuschungen führen kann. Das nahezu plötzliche Entstehen der Differenz mit 10 % im Jahre 1907 (dem Jahre nach dem neuen Zolltarif) und das allmähliche Sinken derselben in der Zeit 1907—1913 auf die Hälfte dieses Satzes, dürfte aber darauf beruhen, daß der Kleinhandel nicht so schnell einer Preissteigerung folgen kann, wie der Großhandel.

Ich kann diesen Abschnitt nicht schließen, ohne den zahlreichen Persönlichkeiten zu danken, die mir ermöglicht haben, die Nahrungsmittelfrage in dieser Weise zu behandeln, ganz besonders aber dem Vorsteher der Kalkulationsabteilung der „Produktion“ Herrn W. Klein, der sich mit gütiger Genehmigung des Vorstandes der letzteren der überaus mühevollen Arbeit unterzogen hat, den Millionenumfaß dieses Instituts in seine zahlreichen Bestandteile zu zerlegen und wieder nach Gruppen zusammenzusetzen, wie die Vergleichsbasis es für unsere Zwecke erforderte. Jetzt, wo wir mit dem Abschnitt Nahrungsmittel

zu Ende sind, werden diejenigen, die mir bis hierher gefolgt sind, die Mühe und Intelligenz zu würdigen wissen, die in den für unsere Zwecke erforderlichen Vorarbeiten des Herrn Klein enthalten sind. Sie erstrecken sich — ganz abgesehen noch von der umständlichen Detaillierung des Fleisch- und Brotkonsums — auf r u n d 900 P o s i t i o n e n , die mit Benennung, Gewicht, Preis und Wert einzeln aufgeführt sind: eine Riesearbeit also.

Aber außer ihm bin ich auch Herrn W. Stromberg, dem ersten Vorsitzenden der „Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ zu innigem Dank verpflichtet. Ohne seine Bereitwilligkeit, mir von früheren Jahren und auch für die letzten Jahre für gleichartige Artikel die Jahresdurchschnittspreise berechnen zu lassen, die sich nur für die Jahre 1895—1910, von diesem Verein stammend, auf dem Handelsstatistischen Amt befinden, hätten wir für wichtige Artikel weiter zurück zu keine Preise haben können.

Interessant ist übrigens, daß die nach den Preislisten dieses Vereins auf dem Handelsstatistischen Amt registrierten Preise sich für das Jahr 1895 auf etwa 370 Positionen erstreckt, während es im Jahre 1910 bereits etwa 800 waren. Man kann daran ermessen, in welchem Umfange die Ansprüche gestiegen sind, die an die großen Konsumentenorganisationen heute gestellt werden, aber auch die Schwierigkeiten, sie zu befriedigen.

Die vorstehend abgestatteten Danksgagen veranlassen mich, schon an dieser Stelle auch einem Herren zu danken, dem ich für die Förderung meiner Arbeit zu ganz besonderem Danke verpflichtet bin: Herrn Oberregierungsrat Dr. v. d. Heyde, dem Direktor des Handelsstatistischen Amtes. Nicht nur hat er mir Material zur Verfügung gestellt, das wir nicht hätten entbehren können, und über das nur er verfügt, er hat auch direkt Arbeiten in derjenigen Weise anfertigen lassen, wie es für unsere Zwecke nützlich war, und ihr überhaupt jede nur mögliche Unterstützung angedeihen lassen. Auch seinen Beamten, die ich in mancher Beziehung bemühen mußte, sei mein herzlicher Dank ausgesprochen.

Nachdem wir nun die Ausgabe für Nahrung, Kleidung und Wohnung untersucht haben, wollen wir noch, in der Art der Untersuchung der Nahrungsmittelausgabe, in Tabelle 81 diejenige für Heizung und Beleuchtung zur Darstellung bringen und dieser dann in Tabelle 82 eine Gesamtübersicht über die vier genannten Positionen folgen lassen.

Gesamtübersicht über Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung.

Tabelle 81. Heizung und Beleuchtung.

	1907	Mk. 14 504	Preis Pf.	
a) Heizung u. Feuerung	64,13	Mk. = 70,5 % = 10 204	420 pr. Dhl = 2440 Dhl	
b) Beleuchtung:	26,70	" = 29,5 % = 4 300	15 "	1 = 28 600 l
	90,83 ¹	100 %	14 504 Mk.	

	1890		1895		1900		1905		1910		1912		1913	
	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.	Preis Pf.	Summe Mk.
Heizung u. Feuerung ²	410	10 004	310	7 564	360	8 784	330	8 052	350	8 540	410	10 004	380	9 272
Beleuchtung ³	16	4 576	15	4 290	18	5 148	15	4 290	14	4 004	18	5 148	19	5 434
Summe	—	14 600	—	11 854	—	13 932	—	12 342	—	12 544	—	15 152	—	14 706
Indexziffer . =	—	100 %	—	81 %	—	96 %	—	85 %	—	86 %	—	104 %	—	101 %

Tabelle 82. Gesamtübersicht 1890—1913.

		Steigerung	Anteil an der Gesamtausgabe	also gestiegen um	gestiegen auf
1	Nahrungs- u. Genußmittel	16 %	49 %	7,8 + 49	56,8
2	Kleidung, Wäsche, Reinigg.	25 "	11 "	2,8 + 11	13,8
3	Wohnung, Haushalt ⁴ . .	20 "	18 "	3,6 + 18	21,6
4	Heizung u. Beleuchtung .	15 "	4 "	1,0 + 4	4,0
			82 %		96,2

Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, die im Jahre 1890 82 Mk. kosteten, erforderten im Jahre 1913 96,23 — 14,23 Mk. oder 17,4 % mehr.

¹ Siehe Reichsarbeitsblatt usw. S. 31*.

² Die Preise verstehen sich für Yorkshire dopp. gef. Rußkohle; wir verdanken sie (und danken hiermit dafür) einer großen zuverlässigen Firma des Kohlenhandels. Für die Anfangszeit unserer Berichtsperiode konnte sie aber keine Preise beschaffen. Diese haben wir, nach Rücksprache mit ihr aus Großhandelspreisen berechnet, die im Besitze des Handelsstatistischen Amtes sind.

³ Die Preise verstehen sich für Petroleum.

⁴ Der Mietwert eines heizbaren Zimmers ist — ungefähr — in unserer Berichtsperiode in den Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer um 54,7 %, in denen mit zwei heizbaren Zimmern um 28,7 %, in denen mit drei heizbaren Zimmern um 10,3 % gestiegen (Tab. 48, 49 und 51). Im Jahre 1910 bildeten die Wohnungen mit weniger als drei heizbaren Zimmern 62 % der Wohnungen bis einschließlich drei heizbaren Zimmern. Wir können also für die Massen unter 20 % Steigerung nicht einsetzen.

⁵ Die Steigerung 1890—1913 beträgt kaum 1 %, die Steigerung 1895 bis 1913 aber fast 25 %.

Haushaltungsbudgets verschiedener Einkommensstufen.

Laut „Punkt 1“ des den Bearbeitern der einzelnen Städte vom Verein für Sozialpolitik überfandten Rundschreibens „liegt uns daran, möglichst für die einzelnen Einkommensstufen bzw. Sozialklassen g e t r e n n t e Berechnungen zu erhalten, um die verschiedenartige Wirkung der Lebensmittelpreise ermessen zu können“. Um diesem Wunsche nach Möglichkeit nachzukommen, habe ich von den 179 Hamburger Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes je drei Haushaltungen mit einem Einkommen zwischen rund 1400 und 1600 Mk. einerseits und zwischen rund 3000 und 4400 Mk. andererseits ausgewählt, die durch ihre Gleichartigkeit auf beiden Seiten eine gewisse Gewähr dafür bieten, daß die Verschiedenheit der Ausgabe (bzw. der Verteilung derselben) nicht etwa durch verschieden große Anzahl von Personen, oder von der Verschiedenheit des Alters der Kinder, oder von der Verschiedenheit der sozialen Klasse bewirkt worden ist. Für beide Einkommensstufen sind drei Ehepaare mit der gleichen Anzahl von Kindern im selben Alter ausgewählt worden. Nur zwei von den je zehn Kindern (im ganzen 20 Kindern) differieren im Alter um drei Jahre. Einmal steht einem sechsjährigen ein dreijähriges, das andere Mal einem neunjährigen ein zwölfjähriges gegenüber. In diesem Falle aber sind außer den beiden nicht ganz gleichaltrigen Kindern noch je zwei Kinder genau desselben Alters vorhanden, während im ersteren Falle außer den beiden nicht ganz gleichaltrigen Kindern sogar noch je drei ganz gleichaltrige vorhanden sind. Bei der einen Gegenüberstellung sind aber alle drei Kinder genau im selben Alter. Auf beiden Seiten sind außer den drei Ehepaaren Kinder im Alter von zwei, sechs (bzw. drei), acht, neun (bzw. zwölf), elf, dreizehn und vierzehn Jahren vorhanden.

Außerdem ist darauf geachtet worden, daß unter den Haushaltungen sich keine mit „Untervermietung“ oder „Beitrag der Kinder“ befinde. Schließlich steht auch noch dem Nichtraucher auf der einen Seite ein solcher auf der anderen gegenüber.

Durch diese Auswahl ist mehr Gewähr für Vergleichbarkeit der Haushaltungen beider Klassen geschaffen, als wenn man eine größere Anzahl von Haushaltungen einander gegenüber gestellt hätte, bei denen

sich eine solche Gleichartigkeit bei der Auswahl nicht hätte durchführen lassen.

Auf beiden Seiten stehen sich außerdem Arbeiterhaushaltungen — nur solche verschiedener Einkommensstufen — gegenüber.

Nachdem in dieser Weise auf möglichste Gleichartigkeit der je drei einander gegenübergestellten Haushaltungen Bedacht genommen ist und diese, soweit bekannt, nur dem Einkommen nach verschieden sind, scheint mir die Wirkung dieser Verschiedenheit am leichtesten in die Erscheinung treten zu können.

Wenn das gelingt, ist der im Punkt 1 ausgedrückte Wunsch allerdings nur insoweit erfüllt, als er von verschiedenen Einkommensstufen spricht. Aus den in der Formulierung dieses Punktes hinter „Einkommensstufen“ hinzugefügten Worten „bzw. Sozialklassen“ ist nicht mit Bestimmtheit zu ersehen, ob diese mit jenen identisch gedacht sind, oder ob mit der Hinzufügung gesagt sein sollte, daß außer getrennter Berechnung verschiedener Einkommensstufen auch solche verschiedener sozialer Klassen erwünscht sei. In jedem Falle wäre es interessant gewesen, wenn wir eine Gegenüberstellung sonst (bis auf die Einkommensstufe) gleicher Haushaltungen auch für eine andere soziale Klasse als diejenige der Arbeiter hätten vornehmen können. Dazu aber fehlte es uns an Material. Die 179 Haushaltungen des Reichsarbeitsblattes sind — selbst bei den höheren Einkommensstufen — fast nur Arbeiterhaushaltungen und Haushaltungen ähnlichen Charakters. Haushaltungen anderer sozialer Klassen befinden sich allerdings ziemlich zahlreich unter den 285 Haushaltungen, deren Rechnungen im Jahresbericht 1909 des Statistischen Bureaus veröffentlicht sind. Bei dieser Veröffentlichung fehlt aber die Angabe der Ausgabe für die einzelnen Lebensmittel, ohne welche die vom Verein gewünschte Ermittlung über „die verschiedenartige Wirkung der Lebensmittelpreise“ nicht möglich ist. Verfasser hat sich an die dem Statistischen Amt vorgesetzte Instanz mit der Bitte um zeitweilige Überlassung der Haushaltsbücher gewandt, ist aber mit der Begründung abschlägig beschieden worden, daß den Beteiligten seiner Zeit die Zusicherung gemacht worden sei, daß die Bücher „an niemand ausgehändigt“ würden. Da die Bücher nur mit einer Nummer versehen sind, das Geheimnis der betreffenden Haushaltungen bei Überlassung der betreffenden Bücher demnach völlig gewahrt bleibt, so liegt es auf der Hand, daß die Antwort nur eine Ausrede ist, um dem Verfasser die Arbeit nach Möglichkeit zu erschweren.

Das geht auch daraus hervor, daß der Direktor des Statistischen Amtes, Herr Dr. Beufemann (nicht zu verwechseln mit dem Direktor des S a n d e l s statistischen Amtes, der meine Arbeit in jeder Weise gefördert hat), nachdem er selbst die Arbeit abgelehnt hatte, versucht hat — allerdings erfolglos —, eine andere Behörde, die für unsere Zwecke außerordentlich wichtiges Material besaß, zu bestimmen, mir dasselbe zu verweigern!

Die sechs Hamburger Haushaltungen, von denen wir die Ausgaben von je drei derselben in nachfolgenden Tabellen einander gegenüberstellen, sind die folgenden¹. (Die vorgelegten Nummern sind diejenigen, welche die betreffenden Haushaltungen im Reichsarbeitsblatte haben.)

Tabelle 83.

	Gesamteinnahme
Nr. 108: Ehepaar und 3 Kinder von 11, 13 u. 14 Jahren	Mk. 1416,56
Nr. 148: " " 3 " " 11, 13 u. 14 "	Mk. 3887,02
Nr. 109: Ehepaar und 3 Kinder von 2, 8 u. 9 Jahren	Mk. 1609,80
Nr. 144: " " 3 " " 2, 8 u. 12 "	Mk. 3081,38
Nr. 149: Ehepaar und 4 Kinder von 6, 8, 11 u. 13 Jahren	Mk. 1544,68
Nr. 167: " " 4 " " 3, 8, 11 u. 13 "	Mk. 4369,00
Je 3 Haushaltungen mit zusammen Einkommen:	Mk. 4571,04 Mk. 11337,40
Je 3 Haushaltungen mit einem Durchschnittseinkommen von	Mk. 1523,68 Mk. 3779,13

Nr. 108: Arbeiter in Maschinenfabrik,	Nr. 148: Bauführer,
Nr. 109: Korbmacher,	Nr. 144: Laternenwärter,
Nr. 149: Arbeiter,	Nr. 167: Maschinenmeister.

Wir haben in Tabelle 84 die Ausgaben — auch diejenigen für Lebensmittel — zunächst für jede Haushaltung getrennt aufgeführt, weil sie so besseren Einblick in die Verhältnisse gewähren.

Die Ausgabe für N a h r u n g bewegt sich bei der unteren Einkommensstufe zwischen 50 und 57 %, bei der oberen zwischen 34 und 42 % der Ausgaben. Letzterer Prozentsatz (in dieser Klasse der höchste) betrifft die Haushaltung eines Bauführers, der 343 Mk. in Gastwirtschaften ausgibt, was mit seinem Beruf zusammenhängen dürfte.

Die Ausgabe für K l e i d u n g variiert bei der unteren Einkommensstufe zwischen 9 und 16 %, bei der oberen zwischen 11 und 20 %. Wir haben hier wieder dieselbe Erscheinung der Unregelmäßigkeit, die wir schon beim Abschnitt „Kleidung“ erörtert und erklärt haben.

¹ Reichsarbeitsblatt, 2. Sonderheft 1909, S. 80—90.

Tabelle 84.

Einnahmen und Ausgaben

	Nr. 108		Nr. 109		Nr. 149	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
Einnahmen.						
1. Arbeitsverdienst des Mannes . . .	1201,56	84,8	1501,04	93,2	1544,68	100
2. Nebenarbeit des Mannes	—	—	—	—	—	—
3. Einnahmen der Frau	215,00	15,2	—	—	—	—
4. Beitrag der Kinder	—	—	—	—	—	—
5. Untervermietung	—	—	—	—	—	—
6. Sonstige bare Einnahmen	—	—	108,76	6,8	—	—
7. Naturaleinnahmen	—	—	—	—	—	—
zusammen	1416,56	100	1609,80	100	1544,68	100
dabei aus Darlehen und Ersparnissen	—	—	—	—	—	—
Ausgaben.						
1. Nahrungs- und Genußmittel . .	688,47	49,7	888,77	56,6	868,63	55,9
2. Kleidung, Wäsche, Reinigung . .	218,63	15,8	134,41	8,6	202,26	13,0
3. Wohnung und Haushalt	288,81	20,8	269,37	17,2	256,71	16,5
Miete allein ¹	—	17,7	—	14,6	—	14,2
4. Heizung und Beleuchtung	52,89	3,8	61,97	3,9	50,85	3,3
5. Gesundheit und Körperpflege . .	2,15	0,2	32,97	2,1	9,53	0,6
6. Unterricht, Schulgeld, Lehrmittel .	0,50	0,0	8,63	0,5	10,12	0,7
7. Geistige und gesellige Bedürfnisse .	38,50	2,8	71,24	4,5	32,27	2,1
8. Staat, Gemeinde, Kirche	11,20	0,8	4,20	0,3	3,20	0,2
9. Vor- und Fürsorge (Versicherung)	54,81	4,0	79,78	5,1	42,70	2,7
10. Verkehrsmittel	13,85	1,0	14,55	0,9	70,85	4,6
11. Persönliche Bedienung	—	—	—	—	—	—
12. Geldgeschenke uhm.	11,00	0,8	1,60	0,1	—	—
13. Schuldentilgung und Zinsen . . .	—	—	—	—	—	—
14. Erwerbskosten	—	—	1,30	0,1	—	—
15. Sonstige Ausgaben	4,05	0,3	1,36	0,1	5,48	0,4
16. Nicht verteilte Naturalien	—	—	—	—	—	—
17. Ersparnisse	—	—	—	—	—	—
zusammen	1384,86	100	1570,15	100	1552,63	100
Überschuß (+) Fehlbetrag (—) . . .	+ 31,70	—	+ 39,65	—	— 7,95	—

Die Miete (wir machen auf die Anmerkung zu diesem Posten aufmerksam) bewegt sich bei der unteren Einkommensklasse zwischen 14 und 18%, bei der oberen zwischen 11 und 12%. Erklärlicherweise zahlt diejenige Haushaltung, welche am wenigsten für Miete ausgibt, am meisten für „Verkehr“ (4,6%). Schlägt man die Verkehrsausgabe zur Wohnungsausgabe, so bewegt sich die Miete bei der unteren Einkommensstufe zwischen 16 und 19%, bei der oberen zwischen 13 und 15%.

¹ Wir haben vorne schon darauf hingewiesen, daß sich aus der „Wohnungsausgabe“ im Sonderheft des Reichsarbeitsblattes, S. 37* berechnen ließ, daß zur Ermittlung der Miete aus der Wohnungsausgabe von dieser abzuziehen sind: bei einer durchschnittlichen Ausgabe von 289 Mk. 15%, von 425 Mk. 19% und von

von sechs Haushaltungen.

	Nr. 148		Nr. 144		Nr. 167	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
Einnahmen.						
1. Arbeitsverdienst des Mannes . . .	3887,02	100	1266,84	41,1	3410,00	78,0
2. Nebenarbeit des Mannes	—	—	220,85	7,2	—	—
3. Einnahmen der Frau	—	—	1278,57	41,5	—	—
4. Beitrag der Kinder	—	—	—	—	—	—
5. Untervermietung	—	—	—	—	—	—
6. Sonstige bare Einnahmen	—	—	315,12	10,2	959,00	22,0
7. Naturaleinnahmen	—	—	—	—	—	—
zusammen	3887,02	100	3081,38	100	4369,00	100
dabei aus Darlehen und Ersparnissen	—	—	270,00	—	863,00	—
Ausgaben.						
1. Nahrungs- und Genußmittel . .	1544,83	42,3	1176,38	41,5	1448,25	33,6
2. Kleidung, Wäsche, Reinigung . .	741,80	20,3	498,99	17,6	465,95	10,8
3. Wohnung und Haushalt	467,31	12,8	422,38	14,9	662,16	15,4
Miete allein!	—	11,4	—	12,1	—	11,9
4. Heizung und Beleuchtung	122,72	3,4	69,08	2,4	58,89	1,4
5. Gesundheit und Körperpflege . .	142,30	3,9	9,85	0,4	129,30	3,0
6. Unterricht, Schulgeld, Lehrmittel .	37,12	1,0	7,90	0,3	102,61	2,4
7. Geistige und geistliche Bedürfnisse .	140,63	3,8	105,25	3,7	82,15	1,9
8. Staat, Gemeinde, Kirche	37,11	1,0	26,51	0,9	42,05	1,0
9. Vor- und Fürsorge (Versicherung)	10,00	0,3	78,31	2,8	261,40	6,1
10. Verkehrsmittel	129,55	3,5	11,10	0,4	45,15	1,0
11. Persönliche Bedienung	—	—	—	—	9,00	0,2
12. Geldgeschenke usw.	33,60	0,9	2,00	0,1	6,75	0,2
13. Schuldentilgung und Zinsen . . .	—	—	60,00	2,1	100,00	2,3
14. Erwerbskosten	38,85	1,1	85,43	3,0	28,50	0,7
15. Sonstige Ausgaben	207,81	5,7	41,60	1,5	61,82	1,4
16. Nicht verteilte Naturalien	—	—	—	—	—	—
17. Ersparnisse	—	—	238,00	8,4	800,00	18,6
zusammen	3653,63	100	2832,78	100	4303,98	100
Überschuß (+) Fehlbetrag (—) . . .	+233,39		+248,60		+ 65,02	

Der Prozentsatz der Ausgabe für *N e i z u n g* und *B e l e u c h t u n g* pflegt derjenige zu sein, der von den Prozentsätzen aller größeren Ausgaben unter den verschiedenen Einkommensklassen am wenigsten schwankt. Er variiert bei der unteren Einkommensstufe zwischen 3,3 und 3,9%, beträgt bei der Haushaltung der oberen Einkommensstufe, die fast 4000 Mk. Einkommen hat, 3,4%, bei den anderen beiden Haushaltungen derselben aber nur 2,4 und 1,4%. Möglicherweise ist hier eine Ausgabe zu buchen vergessen. Nötig ist diese Erklärung aber nicht,

686 Mk. 23%. Deментipredend ist bei den Haushaltungen dieser Tabelle zur Ermittlung der reinen Miete von der Wohnungsausgabe abzuziehen: bei Nr. 108 15%, bei Nr. 109 15%, bei Nr. 149 14%, bei Nr. 148 19%, bei Nr. 144 19%, bei Nr. 167 23%. Auf diese Weise ist die reine Miete berechnet worden.

denn selbst bei derjenigen Haushaltung dieser Klasse, bei der dieser Aufwand am geringsten ist, ist er immer noch um 8 bzw. 5 Mk. höher, als bei zwei von den Haushaltungen der unteren Einkommensstufe.

Bedauerlich niedrig ist die Ausgabe für Gesundheit und Körperpflege bei zwei Haushaltungen der unteren und einer der oberen Einkommensstufe. In letzterer verdient der Mann — ein Laternenwärter — im Hauptberuf weniger als seine Frau und gehört seinem Einkommen nach zur unteren Einkommensstufe. In dieser hat die Haushaltung des Korbmachers 33 Mk. für Gesundheit und Körperpflege über. Das mag aber an Krankheit in der Familie gelegen haben. Der geringe Aufwand für diese Position in der Haushaltung des Laternenwärters mag — wie bei den Haushaltungen der unteren Einkommensstufe — damit zusammenhängen, daß trotz des Gesamteinkommens von über 3000 Mk. sowohl das Einkommen des Mannes wie dasjenige der Frau innerhalb der Grenze für die Krankenversicherungspflicht liegt. Die anderen beiden Haushaltungen, deren Haushaltungsvorstand allein das Gesamteinkommen verdient, das die versicherungspflichtige Grenze übersteigt, hatten 129 bzw. 142 Mk. für Gesundheit und Körperpflege auszugeben.

Der Aufwand für „Unterricht, Schulgeld, Lehrmittel“ beweist, daß, wenn auch in Hamburg die Volksschule nicht frei ist, die Einziehung des Schulgeldes doch recht milde gehandhabt wird. In der unteren Einkommensstufe haben die Haushaltungen mit 1417, 1610 und 1545 Mk. Gesamteinkommen 3, 2 und 3 schulpflichtige Kinder und zahlten an Schulgeld, Lehrmitteln usw. 0,50, 8,63 und 10,12 Mk. In der oberen Einkommensklasse zahlte der Laternenwärter bei einem Gesamteinkommen von 3081 Mk. bei zwei schulpflichtigen Kindern 7,90 Mk. für Schulgeld, Lehrmittel usw., der Bauführer mit 3887 Mk. Einkommen bei drei schulpflichtigen Kindern 37,12 Mk., der Maschinenmeister mit 4369 Mk. Gesamteinkommen bei ebenfalls drei schulpflichtigen Kindern 102,61 Mk. Diese Zahlen beweisen, daß von den 16 schulpflichtigen Kindern der beiden Einkommensstufen keines eine höhere Schule besucht — ein Beweis mehr für die soziale Gleichheit der Haushaltungen der beiden Einkommensstufen.

Der Aufwand für „Geistige und gesellige Bedürfnisse“ bewegt sich bei der oberen Einkommensklasse zwischen 82 und 141 Mk., bei der unteren zwischen 32 und 71 Mk. Hier zeigt sich ziemlich deutlich die Ausgabenmöglichkeit. Die höchste Ausgabe für diese

Position findet sich bei der unteren Einkommensstufe in demjenigen Haushalt, der von den drei Haushaltungen das größte Einkommen hat und in dem die Kinder das niedrigste Alter haben. In der höheren Einkommensstufe macht diejenige Haushaltung für diese Position den geringsten Aufwand, welche die größte Anzahl Kinder hat und die größten Ersparnisse macht.

Die Ausgabe für „Staat, Gemeinde, Kirche“ beträgt bei der unteren Einkommensstufe zwischen 3,20 und 11,20 Mk. und erreicht bei der oberen Einkommensstufe nicht 1% des Einkommens. Bei einem Gesamtdurchschnittseinkommen der 179 Hamburger Haushaltungen von 2169 Mk. betrug die Ausgabe für diese Position nur 0,7% des Einkommens, während sie im benachbarten Altona bei den zehn Haushaltungen, die von diesem im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht wurden, bei einem Durchschnittseinkommen von nur 1844 Mk. schon 1,1% des Einkommens ausmachte, obgleich Altona wegen der niedrigen Hamburger Einkommensteuersätze für die Gemeindesteuerzuschläge eine autonome Steuerkassa besitzt. Allerdings hätten die sechs Haushaltungen auch in Hamburg allein an Einkommensteuer den mehrfachen Betrag zahlen müssen. Nur diejenige mit dem niedrigsten Einkommen hat die Einkommensteuer in richtiger Höhe bezahlt.

Für „Vorsund Fürsorge (Versicherung)“ machen die drei Haushaltungen der unteren Einkommensklasse einen Aufwand von 2,7 bis 5,1% der Ausgaben — wahrscheinlich für Gewerkschaftsbeitrag, Krankenkasse und Alters- und Invaliditätsversicherung. Der Laternenwärter der höheren Einkommensstufe gibt hierfür den gleichen Betrag aus, wie der Vorbmacher der unteren, aber natürlich einen viel niedrigeren Prozentsatz seiner Ausgaben, der Bauführer der oberen Einkommensstufe mit einem Einkommen von fast 3900 Mk. nur ganze 10 Mk., der Maschinenmeister mit 4400 Mk. Einkommen aber 261 Mk. Offenbar ist er in der Lebens- oder Volksversicherung. Von allen sechs Haushaltungen gibt auch nur die seinige etwas für „Persönliche Bedienung“ aus. Es sind aber nur 9 Mk. — wohl nur für eine gelegentliche Aushilfe.

„Geldgeheute“ finden sich — in erwähnenswerter Höhe — bei beiden Einkommensstufen charakteristischerweise nur in jeweils derjenigen Familie, in der ein 14 jähriges Kind vorhanden ist. Nur ist die Summe im Haushalt der oberen Einkommensstufe dreimal so groß, wie in demjenigen der unteren (34 Mk. gegen 11 Mk.).

„Schuldentilgung und Zinsen“ finden sich nur in der oberen Einkommensstufe (und zwar bei zwei Haushaltungen) in der nicht unbedeutenden Höhe von 60 Mk. bzw. 100 Mk.

Erwerbskosten (in nennenswertem Betrage) finden sich nur in der oberen Einkommensstufe und machen hier bis zu 3% der Ausgaben aus.

Die „Sonstigen Ausgaben“ variieren in der unteren Einkommensstufe zwischen nur 1,36 und 5,48 Mk., in der oberen zwischen 41,60 und 207,81 Mk.

„Nicht verteilte Naturalien“ kommen in keiner der sechs Haushaltungen vor.

Ersparnisse hat keine der drei Haushaltungen der unteren Einkommensstufe gemacht, hingegen haben solche, und zwar in ziemlicher Höhe, zwei der oberen gemacht (238 bzw. 800 Mk.). Es scheint mir nicht praktisch, die Ersparnisse unter die Ausgaben zu rechnen. Dadurch erscheinen die Prozentsätze für die Posten der wirklichen Ausgaben niedriger, als sie in Wirklichkeit sind. Z. B. würde sich bei diesen beiden Haushaltungen, wenn die Ersparnisse nicht zu den Ausgaben gerechnet worden wären, der Aufwand für Heizung und Beleuchtung auf 2,7% statt auf 2,4% bzw. auf 1,7% statt auf 1,4% gestellt haben.

Es scheint mir ein Fehler des Formulars zu sein, daß es keine Rubrik für „Anschaffungen“ enthält. So wissen wir gar nicht, was hierfür ausgegeben ist, außer für Kleidung. Die Bezeichnung „Sonstige Ausgaben“ ist viel zu allgemein. Wenn sie mehr als jährlich wiederkehrende kleine Ausgaben — also auch Anschaffungen — umfassen soll, würde sie die Wirkung haben, bei Anschaffung einer Nähmaschine, eines Bettes usw. die Prozentsätze für Nahrung usw. herabzudrücken und so ein falsches Bild hervorzurufen!

Wir führen nun zunächst (in Tabelle 85) die Ausgaben für Nahrung und Genußmittel spezifiziert für jede der sechs Haushaltungen getrennt auf, weil so Gleichmäßigkeit oder Verschiedenheit der einzelnen Positionen deutlicher hervortreten.

Die beiden Rubriken Butter und Margarine (4 und 5), sonst, man möchte sagen der Gradmesser der Einkommensklasse, zeigen hier, welche große Rolle der Geschmack bei der Wahl der Lebensmittel spielt. Die Nr. 108, 109 und 149 gehören der gleichen sozialen und der gleichen Einkommensklasse an. Dennoch gibt der Haushalt des Arbeiters in der Maschinenfabrik, der von den dreien das geringste Einkommen hat,

Tabelle 85.

Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel.

Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	Butter u. Margarine	Eier	Kartoffeln	Grünwaren	Salz, Gewürze, etc.	Zucker u. Honig					
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
108.	133	33	14	62	29	13	12	37	18	7	20
109.	209	51	18	2	115	33	52	47	23	4	19
149.	142	40	26	2	138	8	21	48	19	3	26
zusammen	483	124	58	66	283	58	84	132	60	14	65
Durchschnitt .	161	41	19	22	94	18	28	44	20	5	22
148.	295	51	33	152	28	27	52	36	46	9	35
144.	210	62	13	166	18	40	17	20	23	4	14
167.	347	43	39	40	126	37	42	83	53	7	42
zusammen	853	156	84	358	172	104	112	139	122	20	91
Durchschnitt .	284	52	28	119	57	35	37	46	41	7	30

Nr.	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	1—21
	Getreide, Mehl, Reis, Hülsenfrüchte	Obst und Gemüse	Brot u. Backwaren	Kaffee und Kakao	Teig, Gebäck, etc.	Milch	Flüssige Nahrungs- und Genussmittel	Tabak und Zigarren	Ausgaben in sonstigen Wirtschaften		
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
108.	29	20	103	46	0,4	22	24	—	6	60	688
109.	32	26	136	14	0,6	95	1	0,5	—	9	889
149.	39	40	194	22	0,2	63	29	0,5	6	3	869
zusammen	99	86	434	82	1,3	180	54	1,0	12	72	2446
Durchschnitt .	33	28	145	27	0,4	60	18	0,4	4	24	815
148.	42	69	173	21	22,7	103	5	4,3	—	342	1545
144.	18	20	262	22	16,8	138	3	1,3	73	34	1176
167.	32	63	205	30	4,6	101	15	2,6	30	102	1448
zusammen	92	152	640	73	44,2	342	23	8,3	104	479	4169
Durchschnitt .	31	51	213	24	14,7	114	8	2,8	35	160	1390

zwei Drittel der Aufwendung für die Artikel 4 und 5 für Butter aus, während der Haushalt des Korbmachers und des Arbeiters ohne nähere Bezeichnung fast gar keine Butter genießen. Andererseits gibt von den drei Haushaltungen mit höherem Einkommen gerade derjenige

mit dem höchsten Einkommen (4369 Mf.) nur 24 % der Gesamtausgabe für 4 und 5 für Butter aus, während die beiden anderen (mit 3887 und 3081 Mf. Einkommen) 84 % bzw. 90 % dieser Gesamtausgabe auf Butter verwenden. Addiert man die Ausgaben für 4 und 5 bei beiden Einkommensklassen zusammen, so zeigt sich, daß diese Gesamtausgabe bei der oberen Einkommensklasse 52 % größer ist als bei der unteren, während z. B. die Ausgabe für Fleisch und Wurst um 66 %, für Eier um 32 %, die Gesamtausgabe überhaupt um 70 % größer ist. Hingegen ist die Ausgabe für Kartoffeln in der unteren Einkommensklasse fast dieselbe wie in der oberen (in den einzelnen Haushaltungen der beiden Einkommensklassen ist sie allerdings zum Teil recht verschieden) und die Ausgabe für Mehl, Reis und Hülsenfrüchte in der unteren Einkommensklasse sogar um 10 % größer als in der oberen, in zweien der ersteren sogar wesentlich größer als in den korrespondierenden Haushaltungen der letzteren. Für Fische gibt die obere Klasse nur 48 % mehr aus, für Käse aber 90 % mehr. Charakteristisch ist bei der unteren Einkommensklasse der geringe Aufwand für Tee, Schokolade, Kakao, der bei der oberen das Vielfache beträgt und der verhältnismäßig hohe Aufwand für Kaffee und Kaffeesatz, der bei der unteren Einkommensklasse sogar absolut um 12 % größer ist als bei der oberen. (Hier ist also der Kaffee der Magenfüller und -wärmer.) Erstere gibt auch mehr als das Doppelte für „Übrige Getränke im Hause“ aus, während sie andererseits für „Ausgaben in Gastwirtschaften“ absolut und relativ wenig übrig hat. Die Ausgabe hierfür stammt zudem noch zu 82 % von einer der drei Haushaltungen. Die obere Einkommensklasse gibt hierfür das sechs- bis siebenfache der unteren aus. Danach leben die Gastwirtschaften und Brauereien nicht von den untersten, sondern mehr von den besseren Einkommensklassen. Übrigens braucht die Ausgabe in Gastwirtschaften durchaus nicht für Bier gemacht zu sein. Arbeiter sind oft genötigt, dort ihr Mittagessen zu nehmen.

Es kann hier nicht auf jede einzelne interessante Erscheinung dieser Gegenüberstellung näher eingegangen werden. Wir empfehlen ihr näheres Studium. Auf die Ausgabe für Brot und Milch kommen wir aber noch zurück.

(Tabelle 86 siehe nächste Seite.)

Wir sehen aus dieser Gegenüberstellung u. a. wie bei dem Einkommen von etwa 1500 Mf. (im Vergleich zu den Einkommen von 3—4000 Mf.) bei gleicher Kinderzahl (und zwar gleichzeitig auch Kindern

Tabelle 86.

Durchschnittliche Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel in je drei Haushaltungen mit durchschnittlich Mk. 815 (a) bzw. Mk. 1390 (b) Gesamtausgabe.

Für Nahrungsmittel:		a	b
Durchschnittseinnahme	Mk. 1523,68 = 100	Mk. 3779,13 = 100	
Durchschnittsausgabe	" 1502,55 = 100	" 3596,80 = 100	
Davon für Nahrungs- u. Genußmittel	" 815,30 = 54,30/o	" 1389,82 = 38,70/o	
Setzt man die Nahrungs- u. Genußmittel		= 100	= 100
dann wurden davon verausgabt für:		Mk.	%
1. und 2. Fleisch und Wurst	202,47 = 24,80	336,16 = 24,20	
3. Fische	19,35 = 2,37	28,22 = 2,04	
4. Butter	22,00 = 2,70	119,45 = 8,60	
5. Schmalz, Margarine usw.	94,34 = 11,60	57,16 = 4,10	
6. Käse	18,26 = 2,24	34,78 = 2,50	
7. Eier	28,19 = 3,46	37,28 = 2,70	
8. Kartoffeln	44,01 = 5,40	46,36 = 3,35	
9. Grünwaren	20,08 = 2,47	40,72 = 2,94	
10. Salz, Gewürze, Öl	4,61 = 0,57	6,76 = 0,48	
11. Zucker, Sirup, Honig	21,51 = 2,64	30,46 = 2,20	
12. Mehl, Reis, Hülsenfrüchte	33,10 = 4,05	30,62 = 2,21	
13. Obst und Süßfrüchte	28,60 = 3,52	50,74 = 3,65	
14. Brot und Backwaren	144,53 = 17,70	213,43 = 15,40	
15. Kaffee und Kaffeeverb.	27,30 = 3,35	24,43 = 1,76	
16. Tee, Schokolade, Kakao	0,42 = 0,01	14,74 = 1,06	
17. Milch	60,18 = 7,40	113,91 = 8,25	
18. übrige Getränke im Hause	17,94 = 2,20	7,79 = 0,56	
19. Sonstige Nahrungsmittel	0,36 = 0,04	2,77 = 0,20	
20. Tabak und Zigarren	3,97 = 0,49	34,53 = 2,50	
21. Ausgaben in Gastwirtschaften	23,92 = 2,92	159,52 = 11,40	
Zusammen		815,30 = 100	1389,82 = 100

im gleichen Alter) selbst der Konsum von so notwendigen Lebensmitteln wie Brot und Milch stark eingeschränkt werden muß. Beim kleinen Einkommen ein Brotkonsum von 145 Mk., gegen 213 Mk. beim höheren und ein Milchkonsum von nur 60 Mk. gegen einen solchen von 114 Mk. beim höheren Einkommen! Sogar prozentualiter ist der letztere beim niedrigeren Einkommen niedriger als beim höheren (7,40% gegen 8,25%). Sollte daran nicht die Unkenntnis über den hohen Nährwert der Milch Schuld sein? Es wäre wohl angebracht, daß unsere Volksschüler — und auch diejenigen der höheren Schulen — statt der vielen bedeutungslosen Rechenaufgaben u. a. solche Rechenaufgaben zu lösen bekämen, in denen der Gehalt der Hauptnahrungsmittel an Eiweiß, Fett und Kohlenhydraten und der von ihnen bei den verschiedenen Nahrungsmitteln resorbierten Mengen, sowie deren Umrechnung in Kalorien eine Rolle spielten.

In den nachfolgenden beiden Tabellen — nennen wir sie A und B — (Siehe Anhang, Tab. X und XI) ist in A die durchschnittliche Nahrungsmittelausgabe der drei Familien mit durchschnittlich 1524 Mk. Einkommen, in B die durchschnittliche Nahrungsmittelausgabe der drei Familien mit durchschnittlich 3779 Mk. Einkommen zur Darstellung gebracht.

Bei B sind die gleichen Preise angenommen worden wie bei der Darstellung der Nahrungsmittelausgabe der 179 Hamburger Haushaltungen (Anhang, Tab. VIII). Bei B ist, entsprechend dem relativ hohen Einkommen angenommen worden, daß für die teureren Grünwaren Spinat, Erbsen, Bohnen, Spargel, Champignons etwas mehr, für die billigeren entsprechend weniger ausgegeben worden ist. Bei A aber ist, entsprechend dem niedrigen Einkommen angenommen worden, daß diese Haushaltungen unter den zehn billigsten Grünwaren abwechselten und sich im Jahre 1907 die für Grünwaren ausgegebene Summe gleichmäßig auf jene zehn verteilten.

Während wir für B die durchschnittlichen *Fleischpreise* (wie für die 179 Haushaltungen) angenommen haben, haben wir für A den Jahresdurchschnittspreis der *billigsten Sorte* aus „Kleinhandelspreise für Fleisch in Hamburg“ angenommen. Da diese nur bis zum Jahre 1899 zurück existieren, so haben wir für die Jahre 1895 und 1890 einen Preis eingesetzt, der um ebensoviel niedriger ist gegen den Durchschnittsladenpreis als im Jahre 1900 der Preis der billigsten Sorte niedriger war, als der Durchschnittspreis der vier Sorten der „Kleinhandelspreise“.

Wenn nun auch von den A-Haushaltungen gelegentlich ein besseres Stück Fleisch genossen sein mag und wohl auch mal ein teureres Gemüse, so war dies doch nach ihren Einkommensverhältnissen ein solcher Luxus, daß diese Ausnahmen das Gesamtergebnis nicht nennenswert beeinflussen können.

Die Quantitäten sind wieder, wie bei der Tabelle der Nahrungsmittelausgabe der 179 Haushaltungen, durch Division des Preises des Jahres 1907 in die Ausgabe für die betreffende Position ermittelt worden. Für die Verteilung der Sammelpositionen auf die einzelnen Waren wurde — soweit nicht vorstehend anderes mitgeteilt ist — die Verteilung wie in der Darstellung der Nahrungsmittelausgabe der 179 Haushaltungen zugrunde gelegt. Was wir bei diesen z. B. in bezug auf Salz ausgeführt haben, gilt also auch für die Tabellen A und B.

Der Vergleich der Endresultate der beiden Tabellen A und B

zeigt, daß die Preisentwicklung keinen in den Endprozentfäßen erkennbaren verschiedenen Einfluß auf die Nahrungsmittelversorgung der beiden Einkommensklassen ausgeübt hat: Bei A eine Steigerung um 15,1%, bei B eine solche um 15,6% in dem Zeitraum unserer Berichtsperiode (1890—1913). Die größte Differenz der Prozentfäße, welche den Einfluß der Preise auf die Lebensmittelausgabe anzeigen, findet sich etwa in der Mitte unserer Berichtsperiode: im Jahre 1900 war die Lebensmittelausgabe gegen 1890 bei A von 100 auf 94,9, bei B von 100 auf 96,5 gesunken. Das Endresultat ist um so bemerkenswerter, als die Fleischausgabe allein von 1890 bis 1913 bei A um 34,7%, bei B nur um 30% gestiegen ist. Von 1890 bis 1912 war die Differenz in der Fleischausgabe noch größer: bei A eine Steigerung um 29,3%, bei B nur um 22% und trotzdem betrug die Differenz bei der Steigerung der Gesamtnahrungsmittelausgabe nur 1%.

Das wird daran liegen, daß die Quantitätsverteilung des Jahres 1907, die der Berechnung für alle Jahre zugrunde gelegen hat, eine solche ist, daß die A-Klasse von den verhältnismäßig billigeren Nahrungsmitteln prozentualiter mehr konsumiert hat. Wir sehen das aus der Tabelle klein = a und b (Tabelle 86).

A konsumiert	2,70%	Butter	B aber	8,60%
A "	7,40%	Milch	B "	8,25%
A " nur	0,01%	Lee, Schokolade, Kakao	B "	1,06%
A " "	2,92%	in Gastwirtschaften . . .	B "	11,40%
A " "	0,49%	Tabak	B "	2,50%

hingegen konsumiert

A	5,40%	Kartoffeln	B nur	3,35%
A	4,05%	Mehl, Reis, Hülsenfrüchte	B "	2,21%
A	17,70%	Brot und Backwaren . . .	B "	15,40%
A	3,35%	Kaffee und Kaffeeroh . . .	B "	1,76%
A	11,60%	Schmalz, Margarine usw. .	B "	4,10%

Bei Fleisch wäre die Differenz (5%) noch größer geworden, wenn wir, wie bei A die billigste Qualität, bei B die teuerste angenommen hätten. So groß aber ist das Einkommen auch bei B nicht, daß dies berechtigt gewesen wäre.

Wünschenswert wäre gewesen, daß wir außer der B-Klasse eine noch wesentlich höhere Einkommensklasse hätten mit A und B vergleichen können. Derartige Haushaltungen sind aber unter den 179 nicht vorhanden. Wir hätten das nur gekonnt, wenn uns das Statistische Amt von den in seinem Besitze befindlichen 285 Haushaltungsrechnungen vom Jahre 1907, unter denen sich auch solche mit sehr hohem Ein-

kommen befinden, Rechnungen dieser Art zur Bearbeitung zugänglich gemacht hätte.

In dem ablehnenden Bescheide heißt es allerdings: „Die Ergebnisse der Aufbereitung der Bücher sind zum Teil veröffentlicht, zum anderen Teil befinden sie sich noch bei dem Direktor des Statistischen Amtes in Bearbeitung, um von diesem nach Maßgabe der Arbeitslage in geeignet erscheinender Weise veröffentlicht zu werden.“ Zu der „geeigneten Weise“ gehörte aber bisher nicht die Detaillierung der Lebensmittelausgabe. Es ist also wenig Hoffnung vorhanden, daß das schöne Material, das Hamburg besitzt, seinem Werte entsprechend ausgenützt werden wird. Und was es heißt, daß Material sich beim Direktor des Statistischen Amtes „in Bearbeitung befindet“, kennt man in Hamburg aus der „bedächtigen Schnelle“ mit der seine Arbeiten das Licht der Welt erblicken. Schließlich kommt doch auch etwas darauf an, w a n n die Welt die Früchte einer Arbeit genießt — namentlich bei statistischen Arbeiten, welche die Entwicklung unserer Zeit betreffen.

Warum wir die Hamburger Haushaltsrechnungen vom Jahre 1907 nicht mit denen aus jüngerer Zeit vergleichen.

In Hamburg wurde die im Jahre 1907 begonnene „Untersuchung über die Lebenshaltung der Bevölkerung“, die in jenem Jahr mit 285 Haushaltsrechnungen angefangen hatte, in den nächsten Jahren fortgesetzt, und es läge an sich nahe, die späteren Untersuchungen zu einem Vergleich mit der ersten zu verwerten, so nahe, daß es nötig scheint zu begründen, warum dies meinerseits nicht geschieht.

1. Einen Mangel der Hamburger Veröffentlichungen haben wir an anderer Stelle schon erwähnt: Es fehlt die detaillierte Bearbeitung, und zwar nicht nur für „Nahrung“, sondern für alle Rubriken. Für das für unsere Zwecke Wesentlichste würde also der Vergleich verfallen.

2. Der Zeitraum, über den sich diese Untersuchungen erstrecken, ist ein noch gar zu kurzer. Die jüngsten sind vom Jahre 1911 (veröffentlicht im Jahresbericht des Statistischen Amtes 1912¹, der Vergleich würde sich also auf eine Zeitspanne von nur vier Jahren beziehen.

3. Die Zahl der Haushaltsrechnungen ist nach und nach eine gar zu kleine geworden. Im Jahre 1909 waren es noch solche von 30 Familien und einer Lehrerin ohne eigenen Haushalt, im Jahre 1910 aber außer dieser nur noch neun Familien. Im Jahre 1911 „war es zwar gelungen, einige neue Familien heranzuziehen, dagegen hatten verschiedene bisher mitwirkende Haushaltungen aus den Vorjahren die Mitteilung ihrer Aufschreibungen eingestellt, so daß am Jahreschlusse 13 Haushaltsrechnungen vorlagen“. Das ist eine viel zu kleine Anzahl, um aus ihr Schlüsse von allgemeiner Bedeutung ziehen zu können. Das wird noch deutlicher bei der Einteilung derselben in „Gruppen nach der Höhe der Ausgaben“, nach der auf die erste Gruppe „1200 bis 1600 Mk.“, die für uns die wichtigste ist, nur eine einzige Haushaltung entfällt, die auch schon eine „Durchschnittseinnahme“ von

¹ S. 42.

1820 Mk. hat und die obendrein noch aus einem kinderlosen Ehepaar besteht. Die nächsten beiden „Gruppen“ bestehen aus je zwei Haushaltungen, bei denen das „Durchschnittseinkommen“ 2035 Mk. und 2477 Mk. beträgt.

4. Das Durchschnittseinkommen der zwölf Familienhaushaltungen ist mit 3220 Mk. für unsere Zwecke überhaupt zu hoch. Wir hatten schon die zu große Durchschnittshöhe des Einkommens der 179 Hamburger Haushaltungsrechnungen vom Jahre 1907 bemängelt. Diejenige der zwölf Haushaltungen vom Jahre 1911 ist aber noch um rund 50% größer.

5. Aus den oben angeführten Worten geht hervor, daß es sich größtenteils um Familien handelt, die sich schon unter den Haushaltungen des Jahres 1907 befinden. Viele sehen ja im Vergleich von Haushaltungsrechnungen derselben Familien einen großen Vorteil. Das kann in einem Einzelfalle richtig sein, wo das Hinzukommen und Ausscheiden von Familienmitgliedern, der Wechsel im Einkommen usw. genau verfolgt werden kann. Handelt es sich aber um mehrere Familien, bei denen das nicht möglich ist, dann halte ich den Nutzen eines Vergleiches ihrer Haushaltungsrechnungen mit früheren Jahren für einen recht zweifelhaften.

Wir haben gesehen, wie sich mit der Zahl der Kinder und der Veränderung des Einkommens die absolute und relative Höhe der Ausgaben der verschiedenen Rubriken ändert. Und solche Änderungen gehen innerhalb derselben Familie fortwährend vor sich. Es werden dann nicht nur „mit der Zeit“, sondern oft in einem Jahre (jedenfalls in mehreren) ganz andere Familien. Es ist bei Kindern häufig, daß sie plötzlich zu wachsen anfangen und dann das Mehrfache der Nahrung des Vorjahres zu sich nehmen. Die Beispiele von Ursachen plötzlicher Veränderungen im Ausgabenetat ein und derselben Familie ließen sich leicht vermehren. Bei einer größeren Anzahl von Haushaltungen gleichen sie sich aus. Je geringer ihre Zahl ist, desto irreführender kann der Vergleich mit früheren Jahren werden.

Um diesem Übelstande zu begegnen, berechnet man die Ausgabe auf den Kopf einer Vollperson. Solche Berechnungen hat auch das Hamburgische Statistische Amt gemacht, wobei es angelegt hat¹:

¹ Jahresber. d. Stat. Bureau's 1910, S. 33; 1912, S. 42.

Jede Person	bis zu 6 Jahren als 0,3 Vollperson
" "	von 6—10 " " 0,5 "
" "	" 10—12 " " 0,6 "
" "	" 12—16 " " 0,8 "
" "	von mehr als 16 " " 1 "

Der „Wert“ dieser Berechnungen sei durch folgende Zahlen illustriert, die das Resultat jener Berechnungen (in den Jahresberichten des Statistischen Amtes 1909—1912) sind. Wir stellen sie in zwei Tabellen zusammen: einmal nach der durchschnittlichen Ausgabe einer Vollperson nach der Zahl der Vollpersonen, dann aber auch nach der durchschnittlichen Ausgabe einer Vollperson nach Gruppen der Gesamtausgabenhöhe, und zwar für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, weil diese die regelmäÙigsten Ausgaben sind, und lassen Kleidung fort, weil ein Ergebnis der UnregelmäÙigkeit hier nicht am System zu liegen brauchte, sondern am Gegenstand liegen könnte.

Tabelle 87.

Gruppe nach der Zahl der Vollpersonen	a) Durchschnittliche Ausgabe einer Vollperson in Mark für								
	Nahrung			Wohnung			Heizung und Beleuchtung		
	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911
2 bis 2,9	351	259	443	158	54	214	29	7	53
3 " 3,9	323	297	370	112	87	170	24	13	34
4 " 4,9	259	—	262	74	90	78	14	18	15
5 " 5,9	—	467	314	83	213	98	16	53	30
6 " 6,9	323	—	284	—	—	92	—	—	32
Zusammen	315	363	334	112	129	132	22	27	31

Gruppen nach der Höhe der Ausgaben M	b) Durchschnittliche Ausgabe einer Vollperson in Mark nach Gruppen der Gesamtausgabenhöhe für								
	Nahrung			Wohnung			Heizung und Beleuchtung		
	1909	1910	1911	1909	1910	1911	1909	1910	1911
1200—1600	300	—	323	119	—	180	22	—	34
1601—2000	289	—	—	88	—	75	18	—	12
2001—2500	338	334	259	121	113	115	22	20	20
2501—3000	—	493		—	210		—	63	
3001—4000	—	—	358	—	—	127	—	—	36
über 4000	—	—	402	—	—	177	—	—	45
Zusammen	315	363	334	112	129	131	22	27	31

Selbst die zweite Tabelle (b) stellt in der gleichen Ausgabengruppe noch ein solches Durcheinander dar, daß jeder Kommentar überflüssig erscheint. Wenn dieses System nützliche Resultate ergeben soll, so scheinen mir dafür zwei Vorbedingungen notwendig: eine viel größere Zahl von Haushaltungsrechnungen jeder einzelnen Einkommensklasse und eine größere Sicherheit über die Altersgrenzen der Bruchteile von Vollpersonen; wahrscheinlich auch noch eine Differenzierung derselben nach dem Geschlecht.

All das aber ist wiederum dann überflüssig, wenn man — wie z. B. bei den 179 Hamburger Haushaltungen — eine genügend große Anzahl von Haushaltungen vor sich hat, bei denen alle sonst zu befürchtenden Unregelmäßigkeiten sich ausgleichen — es sei denn, daß der Vergleich sich auf einen so großen Zeitraum erstrecken sollte, daß innerhalb desselben — wie das in Deutschland durch den Rückgang der Geburten und der Sterblichkeit schon in einer Generation der Fall sein wird — der Altersaufbau der Bevölkerung ein so wesentlich anderer geworden ist, daß eine Haushaltung am Ende der Vergleichsperiode durchschnittlich eine viel größere Anzahl Erwachsener zählt, als zu Anfang derselben.

Angeichts der Resultate der vorstehenden Tabellen a und b kann man es nur unterschreiben, wenn Walter Schiff jüngst über das Einheitsmaß ausgeführt hat: „In der ganzen Frage des Einheitsmaßes und der Reduktionsziffern muß also heute ein *non liquet* gesprochen werden. Es fehlt eben durchaus an den wissenschaftlichen Grundlagen, um solche Ziffern empirisch festzustellen¹.“

¹ Prof. Dr. Walter Schiff: „Zur Methode und Technik der Haushaltungsstatistik“, Brauns Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung 1913, Bd. III, 1. und 2. Heft, S. 103.

Steigerung der Löhne und Gehälter.

Nachdem wir nun gesehen haben, daß die Steigerung der Nahrungsmittelausgabe in unserer Berichtsperiode 16 %, diejenige für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung (mit 82 % der Gesamtausgabe) 17 % betragen hat, wollen wir jetzt untersuchen, wieviel daneben die Steigerung der Löhne und Gehälter betragen hat. So einheitlich, wie sich die Darstellung für die erstere gestalten ließ, läßt sich diejenige der letzteren nicht vorführen. Das liegt einmal in der Verschiedenheit der Einnahmeverhältnisse der verschiedenen Berufsarten begründet (in denen z. B. eventuell Arbeitslosigkeit neben starker Lohnsteigerung einhergeht), dann aber auch daran, daß die verschiedenen Berufsgruppen nicht imstande waren, einheitliche Aufstellungen zu liefern, und zwar schon deswegen nicht, weil sie nicht immer bis zur Anfangszeit unserer Berichtsperiode zurück das dafür erforderliche Material zur Verfügung hatten.

Wir beginnen in der Hafenstadt Hamburg wohl am richtigsten mit den Kategorien, die mit der Schifffahrt zusammenhängen. Die Hamburg-Amerika-Linie war so freundlich, uns die hierfür erforderliche Unterlage zu liefern (Siehe Tab. 88 und die von uns daraus berechneten Steigerungssätze in Tab. 89). Leider war sie — bei aller Mühe, die sie sich hierfür gegeben, und für die ich hier meinen Dank Herrn Direktor Dr. Eder ausspreche, der sie veranlaßt hat —, nicht imstande, das gewünschte Material bis zum Beginn unserer Untersuchungsperiode zurück zu beschaffen.

Der Verein für Handlungskommiss von 1858, der in der Stellenvermittlung für kaufmännische Angestellte die erste Stelle einnimmt, war so freundlich, uns auf unseren Wunsch nach Geschäftszweigen getrennt eine Zusammenstellung des Durchschnittsgehaltes für die durch ihn in Hamburg vermittelten Stellen bis zum Jahre 1895 zurück anfertigen zu lassen (Siehe Tab. 90). Einen Begriff von der ihm durch diese Arbeit erwachsenen Mühe gibt der Umstand, daß für jede vermittelte Stelle erst im Adreßbuch der betreffenden Jahre der Geschäftszweig der Firmen ermittelt werden mußte, bei denen die Stellung angetreten worden war. Ich möchte gleich an dieser Stelle Herrn Meyer, dem Chef der Abteilung I des Vereins, dem wir diese Aufstellung verdanken, meinen wärmsten Dank für diese mühevollen Arbeit aussprechen.

Hamburg-Amerika-Linie¹: Monatsgagen.

Tabelle 88.

	a) Anfangsgehälter				b) Höchstgehälter					
	1897 M	1902 M	1907 M	1912 M	1913 M	1897 M	1902 M	1907 M	1912 M	1913 M
Erster Offizier	160,—	200,—	200,—	200,—	230,—	225,—	320,—	320,—	320,—	375,—
Zweiter "	120,—	150,—	150,—	160,—	170,—	130,—	180,—	180,—	180,—	215,—
Dritter "	100,—	120,—	120,—	130,—	130,—	—	130,—	130,—	140,—	160,—
Vierter "	80,—	100,—	100,—	110,—	110,—	—	110,—	110,—	115,—	125,—
Zahlmeister.	—	—	—	200,—	250,—	—	—	—	300,—	330,—
Proviantmeister }	100,—	120,—	120,—	120,—	140,—	180,—	200,—	200,—	180,—	250,—
Arzt.	100,—	100,—	150,—	150,—	150,—	135,—	160,—	200,—	300,—	300,—
Ingenieur	—	300,—	300,—	500,—	500,—	—	500,—	500,—	560,—	1 050,—
Obermaschinist	425,— ²	300,—	300,—	375,—	425,—	—	425,—	425,—	475,—	550,—
Erster Maschinist	300,—	300,—	300,—	325,—	350,—	400,—	400,—	400,—	450,—	550,—
Zweiter "	200,—	200,—	200,—	210,—	220,—	250,—	250,—	250,—	280,—	325,—
Dritter "	150,—	150,—	150,—	150,—	150,—	160,—	160,—	160,—	185,—	210,—
Vierter "	100,—	100,—	100,—	110,—	120,—	—	—	—	135,—	145,—
Feizer und Schmied	65,—	75,—	80,—	83,—	83,—	80,—	90,—	100,—	120,—	135,—
Küchen, befehren	55,—	65,—	70,—	73,—	73,—	65,—	75,—	80,—	85,—	95,—
Küchenarbeiter, pro Tag	3,60	3,60	4,77	5,27	5,53	—	—	—	—	—

¹ Gültig mitgeteilt durch Herrn Direktor Dr. Gæf.

² Das Gehalt der Obermaschinisten vom Jahre 1897 ist mit demjenigen späterer Jahre nicht vergleichbar. 1897 wurden nur die leitenden Maschinisten der Schnell dampfer so bezeichnet; von 1902 ab wurde dieser Titel aber den leitenden Maschinisten aller Dampfer, auch der kleinsten Frachtdampfer, zuerkannt (die bisher als erste Maschinisten bezeichnet worden waren), ohne daß für die eine Erhöhung des Gehalts auf den für die leitenden Maschinisten der Schnell dampfer bestimmten Satz mit der Titelförderung verbunden gewesen wäre.

Tabelle 89.
Steigerung in Prozenten:

	a) Anfangsgehälter				b) Höchstgehälter			
	1897 bis 1913	1902 bis 1913	1907 bis 1913	1912 bis 1913	1897 bis 1913	1902 bis 1913	1907 bis 1913	1912 bis 1913
1. Offizier	43,8	15,0	15,0	15,0	66,6	17,2	17,2	17,2
2. "	41,6	13,3	13,3	6,3	65,4	19,4	19,4	19,4
3. "	30,0	8,3	8,3	—	—	23,1	23,1	14,3
4. "	37,5	10,0	10,0	—	—	13,6	13,6	8,7
Zahlmeister	—	—	—	25,0	—	—	—	10,0
Proviantmeister	40,0	16,6	16,6	16,6	38,9	25,0	25,0	38,9
Arzt	50,0	50,0	—	—	122,0	87,5	50,0	—
Ingenieur	—	66,6	66,6	—	—	110,0	110,0	87,5
Obermaschinist	—	41,7	41,7	13,3	—	29,4	29,4	15,8
1. Maschinist	16,7	16,7	16,7	7,7	37,5	37,5	37,5	22,0
2. "	10,0	10,0	10,0	4,8	30,0	30,0	30,0	16,0
3. "	—	—	—	—	31,3	31,3	31,3	13,5
4. "	20,0	20,0	20,0	9,0	—	—	—	7,4
Heizer u. Schmierer	27,7	10,7	3,8	—	68,8	50,0	35,0	12,5
Trimmer	32,8	12,3	4,3	—	46,2	26,7	18,8	11,8
Kaiarbeiter	53,5	53,5	16,0	4,9	—	—	—	—
Durchschnittssteigerung	25,2	21,5	15,1	6,4	31,7	31,3	27,5	18,4

Tabelle 90.
Durchschnittsgehalt der Handlungsgehilfen in Hamburg.

Geschäftszweig	1895	1900	1905	1910	1913
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ein- und Ausfuhrgeschäfte	1298	1437	1452	1563	1656
Lebens- und Genußmittel	1289	1301	1372	1462	1513
Fabriken, Maschinen, Eisen, Holz	1260	1393	1314	1494	1533
Expedition, Banken, Versicherungen	1299	1334	1413	1445	1487
Textilwaren	1182	1294	1302	1422	1517
Verkäufer aller Geschäftszweige	1115	1173	1215	1357	1468

Steigerung in Prozenten:

	1895 bis 1900	1900 bis 1905	1905 bis 1910	1910 bis 1913	1895 bis 1913
Ein- und Ausfuhrgeschäfte	10,7	11,8	20,4	5,9	27,6
Lebens- und Genußmittel	1,0	6,4	13,4	3,5	17,4
Fabriken, Maschinen, Eisen, Holz	10,5	6,7	18,6	2,6	21,6
Expedition, Banken, Versicherungen	2,7	8,8	11,2	2,9	14,5
Textilwaren	9,4	10,1	20,3	6,7	28,3
Verkäufer aller Geschäftszweige	5,2	9,0	21,7	8,2	31,7
Im Durchschnitt	6,6	8,8	17,6	4,9	23,5

Das höchste Gehalt wird demnach von Ein- und Ausfuhrgeschäften gezahlt, was allerdings auf die hohen Anforderungen in diesem Zweige, wie Sprachkenntnisse, Einkaufs- und Überseerfahrungen, zurückzuführen ist. In den anderen Geschäftszweigen sind die Abweichungen nicht so erheblich. Die größte Verbesserung gegen 1895 weisen die Verkäufer auf. Mit dem Aufschwung, den das Detailgeschäft in den letzten 20 Jahren genommen hat, sind aber auch die Ansprüche an einen Verkäufer bedeutend gestiegen.

Seit 1895 beträgt die Gesamtsteigerung des Gehalts in Hamburg nach unserer Aufstellung 23,5 %.

Der Handlungsgehilfenverein bemerkt zu dieser Aufstellung, der wir für unsere Zwecke noch einige Prozentberechnungen hinzugefügt haben:

„Die fortschreitende Entwicklung zum Großbetriebe ermöglicht es nur noch wenigen, einst selbständig zu werden. Obendrein ist der Handlungsgehilfe heute viel mehr als früher der Gefahr ausgesetzt, stellenlos zu werden. Trifft dies Mißgeschick einen älteren Gehilfen, der bereits eine besser bezahlte Stellung bekleidete, so hat er vielfach mit einem geringen Gehalt wieder zu beginnen, wenn er überhaupt eine feste Stelle findet. Wie schwer es unter den heutigen Verhältnissen für einen 40- bis 50jährigen Gehilfen ist, einen geeigneten Posten wiederzuerbekommen, darauf haben wir in letzter Zeit wiederholt hingewiesen.

Von den im Jahre 1913 von uns in Hamburg untergebrachten Bewerbern erhielten ein Gehalt von:

	über	über	über	über	über
Mark 9/1200	12/1500	15/1800	18/2400	24/3000	3000
39 v. H.	27 v. H.	18. v. H.	10. v. H.	4 v. H.	2. v. H.

Für zwei Drittel aller vermittelten Stellen war also nur ein Anfangsgehalt bis 1500 Mk. vorgesehen. Für das Inland lauten die Zahlen ähnlich. Mag sich der Durchschnitt auch schon nach einiger Zeit durch Zulagen oder Gratifikationen etwas günstiger gestalten, so ist doch daraus zu sehen, daß die Mehrzahl der Angestellten ein Gehalt bezieht, das den Verdienst eines Arbeiters nicht übersteigt und den Lohn eines Handwerkers nicht erreicht.“

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat im Interesse unserer Arbeit eine Erhebung veranstaltet, die wir nachstehend wiedergeben:

1. Flußmaschinisten des Hamburg-Altonaer Hafens.

Lohnsatz in den Jahren 1889 bis 1897 27—30 Mk. pro Woche. Zahl der Berufskollegen ca. 350.

Von 1897 bis zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen (1912) betrug der Lohnsatz 30—35 Mk. pro Woche, Lohnsteigerung 14 %. Für die Mittagsstunde (wenn durchgearbeitet) wurden durchschnittlich 75 Pf. vergütet. Für Überstunden nach 7 Uhr abends wurden 50 Pf. pro Stunde vergütet.

Im Jahre 1912 wurde durch den erfolgten Tarifabschluß zwischen dem Zentralverband der Maschinisten und dem Hafenbetriebsverein E. B. der Lohn auf 38 Mk. pro Woche erhöht, Lohnsteigerung 17,0 %. Die Entschädigung der durchgearbeiteten Mittagspause wurde auf 1,20 Mk. erhöht. Für Überstunden von 6 bis 9 Uhr abends beträgt die Entschädigung pro Stunde 70 Pf. Für Überstunden nach 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens werden 90 Pf. pro Stunde vergütet. Im Baggereibetrieb beträgt der Wochenlohn für Flußmaschinisten 42 Mk. (Lohnsteigerung 22,5 und 29,0 %), soweit der Dampfer abends nicht im Hamburger resp. Altonaer Hafen anlegt, nebst Logisentschädigung. Für Fahrten nach der Unterelbe beträgt der Wochenlohn 50 Mk. Lohnsteigerung 43—67 %.

Arbeitszeit für Flußmaschinisten betrug von 1889 bis 1911 14 Stunden, und zwar von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Durch den 1912 abgeschlossenen Tarifvertrag wurde dieselbe von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer einstündigen Mittagspause festgelegt.

2. Flußmaschinisten der Alsterdampfboote.

Lohnsaß. In den Jahren 1889 bis 1900 betrug der tägliche Lohn 3,80 Mk. Im Laufe der nächsten Jahre stieg der Tagelohn auf 4,30 Mk. Lohnsteigerung 13,2 %. Im Jahre 1906 wurde der Lohn durch Tarifvertrag auf 4,80 Mk. pro Tag erhöht. Überstunden werden mit 70 Pf. pro Stunde vergütet. Im Jahre 1908 wurde der Tagelohn auf 4,80 Mk. bis 5,30 Mk. festgesetzt (Lohnsteigerung einschließlich der Erhöhung von 1912 20 %). Im Jahre 1912 wurde der tägliche Lohn um 20 Pf. erhöht. Der Höchstlohn blieb 5,30 Mk.

Arbeitszeit. Die Arbeitszeit betrug in den Jahren 1889 bis 1900 14 Stunden täglich. Im Laufe der nächsten Jahre wurde die Arbeitszeit nach und nach auf 10 Stunden herabgesetzt.

3. Donkshleute wurden 1889 insgesamt 80 Kollegen gezählt. (Donkshleute sind Maschinisten auf Fahrzeugen, die mit Windevorrichtungen zum Entlöschcn von Dampfern und Segelschiffen versehen sind.)

Lohnsaß. Der Wochenlohn in den Jahren 1889 bis 1897 betrug 27 Mk. pro Woche. Dann folgte eine Entlohnung von 30 Mk. Im Jahre 1907 wurden durch Tarifabschluß 30 Mk. als Minimallohn festgesetzt. Lohnsteigerung 11,1 %. Überstunden wurden mit 65 Pf. pro Stunde vergütet. Morgenstunden wurden von 4 bis 6 Uhr mit 1,30 Mk. pro Stunde entschädigt.

Im Jahre 1909 wurde der Wochenlohn auf 33 Mk. festgesetzt. Lohnsteigerung 10 %. Überstunden wurden mit 1 Mk. pro Stunde vergütet.

Im Jahre 1912 wurde der Wochenlohn auf 35 Mk. resp. 36 Mk. erhöht. Lohnsteigerung 7,6 %. Überstunden werden mit 1 Mk. pro Stunde entschädigt.

Arbeitszeit beträgt nach dem Tarif 9 Stunden.

4. Kranführer. Im Jahre 1889 wurden 35 Kranführer im Hamburger Hafen gezählt. 1895 zählte man 129, und inzwischen ist die Zahl auf ca. 600 angewachsen.

Lohnsaß. Im Jahre 1889 betrug der Tagelohn 3,60 Mk. exklusive für die jeden Tag zu leistende Überstunde, welche mit 50 Pf. bezahlt wurde. Im Jahre

1894 wurde der Lohn auf 4,30 Mk. pro Tag erhöht. Lohnsteigerung 19,4 %. Dieser Lohnsatz wurde beibehalten bis 1907. In diesem Jahre sowie im Jahre 1912 gelang es, die Löhne der Kollegen um 2 Mk. pro Woche zu erhöhen. Lohnsteigerung 7,8 % und 7,2 %. Die Arbeitszeit beträgt heute 9 Stunden.

5. Landmaschinenisten.

Lohnsatz. Der Wochenlohn betrug in den Jahren 1889 bis 1906 pro Woche 22 bis 28 Mk. Durch den Einfluß der Organisation stieg vom Jahre 1906 bis 1914 der Lohn auf 35—38 Mk. Lohnsteigerung 42 %.

Arbeitszeit. Von 1889 bis 1906 war die 12stündige Arbeitszeit vorherrschend. Von 1906 ab bürgerte sich die 10stündige Arbeitszeit mehr und mehr ein und beträgt heute für einen großen Teil unserer Berufscollegen 9 Stunden.

Hamburgische Elektrizitätswerke. In diesem Betriebe arbeiten annähernd 500 Berufscollegen.

Lohnsatz: 1896 bis 1898: Maschinisten 42—45 Pf. Stundenlohn; Feizer 33—35 Pf. Stundenlohn; Maschinenpußer 33 Pf. Stundenlohn. — 1899 bis 1906: Maschinisten 42—45 Pf. Stundenlohn; Feizer 35—37 Pf. Stundenlohn; Maschinenpußer 33 Pf. Stundenlohn.

Im Jahre 1906 wurde tariflich für Maschinisten, Feizer, Handwerker, Apparatenwärter usw. ein Wochenlohn von 30 Mk. als Anfangslohn und 35 Mk. als Höchstlohn festgesetzt. Der Höchstlohn wurde nach einem Jahr erreicht. Im Jahr 1909 wurden die Löhne vorgenannter Kategorien um 2 Mk. pro Woche erhöht. Die gleiche Steigerung des Lohnes trat im Jahre 1912 ein.

Der Lohn beträgt heute für Maschinisten 38,50 Mk. Lohnsteigerung 48 %, für Feizer 38,50 Mk., für Handwerker, Apparatenwärter usw. das gleiche. Für die drei Letztgenannten beträgt die Lohnsteigerung 86 %.

Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden.

Tabelle 91.

Lohnsteigerung in Prozenten für den Zeitraum 1890—1913.

1. Flußmaschinisten	41 %
2. Baggermaschinisten	56 "
3. Maschinisten der Alsterboote	36 "
4. Donkheute	31 "
5. Kranführer	38 "
6. Landmaschinen	42 "
7. Maschinisten in Elektrizitätswerken	48 "
8. Feizer " "	86 " ¹
9. Pußer " "	—
Durchschnittsteigerung 42 %	

¹ Wenn für 1896/98 zehnstündige Arbeitszeit angenommen wird; bei neunstündiger Arbeitszeit: Maschinisten 64 %, Feizer 107 %.

Tabelle 92.
Statistik der Arbeitslosigkeit¹.

Jahr	Zahl der Arbeitslosen	Zahl der Tage der Arbeitslosigkeit	Gezahlte Unterstützung Mk.	Entgangener Arbeitsverdienst Mk.	Mitgliederbestand
1901	129	—	—	—	—
1902	280	2 617	893,41	—	480
1903	208	1 216	1 611,98	—	522
1904	233	—	1 507,84	—	600
1905	421	5 339	2 371,32	11 376,24	1080
1906	657	6 872	4 137,74	30 133,43	1496
1907	885	9 037	3 347,76	42 428,83	1798
1908	921	12 886	5 427,44	66 386,50	1801
1909	588	9 639	5 450,55	—	1617
1910	670	8 125	5 055,61	—	1756
1911	947	9 672	5 333,34	—	2130
1912	1438	16 502	9 314,55	—	2727
1913	1009	17 592	9 736,16	—	2843

Tabelle 93.
Gezahlte Streifunterst tzung in den Jahren 1906 bis 1913¹.

	Mk.
1906	1 186,45
1907	10 505,52
1908	7 005,58
1909	3 242,86
1910	34 522,11
1911	4 806,55
1912	8 791,77
1913	14 011,22
	84 072,06

Tabelle 94.
Verband der Lithographen, Stein drucker und verwandter Berufe.
Durchschnittslöhne:

	1904	1907	1909	1910	1912	1913
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Gruppe 1: Maschinendrucker . .	28,50	33,22	32,91	33,91	35,44	35,95
Steindrucker.						
Gruppe 2: Handpressendrucker .	27,75	30,90	32,45	33,51	34,76	34,67
Gruppe 3: Merkantil	29,75	33,46	36,46	34,60	34,66	34,83
Lithographen.						
Gruppe 4: Chromo	29,66	34,36	36,59	35,00	36,74	36,84

¹ Ebenfalls im Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Durchschnittliche Lohnsteigerung der 4 Gruppen:

Lohnsteigerung in % von:					
	G r u p p e				Durchschnitt
	1	2	3	4	
1904—1913	26,1	25,0	17,0	24,2	23,1
1907—1913	8,2	12,2	4,1	7,2	7,9

Arbeitslosentage im Prozentverhältnis zu den Arbeitstagen				Lohnausfall	Unterstützung
				Mk.	Mk.
1907	5245	Tage	3,1 %	29 716	5 547
1908	10897	"	6,8 "	61 744	12 463
1909	8134	"	5,4 "	46 104	9 807
1910	8503	"	6,3 "	48 921	10 908
1911	5879	"	4,4 "		
Streiftage	10494	"			
	16373	"	12,8 "	108 717	47 683
1912	5522	"	4,2 "		
Streiftage	2862	"			
	8384	"	6,1 "	52 620	17 055
1913	6635	"	4,9 "	38 710	7 171
Im Durchschnitt der 7 Jahre 1907/13 = 7,7 %				386 532	110 635
					= 28,7 % des Lohnausfalls

Tabelle 95.

Gewerkschaft der Hutmacher (Altona, Filiale Hamburg).

Wochenlohn:

1910—1913	27—33 Mk.
1889—1910	21—30 "
	+	= 6—3 Mk.
	+	= 29—10 %

bei einer Arbeitslosigkeit von:

	Mitgliederzahl	arbeitslose Mitglieder	mit Tagen	Unterstützung (seit 1909) Mk.
1909	104	33	945	1093,—
1910	119	55	1088	1090,—
1911	106	53	1198	1081,80
1912	97	34	935	1006,40
1913	110	36	1066	857,60

Tabelle 96. Lohnsteigerung in Prozenten.

1890 bis 1895	1895 bis 1900	1900 bis 1913	1905 bis 1910	1910 bis 1912	1890 bis 1913	1895 bis 1913
für Schuhmacher ¹ :						
Wochenlohn:						
22,2	9,1	25,0	8,3	—	58,0	36,2
Stücklohn:						
9,4	4,8	—	—	—	—	—
I. Qualität:						
—	—	50,0	31,8	—	72,0	57,1
II. Qualität:						
—	—	31,8	13,6	—	51,0	38,1
für Schneider ² :						
Wochenlohn:						
—	12,5	33,3	—	—	—	50,0
Maffordlohn:						
—	8,3	26,4	—	—	—	37,0
für Freieurgehilfen ³ :						
—	11,1	10,0	22,2	—	—	22,2
für Putmacher ⁴ :						
—	—	—	—	—	29,0 10,0	—

Tabelle 97.

Löhne und Arbeitszeit der Zimmerer in Hamburg vom Jahre 1888 bis 1913⁵.

Lohnkarte vom Jahre	Jahres- arbeitszeit in Stunden	Jahreslohn in Mf.		Erhöhung des Jahreslohnes in Mart	
		Lohnsteig. in Prozenten		Lohnsteigerung in Pro.	
1888	2747 ¹ / ₂	1380,50	—	+ 268,00	1888—1913 = 66,6
1894	2658 ¹ / ₂	1595,10	15,5	+ 214,60	1894—1913 = 44,2
1900	2623	1704,95	7,5	+ 109,85	1900—1913 = 34,3
1904	2554 ¹ / ₂	1788,15	4,9	+ 83,20	1904—1913 = 28,6
1905	2554 ¹ / ₂	1915,87	7,1	+ 127,70	1905—1913 = 20,0
1906	2554 ¹ / ₂	2043,20	6,6	+ 127,70	1906—1913 = 12,5
1910	2554 ¹ / ₂	2170,90	6,3	+ 127,70	1910—1913 = 5,9
1913	2555	2299,50	5,9	+ 128,60	

¹ Absolute Zahlen der Löhne siehe Tab. 55.

² " " " " " " Tab. 54.

³ Die Wochenlöhne der Freieurgehilfen betrugen 1895: 18 Mf., 1900: 20 Mf., 1910: 22 Mf., 1913: 22 Mf.

⁴ Absolute Zahlen der Löhne siehe Tab. 95.

⁵ Gültig mitgeteilt von der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Hamburg und Umgegend.

Bis zum Jahre 1899 betrug der Stundenlohn für Zimmerer in Hamburg 60 Pf.; von 1900 bis 1903 65 Pf.; 1904 70 Pf.; 1905 75 Pf.; von 1906 bis 1909 80 Pf.; von 1910 bis 1912 85 Pf. und ab 1913 90 Pf.

Für Überstunden, Sonntagsarbeit sowie für Wasserarbeit ist ein Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde festgelegt.

Die Arbeitszeit betrug bis zum Jahre 1899 während der langen (Sommerarbeitszeit) vom März bis Ende September 10 Stunden, in den anderen Monaten war die Arbeitszeit den Witterungs- und Lichtverhältnissen entsprechend eine kürzere, von 8, 7 $\frac{1}{2}$, 7 und 6 Stunden. Vom Jahre 1900 bis 1903 betrug während der Sommerarbeitszeit die Arbeitszeit 9 $\frac{1}{2}$ Stunden und ab 1904 9 Stunden.

Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Hamburg.

Tabelle 98.

Durchschnittliche Wochenlöhne.

1889	Stundenlohn 48—50 Pf.	Wochenlohn 27,— Mk.	Nach den Angaben älterer Kollegen.
1890	" 48—50 "	" 27,— "	Streik ging verloren.
1891	" 48—50 "	" 27,— "	
1892	" 48—50 "	" 27,— "	
1893	" 48—50 "	" 27,— "	
1894	" 48—50 "	" 27,— "	
1895	" 48—50 "	" 27,— "	
1896	Stundenlöhne bis 52 "	" 28,08 "	
1897	" 53 "	" 28,62 "	
1898	" 54 "	" 29,16 "	
1899	" 54 "	" 29,16 "	
1900	" 54 "	" 29,16 "	
1901	Mindeststundenlohn (tariflich festgelegt) 56 "	" 30,24 "	Tarifl. Mindestwochenlohn.
1902	" 56 "	" 30,81 "	Durchschnittswochenlohn von 1902 an (statistisch festgestellt).
1903	Tariflohn 60 "	" 32,94 "	
1904	" 60 "	" 33,21 "	
1905	" 60 "	" 33,56 "	
1906	" 65 "	" 35,63 "	(Eine halbe Stunde wöchentliche Arbeitszeitverkürzung.)
1907	" 65 "	" 35,96 "	Durchschnittswochenlohn.
1908	" 65 "	" 35,98 "	
1909	" 65 "	" 36,19 "	
1910	" 69 "	" 38,11 "	
1911	" 70 "	" 38,90 "	
1912	" 70 "	" 38,54 "	
1913	" 73 "	" 40,33 "	

Bei Beurteilung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter spielen bekanntlich Streik, Aussperrung, Arbeitslosigkeit und Krankentage eine große Rolle, insbesondere bei sogenannter Saisonarbeit. Diese

Tabelle 99.
Steigerung der Löhne der Maler, Lackierer usw.

Jahr	Wochenlohn Mk.	Steigerung in Prozenten	
1890	27,00	0 %	1890 bis 1913 } = 49,4 %
1895	27,00		1895 bis 1913 } = 49,4 %
1900	29,16	15 %	1900 bis 1913 } = 38,3 %
1905	33,56		1905 bis 1913 } = 20,2 %
1907	35,96	7,1 %	1907 bis 1913 } = 12,2 %
1910	38,11		1910 bis 1913 } = 5,8 %
1912	38,54	1,1 %	1912 bis 1913 } = 4,6 %
1913	40,33		

Verhältnisse sind daher bei der Entwicklung ihrer Löhne mit in Betracht zu ziehen. Aufzeichnungen hierüber sind jedoch sehr selten. Wir sind daher dem „Verband der Maler, Lackierer usw., Filiale Hamburg“ dankbar, daß er uns durch ausführliche Angaben in den Stand gesetzt hat, folgende Statistik aufzustellen:

Tabelle 100.

	Be- fragt	Es waren durch- schnittlich arbeits- los	Soll- arbeits- tage	Davon Arbeits- losigkeit auf den Kopf des		Krankentage auf den Kopf des	
				Befragten	Arbeits- losen	Befragten	Kranken
1907/08 } Jahresdurch- schnitt ¹	94 % (der Mit- glieder)	33 %	306 Soll- arbeits- tage	58,8	148,8	—	—
1909 } Juni	2014	22 %	à 9 Stunden ²	2,2	12,5	0,4	13,0
1909 } Juli	2014	33 %		4,1	12,2	0,5	13,4
1911/12 März bis März	2058	67 %	276	37,3	56,1	7,4	35,1
1913 ³ } Juni bis einschl.	1667	50 %	—	7,9	15,6	—	—
1913 ³ } September . . .	—	46 % ⁴	—	—	—	—	—
1913 ³ } Dezember . . .	—	—	—	—	—	—	—

¹ Monatlich befragt von Oktober bis Oktober.

² Im Winter ist kürzere Arbeitszeit.

³ Nach zwölfwöchiger Ausperrung und daran anschließendem vierwöchigem Streik.

⁴ Einschließlich der Kranken.

Bei Beurteilung der möglichen Steigerung der Löhne spielt natürlich ihre absolute Höhe die größte Rolle, und da dürfte einer durch die allgemeine Preissteigerung notwendig gewordenen Lohnsteigerung in Hamburg in den letzten Jahren mehrfach im Wege gewesen sein, daß sie hier schon wesentlich höher waren als sonst im Deutschen Reich. Instruktiv in dieser Beziehung ist eine Untersuchung, die August Winnig über „Lohn- und Arbeitszeit im deutschen Baugewerbe“¹ veröffentlicht. Da werden in einer Tabelle von allen deutschen Staaten (für Preußen nach Provinzen) die durchschnittlich (für die Jahre 1906 und 1911) ermittelten Stundenlöhne (in diesem Gewerbe) und die Steigerung (bzw. der Rückgang) seit 1906 aufgeführt. Danach erreichte Hamburg den höchsten Durchschnitt. Derselbe liegt aber so weit über dem Durchschnitt des Reiches — und lag schon im Jahre 1906 so weit darüber —, daß dadurch eine stärkere Steigerung erschwert werden mußte. Das zeigt sich auch beim Vergleich der in Hamburg erzielten Steigerung mit der anderwärts erreichten. Es seien aus dieser Aufstellung nur drei Zahlenreihen mitgeteilt.

	Durchschnitt der ermittelten Stundenlöhne		Steigerung (+) oder Rückgang (—) seit
	1906	1911	1906
Brandenburg.	64 Pf.	64 Pf.	— —
Hamburg	81 „	84 „	+ 4
Deutsches Reich	47 Pf.	55 Pf.	+ 8

Da die Bauarbeiterlöhne in Hamburg im Jahre 1906 fast doppelt so hoch waren als im Reichsdurchschnitt, so ist erklärlich, daß sie bis 1911 hier auch nur halb soviel (in Pfennigen) steigen konnten wie im Reichsdurchschnitt. Sind sie gleichzeitig im nahen Brandenburg doch sogar zurückgegangen (von 64,37 Pf. auf 64,10 Pf.).

Ähnlich dürften die Verhältnisse auch in anderen Hamburger Gewerben gelegen haben. Aber nicht nur in anderen Gewerben, auch in sogenannten Musterinstituten ist das gleiche bei Beurteilung der Lohnsteigerungen zu berücksichtigen. Dies gilt, in bezug auf die Löhne, auch von dem „Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, der von vornherein hohe Löhne gezahlt hat, was sich schon aus seiner Eigenschaft als Arbeiterunternehmen erklärt. Er veröffentlicht seine Lohn-

¹ Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 21. März 1914, S. 174.

und Arbeitszeitverhältnisse fast regelmäßig in seinen Jahresberichten, aus denen wir die folgende Tabelle 101 zusammengestellt haben. Bei der Jugend dieses Instituts ist es erklärlich, daß viele Arbeiterkategorien bei ihm erst seit wenigen Jahren vorhanden sind. An solche Jahre waren wir für den Vergleich bei Aufstellung der diesbezüglichen Tabelle gebunden, und erklärt sich aus diesem Umstand auch ihre besondere Form.

Tabelle 101.

Steigerung der Löhne und Gehälter im Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“.

	Gehälter und Löhne (Wochenlohn)		Steigerung der Endlöhne und Gehälter in Prozenten			
	Mk.	Mk.	1900 bis 1910	1903 bis 1910	1905 bis 1910	1907 bis 1910
	1900 bis	1910	%	%	%	%
Verkäuferinnen	10—18	12—21	16,6	—	—	—
Kontoristinnen	10—18	17,3—25	38,9	—	—	—
Verkäufer	18—25	24—30	20	—	—	—
	1903 bis	1910				
Arbeiterinnen	15	19	—	26,6	—	—
Kontoristen	30—35	25—48	—	34,3	—	—
Lagerhalter	32—39	38—54	—	38,5	—	—
Lagerarbeiter	24—28	27—37	—	32,1	—	—
Rutscher	27—28	30—37	—	32,1	—	—
Tischler	31,5—35	38	—	8,6	—	—
Lagermeister	39	55	—	41	—	—
Bachmeister	40	60	—	50	—	—
Schlachter	22—30	30—42	—	40	—	—
Maschinist	30	30—38	—	26,7	—	—
	1905 bis	1910				
Expedient	37	45	—	—	21,6	—
Bäcker	27—31	30—35	—	—	12,9	—
Bote	25	32,50	—	—	30	—
Konditor	30	36	—	—	20	—
	1907 bis	1910				
Kassiererinnen	18—22	16—25	—	—	—	13,6
Techn. Betriebsleiter	37	37	—	—	—	—
Kaufm. Betriebsleiter	40	40	—	—	—	—
Werkführer (Tischlerei)	45	57,70	—	—	—	28,2
Techniker	30	39	—	—	—	30
Futtermeister	31	36	—	—	—	16,1
Betriebsleiter (Schlachtere)	50	63,50	—	—	—	27
Einkäufer	45	66,50	—	—	—	47,8
Klempnermeister	45	54	—	—	—	20
Maschinenmeister	45	54	—	—	—	20
Elekt.-Monteur	40	48	—	—	—	20
Sekretär	52	66,50	—	—	—	28
Zeichner	30	30	—	—	—	—

Bei Beurteilung der absoluten Höhe der Löhne und Gehälter der „Produktion“ ist mit zu berücksichtigen, daß diese für ihre Arbeiter und Angestellten sämtliche Beiträge für die Zwangskassen ganz bezahlt, für die Angestellten zum Teil auch Pensionsversicherung, und ihren Angestellten und Arbeitern Ferien unter Fortzahlung von Lohn und Gehalt gewährt (im Vorjahr 47 028 Mk.), deren Dauer sich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses richtet. „Alles in allem“ — heißt es im Jahresbericht 1913¹ — „wurden für die Zwecke sozialer Fürsorge im abgelaufenen Jahre 237 648 Mk. verausgabt, das sind rund 12% der Lohnsumme und 1% des Umsatzes.“

Die Gehälter der Hamburger Staatsbeamten (die von den Staatsausgaben etwa 50 Millionen Mark absorbieren) sind gerade am Anfang und am Ende unserer Berichtsperiode neu „reguliert“ worden: 1890 und 1912 (mit rückwirkender Kraft auf 1910).

Tabelle 101a.

Prozentuale Steigerung der Gehälter der verschiedenen Kategorien der hamburgischen Staatsbeamten².

	Zahl der Kategorien ³	Durchschnittl. Gehaltssteigerung 1912 gegen 1890/98	
		Anfangsgehalt %	Endgehalt %
I. Unterbeamte und Exekutivbeamte.	18	33,2	51,4
II. Gerichtsvollzieher	2	17,5	47,9
III. Bureaubeamte.	16	17,2	34,0
IV. Diverse Beamte	15	20,2	21,2
V. Technische Beamte	20	25,4	35,6
VI. Zollbeamte	18	21,6 ⁴	28,7 ⁴
VII. Schulaufsichtsbeamte	3	36,0	33,6
VIII. Lehrer	17	28,3	41,4
Zusammen:	109		
Durchschnittssteigerung aller acht Arten:		24,9	36,7

¹ S. 80.

² Berechnet nach dem „Ersten Bericht“ des betreffenden Bürgerausschusses vom Mai 1912, Anlage A, S. 188—211, Spalte 16 u. 17, in denen die prozentuale Steigerung des vom Ausschuss vorgeschlagenen Anfangs- und Endgehalts (wie es 1912 gesetzlich festgelegt wurde) für jede Beamtenkategorie getrennt aufgeführt ist.

³ Nicht nach 1898 aufgekommene Kategorien haben wir unberücksichtigt gelassen, hingegen acht erst zwischen 1891 und 1898 aufgekommene mit berücksichtigt.

⁴ Einschließlich einer nicht erhöhten (mit 18 000 Mk. Gehalt), ohne diese 22,9 und 30,4 %.

Den Personen und Körperschaften, die mir gütigst Material zur Beurteilung der Bewegung der Löhne und Gehälter beschafft und geliefert haben, sowie dem Sekretär des Gewerkschaftsartells von Hamburg-Altona, Herrn Henje, der die Sammlung des Materials bei den Gewerkschaften befürwortet hat, spreche ich hiermit meinen verbindlichsten Dank aus.

Es wäre nun sehr interessant, neben die Steigerung der Ausgaben diejenige der Löhne und Gehälter zu setzen. Dies ebenso einheitlich vorzuführen, wie z. B. die Bewegung der Preise der verschiedenen Lebensmittel, scheitert aber an der Verschiedenheit der Verhältnisse. Das könnte nur nach Kategorien geschehen, nicht aber, wie bei den Ausgaben, in einer Gesamtübersicht. Immerhin aber ist interessant genug, daß wir sehen konnten, daß in unserer Berichtsperiode die Lohn- bzw. Gehaltssteigerung bei manchen Kategorien der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Ausgabensteigerung (17 %) wesentlich — oft um das Mehrfache — übertroffen hat (z. B. bei den Schuhmachern eine Lohnsteigerung um 51—72 %, bei den Zimmerern (seit 1888) um 67 %, bei den Schneidern um über 50 %, bei den Malern und Lackierern um 49 %, bei den Maschinisten und Heizern eine Lohnsteigerung von durchschnittlich 42 %, bei den hamburgischen Staatsbeamten eine Steigerung des Endgehalts um durchschnittlich 37 % [des Anfangsgehalts um durchschnittlich 25 %]), während andere Kategorien hinter der Ausgabensteigerung zurückgeblieben sind. So ist die Steigerung der Gehälter bei den kaufmännischen Angestellten im Zweige der Expedition, Banken und Versicherung (mit 14,5 %) hinter der Ausgabensteigerung zurückgeblieben. Allerdings beginnt die Aufstellung des Handlungskommissarsvereins von 1858 erst mit dem Jahre 1895. Aber die Ausgabensteigerung auf dem Hauptgebiet, bei der Nahrungsausgabe, hat ja in der Zeit 1895 bis 1913 25,5 % betragen. Und wenn die Gehälter — wie zu vermuten — in der Zeit 1890—1895 auch etwas gestiegen sein werden bei gleichzeitigem Fallen der Lebensmittelausgabe, so wäre bei Steigerung derselben erst recht Grund für eine entsprechende Steigerung der Gehälter vorhanden, wie wir solche ja selbst innerhalb einer kürzeren Zeitspanne bei den Lithographen, den Arbeitern und Angestellten der Hamburg-Amerika-Linie und der „Produktion“ und auch für verschiedene Kategorien der Handlungsgehilfen konstatieren konnten.

Die Entwicklung der a l l g e m e i n e n Einkommens- verhältnisse in Hamburg seit 1890.

Wir haben vorstehend die Entwicklung des Einkommens in einer größeren Anzahl von Berufen und sozialen Klassen untersucht. Solche Untersuchungen lassen sich naturgemäß auf dem von uns eingeschlagenen Wege nur von Kreisen der Unselbständigen vornehmen. Ein großer Teil der Bevölkerung aber besteht aus Selbständigen, und unter ihnen bilden wieder diejenigen mit niedrigem Einkommen die große Majorität. Alle sind sie an der Entwicklung der Preise interessiert. Wie hat sich ihre Gesamtlage in unserer Berichtsperiode gestaltet, wenn man Preissteigerung und Einkommenssteigerung miteinander vergleicht?

Wir besitzen keine Statistik über die Einkommensentwicklung der Selbständigen. Wohl aber lassen sich aus der Hamburger Einkommen-, steuerstatistik Schlüsse über dieselbe ziehen. Insbesondere ist das versteuerte Einkommen über 3000 Mk. — für frühere Jahre auch schon dasjenige über 2000 Mk. — ganz überwiegend Einkommen von Selbständigen.

Von zwei Seiten aus läßt sich ein Urteil über die Zunahme der Einkommen im a l l g e m e i n e n gewinnen. Man kann die Entwicklung des Gesamtvolkseinkommens verfolgen und untersuchen, wie es im Verhältnis zur Einwohnerzahl zugenommen hat, und man kann außerdem untersuchen, in welchem Maße im Verhältnis zur Einwohnerzahl die Zahl der Steuerzahler in den einzelnen Einkommensklassen zugenommen hat. Beide Untersuchungen ergänzen sich, denn die erstere gibt nur Aufschluß über die Zunahme des Gesamteinkommens im Verhältnis zur Einwohnerzahl, ohne Rücksicht auf die Zunahme der Steuerzahler, die letztere nur Aufschluß über die Zunahme der Steuerzahler im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, ohne ein Bild über die Entwicklung des Einkommens des Einzelnen zu geben. Und doch gewinnen wir aus beiden in großen Zügen ein Bild von der Einkommensentwicklung der Gesamtheit.

Wir geben zunächst eine Aufstellung mit der Entwicklung der Hamburger Einwohnerzahl, dann eine solche mit der absoluten Zahl der Steuerzahler der verschiedenen Einkommensklassen und in der folgenden die aus beiden für jede Einkommensklasse berechneten Verhältniszahlen

mit Angabe der Prozentsätze, um die sie während unserer Berichtsperiode gestiegen (bzw. gefallen) sind. In der zweiten Aufstellung ist ganz besonders interessant der enorme Rückgang der — absoluten — Zahl der Steuerzahler mit Einkommen von 900 bis 1000 Mf.

Tabelle 102.
Die Entwicklung der Einwohnerzahl Hamburgs (Staat) ¹.

Einwohnerzahl	
1890	622 530
1895	681 632
1900	768 349
1905	874 878
1910	1 014 664
1912	1 080 363

Tabelle 103.
Absolute Zahl der physischen Steuerzahler Hamburgs (Staat).

	900—1000	1000—2000	2000—3000	3000—6000	6000—10 000
1890.	—	41 018	—	—	—
1895.	42 203	51 304	13 932	11 935	4 175
1900.	31 909	87 194	16 800	14 125	4 863
1905.	22 416	117 710	21 717	17 788	6 011
1910.	17 737	156 745	34 688	24 791	7 511
1912.	17 966	173 609	41 342	28 807	8 399

	10 000—25 000	25 000—50 000	50 000—100 000	über 100 000
1890.	3 193	1 173	514	348
1895.	3 483	1 099	514	292
1900.	4 175	1 412	607	331
1905.	5 056	1 745	734	450
1910.	6 057	2 092	973	522
1912.	6 672	2 330	1 037	675

Tabelle 104.

Auf je 100 000 Einwohner kamen physische Steuerzahler									
im Jahre	900 bis 1000	1000 bis 2000	2000 bis 3000	3000 bis 6000	6000 bis 10 000	10 000 bis 25 000	25 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	über 100 000
1890	—	6 589	—	—	—	513	188	81	56
1895	6197	7 522	2043	1747	612	510	161	75	42
1900	4154	11 354	2187	1839	635	543	184	79	43
1905	2563	13 452	2482	2032	686	577	199	84	51
1910	1749	15 458	3420	2444	740	597	206	96	51
1912	1663	16 075	3828	2666	777	617	216	96	62
1890 bis 1912	—	+ 144 ⁰ / ₀	—	—	—	+ 20,3 ⁰ / ₀	+ 14,9 ⁰ / ₀	+ 18,5 ⁰ / ₀	+ 10,7 ⁰ / ₀
1895 bis 1912	—	+ 73 ⁰ / ₀	+ 114 ⁰ / ₀	+ 87 ⁰ / ₀	+ 52,6 ⁰ / ₀	+ 27,0 ⁰ / ₀	+ 21,0 ⁰ / ₀	+ 34 ⁰ / ₀	+ 28,0 ⁰ / ₀
								+ 48,0 ⁰ / ₀	

¹ Die Einwohnerzahl der Stadt Hamburg bildet über 90 % derjenigen des Staates.

Bis zum Jahre 1890 (einschließlich) waren die Einkommensklassen der Hamburger Einkommensteuerstatistik zum Teil anders eingeteilt als in den späteren Jahren. Wir konnten daher in vorstehender Tabelle 104 die Zunahme der physischen Steuerzahler auf je 100 000 Einwohner für die Zeit von 1890 bis 1912 für vier Einkommensklassen nicht berechnen, für die Zeit 1895 bis 1912 aber konnten wir sie für alle in der Tabelle aufgeführten Einkommensklassen berechnen.

Charakteristisch für die ganze Einkommensentwicklung ist, daß trotz starker Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen und trotz der uns bekannten allgemeinen Lohnsteigerung — richtiger wäre zu sagen, gerade wegen derselben — die Zahl der Einkommensteuerzahler von 900 bis 1000 Mk. (die auf je 100 000 Einwohner entfällt) um nicht weniger als 73% in der Zeit von 1895 bis 1912 zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist sie bei den Einkommensteuerzahlern von 1000 bis 2000 Mk. um 114% gestiegen (in der ganzen Berichtsperiode [1890—1912] gar um 144%). Die Steigerung beträgt bei den Einkommensteuerzahlern von 2000 bis 3000 Mk. immer noch 87%, bei denen von 3000 bis 6000 Mk. noch 52%, bei denen von 6000 bis 10 000 Mk. noch 27%.

Für die nächsten (restlichen) Einkommensteuerklassen haben wir wieder die Möglichkeit des Vergleiches während der ganzen Berichtsperiode. Da sehen wir im ersten Jahrzehnt derselben (1890—95) eine Abnahme, die in der höchsten Steuerklasse (über 100 000 Mk.) bis auf —25% steigt, so daß in der ganzen Berichtsperiode bei ihr nur eine Steigerung von 11% vorhanden ist, während gleichzeitig die anderen drei Einkommensteuerklassen mit über 10 000 Mk. (10 000—25 000 Mk., 25 000—50 000 Mk. und 50 000—100 000 Mk.) um 20%, 15% und 19% (in der Zeit 1895—1912 um 21%, 34% und 28%) zugenommen haben.

Der Gesamteindruck der Tabelle 104 ist der, daß der Aufstieg in den unteren Einkommensklassen — was die Zahl der Einkommensteuerzahler anbelangt — am stärksten war, aber nach oben hin abnimmt.

Sehen wir uns jetzt an, wie das Einkommen dieser Steuerzahler und der Gesamtheit der Bevölkerung sich entwickelt hat.

Berechnungen über die Höhe des Gesamtvolkseinkommens besitzen wir für Hamburg erst für das Berufszählungsjahr 1895, für das Verfasser es erstmalig auf sicherer Basis berechnet hat¹. Die Zahlen

¹ Vide Schmollers Jahrb. 1899, S. 298 ff. (Auch im Sonderabdruck erschienen: „Das Verhältnis des Verbrauches der Massen usw.“; hierin S. 32 ff.)

der folgenden Tabelle (soweit sie das Volkseinkommen betreffen) sind aber sowohl für das Jahr 1895 wie für das Berufszählungsjahr 1907 einer späteren Berechnung und Gegenüberstellung des Volkseinkommens beider Jahre entnommen¹, für das Jahr 1912 aber erst jetzt für unsere Zwecke berechnet worden².

Tabelle 105.

Zunahme des Volkseinkommens pro Kopf der (Hamburger) Bevölkerung.

		Einwohnerzahl (Staat)		Volkseinkommen (Staat)		
		Zunahme		Millionen Mark Zunahme		
1895	663 959	} 36,0 %	} 62,7 %	634 ⁵	70,7 %	
1907	903 319			1082 ⁵	} 118 %	
1912	1 080 363 ³			1385 ⁶		
		Einkommen pro Kopf der Bevölkerung		Zunahme		
1895	953 ⁵ Mk.	} 25,7 %	} 34,5 % ⁴			
1907	1198 ⁵ "					
1912	1282 ⁴ "					

Vorstehende Tabelle zeigt, daß bei einer Zunahme der Bevölkerung um 63% in den Jahren 1895 bis 1912 die Zunahme des Volkseinkommens rund noch einmal so stark war (118%), so daß es pro Kopf der Bevölkerung in dieser Zeit um 35% zugenommen hat.

Um in die Erscheinung treten zu lassen, ob an dieser Zunahme die unteren Einkommensklassen ebenso stark oder stärker beteiligt waren als die oberen, bringen wir nachstehend die Einkommensentwicklung nach Einkommen von 900 bis 3000 und von über 3000 Mf. zur Darstellung.

¹ Schmollers Jahrb. 1910 I, S. 329 ff.

² Näheres siehe Anm. 6 der Tabelle 105.

³ Am 31. Dezember 1912 (Jahresber. d. Stat. Amt. 1912, S. 45).

⁴ Da die Einwohnerzahl für 1895 und 1907 diejenige des Berufszählungstages der betr. Jahre ist, die im Juni war, diejenige für 1912 aber die Einwohnerzahl am Jahresende, so ist das Einkommen pro Kopf für 1912 und sind die Prozentfüße mit der Anm. 4 in Wirklichkeit etwas größer.

⁵ Vide Schmollers Jahrbuch 1910 I, S. 329 ff.

⁶ Nach der Einkommensteuerstatistik für 1912 (Öffentl. Anzeiger Nr. 118 vom 17. Mai 1914) und demselben Modus wie im Schmoller'schen Jahrbuch 1910 I, S. 329, berechnet.

Tabelle 106.

	Einkommen von 900—3000 Mk.			Einkommen über 3000 Mk.	
	Millionen Mk.	Zunahme		Millionen Mk.	Zunahme
1895	196	84,6 % 159 %	}	287	86,9 % 134 %
1907	361			536	
1912	507			673	

Die vorstehende Tabelle lehrt uns, daß die Zunahme der beiden großen Einkommensteuerebenen stärker gewesen ist als die Zunahme des Gesamteinkommens, was namentlich am relativen Rückgang der nicht steuerpflichtigen Einkommen (unter 900 Mk.) liegt. Das Einkommen von 900 bis 3000 Mk. hat stärker zugenommen als dasjenige über 3000 Mk. (159 % gegen 134 %), und beide haben zwei- bis dreimal so stark zugenommen als die Bevölkerung. In der ersten Periode (1895—1907) hat das Einkommen über 3000 Mk. stärker zugenommen als dasjenige von 900 bis 3000 Mk. (87 % gegen 85 %). In der zweiten Periode (1907—1912) war es umgekehrt; da hat das Einkommen von 900 bis 3000 Mk. um 40 % zugenommen, während dasjenige über 3000 Mk. nur um 26 % zugenommen hat. Das hängt zweifellos mit der Zunahme der Löhne und Beamtengehälter zusammen.

Das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung sowohl als auch das Einkommen der Einkommensteuerzahler über und unter 3000 Mk. Einkommen hat, nach den beiden letzten Tabellen zu urteilen, nicht unwesentlich stärker zugenommen als die Kosten der Lebenshaltung seit dem niedrigsten Preisniveau (1895) unserer Untersuchungsperiode. Es war wichtig, die Zunahme des Einkommens für die unteren und oberen Einkommensteuerebenen getrennt zu konstatieren, weil die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung für die unteren Einkommensklassen stärker war als für die oberen — wie wir das insbesondere für Wohnung konstatiert haben. Da ist es denn von großer Bedeutung, daß der stärkeren Zunahme der Kosten der Lebenshaltung der unteren Einkommensklassen auch eine wesentlich stärkere Zunahme des Einkommens derselben gegenübersteht.

Eine allzu große Bedeutung möchten wir aber der stärkeren Zunahme des Einkommens der unteren Einkommensklassen nicht beimessen. Ist sie für die Klasse auch zweifellos vorhanden, so ist doch die Frage, ob sie im selben Maße auch für die einzelnen Erwerbstätigen dieser Klasse angenommen werden darf; denn sie dürfte, zum Teil wenigstens, dadurch bewirkt worden sein, daß eine starke Zunahme

der weiblichen Erwerbstätigen und ihres Einkommens stattgefunden hat. Ist das Einkommen der betreffenden Familien dadurch auch gestiegen, so ist damit noch nicht gesagt, daß es im selben Maße den Haushaltungen derselben zugute gekommen ist. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das, was wir bezüglich der Ausgabe für Kleidung von den weiblichen Ledigen ausgeführt haben. Außerdem aber ist die stärkere Steigerung, die sich für die unteren Einkommen aus der Einkommensteuerestatistik ergibt, zum Teil die Wirkung des Umstandes, daß durch die allgemeine Einkommenssteigerung das Einkommen eines großen Teiles bisher nicht steuerpflichtiger Erwerbstätiger die steuerpflichtige Grenze überschritt. Diesem Umstand dürfte aber weniger Bedeutung beizumessen sein als dem vorher angeführten, denn wir haben ja gesehen, daß die Zahl der Steuerzahler mit 900 bis 1000 Mf. Einkommen stark z u r ü c k gegangen ist.

Keineswegs darf die starke Steigerung des Gesamteinkommens der Steuerzahler von 900 bis 3000 Mf. Einkommen uns zu Verallgemeinerungen veranlassen. Verweisen doch die Tabellen, die wir von verschiedenen Berufen gebracht haben, daß bei manchen Kategorien derselben die Steigerung des Einkommens während der Berichtsperiode hinter der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung zurückgeblieben ist.

Bei der großen Mehrheit der Erwerbstätigen aber sowie bei der großen Mehrheit der Steuerzahler — also auch von der Gesamtbevölkerung — darf nach vorstehenden Tabellen geurteilt werden, daß die Steigerung des Einkommens diejenige der Kosten der Lebenshaltung weit übertroffen hat.

Steigerung der Nahrungsmittelposten in Deutschland und England 1905–1912.

Bei der vorliegenden Untersuchung spielt die Frage nach den Ursachen der Preissteigerung eine Hauptrolle. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten Veranlassung genommen, auf solche hinzuweisen. Insbesondere haben wir bei Besprechung der Endresultate der großen Nahrungsmitteltabelle auf den Einfluß des Zolltarifs vom Jahre 1906 aufmerksam gemacht. Für Hamburg liegt es besonders nahe, eine Klärung dieser Frage dadurch zu versuchen, daß man den Einfluß der Preise auf die Lebensmittelposten der Haushaltungen von London und Hamburg für das Jahr vor dem Zolltarif von 1906 und für einige Jahre danach einander gegenüberstellt. Solche Gegenüberstellung ist uns durch die Erhebungen des englischen Handelsamtes für die Jahre 1905 und 1912 ermöglicht, die wir bereits beim Vergleich der Wohnungsverhältnisse von Hamburg und London zu benutzen Gelegenheit genommen haben. Und London und Hamburg sind beide — durch eine kurze Wasserstraße mit dem Meere verbunden — sozusagen gleichweit vom Weltmarkt entfernt.

Als Basis dieser Untersuchung dienen uns die Quantitäten, welche die 179 Hamburger Haushaltungen (Siehe Anhang, Tab. VIII) von denjenigen Waren konsumiert haben, für welche uns auch für England Preise (für die Jahre 1905 und 1912) zur Verfügung stehen. Es sind das gleichzeitig die hauptsächlichsten Lebensmittel. Wir sagten Preise für England zur Verfügung stehen. Die Preise, die uns zur Verfügung stehen bzw. die wir benutzen, sind allerdings diejenigen, die im Oktober 1912 für 88 englische Städte (darunter auch London) ermittelt wurden, diejenigen aber, die wir für das Jahr 1905 einsetzen, sind um ebensoviel niedriger, als die Preise der einzelnen Warengattungen in London damals gegen Oktober 1912 niedriger waren. Die Preise von 1912 geben also ein Bild der Preislage der englischen Städte überhaupt (die ja alle nicht weit „vom Weltmarkt entfernt“ liegen, die Differenz der Kosten sämtlicher berücksichtigter Lebensmittel ist aber diejenige,

welche die Preisbewegung im Zeitraum 1905—1912 in London — bzw. Hamburg — verursacht hat.

Um die Bedeutung der folgenden Tabelle gleich ins richtige Licht zu rücken, sei schon vorweg bemerkt, daß die Wertsumme dieser berücksichtigten Lebensmittel rund 70% der Gesamtnahrungsmittelausgabe der 179 Haushaltungen ausmacht.

Nach den englischen Erhebungen über „Cost of living of the working classes“¹⁾ wurden im Oktober 1912 in 88 englischen Städten „as a whole (including London)“ für die in Spalte 1 der folgenden Tabelle bezeichneten Nahrungsmittel durchschnittlich die in Rubrik 2 derselben angegebenen „häufigsten“ Preise bezahlt und hatte (in London, Middle Zone)²⁾ zwischen Oktober 1905 und Oktober 1912 die in Spalte 13 der Tabelle in Prozenten angeführte Steigerung der Preise dieser Lebensmittel stattgefunden, die wir für Hamburg für die Jahre 1905—1912 in Spalte 12 angeben. Bei Fleisch haben wir den Kalbfleischtonsum — weil wir keinen englischen Preis für Kalbfleisch haben — als Rindfleisch gerechnet — natürlich auch für Hamburg. Die englischen Rindfleischpreise sind nur diejenigen für englisches Rindvieh.

Brot. Bei diesem Artikel können wir beim Vergleich mit England nicht mit wenigen Worten auskommen. Die Frage des Vergleiches des Brotkonsums beider Länder ist eine so komplizierte, daß sie für sich allein eine eingehende Behandlung erfordert. Solche wollen wir aber nicht in die Behandlung der uns hier beschäftigenden Hauptfrage einschachteln und nehmen sie daher lieber nachher getrennt von ihr vor. Hier nur so viel: Das Quantum, das die 179 Hamburger Haushaltungen an Brot konsumiert haben, haben wir für Hamburg in denjenigen Brotarten angenommen, auf die es sich in unserer großen Lebensmitteltabelle dieser Haushaltungen verteilte, und zwar im selben Verhältnis, in dem es sich auf sie verteilte. (Wobei daran erinnert sei, daß unser Feinbrotquantum unser Weißbrotquantum mit enthält.) Das englische Volk aber ißt fast nur Weißbrot und auch der uns für England zur Verfügung stehende Preis ist infolgedessen nur der Preis für Weizenbrot. Wir sind daher genötigt, das Brotquantum für England als Weißbrot einzusetzen. So wird also das Brot-

¹⁾ Report of an Enquiry by the Board of Trade 1913, S. XXXV.

²⁾ Ebenda S. XL: Die Preissteigerung ist in den anderen Teilen Londons und den anderen Städten meist ähnlich, bei Brot und Eiern meist geringer, bei Schweinefleisch etwas, bei Schinken, Kartoffeln und Milch meist wesentlich stärker.

quantum der 179 Haushaltungen von uns für jeden Bevölkerungs-
kreis in derjenigen Art eingefetzt, welche den Volkskonsum bildet. Die
Berechtigung hierzu werden wir nachher nachweisen.

Legt man zugrunde, daß

- 1 £ Sterling = 20,40 Mark (also 1 d = 8,5 Pfennig)
- 1 £ engl. = 0,45 359 Kilogramm (1 £ deutsch = 1 £ engl. + 10,2317 ° o)
- 1 Quart = 1,136 Liter

ist, so ergibt sich folgende vergleichende Übersicht für die Summen,
welche die 179 Hamburger Haushaltungen in Hamburg (Spalte 8
und 9) und London (Spalte 10 und 11) in den Jahren 1905 und 1912
für die angeführten Lebensmittel zu entrichten hatten bzw. zu entrichten
gehabt hätten.

Das Resultat unserer Untersuchung ist, daß die Steigerung der
Kosten der neun Hauptnahrungsmittel unserer Tabelle (wobei Fleisch
nur als eine Position gerechnet ist), die zusammen rund 70 ° der Nah-
rungsmittelausgabe überhaupt betreffen, in den Jahren 1905—1912

Tabelle 107.

Steigerung der Lebensmittelposten in Hamburg und London im Zeitraum
1905—1912.

	Preis für 1 £ engl. im Oktober 1912 (häufigster Preis)	Der Ver- brauch der 179 Ham- burger Haushal- tungen 1907 in Kilogr.	Es kostete 1 kg			
			in Hamburg		in England	
			1905	1912	1905	1912
1	2	3	4 Pfennige	5 Pfennige	6 Pfennige	7 Pfennige
Rindfleisch	9 d	7 605	160	198	151	168
Schweinefleisch	9 d	11 724	166	186	153	168
Lammfleisch	8 3/4 d	586	163	196	152	164
Butter	1 3/4 d	5 200	271	289	264	290
Käse	8 1/2 d	2 040	200	216	134	159
Eier (Schok) und Preis per Schok	5/6 d	1 280	436	494	436	561
Kartoffeln	7 £ = 4 d	80 500	8	11	9	11
Zucker	1 7/8 d	10 870	48	54	35	35
Mehl	7 £ = 10 1/2 d	9 620	33	38	24	28
Brot } England: Weizenbrot } Deutsch: Schwarzbrot } land : Feinbrot . .	4 £ = 5 3/4 d	(116 263)	—	—	23	27
	—	52 758	18	22	—	—
	—	63 505	23	28	—	—
Milch, Liter bzw. Quart .	1 quarter = 3 3/4 d	98 588	18	22	28	28

	Der Verbrauch der 179 Hamburger Haushaltungen an Lebensmitteln der Rubrik 1 kostete				Steigerung der Preise in Prozent	
	in Hamburg		in England		1905—1912	
	1905	1912	1905	1912	Hamburg	London
	Markt		Markt		12	13
	8	9	10	11		
Rindfleisch	12 153	16 095	11 483	12 880	24,2	11,7
	2 755	3 412	2 603	2 908		
Schweinefleisch	31 003	34 666	28 592	31 527	11,8	10,3
Lammfleisch	955	1 147	891	961	20,2	7,7
Butter	14 092	15 028	13 707	15 080	6,6	10,0
Käse	4 080	4 406	2 731	3 250	8,0	19,0
Eier (Schok) und Preis per Schock	5 581	6 323	5 576	7 181	13,3	28,8
Kartoffeln	6 118	8 855	7 567	8 613	44,7	14,0
Zucker	5 218	5 870	3 805	3 805	12,5	—
Mehl	3 175	3 656	2 357	2 694	15,2	14,4
Brot } England: Weizenbrot	—	—	27 171	31 321	—	15,3
	9 496	11 607	—	—	12,2	—
	14 416	17 464	—	—	21,1	—
Milch, Liter bzw. Quart. . .	17 746	21 689	27 664	27 664	12,2	—
	126 788	150 218	134 147	147 834		
	= 100	= 118	= 100	= 110		

in Hamburg 18,5%, in London aber nur 10,2% betragen hat. Die Steigerung war also in Hamburg um 8,3% größer als in London, der Prozentfuß der Steigerung um mehr als vier Fünftel größer.

Vergleicht man die Spalten 12 und 13, so sieht man, daß im Vergleich zu London in Hamburg namentlich gestiegen sind die Preise für: Rindfleisch (24,2%, gegen 11,7% in London), Lammfleisch (20,2% gegen 7,7%) Kartoffeln (44,7% gegen 14%), Zucker (12,5% gegen 0%). Hingegen sind in London im Vergleich zu Hamburg gestiegen: Butter (10% gegen 6,6% in Hamburg), Käse (19% gegen 8%), Eier 28,8% gegen 13,3%).

Eine andere Frage als die der Steigerung der Gesamtkosten der Hauptnahrungsmittel ist die: Wo sind die Kosten derselben absolut größer, in London oder in Hamburg? Darauf antwortet die nächste kleine Tabelle:

Die neun Hauptnahrungsmittel kosteten in

Tabelle 108.

1905		1912	
London.	Mk. 134 147	Hamburg.	Mk. 150 218
Hamburg.	„ 126 788	London.	„ 147 834
Also in London mehr	Mk. 7 357 = 6%	In Hamburg mehr	Mk. 2 384 = 2%
Schriften 145. IV.			

Die Gesamtheit der Hauptnahrungsmittel kostete demnach im Jahre 1905 in London noch 6% mehr als in Hamburg, im Jahre 1912 aber in Hamburg 2% mehr als in London. Letzteres ist um so bemerkenswerter, als der deutsche Zoll auf Nahrungs- und Genußmittel vom Werte der Einfuhr im gleichen Jahre 19% (1913: 20%) vom Werte der verzollten Waren 21% (1913: 23%) betrug¹; bei Getreide allein 23% (1913: 26%) bzw. 30% (1913: 31%)².

¹ Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1914, S. 364.

² Ebenda, S. 362.

Nahrungsmittelfkosten und Nahrungsmittelkonsum deutscher und englischer Haushaltungen der gleichen Einkommensklasse.

Nun hinkt aber, wie bekanntlich jeder Vergleich, auch der im vorhergehenden Abschnitt angestellte, weil der Engländer seinen Nahrungsmittelkonsum anders verteilt als der Deutsche. Um hierin einen Einblick zu gewinnen, den wir doch brauchen, um ein Urteil über das Maßgebliche oder Unmaßgebliche der vorstehenden Prozentfäße über die Gesamtkosten der gleichen Lebensmittel in Deutschland und England zu erlangen, greifen wir wieder zum Bericht des englischen Handelsamtes. Da finden wir¹ eine Aufstellung über den Lebensmittelkonsum, den im Sommer 1904/1944 städtische Arbeiterfamilien gehabt haben, eingeteilt nach Einkommensklassen. Von ihnen wird sowohl die Gesamtausgabe wie diejenige für die einzelnen Lebensmittel mitgeteilt. Was diese Statistik aber noch vor derjenigen der deutschen Reichserhebung voraus hat, ist, daß sie sich auch auf die *Quantitäten* erstreckt. Uns interessieren namentlich die letzteren. Wir bedürfen aber bei einigen Waren, für welche nur die Ausgaben Summe mitgeteilt ist — z. B. für Eier und einige Fleischwaren, die nicht nach Gewicht gekauft werden, wie Schafsköpfe, Herz und Leber, Büchsenfleisch, Kaninchen, Fische und Fischwaren (deren Kosten mit diesen Fleischsorten zusammen angegeben sind) — auch der Angabe der Ausgabe für die betreffende Position. Unter den Einkommensklassen der 1944 Familien befinden sich zwei Klassen, bei denen der Durchschnitt ihrer beiden Durchschnittseinnahmen gerade der Einkommensstufe A (unserer beiden Einkommensstufen A und B) entspricht (Siehe Tab. 86).

Die eine Klasse, bestehend aus 289 Familien mit durchschnittlich 3,3 Kindern, hat ein wöchentliches Familieneinkommen von durchschnittlich 26 sh 11³/₄ d, die andere Klasse, bestehend aus 416 Familien mit durchschnittlich 3,2 Kindern, hat ein wöchentliches Familienein-

¹ £. 300.

kommen von durchschnittlich 31 sh 11 ¼ d. Diese Durchschnittseinkommen, umgerechnet je 20,40 Mk. für 1 £, ergeben ein Durchschnittseinkommen beider Klassen von wöchentlich 30,03 Mk. und also in 52 Wochen ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1562 Mk. Dieses entspricht also ganz vorzüglich dem Durchschnittseinkommen unserer Einkommensstufe A: 1524 Mk. Auch die durchschnittliche Kinderzahl der so gebildeten englischen Einkommensstufe entspricht mit 3,25 Kindern der Kinderzahl unserer Klasse A mit 3,3 Kindern (Siehe Tab. 83). Es ist ganz gut für den Vergleich, daß die deutsche Kinderzahl eine Kleinigkeit größer ist, denn, wenn es umgekehrt wäre, könnte man leicht versucht sein, einen etwaigen englischen Mehrkonsum diesem Umstande zuzuschreiben.

In der folgenden Tabelle 109 stellen wir nun den Konsum der gleichen englischen Einkommensklasse demjenigen der Hamburger Einkommensstufe A gegenüber, der uns aus unserer Tabelle A bekannt ist (Siehe Anhang, Tab. X). Allerdings bezieht der Verbrauch unserer A-Klasse sich auf das Jahr 1907, derjenige der entsprechenden englischen Klasse sich auf den Sommer 1904. Die Berechnung des englischen Verbrauches ist in der Weise

Tabelle 109.

Konsum in England und Hamburg bei gleicher Einkommensklasse.

Durchschnittseinkommen	England 1562 Mk.	Hamburg, Stufe A 1524 Mk.
Jahreskonsum an:		
Brot und Mehl.	700,6 kg	683,9 kg
Fleisch und Fisch	192,0 "	174,0 "
Eiße.	17,6 "	8,8 "
Butter.	37,6 "	80,7 " ¹
Kartoffeln	377,0 "	495,0 "
Korinthen und Rosinen	13,2 "	5,9 "
Reis Tapioka, Hafermehl	65,7 "	30,2 " ²
Tea, Kaffee, Kakao (Schokolade)	78,9 "	14,7 "
Zucker	111,0 "	54,0 "
Milch (frisch).	259,5 Liter	335,0 Liter
Zusammen	1853,1 kg	1882,2 kg
außerdem:		
Eier	43,10 Mk.	28,20 Mk.
Gemüse und Früchte	37,60 "	42,10 "
Marmelade, Syrup	24,90 "	
Biskuit usw.	12,20 "	
Restliche Artikel	75,90 "	
Gesamtausgabe für Nahrung (jährlich)	1024,40 Mk.	815,30 Mk.
(wöchentlich 19,70 Mk.)	= 65,6 %	= 53,5 %
des Familieneinkommens.		

¹ Butter, Schmalz und Margarine.
² Reis, Reismehl und Grützwaren.

erfolgt, daß wir den angegebenen wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der beiden Einkommensklassen, deren Durchschnitt die von uns konstruierte neue englische Klasse bildet, mit 52 multipliziert haben, das englische $H = 0,45359$ kg, das Pint, das nur bei Milch vorkommt, zu 0,568 Liter und den d zu 8,5 Pf. angesetzt haben. Der Wert des nicht nach Gewicht gekauften Fleisches machte bei der Klasse mit 26 sh 11 $\frac{3}{4}$ d Durchschnittswocheneinkommen den 4,67 ten Teil des Wertes des nach Gewicht gekauften aus, bei der Klasse mit 31 sh 11 $\frac{1}{4}$ d Wocheneinkommen den fünften Teil. Um diese Sätze haben wir bei jeder Klasse das Gewicht des nach Gewicht gekauften Fleisches erhöht und ihm dann das getrennt aufgeführte Gewicht des Schinkenkonsums hinzugefügt. Der Durchschnitt des so für beide Klassen getrennt ermittelten Gewichtes ergab das Gewicht der neu konstruierten Durchschnittsklasse.

Das Gewicht des Gesamtverbrauches der Hauptartikel ist in Hamburg größer als in England, das liegt aber zunächst daran, daß der Hamburger mehr Kartoffeln und Margarine genießt. Der Engländer aber genießt mehr von den nahrhafteren Lebensmitteln: Brot und Mehl, Fleisch, Käse, Reis und Hafermehl, namentlich aber Marmelade, Jam und Zucker, die ihm Butter ersetzen. Ganz besonders fällt der doppelt so große englische Konsum an Reis usw. und Zucker und der mehrfach so große an Tee, Kakao usw. auf. Auch der Eierkonsum ist wesentlich größer.

Es scheint mir zweifelhaft, ob in „restliche Artikel“ Tabak mit eingegriffen ist, wie er in der deutschen Endsumme enthalten ist.

Nach der, der letzten Tabelle (109) vorhergehenden Tabelle (108) war im Jahre 1904 der Gesamtkonsum der Hauptnahrungsmittel in England teurer. Es wäre also wunderbar, wenn er bei fast gleichem Einkommen dort größer gewesen wäre. Trotzdem ist das zweifellos der Fall gewesen, namentlich in Zucker, Reis, Marmelade (die ja hauptsächlich auch aus Zucker besteht), Kakao, Käse, Fleisch — alles Artikel, die drüben keinen Zoll kosten und drüben billiger sind, während von Milch, die teurer ist als in Hamburg, dort wesentlich weniger konsumiert wurde, denn die Ausgabe von 76 Mk. für alle restlichen Lebensmittel ist nicht so groß, daß davon noch ein großer Teil auf kondensierte Milch entfallen sein kann.

Aber der englische Mehrkonsum liegt nicht an der größeren Billigkeit der vom Engländer mehr konsumierten Waren allein. Die gleiche Einkommensklasse, die in Hamburg 53,5 % des Einkommens für Nahrung

ausgegeben hat, hat in England 65,6% derselben dafür ausgegeben! Wie ist das möglich? Weil in England — wie wir gesehen haben — die Wohnungsmiete wesentlich billiger ist und weil, was wir allerdings nicht gesehen haben — und auch nicht zu sehen brauchen, weil es allbekannt ist —, in England die Kleidung ganz wesentlich billiger ist. Daher gibt der Engländer auch noch in wesentlich höherer Einkommensklasse einen viel größeren Teil seines Einkommens für Nahrung aus, als die gleiche Einkommensklasse in Deutschland: Bei einem Durchschnittseinkommen von 2760 Mk. noch 57% (des Einkommens). Diese hat in England allerdings noch 4,4 Kinder gegen nur 3,1 bei der untersten Einkommensklasse (unter 25 sh wöchentlich). Daß es sich nicht um Zufallsergebnisse handelt, dafür bürgt der Umstand, daß die erstere Klasse (mit 2760 Mk. Durchschnittseinkommen) 596 Familienhaushaltungen, die letzte Klasse deren 261 umfaßt. Diese gibt dort 67,3% des Einkommens für Nahrung aus. Das Wunderbare ist, daß sie es *kann*. Das liegt eben an den billigeren Wohnungen und der billigeren Kleidung. Und daß sie dabei besser genährt ist, haben wir an der Hand des Gewichtes der Nahrungsmittel gesehen, welche von den beiden dieser untersten Klasse folgenden Klassen durchschnittlich konsumiert werden.

Eine andere Frage ist, ob die größeren Quantitäten nahrhafter Lebensmittel, die vom Händler und Konsumverein in den englischen Haushalt wandern, von diesem auch im selben Maße, wie das durchweg im deutschen der Fall ist, verwertet werden. Kenner der englischen Verhältnisse behaupten, daß der englische Arbeiterhaushalt um 25% teurer wirtschaftet als der deutsche, weil die englische Arbeiterin so viel weniger zu wirtschaften verstehe als die deutsche. Mag das Verhältnis von 25% als Durchschnitt auch übertrieben sein, so dürfte doch etwas Wahres an der Behauptung sein. Bezeichnenderweise drückt der gebildete Engländer zwei Begriffe mit deutschen Worten aus, auch wenn er sonst kein Deutsch kann: „gemütlich“ und „Hausfrau“ — Begriffe, für die der englischen Sprache der Ausdruck fehlt¹!

¹ Comfortable und House-keeper sind eben doch nicht gleichbedeutend mit „gemütlich“ und „Hausfrau“.

Zur Frage des Brotkonsums und Brotpreises in Deutschland und England.

Für jeden Engländer steht es fest, daß das Brot viel teurer in Deutschland sei als in England und ebenso ist der Deutsche hiervon überzeugt. Diese Überzeugung hat ihren Grund in den hohen deutschen Getreidebezöllen. Ist sie richtig?

Als vor einigen Jahren die konservative Partei Englands für eine Zollgemeinschaft des Greater Britain eintrat, zeigte ein Mitglied der liberalen Partei im englischen Unterhaus ein „deutsches Schwarzbrot“ vor und nannte den Preis, den man in Deutschland dafür zahle. Der teure Preis und das kleine Brot machten einen großen Eindruck im Parlament und hatten die gewünschte Wirkung. Um sie ins Volk zu tragen, wurde die Szene von der liberalen Presse bildlich dargestellt. Da sah denn der Kenner (der Engländer gehört in diesem Fall nicht zu den Kennern, denn in deutschen Hotels und auf deutschen Rennplätzen bekommt er nie ein Schwarzbrot zu sehen), daß das „Schwarzbrot“ in Wirklichkeit ein „Pumpernickel“ war. So wurde ihm auch der teure Preis erklärlich.

Der Engländer genießt fast nur Weißbrot und dieses ist in Deutschland allerdings wesentlich teurer als in England. Es besteht keine Vorschrift bezüglich des Gewichtes. Ein Artikel der „Times“ vom 8. Juni 1914, der von Londons Lebensmittelversorgung handelt und bei Brot von dessen Untergewicht, vertritt den Standpunkt, daß die Konkurrenz schon dafür Sorge, daß das Interesse der Konsumenten gewahrt werde. Das hindert aber nicht, daß in derselben Nummer der „Times“ über zunehmende Monopolisierung berichtet wird. In London ist die Bäckerei zum Teil in sehr großen Händen. Eine der größten wird von der bekannten Rhons-Gesellschaft betrieben, die in London eine große Anzahl von Restaurants betreibt, ihr Brot aber auch in die Privathäuser liefert. Diese beziehen meist das 2 #=Brot „half quarter loaf“, dessen Preis in London jetzt zwischen 2¾ d und 3¼ d variiert. Ich habe bei einem Aufenthalt in London jüngst Gelegenheit genommen, es nachzuwiegen. Durchschnittlich wog das 2 #=Brot statt 32 Unzen (2 #) nur 31 Unzen.

(Rhons erklärt in seinen Fakturen ausdrücklich, daß er nicht für volles Gewicht aufkomme.) Für einen Penny bekam man also 10,33 Unzen. Nach besagtem „Times“-Artikel soll bei vollem Gewicht ein entsprechend höherer Preis verlangt werden. Nach ihm wird das volle 4 *℥*-Brot zu 6 d verkauft.

Der Bericht des Handelsamtes konstatiert¹ in England sehr verschiedenen Preis für das gleiche Gewicht. Er variiert in Lancashire, wo die Differenzen am größten sind, zwischen $2\frac{4}{5}$ und $5\frac{3}{4}$ d per 7 *℥*. Als häufigsten Preis für 88 Städte gibt er $5\frac{1}{2}$ —6 d per 4 *℥* an. Für London können wir als Durchschnitt jedenfalls nicht unter 6 d für 4 *℥* gehen. Das sind 1,5 d per 1 *℥* oder 12,75 Pf. für 1 *℥* engl.; für das deutsche Pfund müssen wir einen Aufschlag von 10,2317% machen. So kommen wir für das deutsche Pfund auf einen Preis von 14,05 Pf. oder für das deutsche 2 *℥*-Brot 28,10 Pf.

Die „Produktion“ verkauft das Weizenbrot (2 *℥* Teiggewicht) zu 40 Pf. Sie war so freundlich, für unsere Zwecke das Gewicht „im ausgebackenen Zustande“ zu eruiieren. Es beträgt 870 g. Das volle Zweipfundgewicht stellt sich danach auf 46 Pf. gegen 28,10 Pf. in England. Der Preis des Weizenbrotes ist also in Hamburg um 64% höher als in England!!

Ein geringer Bruchteil des höheren Preises ist darauf zurückzuführen, daß die Bäckerei bei Weizenbrot, das hier kein so gangbarer Konsumartikel ist, wie Schwarzbrot und Feinbrot, weniger scharf kalkuliert. Diese Differenz gegen die gangbareren Brotsorten beträgt nach Mitteilug der „Produktion“ etwa 4—5%. Würde das Weizenbrot aber auch 5% billiger verkauft werden, also mit 43,7 Pf., dann wäre es gegen den englischen Preis von 28,10 Pf. auch noch 56% teurer. Woran liegt diese enorme Differenz?

Ich habe mich um Aufklärung an ein großes internationales Getreide-Im- und Exporthaus gewandt und folgende Antwort erhalten:

Jahresdurchschnittspreise für inländischen Weizen in Mark per 1000 kg.

	Berlin	London	Differenz
1907	206	144	62
1908	211	150	61
1909	234	174	60
1910	211	149	62
1911	204	149	55
1912	217	163	54
1913	199	149	50

¹ ©. XXXIV.

Der Zoll beträgt 55 Mk. per 1000 kg.

England produziert ca. 20 %	feines Bedarfs an Weizen, importiert	80 %
Deutschland „ „ 70 %	„ „ „ „ „ „	30 %

Die englischen Preise müssen sich daher viel mehr nach den Hauptproduktionsländern (Amerika, Kanada, Rußland, Argentinien, Australien) richten, als die deutschen. Daraus erklärt sich offenbar die Verschiedenheit in der Differenz, die in den Jahren großer deutscher Ernten natürlich kleiner wird.

Wenn die Mehlpreise in England eine verhältnismäßig noch größere Spannung gegen die deutschen zeigen, als es die Weizenpreise tun, so dürfte das folgende Gründe haben:

1. Die englischen Mühlen verarbeiten 80 % ausländischen Weizen, der stets eine bessere Mehlausbeute gibt, als deutscher Weizen (mehr Mehl, weniger Kleie).
2. Die englischen Mühlen müssen billiger arbeiten als die deutschen, weil sie gegen die starke Einfuhr von ausländischem (amerikanischem, deutschem, ungarischem) Mehl konkurrenzieren müssen. Diese Einfuhr hält natürlich die Preise niedrig, während ja die deutschen Mühlen durch Zölle nicht nur geschützt sind, sondern infolge der Einfuhrscheine sogar in der Lage sind, für den Export zu mahlen.
3. Die englischen Mühlen sind schon seit langem zu Großbetrieben von größter technischer Vollendung übergegangen und haben wohl auch aus diesem Grunde billiger produzieren können.

Wenn nun wieder die Bäcker im Verhältnis noch billiger liefern, als dies nach den Mehl- und Weizenpreisen nötig wäre, so dürften die Gründe 1 und 2 mit einiger Modifikation auch dafür anwendbar sein. Das bessere, aus ausländischem Weizen hergestellte Mehl hat auch bessere Backfähigkeit und gibt, da es trockener gemahlen ist, daher mehr Wasser aufnehmen kann, auch eine bessere Ausbeute. Auch in der Bäckerei ist England schon zu Großbetrieben übergegangen, die offenbar den deutschen überlegen sind¹.

Diese interessante Antwort beweist, daß die Frage noch sehr der Klärung bedarf.

Auf meinen Wunsch hat die „Produktion“ gütigst durch die englische Großeinkaufsgesellschaft bei einigen englischen Konsumvereinen sich erkundigt, was diese für Weizenmehl bezahlen, und ferner über Hefepreise und Hefesyndikat angefragt. Die in letzterer Beziehung eingegangene Antwort erschwert die Erklärung der Preisdifferenz des Weizenbrottes noch mehr. Im Gegensatz zu Deutschland existiert in England kein Hefesyndikat oder -ring. Der Preis der Hefe beträgt für 100 # 40 bis 44 Mk., also durchschnittlich etwa 42 Mk., was für die 100 # deutsches Gewicht auf 46,30 Mk. auskommt. Die „Produktion“

¹ Anm. d. Verf.: Das trifft auf Hamburg im allgemeinen vielleicht, für die Bäckerei der „Produktion“ mit ihrem Brotumsatz von über 3 Mill. Mk. aber sicherlich nicht zu.

selbst bezahlt aber für Hefe nur 37 Mk. für die gleiche Gewichtsmenge. Hefe ist also in England 25% teurer als in Hamburg.

Bestes Weizenmehl in der Qualität, wie es in England zu Weizenbrot verbacken wird, kostet per 100 *℔* (engl.) durchschnittlich 9,40 Mk. Das kommt für die 100 *℔* deutsches Gewicht auf 10,362 Mk. aus. Die „Produktion“ zahlt für ihr Weizenmehl (das aber nach Ansicht Sachverständiger in Qualität geringer sein dürfte, als das in England verbackene) 13,50 Mk. Danach ist das Backmaterial das in Hamburg verwendet wird, um 30,3% teurer als in England. Kohlen sind ja allerdings teurer hier, aber die durch sie verursachten Mehrkosten dürften durch niedrigere Löhne ausgeglichen werden.

Das von der „Produktion“ verwendete Weizenmehl ist, wie wir gesehen, um 30,3% teurer. Das Weizenbrot aber ist um 56% teurer. Hier klafft eine Lücke, deren Aufklärung eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung erheischt. Zum Teil erklärt sie sich vielleicht aus dem Umstand, daß die in Deutschland durchschnittlich verbackenen Mehlsorten eine geringere Qualität darstellen, die wohl auch geringere Ausbeute ergeben. Bestes Mehl, wie es wohl in England verarbeitet wird, würde sich — statt auf 13,50 Mk. — auf etwa 15,50 Mk. stellen, und somit fast 50% teurer sein, als in England. Diese Differenz scheint größtenteils dem Zoll zur Last zu fallen, der sich im Durchschnitt auf etwa 45% berechnet. Vielleicht könnte man in Deutschland, wo der Weizenverbrauch nahezu 40% des Gesamtverbrauches von Roggen und Weizen beträgt¹, auf diesem Gebiete noch etwas von den Engländern lernen.

Damit ist noch nicht gesagt, daß wir die Engländer in allem, was wir bei solcher Untersuchung erfahren, nachzuahmen brauchten. In England ist die Nahrungsmittelfontrolle weniger scharf als bei uns. Man kann unmöglich alles glauben, was über die Mittel erzählt wird, welche die englischen Bäcker anwenden sollen um ein recht schwerwiegendes Brot zu erzielen. Aber etwas dürfte schon daran sein. Gibt es nicht schon zu denken, daß in zwei so naheliegenden Plätzen wie Wigan und Oldham (beide in Lancashire) der niedrigste Preis des Weißbrotes in ersterem Platz $2\frac{1}{5}$ d per 7 *℔* sein kann, während der höchste Preis in letzterem Platz für das gleiche Gewicht $5\frac{3}{5}$ d ist². Es wird behauptet, daß die

¹ Berechnet nach: Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1914, S. 311.

² Cost of living, S. XXXIV.

Bäcker Kartoffelmehl dem Weizenmehl beimischen und dadurch eine weißere Farbe erzielen. Kartoffelmehl bindet aber auch mehr Wasser als Weizenmehl und ist solches Brot daher — abgesehen davon, daß Kartoffelmehl schon an sich weniger nahrhaft ist, als Weizenmehl — weniger nahrhaft als reines Weizenbrot. Auch habe ich schon die Vermutung aussprechen hören, daß die englischen Bäcker wahrscheinlich auch Maismehl mit verwendeten.

Wir — und die Engländer — dürfen aber auch nicht unbeachtet lassen, daß unser Brotkonsum zu 60% aus Roggenbrot bzw. einer Mischung von Roggen- und Weizenmehl besteht. Es kann daher keine Rede davon sein, daß unser Brotkonsum gegen den englischen etwa um ebensoviel teurer ist, als der Preis des Weizenbrotes.

Ein deutsches Pfund englischen Weizenbrotes kostet in England 14,05 Pf. (siehe oben). Das 9,5 pfündige Roggenbrot (Labengewicht) kostet bei der „Produktion“ 100 Pf., das ist pro Pfund 10,53 Pf. Danach wäre der englische Brotkonsum pro Pfund 3,52 Pf., auf 10,53 Pf. oder 33,4% teurer als der deutsche Hauptbrotkonsum, — wenn das Roggenbrot ebenso nahrhaft wäre als das Weizenbrot.

In dem Verhältnis des Nährwertes beider Brotarten im Vergleich zum Preise derselben scheint mir der einzig vernünftige Maßstab der Kosten des englischen und deutschen Brotkonsums zu liegen.

Merkwürdigerweise finde ich nirgendwo eine fertige Angabe über dieses Verhältnis. Dasselbe läßt sich jedoch nach dem Reichsmedizinalkalender von Dr. Paul Börner und ähnlichen Quellen folgendermaßen berechnen¹.

A b w a t e r berechnet:

1 Gramm Eiweiß	= 4,4 Kalorien
1 " Fett	= 9,5 "
1 " Kohlenhydrat	= 4,2 "

¹ Die Medizinalkalender geben an, wieviel Prozent von den verschiedenen Nährstoffen (Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate) in den diversen Nahrungsmitteln enthalten sind, wieviel Prozent davon nicht resorbiert werden und wieviel Kalorien die einzelnen Nährstoffe enthalten. Wäre es nicht praktisch, wenn sie mindestens auch gleich den Nährwert der einzelnen Lebensmittel angäben?! Mir liegt, nebenbei bemerkt, u. a. der Jahrgang eines Medizinalkalenders vor, in dem nur die Kleinigkeit weggelassen ist: das Wörtchen „nicht“, so daß diejenigen Quantitäten als resorbierbare erscheinen, die gerade nicht resorbiert werden.

Nach A b w a t e r enthält verwertbare Nährstoffe:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	Wasser	Kalorien
Weizenbrot	7,5 %	0,8 %	49,1 %	1,0 %	248 %
Weißes Weizenbrot .	7,1 "	1,2 "	52,3 "	0,8 "	263 "
Roggenbrot	7,3 "	0,5 "	52,0 "	1,1 "	255 "

Nach R u b n e r werden nicht resorbiert:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrat
Weizenbrot, mittleres, mit Hefe . . .	24,6 %	—	2,6 %
feinstes " "	21,8 %	—	1,1 %
Roggenbrot, grob " "	36,7 %	—	7,9 %

Danach ergeben die vom Körper resorbierten Mengen die rechts aufgeführte Summe von Kalorien.

T a b e l l e 110.

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	Kalorien	
Weizenbrot	7,5	0,8	49,1	—	
Davon nicht resorbiert	— 1,85	—	— 1,28	—	
Verbleiben	5,65	0,8	47,82	—	
= Kalorien	24,9	7,6	200,8	= 233	
Weißes Weizenbrot .	7,1	1,2	52,3		} Durchschnitt 243
Davon nicht resorbiert	— 1,55	—	— 0,58		
Verbleiben	5,55	1,2	51,72		
= Kalorien	24,4	11,4	217,2	= 253	
Roggenbrot	7,3	0,5	52,0	—	
Davon nicht resorbiert	— 2,68	—	— 4,11	—	
Verbleiben	4,62	0,5	47,89	—	
= Kalorien	20,3	4,8	201,1	= 226	
				+ = 17	
				= 7,5 %	

Nach vorstehender Rechnung ist das Weißbrot durchschnittlich 7,5 % nahrhafter als das Roggenbrot. Wenn ersteres in England um 33,4 % teurer ist als letzteres in Deutschland (siehe oben), dann beträgt der Prozentsatz, um den es teurer ist, das Mehrfache seines Mehrwerts an Nährkraft. Der Deutsche ist also für den gleichen Betrag, den der Engländer für Weißbrot ausgibt, viel reichlicher genährt, wenn er ihn für Schwarzbrot verwendet. Auch die Gewöhnung spielt hier eine große Rolle. Der deutsche Arbeiter, der bei angestrengter körperlicher Tätigkeit an Schwarzbrot gewöhnt ist, kann sich an Weißbrot gar nicht satt essen. Sein Magen verlangt direkt nach einem schwerer verdaulichen Brot, als es das Weißbrot ist.

Sofern die deutsche Brotnahrung aus Roggenbrot besteht, ist sie also bei gleichem Preise der englischen Weißbrotnahrung überlegen. Bei Feinbrot dürften — je nach dem Prozentsatz an Roggenmehl — Mehrpreis und verhältnismäßiger Mehrwert an Nährkraft sich etwa ausgleichen. Trotz des ungünstigen Einflusses des Getreidezolles — namentlich auf den Preis des Weißbrotes — kann man demnach doch nicht sagen, daß der Deutsche bei gleicher Brotausgabe schlechter genährt sei als der Engländer. Eher trifft das Gegenteil zu.

Es würde sich empfehlen, die Untersuchungen, von denen vorstehend die Rede war, auch auf den Vergleich des Nährwertes des englischen mit dem deutschen Weißbrot auszudehnen (die Untersuchungen von Abwater, Rubner, König, Ortner usw. erstrecken sich natürlich auf Lebensmittel in Deutschland). Die Bäcker kaufen das Mehl ja doch nicht nach der Höhe des Nährwertes des daraus herzustellenden Brotes, sondern eher wohl nach der Menge des Wassers, die es zu binden imstande ist. (Sie schwankt nach Abwater — natürlich in Deutschland — bei verschiedenen Brotarten zwischen 35,3 und 43,6% des Brotgewichtes.) Vielleicht enthält das Weißbrot im feuchten englischen Klima einen größeren Prozentsatz von Wasser. Wenn das der Fall wäre, wäre ja gleich ein Teil der „Lücke“ aufgeklärt, von der oben die Rede war.

Der Einfluß der Genossenschaftsverforgung.

Unter Genossenschaftsverforgung soll hier nicht verstanden sein, daß die Verforgung, um die es sich handelt, gerade nur von Körperschaften erfolgt, welche die Form der Genossenschaft haben. Der älteste Konsumverein Hamburgs, die „Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ ist keine Genossenschaft. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ hat für seine Lebensmittelverforgung ebenfalls die Genossenschaftsform aufgegeben und diejenige einer Handelsgesellschaft m. b. H. angenommen; der „Bau- und Sparverein“, früher eine Genossenschaft, hat sich in einen Bauverein A.=G. verwandelt. Trotz dieser veränderten Form ist die gemeinnützige Tätigkeit all dieser Institute die gleiche geblieben, und ich finde für sie keine gemeinschaftliche, allgemeinverständlichere Bezeichnung als die der Genossenschaftsverforgung.

1. Wohnung.

Auf dem Gebiete der Wohnungsvorforgung betätigen sich der schon genannte Bauverein, die „Produktion“, mehrere Beamtenvereine, und außerdem haben Vereine von Postbeamten und Eisenbahnbeamten Wohnungen gebaut, deren Zahl nicht genau bekannt ist. Es haben gebaut:

Tabelle III.

	Zahl der Wohnungen:
Bauverein (seit 1895)	1848
Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ (seit 1900).	882
Bauverein der Hamburgischen Staatsbeamten (seit etwa 10 Jahren) zirka	200
Wohnungen anderer Beamtenvereine sowie der Postbeamten und der Eisenbahnbeamten (Tage)	470
Zusammen	3400.
Es waren in Hamburg vorhanden Anfang November 1912:	
	Wohnungen:
Nur zu Wohnzwecken benutzte	210 860
Zu Wohn- und gewerblichen Zwecken benutzte	30 228
Leer stehende	17 872
Wohnungen überhaupt zusammen	258 960
Von ihnen bildeten die gemeinnützigen Wohnungen etwa	3 400 = 1,3%

¹ Öffentl. Anz. v. 3. 12. 1912.

Angeichts des geringen Prozentsatzes, den die von vorgenannten Vereinen errichteten Wohnungen von der Gesamtzahl der Wohnungen überhaupt bilden (etwa $1\frac{1}{3}\%$), ist es klar, daß sie einen großen Einfluß auf den Wohnungsmarkt nicht ausüben können, selbst wenn dieser Prozentsatz bei Berücksichtigung bestimmter Wohnungsgrößen noch mal so hoch sein sollte, und sind daher auch die häufigen Proteste des großen Hamburger Grundeigentümervers eins gegen diese Deckung des Wohnungsbedarfes, selbst vom Interessenstandpunkt der Grundeigentümer aus, nicht angebracht, die behaupten, daß die gemeinnützigen Bauvereine ihnen gerade die sichersten Mietezahler fortnehmen, so daß ihr Risiko (dasjenige der Grundeigentümer) dadurch sehr vergrößert werde.

Ist der Schaden der Grundeigentümer durch diese Vereine auch ein minimaler — und wenn er größer wäre, wäre dies ja auch nicht die Sorge der Mieter —, so ist der Vorteil der letzteren um so größer. Wir haben ja gesehen, daß die Mieten — namentlich für die unteren Einkommensklassen — mit den Jahren nicht unerheblich gestiegen sind; da ist es denn ein großer Vorteil für die Mieter, wenn sie, so lange sie in ihrer Wohnung bleiben, nicht in der Miete erhöht werden. Und davor sind die Mieter in den Genossenschaftsbauten (bzw. denen der Bauvereine) ziemlich sicher.

Dies ist aber nicht der einzige Vorteil der Genossenschaftsbauten. In der Abhandlung: „Wie wohnt die Hamburger Bevölkerung“ haben wir schon auf einige Vorzüge der Wohnungen in den Häuserblocks der „Produktion“ hingewiesen. Nicht erwähnt aber haben wir dort, daß in mehreren derselben den Einwohnern zu Versammlungs-, Vortragens- usw. Zwecken, sowie auch für Festlichkeiten, ein Saal mit Klavier und Podium für Aufführungen zur Verfügung steht, und daß in einem dieser Häuserblocks sich außerdem ein Saal befindet, der einem Arbeiterbildungsverein kostenlos zur Benutzung überwiesen ist. Ferner haben die großen Häuserblocks der „Produktion“ Spielplätze für die Kinder mit Sandkästen und Turngeräten. Diese Einrichtungen haben auch auf den Bauverein in Hamburg anregend gewirkt. In der Arbeiterkolonie, die dieser jetzt auf der Elbinsel Wilhelmsburg für die Arbeiter der Hamburg-Amerika-Linie errichtet (es sollen dort 650 bis 700 Wohnungen erbaut werden, von denen 269 bereits teils fertig, teils in Angriff genommen sind), wird eine Badeanstalt mit 20 Wannen- und mit Brausebädern errichtet. Außerdem werden den Bewohnern eine Warteschule und eine Bibliothek mit Lesezimmer zur Verfügung stehen.

Die ganze Anlage wird zu einer hochmodernen Arbeiterkolonie auszuwachsen, wie sie selten zu finden sein dürfte.

Wir sehen also, daß man die Wirkung der Genossenschaftsbauten in Hamburg weder nach dem Prozentsatz beurteilen kann, den ihre Wohnungen von der Gesamtzahl der Hamburger Wohnungen ausmachen, noch nach dem Einfluß, den sie b i s h e r auf die Bauart auch nur von Arbeiterwohnungen allein ausgeübt haben. Bei der Jugend der gemeinnützigen und genossenschaftlichen Baubewegung kann sie große Wirkungen für die Allgemeinheit wohl kaum schon gehabt haben. Für den Weiterblickenden aber gehen Fernwirkungen von ihr aus, die heute noch nicht zu übersehen sind. Wir sehen, daß die Bewohner dieser Häuserblocks sich zu gemeinschaftlichen Einkäufen, insbesondere für Kohlen, zusammenschließen. In denjenigen der „Produktion“ haben sie einen Hauspflegeverein gegründet, der aus den Überschüssen des Gesamtvereins mit unterstützt wird und dessen Vorstand (im Gemeinschaftssaal des Häuserblocks) Vorträge belehrenden und unterhaltenden Inhalts halten läßt, eine Weihnachtsfeier — natürlich mit Bescherung — für die Kinder veranstaltet, im Sommer mit letzteren Laternenumzüge arrangiert, bei denen dann gelegentlich der ganze Häuserblock illuminiert, und ähnliches mehr.

2. Kleidung.

Die genossenschaftliche (bzw. Vereins-) Versorgung ist auf dem Bekleidungsgebiet eine noch geringere als auf dem Wohnungsgebiet. Von Hamburger Vereinen kommt hier nur der „Verein Hamburgischer Staatsbeamten“ in Betracht mit rund 80 000 Mk. Umsatz (in Bekleidungsobjekten) im Jahre 1913. Er hat zwei Schuhwarenverkaufsstellen, deren Umsatz im letzten Jahre zugenommen hat, trotzdem sein Gesamtumsatz gegen das Vorjahr — zum ersten Male — (um 11 %) zurückgegangen ist. Erstere Erscheinung dürfte mit die Wirkung des allgemein stark zunehmenden Verbrauches auf dem Gebiete der Fußbekleidung sein. Wertwürdigerweise wird aber der Umsatz des „Vereins Hamburgischer Staatsbeamten“ weit übertroffen von demjenigen, den die Altonaer „Beamten-Vereinigung“ in Hamburg erzielt, deren Verkaufsstellen für Bekleidungsgegenstände und für Wollwaren sich ausschließlich auf Hamburger Gebiet befinden. In ersteren erzielte sie im Jahre 1913 einen Umsatz von rund 300 000 Mk., in letzteren von rund 130 000 Mk.,

zusammen also etwa 430 000 Mk., und zwar, wie die „Beamten-Vereinigung“ mir mitteilt, fast ausschließlich an Bewohner Hamburgs.

Die beiden Beamtenvereine haben also zusammen einen Bekleidungsumsatz von rund 500 000 Mk. Die „Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856“ hat im Geschäftsjahr 1912/13 in ihren drei Schuhwarenverkaufsstellen 214 824 Mk. umgesetzt. Der Bekleidungsumsatz der Beamtenvereine und dieses Konsumvereins erhöht sich wohl noch um einen Teil der Bekleidungs Ausgabe der Postbeamten, Eisenbahnbeamten usw., bleibt aber selbst mit diesen Kategorien jedenfalls immer noch unter einer Million Mark.

Um den möglichen Einfluß dieses Umsatzes auf den Gesamtumsatz der Bekleidungsbranche beurteilen zu können, müssen wir zunächst wissen, wie groß dieser ist.

Bei den 274 Hamburger Haushaltungen machte der Prozentsatz für Bekleidung etwas über 12 % der Ausgaben aus, bei den 179 Haushaltungen 11,1 % der Ausgaben — fast 11 % der Einnahmen, also nach Abzug des Anteils für „Wäsche und Reinigung“, der im Bekleidungsprozentsatz mit enthalten ist, 9 %¹. Wir haben aber gesehen, daß dieser Prozentsatz unter Berücksichtigung der Bekleidungs Ausgabe der Ledigen zu niedrig ist. Wir dürfen den Prozentsatz der Ausgabe für Kleidung, gerechnet vom Gesamteinkommen der Bevölkerung mit unter 3000 Mk. Einkommen, wohl ungefähr mit 15 %, denjenigen der Bevölkerung mit über 3000 Mk. Einkommen mit 7 % des Einkommens annehmen.

Aus der Steigerung des Einkommens in den Jahren 1910 bis 1912 läßt sich nach Tabelle 35 berechnen, daß im Jahre 1913 betragen haben wird

das Einkommen unter 3000 Mk. 740 Mill. Mk.

„ „ über 3000 „ 710 „ „

zus. 1450 Mill. Mk.

Danach beträgt die Bekleidungs Ausgabe für die Einkommen

unter 3000 Mk. 15 % von 740 Mill. Mk. = 111 Mill. Mk.

über 3000 „ 7 % „ 710 „ „ = 50 „ „

zus. 161 Mill. Mk.

¹ Nach der „Erhebung“ S. 21* machen Wäsche und Reinigung 54,76 Mk. von 282,44 Mk. der Kleidungs Ausgabe, also etwa 19%.

Nehmen wir die Bekleidungsverförgung der Vereine mit einer Million Mark an, dann bildet diese auch immer erst 0,6 % der Gesamtbekleidungsaußgabe.

Auch hier ist also ein nennenswerter Einfluß nicht zu erwarten. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die Organisation des Bekleidungsbedarfes seitens der Beamtenvereine usw. nicht einen recht günstigen Einfluß auf den Ausgabenetat ihrer Mitglieder haben mag.

Wir haben anknüpfend an Tabelle 8 (Prozentfäße der Ausgabe für Kleidung) S. 287 ausgeführt: „Die Ausgabe der Haushaltung für Nahrung und Wohnung entspricht daher dem für die Gesamtfamilie hierfür verausgabten Betrage, nicht aber die Ausgabe für Kleidung.“ Dementsprechend haben wir vorstehend, bei Berechnung der Bekleidungsaußgabe vom Einkommen, nicht das Einkommen der Haushaltungen, sondern dasjenige der Einkommensklassen zugrunde gelegt, werden aber nachher bei Berechnung der Ausgabe für Nahrung (und weiterhin für Wohnung) das Einkommen nach Haushaltungen zugrunde legen.

3. Nahrung.

Wir besprechen die genossenschaftliche Verförgung auf dem Nahrungsgebiet zuletzt, weil von ihr wesentlich mehr zu sagen ist als von der Genossenschaftsverförgung auf den beiden vorher behandelten Gebieten. Von den Vereinen, die auf diesem Gebiete arbeiten, ist der „Verein Hamburgischer Staatsbeamten“ der einzige, dessen Umsatz gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Sein Umsatz überhaupt betrug (bei 18 608 Mitgliedern) im Jahre 1913 1 955 000 Mk.

davon für Kleidung 80 000 Mk.

Er setzte also in Nahrung annähernd um 1 875 000 Mk.

Außer dem „Verein Hamburgischer Staatsbeamten“ unterhält auch die „Altonaer Beamten-Vereinigung“ in Hamburg Kolonialwarenverkaufsstellen. Sie erzielte im Jahre 1913 einen

Gesamtumsatz von 2 865 000 Mk.
von denen, nach ihrer Lage etwa $\frac{3}{5}$ = 1 700 000 „
auf Hamburg entfallen. Hiervon dürften nach dem,
was wir oben ausführten, etwa 400 000 „
auf „Kleidung“ entfallen, so daß in Nahrungsmitteln 1 300 000 Mk.
umgesetzt sein dürften.

Der 56 er Verein hatte im Geschäftsjahr 1912/13	
einen Gesamtumsatz von	10 464 723 Mk.
davon entfielen auf Schuhwaren:	214 824 „
verbleiben für Nahrungsmittel und anderes	10 149 900 Mk.
für Nahrungsmittel allein etwa	10 100 000 Mk.
davon auf 6 auf nichthamburgischem Gebiet liegende	
Verkaufsstellen	550 000 „
verbleiben in H a m b u r g abgesetzte N a h r u n g s =	
m i t t e l	9 050 000 Mk.

Nach Mitteilung der „Produktion“ betrug ihr Umsatz auf Hamburger Gebiet im Jahre 1913 18 070 539 Mk.

Nach Abzug des Umsatzes, der auf andere Artikel entfällt, verbleibt ein Umsatz an Nahrungsmitteln von rund 18 Millionen Mark. Nach ihrem Jahresbericht¹ läßt sich berechnen, daß der Wert der in ihren Verkaufsstellen und Schlachterläden umgesetzten Fleisch- und Wurstwaren 28,7 % des in denselben erzielten Gesamtumsatzes ausmacht (6 372 000 Mk. von 22 235 000 Mk.). Danach entfallen von ihrem Hamburger Umsatz von 18 Millionen Mark auf Fleisch- und Wurstwaren 5,17 Millionen und verbleiben für die übrigen Nahrungs- und Genußmittel 12,83 Millionen Mark.

Wir haben schon gelegentlich der „Berechnung des Hamburger Fleischkonsums“ in Tabelle 60 konstatiert, daß der Wert des Fleischumsatzes der „Produktion“ (welche der einzige Konsumverein in Hamburg ist, der auch Fleisch verkauft), 4,7 % des Wertes des gesamten Hamburger Fleischkonsums beträgt (Siehe Seite 384).

Wie groß ist nun dieses Verhältnis bei dem übrigen genossenschaftlichen Nahrungsmittelumsatz?

Stellen wir zunächst den genossenschaftlichen Nahrungsmittelumsatz nach obigen Berechnungen zusammen. Um dieses Verhältnis möglichst rein ermitteln zu können, müssen wir ähnlich wie bei der „Produktion“ vom Lebensmittelumsatz auch der übrigen Vereine den Betrag abziehen, der auf Wurstwaren — die ja auch sie verkaufen — entfällt. Ihr Wert bildete in den Verkaufsstellen der „Produktion“ (die Schlachterläden ausgenommen) 9,53 % des Gesamtumsatzes (1 502 000 Mk. von 15 758 000 Mk.), also von dem nach Abzug des auf Nichtnahrungsmittel entfallenden Umsatzes rund 10 %.

¹ S. 65 und 93.

Es hat im Jahre 1913 der auf Hamburg entfallende Nahrungs-	
mittelumsatz — nach obigen Ermittlungen — einschließlich Wurstwaren	
betrugen im 56 er Verein	9,05 Mill. Mk.
Verein hamburgischer Staatsbeamten	1,87 „ „
Altonaer Beamten-Vereinigung	1,30 „ „
	<hr/>
	12,22 Mill. Mk.
Davon Wurstwaren etwa 10 %	= 1,22 „ „
	<hr/>
Nahrungsmittel ohne Wurstwaren	11,00 Mill. Mk.
„Produktion“ Nahrungsmittel ohne Fleisch- und	
Wurstwaren	12,83 „ „
	<hr/>
	zuf. 23,83 Mill. Mk.

Diese rund 24 Millionen Mark genossenschaftlichen — oder richtiger organisierten — Konsums stellen wir nun dem Hamburger Gesamt- konsum von Lebens- und Genußmitteln — ausschließlich des Fleisch- konsums — gegenüber.

Nach Tabelle 5 können wir die Nahrungsmittelausgabe der Einkommensklasse bis zu 3000 Mk. Einkommen kaum unter 45 %, des E i n k o m m e n s annehmen. Nach der gleichen Tabelle und den „Haushaltsrechnungen wohlhabender Familien“ dürfte die Nahrungs- mittelausgabe bei den Familien mit über 3000 Mk. Einkommen im Durchschnitt ungefähr 25 % des Einkommens betragen.

Nach demselben Modus, nach dem wir hinter Tabelle 35 nach dieser das Gesamteinkommen der Haushaltungen mit unter und über 3000 Mk. Einkommen für das Jahr 1910 berechnet haben, läßt sich aus dem Ver- gleich der dort für 1910 und 1912 angegebenen Einkommen berechnen, daß im Jahre 1913 betragen haben wird das Gesamteinkommen der Haushaltungen mit

unter 3000 Mk. Einkommen etwa	640 Mill. Mk.
über 3000 „ „ „	810 „ „
	<hr/>
zuf.	1450 Mill. Mk.

Von diesen Einkommen sind nach vorstehenden Ermittlungen für Nahrung ausgegeben worden von den Haushaltungen mit

unter 3000 Mk. 45 % von 640 Mill. Mk. =	288 Mill. Mk.
über 3000 „ 25 % „ 810 „ „	202 „ „
	<hr/>
zuf.	490 Mill. Mk.

Nach Tabelle 60 betrug der „Wert des Hamburger Fleischkonsums“ im Jahre 1913 135 Millionen Mark für eine Bevölkerung von 1 200 000 Einwohner. Die Hamburger Bevölkerung hatte aber nur rund 1 100 000 Einwohner = 91,7 % von 1 200 000. Auf die Bevölkerung des Hamburger Staates allein entfallen also von den 135 Millionen Mark rund 124, sodaß der Wert des Hamburger Fleisch- und Wurstwarenkonsums, einschließlich Wild, Geflügel, auswärtige Wurstwaren usw. wohl etwa 130 Millionen Mk. betragen haben dürfte. Von den 490 Millionen Mark, welche die Hamburger Bevölkerung für Lebens- und Genußmittel ausgegeben hat, entfallen also etwa 130 Millionen auf Fleisch- und Wurstwaren und etwa 360 Millionen auf die übrigen Lebens- und Genußmittel. Dieses Verhältnis entspricht einem Prozentsatz von $26\frac{1}{2}\%$ der Nahrungsmittelausgabe. Wie erinnerlich, hat der Fleisch- und Wurstwarenkonsum bei den 179 Hamburger Haushaltungen 25,5 % der Nahrungsmittelausgabe betragen. Er dürfte bei den Einkommen unter 3000 Mk. also rund 25 %, bei denen über 3000 Mk. etwa 29 % betragen. (Vgl. Tabellen 56, 57 und 57 a.) Danach betrug die Fleischausgabe in Hamburg bei den Einkommen

unter 3000 Mk.	25 %	von 288 Mill. Mk.	72 Mill. Mk.
über 3000 „	29 %	202 „ „	58 „ „
Zusammen			130 Mill. Mk.

Für die übrigen Nahrungs- und Genußmittel sind im Jahre 1913 also 360 Millionen Mark ausgegeben worden. Hiervon entfielen auf den organisierten Konsum 24 Millionen = annähernd 7 %. Wir sehen hier, daß trotz des Riesenfortschrittes, den die Organisation des Konsums, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, in Hamburg gemacht hat, diese Art der Lebensmittelverteilung noch nicht über 7 % des gesamten Lebens- und Genußmittelkonsums hinausgelangt ist, und zwar weder beim Fleischkonsum noch bei dem restlichen Lebens- und Genußmittelkonsum. Beim ersteren auch dann nicht, wenn man dem Fleisch- und Wurstwarenumsatz der „Produktion“ noch den Wurstwarenumsatz der anderen drei Vereine hinzurechnet.

Trotz dieses mäßigen Prozentsatzes geht aber die Wirkung des organisierten Lebensmittelabsatzes weit über den normalerweise von solchem Anteil zu erwartenden Einfluß hinaus.

Ghe wir etwas näher auf denselben eingehen, wollen wir noch zusammenstellen:

Tabelle 112.

Es wurden im Jahre 1913 in Hamburg verausgabt von den Einkommen bzw. den Haushaltungen mit Einkommen

		unter 3000 Mk. Mill. Mk.		über 3000 Mk. Mill. Mk.		überhaupt Mill. Mk.
für Nahrung	45%	von 640 = 288	25%	von 810 = 202		490
„ Wohnung ¹	14%	„ 640 = 90	8%	„ 810 = 65		155
„ Kleidung	15%	„ 740 = 111	7%	„ 710 = 50		161
„ Heizung u. Beleucht. .	4%	„ 640 = 26	4%	„ 810 = 32		58
		<u>515</u>		<u>349</u>		<u>864</u>

Vom Gesamtvolkseinkommen von 1450 Millionen Mark wurden also 864 Millionen = 60 % für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung ausgegeben, und verblieben 586 Millionen oder 40 % des Volkseinkommens für andere Zwecke bzw. Kapitalanlagen und Anschaffungen zur Verfügung. Während aber der Gesamtheit der Haushaltungen mit über 3000 Mk. Einkommen für diese Zwecke von 810 Millionen 461 Millionen oder 57 % zur Verfügung bleiben, sind dies bei der Gesamtheit der Haushaltungen mit unter 3000 Mk. Einkommen von 640 Millionen Mark nur 125 Millionen oder 19 % — ein Prozentsatz, der gerade nur ein Drittel so groß ist wie bei der oberen Einkommensklasse.

Angeichts dieses für alle übrigen Bedürfnisse, Anschaffungen und Ersparnisse verbleibenden geringen Prozentsatzes vom Einkommen hat die untere Einkommensklasse ein ganz anderes Interesse daran, jede Gelegenheit wahrzunehmen, die ihr gestattet, die 19 % um etwas zu erhöhen, als die obere Einkommensklasse bei ihrem dreimal so großen Spielraum, und sie versucht dieses in erster Linie durch Deckung ihres Nahrungsmittelkonsums — der rund die Hälfte ihres Einkommens absorbiert — im Konsumverein. Wieviel sie dadurch spart?

Ein mir als zuverlässig und gewissenhaft bekannter Kolonialwarenhändler („Krämer“) meines Wohnbezirks hat sich der Mühe unterzogen, sämtliche (monatlich herausgegebenen) Preislisten der „Produktion“ (des Jahres 1913), unter Berücksichtigung eventueller Qualitätsunterschiede, mit den bei den besseren Hamburger Kolonialwarenhändlern gleichzeitig bezahlten Preisen zu vergleichen. Resultat: letztere waren durchschnittlich 5 % höher. Dazu kommen nun noch die 5 % Rückvergütung („Dividende“), welche die „Produktion“ in der Regel auf die bei ihr gekauften Waren am Jahresende zu zahlen (bzw. auf

¹ Siehe Ausführung hinter Tabelle 35.

Notfondskonto usw. gutzubringen) pflegt. Der rechnermäßige Vorteil des Einkaufs bei der „Produktion“ — und bei den anderen Konsumvereinen ist er ungefähr der gleiche — beträgt also 10 %. Bei einem Nahrungsmittelkonsum von 50 % des Einkommens bedeutet das 5 % vom Einkommen, d. h. eine Vergrößerung des „Spielraums“ von 19 % um rund ein Viertel.

Daraus erhellt, welche große Rolle die Organisation des Konsums für die unteren Einkommensklassen spielt — aber auch wie gering die Bedeutung ist, die sie für die oberen Einkommensklassen hat. Selbst bei der durchschnittlichen Nahrungsmittelausgabe von 25 % ihres Einkommens machen die 10 % Vorteil beim Einkauf im Konsumverein erst 2,5 % des Einkommens aus und diese wiederum nur den 23. Teil ihres „Spielraumes“ von 57 % ihres Einkommens.

Diese Differenz — von einem Viertel bis zu einem Dreißigstel — ist der Grund, aus dem die beiden Interessentkreise so wenig Verständnis für die Bedeutung haben, welche der Konsumverein für die andere Einkommensklasse hat. Die Kreise der höheren Einkommensklassen verstehen nicht, welche Wichtigkeit „die paar Prozent ‘Dividende’“ und „die paar Pfennige“ niedrigeren Preises für die unteren Einkommensklassen haben — und dies machen sich die Kreise des Kleinhandels natürlich durch allerhand schiefe Darstellungen zunutze —, und die Kreise der unteren Einkommensklassen, soweit sie zur Erzielung eines größeren Umsatzes und damit eines größeren Nutzens, oder aus prinzipiellen Gründen, gern den ganzen Nahrungsmittelkonsum organisieren möchten, verstehen nicht, warum die Haushaltungen der oberen Einkommensklassen sich ihnen in der Organisation des Konsums nicht anschließen.

Welche Rolle hier tatsächlich die Höhe des Einkommens spielt, dafür folgendes Beispiel: Um den ständigen Klagen der Verwaltung der „Produktion“ — auch in ihren Jahresberichten — über den hohen „Prozentsatz der nichtkaufenden Mitglieder“ die Spitze abzubringen, hat Verfasser vor einigen Jahren angeregt, bei einem Tausend solcher Mitglieder eine Umfrage über den Grund ihres Nichtkaufens zu veranstalten. Eine Anzahl dieser Mitglieder gab bei dieser Gelegenheit an: „Wir haben es nicht mehr nötig, im Konsumverein zu kaufen, da wir uns jetzt in besseren Verhältnissen befinden.“

Nun liegt die Sache aber nicht etwa so, daß der Kleinhändler um die ganzen 10 % teurer wäre, welche die Konsumvereinsmitglieder

beim Einkauf in ihrem Verein sparen. In den Stadtvierteln der wohlhabenderen Bevölkerung läßt der „Krämer“ jeden Morgen durch einen Angestellten bei seiner Kundschaft nach dem Bedarf anfragen (die sogenannte „Vorfrage“), den er dann im Laufe des Tages ins Haus liefert. Auch hat er außer den Kosten, die Vorfrage und Hauslieferung verursachen, noch Kosten für Telephon und Telephonbedienung, da trotz der Vorfrage noch manche Bestellung und Erkundigung auf diesem Wege erledigt wird. Alle diese Bequemlichkeiten sind der sogenannten besseren Kundschaft, die sich häufig mehr fürs Kartenspiel als für Preise interessiert, reichlich die 10 % wert, die sie beim Krämer teurer fährt. Sie würde, um sie zu sparen, nicht einmal ihre Dienstboten so lange in der Verkaufsstelle des Konsumvereins warten lassen, bis die Reihe an sie kommt, geschweige denn selbst dort so lange warten, und erst recht nicht den Bedarf selbst heimtragen. Das hier von den Krämerwaren Gesagte gilt in noch höherem Grade von Brot und Fleisch.

Eine der Schwierigkeiten, mit denen der Konsumverein zu kämpfen hat, besteht übrigens darin, daß die Preise der Konkurrenz in verschiedenen Stadtvierteln oft variieren, während er in den teuren Stadtvierteln — in denen ja auch die Mieten entsprechend höher (und in letzter Zeit auch die Einrichtungen luxuriöser) sind — zum selben Preise verkaufen muß wie in den billigen Stadtvierteln. Diese Schwierigkeit scheint namentlich die genossenschaftliche Organisation des Fleischkonsums zu erschweren. Ich habe mir Mühe gegeben, die Preisunterschiede in verschiedenen Stadtvierteln zu ermitteln — leider vergeblich. Aufzeichnungen aus früheren Jahren, die hierüber bei der Detaillistenkammer existieren, waren nicht verwertbar.

Wie die „Produktion“ in ihrem Jahresberichte 1913¹ mitteilt, hat sie in diesem Jahre durch „eine unparteiische Kommission“ einen Vergleich der Preise ihrer Waren mit denen von drei Konkurrenzgeschäften vornehmen lassen (vermutlich also von Geschäften in Gegenden, in denen sie mit diesen konkurriert, was in wohlhabenden Stadtvierteln wenig der Fall ist). Resultat: insgesamt genommen — d. h. im Durchschnitt von je 100 Artikeln — war ihre Konkurrenz 1,62 %, bzw. 2,09 %, bzw. 2,95 % teurer. Zu diesem Vorteil für die Mitglieder der „Produktion“ kommt dann natürlich noch die „Dividende“, mit der zusammen der rechnungsmäßige Vorteil etwa 7 % beträgt.

¹ S. 25 und 26.

Zu diesem rechnungsmäßigen Vorteil kommt aber noch ein anderer. Der Jahresbericht 1913 der „Produktion“ berichtet an angeführter Stelle: „Ein Sack Gerstenschrot, aus einem Spezialgeschäft für Mühlenartikel gekauft, zeigte ein Untergewicht von 3 Pfund.“ Daß solche Vorkommnisse keine Seltenheit sind, ergibt sich aus den jährlichen Polizeiberichten in der Rubrik „Kontrolle der Maße und Gewichte“. Wir geben aus denselben folgende Zahlen wieder:

	1907:	1911:
Revision der Maße, Gewichte und Wagen	12 167	15 129
Dabei Ordnungswidrigkeiten vorgefunden	2 150	1 847
Davon in Warenverteilungsstellen der Konsumvereine . .	21	21

Die Konsumvereine sind an den „Ordnungswidrigkeiten“ bei Maßen und Gewichten also nur mit rund 1 % beteiligt, während sie, wie wir gesehen haben, am Umsatz siebenmal so stark beteiligt sind.

In der „Produktion“ besteht — außer der Kontrolle durch eigene Beamte — eine Kontrolle des Gewichts durch eine für jede Verkaufsstelle gewählte Kommission von drei Mitgliedern, die sich wochenweise ablösen. Der Lagerhalter der Verkaufsstelle erhält eine Mantovergütung in Höhe des erfahrungsgemäß tatsächlichen Mantos, die ihm ermöglicht, dem kaufenden Publikum volles Gewicht zu geben. In den — zahlreichen — Hamburger Filialgeschäften¹ aber erhält der Filialleiter keine solche Vergütung, und trotzdem wird von ihm verlangt, daß er aus einem Sack, der „Brutto für Netto“ 200 Pfund wiegt, bei 2 Pfund Sackgewicht 200 Pfund Ware herauswiegt, wo sich normalerweise nur 197 Pfund herauswiegen lassen. Da ist es natürlich, daß er versuchen wird, das Manko durch Untergewicht auf die Käufer abzuwälzen. Die Filialgeschäfte sollen im allgemeinen bei etwa 12 % Speesen durchschnittlich 18 % auf die Ware schlagen, und einige Firmen teilen mit dem Filialleiter, was er darüber hinaus — gleichviel auf welche Weise — erzielt. Gelingt dem Filialleiter nun aber nicht, Manko und Gewichts Differenz, die durch das Auswiegen, den dabei entstehenden Abfall (z. B. bei Würfelzucker), Eintrocknen (insbesondere bei Würstwaren) und Verpackung resp. Emballage entsteht, in erforderlichem Umfange durch Untergewicht auf die Käufer abzuwälzen, dann macht er Schaden, geht schließlich seiner Kauti

¹ Die Filialgeschäfte der Lebensmittelbranche unterhalten hier rund 500 Läden, die einen Gesamtumsatz von rund 13 Millionen Mk. haben dürften.

verlustigt und wird entlassen. Es finden sich immer wieder Leute, die an seine Stelle treten und ihre Kautions riskieren.

Von sachverständiger Seite wird mir der durchschnittliche Umsatz eines Filialgeschäftes der Kolonialwarenbranche auf 25 000 Mk., gegen durchschnittlich 40 000 Mk. beim selbständigen Krämer angegeben. In den 101 Verkaufsstellen der „Produktion“ betrug der durchschnittliche Umsatz im Jahre 1913 über 156 000 Mk. Es liegt auf der Hand, daß bei solchem Umsatzunterschied — infolge der Verteilung der Unkosten auf den größeren Umsatz — der Konsumverein viel größere Gehälter zahlen kann als das Filialgeschäft. Letztere zahlen dem Filialleiter — abgesehen von dem, was er sich durch Untergewicht selbst herausholt — etwa 1600 Mk., wofür die Frau oft noch mitarbeiten muß. Die „Produktion“ zahlte im Jahre 1913 ihren 101 Lagerhaltern durchschnittlich 2230 Mk., wobei auch der Schlechtestbezahlte noch über 2000 Mk. erhielt. In der „Produktion“ kommen aber zu den Löhnen und Gehältern noch die g a n z e n für die Sozialversicherung zu zahlenden Beiträge und darüber hinausgehende Zahlungen für soziale Fürsorge, sodaß, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, diese im Jahre 1913 12 % der Lohnsumme und 1 % des Umsatzes absorbierte, während die Filialleiter und anderen Angestellten der Lebensmittelgeschäfte die Zahlungen für die Sozialversicherung aus eigener Tasche zu leisten haben.

Der Vorteil der „Genossenschaftsverföorgung“ ist also keineswegs mit dem r e c h e n m ä ß i g e n Vorteil der versorgten Konsumenten, ja nicht einmal mit dem Vorteil der letzteren a l l e i n begrenzt. Bei seiner Beurteilung ist das Interesse der Allgemeinheit mit in Betracht zu ziehen, für die es z. B. schon von Bedeutung ist, daß die Mitglieder der „Produktion“ in wenigen Jahren — außer rund 10 Millionen Mark auf der Sparkasse derselben — auf ihrem Notfonds, für den Fall der Arbeitslosigkeit usw., über 2 Millionen Mark angesammelt haben (trotzdem sie allein in den letzten beiden Jahren über eine Million von ihm abgehoben hatten), und daß der Staat — durch die starke Progression der Hamburger Einkommensteuerrkala — von den höheren Gehältern der Genossenschaftsangestellten, und dadurch auch von dem Genossenschaftsumsatz, mehr Vorteil hat, als wenn der gleiche Umsatz mit geringem Unternehmerrgewinn auf privatwirtschaftlichem Wege bewerkstelligt werden würde.

Betrachtet man den Nutzen für die Allgemeinheit — und nicht

denjenigen weniger Unternehmer — für das Ausschlaggebende bei Beurteilung der Frage nach dem Vorteil, den eine gewisse Wirtschaftsform gebracht hat, dann ist ein Vorteil der Hamburger Genossenschaftsverforgung zweifellos auch darin vorhanden gewesen, daß sie, wie die Jahresberichte der „Produktion“ schon mehrfach konstatiert haben, preisregulierend — namentlich bei den Brotpreisen — gewirkt hat. Im Jahresbericht 1913 schreibt die „Produktion“ solchen Einfluß bereits ihrem Kohlengeschäft zu.

Die Verzögerung der Fertigstellung dieser Arbeit durch den Kriegsausbruch ermöglicht uns hier noch hinzuzufügen, daß die „Produktion“ in der Zeit der durch denselben hervorgerufenen Lebensmittelteuerung diese dadurch erfolgreich bekämpft hat, daß sie ihre Preislisten in der gesamten Hamburger Presse regelmäßig veröffentlichte, bzw. noch jetzt veröffentlicht. Die Kleinhändler behaupten, daß sie zu den für sie „ruinösen“ Verkaufspreisen der „Produktion“ zum großen Teil nicht einmal einkaufen könnten, schelten aber, charakteristischer Weise, nicht auf letztere, sondern auf die „unpatriotischen Warenwucherer“. Es ist schon jetzt kein Zweifel, daß die „Produktion“, mit ihrer Preispolitik während der Kriegszeit, der Allgemeinheit einen großen Dienst erwiesen hat.

Der Einfluß der Lohnsteigerung auf die Ausgabensteigerung.

In welchem Umfange ist nun vielleicht die Ausgabensteigerung durch Steigerung der Löhne und Gehälter bewirkt worden? Können wir diese Frage auch nicht so genau beantworten, wie etwa die Frage nach dem Umfange der Ausgabensteigerung und der Lohnsteigerung, so besitzen wir doch Material, das uns ermöglicht, auch in dieses Verhältnis hineinzu beleuchten. Dabei ist von vornherein klar, daß der mögliche Einfluß einer Lohnsteigerung auf die Ausgaben von zwei Faktoren abhängt: von dem Anteil der einzelnen in Betracht kommenden Ausgabe an der Gesamtheit der Ausgaben und von dem Umfange, in dem Löhne in den einzelnen Posten enthalten sind, aus denen die Gesamtausgabe sich zusammensetzt. Von den Hauptausgabenposten kennen wir ihren Anteil an der Gesamtheit der Ausgaben. Bleibt uns noch zu untersuchen, in welchem Umfange Löhne im Werte der Hauptausgabenposten enthalten sind.

Der Hauptausgabenposten ist Nahrung, und an ihm wiederum haben Fleisch und Brot den größten Anteil. Zur Beurteilung der Frage, in welchem Umfange die Ausgabe für Fleisch und Brot von der Lohnhöhe beeinflusst werden kann, finden wir Material im Jahresbericht 1913 der „Produktion“. So weit dem Verfasser zur genaueren Berechnung des Anteils der Löhne und Gehälter am Verkaufswerte des Produktes noch detailliertere Angaben erforderlich schienen, als der Jahresbericht¹ sie enthält, war ein Vorstandsmitglied der „Produktion“ so freundlich, sie ihm zu machen.

Tabelle 113.

Schlachtereien.

Umsatz in Verkaufsstellen und Schlachterläden	6 371 999 Mk.
Engrosverkäufe usw.	1 147 472 ² „
Zusammen	7 519 471 Mk.

¹ S. 84 und 85.

² Dieser Posten, der nach Abzug der Differenz der Bestände am Beginn und Ende des Jahres nur noch den siebenten bis achten Teil des Gesamtbetrages ausmacht, enthält schon sehr viel Arbeitslohn und kann daher nicht unberücksichtigt bleiben.

Bestand des Vorjahres	538 477 Mf.	
Vorräte am Jahresende	371 409 "	
Abziehen	167 068 Mf.	167 068 Mf.
Verbleiben also Waren, auf die sich die Kosten in 1913 er- strecken		7 352 403 Mf.
Löhne und Gehälter im Produktionsbe- trieb	324 858 Mf.	
Gehälter in Schlachterläden	165 150 "	
Anteilige Gehälter in Verkaufsstellen	90 430 "	
Anteilige Gehälter im Bureau (Gesamt- verwaltung)	38 978 "	
Zusammen	619 416 Mf.	619 416 Mf. = 8,4%.

Tabelle 114.

Bäcker.

Umsatz in den Brotläden und Verkaufsstellen		2 879 851 Mf.
Löhne und Gehälter in der Bäckerei	291 803 Mf.	
Brotlädengehälter	69 082 "	
Anteilige Gehälter in Verkaufsstellen	71 364 "	
Anteilige Saläre im Bureau (Gesamtverwaltung).	17 680 "	
Zusammen	449 929 Mf.	449 929 Mf. = 15,6%.

Aus vorstehenden Tabellen 113 u. 114 — ergibt sich, daß vom Ver-
kaufswert des Fleisches (Ladenpreis) die Löhne und Gehälter 8,4 %
ausmachen, während sie vom Verkaufswert des Brotes 15,6 % bilden.
Eine zehnpromzentige Erhöhung der Löhne und Gehälter würde also
das Fleisch noch nicht um 1 %, das Brot noch nicht um 2 % zu ver-
teuern brauchen.

In welchem Umfange der Preis des Urmaterials — Vieh, bzw.
Mehl — durch Lohnsteigerungen beeinflusst werden könnte, bedürfte
natürlich einer besonderen Untersuchung. Angesichts des hohen Wertes
dieses Urmaterials läßt sich aber schon ohne Berechnung annehmen,
daß die Löhne an ihm einen noch geringeren Anteil haben. Nach dem
Resultat der vorstehenden Berechnungen läßt sich mit Sicherheit sagen:
die große Preissteigerung, die Fleisch während unserer Berichtsperiode
erfahren hat, kann durch die gleichzeitig stattgefundene Lohnsteigerung
nicht bewirkt worden sein. Diese selbst mit 50 % angenommen, würde
nur eine Fleischpreissteigerung von etwa 5 % gerechtfertigt haben
— bei Berücksichtigung einer ähnlichen Steigerung auch der landwirt-
schaftlichen Löhne vielleicht einige Prozente mehr.

Auf die in den Verkaufsstellen der „Produktion“ umgesetzten Waren
— es handelt sich hier um einen Umsatz im Werte von rund 16 Millionen

Markt — entfiel im Jahre 1913 eine Gehaltssumme in Höhe von 4,8 % des Umsatzes, wozu an Gehältern in Kontor und Hauptlager anteilig noch etwa 1,2 % kommen¹. Vom Preise der übrigen Lebensmittel, sofern sie dem Konsumenten ungefähr in dem Zustande zugeführt werden, in dem die Natur sie liefert, entfallen also etwa 6 % auf Gehälter.

Der Preis der Hauptposten der Haushaltsausgaben, Lebensmittel, wird also von Lohn- und Gehaltssteigerungen verhältnismäßig wenig beeinflusst, während umgekehrt eine Steigerung der Lebensmittelpreise, durch den großen Anteil der Lebensmittelausgabe an den Haushaltskosten, einen großen Einfluß auf die Höhe der Löhne und Gehälter ausüben muß.

Zur Beurteilung des möglichen Einflusses von Lohnsteigerungen auf den zweitgrößten Ausgabenposten der Haushaltungen, „Kleidung“, liefern uns einige im Abschnitt „Ermittlung über Preisentwicklung der Bekleidungsbedürfnisse“ von uns gebrachte Tabellen einiges Material, das wir zu folgender Tabelle verarbeitet haben.

Tabelle 115.

Schneider (feines Maßgeschäft)²:

	1902:	1913:
Umsatz	132 500 Mf.	202 000 Mf.
Arbeitslöhne und Salär	44 180 „ = 33,3%	60 073 „ = 29,7%

Kleiner Schneider³.

	1896:	1900:	1913:
Preis für einen Anzug (Mittelqualität) . .	49,— Mf.	60,— Mf.	78,— Mf.
Stücklohn für einen Anzug	16,80	18,20	23,—
	= 34,1%	= 30,3%	= 29,5%

Besserer Schuhmacher⁴.

	1890:	1895:	1900:	1905:	1910:	1913:
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Preis f. 1 Paar Herrenstiefel, 1. Qual.	23,50	25,—	25,—	26,50	28,50	31,—
Stücklohn für ein Paar Stiefel .	4,80	5,25	5,50	5,50	7,25	8,25
	= 20,4%	= 21%	= 22%	= 20,8%	= 25,4%	= 26,6%

Nach vorstehender Tabelle ist der Anteil des Lohnes am Preise des Produktes in der Schneiderei etwas gesunken: in der feinen Maß-

¹ Berechnet nach S. 90 und 93 des Jahresberichts.

² Siehe Tabelle 53.

³ Siehe Tabelle 54.

⁴ Siehe Tabelle 55.

schneiderei von 33,3 % im Jahre 1902 auf 29,7 % im Jahre 1913, beim kleinen Schneider von 34,1 % im Jahre 1896 auf 29,5 % im Jahre 1913. Bei beiden macht der Lohn jetzt rund 30 % des Warenpreises aus. Wahrscheinlich ist dieser Prozentsatz in der Konfektion viel niedriger.

Beim Schuhmacher ist der Anteil der Löhne am Preise des fertigen Produkts von rund einem Fünftel auf rund ein Viertel gestiegen. Bei der Schuhwarenfabrikation mit ihren großen technischen Fortschritten, dürfte dieser Anteil eher gefallen und auch an sich niedriger sein.

Zimmerhin sehen wir aus vorstehenden Zahlen, daß der Einfluß einer Lohnsteigerung auf den Preis des Produktes bei „Kleidung“ viel größer ist — wohl rund zwei- bis dreimal so groß — als bei „Nahrung“. Da ist es also in Zeiten der Lohnsteigerung günstig für die Haushaltungskosten, daß der Ausgabenposten für Kleidung nur etwa ein Drittel so groß ist wie derjenige für Nahrung.

Einen ähnlichen Einfluß wie bei „Kleidung“ scheinen die Löhne auch bei „Wohnung“ zu haben. In einem Artikel der „Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Dresden“¹ wird von dem „alten Erfahrungsfrage“ gesprochen, „daß die Löhne etwa den dritten Teil der gesamten Baukosten eines Hauses ausmachen“. Danach haben Lohnsteigerungen auf die Wohnungsausgabe wiederum einen noch größeren Einfluß als auf „Kleidung“ und es stellt sich heraus, daß bei den drei Hauptposten der Haushaltungskosten der Einfluß der Löhne auf die Preise in der Reihenfolge *s t e i g t*, in der der Anteil dieser Posten an den Gesamtkosten *f ä l l t* — ein für die Kosten der Lebenshaltung recht günstiges Verhältnis.

Von einem gegenseitigen Hinauffschrauben von Löhnen und Haushaltungskosten kann demnach nur in beschränktem Umfange die Rede sein. Eine Erhöhung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise — und hier namentlich der Fleischpreise — muß eine entsprechende Steigerung der Haushaltungskosten — oder eine entsprechende Einschränkung der Lebenshaltung — zur Folge haben, während eine Erhöhung der Löhne eine wesentlich geringere Steigerung der Haushaltungskosten bewirkt. Der *a l l g e m e i n e* Einfluß der Löhne auf die Preise und dieser wieder — auf dem Wege über die Haushaltungskosten — auf die Löhne, dürfte zu verschiedenen Zeiten allerdings ein recht verschiedener

¹ Wiedergegeben in der „Hamburger Grundeigentümerzeitung“ vom 27. März 1914.

gewesen sein. In der Zeit vor Erstarkung der Arbeiterorganisationen dürften Preiserhöhungen manchmal sogar noch einen Druck auf die Löhne bewirkt haben, ebenso, wie in der Zeit vor Erstarkung der Syndikate, Kartelle, Ringe, Preiskonventionen und Unternehmerverbände Lohnerhöhungen häufig nicht die Wirkung auf die Preise gehabt haben werden wie heutzutage, wo diese Organisationen mächtig genug sind, die ganze Lohnerhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen, ja häufig sogar diese Gelegenheit benutzen, eine stärkere Preiserhöhung eintreten zu lassen als die Lohnerhöhung allein rechtfertigen würde. Die Erstarkung der beiderseitigen Organisationen während unserer Berichtsperiode ist zweifellos eine der Ursachen der während derselben erfolgten Erhöhung der Lebenskosten.

Tabellen - Anhang.

Tabelle I.
Durchschnitte der Einnahmen- und Ausgabengruppen von 285 Hamburger Haushaltungen.

1907 Beruf	Anzahl der Familien										Einnahmen in M ^t . durchschn. für einen Haushalt					Ausgaben in M ^t . durchschnittlich für einen Haushalt					
	über- haupt	hiervon mit...Kindern								mit Ein- logie- tern	Arbeits- ver- dienst	Unter- ver- mietung	Con- sum- fähiges	Zu- ammen	Woh- nung	Klei- dung	Woh- nung	Steuer- u. Ver- sicherung	Unter- haltung u. Ver- gügen	Con- sum- fähiges	Zu- ammen
		0	1	2	3	4	5	6	7												
Gärtner	9	6	—	—	—	—	—	3	3	1557	107	112	1776	890	149	332	63	51	242	1727	
Schmiede	3	2	1	—	—	—	—	—	1	1998	36	48	2082	1004	206	304	86	104	366	2070	
Klempner	6	—	1	2	—	1	2	—	1	1727	163	92	1982	1023	197	281	77	84	297	1959	
Schlosser	12	3	5	3	—	—	—	—	1	1855	134	52	2041	941	200	329	79	79	261	1889	
Formen	5	1	1	1	—	—	2	—	—	1839	—	24	1863	986	177	263	77	76	253	1832	
Maschinenbauer	4	—	2	1	—	—	—	1	2	2091	324	16	2431	1277	234	349	108	106	282	2356	
Confitage Metallarbeiter	13	1	2	5	3	—	1	1	4	1953	253	142	2348	1178	286	342	77	98	336	2317	
Schiffszimmerer	6	—	1	3	—	—	—	2	2	1623	92	156	1871	971	160	307	75	66	296	1875	
Sattler und Tapezierer	5	—	1	1	2	—	—	1	—	2160	130	147	2437	1136	277	371	69	121	365	2339	
Fischer	2	—	1	1	—	—	—	—	—	1898	—	104	2002	932	213	286	89	55	383	1958	
Drechsler	6	2	1	1	—	1	1	—	1	1856	148	308	2312	1095	203	367	55	93	367	2180	
Bildhauer	18	5	4	4	1	3	1	—	3	2091	231	96	2418	1293	305	327	58	97	360	2440	
Maurer	9	—	2	1	3	—	—	1	2	2034	165	135	2334	1128	279	343	63	92	384	2289	
Zimmerer	10	1	5	—	—	—	4	3	3	1783	97	85	1965	904	206	327	69	77	309	1892	
Maler und Lackierer	14	5	4	1	2	—	1	1	1	2048	163	83	2294	1002	214	353	67	177	365	2178	
Schiffsführer	16	7	3	2	—	—	1	1	6	1935	218	83	2236	1061	227	345	92	91	315	2141	
Besch. Handwerker	144	34	37	25	14	3	8	23	41	1906	162	102	2170	1056	229	332	73	95	323	2108	
Zusammen										87,83	7,47	4,70	100	50,10	10,86	15,75	3,46	4,51	15,32	100	

Überführer	5	1	2	—	—	2	—	1789	310	18	2117	1047	178	293	79	93	377	2067
Krauführer	5	1	—	—	—	4	1	1871	14	33	1918	815	250	330	64	76	335	1870
Katarbeiter	4	2	—	—	—	1	2	1945	156	430	2331	1073	268	486	87	58	417	2389
Verfchiedene Arbeiter	36	5	10	5	3	1	6	1689	247	105	2041	1069	219	324	70	53	242	1977
Zufammen	50	8	11	7	4	1	6	1738	223	115	2076	1042	222	335	71	60	278	2008
								83,72	10,74	5,54	100	51,89	11,06	16,68	3,54	2,99	13,84	100
Kaufm. Angestellte	23	5	3	4	2	2	—	2653	31	208	2892	1071	359	507	140	110	630	2817
								91,74	1,07	7,19	100	38,02	12,75	18,00	4,97	3,90	22,36	100
Lehrer	22	4	7	3	3	—	5	3839	256	249	4344	1302	593	787	171	153	1063	4069
Bureaubeamte	8	3	3	1	—	—	1	3095	29	249	3373	1130	382	672	149	84	818	3235
Pollbeamte	5	1	2	2	—	—	—	2575	71	259	2905	1247	455	473	83	93	525	2876
Verfch. staatl. Angestellte	7	2	1	2	2	—	—	2391	73	135	2599	1128	347	359	72	63	500	2469
Zufammen	42	10	13	8	5	—	6	3306	160	231	3697	1234	495	656	140	117	859	3501
								89,42	4,33	6,25	100	35,25	14,14	18,74	4,00	3,34	24,53	100
Selbst. Geschäftsteile	9	1	2	1	2	1	—	6122	189	167	6478	1852	692	781	296	76	1191	4888
Selbst. Barbieri	6	—	3	—	1	—	2	4062	232	77	4371	1395	404	580	60	48	441	2928
Zufammen	15	1	5	1	3	1	—	5298	206	131	5635	1669	577	700	202	65	891	4104
								94,02	3,66	2,32	100	40,67	14,06	17,06	4,92	1,38	21,71	100
Perf. ohne Haushaltg.	7	—	—	—	—	—	—	2434	—	133	2567	619	369	456	48	126	846	2464
Pensionsempfäng.	1	—	—	—	—	—	—	94,82	—	5,18	100	25,12	14,98	18,51	1,95	5,11	34,33	100
								2200	—	655	2855	689	161	607	54	49	586	2146
								77,06	—	22,94	100	32,11	7,50	28,28	2,52	2,28	27,31	100
Freie Berufe	3	—	1	—	2	—	—	21500	—	5400	25900	4775	3041	4196	1734	1264	8584	23594
								83,01	—	16,99	100	20,24	12,89	17,78	7,35	5,36	36,38	100

Tabelle II.
Einnahmen- und Ausgabendurchschnitte von 274 Hamburger Haushaltungen nach Wohnhabensgruppen, 1907.

• Gruppen nach der Höhe der Ausgaben und nach Berufsgruppen	Anzahl der Haus- halts- ungen glieder		Durch- schnittliche Gesamt- einnahme für einen Haushalt	Durchschnittliche Angaben eines Haushalts für										Zu- sammen			
				Nahrung	Kleidung	Wohnung	Steuern und Ver- sicherung	Unterhal- tung und Vergnügen	Sonstiges	%							
										Mrk.	%	Mrk.	%		Mrk.	%	Mrk.
Gelernte Arbeiter.																	
1201 bis 1600 Mrk. . .	14	38	1520	733	50,80	106	7,34	268	18,57	67	4,64	61	4,23	208	14,42	1443	100
1601 " 2000 " . .	51	186	1889	905	50,08	185	10,23	306	16,93	76	4,21	79	4,38	256	14,17	1807	100
2001 " 2500 " . .	54	213	2274	1090	49,00	242	10,88	348	15,65	100	4,50	109	4,90	335	15,07	2224	100
2501 " 3000 " . .	17	101	2698	1354	51,02	338	12,74	362	13,64	102	3,84	125	4,71	373	14,05	2654	100
3001 " 4000 " . .	8	58	3267	1725	53,29	410	12,67	423	13,07	126	3,89	100	3,09	453	13,99	3237	100
Zusammen . .	144	596	2170	1056	50,10	229	10,86	332	15,75	73	3,46	95	4,51	323	15,32	2108	100
Ungelernte Arbeiter.																	
1201 bis 1600 Mrk. . .	7	25	1522	770	52,63	150	10,25	263	17,98	68	4,65	46	3,14	166	11,35	1463	100
1601 " 2000 " . .	23	90	1852	961	53,24	171	9,47	319	17,67	73	4,04	59	3,27	222	12,31	1805	100
2001 " 2500 " . .	13	52	2245	1110	51,01	265	12,18	329	15,12	87	4,00	56	2,57	329	15,12	2176	100
2501 " 3000 " . .	4	27	2849	1374	51,36	340	12,71	423	15,81	73	2,73	61	2,28	404	15,11	2675	100
3001 " 4000 " . .	3	18	2319	1563	48,54	434	13,48	567	17,61	106	3,29	121	3,76	429	13,32	3220	100
Zusammen . .	50	212	2076	1042	51,89	222	11,06	335	16,68	71	3,54	60	2,99	278	13,84	2008	100

Kaufmännische Angestellte.

1201 bis 1600 Mk. . .	2	9	1546	729	50,03	141	9,68	270	18,53	31	2,13	48	3,29	218	16,34	1457	100
1601 " 2000 " . .	2	11	1718	806	47,86	241	14,31	325	19,30	90	5,34	9	0,53	213	12,66	1684	100
2001 " 2500 " . .	6	24	2414	917	38,45	283	11,87	503	21,09	135	5,65	56	2,35	491	20,59	2385	100
2501 " 3000 " . .	4	12	2747	1055	40,04	345	13,09	586	22,24	131	4,97	75	2,85	443	16,81	2635	100
3001 " 4000 " . .	6	23	3513	1248	36,98	498	14,76	543	16,09	177	5,24	177	5,24	732	21,69	3375	100
über 4000 " . .	3	9	4485	1448	32,40	471	10,54	619	13,85	361	8,08	241	5,39	1329	29,74	4469	100
Zusammen . .	23	88	2892	1071	38,02	359	12,75	507	18,00	140	4,97	110	3,90	630	22,36	2817	100

Staatliche Angestellte.

1201 bis 1600 Mk. . .	1	3	1680	672	47,69	69	4,89	290	20,58	136	9,65	12	0,85	230	16,34	1409	100
2001 " 2500 " . .	9	35	2355	1018	44,69	292	12,82	466	20,46	103	4,52	58	2,55	341	14,96	2278	100
2501 " 3000 " . .	10	36	2890	987	35,67	406	14,67	585	21,14	120	4,34	104	3,76	565	20,42	2767	100
3001 " 4000 " . .	8	31	3474	1218	36,51	530	15,89	578	17,33	212	6,35	121	3,63	677	20,29	3336	100
über 4000 " . .	14	56	5411	1598	31,59	702	13,88	900	17,79	454	8,98	171	3,38	1233	24,38	5058	100
Zusammen . .	42	161	3697	1234	35,25	495	14,14	656	18,74	140	4,00	117	3,34	859	24,53	3501	100

Selbständige Gewerbetreibende.

1601 " 2000 " . .	1	3	4461	1016	51,32	173	8,74	347	17,52	21	1,06	58	2,92	365	18,44	1980	100
2001 " 2500 " . .	4	14	3281	1014	47,14	288	13,39	380	17,67	56	2,60	32	1,49	381	17,71	2151	100
2501 " 3000 " . .	1	4	3245	1411	52,75	457	17,08	378	14,13	110	4,11	48	1,79	271	10,14	2675	100
3001 " 4000 " . .	4	19	5219	1505	39,81	516	13,65	818	21,64	275	7,28	52	1,38	614	16,24	3780	100
über 4000 " . .	5	26	8566	2527	38,07	961	14,48	998	15,04	892	13,44	106	1,60	1153	17,37	6637	100
Zusammen . .	15	66	5635	1669	40,67	577	14,06	700	17,06	202	4,92	65	1,58	891	21,71	4104	100

Tabelle III.

Wirtschaftsrechnungen (274) des Jahres 1907 nach Gruppen der Ausgabenhöhe und der Kopfgabl.

Gruppen nach der Kopfzahl der Haushaltungen und der Höhe der Ausgaben	Anzahl der Haus- hal- tungen	Durch- schnittliche Gesamt- einnahme für einen Haushalt	Durchschnittliche Ausgaben eines Haushalts für															
			Nahrung		Kleidung		Wohnung		Heizung und Be- leuchtung		Steuern und Ver- sicherung		Unterhal- tung und Vergnügen		Sonstiges		Zusammen	
			Mfl.	%	Mfl.	%	Mfl.	%	Mfl.	%	Mfl.	%	Mfl.	%	Mfl.	%		
1200 bis 1600 Mfl.																		
bis 3 Personen . .	18	1526	713	50,11	112	7,37	269	18,90	66	4,64	64	4,50	55	3,86	144	10,12	1423	100
4 " . .	2	1524	789	51,94	89	5,86	267	17,58	62	4,08	94	6,19	62	4,08	156	10,27	1519	100
5 " . .	2	1514	794	53,54	177	11,94	263	17,73	57	3,85	80	5,39	55	3,71	57	3,84	1483	100
6 " . .	1	1545	869	55,96	203	13,07	240	15,45	51	3,28	56	3,61	32	2,06	102	6,57	1553	100
7 " . .	1	1616	925	57,92	128	8,02	287	17,97	124	7,76	47	2,94	14	0,86	72	4,51	1597	100
Zusammen . .	24	1529	741	51,14	120	8,28	268	18,50	67	4,62	67	4,62	53	3,66	133	9,18	1449	100
1601 bis 2000 Mfl.																		
bis 3 Personen. . .	34	1929	867	48,60	172	9,64	321	17,99	80	4,48	72	4,05	84	4,70	188	10,54	1784	100
4 " . .	23	1917	946	51,50	198	10,78	306	16,66	74	4,03	82	4,46	62	3,37	169	9,20	1837	100
5 " . .	13	1833	972	54,39	165	9,23	286	16,00	60	3,36	79	4,42	63	3,53	162	9,07	1787	100
6 " . .	3	1805	903	50,82	224	12,60	302	16,99	72	4,05	56	3,15	77	4,33	143	8,06	1777	100
über 7 " . .	4	1977	1083	56,94	192	10,09	343	18,03	72	3,80	64	3,36	32	1,68	116	6,10	1902	100
Zusammen . .	77	1907	921	51,00	182	10,08	311	17,22	73	4,05	75	4,15	71	3,93	173	9,57	1806	100

2001 bis 2500 Mfl.

bis 3 Personen . .	32	2389	99,3	45,26	261	11,90	364	16,59	82	3,74	86	3,92	96	4,37	312	14,22	2194	100
4 " . .	21	2295	106,7	48,43	240	10,90	391	17,75	88	3,99	112	5,08	81	3,68	224	10,17	2203	100
5 " . .	21	2325	113,5	49,98	254	11,18	345	15,19	86	3,79	97	4,27	96	4,23	258	11,36	2271	100
6 " . .	10	2311	114,1	49,85	282	12,31	390	17,04	91	3,98	106	4,63	75	3,28	204	8,91	2289	100
7 " . .	2	2461	131,2	54,99	229	9,60	407	17,06	77	3,23	134	5,61	34	1,42	193	8,09	2386	100
Zusammen . .	86	2346	1070	47,98	256	11,48	370	16,59	85	3,81	98	4,40	88	3,95	263	11,79	2230	100

2501 bis 3000 Mfl.

bis 3 Personen . .	10	2849	95,3	34,90	346	12,67	634	23,21	87	3,19	101	3,70	102	3,73	508	18,60	2731	100
4 " . .	7	2831	119,9	46,17	359	13,82	410	15,79	104	4,00	104	4,00	132	5,08	289	11,14	2597	100
5 " . .	6	2810	124,1	44,85	407	14,71	374	13,82	67	2,42	150	5,42	117	4,23	411	14,85	2767	100
6 " . .	5	2695	132,8	49,96	330	12,42	399	15,01	91	3,42	108	4,06	116	4,37	286	10,76	2658	100
7 " . .	4	2698	150,0	55,72	358	13,30	325	12,07	98	3,64	143	5,31	49	1,82	219	8,14	2692	100
über 7 " . .	5	2778	149,2	55,36	375	13,91	398	14,77	105	3,90	105	3,90	75	2,78	145	5,38	2695	100
Zusammen . .	37	2793	1229	45,64	361	13,41	453	16,82	91	3,38	116	4,31	103	3,82	340	12,62	2693	100

3001 bis 4000 Mfl.

bis 3 Personen . .	4	4111	1130	32,95	523	15,25	755	22,02	108	3,15	173	5,05	226	6,59	514	14,99	3429	100
4 " . .	8	3648	125,9	37,47	520	15,48	672	20,00	128	3,81	176	5,24	116	3,45	489	14,55	3360	100
5 " . .	5	3577	152,6	43,68	490	14,02	482	13,80	157	4,49	201	5,75	124	3,55	514	14,71	3494	100
6 " . .	6	3646	151,4	46,89	412	12,76	533	16,51	109	3,37	207	6,41	75	2,32	379	11,74	3229	100
über 7 " . .	5	3314	179,6	55,30	468	14,41	380	11,70	137	4,22	85	2,61	93	2,86	289	8,90	3248	100
Zusammen . .	28	3640	1438	43,02	482	14,42	568	16,99	128	3,83	170	5,08	120	3,59	437	13,07	3343	100

über 4000 Mfl.

bis 3 Personen . .	7	5945	1404	26,67	733	13,93	805	15,29	148	2,81	492	9,35	199	3,78	1483	28,17	5264	100
4 " . .	6	5537	1733	35,90	643	13,32	957	19,83	160	3,31	369	7,64	162	3,36	803	16,64	4827	100
5 " . .	3	4827	1727	36,83	662	14,12	744	15,87	152	3,23	490	10,45	156	3,83	758	16,17	4689	100
6 " . .	2	7350	1873	33,08	840	14,83	958	16,92	157	2,77	1050	18,54	123	2,17	662	11,69	5663	100
7 " . .	2	5959	2053	35,87	821	14,35	845	14,76	145	2,53	629	10,99	180	3,15	1050	18,35	5723	100
über 7 " . .	2	8052	3042	41,26	872	11,83	1118	15,15	275	3,73	709	9,62	104	1,42	1253	16,99	7373	100
Zusammen . .	22	6002	1788	33,51	728	13,64	884	16,57	164	3,07	542	10,16	166	3,11	1064	19,94	5336	100
Zusammen . .	274	2637	1116	45,20	229	12,11	417	16,89	92	3,73	134	5,43	92	3,73	319	12,91	2469	100

1878—1891 inkl. feststöpfige Haushaltung: Mann, Frau, 2 Löhner (geb. 1867 u. 1872), 2 Diensthboten,
1892 teils fünf, teils viertöpfige Haushaltung,
1893—1898 dreitöpfige Haushaltung: Mutter, Löhner, Diensthbote,
Tabelle IV. seit 1899 zweitöpfige Haushaltung: Frau und Diensthbote.

Verbrauch	1878	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886
Haushalt, Essen und Trinken . . .	2 817,—	2 825,82	2 927,16	3 527,69	3 686,54	3 421,—	3 696,70	3 397,22	3 069,35
" Bierse.	702,75	660,53	693,42	1 079,80	1 132,17	1 403,33	1 311,79	1 028,04	1 123,46
Vordrobe des Mannes	275,35	202,06	251,75	349,50	458,35	248,50	352,90	248,50	512,25
" der Frau.	350,—	288,88	344,65	401,28	319,88	579,80	318,55	500,45	402,99
" Löhner.	225,27	237,95	345,17	449,74	410,36	514,20	496,10	607,20	480,37
Unterricht und Bücher.	553,20	679,05	710,17	640,75	751,50	904,30	998,25	872,50	670,20
Meditamente	94,75	102,40	390,35	77,15	134,94	147,02	57,95	136,55	187,80
Witze	64,—	273,—	215,50	180,—	158,—	154,—	109,—	130,—	160,—
Feuerung	216,—	228,—	163,50	208,06	258,81	164,65	247,65	299,25	237,65
Beleuchtung	180,20	166,58	189,—	209,54	249,64	237,67	223,06	165,60	105,52
Garten	77,—	58,10	93,45	104,35	72,20	84,20	44,50	87,90	91,15
Wäsche	154,05	170,55	168,50	180,95	221,90	180,16	192,41	202,12	189,63
Vergütungen	166,55	45,30	98,30	97,90	229,65	208,25	128,—	33,65	159,65
Wohnen	327,75	124,—	62,—	164,40	573,50	241,10	472,60	325,50	363,10
Veretne (wohltätige)	—	—	123,80	78,—	198,70	131,40	133,60	165,60	147,30
Steuern ¹	93,80	49,—	215,95	78,—	78,—	89,25	78,—	115,70	78,—
Geldente.	652,30	317,65	613,10	1 156,—	683,20	1 085,60	588,70	466,15	917,55
Geldente für die Frau	600,—	600,—	600,—	600,—	600,—	406,—	544,—	477,—	480,—
Privatausgaben des Mannes . .	579,54	600,—	600,—	570,19	545,29	602,92	1 268,25	549,30	377,90
Umsatz	378,20	—	—	—	—	—	301,73	—	—
Mädchenlohn und Geldente . .	461,65	458,10	459,30	600,25	899,20	657,—	465,55	437,30	473,35
Trinkgelder an fremde Mädchen .	—	—	103,50	126,25	145,50	121,80	143,80	108,85	141,95
Miete	1 756,—	2 079,—	2 078,—	2 078,—	2 078,—	2 079,—	2 066,—	2 050,—	2 270,—
Reisen	1 988,15	1 871,60	576,50	2 414,15	120,—	1 017,10	781,30	925,50	2 245,30
Holländ. Waren	49,85	23,80	—	—	—	—	23,19	31,95	23,63
Straßenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	72,55	85,65
	12 763,36	12 061,32	12 023,07	15 371,95	14 005,33	14 684,45	15 043,58	13 434,38	14 993,75

¹ Ann. d. Verf.: Einkommensteuer — sowie größere Beträge für wohltätige Zwecke usw. — wurden bis einschl. 1892, wo der Mann verstarb, von dessen Geschäft aus bezahlt.

Verbrauch	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Haushalt, Essen und Trinken	3 358,37	3 920,30	3 260,16	3 472,80	5 058,99	2 324,60	1 646,57	1 640,—	1 687,06
" diverse	1 091,92	1 119,75	717,75	1 164,03	1 523,83	800,39	660,87	408,25	467,70
Wardrobe des Mannes	524,10	405,43	344,85	152,70	304,10	20,10	—	—	—
" der Frau	733,04	460,19	431,10	282,03	306,20	335,81	268,73	236,42	130,13
" " Söhne	826,40	800,07	740,86	711,08	519,62	453,99	426,91	462,77	427,70
Unterricht und Bücher	556,75	585,25	343,75	374,45	258,45	220,—	150,85	174,25	142,—
Wohlfahrtsvereine	247,08	202,35	214,95	126,65	239,10	377,45	67,80	51,80	37,30
Ärzte	354,—	196,—	41,—	134,—	263,—	944,—	51,—	91,—	148,—
Beheizung	239,—	215,20	226,25	318,—	272,60	330,17	134,45	132,—	132,30
Beleuchtung	136,87	163,90	141,33	147,42	221,16	104,45	85,38	80,08	74,94
Garten	44,30	47,05	37,10	25,00	76,30	51,50	—	—	—
Wäsche	236,57	239,41	239,75	270,03	284,65	179,84	35,55	71,—	149,38
Wergnügen	130,50	255,25	333,80	204,30	84,10	22,70	58,20	53,40	78,—
Almosen	254,05	51,50	151,50	51,50	245,50	195,30	52,10	45,—	62,35
Vereine (wohlfährige)	130,80	140,10	—	21,—	164,—	178,50	460,—	435,50	394,60
Steuern	78,—	60,—	202,10	60,—	80,—	110,—	282,80	378,19	465,35
Geldentf.	804,33	940,35	555,40	622,97	683,38	367,55	—	—	—
Geldentf. für die Frau	168,45	489,—	582,—	399,90	204,—	475,—	—	—	—
Privatausgaben des Mannes	250,—	306,—	435,—	660,—	511,60	—	—	—	—
Babysachen für Enkel	—	—	—	—	—	132,17	—	—	—
Wohnlohn und Geldentf.	522,82	579,37	529,40	549,45	612,41	402,30	310,96	315,43	305,28
Erntegelder an fremde Mädchen	123,10	151,85	103,10	106,20	408,45	107,50	91,20	114,15	84,55
Miete	2 490,—	2 490,—	2 490,—	2 490,—	2 490,—	2 290,—	1 620,—	1 620,—	1 620,—
Reisen	2 516,20	1 100,—	2 763,50	36,20	54,—	—	968,92	65,35	521,50
Holland. Waren	11,63	15,76	28,83	17,13	11,30	6,89	11,62	7,84	8,66
Strassenbahnen	133,25	128,40	124,80	16,05	14,35	5,70	3,50	7,75	9,70
	15 961,53	15 062,48	15 038,23	12 413,69	14 891,09	10 435,91	7 508,26	6 569,19	6 991,50

Aussteuer und Silber 5 923,33¹
20 814,42

¹ Ann. d. Verf.: Die Kosten der Hochzeit der älteren Tochter (die im Hause statt fand) sind in den Ausgaben des Jahres 1891 (Mit. 14 891) mit enthalten, im Gegentheil zu den Kosten der Hochzeit der jüngeren Tochter, im Jahre 1898, die außer dem Hause stattfand. (Vergl. die Angabe über „Hochzeit“ in 1898.)

Tabelle IV (Fortsetzung).

Verbrauch	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Haushalt, Essen und Trinken . . .	1 784,—	2 058,35	1 797,50	1 343,90	1 670,26	1 148,84	1 550,00	1 335,70	1 464,—
" diverse	653,76	681,16	705,62	577,78	565,07	411,57	313,79	363,86	265,65
Garbe der Frau	269,91	212,66	307,68	325,94	344,57	321,35	352,73	308,27	278,95
" Tochter	479,27	532,68	—	—	—	—	—	—	—
Unterriecht und Bänder	75,50	81,50	—	—	—	—	—	—	—
Medikamente	133,85	28,15	27,65	34,65	46,50	23,70	6,85	4,60	8,90
Ärzte	117,—	104,50	40,—	13,—	58,—	34,00	54,—	15,—	6,00
Heuerung	145,57	96,60	153,41	103,45	123,10	107,10	97,50	99,22	96,30
Kochgas (seit 1906 wie bis 1899 wieder Einheitspreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Beleuchtung	68,88	75,18	60,15	49,65	58,11	36,51	48,68	41,17	45,60
Wäsche	136,63	140,07	124,30	80,14	52,69	46,88	51,86	52,43	52,19
Begräben	62,35	96,90	13,—	56,50	92,79	56,34	91,05	69,21	89,40
Almosen	61,10	81,50	51,20	96,—	24,40	15,10	19,75	42,05	49,40
Bereine (wohlfürige)	21,90	29,50	40,80	96,—	—	—	—	—	—
Zeueren	402,70	411,25	445,—	453,90	100,10	94,50	99,55	96,40	86,30
Gefächte	521,25	507,73	331,14	343,67	414,30	429,—	429,—	421,65	393,67
Mädchenlohn und Gefächte	352,85	355,60	363,80	357,17	367,52	427,34	429,62	329,08	551,38
Trinfelger an fremde Mädchen	105,15	132,25	135,37	96,80	351,43	371,10	371,94	385,16	380,04
Miete	1 620,—	1 620,—	1 620,—	1 100,—	84,70	79,88	110,90	106,45	77,10
Weisen	1 171,—	326,—	257,93	831,40	1 075,—	1 200,—	1 200,—	1 200,00	1 200,—
Holland. Waren	9,58	13,72	3,81	—	—	1 246,62	339,—	846,45	592,65
Babpfaden für Enkel	—	—	—	60,55	—	—	—	—	—
Sträßenbahnen	15,05	16,85	12,80	5,85	7,40	6,—	8,20	7,30	13,05
Gefährliches Licht	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Telephon	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8 207,30	7 602,15	6 491,16	5 981,02	5 435,94	6 053,83	5 574,42	5 724,—	5 650,58
Aussteuer u. Silber			5 105,19		3. 1.	263,74	577,55	132,10	—
Gehalt			2 464,35						
			14 060,70			6 319,57	6 151,97	5 836,10	—

1 Nicht für den eigenen Haushalt veranlagt.

Tabelle V. Ausgaben der gleichen Haushaltung für Nahrungsmittel¹.

Verbrauch	1889 ² M	1890 M	1891 M	1892 M	1893 M	1894 M	1895 M	1896 M
Brot	189,71	258,20	221,92	167,62	81,64	66,36	68,58	61,96
Ruchen	77,60	80,68	124,53	16,53	12,—	18,22	32,03	29,96
Milch	96,60	238,88	219,51	134,73	58,87	63,41	61,70	77,47
Krämer	355,66	479,44	418,41	328,57	267,32	252,78	275,47	256,94
Fleisch	729,55	834,39	865,82	584,23	519,23	479,28	432,51	457,81
Eier	143,28	212,49	208,26	161,23	61,81	68,48	66,37	86,48
Butter	240,17	297,81	296,27	202,56	146,66	147,19	144,21	126,80
Gemüse	275,70	352,74	333,10	204,04	149,17	203,26	153,07	173,62
Fische	220,50	231,15	206,80	119,05	103,55	104,45	109,95	155,25
Abendbrot	52,82	77,29	75,98	43,80	39,46	47,73	52,65	45,15
Früchte	82,66	104,08	101,32	49,05	48,69	55,03	58,28	60,30
Bier	27,50	42,56	75,30	30,75	27,60	32,50	33,40	23,—
Wein	284,30	105,35	124,95	64,75	—	6,50	60,77	25,25
Brause u. Selter	21,85	19,90	53,10	17,60	7,20	8,—	7,—	7,45
Diverse	18,88	25,85	14,17	10,86	11,73	14,42	19,65	17,35
Verbraucht auf der Reise	—	—	—	—	1534,93 56,57 1591,50	1567,61	1575,64	1604,79

Verbrauch	1897 M	1898 M	1900 M	1901 M	1903 M	1904 M	1905 M
Brot	60,66	55,67	42,58	26,06	34,50	56,39	48,11
Ruchen	37,10	39,35	8,72	6,70	4,45	10,92	5,30
Milch	85,96	50,58	76,18	24,62	46,38	47,18	41,61
Krämer	293,23	212,13	264,83	146,44	176,81	199,28	183,25
Fleisch	511,73	468,37	438,07	361,39	332,20	369,03	332,72
Eier	103,37	86,85	76,60	48,78	55,62	59,80	48,05
Butter	151,56	123,31	147,53	73,71	119,61	134,55	100,46
Gemüse	216,41	173,93	188,08	105,34	154,17	156,56	167,33
Fische	149,85	106,45	124,45	65,40	110,55	121,95	88,15
Abendbrot	45,78	37,97	29,06	16,81	25,15	21,05	13,93
Früchte	69,50	39,81	37,81	31,31	35,68	46,10	28,52
Bier	37,15	52,25	39,67	19,60	20,35	19,90	15,20
Wein	69,—	154,80	46,55	31,14	45,60	42,—	7,60
Brause u. Selter	9,40	6,40	4,20	4,15	2,—	3,47	2,05
Diverse	18,56	9,23	8,43	9,89	8,99	9,92	11,37
	1859,26	1617,10	1532,76	971,34	1172,06	1298,10	1093,65

¹ Die Nahrungsmittelausgabe ist spezifiziert für die Jahre 1899 und 1902 nicht vorhanden und hört mit 1905 auf. Wir haben daher in Tabelle 56 die prozentuale Verteilung derselben (siehe „Bemerkung“ S. 524) über dieses Jahr hinaus nicht zur Darstellung bringen können.

² Einschl. Frühstück des Mannes (265 Mk.) und Mädchenkostgeld (48 Mk.) 3129 Mk.

Tabelle VI.

Jahr	Durchschnitts-Verdenpreise in Mk. für 1 Kilogramm													
	Rindfleisch				Schweine-		Kalb-		Lammel-		Speck		Ei-	
	von der		vom		fleisch		fleisch		fleisch		geräuchert		butter	
	Keule		Band								hiefiger			
1879	1,62	90	1,22	97	1,31	92	1,42	89	1,30	92	1,45	90	2,94	102
1880	1,60	89	1,20	96	1,21	85	1,40	87	1,22	86	1,55	96	2,81	116
1881	1,60	89	1,20	96	1,24	87	1,39	87	1,30	92	1,58	98	2,84	114
1882	1,60	89	1,21	97	1,23	86	1,40	88	1,30	92	1,65	102	2,81	116
1883	1,60	89	1,28	102	1,25	87	1,40	88	1,36	96	1,61	100	2,74	113
1884	1,60	89	1,20	96	1,20	84	1,40	88	1,33	94	1,36	84	2,70	111
1885	1,60	89	1,20	96	1,20	84	1,40	88	1,23	87	1,32	82	2,57	106
1886	1,57	87	1,17	94	1,20	84	1,40	88	1,20	84	1,35	84	2,48	102
1887	1,50	83	1,17	94	1,12	78	1,40	88	1,20	84	1,30	81	2,43	100
1888	1,61	89	1,09	87	1,09	76	1,47	92	1,28	90	1,31	81	2,45	101
1889	1,75	97	1,19	95	1,42	99	1,58	99	1,34	94	1,59	99	2,59	107
1890	1,88	104	1,25	100	1,56	109	1,60	100	1,40	98	1,70	106	2,52	104
1891	1,90	106	1,26	101	1,38	96	1,60	100	1,40	98	1,62	101	2,55	105
1892	1,90	106	1,25	100	1,40	98	1,60	100	1,40	98	1,60	99	2,61	107
1893	1,90	106	1,25	100	1,45	101	1,60	100	1,41	99	1,70	106	2,57	106
1894	1,74	97	1,23	98	1,43	100	1,59	99	1,45	102	1,64	102	2,36	97
1895	1,77	98	1,23	98	1,39	97	1,60	100	1,45	102	1,56	97	2,24	92
1896	1,71	95	1,25	100	1,36	95	1,58	99	1,45	102	1,51	94	2,33	96
1897	1,71	95	1,25	100	1,43	100	1,60	100	1,45	102	1,55	96	2,33	96
1898	1,74	97	1,30	104	1,52	106	1,62	101	1,47	103	1,65	102	2,25	93
1899	1,73	96	1,28	102	1,43	100	1,64	102	1,46	103	1,55	96	2,41	99
1900	1,74	97	1,28	102	1,42	99	1,65	103	1,47	103	1,51	94	2,45	101
1901	1,73	96	1,28	102	1,51	106	1,67	104	1,49	105	1,63	101	2,44	100
1902	1,73	96	1,32	106	1,58	110	1,68	105	1,52	107	1,81	112	2,39	98
1903	1,73	96	1,33	106	1,46	102	1,71	107	1,57	110	1,66	103	2,42	99
1904	1,73	96	1,33	106	1,43	100	1,74	109	1,57	110	1,57	98	2,55	105
1905	1,77	98	1,40	112	1,64	115	1,78	111	1,64	115	1,77	110	2,71	112
1906	1,90	106	1,53	122	1,79	125	1,97	123	1,78	125	1,95	121	2,73	112
1907	1,92	107	1,54	123	1,57	110	2,03	127	1,76	124	1,72	107	2,59	107
1908	1,95	108	1,50	120	1,59	111	2,06	129	1,75	123	1,69	105	2,72	112
1909	1,87	106	1,48	118	1,72	120	2,06	129	1,73	122	1,83	114	2,70	111
1910	1,96	109	1,58	126	1,72	120	2,17	136	1,82	128	1,83	114	2,79	115
1911	2,03	113	1,66	133	1,66	116	2,23	139	1,84	130	1,71	106	2,90	119
1912	2,20	122	1,78	142	1,86	130	2,26	141	1,98	139	1,91	119	2,89	119
1913	2,31	128	1,83	146	1,96	137	2,45	153	2,16	152	2,04	127	2,80	115
Durchschnitts-Verdenpreise für die Jahre 1889-1898 = 100	1,80	100	1,25	100	1,43	100	1,60	100	1,42	100	1,61	100	2,43	100

Tabelle VI (Fortsetzung).

Jahr	Durchschnittsladenpreise in Mk. für 1 Kilogramm											
	Mehl				Buch- weizen- grüße		Reis Java mittlerer		Schweine- schmalz		Eier pro 60 Stück	
	Weizen		Roggen									
1879	0,40	133	0,21	95	0,37	106	0,55	92	1,33	88	3,16	90
1880	0,43	143	0,25	114	0,40	114	0,51	85	1,30	86	3,07	88
1881	0,42	140	0,26	118	0,44	126	0,52	87	1,48	98	3,12	89
1882	0,39	130	0,23	104	0,42	120	0,55	92	1,52	101	2,97	85
1883	0,36	120	0,19	86	0,39	111	0,55	92	1,48	98	3,23	92
1884	0,33	110	0,19	86	0,40	114	0,55	92	1,30	86	3,02	86
1885	0,31	103	0,19	86	0,33	94	0,55	92	1,30	86	2,83	81
1886	0,29	97	0,18	82	0,32	91	0,55	92	1,29	85	2,75	79
1887	0,27	90	0,16	73	0,30	86	0,58	97	1,25	83	2,62	75
1888	0,27	90	0,18	82	0,32	91	0,64	107	1,38	91	2,82	81
1889	0,31	103	0,23	104	0,36	103	0,60	100	1,54	102	3,33	95
1890	0,30	100	0,19	86	0,36	103	0,60	100	1,48	98	3,68	105
1891	0,36	120	0,29	132	0,38	109	0,60	100	1,53	101	3,55	102
1892	0,31	103	0,27	123	0,37	106	0,60	100	1,55	103	3,46	99
1893	0,26	87	0,18	82	0,36	103	0,60	100	1,58	105	3,72	107
1894	0,24	80	0,18	82	0,34	97	0,66	110	1,51	100	3,43	98
1895	0,26	87	0,19	86	0,33	94	0,58	97	1,48	98	3,43	98
1896	0,29	97	0,21	95	0,33	94	0,57	95	1,42	94	3,40	97
1897	0,32	107	0,22	100	0,34	97	0,57	95	1,47	97	3,41	98
1898	0,36	120	0,25	114	0,34	97	0,62	103	1,57	104	3,53	101
1899	0,32	107	0,24	109	0,37	106	0,60	100	1,45	93	3,77	108
1900	0,31	103	0,24	109	0,38	109	0,55	92	1,48	98	4,06	116
1901	0,32	107	0,23	105	0,38	109	0,55	92	1,53	101	4,01	114
1902	0,32	107	0,23	105	0,38	109	0,58	97	1,70	113	4,09	117
1903	0,32	107	0,23	105	0,38	109	0,59	98	1,53	101	4,08	117
1904	0,32	107	0,23	105	0,38	109	0,60	100	1,49	99	4,18	120
1905	0,33	110	0,24	109	0,41	117	0,60	100	1,59	105	4,36	125
1906	0,33	110	0,26	118	0,42	120	0,60	100	1,65	109	4,35	125
1907	0,35	117	0,31	141	0,49	140	0,60	100	1,56	103	4,62	132
1908	0,35	117	0,30	136	0,50	143	0,62	103	1,56	103	4,46	128
1909	0,37	123	0,28	127	0,49	140	0,60	100	1,64	109	4,83	138
1910	0,34	113	0,26	118	0,46	131	0,60	100	1,69	112	4,63	133
1911	0,35	117	0,27	123	0,47	134	0,60	100	1,62	107	4,88	140
1912	0,38	127	0,28	127	0,50	143	0,60	100	1,73	114	4,94	142
1913	0,36	120	0,30	136	0,50	143	0,61	102	1,82	120	4,80	138
Durch- schnitts- ladenpreise für die Jahre 1889—1898 = 100	0,30	100	0,22	100	0,35	100	0,60	100	1,51	100	3,49	100

Tabelle VII.

Einzelhandelspreise in Hamburg für Fleisch.

Jahresdurchschnitt nach monatlichen Aufgaben von sechs Schlachtern.
(häufigster Preis in Pfennigen für 1 Kilogramm.)

Jahr	K i n d f l e i s c h				S c h w e i n e f l e i s c h			
	zum Braten		zum Kochen		zum Braten		zum Kochen	
	1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte	1. Sorte	2. Sorte
1899	182	162	138	120	159	142	140	120
1900	180	163	137	120	162	145	140	121
1901	180	163	138	120	174	158	143	130
1902	187	167	142	123	182	164	154	142
1903	180	164	139	126	168	152	141	123
1904	180	162	140	129	162	142	140	124
1905	190	167	148	134	188	166	162	147
1906	203	174	159	147	200	178	172	165
1907	203	180	160	148	177	162	151	138
1908	196	177	160	141	180	163	152	141
1909	195	179	159	140	193	173	168	154
1910	209	189	163	151	194	174	162	156
1911	209	191	169	160	185	165	158	146
1912	229	211	183	172	205	193	175	169
1913	239	219	197	178	223	202	191	176
	K a l b f l e i s c h				S c h a m m e l f l e i s c h			
1899	185	169	158	140	168	156	140	120
1900	192	174	154	140	167	155	140	120
1901	198	180	158	140	175	157	140	122
1902	196	176	160	144	178	158	140	128
1903	200	180	161	150	179	159	148	139
1904	200	180	161	158	180	160	151	140
1905	200	180	167	161	182	167	156	148
1906	224	200	186	178	198	178	168	163
1907	240	212	198	180	197	177	170	164
1908	240	218	200	180	197	178	169	159
1909	240	218	200	180	193	175	163	154
1910	243	220	207	198	200	182	180	162
1911	251	228	213	200	200	180	180	161
1912	256	233	214	202	220	197	193	174
1913	268	242	229	211	234	217	205	191

Tabelle VIII.

Nahrungs- und

Gegenstand	1907 kg	1890		1895		1900	
		Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.
1. u. 2. Fleisch (Wurst ein- begriffen):							
a) Rindfleisch	7 606	156,5	11 903	150	11 408	150	11 408
b) Schweinefleisch	18 688	156	29 153	139	25 976	142	26 537
c) Kalbfleisch	1 724	160	2 759	160	2 759	165	2 845
d) Hammelfleisch	586	140	820	145	849	146	852
			44 635 = 100 %		40 992 = 91,8 %		41 642 = 93,3 %
3. Fische	6 413	40	2 565 = 100 %	45	2 886 = 113 %	50	3 206 = 125 %
4. Butter	5 220	252	13 154 = 100 %	224	11 693 = 89 %	245	12 789 = 97 %
5. Schmalz	843	148	1 248	148	1 248	148	1 248
5. Margarine	7 460	136	10 146	124	9 250	128	9 549
			11 394 = 100 %		10 498 = 92 %		10 797 = 95 %
6. Käse	2 040	187	3 815 = 100 %	176	3 590 = 94 %	194	3 958 = 104 %
7. Eier	1 280	pro Eckod 368	4 710 = 100 %	pro Eckod 343	4 390 = 93 %	pro Eckod 406	5 197 = 110 %
8. Kartoffeln	80 700	6,2	5 003 = 100 %	6,9	5 568 = 111 %	5,9	4 761 = 95 %
9. Grünwaren:		100 Stk.		100 Stk.		100 Stk.	
a) Blumenkohl	7 200 Stk.	1 075	775	1 075	775	1 120	806
b) Gurken	2 325 "	1 000	233	1 125	262	1 000	233
	kg	100 kg		100 kg		100 kg	
c) Rotkohl	11 200	250	280	280	314	325	364
d) Weißkohl	17 400	210	365	190	330	305	531
e) Grünkohl	2 120	850	182	700	150	600	127
f) Wurzeln	3 000	1 000	300	940	281	1 050	315
g) Spinat	480	5 000	240	5 000	240	5 000	240
h) Steckrüben	13 200	300	395	320	420	380	502
i) grüne Bohnen	530	4 000	214	3 750	200	4 100	217
k) Erbsen	460	4 000	184	3 800	174	3 800	175
l) Rhabarber	5 800	1 800	1 040	2 000	1 160	1 375	798
m) Spargel	295	6 000	178	7 000	206	6 200	183

Genutzmittel.

1905		1907		1910		1912		1913	
Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe
Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.
160	12 154	173	13 142	178	13 530	199	15 097	208	15 842
166	31 003	157	29 340	172	32 069	186	34 666	198	37 021
177	3 050	208	3 579	217	3 743	228	3 923	237	4 093
163	954	177	1 036	181	1 059	196	1 147	213	1 248
	47 161		47 097		50 401		54 833		58 204
	=105,7%		=105,5%		=112,9%		=122,9%		=130,4%
57,2	3 668	59,6	3 822	68	4 361	76,4	4 900	80	5 130
	=143%		=149%		=170%		=191%		=200%
271	14 146	259	13 520	279	14 564	289	15 086	280	14 616
	=108%		=103%		=111%		=115%		=111%
159	1 340	156	1 315	169	1 425	173	1 458	182	1 534
128	9 549	128	9 549	132	9 847	128	9 549	128	9 549
	10 889		10 864		11 272		11 007		11 083
	=96%		=95%		=99%		=97%		=97%
200	4 080	208	4 245	200	4 080	216	4 406	216	4 406
	=107%		=111%		=107%		=118%		=118%
pro Ehof		pro Ehof		pro Ehof		pro Ehof		pro Ehof	
436	5 581	462	5 914	463	5 926	494	6 323	480	6 144
	=118%		=125%		=125,8%		=134%		=130%
7,6	6 133	8,9	7 186	9,9	7 989	11,0	8 877	7,4	5 972
	=123%		=144%		=160%		=177%		=119%
100 Std.		100 Std.		100 Std.		100 Std.		100 Std.	
1 180	850	935	673	1 350	972	1 350	972	1 350	972
850	198	825	192	650	151	650	151	650	151
100 kg		100 kg		100 kg		100 kg		100 kg	
275	308	340	381	420	470	420	470	420	470
415	722	415	722	640	1 114	640	1 114	640	1 114
900	191	900	191	1 250	265	1 250	265	1 250	265
1 120	336	1 120	336	1 370	411	1 370	411	1 370	411
5 000	240	5 000	240	5 000	240	5 000	240	5 000	240
380	502	330	436	475	627	475	627	475	627
3 050	162	3 600	191	4 600	244	5 000	265	5 000	265
4 200	193	4 200	193	4 300	198	4 600	212	4 600	212
750	435	750	435	550	319	550	319	550	319
6 500	192	6 500	192	8 000	236	8 000	236	8 000	236

Fortsetzung der Tabelle

Gegenstand	1907 kg	1890		1895		1900	
		Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.
n) Salat	5 700	100 Stk. 254	144	100 Stk. 254	144	100 Stk. 254	144
o) Sellerie	1 080	100 kg 1 850	200	100 kg 1 850	200	100 kg 1 850	200
p) Champignons	28	17 000	48	17 000	48	17 000	48
q) Radieschen	24 000 St.	1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96
r) Rotebeeten	1 720 kg	100 kg 840	144	100 kg 840	144	100 kg 840	144
		5 018 = 100 %		5 144 = 102 %		5 123 = 102 %	
10. a) Salz	74 kg	20	15	19	14	19	14
b) Del	91 l	144	131	140	127	140	127
c) Pfeffer	165 kg	230	380	160	264	180	297
d) Senf	476 Aruten	105	500	105	500	110	524
e) Nellen	19 kg	140	27	140	27	180	34
		1 053 = 100 %		932 = 89 %		996 = 95 %	
11. Zucker, Syrup, Honig	10 870	60	6 522	50	5 435	59	6 413
12. Mehl, Hülsenfrüchte, Grüßwaren:			= 100 %		= 83 %		= 98 %
a) Mehl { Weizen	5 930	30	1 779	26	1 542	31	1 838
b) Roggen	2 813	19	534	19	534	24	675
c) Reis u. Reism.	1 040	60	624	58	603	55	572
		2 937 = 100 %		2 679 = 91 %		3 085 = 105 %	
b) Hülsenfrüchte { Erbsen	840	28	235	26	218	28	235
c) Bohnen	614	30	184	28	172	26	160
d) Linfen	235	52	122	40	94	40	94
		541 = 100 %		484 = 89 %		489 = 90 %	
c) Grüßwaren { Grieß	384	36	138	26	100	40	154
b) Sago	248	53	131	40	99	52	129
d) Buchweizen . .	1 170	36	421	33	386	38	445
e) Graupen	150	42	63	26	39	32	48
		753 = 100 %		624 = 83 %		776 = 103 %	
12. a + b + c =		4 231 = 100 %		3 787 = 90 %		4 350 = 103 %	

Nahrungs- und Genußmittel.

1905		1907		1910		1912		1913	
Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis pro 1 kg Pf.	Summe Mk.
100 Stck. 254	144	100 Stck. 254	144	100 Stck. 254	144	100 Stck. 254	144	100 Stck. 254	144
100 kg 2 100	227	100 kg 1 780	192	100 kg 2 475	267	100 kg 2 475	267	100 kg 2 475	267
17 000	48	17 000	48	17 000	48	17 000	48	17 000	48
1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96	1000 Stück 400	96
100 kg 840	144	100 kg 840	144	100 kg 840	144	100 kg 900	155	100 kg 900	155
4 988 = 99 %		4 808 = 96 %		5 946 = 118 %		5 992 = 119 %		5 992 = 119 %	
19	14	19	14	22	16	22	16	22	16
160	146	170	155	200	182	200	182	200	182
240	396	240	396	280	462	280	462	280	462
110	524	100	476	100	476	100	476	100	476
280	53	280	53	320	61	320	61	320	61
1 133 = 108 %		1 094 = 104 %		1 197 = 114 %		1 197 = 114 %		1 197 = 114 %	
48	5 218 = 80 %	40	4 348 = 67 %	49	5 326 = 82 %	54	5 870 = 90 %	44	4 783 = 73 %
33	1 957	35	2 075	34	2 016	38	2 253	36	2 135
24	675	31	872	26	731	28	788	30	844
60	624	60	624	60	624	60	624	61	634
3 256 = 111 %		3 571 = 122 %		3 371 = 115 %		3 665 = 125 %		3 613 = 123 %	
26	218	28	235	32	269	46	386	46	386
38	233	36	221	35	215	53	325	53	325
44	103	52	122	31	73	61	143	57	134
554 = 102 %		578 = 107 %		557 = 103 %		854 = 158 %		845 = 156 %	
34	131	40	153	44	169	50	192	46	177
46	114	74	183	57	141	72	179	72	179
41	480	49	573	46	538	50	585	50	585
32	48	34	51	34	51	42	63	41	61
773 = 102 %		960 = 127 %		899 = 119 %		1 019 = 135 %		1 002 = 133 %	
4 183 = 99 %		5 109 = 121 %		4 827 = 114 %		5 538 = 131 %		5 460 = 129 %	

Fortsetzung der Tabelle

Gegenstand	1907 kg	1890		1895		1900		
		Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	
		ℳf.	ℳf.	ℳf.	ℳf.	ℳf.	ℳf.	
13. a) Obst {	Äpfel I Ring	2 630	117	3 077	84	2 209	88	2 314
	Birnen II. . .	820	69	566	60	492	116	951
	Pflaumen I. .	1 420	63	895	52	738	67	951
	Kirschen. . .	215	105	226	58	125	100	215
b) Süd- früchte {	Mandeln. . .	89	210	187	200	178	255	227
	Corinthen . .	510	54	275	40	204	63	321
	Rosinen . . .	760	92	699	40	304	86	654
				5 925 = 100 %		4 250 = 72 %		5 634 = 95 %
14. Brot {	Grobbrot . . .	52 758	20	10 552	16,5	8 705	19,2	10 130
	Feinbrot . . .	63 505	27,7	17 591	23,8	15 114	27	17 146
				28 143 = 100 %		23 819 = 85 %		27 276 = 97 %
15. Kaffee und Ersatz . .	2 765	300	8 295 = 100 %	284	7 853 = 95 %	192	5 309 = 64 %	
16. {	Tee	97	420	407	420	407	440	427
	Schokolade	243	164	399	200	486	200	486
	Kakao	346	320	1 107	500	1 730	400	1 384
				1 913 = 100 %		2 623 = 138 %		2 297 = 120 %
17. Milch.	Butter 98 588	18 l	17 746 = 100 %	18 l	17 746 = 100 %	18 l	17 746 = 100 %	
1 bis 17 zusammen . . .			164 121 = 100 %		151 206 = 92,1 %		157 494 = 96,0 %	
18 „ 21 „ . . .			19 719 = 100 %		18 161 = 92,1 %		18 930 = 96,0 %	
1 bis 21 zusammen . . .			183 840 = 100 %		169 367 = 92,1 %		176 424 = 96,0 %	

Die Steigerung der Nahrungsmittelausgabe hat also von 1890—1913 betragen 15,6 % eigentlichen Berichtsperiode (1890—1912) hat sie 16,7 % betragen und von 1895—1912

Nahrungs- und Genußmittel.

1905		1907		1910		1912		1913	
Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe	Preis pro 1 kg	Summe
ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
82	2 157	90	2 367	110	2 893	104	2 735	96	2 525
100	820	92	754	105	861	88	722	88	722
68	966	64	909	83	1 179	96	1 363	96	1 363
90	193	98	211	97	209	144	310	128	275
240	214	280	249	300	267	300	267	400	356
50	255	72	367	67	342	84	428	84	428
72	547	132	1 003	100	760	128	973	128	973
5 152		5 856		6 510		6 798		6 642	
= 87 %		= 99 %		= 110 %		= 115 %		= 112 %	
18	9 496	20,8	10 710	21	11 079	22	11 607	22,3	11 765
22,7	14 416	25,3	16 067	25	15 876	27,5	17 464	27,3	17 337
23 912		26 777		26 955		29 071		29 102	
= 85 %		= 95 %		= 96 %		= 103 %		= 103 %	
188	5 198	188	5 198	240	6 636	304	8 406	280	7 742
= 63 %		= 63 %		= 80 %		= 101 %		= 93 %	
460	446	340	330	420	407	520	504	520	504
264	642	200	486	184	447	168	408	168	408
240	830	246	851	200	692	200	692	200	692
1 918		1 671		1 546		1 604		1 604	
= 100 %		= 88 %		= 81 %		= 84 %		= 84 %	
18 1	17 746	18 1	17 746	22 1	21 689	22 1	21 689	22 1	21 689
= 100 %		= 100 %		= 122 %		= 122 %		= 122 %	
161 106		165 255		179 225		191 598		189 766	
= 98,2 %		= 100,7 %		= 109,2 %		= 116,7 %		= 115,6 %	
19 364		19 857		21 533		23 012		22 795	
= 98,2 %		= 100,7 %		= 109,2 %		= 116,7 %		= 115,6 %	
180 470		185 112		200 758		214 610		212 561	
= 98,2 %		= 100,7 %		= 109,2 %		= 116,7 %		= 115,6 %	

und von 1895 (dem Tiefpunkte) bis 1913 25,5 % (92,1 bis 115,6 = 25,5 %). In unserer 26,7 % (92,1 bis 116,7 = 26,7 %).

Tabelle IX.

Altes Allgemeines Krankenhaus: Quantitäten vom Jahre 1890

Artikel	Quantum kg	1890		1895		1900		1905	
		Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe
		M	M	M	M	M	M	M	M
Rindfleisch	75 832	113	85 849	111	84 325	121	91 711	128	96 936
Kalb- fleisch	17 036	151	25 644	154	26 264	151	25 690	159	27 074
Schweinefleisch . .	4 876	127	6 207	107	5 221	115	5 597	128	6 218
Speck	2 853	140	3 994	133	3 785	129	3 672	130	3 706
Schweinskarbonade	4 904	142	6 986	140	6 854	142	6 949	140	6 866
Weißbrot	97 775	26	25 216	21	20 582	23	22 870	24	23 241
Roggenbrot	66 205	16	10 891	13	8 507	16	10 871	15	10 123
Weizenmehl	11 045	28	3 083	21	2 353	22	2 414	25	2 794
Reis	7 024	31	2 172	22	1 531	28	1 942	25	1 800
Reismehl	2 391	28	669	21	513	26	611	23	559
Gries	2 211	29	652	37	810	33	722	28	611
Speltz-Erbsen . . .	4 168	26	1 095	19	799	24	1 009	21	868
Gelbe "	1 274	20	255	17	221	21	270	24	306
Grüne "	2 071	22	467	20	405	22	451	25	512
Weiß- bohnen	2 908	24	677	22	649	22	650	32	938
Butter	16 866	220	37 115	192	32 470	217	36 650	235	39 686
Schmalz	2 711	106	2 884	124	3 358	92	2 488	95	2 577
Zucker	18 401	59	10 899	49	8 965	49	8 970	47	8 608
Kartoffeln ³ (Sack 65 kg) . . .	4 496	4,45	20 007	3,26	14 657	3,21	14 432	3,33	14 972
Kaffee, roher . . .	10 124	204	20 703	222	22 509	148	14 994	138	13 973
			265 446		244 778		252 964		262 367
			= 100		= 92		= 95		= 99

¹ Berechnet nach den Notierungen (Jahresdurchschnittspreise) des Alten Allgemeinen Eppendorfs.

² Bei den Preisen sind die Pfennige fortgelassen (mit Ausnahme der Kartoffelpreise), angewandt worden. Für „grüne Erbsen“ fehle 1895 die Preisangabe; der Preis „gelbe für 1895 wurde der Preis für „grüne“ von 1890 um ebenfalls 13,1 % niedriger und haus nicht aufgegeben waren, sind nach den Schmalzpreisen in „Markt- und Ladenpreisen“ Krankenhauspreise waren in den früheren Jahren meist ein Drittel niedriger als jene.

³ Preis pro Sack.

Tabelle IX.

Kosteten in Hamburg¹ in den folgenden Jahren folgende Summen²:

1907		1910		1912		1913		Zu- bzw. Abnahme			
Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe	Preis pro 100 kg	Summe	1890 bis 1900	1900 bis 1910	1910 bis 1913	1890 bis 1913
<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	o/o	o/o	o/o	o/o
140	106 225	125	94 995	139	105 240	142	107 704	+ 6,8	+ 3,5	+13,4	+25,0
165	28 133	193	32 931	199	33 844	204	34 776	+ 0,2	+28,2	+ 5,6	+35,4
130	6 330	141	6 897	159	7 742	159	7 742	—10,9	+23,2	+12,2	+24,7
155	4 436	154	4 394	173	4 932	173	4 932	— 8,8	+19,2	+12,2	+23,5
156	7 663	181	8 887	203	9 975	203	9 975	— 0,5	+47,9	+12,2	+42,8
29	27 885	30	29 499	31	30 574	30	29 401	—10,3	+29,0	— 0,3	+16,6
24	15 949	32	21 404	22	14 863	21	13 837	— 0,2	+96,9	—54,7	+27,0
29	3 171	33	3 664	33	3 632	32	3 590	—27,7	+51,7	— 2,1	+16,4
30	2 116	25	1 791	36	2 529	34	2 384	—11,8	— 8,4	+33,1	+ 9,7
26	634	24	568	31	735	27	653	— 9,5	— 7,7	+15,0	+ 2,5
32	701	36	789	39	861	37	826	+10,9	+ 9,2	+ 4,6	+26,7
29	1 225	44	1 834	41	1 695	35	1 459	— 8,5	+81,7	—25,7	+33,2
25	324	29	372	29	365	28	363	+ 6,2	+37,4	— 2,3	+42,5
34	714	36	756	33	683	26	544	— 3,5	+67,7	—39,0	+16,5
27	772	32	931	33	969	30	865	— 7,2	+43,1	— 7,6	+24,1
235	39 615	269	45 430	270	45 464	262	44 110	— 1,3	+23,9	— 3,0	+18,8
114	3 086	136	3 687	140	3 795	150	4 066	—15,9	+48,2	+10,3	+40,9
39	7 252	49	9 103	49	9 035	41	7 471	—21,5	+ 1,5	—21,8	—45,9
4,55	20 457	5 07	22 795	5,07	22 795	4,49	20 187	—38,6	+57,9	—12,9	+ 0,9
177	17 874	212	21 463	272	27 588	254	25 706	—38,1	+43,2	+19,8	+24,2
294 564		312 191		327 316		320 589		— 4,8	+23,4	+ 2,7	+20,8
= 111		= 118		= 123		= 121					

Krankenhaus St. Georg und den Mitteilungen des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-

bei Errechnung der Summen sind aber die genauen Preise (einschließlich der Pfennige) **Erbsen** war gegen 1890 um 13,1 % niedriger. Zur Konstruktion des Preises für „grüne“ demnach mit 20 angenommen. Die Schmalzpreise für 1912 und 1913, die vom Kranken- des Handelsstatistischen Amtes berechnet und zwar aus der Rubrik „Ladenpreise“. Die

A	1907	1890		1895		1900	
	kg	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.
1. Fleisch u. Wurst, davon:							
Rindfleisch	36,5	127	46,36	120	43,80	120	43,80
Schweinefleisch	95,65	135	129,13	117	111,91	120	114,78
Kalbfleisch	6,9	134	9,25	135	9,32	140	9,66
Lammfleisch	2,6	116	3,01	120	3,12	120	3,12
2. (Wurst inbegriffen) zus.: 141,7			187,75 = 100%		168,15 = 89,5%		171,36 = 91,2%
3. Fische	32,5	40	13,00	45	14,60	50	16,20
4. Butter	8,5	252	21,40	224	19,10	245	20,80
5. Schmalz	7,32	148	10,83	148	10,83	148	10,83
Margarine	64,84	136	88,18	124	80,40	128	83,00
6. Käse	8,8	187	16,40	176	15,45	194	17,00
7. Eier (Schöck)	6,1	368	22,45	343	21,00	406	24,80
8. Kartoffeln	495	6,2	30,60	6,9	34,20	5,9	29,20
9. Grünwaren:							
Blumenkohl (Stück)	21,5	10,75	2,31	10,75	2,31	11,2	2,41
Kurken (Stück)	24,2	10	2,42	11,25	2,74	10	2,42
Kartoffel	59,0	2,5	1,48	2,8	1,65	3,25	1,92
Weißkohl	48,0	2,15	1,03	1,9	0,91	3,05	1,47
Grünkohl	22,1	8,5	1,88	7	1,55	6	1,33
Wurzeln	17,8	10	1,78	9,4	1,67	10,5	1,87
Stechrüben	61,0	3	1,83	3,2	1,96	3,8	2,32
Rhabarber	26,6	18	4,80	20	5,35	13,75	3,67
Salat (Köpfe)	79,0	2,54	2,00	2,54	2,00	2,54	2,00
Radieschen (Bund)	5,0	40	2,00	40	2,00	40	2,00
10. Salz	0,5	20	0,10	19	0,10	19	0,10
Öl	0,38	144	0,55	140	0,53	140	0,53
Gewürz { Pfeffer	0,7	230	1,61	160	1,12	180	1,26
	2,0	105	2,10	105	2,10	110	2,20
	0,09	140	0,13	140	0,13	180	0,16
11. Zucker, Syrup, Honig	54,0	60	32,40	50	27,00	59	31,90
12. Mehl: Weizen	38,0	30	11,40	26	9,88	31	11,78
Roggen	18,4	19	3,50	19	3,50	24	4,40
Reis und anderes	6,85	60	4,10	58	3,98	55	3,76
Erbsen	5,35	28	1,50	26	1,39	28	1,50
Bohnen	3,9	30	1,17	28	1,09	26	1,01
Linzen	1,54	52	0,80	40	0,62	40	0,62
Gries	2,5	36	0,90	26	0,65	40	1,00
Sago	1,62	53	0,86	40	0,65	52	0,85
Buchweizen	7,55	36	2,72	33	2,50	38	2,89
Graupen	0,9	42	0,38	26	0,24	32	0,29
13. Obst: Apfel	12,9	117	15,10	84	10,80	88	11,39
Birnen	4,05	69	2,79	60	2,43	116	4,70
Pflaumen	7,05	63	4,45	52	3,67	67	4,72
Kirschen	1,08	105	1,13	58	0,63	100	1,08
Süßfrüchte: Mandeln	0,44	210	0,93	200	0,88	255	1,12
Corinthen	2,26	54	1,22	40	0,90	63	1,42
Rosinen	3,67	92	3,37	40	1,47	86	3,15
14. Grobbrot	285,5	20	57,10	16,5	47,08	19,2	54,82
Feinbrot	342,0	27,7	94,73	23,8	81,40	27	92,34
15. Kaffee und Ersatz	14,5	300	43,50	284	41,18	192	27,84
16. Tee	0,023	420	0,10	420	0,10	440	0,10
Schokolade	0,06	164	0,10	200	0,12	200	0,12
Kakao	0,09	320	0,29	500	0,45	400	0,36
17. Milch (Liter)	335,0	18	60,30	18	60,30	18	60,30
1—17 zusammen			761,47		692,76		722,31
18—21 zusammen ¹			45,68		41,67		43,35
1—21 zusammen			807,15 = 100%		734,43 = 91%		765,66 = 94,9%

¹ Getränke im Hause, sonstige Nahrungsmittel, Tabak, Zigarren, Ausgabe in

Kosten d. Lebenshalt. u. Entwickl. d. Einkommensverhältn. in Hamburg seit 1890. 521

1905		1907		1910		1912		1913	
Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.
134	48,91	148	54,02	151	55,00	172	62,78	178	65,00
147	140,60	138	132,00	156	149,11	169	161,65	176	168,34
161	11,11	180	12,42	198	13,66	202	13,94	211	14,56
148	3,85	164	4,26	162	4,21	174	4,52	191	4,97
204,47 = 108,9% 202,70 = 107,9% 222,08 = 118,3% 242,89 = 129,3% 252,87 = 134,7%									
57,2	18,55	59,6	19,35	68	22,10	76,4	24,75	80	26,00
271	23,10	259	22,00	279	23,70	289	24,50	280	23,80
159	11,64	156	11,42	169	12,37	173	12,66	182	13,32
128	83,00	128	83,00	132	85,59	128	83,00	128	83,00
200	17,60	208	18,26	200	17,60	216	19,00	216	19,00
436	26,60	462	28,20	463	28,30	494	30,20	480	29,40
7,6	37,60	8,9	44,05	9,9	49,00	11	54,50	7,4	36,60
11,8	2,54	9,35	2,00	13,5	2,90	13,5	2,90	13,5	2,90
8,5	2,06	8,25	2,00	6,5	1,58	6,5	1,58	6,5	1,58
2,75	1,62	3,4	2,00	4,2	2,49	4,2	2,49	4,2	2,49
4,15	2,00	4,15	2,00	6,4	3,08	6,4	3,08	6,4	3,08
9	2,00	9	2,00	12,5	2,76	12,5	2,76	12,5	2,76
11,2	2,00	11,2	2,00	13,7	2,45	13,7	2,45	13,7	2,45
3,8	2,32	3,3	2,00	4,75	2,90	4,75	2,90	4,75	2,90
7,5	2,00	7,5	2,00	5,5	1,47	5,5	1,47	5,5	1,47
2,54	2,00	2,54	2,00	2,54	2,00	2,54	2,00	2,54	2,00
40	2,00	40	2,00	40	2,00	40	2,00	40	2,00
19	0,10	19	0,10	22	0,11	22	0,11	22	0,11
160	0,61	170	0,65	200	0,76	200	0,76	200	0,76
240	1,68	240	1,68	280	1,96	280	1,96	280	1,96
110	2,20	100	2,00	100	2,00	100	2,00	100	2,00
280	0,25	280	0,25	320	0,28	320	0,28	320	0,28
48	26,00	40	21,60	49	26,46	54	29,20	44	23,75
33	12,54	35	13,30	34	12,92	38	14,44	36	13,68
24	4,40	31	5,70	26	4,78	28	5,15	30	5,51
60	4,10	60	4,10	60	4,10	60	4,10	61	4,18
26	1,39	28	1,50	32	1,71	46	2,46	46	2,46
38	1,48	36	1,40	35	1,36	53	2,06	53	2,06
44	0,68	52	0,80	31	0,48	61	0,94	57	0,88
34	0,85	40	1,00	44	1,10	50	1,25	46	1,15
46	0,75	74	1,20	57	0,93	72	1,16	72	1,16
41	3,10	49	3,70	46	3,45	50	3,78	50	3,78
32	0,29	34	0,30	34	0,30	42	0,38	41	0,37
82	10,60	90	11,60	110	14,20	104	13,40	96	12,40
100	4,05	92	3,72	105	4,25	88	3,56	88	3,56
68	4,80	64	4,50	83	5,85	96	6,78	96	6,78
90	0,97	98	1,06	97	1,05	144	1,56	128	1,38
240	1,06	280	1,23	300	1,32	300	1,32	400	1,76
50	1,15	72	1,63	67	1,52	84	1,90	84	1,90
72	2,64	132	4,85	100	3,67	128	4,70	128	4,70
18	51,39	20,3	57,96	21	59,96	22	62,81	22,3	63,67
22,7	77,63	25,3	86,52	25	85,50	27,5	94,05	27,3	93,37
188	27,26	188	27,26	240	34,80	304	44,08	280	40,60
460	0,10	340	0,08	420	0,10	520	0,12	520	0,12
264	0,16	200	0,12	184	0,11	168	0,10	168	0,10
240	0,22	246	0,22	200	0,18	200	0,18	200	0,18
18	60,30	18	60,30	22	73,70	22	73,70	22	73,70
745,85		769,31		833,28		893,42		875,93	
44,77		46,19		50,01		53,63		52,53	

790,62 = 98% 815,50 = 101,0% 883,29 = 109,4% 947,05 = 117,3% 928,46 = 115,0%

Gastwirtschaften.

B	1907 kg	1890		1895		1900	
		Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.
1. Fleisch u. Wurst, davon:							
Rindfleisch	51,8	156,5	81,07	150	77,70	150	77,70
Schweinefleisch	139,5	156	217,62	139	193,90	142	198,09
Kalbfeisch	9,87	160	15,79	160	15,79	165	16,28
Lammfleisch	4,05	140	5,67	145	5,87	145,5	5,90
2. (Wurst inbegriffen) zus.:	205,2		320,15 = 100%	293,26 = 91,6%			297,97 = 93%
3. Fische	47,35	40	18,94	45	21,25	50	23,60
4. Butter	46,1	252	115,25	224	103,26	245	112,94
5. Schmalz	4,48	148	6,63	148	6,63	148	6,63
Margarine	39,18	136	53,28	124	48,58	128	50,15
6. Käse	16,72	187	31,27	176	29,43	194	32,44
7. Eier (Schod)	8,07	368	29,69	343	27,68	406	32,76
8. Kartoffeln	521,0	6,2	32,30	6,9	35,95	5,9	30,74
9. Grünw.: Blumenk. (Stk.)	25,6	10,75	2,76	10,75	2,76	11,2	2,86
Kurken (Stück)	29,0	10	2,90	11,25	3,25	10	2,90
Rotkohl	70,5	2,5	1,76	2,8	1,97	3,25	2,29
Weißkohl	58,0	2,15	1,25	1,9	1,10	3,05	1,77
Grünkohl	26,7	8,5	2,27	7,0	1,87	6	1,61
Wurzeln	21,5	10	2,15	9,4	2,01	10,5	2,26
Spinat	6,8	50	3,40	50	3,40	50	3,40
Stettrüben	9,7	3	0,29	3,2	0,31	3,8	0,37
Grüne Bohnen	9,45	40	3,78	37,5	3,55	41	3,88
Erbsen	8,1	40	3,24	38	3,08	38	3,08
Rhabarber (Bund).	32,0	18	5,76	20	6,40	13,75	4,38
Spargel	5,22	60	3,13	70	3,60	62	3,24
Salat (Köpfe).	95,0	2,54	2,40	2,54	2,40	2,54	2,40
Sellerie	13,5	18,5	2,50	18,5	2,50	18,5	2,50
Champignons	2,0	170	3,40	170	3,40	170	3,40
Radieschen (Bund).	3,5	40	1,40	40	1,40	40	1,40
Kotebeeten	4,76	8,4	0,40	8,4	0,40	8,4	0,40
10. Salz	0,5	20	0,10	19	0,10	19	0,10
Öl (Liter)	0,563	144	0,81	140	0,79	140	0,79
Gewürz { Pfeffer	1,03	230	2,36	160	1,65	180	1,85
	2,92	105	3,07	105	3,07	110	3,22
	0,114	140	0,16	140	0,16	180	0,20
11. Zucker, Sirup, Honig	76,1	60	45,66	50	38,05	59	44,90
12. Mehl: Weizen	35,5	30	10,65	26	9,23	31	11,00
Koggen	16,9	19	3,21	19	3,21	24	4,05
Reis und anderes	6,1	60	3,65	58	3,52	55	3,35
Erbsen	5,1	28	1,42	26	1,33	28	1,42
Bohnen	3,67	30	1,10	28	1,03	26	0,96
Linsen	1,42	52	0,74	40	0,57	40	0,57
Gries	2,3	36	0,82	26	0,60	40	0,92
Sago	1,5	53	0,80	40	0,60	52	0,78
Buchweizen	7,04	36	2,54	33	2,32	38	2,67
Graupen	1,0	42	0,42	26	0,26	32	0,32
13. Obst: Apfel	22,9	117	26,79	84	19,25	88	20,15
Birnen	7,17	69	4,95	60	4,30	116	8,32
Pflaumen	12,4	63	7,81	52	6,45	67	8,31
Kirschen	1,92	105	2,02	58	1,11	100	1,92
Süßfrüchte: Mandeln	0,79	210	1,65	200	1,58	255	2,02
Corinthen	4,02	54	2,16	40	1,60	63	2,52
Rosinen	6,51	92	5,99	40	2,60	86	5,60
14. Grobbrot	420,8	20	84,16	16,5	69,43	19,2	80,79
Feinbrot	505,9	27,7	140,13	23,8	120,40	27	136,59
15. Kaffee und Ersatz	13,0	300	39,00	284	36,92	192	24,96
16. Tee	0,86	420	3,61	420	3,61	440	3,78
Schokolade	2,15	164	3,52	200	4,30	200	4,30
Kakao	3,05	320	9,76	500	15,25	400	12,20
17. Milch (Liter)	632,8	18	113,91	18	113,91	18	113,91
1—17 zusammen			1173,27		1076,64		1131,84
18—21 zusammen ¹			202,88		186,39		195,90
1—21 zusammen			1375,65 = 100%		1263,03 = 91,8%		1327,74 = 96,5%

1905		1907		1910		1912		1913	
Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.	Preis 1 kg Pf.	Summe Mk.
159,8	82,78	172,8	89,50	177,9	92,15	198,5	102,82	208,3	107,90
165,9	231,43	157	219,00	171,6	239,38	185,5	258,77	198,1	276,35
176,9	17,45	207,6	20,50	217,1	21,43	227,3	22,43	237,4	23,43
162,9	6,60	176,9	7,16	180,8	7,32	195,8	7,94	213	8,62
338,26 = 105,6% 336,16 = 105% 360,28 = 112,3% 391,96 = 122% 416,30 = 130%									
57,2	27,00	59,6	28,22	68	32,20	76,4	36,20	80	37,88
271	124,93	259	119,45	279	128,61	289	133,22	280	129,08
159	7,12	156	7,00	169	7,56	173	7,75	182	8,15
128	50,15	128	50,15	132	51,71	128	50,15	128	50,15
200	33,44	208	34,78	200	33,44	216	36,11	216	36,11
436	35,18	462	37,28	463	37,36	494	39,87	480	38,74
7,6	39,60	8,9	46,36	9,9	51,58	11	57,31	7,4	38,55
11,8	3,02	9,35	2,40	13,5	3,45	13,5	3,45	13,5	3,45
8,5	2,47	8,25	2,40	6,5	1,88	6,5	1,88	6,5	1,88
2,75	1,94	3,4	2,40	4,2	2,96	4,2	2,96	4,2	2,96
4,15	2,40	4,15	2,40	6,4	3,70	6,4	3,70	6,4	3,70
9,0	2,40	9	2,40	12,5	3,34	12,5	3,34	12,5	3,34
11,2	2,40	11,2	2,40	13,7	2,94	13,7	2,94	13,7	2,94
50	3,40	50	3,40	50	3,40	50	3,40	50	3,40
3,8	0,37	3,3	0,32	4,75	0,46	4,75	0,46	4,75	0,46
30,5	2,88	36	3,40	46	4,35	46	4,35	46	4,35
42	3,40	42	3,40	43	3,48	50	4,05	48	3,88
7,5	2,40	7,5	2,40	5,5	1,76	5,5	1,76	5,5	1,76
65	3,40	65	3,40	80	4,17	80	4,17	80	4,17
2,54	2,40	2,54	2,40	2,54	2,40	2,54	2,40	2,54	2,40
21,2	2,86	17,8	2,40	24,75	3,34	24,75	3,34	24,75	3,34
170	3,40	170	3,40	170	3,40	170	3,40	170	3,40
40	1,40	40	1,40	40	1,40	40	1,40	40	1,40
8,4	0,40	8,4	0,40	8,4	0,40	9	0,43	9	0,43
19	0,10	19	0,09	22	0,11	22	0,11	22	0,11
160	0,90	170	0,96	200	1,13	200	1,13	200	1,13
240	2,47	240	2,47	280	2,88	280	2,88	280	2,88
110	3,22	100	2,92	100	2,92	100	2,92	100	2,92
280	0,32	280	0,32	320	0,36	320	0,36	320	0,36
48	36,52	40	30,46	49	37,20	54	41,09	44	33,48
33	11,72	35	12,42	34	12,08	38	13,48	36	12,78
24	4,05	31	5,25	26	4,39	28	4,73	30	5,07
60	3,65	60	3,65	60	3,65	60	3,65	61	3,71
26	1,33	28	1,42	32	1,64	46	2,35	46	2,35
38	1,39	36	1,32	35	1,28	53	1,94	53	1,94
44	0,62	52	0,74	31	0,44	61	0,87	57	0,81
34	0,78	40	0,92	44	1,01	50	1,15	46	1,06
46	0,69	74	1,11	57	0,86	72	1,07	72	1,07
41	2,88	49	3,45	46	3,24	50	3,52	50	3,52
32	0,32	34	0,34	34	0,34	42	0,42	41	0,41
82	18,73	90	20,60	110	25,10	104	23,82	96	21,98
100	7,17	92	6,60	105	7,52	88	6,30	88	6,30
68	8,43	64	7,95	83	10,29	96	11,90	96	11,90
90	1,72	98	1,88	97	1,86	144	2,76	128	2,45
240	1,89	280	2,21	300	2,36	300	2,36	400	3,16
50	2,01	72	2,90	67	2,70	84	3,38	84	3,38
72	4,70	132	8,60	100	6,51	128	8,36	128	8,36
18	75,74	20,3	85,43	21	88,36	22	92,58	22,3	93,84
22,7	114,84	25,3	128,00	25	126,47	27,5	139,12	27,3	138,11
188	24,43	188	24,43	240	31,20	304	39,52	280	36,40
460	3,96	340	2,92	420	3,61	520	4,47	520	4,47
264	5,67	200	4,30	184	3,95	168	3,61	168	3,61
240	7,32	246	7,52	200	6,10	200	6,10	200	6,10
18	113,91	18	113,91	22	139,21	22	139,21	22	139,21
1161,42 1185,21 1278,34 1365,16 1355,09									
200,56 204,61 220,59 235,57 233,95									

1361,98 = 99,1% 1389,82 = 101,1% 1498,93 = 109% 1600,73 = 116,4% 1589,04 = 115,6%

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-57449-0> | Generated on 2023-01-16 13:27:39

OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | <https://creativecommons.org/about/cclicenses/>

Bemerkung zu Tabelle IV und V.

Zu den Tabellen IV und V im Anhang und Tabelle 56 ist folgendes zu bemerken: Die Endsummen der Tabelle V sind kleiner als die Beträge der Tabelle IV für „Essen und Trinken“. Sieht man vom ersten und letzten Jahr der Tabelle V ab — in welchem die Dame die Lust zu detailliertem Aufschreiben der Nahrungsmittelausgabe verloren hatte — und läßt das Jahr 1891 unberücksichtigt, in welchem in dem Betrage für „Essen und Trinken“ auch die hierfür beim Hochzeitsmahl der Tochter verausgabten Summen enthalten sind, so war in den verbleibenden fünf, in Tabelle 56 aufgeführten Jahren die „Gesamtausgabe für Nahrung“ durchschnittlich annähernd 6% niedriger als die Beträge für „Essen und Trinken“ der Tabelle IV. Die nicht detailliert angeschriebene Differenz verteilt sich nach Angabe der Buchführerin ziemlich gleichmäßig auf alle Posten, so daß nach ihrer Meinung die Prozentsätze der Tabelle 56 (auch bei Fleisch) der Wahrheit näher kommen, als es der Fall gewesen wäre, wenn sie von den in Tabelle IV für „Essen und Trinken“ aufgeführten Beträgen berechnet worden wären.

Druckfehler.

Seite 383, Zeile 6 von unten muß es heißen 57% statt 60%.

Die Bewegung der Preise in Magdeburg in den Jahren 1890 bis 1912.

Nachtrag.

Die Preissteigerung in Magdeburg unter besonderer Berücksichtigung der veränderten Erhebungsmethode seit 1909.

Don

Dr. Richard Herbst, Leipzig.

Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Amt der Stadt Leipzig.

Vor bem er k un g.

Das Ergebnis unserer in Band 145, I, S. 279 ff. der „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ veröffentlichten Untersuchung über die Lebensmittelpreise in Magdeburg von 1890–1912 war die Feststellung einer 30 %igen Steigerung. Das Leben hatte sich in dieser Stadt etwa um ein Drittel verteuert. Die Haushaltungskosten waren 1912 erheblich höher als 1890, wie auf Grund der Aufzeichnungen einer Magdeburger Schriftsekerfamilie berechnet werden konnte. Das betreffende Haushaltungsbuch war jedoch nicht ganz einwandfrei geführt worden, worauf wir bereits hinwiesen. So waren z. B. einige wichtige Lebensmittel gar nicht, die Mengenangaben in vielen Fällen ungenau notiert. Das Endergebnis konnte daher mit Recht begründeten Zweifeln des Statistikers ausgesetzt sein, außerdem ganz abgesehen davon, daß eine zahlenmäßige Berücksichtigung der veränderten Erhebungsmethode seit 1909 auch nicht erfolgt war. Aus diesem Grunde erschien es angezeigt, die Untersuchung zu erweitern und namentlich die Teuerungsfrage an geeigneteren Beispielen eingehender zu erörtern.

Es war jedoch nicht möglich, den Nachtrag bis zur Drucklegung des Bandes 145, I fertigzustellen und im unmittelbaren Zusammenhang mit der Hauptdarstellung herauszubringen. Er erscheint deshalb erst im vorliegenden Bande. Nichtsdestoweniger wird dieser Nachtrag eine brauchbare Ergänzung unserer früheren Ausführungen bilden und Schlußfolgerungen zeitigen, die in Verbindung mit dem ersten Ergebnis ein umfassendes und erschöpfendes sowie einwandfreies Urteil in der Magdeburger Teuerungsfrage zulassen dürften.

Die folgenden Darlegungen sollen nicht der Öffentlichkeit übergeben werden, ohne daß Gelegenheit genommen wäre, Herrn Professor Dr. L. D a n s b e r g, dem Direktor des städtischen Statistischen Amtes in M a g d e b u r g, unseren Dank zum Ausdruck zu

bringen für die Erteilung einer Reihe wertvoller Ratschläge während der Vorarbeiten, die namentlich im Hinblick auf eine möglichst erschöpfende Behandlung der Materie weitere eingehende Untersuchungen an Ort und Stelle sowie die bereitwillig gewährte Einsicht in die Akten des dortigen Amtes erforderten.

L e i p z i g , Ende Juli 1914.

Der Verfasser.

Eine eingehende Untersuchung über die Gestaltung der Lebensmittelpreise in einem kürzeren oder längeren Zeitraum kann sich nicht allein mit der bloßen Darstellung einfacher Entwicklungsreihen zur Charakterisierung der Preistendenzen begnügen. Die ausführliche Erörterung der Teuerungsfrage läßt sich naturgemäß nur dann mit Erfolg vornehmen, wenn die Beobachtung auf den tatsächlichen Verbrauch der Lebensmittel in einem bestimmten Kreis von Menschen ausgedehnt wird. Das Ziel einer erschöpfenden Preisstatistik lokaler oder interlokaler Natur ist und bleibt also stets die Gegenüberstellung von Konsum und Preis, die Erörterung der Frage nach dem Einfluß der Preissteigerung auf die Haushaltskosten.

In unserer Untersuchung über die Bewegung der Preise in Magdeburg von 1890—1912 haben wir diese Frage auch bereits erörtert und gelangten dabei zu dem mitgeteilten Ergebnis. Die Darstellung war jedoch gerade in dieser Hinsicht einigen Beschränkungen unterworfen — auf die nicht zu umgehenden Ungenauigkeiten ist schon gebührend hingewiesen worden. Die Berechnung leidet an einigen Mängeln, die unter Umständen das Ergebnis beeinflussen könnten. Es erschien daher angezeigt, die vorhandenen Unvollständigkeiten bei den Verbrauchsmengen so gut wie möglich zu eliminieren und die Beobachtung auf einen anderen Haushalt auszudehnen, dessen Jahres- bzw. Wochenverbrauch schärfer fixiert ist. Doch auch hier wollen wir nicht verfehlen, abermals zum Ausdruck zu bringen, daß die von uns herangezogenen Zusammenstellungen immer noch nicht den unbedingten Wert besitzen, der den Berechnungen eigentlich zugrunde gelegt werden müßte. Es sind leider immer wieder nur Annäherungswerte. Eine einwandfreie, zuverlässige Registrierung des Lebensmittelfkonsums in einem Haushalt kann ja nur in ganz seltenen Fällen verlangt werden. Und speziell für Magdeburg steht uns in dieser Beziehung auch nichts Brauchbares zur Verfügung. Wir müssen also die für die anzustellenden Berechnungen nötigen Verbrauchsmengen dem vorhandenen Material und anderen Untersuchungen entlehnen, um eine bessere und vor allem vollständigere Beobachtungsgrundlage zu gewinnen.

In den „320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern“ ist der Jahresverbrauch einer deutschen Arbeiterfamilie folgendermaßen berechnet:

Fleisch	96,4 kg
Brot	614,4 „
Mehl	51,9 „
Kartoffeln	495,0 „
Butter	24,6 „

Das Kaiserliche Statistische Amt gibt in seinen bekannten „Wirtschaftsrechnungen“ die entsprechenden Konsumangaben:

Fleisch	101,0 kg
Butter	35,2 „
Schmalz usw.	28,5 „
Kartoffeln	437,9 „
Eier	392 Stück
Milch.	504,3 Liter.

Der Fleischverbrauch selbst dürfte unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse — in Süddeutschland also anders als im Norden des Reiches — sich etwa mit 50 % auf Rind-, 35 % auf Schweine- sowie 15 % auf Kalb- und Hammelfleisch zusammen verteilen.

Die Arbeit von Brucher über „Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin“ legt ihren Berechnungen nachstehende ausführliche Gliederung der in einem Berliner Arbeiterhaushalt in einem Jahre verbrauchten Mengen an Lebensmitteln zugrunde:

Rindfleisch	30 kg
Schweinefleisch	50 „
Hammelfleisch	10 „
Speck	20 „
Schmalz	30 „
Butter	30 „
Kartoffeln	500 „
Roggenbrot	500 „
Weizenbrot	50 „
Kaffee	10 „
Zucker	50 „
Weizenmehl	10 „

Reis	10 kg
Eier	400 Stück
Milch	400 Liter.

Nach alledem erscheinen die letzteren Angaben für unsere Zwecke am ehesten geeignet. Wir werden sie somit bei unseren Berechnungen verwenden. Außerdem ziehen wir zur Vollständigkeit des Bildes noch die Arbeiten des englischen Handelsamtes herbei, dessen Feststellungen in den „Cost of Living in German Towns“ im Verein mit der deutschen Erhebung von 1907 zu der namentlich für Magdeburg zur Geltung gelangten Annahme folgender wöchentlicher Verbrauchsmengen für eine 4—5 köpfige Arbeiterfamilie geführt haben:

Fleisch	2 kg
Wurst	1 „
Schmalz	0,5 „
Butter	0,6 „
Käse	0,3 „
Brot	12 „
Kartoffeln	11 „
Kaffee	0,3 „
Zucker	1 „
Hülsenfrüchte	1 „
Eier	8 Stück
Milch	8,5 Liter.

Wir können uns natürlich an dieser Stelle zu den vorstehenden Zusammenstellungen eingehend kritisch nicht äußern, möchten aber nur darauf hinweisen, daß die darin enthaltenen Annäherungswerte — unter Ausschaltung aller Skepsis und pedantischen Übergenaugigkeit — wohl ganz gut mit dazu zu verwerten sind, eine gewisse Vorstellung von der neuzeitlichen Preissteigerung zu bieten, zumal die aufgeführten Mengenangaben der Wirklichkeit ziemlich entsprechen dürften. Unsere Berechnungen werden uns einen, wenn auch vielleicht nicht ganz einwandfreien, unter den obwaltenden Umständen jedoch brauchbaren — soweit es dabei eben die Grenzen der statistischen Methode zulassen — allgemeinen Überblick über die Bewegungstendenzen der Preise und einen tieferen Einblick in das Wesen der modernen Preisgestaltung ermöglichen.

Bevor wir aber auf den Kernpunkt der Untersuchung eingehen, soll noch kurz der Veränderung der Erhebungsmethode im Jahre 1909

Erwähnung getan und der Versuch angestrebt werden, einen zahlenmäßigen Ausgleich zu schaffen, um die gemachten Preisangaben mehr den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Es wird dem Leser wohl noch erinnerlich sein, daß wir im letzten Teile des § 2 unserer Hauptdarstellung ausführlich über die Veränderung der Erhebungsmethode im Jahre 1909 handelten. Wir wiesen auch darauf hin, daß dadurch vornehmlich die Angaben über die verschiedenen Fleischsorten stark berührt würden. Bei der Besprechung der Ergebnisse betonten wir vor allem, daß in den letzten Jahren besonders beim Fleisch eine wesentliche Steigerung der Preise eingetreten sei, daß diese aber infolge der veränderten Erhebungsmethode nicht so recht in die Erscheinung treten könne: die mitgeteilten Preise der ausgeführten Lebensmittel sind entschieden zu hoch. Wohl läßt sich das stete Anziehen der Preise, namentlich in den letzten Jahren, nicht leugnen, eine derartige Erhöhung aber, wie sie die Zahlenreihen aufweisen, hat nicht Platz gegriffen. Es galt also, den Versuch zu machen, der Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen und einen gebührenden Ausgleich zu schaffen. Wir griffen zu diesem Zwecke auf die Aufzeichnungen zurück, die im Statistischen Amt der Stadt Magdeburg in den ersten Monaten des Jahres 1909 (Ende Februar) noch nach der alten Methode gemacht wurden und stellten sie, wie aus der folgenden Tabelle 1 zu ersehen ist, den Angaben nach der neuen

Tabelle 1.

Die Unterschiede nach den Feststellungen der alten und der neuen Methode.

W a r e	Ergebnisse der Feststellungen nach der							Höhe der Abweichung			
	alten Methode			neuen Methode							
	höchster	niedrigster	Durchschnitts-	1909	1910	1911	1912				
	Preis			häufigster Preis							
1 Kilogramm (1 Schock) in Pfennigen								1909	1910	1911	1912
Rindfleisch	160	120	140	178	180	184	201	38	40	44	61
Schweinefleisch	170	140	155	168	176	168	177	13	21	13	22
Kalbfleisch	170	140	155	192	192	204	225	37	37	49	70
Lammfleisch	160	130	145	175	185	192	201	30	40	47	56
Speck	180	160	170	180	180	180	189	10	10	10	19
Schmalz	180	160	170	188	198	182	193	18	28	12	23
Eßbutter	270	250	260	276	286	330	320	16	26	70	60
Eier	540	460	500	498	495	491	552	-2	-5	-9	52
Weizenmehl	38	34	36	40	36	36	36	4	0	0	0
Roggenmehl	32	28	30	31	27	28	29	1	-3	-2	-1
Reis	60	40	50	58	60	60	60	8	10	10	10
Kaffee roh	300	200	150	208	218	245	305	58	68	95	105
Kaffee gebrannt	400	300	200	220	245	285	260	20	45	85	60

Methode gegenüber. Es war uns somit möglich, die Abweichungen zu erkennen, die sich naturgemäß zwischen den Feststellungen nach der alten und denen nach der neuen Methode ergeben mußten. Unter Berücksichtigung dieser Zahlenwerte konnten wir dann leicht die entsprechenden Preise feststellen, wie aus der unten folgenden Tabelle 2 ersichtlich ist.

Tabelle 2.

Die Preisgestaltung unter besonderer Berücksichtigung der veränderten Erhebungsweise.

a) Grundzahlen.

J a h r	Kind- fleisch	Schwein- fleisch	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch	Speck	Schmalz	Butter	Eier	Weizen- mehl	Roggen- mehl	Reis	Kaffee, roh	Kaffee, geröstet
	1 kg in Pfennigen							1 Schock t. Pf.	1 kg in Pfennigen				
1890.	125	133	115	115	184	180	233	369	30	27	60	300	380
1895.	125	128	125	118	160	170	225	336	25	21	55	275	380
1900.	135	130	130	132	160	161	231	364	29	25	53	270	340
1905.	147	147	140	136	157	166	251	415	32	27	51	270	340
1908.	142	146	154	153	155	160	265	431	39	33	50	250	350
1909.	159	161	173	160	175	179	268	499	38	30	54	179	210
1910.	160	165	173	165	175	184	273	498	36	25	55	184	222
1911.	162	161	179	168	175	176	295	496	36	29	55	197	242
1912.	170	166	190	173	179	181	290	526	36	30	55	252	230

b) Indexziffern.

J a h r	Animalien				Vegetabilien				Sämt- liche Lebens- mittel über- haupt
	Die ver- schiedenen Fleischsort.	Butter und Eier	überhaupt		Cerealien	Hülsen- früchte	Weizen- mehl und Roggen- mehl	überhaupt	
1890.	100	100	200		100	100	100	300	500
1895.	97	93	190		75	100	95	270	460
1900.	99	99	198		86	101	89	276	474
1905.	105	111	206		90	114	87	291	504
1908.	107	116	223		107	112	90	309	532
1909.	118	127	235		115	100	71	286	521
1910.	120	128	248		103	96	73	272	520
1911.	120	131	251		105	114	78	297	548
1912.	124	136	260		112	120	84	316	576

Auch hier ist die Preissteigerung namentlich beim Fleisch unverkennbar. Wir glauben nunmehr aber wohl ohne Bedenken konstatieren zu dürfen, daß sich die Angaben den tatsächlichen Verhältnissen mög-

licht anpassen. Der Sprung von 1908 auf 1909 ist jedenfalls nicht mehr so ungeheuer, wie ihn die Tabelle 1 im Anhang der Hauptdarstellung aufweist. Auch die Feststellungen für 1912 weichen von den früheren erheblich ab. Für 1 kg Rind- und Hammelfleisch notiert die neue Methode je 201 Pfennige, unter Berücksichtigung der Abweichung stellen sich die Preise jedoch auf 170 und 173. Der Preis für Kalbfleisch ist von 225 auf 190 zu reduzieren, um einigermaßen als zutreffend angesehen zu werden. Der Butter- und Eierpreis beträgt statt 320 und 552 nunmehr 290 und 526. Bei den Preisen der übrigen Lebensmittel sind die Abweichungen nicht so sehr ausgeprägt. Weizen- und Roggenmehl bewahren nach beiden Richtungen hin den gleichen Preis. Reis weist nur 5 Pf. Unterschied auf. Der Kaffeepreis differiert um 53 Pf. beim rohen und um 30 Pf. beim gebrannten Kaffee. Im großen und ganzen erhellt aus dieser Betrachtung, daß die Abweichungen teilweise eine ziemliche Bedeutung erlangt haben und es durchaus von Wichtigkeit gewesen ist, die Veränderung der Erhebungsweise gebührend in Rechnung zu ziehen, um sowohl die Bewegungstendenzen der Preise im allgemeinen den tatsächlichen Verhältnissen möglichst entsprechend charakterisieren zu können, als auch eine zuverlässige Grundlage für die folgenden Ausführungen zu gewinnen.

Welchen Einfluß nun die Preissteigerung auf die Haushaltungskosten in Magdeburg seit 1890 gezeitigt hat, stellt Tabelle 3 dar. Dabei ist gleichzeitig in den Jahren 1910 und 1912 die Veränderung der Erhebungsmethode mit berücksichtigt worden. In den entsprechenden Spalten sind einmal (unter I) die unmittelbar nach der neuen Methode festgesetzten Preise, andererseits (unter II) die auf Grund der vorgenommenen Berechnungen gewonnenen Angaben eingetragen worden, um auf diese Weise den angestrebten Vergleich desto leichter anstellen zu können. Die in den Quellen aufgeführten Lebensmittel sind fast durchgängig herangezogen worden. Nur Zucker konnte nicht mit in Rechnung gestellt werden, da für dieses Produkt keine Preisangabe vorhanden war. Das Gleiche gilt zum Teil auch für den Brotpreis; dieser war aber wenigstens für 1910 und 1912 noch durch Vermittlung des Magdeburger Konsumvereins zu erlangen (1910: 23,3 Pf., 1912: 23,8 Pf. pro 1 kg im Jahresdurchschnitt). Dabei ist auch noch zu bemerken, daß wir einmal die Gewichte von Roggen- und Weizenbrot zusammenziehen mußten, um die zugehörigen Preise einsetzen zu können. Der Milchpreis wurde gleichfalls direkt erfragt:

1 l Milch kostete nach Angabe des Vereins Magdeburger Milchpächter und der Magdeburger Molkerei von 1890 bis Mitte 1911 durchgängig 20 Pf., seit dieser Zeit 22 Pf. Die Preise für die übrigen Lebensmittel konnten wir hingegen unseren Zusammenstellungen ohne weiteres entnehmen.

Tabelle 3.

Preissteigerung und Haushaltskosten.

Ware	Gewichts- angabe	1890	1900	1910		1912	
				I	II	I	II
		Mark					
Jahresausgaben für die wichtigsten Lebensmittel.							
Rindfleisch	30 kg	37,50	40,50	54,00	48,00	60,30	51,00
Schweinefleisch	50 "	66,50	65,00	88,00	82,50	88,50	83,00
Lammfleisch	10 "	11,50	13,20	18,50	16,50	20,10	17,30
Speck	20 "	36,80	32,00	36,00	35,00	37,80	35,80
Schmalz	30 "	54,00	48,30	59,40	55,20	57,90	54,30
Butter	30 "	69,90	69,30	85,80	81,90	96,00	87,00
Eier	400 Stück	24,60	24,24	33,00	25,20	36,80	35,20
Kartoffeln	500 kg	28,50	26,05	21,50	21,50	31,50	31,50
Milch	400 l	80,00	80,00	80,00	80,00	83,00	80,00
Weizenmehl	10 kg	3,00	2,90	3,60	3,60	3,60	3,60
Weizen	10 "	6,00	5,30	6,00	5,50	6,00	5,00
Kaffee	10 "	38,00	34,00	24,50	22,20	26,00	23,00
Roggenbrot	500 "	}	.	128,15	128,15	130,90	130,90
Weizenbrot	50 "						
Zusammen		456,30	440,79	638,45	605,25	683,40	637,60
Index . .		100,00	96,60	139,92	132,64	149,77	139,73

Wöchentliche Ausgaben für die wichtigsten Lebensmittel.

Fleisch	3 kg	3,66	3,95	5,50	4,97	6,03	5,24
Schmalz	0,5 "	0,90	0,81	0,99	0,92	0,97	0,91
Butter	0,6 "	1,40	1,39	1,72	1,64	1,92	1,74
Eier	8 Stück	0,49	0,48	0,66	0,66	0,74	0,70
Hülsenfrüchte	1 kg	2,58	2,57	2,45	2,45	3,04	3,04
Kartoffeln	11 "	0,63	0,57	0,47	0,47	0,69	0,69
Kaffee	0,3 l	1,14	1,02	0,73	0,67	0,78	0,69
Milch	8,5 l	1,70	1,70	1,70	1,70	1,87	1,87
Brot	12 kg	—	—	2,80	2,80	2,86	2,86
Zusammen		12,50	12,49	17,02	16,28	18,90	17,74
Index . .		100,00	99,92	136,16	130,24	151,20	141,92

Auch hieraus erhellt auf den ersten Blick die unverkennbare Preissteigerung seit 1890. Das Jahr 1912 erscheint fraglos als ein ausgeprägt teureres. Betrug 1890 die Jahresausgaben nur 456,30 Mk., so stiegen sie 1912 auf 683,40 Mk. — unter den bestimmten Voraus-

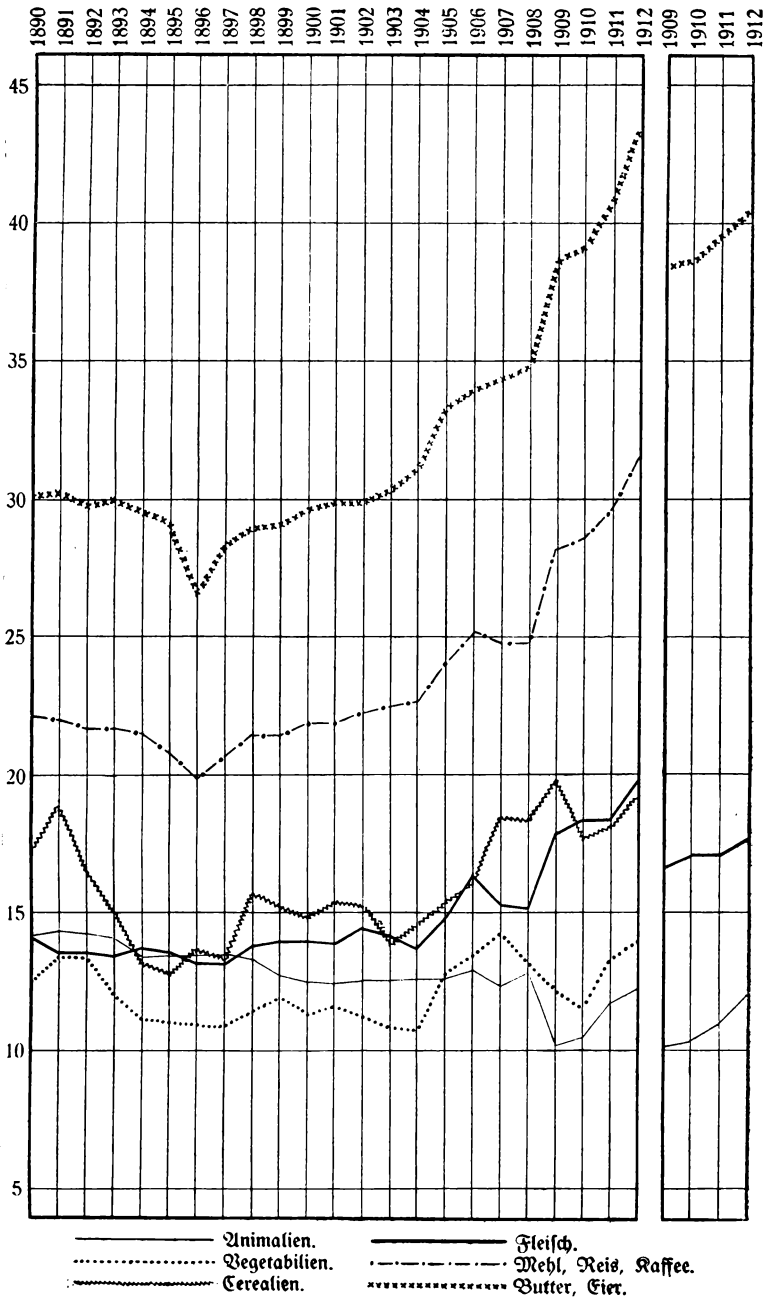
setzungen natürlich, die wir bereits bei unserer ersten Untersuchung betonten. Die Preise sind also von 100 auf 149,77 emporgeschneilt. Und das gleiche Bild bieten die Wochenausgaben, die sich innerhalb des Beobachtungszeitraumes von 12,50 Mk. auf 18,90 Mk., also von 100 auf 151,20, heraufschoben. Soweit die Preissteigerung ohne Berücksichtigung der veränderten Erhebungsmethode. Bringen wir aber diese mit zum Ausdruck, so verringern sich jedoch die Preise in 1910 und 1912 ganz wesentlich. Die Jahresausgabe beträgt 1912 nur noch 637,50 Mk., die wöchentliche Ausgabe 17,74 Mk. Die entsprechenden Indizes gehen auf 139,73 bzw. 141,92 Mk. zurück. Und in gleicher Weise gestalten sich auch die Ausgaben für die einzelnen Lebensmittel. Die Tabelle gibt uns hierüber näher Aufschluß.

Vergleichen wir nun die Ergebnisse unserer beiden Untersuchungen miteinander, so kommen wir zu dem unzweifelhaften Schluß, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel in der Stadt Magdeburg seit 1890 eine fortgesetzte Steigerung erfahren haben. Ergibt schon die hinsichtlich der Verbrauchsmengen nicht ganz vollständige erste Zusammenstellung eine Preissteigerung von 100 auf 132, so erhalten wir aus der vorstehenden die ähnlichen Ergebnisse: Die Indizes charakterisieren den Preisstand des Jahres 1912 mit ca. 140, wobei jedoch gleichzeitig die Veränderung der Erhebungsmethode gebührend in Betracht gezogen ist. Auch sonst herrscht einigermaßen Übereinstimmung zwischen den beiden Tabellen. So tritt vor allem die Senkung um die Jahrhundertwende hier wie dort deutlich in die Erscheinung. Die Preise sinken unter das Niveau des Standardjahres.

Das den Beschluß der Darstellung bildende Graphikon faßt die Ergebnisse in anschaulicher Weise nochmals zusammen. Es sind auch hierbei wieder die abgeänderten Preisangaben mit herangezogen worden. Des weiteren sei noch darauf hingewiesen, daß die Tafel gleichzeitig eine Berichtigung des Diagramms der Hauptdarstellung enthält, in dem infolge einiger ungenau ausgeführter Durchschnittsberechnungen der Verlauf der Kurve für die Vegetabilien im vollen Umfang und der der Zerealien stellenweise als nicht ganz einwandfrei angesehen werden kann.

Die vorstehende Untersuchung erstrebte lediglich, die Veränderung der Erhebungsmethode des Jahres 1909 eingehend zu beleuchten und in Verbindung damit den Nachweis zu erbringen, daß selbst unter Berücksichtigung der festgestellten Abweichungen bei den Fleischpreisen

Bewegung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel in Magdeburg 1890—1912.
(Durchschnittspreise in 0,10 Mk.)



und den Preisen einiger anderer wichtiger Lebensmittel eine nicht zu verkennende Preissteigerung seit 1890 mit Ausnahme der Jahre 1895 und 1900 eingefügt hat. Es dürfte somit alles in allem wohl berechtigt sein zu sagen, daß sich das Leben in Magdeburg im Hinblick auf die wichtigsten Verpflegungsmittel in den letzten 20 Jahren um mehr als ein Drittel verteuert hat.
